

Verlässliche Leistung. Der Geschäftsbericht 2015.

Kenngrößen des LBBW-Konzerns.

Gewinn- und Verlustrechnung in Mio. EUR	1.1. – 31.12.2015	1.1. – 31.12.2014 ¹⁾
Zinsergebnis	1 654	1 878
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	- 55	- 104
Provisionsergebnis	498	518
Ergebnis aus erfolgswirksam zum Fair Value bewerteten Finanzinstrumenten	226	- 120
Finanzanlage- und at-Equity-Ergebnis	94	263
Sonstiges betriebliches Ergebnis	134	101
Nettoergebnis (nach Risikovorsorge)	2 551	2 536
Verwaltungsaufwendungen	- 1 782	- 1 770
Garantieprovision Land Baden-Württemberg	- 121	- 191
Aufwendungen für Bankenabgabe und Einlagensicherung	- 73	- 82
Wertminderung Goodwill	0	- 16
Restrukturierungsergebnis	- 44	1
Konzernergebnis vor Steuern	531	477
Ertragsteuern	- 109	- 39
Konzernergebnis	422	438
Kennzahlen in %	1.1. – 31.12.2015	1.1. – 31.12.2014¹⁾
Eigenkapitalrendite vor Steuern (RoE)	4,1	3,7
Cost Income Ratio (CIR)	70,9	74,5
Bilanzzahlen in Mrd. EUR	31.12.2015	31.12.2014
Bilanzsumme	234,0	266,3
Eigenkapital	13,6	13,2
Kennzahlen gemäß CRR/CRD IV (mit Übergangsvorschriften)	31.12.2015	31.12.2014
Risikogewichtete Aktiva (in Mrd. EUR)	74,5	82,2
Harte Kernkapitalquote (CET 1) (in %)	16,4	14,6
Gesamtkapitalquote (in %)	21,9	19,9
Kennzahlen gemäß CRR/CRD IV (nach vollständiger Umsetzung)	31.12.2015	31.12.2014
Risikogewichtete Aktiva (in Mrd. EUR)	74,5	82,2
Harte Kernkapitalquote (CET 1) (in %)	15,6	13,6
Gesamtkapitalquote (in %)	21,4	18,9
Mitarbeiter	31.12.2015	31.12.2014
Konzern	11 120	11 117

Rating (Stand 4. März 2016)

Rating	Moody's Investors Service
Langfrist-Rating (ungarantierte Verbindlichkeiten) Long-term Bank Deposits Senior Unsecured and Long-term Issuer Ratings	Aa3, stabil A1, stabil
Kurzfrist-Rating	P-1
Finanzkraft	baa3
Öffentliche Pfandbriefe	Aaa
Hypothekenzinspfandbriefe	Aaa

Rating	Fitch Ratings
Langfrist-Rating (ungarantierte Verbindlichkeiten)	A-, stabil
Kurzfrist-Rating	F1
Finanzkraft	bbb
Öffentliche Pfandbriefe	AAA
Hypothekenzinspfandbriefe	-

¹⁾ Nach Berücksichtigung von Anpassungen gemäß IAS 8 und IFRS 10. Differenzen sind rundungsbedingt.

2015

Vorwort und Berichte 2

Vorwort des Vorstands.....	3
Bericht des Aufsichtsrats.....	7
Corporate Governance bei der LBBW.....	19
Vergütungsbericht.....	28
Compliance.....	31

Zusammengefasster Lagebericht 34

Grundlagen des Konzerns.....	36
Wirtschaftsbericht für den Konzern.....	49
Risiko- und Chancenbericht.....	62
Nachtragsbericht.....	109
IKS im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess.....	110
Prognosebericht.....	114
Erläuterungen zum Jahresabschluss der LBBW (Bank).....	120

Konzernabschluss 130

Gewinn- und Verlustrechnung.....	133
Gesamtergebnisrechnung.....	134
Bilanz.....	136
Eigenkapitalveränderungsrechnung.....	138
Kapitalflussrechnung.....	140
Anhang (Notes).....	143
Grundlagen der Aufstellung.....	143
Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden.....	143
Segmentberichterstattung.....	167
Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung.....	174
Angaben zur Bilanz.....	182
Angaben zu Finanzinstrumenten.....	201
Sonstige Angaben.....	229
Zusatzangaben nach § 315a HGB.....	245

Weitere Informationen 257

Versicherung der gesetzlichen Vertreter.....	258
Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers.....	259
Hinweis in Bezug auf zukunftsgerichtete Aussagen.....	260
Beirat der LBBW/BW-Bank.....	261
Kundenbeirat der LBBW Rheinland-Pfalz Bank.....	264
Kundenbeirat der LBBW Sachsen Bank.....	265
Glossar.....	266

Vorwort und Berichte.

Vorwort des Vorstands.

Sehr geehrte Kundinnen und Kunden, sehr geehrte Geschäftspartner des LBBW-Konzerns,

im vergangenen Jahr ist es uns gelungen, in einem anspruchsvollen Umfeld unseren positiven Ergebnistrend fortzusetzen. Mit 531 Mio. EUR konnten wir unser Konzernergebnis vor Steuern 2015 gegenüber dem Vorjahr abermals steigern. Angesichts der weiterhin schwierigen Rahmenbedingungen für die Bankenbranche ist dies eine erfreuliche Entwicklung. Nach Abzug von Steuern betrug das Konzernergebnis 422 Mio. EUR und lag damit leicht unter dem Niveau des Vorjahres, in dem wie berichtet eine außergewöhnlich niedrige Steuerquote zu verzeichnen war. In der LBBW (Bank) belief sich das Jahresergebnis vor Steuern 2015 auf 385 Mio. EUR.

Das Jahr 2015 war erneut von der zunehmenden Regulierung, dem historisch niedrigen Zinsniveau und intensivem Wettbewerb geprägt. Insbesondere die Umsetzung der immer komplexeren regulatorischen und aufsichtlichen Anforderungen einer Vielzahl von Akteuren auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene treibt die Kostenentwicklung im Bankgewerbe in erheblichem Maß. So stiegen die regulatorischen Kosten für unser Haus im Berichtsjahr auf mehr als 200 Mio. EUR. Dazu kommt mit der Digitalisierung eine weitere Herausforderung an die Anpassungs- und Innovationsfähigkeit unserer Branche.

Die LBBW kann die notwendigen Veränderungen aus einer komfortablen Position heraus angehen. Wir verfügen über ein ausgewogenes Geschäftsmodell, mit dem wir seit Jahren verlässliche Erträge erwirtschaften. Dabei hilft uns auch die stabile wirtschaftliche Situation in unseren Kernmärkten. Mit unserem langfristig orientierten Geschäftsansatz und unserer Leistungsfähigkeit in zahlreichen Feldern haben wir uns eine gute Marktpositionierung erarbeitet und auch im vergangenen Jahr viele Kunden überzeugt. Dies gilt beispielsweise bei maßgeschneiderten Finanzierungslösungen für Unternehmenskunden. Hier konnten wir eine ganze Reihe von großen Transaktionen erfolgreich begleiten und beim Schuldschein, einem immer häufiger eingesetzten Instrument, unsere führende Position ein weiteres Mal bestätigen.

Auf dieser soliden Basis aufbauend, haben wir zahlreiche interne Initiativen und Projekte auf den Weg gebracht, mit denen wir die Zukunft unseres Hauses in dem sich dynamisch wandelnden Umfeld nachhaltig sichern wollen. Dazu gehört die Investition in ein neues Kernbanksystem, das voraussichtlich 2017 eingeführt wird und die Grundlage für eine stärkere Digitalisierung, Standardisierung und Optimierung unserer Geschäftsprozesse schafft. Außerdem richten wir unsere Aktivitäten im Kapitalmarktgeschäft neu aus, um unsere Kunden künftig noch stärker lösungs- statt produktbezogen beraten zu können. Darüber hinaus entwickeln wir unser Privatkundengeschäft aufgrund der veränderten Nutzungsgewohnheiten der Kunden weiter. Dazu werden die digitalen Angebote ausgebaut und das Standortnetz angepasst. Wir erwarten uns von diesen Programmen nicht nur Kostenentlastungen, sondern auch eine nachhaltige Stärkung unserer Ertragskraft und Wettbewerbsposition.

Mit Blick auf die strengeren Kapitalregeln haben wir auch 2015 unsere Kapitalausstattung weiter gefestigt. Zum einen nahmen wir zusätzliches Nachrangkapital in Höhe von 500 Mio. EUR auf. Zum anderen reduzierten wir die risikogewichteten Aktiva weiter von 82,2 Mrd. EUR auf 74,5 Mrd. EUR. Dadurch verfügt der LBBW-Konzern zum Jahresende 2015 über eine Gesamtkapitalquote gemäß CRR/CRD IV von 21,9% mit Übergangsregeln und 21,4% bei Vollanwendung. Die harte Kernkapitalquote (CET1) betrug 16,4% mit Übergangsregeln und 15,6% bei Vollanwendung. Die Leverage Ratio gemäß CRR/CRD IV bei Vollanwendung lag bei 4,7%. Unser Haus gehört damit zu den am besten kapitalisierten Banken in Deutschland. Nach dem umfangreichen Abbau von Risikopositionen in den vergangenen Jahren verfügt der LBBW-Konzern über ein dem Geschäftsmodell des Hauses und den regulatorischen Anforderungen angemessenes Risikoprofil. Dabei unterstreicht die gute Qualität unseres Kreditportfolios das hohe Risikobewusstsein, mit dem wir auch zukünftig agieren werden.

Für 2016 erwarten wir weiterhin schwierige Rahmenbedingungen am deutschen Bankenmarkt. Der Kosten- und Ertragsdruck dürfte sich fortsetzen. Auch und gerade deshalb werden wir die beschriebenen Veränderungsprozesse in diesem Jahr konsequent vorantreiben. Einen weiteren Schwerpunkt bildet der effektive und vorausschauende Umgang mit den steigenden Anforderungen der Aufsichtsbehörden. Im Kundengeschäft wollen wir weiterhin für Verlässlichkeit, exzellente Leistungen

und hervorragenden Service stehen und damit unsere gute Marktposition selektiv weiter ausbauen.

Trotz eines moderaten Wachstums im operativen Kundengeschäft rechnen wir für das Jahr 2016 vor dem Hintergrund erhöhter Investitionen in die Zukunftsfähigkeit der Bank, insbesondere im IT-Bereich, und einer sich normalisierenden Risikovorsorge mit einem Konzernergebnis vor Steuern, das leicht unter dem Niveau des Vorjahres liegt.

Allen unseren Kundinnen und Kunden, die unser Haus auch im vergangenen Jahr wieder zum Finanzpartner ihres Vertrauens gemacht haben, danken wir an dieser Stelle ganz herzlich. Gemeinsam mit unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern freuen wir uns darauf, Ihnen auch 2016 in allen Fragen des Bankgeschäfts mit unserer Expertise zur Seite zu stehen. Unseren Eigentümern danken wir für eine fortgesetzt vertrauensvolle Zusammenarbeit.

Mit freundlichen Grüßen

Der Vorstand

HANS-JÖRG VETTER
Vorsitzender

MICHAEL HORN
Stellvertretender Vorsitzender

KARL MANFRED LOCHNER

INGO MANDT

ALEXANDER FREIHERR VON USLAR-GLEICHEN

VOLKER WIRTH

Bericht des Aufsichtsrats.

Sehr geehrte Damen und Herren,

bei der Leitung des Unternehmens haben wir den Vorstand der LBBW im abgelaufenen Geschäftsjahr beraten und die Geschäftsführung der LBBW regelmäßig überwacht. Über wesentliche Entwicklungen der Bank sowie des Konzerns im Jahr 2015 hat uns der Vorstand regelmäßig, zeitnah und umfassend informiert. Dabei wurden die wirtschaftliche Situation der einzelnen Geschäftsfelder sowie die Geschäftslage des LBBW-Konzerns intensiv erörtert. Ebenso haben wir uns über das Risiko-, Liquiditäts- und Kapitalmanagement der Bank sowie über Geschäfte und Ereignisse von erheblicher Bedeutung für die Bank informieren lassen und den Vorstand hierzu beraten. Daneben haben wir uns über bedeutende Entwicklungen im europäischen Bankaufsichtsrecht ausgetauscht und die Unternehmensführung und -planung der LBBW kritisch hinterfragt und überwacht. Als Vorsitzender des Aufsichtsrats stand ich auch zwischen den Sitzungen in regelmäßigem Kontakt mit dem Vorsitzenden des Vorstands. In Entscheidungen von wesentlicher Bedeutung für die LBBW war der Aufsichtsrat eingebunden und hat, soweit erforderlich, nach umfassender Beratung und Prüfung seine Zustimmung erteilt. Die ihnen per Gesetz und Satzung übertragenen Aufgaben haben der Aufsichtsrat und seine Ausschüsse wahrgenommen.

Das abgelaufene Geschäftsjahr war für die gesamte Finanzbranche wesentlich von den historisch niedrigen Zinsen, anspruchsvollen regulatorischen Anforderungen und hoher Wettbewerbsintensität geprägt. Die im Branchenvergleich solide Kapitalausstattung der LBBW unterstreicht die Tragfähigkeit des kundenorientierten Geschäftsmodells. Die Bank setzt dabei ihre Strategie der risikobewussten Weiterentwicklung der optimalen Kundenbetreuung konsequent fort und ist bestrebt, ihre internen Prozesse und ihre Wettbewerbsfähigkeit weiter zu verbessern.

Sitzungen des Aufsichtsrats.

Im Berichtsjahr fand sich der Aufsichtsrat zu insgesamt acht Sitzungen zusammen, an denen auch Vertreter der Rechtsaufsicht und der Bankenaufsicht teilnahmen.

Gegenstand sämtlicher ordentlicher Aufsichtsratssitzungen waren die regelmäßigen Berichte des Vorstands zur aktuellen Lage, die Entwicklung der Erträge und Aufwendungen, die Entwicklung der Risiken und Kapitalquoten und entsprechende Soll-Ist-Vergleiche sowie die ausführlichen Berichte der jeweiligen Ausschussvorsitzenden aus den Ausschüssen. Die Vorstandsberichte für den Aufsichtsrat und seine Ausschüsse haben wir kritisch diskutiert und auch ergänzende Informationen angefordert, die stets unverzüglich und zu unserer Zufriedenheit zur Verfügung gestellt wurden. Soweit erforderlich, haben wir notwendige Beschlüsse zu Vorstandsangelegenheiten und aufgrund von Veränderungen in den Gremien gefasst. Auch im Jahr 2015 haben wir uns mit zahlreichen gesetzlichen und regulatorischen Änderungen befasst. Hierzu zählten neben den zukünftigen Anforderungen an den Haftungsverbund des DSGVO, den Leitlinien der EBA hinsichtlich des Supervisory Review and Evaluation Process (SREP) und den daraus abzuleitenden institutsindividuellen Kapitalanforderungen auch mögliche zusätzliche Anforderungen an die Verfügbarkeit bail-in-fähiger Passiva.

Unsere erste Sitzung des Jahres am 23. Februar 2015 stand im Zeichen der Reflexion der vorläufigen Ergebnisse des Geschäftsjahrs 2014 sowie der Diskussion aufsichtsrechtlicher Themen, wie beispielsweise der neuen Anforderungen an die Ausgestaltung des Haftungsverbunds des DSGVO. Daneben befassten wir uns mit der beabsichtigten Übernahme des Verwahrstellengeschäfts der NORD/LB durch die LBBW. Zudem tauschten wir uns mit dem Vorstand über die Filialstruktur im Privatkundengeschäft aus.

Den Schwerpunkt unserer Sitzung am 26. März 2015 bildete der Jahresabschluss 2014. Grundlage der Beschlussfassung waren die Empfehlungen des Prüfungsausschusses und die ausführliche Erläuterung der Ergebnisse der Jahresabschlussprüfung durch den Abschlussprüfer KPMG. Im Sitzungsverlauf nahmen wir den Bericht des Vorstands zum Geschäftsjahr 2014 zur Kenntnis, stellten den Jahresabschluss 2014 fest und billigten den Konzernabschluss 2014. Ergänzend haben wir dem Vorschlag des Prüfungsausschusses zugestimmt und der Hauptversammlung vorgeschlagen, KPMG als Abschlussprüfer und Prüfer nach § 36 WpHG für das Geschäftsjahr 2015 zu bestellen. Ebenso befassten wir uns mit dem Buchwert ausgewählter Beteiligungen und tauschten uns zur beabsichtigten Erweiterung des internationalen Netzwerks der

LBBW um die neuen Repräsentanzen in Istanbul und Taschkent aus. Ein weiteres Thema war die erneute Befassung mit der Weiterentwicklung des Haftungsverbunds.

Ausgehend von den bisher erfolgten Aussprachen genehmigten wir in unserer außerordentlichen Aufsichtsratssitzung am 6. Mai 2015 die Zustimmung der LBBW in der Mitgliederversammlung des DSGV zur Neufassung der Satzung für das Sicherungssystem der S-Finanzgruppe.

Am 9. Juni 2015 fand die konstituierende Sitzung des Aufsichtsrats statt, nachdem die Hauptversammlung in ihrer Sitzung am 11. Mai 2015 die Mitglieder des Aufsichtsrats der Landesbank Baden-Württemberg turnusgemäß neu bestellt hatte. Gegenstand unserer konstituierenden Sitzung waren daher die Wahl des Vorsitzenden des Aufsichtsrats sowie seines Stellvertreters, die personelle Besetzung der vier Ausschüsse des Aufsichtsrats und die Verpflichtung aller Mitglieder des Aufsichtsrats.

In der Sitzung am 26. Juni 2015 nahmen wir den Schwerpunktbericht des Dezernats Finanzen/Controlling zur Kenntnis und verabschiedeten verschiedene Änderungen im Beirat der LBBW/BW-Bank bzw. der LBBW Rheinland-Pfalz Bank. Weiterhin nahmen wir von der Geschäftsentwicklung in den einzelnen Segmenten Kenntnis, tauschten uns zur Rückmeldung der BaFin zum Sanierungsplan 2014 aus und besprachen neben den institutsindividuellen Kapitalanforderungen die Auswirkungen der Überarbeitung des Ratings der LBBW durch die Agenturen Fitch und Moody's.

Im Rahmen der regelmäßigen Berichterstattung an den Aufsichtsrat beleuchtete der Vorstand vor dem Hintergrund der Diskussion um Abgaswerte in der Automobilindustrie in unserer Sitzung am 5. Oktober 2015 die Entwicklungen in dieser Branche. Daneben besprachen wir mit dem Vorstand die für die LBBW ermittelte Bewertung im neuen Aufsichtsprozess (SREP), die Rückmeldung der EZB zum Sanierungsplan 2014 und die Entwicklung im laufenden MaSan-Prozess. Im Sinne eines Vorratsbeschlusses stimmten wir der Ersatzbeschaffung von Nachrangkapital zu. Ebenso nahmen wir den Vergütungsstrukturbericht für das Geschäftsjahr 2014 sowie den Vergütungskontrollbericht zur Kenntnis und wurden zur Bestellung des Vergütungsbeauftragten gehört. Einen weiteren

Schwerpunkt der Sitzung bildete die Aussprache über die jährliche Evaluierung von Vorstand und Aufsichtsrat nach § 25d KWG.

Schwerpunkt unserer außerordentlichen Sitzung am 30. November 2015 war die Erörterung der Geschäftsstrategie 2016. Im Schwerpunkt berichtete der Vorstand über strategische Weiterentwicklungen des Privatkundengeschäfts und des Kapitalmarktgeschäfts. Dabei wurde insbesondere die künftige Aufstellung der Bank im Filialgeschäft angesichts der Herausforderungen durch verändertes Kundenverhalten und Digitalisierung diskutiert.

In der letzten Sitzung des Jahres am 14. Dezember 2015 genehmigten wir den Wirtschaftsplan für das Geschäftsjahr 2016 und nahmen Kenntnis von der Mittelfristplanung 2017 – 2020. Darüber hinaus befassten wir uns mit der Transformation der Systemlandschaft in der LBBW und mit der Aktualisierung des Sanierungsplans der Bank. Nicht zuletzt beschäftigten wir uns mit der Personalstrategie der Bank und dem Budget für die variable Vergütung im Geschäftsjahr 2016.

Außerhalb der Sitzungen wurden keine Beschlüsse gefasst.

Ausschüsse des Aufsichtsrats.

Der Aufsichtsrat hat aus seiner Mitte insgesamt vier Ausschüsse gebildet: Risiko-, Prüfungs-, Vergütungskontroll- und Präsidialausschuss, wobei letzterer die dem Nominierungsausschuss gesetzlich zugewiesenen Aufgaben übernimmt. Die aktuelle Zusammensetzung der Ausschüsse ist auf Seite 16 dieses Geschäftsberichts abgedruckt. Aufgrund der Neukonstituierung des Aufsichtsrats und seiner Ausschüsse wurden die Vorsitzenden und stellvertretenden Vorsitzenden der Ausschüsse jeweils neu gewählt.

Der Präsidialausschuss tagte im Berichtszeitraum acht Mal. Gegenstand der Beratungen waren die Vorbereitung der Sitzungen des Aufsichtsratsplenums, insbesondere Personalien und Rechtsthemen, sowie die Vorbereitung der Wahl der Mitglieder des Aufsichtsrats. Daneben befasste sich der Präsidialausschuss mit der Evaluierung des Vorstands und des Aufsichtsrats 2015 gemäß KWG, der Überprüfung der Grundsätze für die Besetzung der oberen Leitungsebene und dem aktuellen Sachstand hin-

sichtlich der Förderung der Vertretung des unterrepräsentierten Geschlechts im Aufsichtsrat sowie einer Strategie zu deren Erreichung.

Der Vergütungskontrollausschuss nahm in insgesamt fünf Sitzungen seine gesetzlich zugewiesenen Aufgaben wahr. Insbesondere überprüfte er die Vergütungssysteme der LBBW gemäß den Anforderungen der Institutsvergütungsverordnung, wobei sich der Ausschuss und sein Vorsitzender in engem Austausch mit dem Vergütungsbeauftragten befanden. Der Ausschuss nahm den Vergütungsstruktur- und den Vergütungskontrollbericht zur Kenntnis. In seiner originären Zuständigkeit beriet der Vergütungskontrollausschuss zudem über Fragen der Vorstandsvergütung und bereitete Entscheidungen durch den Aufsichtsrat vor.

Der Prüfungsausschuss trat 2015 zu insgesamt vier Sitzungen zusammen. Er erörterte in Gegenwart des Abschlussprüfers KPMG den Jahresabschluss und den Konzernabschluss der LBBW sowie die Prüfungsberichte. Der Prüfungsausschuss holte die Unabhängigkeitserklärung des Abschlussprüfers ein und bereitete den Vorschlag des Aufsichtsrats an die Hauptversammlung zur erneuten Bestellung von KPMG vor. Der Prüfungsausschuss vereinbarte mit dem Abschlussprüfer zudem die Prüfungsschwerpunkte und das Honorar. Ebenso erörterte der Prüfungsausschuss mit Vorstand und Abschlussprüfer den Halbjahresfinanzbericht. Ergänzend befasste er sich mit Aufträgen an den Abschlussprüfer für projektbegleitende, nicht prüfungsnahen Leistungen. Der Prüfungsausschuss ließ sich regelmäßig über den aktuellen Stand und die Ergebnisse der Jahresabschlussprüfung unterrichten. Zudem hat sich der Ausschuss von der Wirksamkeit der internen Kontroll-, Risiko-, Revisions- und Complyancesysteme überzeugt und den Rechnungslegungsprozess überwacht. Der Prüfungsausschuss überprüfte die Tätigkeitsschwerpunkte der internen Revision sowie deren sachliche und personelle Ausstattung. Vertreter der Bereiche Compliance, Risikocontrolling und Konzernrevision der Bank haben regelmäßig über aktuelle Themenstellungen im Ausschuss berichtet. Insbesondere nahm der Prüfungsausschuss den Bericht zur Wirksamkeit des Risikomanagementsystems, den Jahresbericht des Geldwäschebeauftragten sowie den Jahresbericht über die Ausgestaltung des internen Kontrollsystems und den Compliance-Bericht zur Kenntnis. Daneben wurde der Prüfungsausschuss über den Stand von Sonderprüfungen und Beanstandungen von Aufsichtsbehör-

den informiert und nahm den Bericht über die Validierung des algorithmischen Handels zur Kenntnis.

Der Risikoausschuss befasste sich in insgesamt neun Sitzungen intensiv mit der Risikolage und dem Risikomanagement der Bank sowie den nach Gesetz, Satzung und Geschäftsordnung vorlagepflichtigen Engagements der Bank und erteilte, sofern erforderlich, seine Zustimmung. Im Einzelnen befasste sich der Ausschuss mit den wesentlichen Risikoarten der Bank – darunter Kredit-, Marktpreis-, Liquiditäts- und operationellen Risiken, welche ebenso wie die Berechnungen zur Risikotragfähigkeit einen Teil der regelmäßigen Berichterstattung in den Risikoberichten des Vorstands darstellten. Darüber hinaus hat sich der Ausschuss vergewissert, dass die durch das Vergütungssystem gesetzten Anreize die Risiko-, Kapital- und Liquiditätsstruktur der Landesbank sowie die Wahrscheinlichkeit und Fälligkeit von Einnahmen berücksichtigen. Der Risikoausschuss erörterte die aus der Geschäftsstrategie abgeleitete Konzernrisikostrategie einschließlich der Marktpreis-, Liquiditäts-, Beteiligungs- und Operationelle-Risiken-Strategie mit dem Vorstand. Verschiedene Portfolios wurden aufgrund der wirtschaftlichen oder regulatorischen Entwicklungen im Detail beleuchtet. Regelmäßig hat sich der Risikoausschuss auch mit Restbeständen eines auslaufenden Portfolios befasst.

Im Rahmen der Berichterstattung durch die jeweiligen Vorsitzenden der Ausschüsse wurden die Mitglieder des Aufsichtsrats regelmäßig über die Arbeit in den Ausschüssen bzw. über die dort gefassten Beschlüsse informiert.

Alle Mitglieder des Aufsichtsrats nahmen im Jahr 2015 an den Sitzungen des Aufsichtsrats und der Ausschüsse mit nur wenigen Ausnahmen teil (durchschnittliche Präsenz 90%).

Aus- und Fortbildungsmaßnahmen.

Die Mitglieder des Aufsichtsrats nahmen die für ihre Aufgaben erforderlichen Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen eigenverantwortlich wahr. Sie wurden dabei von der LBBW angemessen unterstützt. Neben individuellen Fortbildungsmaßnahmen hat sich der Aufsichtsrat an insgesamt drei Terminen schulen lassen. Dabei wurden die Themenkomplexe

»IT-Strategie – Überblick, Trends, Markt«, »Wesentliche Kennziffern in der Rechnungslegung« sowie »Anforderungen an Aufsichtsräte und Corporate Governance « behandelt. Zudem wurde bei der Schulung »Regulatorische Neuerungen« ein Ausblick auf die anstehenden regulatorischen, bilanziellen und rechtlichen Themenstellungen für 2016 gegeben.

Jahres- und Konzernabschluss.

Der Abschlussprüfer KPMG hat den Jahresabschluss und Konzernabschluss 2015 unter Einbeziehung des Lageberichts geprüft. Der uneingeschränkte Bestätigungsvermerk wurde erteilt. Der Jahresabschluss wurde nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuchs (HGB), der Konzernabschluss nach den International Financial Reporting Standards (IFRS) aufgestellt. Die Abschlussunterlagen und die wesentlichen Prüfungsberichte wurden allen Aufsichtsratsmitgliedern rechtzeitig zugesandt. Die Mitglieder des Prüfungsausschusses erhielten darüber hinaus alle einschlägigen Prüfungsberichte. Der Abschlussprüfer nahm jeweils an den Sitzungen des Prüfungsausschusses und des Aufsichtsrats teil, erläuterte die wesentlichen Prüfungsergebnisse und stand für Fragen zur Verfügung. Der Prüfungsausschuss erörterte in seiner Bilanzsitzung am 4. April 2016 ausführlich die Abschlussunterlagen mit Vorstand und Abschlussprüfer.

Der Aufsichtsrat schloss sich in seiner Sitzung am 7. April 2016 nach Würdigung der Berichte und eingehender Diskussion der Empfehlung des Prüfungsausschusses an, dass keine Einwendungen gegen den Jahres- und Konzernabschluss zu erheben sind. Der Aufsichtsrat hat den vom Vorstand aufgestellten Jahresabschluss zum 31. Dezember 2015 festgestellt und den Konzernabschluss 2015 gebilligt.

Interessenkonflikte.

Der Risikoausschuss befasste sich mit den nach § 15 KWG erforderlichen Kreditgenehmigungen sowie den Genehmigungen gemäß dessen Geschäftsordnung. Dabei nahmen diejenigen Aufsichtsratsmitglieder an der Erörterung und Abstimmung nicht teil, die zum Zeitpunkt der Beschlüsse Mitglieder der Organe des betreffenden Kreditnehmers oder aus anderen Gründen einem möglichen Interessenkonflikt ausgesetzt waren.

Rechtsangelegenheiten.

Wir haben uns im Aufsichtsrat und in den jeweiligen Ausschüssen fortlaufend detailliert über bedeutende Rechtsangelegenheiten berichten lassen. Bei Bedarf haben wir von uns beauftragte externe Spezialisten hinzugezogen.

Personalia (Veränderungen in Aufsichtsrat und Vorstand).

Im Aufsichtsrat der LBBW ergaben sich aufgrund der erfolgten turnusmäßigen Neukonstituierung verschiedene Änderungen.

Auf Vorschlag der Träger wurden Herr Christian Brand, ehem. Vorsitzender des Vorstands der L-Bank, Frau Uta-Micaela Dürig, Geschäftsführerin der Robert Bosch Stiftung GmbH, sowie Frau B. Jutta Schneider, Mitglied der Geschäftsleitung der Global Consulting Delivery SAP Deutschland SE & Co. KG, neu in den Aufsichtsrat der LBBW gewählt.

Die sieben Vertreter der Beschäftigten wurden am 19. März 2015 von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Bank gewählt und von der Hauptversammlung entsprechend dem Ergebnis der Wahl bestätigt. Seit dem 9. Juni 2015 gehören Herr Christian Hirsch, Frau Sabine Lehmann, Herr Christian Rogg und Frau Dr. Brigitte Thamm als Vertreter der Beschäftigten neu dem Aufsichtsrat der Landesbank Baden-Württemberg an.

Auf Vorschlag der Hauptversammlung wählte der Aufsichtsrat in seiner Sitzung am 9. Juni 2015 den Unterzeichner zum Vorsitzenden des Aufsichtsrats und Herrn Finanz- und Wirtschaftsminister Dr. Nils Schmid MdL zu dessen Stellvertreter.

Der Aufsichtsrat hat in seiner Sitzung am 14. Dezember 2015 beschlossen, die Zuständigkeiten im Vorstand teilweise neu zu verteilen. Dr. Martin Setzer, Chief Operating Officer, bislang schwerpunktmäßig für die Informationstechnologie, den Bankbetrieb, den Zahlungsverkehr, die Wertpapierabwicklung und das Transformationsmanagement verantwortlich, schied in bestem beiderseitigen Einvernehmen zum 31. Dezember 2015 aus dem Vorstand der LBBW aus, um sich neuen Aufgaben zuzuwenden. Ab dem 1. Januar 2016 reduzierte sich damit die Anzahl der Vorstandsmitglieder auf sechs.

Im Namen der Mitglieder des Aufsichtsrats danke ich dem Vorstand sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für ihren großen persönlichen Einsatz und ihre Leistungen – insbesondere vor dem Hintergrund der immer stärker zunehmenden Wettbewerbsintensität und der ausgeprägten regulatorischen Herausforderungen – im Geschäftsjahr 2015.

Für den Aufsichtsrat



CHRISTIAN BRAND
Vorsitzender

Aufsichtsrat der LBBW.

Vorsitzender.

CHRISTIAN BRAND
ab 9. Juni 2015
ehem. Vorsitzender des Vorstands
der L-Bank

HANS WAGENER
bis 31. Mai 2015
Wirtschaftsprüfer, Steuerberater

Stv. Vorsitzender.

DR. NILS SCHMID MDL
Stv. Ministerpräsident,
Minister für Finanzen und Wirtschaft
des Landes Baden-Württemberg

Mitglieder.

HANS BAUER
bis 9. Juni 2015
Beschäftigtenvertreter der Landesbank
Baden-Württemberg

CARSTEN CLAUS
Vorsitzender des Vorstands
der Kreissparkasse Böblingen

HARALD COBLENZ
bis 9. Juni 2015
Beschäftigtenvertreter der Landesbank
Baden-Württemberg

WOLFGANG DIETZ
Oberbürgermeister der Stadt
Weil am Rhein

UTA-MICHAELA DÜRIG
ab 9. Juni 2015
Geschäftsführerin der
Robert Bosch Stiftung GmbH

WALTER FRÖSCHLE
Beschäftigtenvertreter der Landesbank
Baden-Württemberg

HELMUT HIMMELSBACH
Mitglied des Aufsichtsrats der
Württembergischen Gemeinde-
Versicherung a. G.

CHRISTIAN HIRSCH
ab 9. Juni 2015
Beschäftigtenvertreter der
Landesbank Baden-Württemberg

JENS JUNGBAUER
bis 9. Juni 2015
Beschäftigtenvertreter der Landesbank
Baden-Württemberg

BETTINA KIES-HARTMANN
Beschäftigtenvertreterin der Landesbank
Baden-Württemberg

FRITZ KUHN
Oberbürgermeister der Landeshauptstadt
Stuttgart

SABINE LEHMANN
ab 9. Juni 2015
Beschäftigtenvertreterin der
Landesbank Baden-Württemberg

KLAUS-PETER MURAWSKI
Staatssekretär im Staatsministerium
Baden-Württemberg und Chef der
Staatskanzlei

GÜNTHER NOLLERT
bis 9. Juni 2015
Beschäftigtenvertreter der Landesbank
Baden-Württemberg

DR. FRITZ OESTERLE
Rechtsanwalt, Büro Oesterle

MARTIN PETERS
Geschäftsführender Gesellschafter der
Unternehmensgruppe Eberspächer

NORBERT H. QUACK
bis 9. Juni 2015
Rechtsanwalt, Notar, Kanzlei Quack
Gutterer & Partner

CHRISTIAN ROGG
ab 9. Juni 2015
Beschäftigtenvertreter der
Landesbank Baden-Württemberg

CLAUS SCHMIEDEL MDL
Vorsitzender der SPD-Fraktion im Landtag
von Baden-Württemberg

B. JUTTA SCHNEIDER
ab 9. Juni 2015
Mitglied der Geschäftsleitung der
Global Consulting Delivery SAP Deutsch-
land SE & Co. KG

PETER SCHNEIDER
Präsident des Sparkassenverbandes
Baden-Württemberg

DR.-ING. HANS-JOCHEM STEIM
bis 9. Juni 2015
Vorsitzender des Verwaltungsrats der
Hugo Kern und Liebers GmbH & Co. KG

DR. JUTTA STUIBLE-TREDER
Gesellschafter-Geschäftsführerin der
EversheimStuible Treuberater GmbH

DR. BRIGITTE THAMM
ab 9. Juni 2015
Beschäftigtenvertreterin der
Landesbank Baden-Württemberg

NORBERT ZIPF
Beschäftigtenvertreter der Landesbank
Baden-Württemberg

Präsidialausschuss der LBBW.

Vorsitzender.

CHRISTIAN BRAND

ab 9. Juni 2015 Mitglied
ab 26. Juni 2015 Vorsitzender
ehem. Vorsitzender des Vorstands
der L-Bank

HANS WAGENER

bis 31. Mai 2015
Wirtschaftsprüfer, Steuerberater

Stv. Vorsitzender.

DR. NILS SCHMID MDL

Stv. Ministerpräsident,
Minister für Finanzen und Wirtschaft
des Landes Baden-Württemberg

Mitglieder.

FRITZ KUHN

Oberbürgermeister der
Landeshauptstadt Stuttgart

PETER SCHNEIDER

Präsident des Sparkassenverbandes
Baden-Württemberg

NORBERT ZIPF

Beschäftigtenvertreter der Landesbank
Baden-Württemberg

Vergütungskontrollausschuss
der LBBW.

Vorsitzender.

CHRISTIAN BRAND

ab 9. Juni 2015 Mitglied
ab 26. Juni 2015 Vorsitzender
ehem. Vorsitzender des Vorstands
der L-Bank

HANS WAGENER

bis 31. Mai 2015
Wirtschaftsprüfer, Steuerberater

Stv. Vorsitzender.

DR. NILS SCHMID MDL

Stv. Ministerpräsident,
Minister für Finanzen und Wirtschaft
des Landes Baden-Württemberg

Mitglieder.

FRITZ KUHN

Oberbürgermeister der
Landeshauptstadt Stuttgart

PETER SCHNEIDER

Präsident des Sparkassenverbandes
Baden-Württemberg

NORBERT ZIPF

Beschäftigtenvertreter der Landesbank
Baden-Württemberg

Prüfungsausschuss der LBBW.

Vorsitzender.

CARSTEN CLAUS
Vorsitzender des Vorstands
der Kreissparkasse Böblingen

Stv. Vorsitzender.

KLAUS-PETER MURAWSKI
Staatssekretär im Staatsministerium
Baden-Württemberg und Chef der
Staatskanzlei

Mitglieder.

UTA-MICHAELA DÜRIG
ab 9. Juni 2015
Geschäftsführerin der
Robert Bosch Stiftung GmbH

HELMUT HIMMELSBACH
Mitglied des Aufsichtsrats der
Württembergischen Gemeinde-
Versicherung a. G.

SABINE LEHMANN
ab 9. Juni 2015
Beschäftigtenvertreterin der
Landesbank Baden-Württemberg

GÜNTHER NOLLERT
bis 9. Juni 2015
Beschäftigtenvertreter der Landesbank
Baden-Württemberg

NORBERT H. QUACK
bis 9. Juni 2015
Rechtsanwalt, Notar, Kanzlei Quack
Gutterer & Partner

B. JUTTA SCHNEIDER
ab 9. Juni 2015
Mitglied der Geschäftsleitung der
Global Consulting Delivery SAP Deutsch-
land SE & Co. KG

PETER SCHNEIDER
Präsident des Sparkassenverbandes
Baden-Württemberg

DR.-ING. HANS-JOCHEM STEIM
bis 9. Juni 2015
Vorsitzender des Verwaltungsrats der
Hugo Kern und Liebers GmbH & Co. KG

DR. JUTTA STUIBLE-TREDER
Gesellschafter-Geschäftsführerin der
EversheimStuible Treuberater GmbH

Gast.

CHRISTIAN BRAND
ab 9. Juni 2015
ehem. Vorsitzender des Vorstands
der L-Bank

HANS WAGENER
bis 31. Mai 2015
Wirtschaftsprüfer, Steuerberater

Risikoausschuss der LBBW.

Vorsitzender.

PETER SCHNEIDER
Präsident des Sparkassenverbandes
Baden Württemberg

Stv. Vorsitzender.

CHRISTIAN BRAND
ab 9. Juni 2015 Mitglied
ab 12. Juni 2015 Stv. Vorsitzender
ehem. Vorsitzender des Vorstands
der L-Bank

HANS WAGENER
bis 31. Mai 2015
Wirtschaftsprüfer, Steuerberater

Mitglieder.

CARSTEN CLAUS
Vorsitzender des Vorstands
der Kreissparkasse Böblingen

WOLFGANG DIETZ
Oberbürgermeister der Stadt
Weil am Rhein

WALTER FRÖSCHLE
Beschäftigtenvertreter der Landesbank
Baden-Württemberg

DR. FRITZ OESTERLE
Rechtsanwalt, Büro Oesterle

NORBERT H. QUACK
bis 9. Juni 2015
Rechtsanwalt, Notar, Kanzlei Quack
Gutterer & Partner

CLAUS SCHMIEDEL MDL
Vorsitzender der SPD-Fraktion im Landtag
von Baden-Württemberg

B. JUTTA SCHNEIDER
ab 9. Juni 2015
Mitglied der Geschäftsleitung der
Global Consulting Delivery SAP Deutsch-
land SE & Co. KG

Corporate Governance bei der LBBW.

Die LBBW berücksichtigt wesentliche Aspekte des Deutschen Corporate Governance Kodex. Dieser stellt wesentliche gesetzliche Vorschriften zur Leitung und Überwachung deutscher börsennotierter Gesellschaften dar und enthält – auch in Form von Empfehlungen – international und national anerkannte Standards guter und verantwortungsvoller Unternehmensführung.

Aufgrund seiner Ausrichtung auf börsennotierte Aktiengesellschaften ist der Kodex für die Landesbank Baden-Württemberg als nicht-börsennotiertes Kreditinstitut in der Rechtsform einer Anstalt des öffentlichen Rechts nicht in allen Punkten anwendbar. So ergeben sich aus dem jeweiligen Aufsichtsrecht Besonderheiten für die Corporate Governance (börsennotierter) Kreditinstitute, die im Kodex nicht berücksichtigt sind. Zudem lassen sich einige Bestimmungen des Deutschen Corporate Governance Kodex nur analog auf die Landesbank Baden-Württemberg übertragen. Inhaltlich orientiert sich die Corporate Governance der LBBW jedoch sehr eng am Geist des Deutschen Corporate Governance Kodex. Für eine Vielzahl von Empfehlungen des Deutschen Corporate Governance Kodex bestehen daher spezielle Regelungen im Gesetz über die LBBW, in der Satzung sowie in den Geschäftsordnungen der Organe und der weiteren Gremien.

Bei der LBBW werden Führungs- und Kontrollregeln gelebt, wie sie für Kapitalgesellschaften gelten. Zudem wird auf die Einbindung unabhängigen Sachverständs geachtet. Auch wenn die LBBW in der Rechtsform einer Anstalt des öffentlichen Rechts firmiert, entspricht ihre Corporate Governance der eines privaten Unternehmens. So sind beispielsweise die Aufgaben von Hauptversammlung und Aufsichtsrat der LBBW – trotz der abweichenden Rechtsform – wie bei einer Aktiengesellschaft geregelt. Zudem treffen die Vorstandsmitglieder der LBBW ihre Entscheidungen ohne Weisungen von außen.

Im Zuge der mit der EU-Kommission getroffenen Verständigungen über die Governance-Struktur der LBBW wurde u. a. die am 15. Dezember 2009 beauftragte Unabhängigkeit des Vorsitzenden des Aufsichtsrats über die laufende Amtsperiode hinaus verlängert. Daneben wurde die Anzahl der unabhängigen Aufsichtsratsmitglieder mit Beginn der neuen Amtsperiode im Mai 2015 von sieben auf insgesamt acht – einschließlich des Aufsichtsratsvorsitzenden – erhöht. Über die Einhaltung dieser Zusagen wird bis einschließlich des Geschäftsjahres 2020 berichtet. Damit beträgt der Anteil der unabhängigen Mitglieder des Aufsichtsrats der LBBW insgesamt mehr als ein Drittel.

Nachfolgend wird die in der LBBW gelebte Corporate Governance vorgestellt. Die Struktur des Berichts orientiert sich dabei an den Vorgaben des freiwilligen – und für die LBBW aufgrund ihrer Rechtsform nicht verpflichtenden – Deutschen Corporate Governance Kodex in seiner Fassung vom 5. Mai 2015.

Aktionäre und Hauptversammlung.

Aktionäre.

Als rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts hat die LBBW keine Aktien verbrieft. Die Anteilseigner (Eigentümer) der LBBW werden daher als Träger und nicht als Aktionäre bezeichnet.

Träger der Landesbank Baden-Württemberg sind:

- der Sparkassenverband Baden-Württemberg (SVBW)
mit einer Beteiligung am Stammkapital i. H. v. 40,534118%,
- das Land Baden-Württemberg (Land)
mit einer Beteiligung am Stammkapital i. H. v. 24,988379%,
- die Landeshauptstadt Stuttgart (Stadt)
mit einer Beteiligung am Stammkapital i. H. v. 18,931764% und
- die Landesbeteiligungen Baden-Württemberg GmbH (Landesbeteiligungen BW)
mit einer Beteiligung am Stammkapital i. H. v. 15,545739%.

Die Träger der LBBW nehmen im Rahmen der gesetzlichen und satzungsmäßig vorgesehenen Möglichkeiten ihre Rechte vor oder während der Hauptversammlung wahr und üben dabei ihr Stimmrecht aus. Die Stimmrechte der Träger richten sich dabei nach der Höhe ihrer Beteiligung am Stammkapital; jeder Euro gewährt eine Stimme.

Hauptversammlung.

In der Hauptversammlung üben die Träger ihre Rechte in den Angelegenheiten der LBBW aus, soweit das Gesetz über die Landesbank Baden-Württemberg oder die Satzung der LBBW nichts anderes bestimmen. Die Träger werden in der Hauptversammlung durch eine oder mehrere Personen vertreten.

Die Befugnisse der Hauptversammlung umfassen die typischen Aufgaben einer Hauptversammlung nach dem Aktienrecht, beispielsweise die Beschlussfassung über die Verwendung des Bilanzgewinns oder die Entlastung von Aufsichtsrats- und Vorstandsmitgliedern. Darüber hinaus entscheidet die Hauptversammlung über den Inhalt der Satzung und deren Änderungen und über wesentliche Strukturmaßnahmen wie Unternehmensverträge, über die Festsetzung und Änderung des Stammkapitals, die Ausgabe von Genussrechten und die Gewährung von stillen Beteiligungen. Über die Änderung der Grundsätze der Geschäftspolitik beschließt der Aufsichtsrat.

Die Funktionen der Beaufsichtigung und Überwachung des Vorstands, also auch die Bestellung und Abberufung von Vorständen, sind im Aufsichtsrat gebündelt. In Einklang mit der Satzung der LBBW legt der Vorstand dem Aufsichtsrat den geprüften Jahresabschluss zur Feststellung vor.

Das Stammkapital der LBBW kann durch Beschluss der Hauptversammlung erhöht oder herabgesetzt werden. Die LBBW kann von ihren Trägern und Dritten Genussrechtskapital, Stille Einlagen sowie nachrangiges Haftkapital und andere Arten von Kapital nach Maßgabe des Gesetzes über das Kreditwesen aufnehmen.

Jedem Träger, der am Stammkapital beteiligt ist, gebührt bei Erhöhungen ein seinem Anteil entsprechender Anteil am neuen Stammkapital. Soweit ein Träger von seinem Bezugsrecht keinen Gebrauch macht, wächst dieses den anderen Trägern gegen einen entsprechenden Ausgleich in dem Verhältnis zu, in welchem ihre Anteile am Stammkapital zueinander stehen, sofern sie untereinander nichts anderes vereinbaren.

Die ordentliche Hauptversammlung findet innerhalb der ersten acht Monate des Jahres statt, weitere Hauptversammlungen werden einberufen, wenn das Wohl der LBBW es erfordert und dann, wenn es der Aufsichtsrat oder ein Träger unter Angabe der Verhandlungsgegenstände beantragt. Die Geschäftsordnung der Hauptversammlung bestimmt hierzu das Nähere, insbesondere Form und Frist von Einberufungsverlangen und Einberufung.

Im Vergleich zu einer Aktiengesellschaft stellt die LBBW ihren Eigentümern die für die Hauptversammlung erforderlichen Dokumente – wie zum Beispiel die Einberufungsunterlagen zur Hauptversammlung – aufgrund des überschaubaren Trägerkreises nicht auf ihrer Internetseite, sondern jeweils unmittelbar per E-Mail bzw. postalisch zur Verfügung.

Zusammenwirken von Vorstand und Aufsichtsrat.

Vorstand und Aufsichtsrat arbeiten zum Wohle des Unternehmens eng zusammen. Der Vorstand stimmt die strategische Ausrichtung des Unternehmens hierzu mit dem Aufsichtsrat ab und erörtert mit ihm in regelmäßigen Abständen den Stand der Strategieumsetzung. Für Geschäfte von grundlegender Bedeutung legen die Satzung oder der Aufsichtsrat – dieser ggf. auch im Einzelfall – Zustimmungsvorbehalte des Aufsichtsrats fest. Hierzu gehören Entscheidungen oder Maßnahmen, die die Vermögens-, Finanz- oder Ertragslage des Unternehmens grundlegend verändern.

Die Information des Aufsichtsrats ist Aufgabe des Vorstands. Der Aufsichtsrat hat jedoch seinerseits sicherzustellen, dass er angemessen informiert wird. Zu diesem Zweck legt der Aufsichtsrat die Informations- und Berichtspflichten des Vorstands näher fest. Der Vorstand informiert den Aufsichtsrat regelmäßig, zeitnah und umfassend über alle für das Unternehmen relevanten Fragen der Planung, der Geschäftsentwicklung, der Risikolage, der Wirksamkeit des internen Kontrollsystems, des internen Revisionssystems und der Compliance. Er geht auf Abweichungen des Geschäftsverlaufs von den aufgestellten Plänen und Zielen unter Angabe von Gründen ein.

Berichte des Vorstands an den Aufsichtsrat werden dabei in der Regel in Textform erstattet. Entscheidungsnotwendige Unterlagen werden den Mitgliedern des Aufsichtsrats in der Regel rechtzeitig vor der Sitzung zugeleitet.

Der Vorsitzende des Vorstands unterrichtet den Vorsitzenden des Aufsichtsrats und dessen Stellvertreter – auch zwischen den einzelnen Sitzungsterminen – über wichtige Vorkommnisse.

Nach dem Verständnis der LBBW und ihrer Eigentümer setzt gute Unternehmensführung eine offene Diskussion zwischen Vorstand und Aufsichtsrat sowie innerhalb des Vorstands und Aufsichtsrats voraus. Die umfassende Wahrung der Vertraulichkeit ist dafür von entscheidender Bedeutung. Die Mitglieder des Aufsichtsrats sowie des Vorstands sind daher zur Verschwiegenheit verpflichtet. Diese

Pflicht bleibt auch nach Beendigung ihrer Tätigkeit in den Organen der Landesbank bestehen. Alle Organmitglieder stellen insoweit sicher, dass die von ihnen zur Unterstützung einbezogenen Mitarbeiter die Verschwiegenheitspflicht in gleicher Weise einhalten.

Die Mitglieder von Vorstand und Aufsichtsrat beachten die Regeln ordnungsgemäßer Unternehmensführung. Verletzen sie die Sorgfalt eines ordentlichen und gewissenhaften Geschäftsleiters bzw. Aufsichtsratsmitglieds schuldhaft, so haften sie der LBBW gegenüber auf Schadensersatz. Bei unternehmerischen Entscheidungen liegt keine Pflichtverletzung vor, wenn das Mitglied von Vorstand oder Aufsichtsrat vernünftigerweise annehmen durfte, auf der Grundlage angemessener Information zum Wohle der Gesellschaft zu handeln (Business Judgement Rule).

Im Hinblick auf die abgeschlossene D&O-Versicherung für den Vorstand wurde ein Selbstbehalt von 10% des Schadens bis zur Höhe des 1,5-Fachen der festen jährlichen Vergütung des Vorstandsmitglieds vereinbart. Ein entsprechender Selbstbehalt wurde auch bei Abschluss der D&O-Versicherung für die Mitglieder des Aufsichtsrats vereinbart.

Über die Gewährung von Krediten des Unternehmens an Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats sowie an deren Angehörige wird in Einklang mit § 15 KWG im Risikoausschuss entschieden. Da der Risikoausschuss ein Ausschuss des Aufsichtsrats ist, ist sichergestellt, dass der Aufsichtsrat in die vorgenannten Kreditentscheidungen eingebunden ist.

Im Rahmen dieses Berichts informiert die LBBW seit dem Geschäftsjahr 2010 im Geschäftsbericht über ihre Corporate Governance.

Vorstand.

Aufgaben und Zuständigkeiten.

Der Vorstand führt die Geschäfte der Landesbank in eigener Verantwortung nach Maßgabe der Gesetze und im Unternehmensinteresse, also unter Berücksichtigung der Belange der Eigentümer, ihrer Arbeitnehmer und der sonstigen dem Unternehmen verbundenen Gruppen (Stakeholder) mit dem Ziel nachhaltiger Wertschöpfung. Er ist nach den Rechtsgrundlagen der LBBW für alle Angelegenheiten der Landesbank zuständig, für die nicht nach dem Gesetz über die Landesbank Baden-Württemberg oder aufgrund der Satzung der LBBW eine andere Zuständigkeit bestimmt ist. Die Vorstandsmitglieder wenden bei ihrer Geschäftsführung die Sorgfalt eines ordentlichen und gewissenhaften Geschäftsleiters an. Der Vorstand entwickelt dabei die strategische Ausrichtung des Unternehmens, stimmt diese mit dem Aufsichtsrat ab und sorgt für ihre Umsetzung. Der Vorstand sorgt weiterhin für die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen und der unternehmensinternen Richtlinien und wirkt auf deren Beachtung durch die Konzernunternehmen der LBBW hin. Ferner sorgt der Vorstand für ein angemessenes Risikomanagement und Risikocontrolling im Konzern.

Der Vorstand ist Dienstvorgesetzter sämtlicher Beschäftigten der Landesbank, einschließlich ihrer Niederlassungen, Filialen, Börsenbüros, Repräsentanzen und rechtlich unselbstständigen Anstalten des öffentlichen Rechts. Bei der Besetzung von Führungsfunktionen im Unternehmen strebt der Vorstand Vielfalt (Diversity) und dabei insbesondere eine angemessene Berücksichtigung von Frauen an.

Zusammensetzung des Vorstands.

Der Vorstand der LBBW besteht aus mehreren Mitgliedern. Die Mitglieder des Vorstands, der Vorstandsvorsitzende sowie sein oder seine Stellvertreter werden vom Aufsichtsrat bestellt bzw. bestimmt. Bei der Besetzung von Vorstandspositionen achtet der Aufsichtsrat auf Vielfalt (Diversity).

Zur Gewährleistung eines Höchstmaßes an Flexibilität hat die LBBW von einer Fixierung der Kompetenzverteilung der Mitglieder des Vorstands in der Geschäftsordnung abgesehen. Die Ressortzuständigkeiten der einzelnen Vorstandsmitglieder sind in einem Geschäftsverteilungsplan geregelt. Der Aufsichtsrat beschließt über die Geschäftsordnung des Vorstands und die Zustimmung zu der vom Vorstand vorgeschlagenen Geschäftsverteilung.

Vergütung.

Ausführungen zur Vergütung des Vorstands finden sich im Vergütungsbericht.

Interessenkonflikte.

Vorstandsmitglieder sind dem Unternehmensinteresse verpflichtet. Sie dürfen bei ihren Entscheidungen keine persönlichen Interessen verfolgen, unterliegen während ihrer Tätigkeit für die LBBW einem umfassenden Wettbewerbsverbot und dürfen Geschäftschancen, die der LBBW zustehen, nicht für sich nutzen. Vorstandsmitglieder und Mitarbeiter dürfen zudem im Zusammenhang mit ihrer Tätigkeit weder für sich noch für andere Personen von Dritten ungerechtfertigte Vorteile fordern oder annehmen oder Dritten ungerechtfertigte Vorteile gewähren.

Jedes Vorstandsmitglied legt etwaige Interessenkonflikte dem Aufsichtsrat gegenüber unverzüglich offen und informiert hierüber die anderen Vorstandsmitglieder. Alle Geschäfte zwischen der LBBW einerseits und den Vorstandsmitgliedern sowie ihnen nahe stehenden Personen oder ihnen persönlich nahe stehenden Unternehmungen andererseits entsprechen branchenüblichen Standards. Wesentliche Geschäfte bedürfen der Zustimmung des Aufsichtsrats.

Vorstandsmitglieder übernehmen Nebentätigkeiten, insbesondere Aufsichtsratsmandate außerhalb des LBBW-Konzerns, nur mit Zustimmung des Präsidialausschusses. Der Präsidialausschuss besteht aus dem Vorsitzenden des Aufsichtsrats, seinem Stellvertreter und drei Mitgliedern des Aufsichtsrats. Hierdurch ist sichergestellt, dass der Aufsichtsrat in die Entscheidung über Nebentätigkeiten des Vorstands eingebunden ist.

Im Falle eines Interessenkonflikts nimmt das betroffene Mitglied an der Beratung und Beschlussfassung des Vorstands über den betreffenden Gegenstand nicht teil. § 18 Abs. 1 bis 3 und 5 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg gilt für die Vorstandsmitglieder insoweit entsprechend.

Aufsichtsrat.

Aufgaben und Zuständigkeiten.

Aufgabe des Aufsichtsrats ist es, den Vorstand bei der Leitung der LBBW regelmäßig zu beraten und zu überwachen. Er ist in Entscheidungen von grundlegender Bedeutung für das Unternehmen eingebunden. Ihm obliegt die Bestellung und Abberufung der Mitglieder des Vorstands sowie die Bestellung und Abberufung des Vorsitzenden und der stellvertretenden Vorsitzenden des Vorstands, ferner die Festlegung der Vergütung der Mitglieder des Vorstands. Der Aufsichtsrat kann stellvertretende Vorstandsmitglieder bestellen; die stellvertretenden Mitglieder haben die gleichen Rechte und Pflichten wie die Vorstandsmitglieder. Der Aufsichtsrat hat sich eine Geschäftsordnung gegeben. Der Aufsichtsrat hat einen Vorsitzenden und einen stellvertretenden Vorsitzenden. Der Vorsitzende des Aufsichtsrats und sein Stellvertreter werden auf Vorschlag der Hauptversammlung vom Aufsichtsrat aus der Mitte des Aufsichtsrats gewählt, soweit das Gesetz über die Landesbank Baden-Württemberg nichts anderes bestimmt.

Aufgaben und Befugnisse des Aufsichtsratsvorsitzenden.

Der Vorsitzende des Aufsichtsrats beruft den Aufsichtsrat bei Bedarf, mindestens jedoch vier Mal im Jahr ein und leitet dessen Sitzungen. Die Geschäftsordnung des Aufsichtsrats bestimmt das Nähere, insbesondere Form und Frist der Einberufung. Der Aufsichtsratsvorsitzende koordiniert die Arbeit im Aufsichtsrat, leitet dessen Sitzungen und nimmt die Belange des Aufsichtsrats nach außen wahr.

Der Aufsichtsratsvorsitzende nimmt an den Sitzungen des Prüfungsausschusses als ständiger Gast teil.

Der Aufsichtsratsvorsitzende hält mit dem Vorstand, insbesondere mit dem Vorsitzenden des Vorstands, regelmäßig Kontakt und berät mit ihm die Strategie, die Geschäftsentwicklung und das Risikomanagement der LBBW. Er wird über wichtige Ereignisse, die für die Beurteilung der Lage und Entwicklung sowie für die Leitung des Unternehmens von wesentlicher Bedeutung sind, unverzüglich durch den Vorsitzenden des Vorstands informiert. Der Aufsichtsratsvorsitzende unterrichtet sodann den Aufsichtsrat und beruft erforderlichenfalls eine außerordentliche Aufsichtsratssitzung ein.

Bildung von Ausschüssen.

Der Aufsichtsrat hat abhängig von den spezifischen Gegebenheiten der LBBW und der Anzahl seiner Mitglieder vier fachlich qualifizierte Ausschüsse in Gestalt des Präsidial-, des Vergütungskontroll-, des Prüfungs- und des Risikoausschusses gebildet. Die jeweiligen Ausschussvorsitzenden berichten regelmäßig an den Aufsichtsrat über die Arbeit der Ausschüsse.

Dem Präsidialausschuss obliegen die gesetzlichen Aufgaben des Nominierungsausschusses, wobei ausschließlich Vertreter der Anteilseigner dem Aufsichtsrat für dessen Vorschläge an die Hauptversammlung zur Wahl von Aufsichtsratsmitgliedern geeignete Kandidaten benennen, soweit sich aus dem Gesetz über die Landesbank Baden-Württemberg nichts anderes ergibt.

Der Prüfungsausschuss befasst sich insbesondere mit der Wirksamkeit des Internen Kontrollsystems und der Revision, Fragen der Rechnungslegung, des Risikomanagements und der Compliance. Zudem überwacht er die Prüfung des Jahres- und Konzernabschlusses und die erforderliche Unabhängigkeit.

gigkeit des Abschlussprüfers und beschließt über die Vergütung des Abschlussprüfers sowie die Erteilung des Prüfungsauftrags an den Abschlussprüfer, wobei er Prüfungsschwerpunkte festlegen kann. Der Vorsitzende des Prüfungsausschusses verfügt über besondere Kenntnisse und Erfahrungen in der Anwendung von Rechnungslegungsgrundsätzen und internen Kontrollverfahren. Er ist unabhängig und kein ehemaliges Vorstandsmitglied der LBBW.

Zusammensetzung des Aufsichtsrats.

Die Mitglieder des Aufsichtsrats werden von der Hauptversammlung gewählt, soweit sie nicht als Aufsichtsratsmitglieder der Beschäftigten zu wählen sind und das Gesetz über die Landesbank Baden-Württemberg nichts anderes bestimmt. Acht der von der Hauptversammlung gewählten Mitglieder des Aufsichtsrats, einschließlich des Vorsitzenden, sind unabhängig. Jeder Träger hat das Recht, Wahlvorschläge zu unterbreiten.

Der Aufsichtsrat ist so zusammengesetzt, dass seine Mitglieder insgesamt über die zur ordnungsgemäßen Wahrnehmung der Aufgaben erforderlichen Kenntnisse, Fähigkeiten und fachlichen Erfahrungen verfügen.

Die Mitglieder des Aufsichtsrats nehmen die für ihre Aufgaben erforderlichen Aus- und Bildungsmaßnahmen eigenverantwortlich wahr. Dabei werden sie von der LBBW angemessen, beispielsweise in Gestalt der Benennung von konkreten Seminaren bzw. durch das Angebot entsprechender Fachvorträge, unterstützt. Im Jahr 2015 wurden drei Fachseminare speziell für den Aufsichtsrat organisiert.

Um eine unabhängige Beratung und Überwachung des Vorstands durch den Aufsichtsrat zu ermöglichen, gehört dem Aufsichtsrat eine durch die Regelwerke der LBBW vorgegebene Anzahl unabhängiger Mitglieder an. Ein Aufsichtsratsmitglied wird dabei als unabhängig angesehen, wenn es in keiner geschäftlichen oder persönlichen Beziehung zu der Gesellschaft, dem Vorstand oder den Trägern steht, die einen Interessenkonflikt begründet. Dem Aufsichtsrat gehören keine ehemaligen Mitglieder des Vorstands an. Jedes Aufsichtsratsmitglied achtet zudem darauf, dass ihm für die Wahrnehmung seiner Mandate genügend Zeit zur Verfügung steht.

Falls ein Mitglied des Aufsichtsrats in einem Geschäftsjahr nur an der Hälfte der Sitzungen des Aufsichtsrats und der Ausschüsse, denen er angehört, oder weniger teilgenommen hat, wird dies im Bericht des Aufsichtsrats vermerkt. Als Teilnahme gilt auch eine solche über Telefon- oder Videokonferenzen, das sollte aber nicht die Regel sein.

Vergütung.

Ausführungen zur Vergütung des Aufsichtsrats finden sich im Vergütungsbericht.

Interessenkonflikte.

Jedes Mitglied des Aufsichtsrats ist dem Unternehmensinteresse verpflichtet. Es darf bei seinen Entscheidungen weder persönliche Interessen verfolgen noch Geschäftschancen, die dem Unternehmen zustehen, für sich nutzen. Etwaige Interessenkonflikte, insbesondere solche, die aufgrund einer

Beratung oder Organfunktion bei Kunden, Lieferanten, Kreditgebern oder sonstigen Geschäftspartnern entstehen können, werden dem Aufsichtsrat gegenüber offengelegt. Im Falle eines Interessenkonflikts nimmt das betroffene Mitglied an der Beratung und Beschlussfassung des Aufsichtsrats über den betreffenden Gegenstand nicht teil. § 18 Abs. 1 bis 3 und 5 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg gilt für die Mitglieder des Aufsichtsrats insoweit entsprechend.

Wesentliche und nicht nur vorübergehende Interessenkonflikte in der Person eines Aufsichtsratsmitglieds führen zur Beendigung des Mandats. Ferner bedürfen Berater- und sonstige Dienstleistungs- und Werkverträge eines Aufsichtsratsmitglieds mit der Gesellschaft der Zustimmung des Aufsichtsrats.

Der Aufsichtsrat überprüft regelmäßig die Effizienz seiner Tätigkeit und bewertet mindestens einmal jährlich seine Struktur, Größe, Zusammensetzung und Leistung sowie die Kenntnisse, Fähigkeiten und Erfahrung sowohl seiner einzelnen Mitglieder als auch des Organs in seiner Gesamtheit.

Transparenz.

Die LBBW behandelt ihre Eigentümer bei Informationen unter gleichen Voraussetzungen gleich.

Die LBBW steht in gutem Kontakt mit ihren Trägern. Die Veröffentlichung eines Finanzkalenders würde nach Ansicht der LBBW keinen Mehrwert bieten und unterbleibt daher.

Rechnungslegung und Abschlussprüfung.

Rechnungslegung.

Eigentümer und Dritte werden vor allem durch den Konzernabschluss informiert. Während des Geschäftsjahres werden sie zusätzlich durch den Halbjahresfinanzbericht unterrichtet. Der Konzernabschluss und der verkürzte Konzernabschluss des Halbjahresfinanzberichts werden unter Beachtung der einschlägigen internationalen Rechnungslegungsgrundsätze aufgestellt.

Der Konzernabschluss wird vom Vorstand aufgestellt und vom Abschlussprüfer sowie vom Aufsichtsrat geprüft. Halbjahresfinanzberichte werden vom Prüfungsausschuss als Ausschuss des Aufsichtsrats mit dem Vorstand erörtert. Zusätzlich ist die Deutsche Prüfstelle für Rechnungslegung befugt, die Übereinstimmung des Konzernabschlusses mit den maßgeblichen Rechnungslegungsvorschriften zu überprüfen (Enforcement). Als nicht-börsennotiertes Unternehmen veröffentlicht die LBBW ihren Konzernabschluss und den Halbjahresfinanzbericht in den im WpHG geforderten Zeitrahmen. Der Jahresfinanzbericht wird spätestens vier Monate nach Ablauf eines jeden Geschäftsjahres (§ 37v WpHG) und der Halbjahresfinanzbericht spätestens zwei Monate nach Ablauf des Berichtszeitraums (§ 37w WpHG) veröffentlicht.

Die LBBW erläutert in ihrem Konzernabschluss Beziehungen zu Vertretern der Eigentümer, die im Sinne der anwendbaren Rechnungslegungsvorschriften als nahe stehende Personen zu qualifizieren sind.

Abschlussprüfung.

Vor Unterbreitung des Wahlvorschlags an die Hauptversammlung über die Bestellung des Abschlussprüfers holt der Aufsichtsrat bzw. der Prüfungsausschuss eine Erklärung des vorgesehenen Prüfers ein, ob und ggf. welche geschäftlichen, finanziellen, persönlichen oder sonstigen Beziehungen zwischen dem Prüfer und seinen Organen und Prüfungsleitern einerseits und der LBBW und ihren Organmitgliedern andererseits bestehen, die Zweifel an seiner Unabhängigkeit begründen können. Die Erklärung erstreckt sich auch darauf, in welchem Umfang im vorausgegangenen Geschäftsjahr andere Leistungen für die LBBW, insbesondere auf dem Beratungssektor, erbracht wurden bzw. für das folgende Jahr vertraglich vereinbart sind.

Der Aufsichtsrat bzw. dessen Prüfungsausschuss beauftragt den Abschlussprüfer und trifft mit ihm die Honorarvereinbarung.

Der Vorsitzende des Aufsichtsrats bzw. des Prüfungsausschusses wird vom Abschlussprüfer über während der Prüfung auftretende mögliche Ausschluss- oder Befangenheitsgründe unverzüglich unterrichtet, soweit diese nicht unverzüglich beseitigt werden.

Der Aufsichtsrat hat zudem vereinbart, dass der Abschlussprüfer über alle für die Aufgaben des Aufsichtsrats wesentlichen Feststellungen und Vorkommnisse unverzüglich berichtet, die sich bei der Durchführung der Abschlussprüfung ergeben. Der Abschlussprüfer nimmt an den Beratungen des Prüfungsausschusses und Aufsichtsrats über den Jahres- und Konzernabschluss teil und berichtet über die wesentlichen Ergebnisse seiner Prüfung.

Vergütungsbericht.

Vorstand.

Grundzüge des Vergütungssystems.

Zuständigkeit.

Der Aufsichtsrat trifft die Entscheidungen über das Vergütungssystem sowie die Festsetzung der Bezüge der Vorstandsmitglieder und überprüft regelmäßig deren Angemessenheit. Der Vergütungskontrollausschuss nimmt dabei eine wichtige beratende Funktion wahr und bereitet die Beschlussfassungen des Aufsichtsrats vor.

Grundsätze des Vergütungssystems.

Die Vergütungsparameter, welche die erfolgsabhängige variable Vergütung bestimmen, sind auf die nachhaltige Erreichung der aus der Strategie der Bank abgeleiteten Ziele ausgerichtet und unterstützen das Erreichen der strategischen Unternehmensziele. Die erfolgsabhängige variable Vergütung der Vorstandsmitglieder orientierte sich im Jahr 2015 am nachhaltigen Gesamterfolg des Konzerns zu zwei Dritteln, bewertet anhand des wirtschaftlichen Erfolgs¹⁾ über drei Jahre hinweg, sowie zu einem Drittel an den individuellen Erfolgsbeiträgen der einzelnen Vorstandsmitglieder aus dem aktuellen Jahr. Der individuelle Erfolgsbeitrag ist an Zielvereinbarungen gekoppelt, die sich an der Geschäftsstrategie und dem Wirtschaftsplan orientieren. Die endgültige Zumessung der erfolgsabhängigen variablen Vergütung erfolgt auf Basis der Gesamtzielerreichung durch Beschluss des Aufsichtsrats im Folgejahr.

Neben der Nachhaltigkeit bei der Erfolgsummessung stellt die Nachhaltigkeit der Auszahlung der variablen Vergütung einen zentralen Bestandteil der Vorstandsvergütung dar. Signifikante Teile der variablen Vergütung sind vom nachhaltigen Unternehmenserfolg abhängig. Aus diesem Grund werden 60% der jährlichen variablen Vergütung über einen Zeitraum von vier Jahren aufgeschoben und zeitanteilig ausbezahlt (sogenannte Deferrals), wobei negative Erfolgsbeiträge das Deferral verringern bzw. verfallen lassen können (Malus). 50% der aufgeschobenen Vergütung unterliegen einer Sperrfrist von einem Jahr und sind an der nachhaltigen Wertentwicklung ausgerichtet (d. h. mit einem sogenannten Wertsteigerungsrecht ausgestattet). Die nachhaltige Wertentwicklung der LBBW wird in Form der Veränderung der bereinigten Risikodeckungsmasse²⁾ gemessen. Hierzu wird im jeweiligen Auszahlungsjahr die bereinigte Risikodeckungsmasse mit der des Ausgangsjahres (Gewährung der erfolgsabhängigen variablen Vergütung) verglichen. 20% der ermittelten variablen Vergütung werden unmittelbar ausbezahlt. Der gleiche Anteil unterliegt einer einjährigen Sperrfrist und in dieser Zeit ebenfalls der nachhaltigen Wertentwicklung des Instituts.

Nach Ablauf des Deferral-Zeitraums erfolgt vor Auszahlung eine Malus-Prüfung anhand von im Vorstandsvergütungsmodell festgelegten Kriterien auf Konzernebene und individueller Ebene. Zudem wird vor Auszahlung die Einhaltung von Nebenbedingungen sichergestellt (positiver Gesamterfolg Konzern, keine Gefährdung einer angemessenen Eigenmittelausstattung, ausreichende Liquidität der Bank und Erfüllung der kombinierten Kapitalpuffer-Anforderungen).

1) Der wirtschaftliche Erfolg kombiniert eine Profitabilitätsgröße (Konzernjahresüberschuss nach Steuern gemäß IFRS) mit dem tatsächlichen Risiko. Die Risiken werden dabei in Form der Kapitalkosten berücksichtigt, indem die Mindestverzinsung des Ökonomischen Kapitals (Ökap) mit eingerechnet wird.

2) Ermittelt sich aus Risikodeckungsmasse abzgl. Hybridkapital, abzgl. Kapitalmaßnahmen und zzgl. Gewinnausschüttung.

Die Altersversorgung ist grundsätzlich als beitragsorientierte Leistungszusage konzipiert. Einige Vorstandsmitglieder haben eine endgehaltsbezogene Regelung. Die Höhe bemisst sich dabei nach der Dauer der Vorstandstätigkeit.

Vergütung 2015.

Im Jahr 2015 setzte sich die Vergütung der Vorstände der LBBW aus einer erfolgsunabhängigen Fixvergütung, einer variablen Vergütung und sonstigen Leistungen (im Wesentlichen Dienstwagen-nutzung mit Fahrer) zusammen. Darüber hinaus haben die Mitglieder des Vorstands eine betriebliche Altersversorgung.

Die Mitglieder des Vorstands erhielten im Geschäftsjahr 2015 für ihre Vorstandstätigkeit eine Fixvergütung von insgesamt 5,6 Mio. EUR¹⁾. Zudem wurde ihnen im Berichtsjahr eine variable Vergütung von insgesamt 1,7 Mio. EUR ausbezahlt (Zufluss), wobei in diesem Betrag auch Anteile von aufgeschobener variabler Vergütung aus Vorjahren enthalten sind.

Zum 31. Dezember 2015 beliefen sich die Pensionsverpflichtungen nach IFRS für zum Stichtag aktive Vorstandsmitglieder der LBBW auf insgesamt 15,4 Mio. EUR.

Aufsichtsrat.

Grundzüge für die Vergütung der Aufsichtsratsmitglieder.

Die Hauptversammlung hat am 22. Juli 2011 die Vergütung für die Aufsichtsratsmitglieder wie folgt beschlossen:

- Die Mitglieder des Aufsichtsrats erhalten für das jeweilige Geschäftsjahr eine Festvergütung von 25 000 EUR. Der Aufsichtsratsvorsitzende erhält das 2,0-Fache, der stellvertretende Vorsitzende das 1,5-Fache der Festvergütung eines Aufsichtsratsmitglieds.
- Aufsichtsratsmitglieder, die einem Ausschuss angehören, erhalten hierfür jeweils pro Ausschuss eine weitere Festvergütung i. H. v. 10 000 EUR. Der Vorsitzende eines Ausschusses erhält das 2,0-Fache, der stellvertretende Vorsitzende das 1,5-Fache der weiteren festen Vergütung.
- Für die Teilnahme an einer Sitzung des Aufsichtsrats oder einer seiner Ausschüsse erhält jedes Aufsichtsratsmitglied ein Sitzungsgeld i. H. v. 200 EUR.
- Darüber hinaus werden den Aufsichtsratsmitgliedern die Auslagen erstattet, die ihnen in Verbindung mit ihrer Aufgabenwahrnehmung als Aufsichtsratsmitglied entstehen (Reisekosten, individuelle bankbezogene Fortbildung etc.).
- Außerdem erhalten die Aufsichtsratsmitglieder einen Ersatz der zu entrichtenden Umsatzsteuer, die durch sie wegen ihrer Tätigkeit als Mitglied des Aufsichtsrats oder eines Ausschusses zu entrichten ist.

Die bei der LBBW angestellten Arbeitnehmervertreter des Aufsichtsrats erhalten außerdem ihre Mitarbeitervergütung.

¹⁾ In der ausgewiesenen Summe der Fixvergütung sind neben dem vertraglich zugesagten Gehalt auch noch weitere fixe Gehaltsbestandteile wie beispielsweise die Dienstwagen-nutzung mit Fahrer enthalten.

Die Vergütung für Aufsichtsratsmitglieder, die dem Aufsichtsrat nicht während des ganzen Geschäftsjahres angehören, wird im Verhältnis zur Amtsdauer berechnet.

Vergütung 2015.

An die Mitglieder des Aufsichtsrats wurden für das Geschäftsjahr 2015 insgesamt 0,93 Mio. EUR an Vergütung und 0,06 Mio. EUR an Sitzungsgeldern gezahlt.

Sonstige Angaben.

Für die Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats besteht eine Vermögensschaden-Haftpflichtversicherung («D&O»). Für Aufsichtsrats- und Vorstandsmitglieder beträgt der Selbstbehalt jeweils 10% des Schadens, max. das 1,5-Fache der festen jährlichen Vergütung.

Landesbank Baden-Württemberg

Der Aufsichtsrat

Der Vorstand

Compliance.

Verantwortungsbewusstes unternehmerisches Handeln beruht auf der Einhaltung von Regeln und Gesetzen. Ein effektives Compliance-Management schafft nachhaltig Risikotransparenz und verhindert kriminelle Aktivitäten wie Geldwäsche, Terrorismusfinanzierung, Betrug, Korruption, Insiderhandel sowie Marktmanipulation. Gleichzeitig wird die Einhaltung der Vorgaben für Datenschutz, Finanzsanktionen und Embargo überwacht.

Die LBBW hat darüber hinaus einen Überwachungsprozess für das bankweite Interne Kontrollsystem (IKS) eingerichtet. Dieser Prozess, als Bestandteil der risikoorientierten IKS-Überwachung, besteht im Wesentlichen aus den Elementen

- Risikobeurteilung und Dokumentation der Schlüsselkontrollen,
- unterjährige Selbsteinschätzung der Fachbereiche zum Verbesserungspotenzial des bankweiten IKS,
- Nachweis der Fachbereiche über die Wirksamkeit der Schlüsselkontrollen,
- Erklärung zum Status des bankweiten IKS als Basis der IKS-Berichterstattung an den Prüfungsausschuss und den Vorstand

und einer sogenannten IKS-Zentrale im Geschäftsbereich Compliance zur Pflege der formalen Vorgaben sowie zur Steuerung und Qualitätssicherung des Prozessablaufs.

Kapitalmarkt-Compliance.

Ein Tätigkeitsschwerpunkt der Kapitalmarkt-Compliance im Jahr 2015 lag in der Begleitung und Beratung der Fachbereiche bei der Umsetzung neuer aufsichtsrechtlicher Anforderungen, wie z. B. die europäische Finanzmarktrichtlinie MiFID II und die Finanzmarktverordnung MiFIR. Hier stehen anlegerschutzbezogene Themen wie Zuwendungen und Aufzeichnungspflichten genau wie marktbezogene Themen wie Handelstransparenz im Fokus. Das Produktinterventionsrecht der Aufsichtsbehörde wurde ebenso wie die neuen Vorgaben hinsichtlich Prospektspflichten mit dem Kleinanlegerschutzgesetz in das Wertpapierhandelsgesetz eingeführt. Die Kapitalmarkt-Compliance begleitete die Umsetzung der betreffenden Regelungen in der Bank.

Das Schulungsangebot wurde um ein webbasiertes Training zu den Grundlagen der Kapitalmarkt-Compliance erweitert. Durch den verbesserten Einsatz des Lernmanagementsystems konnte ein einheitlicher Eskalationsprozess für webbasierte Trainings implementiert und die Aufwendungen für die Dokumentation verringert werden. Die Informationsveranstaltung für neue Mitarbeiter wurde im neuen Gewand präsentiert. Für relevante Organisationseinheiten der Bank ist die Ausrollung einer neuen Schulung zum Thema Marktmissbrauch erfolgt. Ein Infotag »Compliance für Trainees« wird nun regelmäßig durchgeführt, zudem wurde ein Seminar »Compliance-Wissen für die Praxis« eingeführt.

Im Rahmen der Überwachung des Wertpapiergeschäfts hat die Einheit die Vor-Ort-Überwachungen weiter ausgebaut, die Risikoanalyse nach MaComp komplett überarbeitet und in eine neue Systematik überführt. Diese kommt erstmals für die Risikoanalyse 2016 zum Einsatz.

Die Systematik und Dokumentation der Überwachungshandlungen wurde mit der Einführung des Softwaretools »Audit Assist« weiter standardisiert.

Geldwäscheprävention.

Die im Vorjahr begonnene gruppenweite Umsetzung geldwäscherechtlicher Vorgaben in den Niederlassungen und nachgeordneten Unternehmen des Konzerns wurde im Jahr 2015 fortgeführt und stellte erneut einen Tätigkeitsschwerpunkt dar. Der im Jahr 2014 begonnene und ursächlich auf die ab 2015 verschärften Regelungen zur steuerlichen Selbstanzeige zurückzuführende Trend eines erhöhten Fallaufkommens zur Bewertung von Mittelrückflüssen aus dem Ausland setzte sich im Jahr 2015 unverändert fort. Aufgrund der anhaltenden Bedeutung hat die Organisationseinheit Geldwäscheprävention auch zwei Veranstaltungen für Steuerberater zum Thema »Geldwäsche-Verdachtsmeldungen im Zusammenhang mit steuerlichen Selbstanzeigen« ausgerichtet. Unverändert werden alle Mitarbeiter in Tätigkeitsbereichen mit Bezug zu geldwäscherechtlichen Kundensorgfaltspflichten und internen Sicherungsmaßnahmen über Anforderungen und Methoden zur Geldwäscheprävention geschult.

Finanzsanktionen/Embargo.

Die Einheit hat den Standardisierungsgrad bei der Bearbeitung von Finanzsanktions- bzw. Embargoprüfungen durch die Weiterentwicklung der schriftlich fixierten Ordnung im LBBW-Konzern und Systemanpassungen weiter erhöht. Die LBBW gleicht ihren Kundenbestand tagesaktuell mit nationalen und internationalen Sanktionslisten ab. Ebenso überprüft die Bank alle Auslandstransaktionen. Die Einheit Finanzsanktionen/Embargo im Bereich Compliance der LBBW unterstützt die Fachbereiche bei der Umsetzung und Überwachung von nationalen und internationalen Sanktionsvorgaben und berät diese zu Fragen des Außenwirtschaftsrechts. Diese Tätigkeiten bildeten – wie bereits in den Vorjahren – die Schwerpunkte im Geschäftsjahr 2015.

Betrugsprävention/sonstige strafbare Handlungen.

Der Schwerpunkt der Organisationseinheit lag auf der verstärkten Weiterentwicklung der Präventions- und Überwachungsmaßnahmen zu sonstigen strafbaren Handlungen. Vorgaben wie z. B. die Einrichtung eines Meldewegs für anonyme Verdachtsmeldungen sind gruppenweit in den Niederlassungen und nachgeordneten Unternehmen des Konzerns implementiert. Eine Richtlinie für die Bank regelt Maßnahmen gegen sonstige strafbare Handlungen, insbesondere Korruption. Daneben hat die Einheit Betrugsprävention/sonstige strafbare Handlungen engere Vorgaben und Kontrollen zur Zuverlässigkeitsprüfung von Mitarbeitern geschaffen und das technische Monitoring zur Überwachung von Transaktionen und Geschäftsbeziehungen zur Entdeckung von Betrugsmustern weiter ausgebaut. Die erweiterte Schulung und Sensibilisierung der Mitarbeiter schlägt sich erfreulicherweise in der Erhöhung der Aufdeckung von Sachverhalten, die in Verdachtsmeldungen münden, sowie einer verbesserten Quote der Schadensverhinderung nieder.

Compliance nach MaRisk.

Ende 2012 veröffentlichte die Bundesanstalt für Finanzaufsicht (BaFin) die 4. Novelle der Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk). Eine wesentliche Neuerung dieser Novellierung ist die Anforderung, eine Compliance-Funktion nach MaRisk einzurichten, deren Ziel das Hinwirken auf die Sicherstellung der Einhaltung wesentlicher rechtlicher Regelungen und Vorgaben, die Förderung der institutsweiten Compliance-Kultur und somit die Verringerung der Compliance-Risiken ist. Die Compliance-Funktion nach MaRisk hat insbesondere

- die für das Institut wesentlichen rechtlichen Regelungen und Vorgaben identifiziert,
- auf die Implementierung angemessener und wirksamer Verfahren zu deren Einhaltung hingewirkt,
- die Angemessenheit und Wirksamkeit der implementierten Verfahren überwacht und
- abschließend berichtet;
- außerdem ist die Compliance-Funktion nach MaRisk in verschiedene prozessuale Abläufe direkt einzubinden.

Die Compliance-Funktion nach MaRisk überwacht als »zweite Verteidigungslinie« die organisatorische Umsetzung der durch das Institut einzuhaltenden Regelungen und Vorgaben.

Datenschutz.

Die Zusammenarbeit mit den verantwortlichen Stellen in der Bank, um auf die Einhaltung der datenschutzrechtlichen Vorgaben hinzuwirken, ist weiter intensiviert worden. Die Anzahl der hierzu notwendigen Beratungen der Fachbereiche und die Beantwortung von Kundenanfragen (Beschwerden und Auskunftersuchen) sind aufgrund einer höheren Sensibilität der Kunden und Mitarbeiter im Vergleich zum Vorjahr deutlich gestiegen. Ein besonderes Augenmerk liegt auf der Untersuchung von Datenpannen, aufgrund der evtl. damit verbundenen Risiken und der ggf. notwendigen externen Meldepflichten.

Die Prüfung der Auswirkungen des Urteils des Europäischen Gerichtshofes (EuGH) zur sogenannten Safe-Harbor-Thematik beim Datenaustausch mit den USA war ebenso von großer Bedeutung wie die verstärkte Einbindung in die Abläufe mit der Finanz Informatik als externen IT-Dienstleister.

Weiterhin erfolgten Prüfungen, um die Einhaltung der Vorgaben zu verifizieren, sowie Schulungsmaßnahmen zur Sensibilisierung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Zusammen- gefasster Lagebericht.

Der Lagebericht der LBBW (Bank) und der Konzernlagebericht sind nach § 315 Abs. 3 HGB in Verbindung mit § 298 Abs. 3 HGB zusammengefasst und werden gemeinsam mit dem Konzernabschluss im LBBW Geschäftsbericht 2015 veröffentlicht.

Grundlagen des Konzerns.

Der vorliegende Finanzbericht der Landesbank Baden-Württemberg besteht aus dem zusammengefassten Lagebericht und dem Konzernabschluss (IFRS). Der Lagebericht der LBBW (Bank) und der Konzernlagebericht sind gemäß Deutschem Rechnungslegungsstandard (DRS) 20 zusammengefasst. Damit ist neben dem Konzern auch die Einzelgesellschaft LBBW (Bank) mit Erläuterungen auf Basis des Handelsgesetzbuches enthalten. Der Jahresabschluss LBBW (Bank) nach dem Handelsgesetzbuch (HGB) und der zusammengefasste Lagebericht werden zeitgleich im Bundesanzeiger veröffentlicht.

Struktur und Geschäftstätigkeit des LBBW-Konzerns.

Der Konzern Landesbank Baden-Württemberg (LBBW) besteht zum überwiegenden Teil aus der Einzelgesellschaft Landesbank Baden-Württemberg. Im Folgenden wird diese als LBBW (Bank) aufgeführt.

Die LBBW (Bank) ist eine rechtsfähige Anstalt öffentlichen Rechts. Sie verfügt über vier Hauptsitze in Stuttgart, Karlsruhe, Mannheim und Mainz. Mit Wirkung zum 28. Dezember 2015 hat die Landeskreditbank Baden-Württemberg – Förderbank (L-Bank) ihren unmittelbar am Stammkapital der LBBW (Bank) gehaltenen Anteil auf die Landesbeteiligungen Baden-Württemberg GmbH übertragen und ist somit aus dem Trägerkreis ausgeschieden. Anteilseigner sind damit der Sparkassenverband Baden-Württemberg mit 40,534%, die Landeshauptstadt Stuttgart mit 18,932% und das Land Baden-Württemberg mit 40,534% der Anteile am Stammkapital. Das Land Baden-Württemberg hält seine Anteile direkt und indirekt über die Landesbeteiligungen Baden-Württemberg GmbH.

Als Universalbank verbindet die LBBW (Bank) das Leistungsspektrum eines großen Kreditinstituts mit der regionalen Nähe ihrer Kundenbanken: So tritt die LBBW (Bank) in ihren Kernmärkten Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen sowie den daran angrenzenden Wirtschaftsregionen mit unselbstständigen Anstalten in der Anstalt jeweils unter eigenen Marken auf:

- In Baden-Württemberg sowie in Bayern übernimmt diese Funktion die Baden-Württembergische Bank (BW-Bank). Geschäftsfelder sind das Privat- und Unternehmenskundengeschäft sowie das Wealth Management. Auf dem Gebiet der Landeshauptstadt Stuttgart übt die BW-Bank zudem die Sparkassenfunktion aus.
- Der Fokus der LBBW Rheinland-Pfalz Bank liegt auf der Betreuung mittelständischer Unternehmenskunden in Rheinland-Pfalz, Nordrhein-Westfalen sowie im Wirtschaftsraum Hamburg.
- In der LBBW Sachsen Bank bündelt die LBBW ihr mittelständisches Unternehmenskunden- und das gehobene Privatkundengeschäft in Sachsen und den angrenzenden Regionen.

Die LBBW (Bank) bietet das komplette Produkt- und Dienstleistungsangebot einer modernen Geschäftsbank. Dabei sind das Geschäft mit überregional bzw. international agierenden Großkunden, die Immobilienfinanzierung, das Kapitalmarktgeschäft sowie die Sparkassenzentralbankfunktion für

die Sparkassen in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen bei der LBBW (Bank) selbst angesiedelt.

Wesentliche Stabs- und Servicefunktionen, bei denen kein regionaler Kundenbezug erforderlich ist, werden ebenfalls in der LBBW (Bank) gebündelt.

Zudem begleitet die LBBW (Bank) die Unternehmenskunden der LBBW und der Sparkassen bei ihren Auslandsaktivitäten. Ein weltweites Netz an Niederlassungen und Repräsentanzen unterstützt die Kunden mit Länderexpertise, Markt-Know-how und Finanzlösungen. Ergänzend unterhält die LBBW German Centres in Peking, Singapur, Mexiko-Stadt, Delhi, Gurgaon und Moskau, die deutschen Unternehmenskunden vor Ort Büros und Netzwerke zur Verfügung stellen und sie bei ihrem Markteintritt beraten.

Konzernunternehmen für Spezialprodukte (Leasing, Factoring, Asset Management, Immobilien oder Beteiligungsfinanzierung) ergänzen das Leistungsportfolio der LBBW (Bank) innerhalb des Konzerns.

Geschäftsmodell des LBBW-Konzerns.

Auf Basis ihrer konservativen Risikopolitik fokussiert sich die LBBW insbesondere auf das Kundengeschäft in ihren Kernmärkten.

Das Geschäftsmodell der LBBW beruht auf fünf Säulen, die sich an ihren wesentlichen Kundengruppen orientieren. Ihre Kernmärkte sind Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen. Dabei ist die LBBW vor allem Partner für die dortigen Unternehmens- und Privatkunden sowie die Sparkassen. Flankiert wird dies durch leistungsfähige Immobilienfinanzierungs- und Kapitalmarktprodukte, auch für institutionelle Kunden.

Unternehmenskunden.

Im Unternehmenskundengeschäft liegt der Fokus auf Unternehmen des klassischen Mittelstands, des großen Mittelstands mit Kapitalmarktbezug bis hin zu Konzernen mit stärkerer Kapitalmarkt-orientierung in den regionalen Kernmärkten sowie weiteren attraktiven Wirtschaftsräumen – wie z. B. Nordrhein-Westfalen, Bayern und dem Großraum Hamburg.

In Baden-Württemberg und Bayern werden die Unternehmenskunden von der BW-Bank betreut. In Rheinland-Pfalz, Nordrhein-Westfalen, Hessen sowie Hamburg nimmt diese Funktion die LBBW Rheinland-Pfalz Bank und in Mitteldeutschland die LBBW Sachsen Bank wahr. Daneben betreut die LBBW (Bank) Großkunden (Large Corporates) in Deutschland, Österreich und der Schweiz.

Die LBBW lebt den Universalbankansatz mit einer breiten Produkt- und Dienstleistungspalette – vom Auslandsgeschäft über alle Formen der Finanzierung, dem Zahlungsverkehr bis hin zu Absicherungsgeschäften und dem Asset Management. In ihren Kernmärkten ist die LBBW (Bank) außerdem Partner der Kommunen. Verschiedene Tochterunternehmen wie SüdLeasing, MKB Mittelrheinische Bank/MMV Leasing, SüdFactoring und Süd Beteiligungen ergänzen das Angebot um Spezialprodukte und die flankierenden Dienstleistungen. Der besondere Fokus liegt dabei insgesamt auf einer ganzheitlichen Betreuung und möglichst langfristigen Kundenbeziehungen.

Privatkunden.

Die BW-Bank fungiert als Sparkasse der Landeshauptstadt Stuttgart. Dabei stellt sie allen Kundengruppen ihre gesamte Leistungspalette zur Verfügung und gewährleistet somit die kreditwirtschaftliche Grundversorgung der Bürgerinnen und Bürger.

Außerhalb Stuttgarts ist das Geschäftsmodell der LBBW im Privatkundenbereich vor allem auf das gehobene Kundensegment in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen sowie den weiteren Wirtschaftsregionen ausgerichtet. Kunden mit hohem Anlagevermögen und komplexer Vermögensstruktur werden im Wealth Management betreut.

Neben einer auf die langfristige Kundenbeziehung ausgerichteten, bedarfsorientierten Beratung bilden erstklassige Produkte und Services den Kern der Geschäftsphilosophie. Das umfassende Produkt- und Dienstleistungsangebot reicht vom Giro- und Kartengeschäft über klassische Finanzierungen bis hin zu komplexen Wertpapier- und Vorsorgelösungen.

Um den vielfältigen Herausforderungen im Privatkundengeschäft Rechnung zu tragen – allem voran dem Trend der zunehmenden Digitalisierung – folgt die LBBW dem Geschäftsmodell einer integrierten Multikanalbank. Zum einen wird die Digitalisierung des Angebots forciert, zum anderen fokussiert sich das Filialnetz stärker auf komplexe Beratung. Dessen ungeachtet gewährleistet die LBBW in der Fläche eine unverändert umfassende Beratungspräsenz.

Sparkassen.

Im Geschäftsfeld Sparkassen konzentriert sich die LBBW (Bank) vornehmlich auf ihre Funktion als Zentralbank für die Sparkassen in den Kernmärkten Baden-Württemberg, Sachsen sowie Rheinland-Pfalz. Dabei bildet die LBBW (Bank) mit den Sparkassen einen Leistungsverbund und versorgt diese mit einer breiten Palette an Produkten und Dienstleistungen. Ziel ist zum einen die operative Umsetzung der Zentralbankrolle, zum anderen das Entstehen exklusiver Produktpartnerschaften. Dabei beruht das Kooperationsangebot auf Freiwilligkeit; die Inanspruchnahme erfolgt entsprechend den jeweiligen institutsspezifischen Bedürfnissen. Kundenverbindung und Entscheidungskompetenz verbleiben bei den Sparkassen; somit wird deren Eigenständigkeit gestärkt.

Die Zusammenarbeit bezieht sich insbesondere auf drei Geschäftsfelder:

- Die Eigengeschäfte der Sparkassen; zum Leistungsspektrum gehören alle Produktkategorien zur Absicherung und Anlage der Sparkasse selbst.
- Im Marktpartnergeschäft werden neben Metakrediten auch Produkte der LBBW – sowohl im Unternehmens- als auch im Privatkundengeschäft – zum Weitervertrieb an die Endkunden der Sparkassen zur Verfügung gestellt.
- Das Dienstleistungsgeschäft beinhaltet das Angebot in den Bereichen Research, Wertpapierabwicklung und -verwaltung, Auslandszahlungsverkehr, Dokumentengeschäft etc.

Im regionalen Verbund wird eng und über alle Produktfelder zusammengearbeitet; außerhalb der Kernmärkte werden Produkte und Dienstleistungen selektiv auch anderen Sparkassen angeboten (vor allem im Bereich Financial Markets).

Immobilienfinanzierung.

Das Geschäftsfeld Immobilienfinanzierung umfasst bei der LBBW das gewerbliche Immobiliengeschäft. Zielkunden sind professionelle Investoren, Spezialfonds, Immobilien- und Wohnungsunternehmen sowie offene und geschlossene Immobilienfonds.

Bei den Finanzierungsobjekten steht die Vermietung der Immobilie im Vordergrund. Die Nutzungsarten umfassen dabei insbesondere die Bereiche Wohnen, Büro, Einzelhandel sowie Logistik – vornehmlich in den Zielmärkten Deutschland (bundesweit), USA und Großbritannien.

Bei gesetzlich regulierten deutschen Sondervermögen (deutsche offene Fonds und Spezialfonds) können zudem Finanzierungen für alle Nutzungsarten in weiteren Ländern erfolgen.

Zusätzlich fungiert die LBBW (Bank) innerhalb der Säule Immobilienfinanzierung als Dienstleister im Syndizierungsgeschäft – mit hoher Kompetenz in der Strukturierung und Arrangierung großvolumiger Transaktionen.

Das Tochterunternehmen LBBW Immobilien Management GmbH ergänzt die Produktpalette um Immobilienentwicklungen, Immobilien Asset Management und Immobiliendienstleistungen in den Kernregionen Süddeutschland (Baden-Württemberg und Bayern), Rheinland-Pfalz, dem Rhein-Main-Gebiet und in Berlin (ausgewählte Einzelfälle).

Financial Markets.

Innerhalb dieser Säule werden kundenorientiertes Kapitalmarktgeschäft, Asset Management sowie zwischenzeitlich auch das Auslandsgeschäft gebündelt und eng verzahnt. Entsprechend setzt sich die Angebotspalette des Geschäftsfelds auch aus Kapitalmarktanlage, (Kapitalmarkt)-Finanzierungen, Risikomanagement-Produkten und Financial Services (inklusive Depotbankfunktion) zusammen.

Vier Kundengruppen stehen speziell im Fokus: Sparkassen, Banken, Unternehmens- sowie institutionelle Kunden. Über individuelle Marktbearbeitungsstrategien kann dabei der Heterogenität der jeweiligen Kundenbedarfe Rechnung getragen werden. Exportorientierte Kunden werden speziell durch das Auslandsgeschäft sowie das internationale Netzwerk der LBBW unterstützt.

Insgesamt erfolgt die Ausrichtung des Produkt- und Dienstleistungsangebots konsequent an den – im Rahmen eines ganzheitlich ausgerichteten Relationship-Ansatzes – ermittelten Kundenbedarfen. Um den vielfältigen Herausforderungen der aktuellen Markttrends (Verschärfung der Regulatorik, zunehmende Digitalisierung etc.) aktiv begegnen zu können, wird innerhalb der Angebotspalette künftig noch stärker vernetzt werden.

In der Konzerntochter LBBW Asset Management Investmentgesellschaft mbH ist das Asset Management-Geschäft der LBBW gebündelt. Schwerpunkt der Kapitalanlagegesellschaft liegt dabei auf der Beratung und dem Management von Wertpapier-Sondervermögen für institutionelle Investoren und Privatanleger.

Credit Investment.

In Ergänzung zur fünfgliedrigen Aufteilung des Geschäftsmodells weist die Segmentrechnung der LBBW zusätzlich das Segment Credit Investment aus. Hier ist u. a. das Kreditsatzportfolio des Konzerns gebündelt, das mit dem Verkauf des von den Trägern – Land Baden-Württemberg, Spar-

kassenverband Baden-Württemberg und Landeshauptstadt Stuttgart – garantierten Verbriefungsportfolios mittlerweile weitgehend abgebaut wurde.

Zukunftsinvestitionen im Rahmen des Geschäftsmodells.

Der LBBW-Konzern begegnet den Herausforderungen des sich dynamisch wandelnden Umfelds für die Bankbranche mit umfangreichen Zukunftsinvestitionen. Dazu wurden im Rahmen des bestehenden Geschäftsmodells zahlreiche interne Initiativen und Projekte auf den Weg gebracht. Soweit erforderlich, wurden hierfür zum Jahresende 2015 Restrukturierungsrückstellungen gebildet.

Zu diesen Projekten gehört eine grundlegende Modernisierung der IT-Landschaft des Hauses. Eine besondere Rolle spielt hierbei eine zukunftsgerichtete, an den steigenden regulatorischen Anforderungen orientierte Weiterentwicklung der Gesamtbanksteuerung. Daneben bildet der Modernisierungsprozess die Grundlage für weitere Effizienzsteigerungen. Zu den entsprechenden Maßnahmen gehört die Einführung eines neuen Kernbanksystems im Jahr 2017 (OSPlus), das die Voraussetzung für eine stärkere Digitalisierung, Standardisierung und Optimierung der Geschäftsprozesse schaffen wird. Eine Verschlankung und Verbesserung der Prozesse und Strukturen ist zudem im Bereich der Kreditbearbeitung geplant. Eine weitere wesentliche Initiative ist die Neuausrichtung des Privatkundengeschäfts und Private Bankings. Kernpunkt des Projekts, das dem veränderten Kundenverhalten und Wettbewerbsumfeld Rechnung trägt, ist eine Anpassung des stationären Vertriebsnetzes und ein weiterer Ausbau des digitalen Angebots. Neu ausgerichtet wird die Bank vor dem Hintergrund veränderter rechtlicher und regulatorischer Rahmenbedingungen auch ihre Aktivitäten im Kapitalmarktgeschäft. Im Mittelpunkt dieses Projekts steht eine noch stärker lösungsbezogene Beratung der Kunden. Im Hinblick darauf wird die Bank ihr Produktportfolio sowie ihre Prozesse und Strukturen in der Säule Financial Markets zukünftig noch konsequenter am Kundenbedarf ausrichten. Zudem setzt der LBBW-Konzern weiterhin auf eine selektive Wachstumsstrategie im Unternehmenskunden- und Wealth Management-Geschäft. Dazu gehörte zuletzt u. a. der Ausbau der Präsenz im norddeutschen Raum sowie in Bayern, um auf Basis der guten Positionen in den Kernmärkten auch dort verstärkt Marktpotenziale ausschöpfen zu können.

Segmentzuordnung und Steuerung.

Die fünf Säulen des Geschäftsmodells lassen sich auf die Darstellung der Segmentlogik der externen Berichterstattung der LBBW überleiten: Die beiden Säulen **Unternehmenskunden** und **Immobilienfinanzierung** sind dem Segment **Corporates** zugeordnet; die Säulen **Privatkunden** sowie **Sparkassen** finden sich im Segment **Retail/Sparkassen** wieder. Das Segment **Financial Markets** entspricht der dargestellten Säule und umfasst damit ab 2016 auch das Auslandsgeschäft, das bislang dem Segment Corporates zugeordnet war. Informationen zu den Segmenten sind in den Notes in der Segmentberichterstattung nach IFRS enthalten.

Innerhalb des vorgestellten Geschäftsmodells erfolgt die Gesamtbanksteuerung des Vorstands der LBBW über ein Kennzahlenset entlang der strategischen Segmente unter Berücksichtigung der Risikotragfähigkeit des Konzerns. Die für die Steuerung erforderliche Informationsversorgung wird durch ein umfangreiches, zielgerichtetes monatliches Reporting gewährleistet. Von besonderer Relevanz für die Steuerung des Konzerns sind dabei folgende finanzielle Leistungsindikatoren:

- Die harte Kernkapitalquote (gemäß CRR/CRD IV nach vollständiger Umsetzung)
- Die Gesamtkapitalquote (gemäß CRR/CRD IV nach vollständiger Umsetzung)
- Die risikogewichteten Aktiva (gemäß CRR/CRD IV nach vollständiger Umsetzung)
- Die Leverage Ratio (gemäß CRR/CRD IV nach vollständiger Umsetzung)
- Das Konzernergebnis vor Steuern (IFRS)
- Nachrichtlich: für die LBBW (Bank) das Jahresergebnis vor Steuern (HGB)
- Die Cost Income Ratio (Verhältnis von Verwaltungsaufwendungen zu Nettoergebnis (nach Risikovorsorge) exklusive Risikovorsorge im Kreditgeschäft und Finanzanlage-, at Equity- und EAV-Ergebnis)
- Die Konzernbilanzsumme (IFRS)
- Die Auslastung der Risikodeckungsmasse (bankinterne Ermittlung gemäß MaRisk)

Seit Jahresbeginn 2016 sind zudem folgende weitere finanzielle Leistungsindikatoren verstärkt im Fokus der Gesamtbanksteuerung:

- Return on Equity (Konzernergebnis vor Steuern bezogen auf das bankaufsichtsrechtlich durchschnittlich gebundene Eigenkapital)
- Liquidity Coverage Ratio (gemäß CRR/ITS)

Gesellschaftliche und soziale Verantwortung. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Leistungsfähige und engagierte Beschäftigte sind zentraler Erfolgsfaktor jedes Unternehmens. Die LBBW bietet umfangreiche Angebote für eine sehr gute Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben, investiert in die Gesundheit ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und fördert diese mit gezielten Personalentwicklungsmaßnahmen.

Beschäftigtenzahlen.

	LBBW (Bank)		LBBW	
	2015	2014	2015	2014
Beschäftigte	9 291	9 292	11 120	11 117
Anteil Frauen	52,4%	52,3%	52,5%	52,6%
Anteil Männer	47,6%	47,7%	47,5%	47,4%
Beschäftigte in Teilzeit	26,8%	25,6%	25,2%	24,2%
Beschäftigte in Vollzeit	73,2%	74,4%	74,8%	75,8%
Auszubildende (inklusive Dual-Studierende)	449	442	471	462
Ausbildungsquote	4,8%	4,8%	4,2%	4,2%

Die Beschäftigtenzahl der LBBW blieb mit 11 120 Beschäftigten zum 31. Dezember 2015 zum Vorjahr nahezu unverändert (2014: 11 117). Auch die Fluktuationsrate nach der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA)-Formel veränderte sich 2015 in der LBBW (Bank) zum Vorjahr kaum und liegt weiterhin bei 3,4%. Bereinigt um restrukturierungsbedingte Vorruhestands- und Ausscheidensvereinbarungen (0,3%) lag die Quote der LBBW (Bank) mit 3,1% über dem Vorjahresniveau (2014: 2,4%).

Das Durchschnittsalter der Beschäftigten der LBBW (Bank) hat sich im Berichtsjahr mit 43,4 Jahren zum Vorjahr (2014: 42,8 Jahre) leicht erhöht. Auch die durchschnittliche Dauer der Betriebszugehörigkeit stieg mit 17,5 Jahren (2014: 16,9 Jahre) in der Bank leicht an. Frauen waren in der LBBW auch 2015 mit einem Anteil von 52,5% (Vorjahr: 52,6%) gegenüber Männern in der Mehrheit. Die Quote der Teilzeitarbeitsverhältnisse einschließlich Altersteilzeit stieg dabei in der LBBW leicht von 24,2% auf 25,2%.

Schwerpunkte der personalwirtschaftlichen Begleitung der strategischen Ausrichtung der LBBW bildeten im Jahr 2015 Maßnahmen, die dazu dienten, Qualifikationen und Aufstellung der Beschäftigten für ein zunehmend kompetitives Wettbewerbsumfeld zu rüsten. Eine bedeutsame Rolle spielte dabei auch der interne Stellenmarkt. Nachweis für dessen ausgezeichnete Funktionsfähigkeit sowie die Bereitschaft der Mitarbeiter, sich innerhalb der LBBW weiterzuentwickeln und auch neu zu orientieren, sind nahezu 600 Stellenausschreibungen. Diese konnten fast vollständig durch interne Wechsel, Wiedereinstiege nach der Familienphase und Übernahme von Auszubildenden sowie Trainees besetzt werden.

Die in den vergangenen Jahren unternommenen Anstrengungen und Investitionen in das Arbeitgeber- und Personalmarketing haben sich auch 2015 sehr positiv auf die Attraktivität als Arbeitgeber ausgewirkt. Die Bank verzeichnet bei allen Zielgruppen, von Schülern über Studenten & Absolventen bis hin zu Fach- & Führungskräften, weiterhin ein verstärktes Interesse an ihren Stellen-, Studien- und Ausbildungsangeboten. Die LBBW bleibt dabei insbesondere auch für Berufseinsteiger ein sehr interessanter Arbeitgeber. Der deutliche Anstieg an Bewerbungen für einen Ausbildungsplatz bzw.

Studienplatz an der Dualen Hochschule konnte 2015 auf hohem Niveau nochmals leicht gesteigert werden (2014: 3 316; 2015: 3 405). Dies schlägt sich auch in den Einstellungszahlen nieder. Der Bedarf der Bereiche wurde vollumfänglich erfüllt, so dass im August 2015 199 Auszubildende sowie Studierende (Vorjahr: 185) ihre berufliche Laufbahn bei der LBBW starten konnten.

Insgesamt waren im LBBW-Konzern zum Jahresende 471 (Vorjahr: 462) Auszubildende sowie Studierende an Dualen Hochschulen beschäftigt. Die Ausbildungsquote von 4,2% liegt auf dem Niveau der Vorjahre und untermauert die hohe Bedeutung der Ausbildung zur Gewinnung von Nachwuchskräften.

Personalentwicklung.

Zur zielgerichteten Qualifizierung ihrer Beschäftigten bietet die LBBW (Bank) ein breit gefächertes internes Bildungsprogramm. Dieses umfasst neben dem Schwerpunkt der fachlichen Qualifikation auch Angebote in den Themenbereichen methodische und soziale Kompetenz. Ergänzt werden diese Angebote durch Trainings zur Optimierung von Fremdsprachen sowie themenspezifische Seminare externer Anbieter. Für Mitarbeiter, die ihre betriebswirtschaftlichen Kenntnisse erweitern möchten, besteht die Möglichkeit, berufsbegleitende Studiengänge zu besuchen. Parallel gibt es für Führungskräfte spezifische Angebote zum Thema Mitarbeiterführung und zum achtsamen Umgang mit den eigenen Ressourcen. Aufgrund einer erhöhten Kostensensibilität im Konzern gingen die Teilnehmerzahlen an den Bildungsmaßnahmen gegenüber dem Vorjahr jedoch insgesamt leicht zurück.

Um die Veränderungsprozesse innerhalb der LBBW erfolgreich zu gestalten, wurden im Jahr 2015 insgesamt 152 Workshops zu Change-Management-Prozessen durchgeführt. 2 129 Beschäftigte (Führungskräfte mit deren Teams) nahmen daran teil. Darüber hinaus haben viele Führungskräfte das Coaching-Angebot der LBBW-Managementberatung wahrgenommen, sich individuell bei Führungs- und Persönlichkeitsthemen beraten und begleiten zu lassen.

Vereinbarkeit von Beruf & Privatleben.

Attraktive Angebote zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben bereitzustellen, ist für die LBBW zentraler Baustein einer erfolgreichen Personalpolitik. So nehmen in den vergangenen Jahren z. B. immer mehr Beschäftigte häufiger und länger Elternzeit oder benötigten Zeit für die Pflege von Angehörigen. Die in der LBBW geschaffenen personalpolitischen Rahmenbedingungen leisten einen wichtigen Beitrag, diesen sich ständig wandelnden Anforderungen an die Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben gerecht zu werden. Darüber hinaus bietet die LBBW einen Arbeitszeitrahmen, welcher große Freiräume ermöglicht: Neben den unterschiedlichsten Arbeitszeitmodellen stehen verschiedene Optionen zur Verfügung, in Teilzeit zu wechseln oder über Zeitwertkonten längere Auszeiten zu verwirklichen.

Ein wichtiges Angebot ist auch die Unterstützung bei der Kinderbetreuung. So können die Beschäftigten der Bank an allen Hauptsitzen auf Unterstützung bei der Kinderbetreuung durch ihren Arbeitgeber zählen. Je nach individueller Bedarfslage gibt es passgenaue Lösungen, wie z. B. Kindertagesstätten, Notfallbetreuungen und spezielle Angebote in den Schulferien. Für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bietet die LBBW darüber hinaus das Beratungs- und Vermittlungsprogramm des externen Dienstleisters pme Familienservice an.

Zusätzlich zur Pflegebeurlaubung nach dem Pflegezeitgesetz bietet die LBBW (Bank) ihren Beschäftigten die Möglichkeit, sich weitere sechs Monate zur Betreuung eines zu pflegenden Angehörigen beurlauben zu lassen.

Potenziale von Frauen nutzen.

Die deutsche Bevölkerung altert und schrumpft im langjährigen Mittel. Für Unternehmen, die auf Fachkräfte angewiesen sind, ist dies eine doppelte Herausforderung. Einen Lösungsbeitrag leistet eine nachhaltige Personalarbeit, welche die vorhandenen Potenziale der Beschäftigten erkennt und nutzt. Dies gilt auch bei der Besetzung von Führungspositionen. Ende 2015 lag der Anteil an weiblichen Beschäftigten in der LBBW bei ca. 53%, der Anteil weiblicher Führungskräfte bei 16,6%. Ein vom Vorstand verabschiedetes ganzheitliches Konzept soll daher gezielt die Übernahme von Führungsverantwortung durch Frauen fördern. So wurden 22 Frauen ausgewählt, denen die Teilnahme an dem Pilotprojekt »Mentoring« ermöglicht wurde. Dieses wurde im Oktober 2015 abgeschlossen und von den Teilnehmern durchgängig positiv bewertet. Entsprechend wurde entschieden, das Programm 2016 weiterzuführen.

Auch das vom Vorstand unterstützte Frauennetzwerk ist ein sichtbares Zeichen, dass die Förderung von Frauen innerhalb der LBBW einen hohen Stellenwert besitzt. Das Netzwerk, dem zwischenzeitlich über 350 Frauen angehören, besteht seit über sieben Jahren und versucht sich aktiv bei relevanten Themen einzubringen. In 2015 fand z. B. ein Workshop mit dem Thema »Die Bank verändert sich, Frauen gestalten mit« statt. Dabei wurden die Themen »Flexibilität bei Arbeitszeit und Arbeitsort« sowie »stärkere Verbindlichkeit bei der Umsetzung gewünschter Maßnahmen« als wichtige Zukunftsthemen identifiziert.

Betriebliches Gesundheitsmanagement.

Investitionen in das Betriebliche Gesundheitsmanagement (BGM) sind für die LBBW (Bank) ein strategischer Erfolgsfaktor. Mit dem BGM sollen alle wesentlichen gesundheitswirksamen Faktoren im Unternehmen bewertet und möglichst optimiert werden. Solche Faktoren sind z. B. das physische Arbeitsumfeld oder die Arbeitsabläufe. In die Gestaltung des Arbeitsumfelds werden Betriebsärzte und Fachkräfte für Arbeitssicherheit schon im Vorfeld einbezogen, um es nicht nur funktional und wirtschaftlich, sondern auch so gesundheitsverträglich wie möglich zu gestalten. Dies betrifft z. B. die Festlegung von Gebäude- und IT-Standards, genauso aber auch Einzelmaßnahmen, z. B. bei Bau- oder Umbaumaßnahmen. Einen wichtigen Einfluss auf die Mitarbeitergesundheit haben darüber hinaus »weiche Faktoren« wie z. B. die von den Beschäftigten empfundene Wertschätzung, ihr Handlungsspielraum bei der Arbeit, empfundene Gerechtigkeit oder erlebte soziale Unterstützung. Bei all diesem kommt den Führungskräften eine entscheidende Rolle zu. Deshalb werden sie in der LBBW (Bank) systematisch und verpflichtend im »gesundheitsgerechten Führen« geschult.

Auch die Beschäftigten selbst erfahren vielfältige Unterstützung. Die Förderung eines gesundheitsgerechten Lebensstils wird u. a. durch arbeitsplatznahe Bewegungs- und Entspannungsangebote sowie durch Kooperationen mit Fitnessstudios unterstützt; präventive Beratungen zur Gesundheit (»Standortbestimmung Gesundheit«) und zur Stärkung der Resilienz werden angeboten. Die teilweise biozertifizierten Betriebskantinen ermöglichen durch ein reichhaltiges Angebot eine gesunde Ernährung. Der Betriebsärztliche Dienst bietet neben einer umfangreichen arbeits- und sozialmedizinischen Betreuung für alle Mitarbeiter an mitarbeiterstarken Standorten vielfältige Unterstützungsmaßnahmen an. Beschäftigte an dezentralen Standorten können für durch qualifizierte externe Anbieter erbrachte gesundheitsfördernde Maßnahmen eine Unterstützung erhalten.

Das Sozialreferat der LBBW (Bank) bietet Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie Führungskräften bei beruflichen und persönlichen Problemlagen sowie bei psychischen Auffälligkeiten und Erkrankungen Beratung und Hilfe. Im Fall von akuten Krisen, wie z. B. plötzliche Todesfälle, Unfälle oder Bedrohungssituationen wird psychologische Ersthilfe geleistet. Wichtiger Bestandteil des Angebots ist auch die Vermittlung geeigneter Fachstellen, Kliniken und Therapeuten. Das Sozialreferat wurde 2015 von insgesamt 733 Beschäftigten genutzt, davon 133 Führungskräfte bzw. Funktionsträger.

Über die Einzelfallberatung hinaus gewinnen Aktivitäten im Bereich der Prävention zunehmend an Bedeutung. Im Rahmen von Informationsveranstaltungen und Seminaren zu psychosozialen Themen, wie z. B. Umgang mit Stress/Psychische Gesundheit, konnten zahlreiche Beschäftigte erreicht werden.

Vergütungsbericht.

Die LBBW (Bank) wird entsprechend den Regularien des §16 der Institutsvergütungsverordnung (InstitutsVergV) vom 16. Dezember 2013 einen Vergütungsbericht für 2015 erstellen, der Mitte des Jahres 2016 auf www.LBBW.de veröffentlicht wird.

LBBW Verbesserungsprozess.

Der LBBW Verbesserungsprozess als Ideenmanagement der LBBW unterstützt die Weiterentwicklung der LBBW auf Basis der von den Mitarbeitern eingereichten Verbesserungsvorschläge zu Arbeitsabläufen, Dienstleistungen und Produktausgestaltungen.

Die regulatorischen Anforderungen sowie das Marktumfeld mit seinem intensiven Wettbewerb erfordern stetige Optimierung. Der LBBW Verbesserungsprozess motiviert die Mitarbeiter, sich mit Kreativität und Engagement an der stetigen Fortentwicklung der Bank zu beteiligen. Ziel des LBBW Verbesserungsprozesses ist daher auch, das unternehmerische Denken und Handeln, das Risikobewusstsein und gleichzeitig die Innovationsfähigkeit der Mitarbeiter zu fördern.

Mit diesem Instrument war die LBBW auch in 2015 sehr erfolgreich. Durch die umgesetzten Verbesserungsvorschläge konnten wieder zahlreiche Arbeitsabläufe effizient gestaltet, Kostenersparnisse, Mehrerlöse und Risikoreduzierungen erzielt werden. Die Anzahl der eingereichten Vorschläge konnte in 2015 um 9% auf 4 255 Vorschläge gesteigert und ein Nutzen von 14 Mio. EUR erzielt werden.

Auch 2016 sind die Mitarbeiter aufgerufen, sich mit ihren Ideen aktiv an der nachhaltigen Entwicklung der Bank zu beteiligen. Die Führungskräfte unterstützen ihre Mitarbeiter hierin und es werden verschiedene Prozessoptimierungsmethoden eingesetzt, um das Wissen der Mitarbeiter abzuholen. So sollen auch in 2016 wieder zahlreiche Vorschläge aufgegriffen werden, um die Qualität unserer Arbeitsabläufe, Dienstleistungen und Produkte weiter zu steigern und damit die Bedürfnisse unserer Kunden zu erfüllen.

Nachhaltigkeit.

Ihr nachhaltiges Engagement hat die LBBW sowohl strategisch als auch im operativen Geschäft fest verankert. Die Nachhaltigkeitspolitik, die Nachhaltigkeitsziele und die Klimastrategie sowie konkrete Leitlinien setzen einen verbindlichen Rahmen für ein verantwortungsbewusstes Handeln jedes Einzelnen und schaffen damit die Basis für eine konsequent nachhaltige Unternehmensführung in allen Geschäftsbereichen.

Nachhaltigkeitsstrategie und -management.

Die Nachhaltigkeitspolitik fasst die Leitsätze der LBBW für eine nachhaltige Entwicklung in den Bereichen Unternehmensführung, Geschäftsbetrieb, Personal, Kommunikation sowie zum gesellschaftlichen Engagement der LBBW zusammen. Sie gibt damit den Rahmen für alle Nachhaltigkeitsaktivitäten in der LBBW vor und ist die Grundlage, um ökonomische, ökologische und soziale Aspekte in das gesamte unternehmerische Handeln zu integrieren.

Zur Konkretisierung ihrer Nachhaltigkeitspolitik hat sich die LBBW entsprechende Ziele gesetzt. Orientierung für die Umsetzung dieser Ziele geben die sog. »Leitplanken Nachhaltigkeit« (s. u.). Ergänzend beschreibt die LBBW-Klimastrategie die Position der LBBW zu wesentlichen klimarelevanten Fragestellungen.

Die aufgeführten Standards gelten für die LBBW (Bank) inkl. BW-Bank, LBBW Rheinland-Pfalz Bank und LBBW Sachsen Bank sowie für die in das Nachhaltigkeits-Management-System der LBBW (Bank) integrierten 100 %igen Tochtergesellschaften GastroEvent GmbH, LBBW Immobilien Management GmbH sowie LBBW Asset Management Investmentgesellschaft mbH, jeweils mit Sitz in Stuttgart.

Über das nachhaltige Engagement der LBBW wird unter www.lbbw.de/nachhaltigkeit umfassend berichtet. Der nächste ausführliche Nachhaltigkeitsbericht wird voraussichtlich im April 2017 veröffentlicht und enthält die Zahlen zum 31. Dezember 2016.

Leitplanken Nachhaltigkeit.

Die Leitplanken Nachhaltigkeit markieren den Korridor, innerhalb dessen die LBBW im Anlage- und Kreditgeschäft, in der Personalpolitik sowie im Umgang mit Ressourcen ihre Nachhaltigkeitsziele verfolgt, und bilden damit die Basis für eine nachhaltige Entwicklung.

Leitplanken Nachhaltigkeit im Anlagegeschäft.

Die LBBW berücksichtigt in ihrem Anlagegeschäft nachhaltige Aspekte. Dabei orientiert sie sich an den »Principles for Responsible Investment« der Vereinten Nationen.

Privaten sowie institutionellen Kunden bietet die LBBW ein umfangreiches Angebot an nachhaltigen Anlageprodukten; im Rahmen der Vermögensverwaltung haben die Kunden die Option, ihrer ethischen Haltung auch bei der Geldanlage treu zu bleiben.

Leitplanken Nachhaltigkeit im Kreditgeschäft.

Wir finanzieren gezielt Vorhaben, die sowohl eine nachhaltige Entwicklung unterstützen als auch für die LBBW Geschäftschancen bergen. So werden Investitionsfinanzierungen im Bereich Energieinfrastruktur, wie z. B. Stromnetze und -speicher, an Bedeutung gewinnen.

Die Erkennung, Vermeidung und Beherrschung von Risiken, die sich aus Finanzierungsgeschäften ergeben könnten, sind ein zentrales Element im Kreditentscheidungsprozess. Dabei gewinnt die Beurteilung nicht-monetärer Risiken, wie Reputationsrisiken, durch ökologische oder soziale Aspekte zunehmend an Bedeutung.

Leitplanken Nachhaltigkeit in der Personalpolitik.

Der LBBW ist es ein dauerhaftes Anliegen, ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ein attraktiver Arbeitgeber und verlässlicher Partner zu sein. In dem Bewusstsein, dass leistungsfähige und engagierte Beschäftigte der zentrale Erfolgsfaktor jedes Unternehmens sind, investieren wir in die Gesundheit unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, fördern diese mit gezielten Personalentwicklungsmaßnahmen und bieten umfangreiche Angebote für eine gute Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben. Wir unterstützen unsere Beschäftigten in allen Lebenslagen – ob bei der Betreuung der Kinder oder der Pflege der Angehörigen. Wir wollen herausragende Talente gewinnen und langfristig an uns binden; insbesondere in der beruflichen Qualifizierung junger Menschen sehen wir eine bedeutende gesellschaftspolitische und betriebliche Aufgabe, die die LBBW gerne wahrnimmt.

Leitplanken Nachhaltigkeit im Geschäftsbetrieb.

Für die Beschaffung von Produkten und Dienstleistungen gelten bei der LBBW verbindliche Kriterien, zu denen auch ausdrücklich Umwelt- und Sozialaspekte gehören. Diese Kriterien werden bei der Entscheidung über eine Auftragsvergabe berücksichtigt. Ähnlich anspruchsvoll sind die Maßstäbe, die die LBBW an ihren eigenen Umgang mit Ressourcen anlegt.

Nachhaltigkeitsratings.

Die Münchener oekom research AG hat die LBBW auf einer Skala von A+ bis D- mit der Gesamtnote C+ bewertet. Mit diesem Ergebnis gehört die LBBW in der Branche »Financials/Public & Regional Banks« Stand Juni 2015 zu den TOP 5 von 84 untersuchten Banken auf internationaler Ebene. Die LBBW erfüllt die von oekom research definierten Mindeststandards an das Nachhaltigkeitsmanagement und wird als »Prime« eingestuft. Damit qualifizieren sich die auf dem Markt gehandelten LBBW-Wertpapiere aus ökologischer und sozialer Sicht für ein Investment.

Im Nachhaltigkeitsrating von Sustainalytics erhielt die LBBW 79 von 100 Punkten und belegt damit in der Branche Banken auf internationaler Ebene Platz 11 von 411 bewerteten Finanzinstituten. Unter den deutschen Finanzinstituten ist dies die zweitbeste Platzierung im Rating (Stand: November 2015).

Im imug Nachhaltigkeitsrating von Bankanleihen 2014 wurde die LBBW als Emittent von öffentlichen Pfandbriefen (BBB) und Hypothekendarlehen (B) positiv bewertet. Als Emittent von unbesicherten Anleihen (CC) erhielt die LBBW die Gesamtbewertung neutral. Die Bezeichnung »unbesicherte Anleihen« bezieht alle Arten unbesicherter festverzinslicher Wertpapiere sowie Termin- und Spareinlagen mit ein. Die LBBW liegt damit im oberen Viertel von 113 bewerteten nationalen und internationalen Emittenten von Bankanleihen (Stand: März 2015).

Daten und Fakten.

Personalpolitik (Kennzahlen für die LBBW (Bank)).

	2015		2014		2013	
	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen
Verteilung Führungskräfte (1. bis 4. Ebene) in % ¹⁾	83,4	16,6	83,5	16,5	83,7	16,3
	2015		2014		2013	
	absolut	prozentual	absolut	prozentual	absolut	prozentual
Anzahl Beschäftigte mit Schwerbehinderung/Gleichstellung ²⁾	435	4,7	434	4,7	348	3,8
	2015		2014		2013	
	43,4		42,8		42,5	
	2015		2014		2013	
	17,5		16,9		16,6	

Anlagegeschäft.

Mio. EUR	2015	2014	2013
Volumen nachhaltiger Geldanlagen bei der LBBW Asset Management Investmentgesellschaft mbH ³⁾	682,9	597,5	515,9

Kreditgeschäft.

Mrd. EUR	2015	2014	2013
Volumen Projektfinanzierungen Erneuerbare Energien/Kreditinanspruchnahmen	2,47	2,54 ⁴⁾	2,62

1) Die Angaben weichen für die Jahre 2013 und 2014 um 0,1 %-Punkte von denen im LBBW-Nachhaltigkeitsbericht 2015 ab. Im Lagebericht wurden die Vorstandsmitglieder bei der Berechnung nicht mit berücksichtigt, im Nachhaltigkeitsbericht war dies jedoch der Fall. Die Zahlen ab 2015 werden für beide Berichte nun einheitlich (mit Vorstandsmitgliedern) erhoben.

2) Die Anzahl der Beschäftigten mit Schwerbehinderung/Gleichstellung kann aufgrund rückwirkender Anerkennung des Schwerbehindertenstatus je nach Erhebungszeitpunkt variieren. Daher können Abweichungen zwischen den Angaben im Lagebericht und LBBW-Nachhaltigkeitsbericht entstehen.

3) Angegeben ist die Summe aus dem LBBW Nachhaltigkeit Aktien, LBBW Nachhaltigkeit Renten sowie den Spezialfonds Nachhaltigkeit.

4) Die Zahl weicht von der Angabe im Lagebericht 2014 aufgrund der Korrektur eines Rundungsfehlers ab.

Wirtschaftsbericht für den Konzern.

Gesamtwirtschaftliche Entwicklung. Weltwirtschaft.

Die konjunkturelle Entwicklung verlief im Jahr 2015 insgesamt stabil. Im Euroraum legte das BIP um 1,5% zu, in den USA wurde eine Zunahme der Wirtschaftsleistung um 2,4% verzeichnet und in China konnte ein Plus von 6,9% erzielt werden. Begünstigt wurde das Wirtschaftswachstum dabei von den niedrigen Ölpreisen. Der Ölpreis je Fass der Nordseesorte Brent gab von deutlich über 60 US-Dollar zur Mitte des zweiten Quartals auf knapp unter 36 US-Dollar zum Jahresende nach. Mit dem Ölpreis sanken auch die Inflationsraten. Im Jahresdurchschnitt waren die Lebenshaltungskosten im Euroraum und in den USA nahezu unverändert.

Drei Themen haben die Wahrnehmung der wirtschaftlichen Entwicklung besonders geprägt. Erstens das erneute Aufflackern der Griechenland-Krise: Nach Neuwahlen und einem Regierungswechsel gab es längere Verhandlungen zwischen Griechenland und dem Euroraum über ein weiteres Hilfspaket. Zwischendurch lag auch ein Austritt des Landes aus dem Euroraum im Bereich des Möglichen. Schließlich wurde im August ein drittes Hilfspaket vereinbart. Das zweite große Thema war das Ausmaß der Wachstumsverlangsamung in China. Das Reich der Mitte ist nach Wirtschaftskraft inzwischen gleichauf mit den USA, daher nimmt es in der Wahrnehmung der Märkte inzwischen auch einen ähnlichen Stellenwert ein. Drittens bewegte eine mögliche Zinserhöhung in den USA die Märkte und die Konjunkturerwartungen. Mitte Dezember war es dann tatsächlich so weit: Die US-Notenbank hat nach sieben Jahren, in denen sie das Zielband für ihren Leitzins, die Fed Funds Target Rate, von 0% bis 0,25% beließ, dieses Zielband am 16. Dezember auf 0,25% bis 0,50% angehoben.

Deutschland.

Deutschland konnte insgesamt auf eine stabile Konjunktur zurückblicken. Die Wachstumsrate für das Gesamtjahr 2015 lag bei 1,7%. Unter Ausschluss der höher als durchschnittlich üblichen Zahl der Arbeitstage betrug das Wachstum 1,5%. Die Inflationsrate sank vor allem infolge des rückläufigen Ölpreises auf 0,3% und damit auf einen Wert, der seit der Wiedervereinigung noch nicht unterboten wurde. Von dem insgesamt guten Umfeld konnte auch der Arbeitsmarkt weiter profitieren. Die Arbeitslosenquote sank zum Jahresende 2015 auf 6,1%. Allerdings wurden im Jahresverlauf auch Risiken sichtbar. Zwar ging von der Krise in Griechenland letztlich keine größere Gefahr für die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland aus. Aber die Entwicklung in China muss angesichts der gestiegenen Abhängigkeit der deutschen Unternehmen vom Handel mit der Volksrepublik weiterhin sorgfältig beobachtet werden. Günstig ist die Lage der Staatsfinanzen. Der Bundeshaushalt schloss das Haushaltsjahr 2015 mit einem Überschuss von 12 Mrd. EUR ab.

Notenbankpolitik.

Die Notenbanken in den großen Währungsräumen setzten im Berichtszeitraum unterschiedliche Akzente. Während die US-Notenbank wie schon erwähnt die Leitzinsen im Dezember nach sieben Jahren erstmals anhob, entschloss sich die EZB zu weiteren Lockerungsschritten ihrer Geldpolitik. Zur Begründung ihrer Maßnahmen verwies die EZB dabei jeweils auf die bestehenden Deflationsrisiken. Früh im Jahr, am 21. Januar, hatte der Rat der EZB ein Ankaufprogramm für diverse Assetklassen im Volumen von über 1000 Mrd. EUR beschlossen, welches ab März umgesetzt wurde. Das monatliche Kaufvolumen wurde mit 60 Mrd. EUR festgesetzt. Das Volumen des Gesamtprogramms wurde im Dezember durch eine Verlängerung des Programms von September 2016 bis März 2017 sowie dem Beschluss zur Wiederanlage der Fälligkeiten aus den bisherigen Ankäufen nochmals aufgestockt. Damit einhergehend wurde der Einlagesatz, zu dem die Geschäftsbanken überschüssige Liquidität bei der EZB anlegen können, von $-0,20\%$ auf $-0,30\%$ gesenkt. Der Hauptrefinanzierungssatz blieb ebenso unverändert wie der Spitzenrefinanzierungssatz (bei $0,05\%$ bzw. $0,30\%$). Mit der Senkung des Einlagesatzes sollte den Geschäftsbanken ein Anreiz gesetzt werden, die ihnen durch den Ankauf der Anleihen seitens der EZB zufließende Liquidität nicht zu horten, sondern zur Ausweitung der Kreditvergabe zu nutzen.

Rentenmarkt.

Am Rentenmarkt brachte das abgelaufene Jahr neue Rekorde. Die Renditen für 10-jährige Bundesanleihen sanken in der zweiten Aprilhälfte auf ihr Jahrestief bei $0,08\%$. Die Umlaufrenditen für Bundesanleihen mit einer Restlaufzeit von 8 Jahren oder weniger waren zu dem Zeitpunkt negativ. Im Anschluss daran legten die Renditen zunächst deutlich zu. Die 10-jährigen Bundesanleihen erreichten Anfang Juni fast die Marke von 1% . Allerdings ging es im weiteren Jahresverlauf dann wieder schrittweise abwärts. Nicht zuletzt die lange andauernde Unsicherheit über den Kurs der US-Notenbank und die Aussicht auf eine weitere Lockerung der Geldpolitik der EZB sorgten für einen Renditerückgang. Zum Jahresende rentierten Bundesanleihen mit einer Laufzeit von 10 Jahren mit $0,63\%$. Für Anleihen mit 5-jähriger Restlaufzeit lagen die Renditen mit $-0,04\%$ im negativen Bereich. Dasselbe galt für Anleihen mit 2-jähriger Restlaufzeit. Hier betrug die Rendite auf Endfälligkeit zum Jahresende $-0,34\%$. Verglichen hiermit auf deutlich höherem Niveau verlief die Renditeentwicklung in den USA. Renditen 10-jähriger US-Treasuries pendelten im Jahresverlauf in der Spanne von $1,64\%$ und $2,49\%$, wobei das Tief Ende Januar 2015 erreicht wurde und das Hoch Mitte 2015. Zum Jahreschluss 2015 rentierten 10-jährige US-Treasuries bei $2,27\%$.

Devisenmarkt.

Am Devisenmarkt gab es schon früh im Jahr ein prägendes Ereignis, als die Schweizer Notenbank am 15. Januar ihre Kursuntergrenze zum Euro von 1,20 Franken je Euro, die sie zuvor mit Interventionen am Devisenmarkt verteidigt hatte, freigab. Als Resultat wertete der Schweizer Franken schlagartig auf und der Wechselkurs zum Euro sank vorübergehend auf unter einen Franken je Euro. Im weiteren Jahresverlauf pendelte sich der Schweizer Franken dann bei etwa 1,08 Franken je Euro wieder etwas höher ein.

Zum US-Dollar war der Euro 2015 überwiegend unter Abwertungsdruck. Zu Jahresbeginn kostete ein Euro noch 1,21 US-Dollar. Das Jahrestief lag bei 1,05 US-Dollar je Euro, wobei diese Marke im Jahresverlauf gleich drei Mal (im März, im April und im November) erreicht wurde. Gegen den Euro sprachen dabei die Griechenlandkrise und die Signale der EZB für eine Lockerung der Geldpolitik, wie sie im Dezember vollzogen wurde. Für den US-Dollar sprach insbesondere die Erwartung der Leitzinsanhebung der US-Notenbank, wenngleich diese im Jahresverlauf immer weiter nach hinten verschoben wurde.

Aktienmarkt.

Der deutsche Aktienmarkt schloss das Gesamtjahr positiv ab. Dabei wurde indes das Jahreshoch schon früh im Jahr markiert, sodass weite Phasen des Jahres, vor allem das zweite Halbjahr, von Kursrückgängen dominiert wurde. Der deutsche Leitindex DAX verbuchte zunächst deutliche Kursgewinne und legte vom Jahresende 2014 bis Anfang April um über 20% von 9 805 auf 12 374 Punkte (jeweils Schlusskurse) zu. Die Krise in Griechenland, vor allem aber die Unsicherheit hinsichtlich der weiteren Entwicklung in China führte das Aktienbarometer auf 9 427 Punkte Ende September abwärts. Zum Jahresausklang erholte sich der DAX dann wieder etwas und beendete das Börsenjahr mit 10 743 Indexpunkten. In den USA beendete der Index der großen Industrieunternehmen, der Dow Jones Industrials, das Gesamtjahr mit einem Minus. Zwar waren auch hier zunächst deutliche Kursgewinne zu verzeichnen und der Index stieg von 17 823 auf 18 312 Punkte, aber ähnlich wie in Deutschland überzog im restlichen Jahresverlauf die Skepsis, was den Index auf ein Jahrestief von 15 666 Punkten und einen Jahresschluss von 17 425 Punkten abbröckeln ließ.

Entwicklung der Kreditwirtschaft.

Angesichts des fortgesetzten Eigenkapitalaufbaus und der Verringerung des Verschuldungsgrads hat sich die Risikotragfähigkeit der deutschen Bankbranche 2015 weiter verbessert. Die Ertragslage am deutschen Bankenmarkt blieb allerdings angespannt. Während sich die stabile konjunkturelle Entwicklung in Deutschland in einem niedrigen Kreditrisikovorsorgeaufwand der Banken niederschlug, begrenzten das fortgesetzt niedrige Zinsniveau, das die Einlagenerlöse der Institute belastet, und die anhaltend hohe Wettbewerbsintensität am deutschen Bankenmarkt die Erträge. Darüber hinaus sah sich die Branche einem steigenden Aufwand zur Erfüllung regulatorischer Vorgaben gegenüber.

Die Geschäftsentwicklung im LBBW-Konzern. Bericht zur Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage. Geschäftsverlauf 2015.

Im Kontext eines für Banken weiterhin schwierigen Marktumfeldes mit anhaltend niedrigem Zinsniveau sowie stetig steigender Regulierungskomplexität konnte die LBBW im Geschäftsjahr 2015, auch dank einer guten Positionierung in den regionalen Kernmärkten sowie einer positiven europäischen Wirtschaftsentwicklung, eine zufriedenstellende Entwicklung ihrer zentralen Leistungsindikatoren verzeichnen. Hierbei lag der Fokus der Geschäftsaktivitäten nach dem in 2014 fast vollständig abgeschlossenen Risikoabbau im Nichtkernbankgeschäft in der Stärkung des bewährten kundenorientierten Geschäftsmodells durch eingeleitete selektive und risikobewusste Wachstumsmaßnahmen.

Der LBBW-Konzern konnte die stabile Ergebnisentwicklung der Vorjahre in 2015 erfolgreich fortsetzen. Das **Ergebnis vor Steuern** stieg merklich auf 531 Mio. EUR (Vorjahr: 477 Mio. EUR) an. Insbesondere das Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten Finanzinstrumenten entwickelte sich u. a. aufgrund eines gut verlaufenen Neugeschäfts im kundenorientierten Kapitalmarktgeschäft positiv. Begünstigt wurde die Ergebnisentwicklung zusätzlich durch eine nochmals gegenüber dem Vorjahr reduzierte Risikovorsorge im Kreditgeschäft, was primär auf die gute wirtschaftliche Lage in den Kernmärkten der LBBW und die gute Qualität der Kreditportfolien zurückzuführen war. Durch den in 2014 abgeschlossenen Verkauf des Garantieportfolios reduzierten sich die Aufwendungen für die Garantie des Landes Baden-Württemberg im Berichtszeitraum nochmals erheblich. Gegenläufig entwickelten sich das Zinsergebnis sowie das Finanzanlage- und at-Equity-Ergebnis, wobei letzteres im Vorjahr noch durch Veräußerungseffekte begünstigt war. Zur weiteren Stärkung des kundenorientierten Geschäftsmodells wurde die Neuausrichtung des Privatkundengeschäfts in Richtung einer Multikanalbank vorangetrieben. Im Zuge dessen wurden zur Begleitung der Maßnahmen Restrukturierungsrückstellungen gebildet.

Gegenüber dem Vorjahr reduzierte sich die **Bilanzsumme** im Jahr 2015 insbesondere durch den bewussten Abbau und das Auslaufen von Geschäften unter Gewährträgerhaftung auf 234,0 Mrd. EUR (Vorjahr: 266,3 Mrd. EUR). Dies entspricht einem Rückgang um insgesamt 32,3 Mrd. EUR bzw. 12,1 %. Im Berichtsjahr wurde ein erheblicher Teil der unter die Gewährträgerhaftung fallenden verbrieften Verbindlichkeiten fällig. Korrespondierend hierzu spiegelte sich das Auslaufen der Gewährträgerhaftung auch in höheren Fälligkeiten insbesondere bei Finanzanlagen und unter Forderungen an Kreditinstitute ausgewiesene Kommunalkredite auf der Aktivseite wider. Zudem entwickelten sich die zum Fair Value bilanzierten Handelsaktiva aufgrund von Fälligkeiten sowie der allgemeinen Zins- und Credit-Spreadentwicklungen deutlich rückläufig.

Das **Konzernergebnis vor Steuern** übertraf die **Planung** für das Geschäftsjahr 2015 insgesamt leicht. Positiv beeinflusst wurde das Jahresergebnis durch beträchtlich geringer als geplant angefallene Aufwendungen für die Risikovorsorge im Kreditgeschäft. Der niedrigere Bedarf an Nettozuführungen war primär auf die außerplanmäßig gute wirtschaftliche Lage in den Kernmärkten der LBBW zurückzuführen. Beträchtlich über den Erwartungen fiel die Entwicklung des Ergebnisses aus zum Fair Value bewerteten Finanzinstrumenten aus, was u. a. an den volatilen Märkten lag und zu einem deutlich verbesserten kundengetriebenen Neugeschäft in Absicherungsprodukten gegen Fremdwährungs- und Zinsschwankungen führte.

Dem gegenüber war das Zinsergebnis im abgelaufenen Berichtsjahr spürbar rückläufig. In der Entwicklung des Postens spiegeln sich das niedrige Zinsniveau, rückläufige Bestände und rechnungslagungspezifische Effekte wider. Im Rahmen der Erwartungen verlief die Entwicklung der Verwaltungsaufwendungen. Diese konnten gegenüber dem Vorjahreszeitraum trotz umfangreicher Aufwendungen für den Umbau der IT-Architektur und hohen regulatorischen Anforderungen nahezu konstant gehalten werden.

Im Ergebnis betrug die **Cost-Income-Ratio (CIR)** zum Jahresende 70,9% (Vorjahr: 74,5%)¹⁾ und ist erwartungsgemäß leicht gesunken. Die **Eigenkapitalrentabilität (RoE)** stieg um 0,4 Prozentpunkte auf 4,1% (Vorjahr: 3,7%) und lag damit leicht über Planniveau.

Wie bereits ausgeführt, reduzierte sich die **Bilanzsumme** des LBBW-Konzerns im Jahresverlauf merklich. Die deutliche Unterschreitung des Prognosewerts ist auf einen hohen Rückgang von Beständen außerhalb des originären Kundengeschäfts zurückzuführen.

Die **Finanzlage** des Konzerns war aufgrund der guten Liquiditätsausstattung im gesamten Berichtsjahr zu jeder Zeit geordnet. Die strukturelle Refinanzierung des LBBW-Konzerns wird von einem stabilen Absatz verschiedenster Refinanzierungsprodukte aufgrund der breiten und etablierten Kundenbasis getragen. Firmenkunden und institutionelle Anleger, sowohl nationale als auch internationale, lieferten einen nachhaltigen Beitrag zur Diversifikation des Fundings. Insgesamt war der Konzern zu jeder Zeit in der Lage, im gewünschten Umfang Refinanzierungsmittel zu beschaffen. Das Berichtsjahr war geprägt durch zum Jahresende fällig gewordene verbrieft Verbindlichkeiten, die bis zum 18. Juli 2005 unter dem Schutz der Gewährträgerhaftung begeben wurden. Dies zog im Vergleich zum vorangegangenen Berichtsjahr teilweise größere Bilanzveränderungen nach sich. Ein Großteil dieser Mittel musste aufgrund des deutlich geringeren Refinanzierungsbedarfs durch den analogen Abbau von Forderungen und Finanzanlagen mit Gewährträgerhaftung nicht ersetzt werden. Auch nach Auslauf der gewährträgerbehafteten Verbindlichkeiten geht die LBBW davon aus, sich zu weiterhin komfortablen Sätzen am Markt refinanzieren zu können. Im vergangenen Jahr konnten neben Privatplatzierungen auch erfolgreiche Benchmarkemissionen in Form von Pfandbriefen und unbesicherten Inhaberschuldverschreibungen am Markt platziert werden. Neben Anlegern im Inland trafen diese Emissionen auch auf Interesse von internationalen Investoren.

Die **Mindestliquiditätsquote (LCR, Liquidity Coverage Ratio)** der LBBW nach der delegierten Verordnung (EU) 2015/61 zu Liquiditätsdeckungsanforderungen betrug zum Jahresende 2015 81,8% und lag damit stichtagsbezogen sowie unterjährig deutlich über dem für 2015 gültigen gesetzlichen Mindestwert von 60%.

Die **Verschuldungsquote (Leverage Ratio)** der LBBW lag zum Jahresende 2015 mit 4,7% (»fully loaded«) sowohl spürbar über dem Vorjahreswert als auch signifikant über der durch Basel III (CRR) vorgesehenen Mindestmarke von 3,0%.

Die gute Kapitalausstattung und das solide Geschäftsmodell der LBBW bestätigten sich im Berichtsjahr durch einen weiteren Anstieg der Kapitalquoten. Mit einer **harten Kernkapitalquote** von 15,6% (Core Equity Tier 1; Vorjahr: 13,6%) und einer **Gesamtkapitalquote** von 21,4% (Vorjahr: 18,9%) übererfüllt die LBBW die gestiegenen aufsichtsrechtlichen Kapitalanforderungen der CRR bei vollständiger Umsetzung der Übergangsregelungen (»fully loaded«) beträchtlich wie auch die selbst gesteckten

¹⁾ Anpassung Vorjahreswert aufgrund geändertem GuV-Ausweis für Bankenabgabe und Einlagensicherung.

Ziele deutlich. Die LBBW hat wie alle Institute unter EZB-Aufsicht seit 2015 institutsindividuelle Kapitalanforderungen zu erfüllen. Diese über den gesetzlichen Vorgaben der CRR liegenden individuellen Anforderungen werden von der EZB auf der Grundlage des aufsichtlichen Überprüfungs- und Bewertungsprozesses (SREP) im Regelfall jährlich festgelegt. Die EZB hat der LBBW im November 2015 mitgeteilt, dass sie jederzeit dazu verpflichtet ist, eine harte Kernkapitalquote von 9,75% vorzuhalten. Das nach § 10c KWG ab 1. Januar 2016 als Kapitalerhaltungspuffer vorzuhaltende harte Kernkapital ist in dieser Quote berücksichtigt. Die **risikogewichteten Aktiva (RWA)** reduzierten sich aufgrund rückläufiger Volumina sowie der guten Risikosituation in den operativen Segmenten im Berichtszeitraum um – 7,7 Mrd. EUR auf 74,5 Mrd. EUR. Damit verringerten sich die RWA gegenüber den ursprünglichen Planwerten deutlich. Auch im Rahmen der ökonomischen Kapitalsteuerung konnte die bislang schon komfortable Risikotragfähigkeitssituation leicht verbessert werden. Die Auslastung der **Risikodeckungsmasse** lag für das Jahr 2015 mit einer Quote von 48,1% um 6,5 Prozentpunkte unterhalb des Vorjahreswerts (Vorjahr: 54,6%) sowie spürbar unterhalb der eigenen Prognose.

Ertragslage.

Erfolgszahlen:

	01.01.2015 – 31.12.2015 Mio. EUR	01.01.2014 – 31.12.2014 ¹⁾ Mio. EUR	Veränderung	
			Mio. EUR	in %
Zinsergebnis	1 654	1 878	- 225	- 12,0
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	- 55	- 104	49	- 47,3
Provisionsergebnis	498	518	- 20	- 3,9
Ergebnis aus erfolgswirksam zum Fair Value bewerteten Finanzinstrumenten	226	- 120	347	-
Finanzanlage- und at-Equity-Ergebnis	94	263	- 169	- 64,3
Sonstiges betriebliches Ergebnis	134	101	33	32,6
Nettoergebnis (nach Risikovorsorge)	2 551	2 536	15	0,6
Verwaltungsaufwendungen	- 1 782	- 1 770	- 11	0,6
Garantieprovision Land Baden-Württemberg	- 121	- 191	70	- 36,6
Aufwendungen für Bankenabgabe und Einlagensicherung	- 73	- 82	9	- 10,7
Wertminderung Goodwill	0	- 16	16	- 100,0
Restrukturierungsergebnis	- 44	1	- 44	-
Konzernergebnis vor Steuern	531	477	54	11,4
Ertragsteuern	- 109	- 39	- 70	> 100
Konzernergebnis	422	438	- 15	- 3,5

Aus rechnerischen Gründen können in dieser und den nachfolgenden Tabellen Rundungsdifferenzen auftreten.
1) Anpassung Vorjahreswerte (siehe Note 2).

Das **Zinsergebnis** sank gegenüber dem Vorjahr spürbar um – 225 Mio. EUR auf 1 654 Mio. EUR. Der Rückgang resultierte im Wesentlichen aus dem allgemein niedrigen Zinsniveau, was u. a. den Ergebnisbeitrag im Einlagengeschäft mit Kunden sowie die Eigenmittelanlage der LBBW belastete. Des Weiteren trugen die verminderten Volumina durch Fälligkeiten bei gleichzeitig selektiver Kreditvergabe in einem wettbewerbsintensiven Umfeld zu einem Rückgang der Zinserträge bzw. -aufwendungen bei. Darüber hinaus belasteten rechnungslegungsspezifische Effekte, bspw. im Zusammenhang mit der Abbildung von Sicherungsderivaten, sowie ein Anstieg der Zinsaufwendungen bei Handels- und Sicherungsderivaten.

Der Aufwand für die **Risikovorsorge im Kreditgeschäft** nahm im Vergleich zum Vorjahreszeitraum nochmals erheblich um 49 Mio. EUR auf – 55 Mio. EUR ab. Dies war im Wesentlichen auf deutlich

geringere Nettozuführungen zu Einzelwertberichtigungen zurückzuführen. Der Vorsorgebedarf lag damit aufgrund einer ausgewogenen Risikopolitik sowie der guten wirtschaftlichen Lage in den Kernmärkten der LBBW weiterhin beträchtlich unter dem Vorjahr sowie unter dem langjährigen Durchschnitt.

Das **Provisionsergebnis** verringerte sich im Berichtsjahr moderat um – 20 Mio. EUR auf 498 Mio. EUR (Vorjahr: 518 Mio. EUR). Dabei zeigten die einzelnen Provisionsarten ein differenziertes Bild. Einem spürbaren Anstieg der Provisionen aus dem Wertpapier- und Kommissionsgeschäft um 18 Mio. EUR sowie im Wertpapierkonsortialgeschäft um 12 Mio. EUR standen gegenläufig niedrigere Provisionseinnahmen aus Vermittlungsgeschäften gegenüber. Zusätzlich war das Provisionsergebnis aus Krediten und Bürgschaften mit reinem Dienstleistungscharakter aufgrund höherer Abgrenzungen rückläufig und betrug 120 Mio. EUR (Vorjahr: 149 Mio. EUR). Dem stehen Erträge gegenüber, die zeitanteilig im Zinsergebnis vereinnahmt werden.

Das **Ergebnis aus erfolgswirksam zum Fair Value bewerteten Finanzinstrumenten** stieg im Vergleich zum Vorjahr kräftig um 347 Mio. EUR auf 226 Mio. EUR (Vorjahr: – 120 Mio. EUR). Markant besser als im Vorjahr entwickelte sich das Ergebnis aus derivativen Finanzinstrumenten, die in ökonomischen Sicherungsbeziehungen stehen, jedoch nicht in das IFRS-Hedge-Accounting einbezogen werden können. Daneben wurde die Ergebnisverbesserung u. a. durch die in 2015 wieder volatileren Märkte und ein daraus begünstigtes Neugeschäft in Absicherungsprodukten gegen Fremdwährungs- und Zinsrisiken getragen. Zudem trugen geringere Bewertungsabschläge für Finanzinstrumente in Höhe von 33 Mio. EUR (im Wesentlichen Credit Valuation Adjustments) zur positiven Entwicklung bei (Vorjahr: – 10 Mio. EUR). Zusätzlich wurde das Ergebnis kräftig durch Bewertungserträge beeinflusst, denen aufgrund der IFRS-Ausweismethodik entsprechende Aufwände insbesondere im Zinsergebnis gegenüberstanden.

Das **Finanzanlage- und At-Equity-Ergebnis** verringerte sich gegenüber dem Vorjahr beträchtlich um – 169 Mio. EUR auf 94 Mio. EUR (Vorjahr: 263 Mio. EUR). Dabei reduzierte sich das Ergebnis aus Wertpapieren im Vergleich zum Vorjahr deutlich um – 80 Mio. EUR auf – 18 Mio. EUR (Vorjahr: 62 Mio. EUR). Nach dem in 2014 durchgeführten vollständigen Abbau des Garantieportfolios sowie einer deutlichen Reduzierung des nicht garantierten Teils des Kreditersatzgeschäfts blieben größere Bewertungs- und Realisierungseffekte im Berichtsjahr weitgehend aus. Das leicht negative Gesamtergebnis aus Wertpapieren resultierte im Wesentlichen aus Realisierungen bei AfS-Finanzanlagen im Zusammenhang mit der Optimierung von Risiko- und Liquiditätspositionen im Treasury-Umfeld. Im Geschäftsjahr wurde aus der Bewertung und Veräußerung von Beteiligungen ein Ergebnis in Höhe von 93 Mio. EUR (Vorjahr: 84 Mio. EUR) erzielt. Beteiligungsveräußerungen beeinflussten hierbei das Ergebnis in Höhe von 105 Mio. EUR (Vorjahr: 97 Mio. EUR) positiv. Aus Bewertungssachverhalten ergab sich hingegen wie im Vorjahr saldiert eine Belastung von – 13 Mio. EUR. Das Ergebnis aus at-Equity bewerteten Unternehmen der Berichtsperiode sank um – 98 Mio. EUR auf 19 Mio. EUR (Vorjahr: 117 Mio. EUR). Der Rückgang resultierte dabei u. a. aus geringeren Ergebnisbeiträgen einer Kapitalbeteiligungsgesellschaft. Im Vorjahr wirkte hier noch ein umfangreicher Ergebnisbeitrag auf den auf die LBBW entfallenden Gewinnanteil aus einem Beteiligungsverkauf.

Das **Sonstige betriebliche Ergebnis** erhöhte sich im Vorjahresvergleich signifikant um 33 Mio. EUR auf 134 Mio. EUR (Vorjahr: 101 Mio. EUR). Die Entwicklung war durch eine Vielzahl an Einzeleffekten geprägt. Das Ergebnis aus als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien (Investment Properties) erhöhte sich trotz leicht gestiegener negativer Wertanpassungen aus der Immobilienbewertung auf

28 Mio. EUR (Vorjahr: 5 Mio. EUR). Getragen war der Anstieg u. a. durch eine positive Entwicklung innerhalb der LBBW Immobilien GmbH. Aus einer im Vorjahr vollzogenen Veräußerung einer Tochtergesellschaft ergab sich im Jahresvergleich eine Ergebnisentlastung in Höhe von 20 Mio. EUR. Der Saldo aus Zuführungen und Auflösungen von Rückstellungen innerhalb des Sonstigen betrieblichen Ergebnisses war im abgelaufenen Geschäftsjahr mit 31 Mio. EUR (Vorjahr: 41 Mio. EUR) positiv. Nettoauflösungen in Höhe von 17 Mio. EUR (Vorjahr: 34 Mio. EUR) betrafen insbesondere Rückstellungen für Rechts- und Prozessrisiken.

Mit – 1 782 Mio. EUR verblieben die **Verwaltungsaufwendungen** nahezu auf dem Vorjahresniveau (Vorjahr: – 1 770 Mio. EUR). Der geringfügige Anstieg wurde insbesondere durch Tarifierpassungen bei Löhnen und Gehältern verursacht. Die anderen Verwaltungsaufwendungen reduzierten sich hingegen in Summe leicht um 10 Mio. EUR auf – 656 Mio. EUR (Vorjahr: – 666 Mio. EUR). Ein großer Anteil der Aufwendungen stand nach wie vor im Zusammenhang mit dem im Jahr 2014 gestarteten Umbau der IT-Architektur, um den wachsenden Anforderungen an die Banksteuerung Rechnung zu tragen. Die LBBW investiert u. a. in ein neues Kernbanksystem, das planmäßig 2017 eingeführt wird und die Grundlage für eine stärkere Digitalisierung, Standardisierung und Optimierung der Geschäftsprozesse darstellt. Daneben belastete die Umsetzung von neuen regulatorischen Anforderungen erheblich. Entlastend wirkten geringere Aufwendungen für Rechts- und Beratungskosten sowie für Prüfungskosten. Letztere sorgten im Jahr 2014 noch vor dem Übergang der Bankenaufsicht auf die EZB mit der Durchführung eines Balance Sheet Assessments für erhöhte Belastungen. Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte stiegen im Berichtsjahr um – 5 Mio. EUR auf – 98 Mio. EUR (Vorjahr: – 93 Mio. EUR).

Aufgrund des im Jahresverlauf 2014 vollständig abverkauften Garantieportfolios verminderten sich die Aufwendungen für die an das Land Baden-Württemberg zu entrichtende **Garantieprovision** abermals beträchtlich um 70 Mio. EUR auf – 121 Mio. EUR. Unter dem weiterhin bestehenden, jedoch deutlich reduzierten Garantieschirm des Landes Baden-Württemberg finanziert die LBBW die innerhalb des Konzerns nicht konsolidierungspflichtige Zweckgesellschaft Sealink. Für bestimmte Kredite an diese Zweckgesellschaft existiert nach wie vor eine Garantie des Landes Baden-Württemberg, für die Provisionsaufwendungen anfallen.

Aufgrund der hohen Bedeutung der **Aufwendungen für Bankenabgabe und Einlagensicherung** erfolgte erstmals im Geschäftsjahr 2015 ein gesonderter Ausweis der Posten in der Gewinn- und Verlustrechnung. Berücksichtigt wurden hierbei die Beiträge zum Restrukturierungsfonds nach europäischen Vorgaben (EU-Bankenabgabe) sowie zur Einlagensicherung auf Basis des zum 3. Juli 2015 in Kraft getretenen EU-Einlagensicherungsgesetzes. Im Berichtsjahr sanken die Aufwände in Summe um 9 Mio. EUR auf – 73 Mio. EUR (Vorjahr: – 82 Mio. EUR).

Die bisherige deutsche Bankenabgabe wurde durch eine Abgabe abgelöst, die den neuen europäischen Vorgaben entspricht. Nach der europäischen Bankenabwicklungsrichtlinie müssen alle EU-Mitgliedstaaten einen Abwicklungsfonds einrichten. Hierzu ist ein Zielvolumen von 55 Mrd. EUR bis im Jahre 2024 vorgesehen. Dieser soll durch Bankenabgaben gespeist werden und in Ausnahmefällen zur Abwicklungsfinanzierung bereitstehen.

Im Rahmen des neuen EU-Einlagensicherungsgesetzes hat die Sparkassen-Finanzgruppe ihr Sicherungssystem nach den gesetzlichen Vorgaben neu ausgerichtet. Unter anderem wird sie das Zielvolumen der Sicherungseinrichtung bis zum Jahr 2024 auf ca. 4,9 Mrd. EUR, d. h. 0,8% der gedeckten Einlagen (Kundeneinlagen bis 100 000 EUR pro Kunde), ansparen. Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) hat das neu ausgerichtete Sicherungssystem der Sparkassen-Finanzgruppe als institutsbezogenes Sicherungssystem anerkannt.

Im Gesamtjahr 2015 ergaben sich keine Wertminderungen des **Goodwills**. In der Vergleichsperiode des Vorjahres wurde dagegen der dem Segment Financial Markets zugeordnete Goodwill vollständig abgeschrieben (Vorjahr: – 16 Mio. EUR).

Im abgelaufenen Geschäftsjahr fiel ein **Restrukturierungsergebnis** in Höhe von – 44 Mio. EUR an. Vor dem Hintergrund der zunehmenden Digitalisierung richtet die zur Landesbank Baden-Württemberg (LBBW) gehörende Baden-Württembergische Bank (BW-Bank) ihr Privatkundengeschäft hin zu einer Multikanalbank neu aus. Für die daraus abgeleiteten Maßnahmen, u. a. den Umbau des Standortnetzes einschließlich korrespondierender Personalmaßnahmen, war eine entsprechende Rückstellung zu bilden.

Mit einem **Konzernergebnis vor Steuern** von 531 Mio. EUR wurde das Vorjahresergebnis spürbar um 54 Mio. EUR gesteigert (Vorjahr: 477 Mio. EUR).

Das **Ergebnis vor Steuern** der drei **operativen Marktsegmente** Corporates, Financial Markets und Retail/Sparkassen bewegte sich für das Gesamtjahr 2015 mit 1 025 Mio. EUR leicht unter Vorjahresniveau (Vorjahr: 1 067 Mio. EUR). Dem gegenüber stand ein zwar verbessertes, jedoch weiterhin negatives Ergebnis im Segment Credit Investment. Dieses war auch im Geschäftsjahr 2015 insbesondere durch die Gebühr für die Garantie des Landes Baden-Württemberg belastet, welches sich jedoch fortlaufend weiter verringern wird. Bezüglich der Darstellung der einzelnen Segmentergebnisse wird auf die Ausführungen in den Notes verwiesen.

Für den Berichtszeitraum ergab sich ein **Steueraufwand** in Höhe von – 109 Mio. EUR gegenüber – 39 Mio. EUR im Vorjahr. Die laufenden Ertragsteuern stiegen im Geschäftsjahr 2015 um – 10 Mio. EUR auf – 86 Mio. EUR (Vorjahr: – 76 Mio. EUR) an. Frühere Jahre betreffende Ertragsteuern verringerten sich auf 12 Mio. EUR (Vorjahr: 31 Mio. EUR).

Daneben fielen latente Steuern in Höhe von – 35 Mio. EUR (Vorjahr: 5 Mio. EUR) an. Der Anstieg gegenüber dem Vorjahr um – 40 Mio. EUR ist im Wesentlichen auf die Auflösung aktiver latenter Steuern auf Verlustvorträge infolge der Nutzung von Verlustvorträgen zurückzuführen.

Das **Konzernergebnis nach Steuern** sank leicht um – 15 Mio. EUR auf 422 Mio. EUR (Vorjahr: 438 Mio. EUR).

Vermögens- und Finanzlage.

Aktiva	31.12.2015 Mio. EUR	31.12.2014 ¹⁾ Mio. EUR	Veränderung	
			Mio. EUR	in %
Barreserve	1 167	1 936	- 769	- 39,7
Forderungen an Kreditinstitute	30 245	38 424	- 8 179	- 21,3
Forderungen an Kunden	108 785	113 195	- 4 410	- 3,9
Risikovorrsorge	- 1 128	- 1 594	466	- 29,2
Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte	64 765	79 871	- 15 107	- 18,9
Finanzanlagen und Anteile an at Equity bewerteten Unternehmen	25 469	29 352	- 3 883	- 13,2
Aktives Portfolio Hedge Adjustment	569	750	- 182	- 24,2
Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen	153	93	60	64,0
Immaterielle Vermögenswerte	541	489	52	10,6
Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien	649	705	- 55	- 7,9
Sachanlagen	670	644	26	4,0
Laufende Ertragsteueransprüche	114	219	- 105	- 47,8
Latente Ertragsteueransprüche	1 027	1 145	- 118	- 10,3
Sonstige Aktiva	989	1 038	- 49	- 4,7
Summe der Aktiva	234 015	266 268	- 32 253	- 12,1

1) Anpassung Vorjahreswerte (siehe Note 2).

Passiva	31.12.2015 Mio. EUR	31.12.2014 ¹⁾ Mio. EUR	Veränderung	
			Mio. EUR	in %
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	44 248	52 314	- 8 066	- 15,4
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	62 540	69 874	- 7 334	- 10,5
Verbriefte Verbindlichkeiten	29 424	44 231	- 14 808	- 33,5
Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen	74 063	75 244	- 1 181	- 1,6
Passives Portfolio Hedge Adjustment	569	751	- 182	- 24,2
Rückstellungen	3 401	3 455	- 54	- 1,6
Verbindlichkeiten aus Veräußerungsgruppen	0	0	0	-
Laufende Ertragsteuerverpflichtungen	62	69	- 6	- 9,2
Latente Ertragsteuerverpflichtungen	27	74	- 48	- 64,2
Sonstige Passiva	709	787	- 78	- 9,9
Nachrangkapital	5 329	6 229	- 900	- 14,5
Eigenkapital	13 643	13 241	402	3,0
Stammkapital	3 484	3 484	0	0,0
Kapitalrücklage	8 240	8 240	0	0,0
Gewinnrücklage	1 062	949	114	12,0
Sonstiges Ergebnis	413	111	301	> 100
Bilanzgewinn/-verlust	425	438	- 13	- 2,9
Nicht beherrschende Anteile	19	19	0	0,0
Summe der Passiva	234 015	266 268	- 32 253	- 12,1
Bürgschafts- und Gewährleistungsverpflichtungen	5 410	5 574	- 164	- 2,9
Unwiderrufliche Kreditzusagen	21 796	20 961	835	4,0
Geschäftsvolumen	261 221	292 803	- 31 582	- 10,8

1) Anpassung Vorjahreswerte (siehe Note 2).

Entwicklung der Konzernbilanzsumme weiter rückläufig.

Gegenüber dem Vorjahr reduzierte sich die Bilanzsumme im Jahr 2015 insbesondere durch den bewussten Abbau und das Auslaufen von Geschäften unter Gewährträgerhaftung um - 32,3 Mrd. EUR bzw. - 12,1 % auf 234,0 Mrd. EUR.

Geprägt war diese Entwicklung insbesondere durch zum Jahresende fällige verbrieft Verbindlichkeiten, die unter dem Schutz der Gewährträgerhaftung begeben worden waren.

Im Jahr 2001 haben sich die EU-Kommission und die Bundesrepublik Deutschland auf eine Neuregelung der Themenkomplexe Anstaltslast und Gewährträgerhaftung verständigt. Hintergrund war ein Beschluss der EU-Kommission, wonach gesetzliche Garantien für spezielle Kreditinstitute mit öffentlich rechtlichem Hintergrund nicht mit den EU-Beihilferichtlinien in Einklang stehen. Hierzu wurde u. a. eine Übergangsfrist vereinbart, in der Anstaltslast und Gewährträgerhaftung für zwischen dem 18. Juli 2001 und 18. Juli 2005 begründete Verbindlichkeiten weiter bestehen und am 31. Dezember 2015 enden.

Die LBBW hatte in dem o.g. Zeitraum nicht nur Emissionen aufgelegt, sondern auch selbst mit bestem Rating versehene Schuldverschreibungen erworben, die mit Auslauf der Gewährträgerhaftung im Jahr 2015 fällig wurden und ein korrespondierendes Abschmelzen der Aktivseite bewirkten. In diesem Zusammenhang reduzierten sich insbesondere auch die unter den Forderungen an Kreditinstitute ausgewiesenen Kommunalkredite.

Den Refinanzierungsbedarf für das Jahr 2015 konnte die Bank durch gezielte Begebungen von Neuemissionen am Markt decken. Die durchgeführten Benchmarkemissionen auf der Basis von Pfandbriefen und unbesicherten Inhaberschuldverschreibungen waren nicht nur am deutschen Markt gefragt, sondern fanden auch eine hohe Nachfrage bei internationalen Investoren.

Das Geschäftsvolumen des LBBW-Konzerns sank um – 31,6 Mrd. EUR oder – 10,8% auf 261,2 Mrd. EUR. Neben der deutlich niedrigeren Bilanzsumme trug auch eine geringfügige Verminderung der Bürgschafts- und Gewährleistungsverpflichtungen zu dem Rückgang bei. Gegenläufig entwickelten sich die unwiderruflichen Kreditzusagen mit einem Anstieg um 0,8 Mrd. EUR.

Aktivgeschäft.

Die **Barreserve** belief sich zum 31. Dezember 2015 auf 1,2 Mrd. EUR und lag um – 0,8 Mrd. EUR unter dem Vorjahreswert.

Die **Forderungen an Kreditinstitute** reduzierten sich um – 8,2 Mrd. EUR und erreichten damit einen Endbestand in Höhe von 30,2 Mrd. EUR. Die um – 5,3 Mrd. EUR rückläufige Entwicklung der Kommunalkredite war u. a. von auslaufenden Geschäften unter Gewährträgerhaftung geprägt. Der Rückgang im Wertpapierpensionsgeschäft, vor allem aus TriParty-Repogeschäften mit großen international tätigen Kreditinstituten und Central Counterparties, um – 1,6 Mrd. EUR war überwiegend auf die Nettodarstellung von Wertpapierpensionsgeschäften zurückzuführen.

Die **Forderungen an Kunden** verminderten sich zum Jahresende leicht um – 4,4 Mrd. EUR auf ein Volumen in Höhe von 108,8 Mrd. EUR. Die Entwicklung wurde im Wesentlichen durch hohe Fälligkeiten beeinflusst, infolge dessen reduzierten sich die Kommunalkredite um – 3,1 Mrd. EUR. Daneben gingen die Kontokorrentforderungen an Kunden um – 1,0 Mrd. EUR zurück. Gegenläufig war ein Anstieg bei Hypothekendarlehen um 1,1 Mrd. EUR zu verzeichnen.

Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte sanken um – 15,1 Mrd. EUR auf 64,8 Mrd. EUR. Maßgeblich hierfür war der rückläufige Bestand an Handelsaktiva. Neben Fälligkeiten war ein Anstieg der langfristigen Zinsen zum Jahresende, der sich auf die Bewertung der Derivate (insbesondere Zinsswaps, Swaptions und Devisenswaps) des Handelsbestands auswirkte, zu verzeichnen. Insgesamt verringerten sich die Marktwerte im abgelaufenen Jahr um – 6,8 Mrd. EUR. Das Neugeschäft übersteigende Fälligkeiten führten zu einer Reduzierung bei Anlei-

hen und Schuldverschreibungen in Höhe von – 4,5 Mrd. EUR. Unter den fälligen Papieren waren u. a. Schuldverschreibungen enthalten, die im Zuge des Auslaufens der Gewährträgerhaftung getilgt wurden. Eine weitere Verminderung resultierte zum einen um – 1,4 Mrd. EUR aus Sonstigen Geldmarktgeschäften (Money-Market-Geschäfte), zum anderen um – 1,0 Mrd. EUR aus kurzlaufenden Geldmarktpapieren (Commercial Papers und Certificate of Deposits). Gleichzeitig entwickelten sich auch der Bestand bei Schuldscheinen des Handelsbestands um – 0,9 Mrd. EUR rückläufig.

Finanzanlagen und Anteile an at Equity bilanzierten Unternehmen gingen im Berichtsjahr um – 3,9 Mrd. EUR auf 25,5 Mrd. EUR zurück. Infolge des Auslaufens der Gewährträgerhaftung wurden Papiere von anderen Banken in maßgeblicher Höhe fällig. Im Kontext einer gezielten Steuerung von Portfolios, u. a. vor dem Hintergrund der Erfüllung aufsichtlicher Kennzahlen, wurden im Gegenzug vor allem Anleihen von Staaten und Ländern gekauft.

Refinanzierung.

Im Vergleich zum 31. Dezember 2014 war der Bestand der **Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten** um – 8,1 Mrd. EUR auf 44,2 Mrd. EUR zurückgegangen. Mit – 3,5 Mrd. EUR trugen hohe Fälligkeiten bei Schuldscheindarlehen zu der Entwicklung bei. Darüber hinaus reduzierte sich das Geschäftsvolumen aus Wertpapierpensionsgeschäften um – 3,2 Mrd. EUR, der größte Teil dieser Veränderung entfiel auf Repogeschäfte, die über eine Central Counterparty abgewickelt wurden (– 2,1 Mrd. EUR). Gleichzeitig nahmen die öffentlichen Namenspfandbriefe mit – 0,8 Mrd. EUR und die Tages- und Termingelder mit – 0,5 Mrd. EUR ebenso ab.

Die **Verbindlichkeiten gegenüber Kunden** lagen mit 62,5 Mrd. EUR um – 7,3 Mrd. EUR unter dem Vorjahreswert. Das Geschäftsvolumen vor allem von über Central Counterparties abgewickelten Wertpapierpensionsgeschäften reduzierte sich um – 4,6 Mrd. EUR. Hohe Fälligkeiten bei Schuldscheindarlehen führten insgesamt zu einem Abschmelzen des Volumens um weitere – 4,5 Mrd. EUR. Auch die Entwicklung des Bestands öffentlicher Namenspfandbriefe war von Fälligkeiten geprägt, dieser sank insgesamt um – 1,5 Mrd. EUR. Dem stand ein Anstieg bei Kontokorrentverbindlichkeiten um 2,8 Mrd. EUR gegenüber, der zum größten Teil auf Kunden mit öffentlich rechtlichem Hintergrund entfiel.

Die Entwicklung des Bilanzpostens **Verbrieft Verbindlichkeiten** im Geschäftsjahr 2015 war maßgeblich durch das Auslaufen der Gewährträgerhaftung zum 31. Dezember 2015 beeinflusst. Insgesamt war ein Rückgang um – 14,8 Mrd. EUR auf 29,4 Mrd. EUR zu verzeichnen. Dies zeigte sich insbesondere in der Reduzierung der Sonstigen Schuldverschreibungen um – 18,5 Mrd. EUR. Dem Abschmelzen des Bestands an öffentlichen Namenspfandbriefen um – 1,6 Mrd. EUR stand ein Anstieg bei Hypothekenspfandbriefen aufgrund einer deutlich gewachsenen Kreditvergabe im Immobiliengeschäft um 2,3 Mrd. EUR gegenüber. Zusätzlich erhöhte sich das Volumen an Geldmarktgeschäften um 2,9 Mrd. EUR im Wesentlichen aus der Begebung von Commercial Papers.

Gegenläufig zum Posten auf der Aktivseite sanken die **Erfolgswirksam zum Fair Value bewerteten Verbindlichkeiten** um – 1,2 Mrd. EUR auf 74,1 Mrd. EUR. Maßgeblich hierfür war der rückläufige Bestand an Handelspassiva. Neben Fälligkeiten war ein Anstieg der langfristigen Zinsen zum Jahresende, der sich auf die Bewertung der Derivate (insbesondere Zinsswaps, Swaptions und Devisenswaps) des Handelsbestands auswirkte, zu verzeichnen. Insgesamt verminderten sich die Marktwerte im abgelaufenen Jahr um – 6,4 Mrd. EUR. Des Weiteren verringerten sich zum Jahresende die verbrieften Verbindlichkeiten um – 2,3 Mrd. EUR. Diese Entwicklung resultierte aus dem Neugeschäft übersteigenden Fälligkeiten bei Certificates of Deposits und Commercial Papers. Fälligkeiten eigener Papiere führten zu einem gegenüber dem Vorjahr um – 1,7 Mrd. EUR rückläufigen Bestand bei den der Fair-Value-Option zugeordneten Verbindlichkeiten. Demgegenüber stieg das Volumen im Bereich der Sonstigen Geldmarktgeschäfte, getrieben durch eine hohe Nachfrage nach Money-Market-Produkten, um 9,6 Mrd. EUR deutlich an.

Im Berichtsjahr war eine Verminderung des **Nachrangkapitals** in Höhe von – 0,9 Mrd. EUR auf 5,3 Mrd. EUR zu verzeichnen. Dabei standen Fälligkeiten in Höhe von – 1,5 Mrd. EUR einem Neuemissionsvolumen in Höhe von 0,5 Mrd. EUR gegenüber.

Eigenkapital.

Zum Jahresende 2015 verfügte die LBBW (Bank) über ein bilanzielles Eigenkapital in Höhe von 13,6 Mrd. EUR. Der Anstieg resultierte im Wesentlichen aus positiven Bewertungseffekten – insbesondere durch Spreadeinengungen bei Wertpapieren – in der Neubewertungsrücklage (0,3 Mrd. EUR).

Finanzlage.

Die Refinanzierungsstrategie der LBBW wird im Asset Liability Committee (ALCo) festgelegt. Der Konzern achtet dabei insgesamt auf eine ausgeglichene Struktur in Bezug auf die verwendeten Produkt- und Investorengruppen. Die Finanzlage des Konzerns war im gesamten Berichtsjahr aufgrund der guten Liquiditätsausstattung geordnet. Die LBBW war zu jeder Zeit in der Lage, im gewünschten Umfang Refinanzierungsmittel zu beschaffen. Die Liquiditätskennzahl LiqV ist nur auf Institutsebene zu ermitteln und lag per 31. Dezember 2015 bei 1,43 (Vorjahr: 1,34).

Risiko- und Chancenbericht.

Grundlagen. Risikoorientierte Gesamtbanksteuerung.

Unter Risikomanagement versteht die LBBW den Einsatz eines umfassenden Instrumentariums für den Umgang mit Risiken im Rahmen der Risikotragfähigkeit und der durch den Vorstand festgelegten Strategie. Risiken sollen im Rahmen der internen Kontrollverfahren und aufgrund der damit verbundenen Ertragschancen und Wachstumspotenziale bewusst und kontrolliert eingegangen werden.

Die internen Kontrollverfahren bilden damit einen Kernbestandteil des konzernweiten Systems zur risikoorientierten Gesamtbanksteuerung und bestehen insbesondere aus Aufbau- und Ablauforganisation, Risikosteuerungs- und Risikocontrollingprozessen sowie der internen Revision.

Risikostrategie.

Die Grundsätze des Risikomanagementsystems sind in den zur Geschäftsstrategie konsistenten Risikostrategien durch Vorstand und Risikoausschuss festgelegt.

In der konzernweit und risikoartenübergreifend gültigen Konzernrisikostrategie werden die risikostategischen Vorgaben gemäß den Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) zusammengeführt. Sie ist durch die Festlegung von risikostategischen Grundbedingungen, strategischen Limiten, der Liquiditätsrisikotoleranz und der Leitsätze für das Risikomanagement definiert und bei allen Geschäftsaktivitäten einzuhalten.

Die risikostategischen Grundbedingungen spiegeln die in der Geschäftsstrategie festgelegte konservative Risikopolitik wider:

- Nachhaltige Einhaltung der Risikotragfähigkeit, auch unter Stressbedingungen
- Jederzeitige Zahlungsfähigkeit und Einhaltung der Liquiditätsrisikotoleranz, auch unter Stressbedingungen
- Nachhaltige Einhaltung und Erfüllung der regulatorischen Mindestquoten

Das strategische Limitsystem operationalisiert die in der Geschäftsstrategie definierten Maßgaben und Ziele für alle wesentlichen, in der Risikotragfähigkeit erfassten Risikoarten. Das oberste Risiko-limit für Ökonomisches Kapital (ÖKap-Limit) wurde durch den Gesamtvorstand unter Berücksichtigung der o. g. risikostategischen Grundbedingungen sowie unter Beachtung der ÖKap-Prognose für die kommenden 5 Jahre für das Jahr 2016 festgelegt und auf die wesentlichen Risikoarten allokiert. Weitere Details sind im Kapitel Risikolage LBBW-Konzern aufgeführt.

Die Liquiditätsrisikotoleranz limitiert das Liquiditätsrisiko im engeren Sinne, d. h. das Risiko der Zahlungsunfähigkeit. Weitere Informationen hierzu sind im Kapitel Liquiditätsrisiken enthalten.

Die Risikoleitsätze stellen zentrale Grundsätze für die Abwägung von Chancen und Risiken innerhalb der LBBW dar. Sie tragen zur Schaffung einer einheitlichen Risikokultur bei und bilden – unter Materialitätsgrundsätzen – den Rahmen für die konkrete Ausgestaltung der Prozesse, Verfahren und Methoden des Risikomanagements. Es sind sowohl allgemeingültige Risikoleitsätze zu den Themenbereichen MaRisk, Steuerung, Neue Produkte und Märkte, Outsourcing sowie risikoartenspezifische Risikoleitsätze formuliert.

Die für jede wesentliche Risikoart verabschiedeten spezifischen Risikostrategien dokumentieren darüber hinaus das aktuelle und das angestrebte Risikoprofil der LBBW, machen kunden-, produkt- und marktspezifische Vorgaben und bilden damit gemeinsam mit der Geschäftsstrategie den Rahmen der Mittelfristplanung. Ergänzende Informationen zu den spezifischen Risikostrategien sind in den Kapiteln zur jeweiligen Risikoart aufgeführt.

Die operative Umsetzung dieser Vorgaben wird durch Plan-Ist-Vergleiche, monatliche Ergebnisanalysen sowie strategische und operative Limitsysteme überwacht.

Risikomanagementsysteme. Risikokapitalmanagement.

Ziel der Kapitalsteuerung der LBBW ist es, eine solide Kapitalisierung im LBBW-Konzern sicherzustellen. Um eine Angemessenheit des Kapitals unter verschiedenen Aspekten zu gewährleisten, werden die Kapitalquoten und -strukturen sowohl aus einem ökonomischen als auch einem regulatorischen Blickwinkel betrachtet. Das Kapitalmanagement der LBBW ist eingebettet in den Gesamtbanksteuerungsprozess, die Strategien, die Regelwerke, die Überwachungsprozesse sowie die Organisationsstruktur des LBBW-Konzerns.

Die Risikomanagementverfahren der LBBW sind vor dem Hintergrund von Art, Umfang, Komplexität und Risikogehalt der Geschäftsaktivitäten grundsätzlich angemessen ausgestaltet. Die Ausgestaltung berücksichtigt die MaRisk sowie sonstige einschlägige Verlautbarungen der nationalen und internationalen Aufsichtsbehörden.

Es werden alle wesentlichen Risiken in die Risikomanagementverfahren einbezogen. Die Prozesse, Verfahren und Methoden werden regelmäßig auf ihre Angemessenheit überprüft und permanent weiterentwickelt. Im Rahmen dessen werden auch die in Prüfungen und dem SREP-Prozess der Europäischen Zentralbank (EZB), des Jahresabschlussprüfers sowie der Konzernrevision getroffenen Feststellungen entsprechend berücksichtigt und umgesetzt.

Risikoarten.

Das Gesamtrisikoprofil der LBBW wird jährlich anhand der Konzernrisikoinventur durch das Konzernrisikocontrolling erhoben und dem Vorstand in Form einer Risikolandkarte zur Kenntnis gebracht. Die Risikomessung hinsichtlich der aus Risikosicht wesentlichen Tochterunternehmen erfolgt nach dem Transparenzprinzip, d. h. die in den jeweiligen Gesellschaften als wesentlich identifizierten Risikoarten werden in die konzernweite Risikomessung der jeweiligen Risikoart integriert. Gesellschaften, deren Risiken als unwesentlich eingestuft werden, bildet die LBBW über das Beteiligungsrisiko ab.

Es wurden folgende wesentliche Risikoarten identifiziert:

Risikoarten.

Risikoart	Beschreibt mögliche ...
Adressenausfallrisiken	... Wertverluste durch den Ausfall oder die Bonitätsverschlechterung von Geschäftspartnern. ... Ausfälle von staatlichen Kreditnehmern sowie Zahlungsverkehrsbeschränkungen. ... Verluste durch Mindererlöse aus Sicherheitenverwertungen.
Marktpreisrisiken	... Wertverluste durch Veränderungen der Zinssätze, Credit Spreads, Aktienkurse, Devisen-, Rohwarenkurse, Volatilitäten. ... Probleme, größere Marktpositionen kurzfristig zum Marktwert schließen zu können.
Liquiditätsrisiken	... Probleme, Zahlungsverpflichtungen kurzfristig nachzukommen.
Operationelle Risiken	... Verluste, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren und Systemen, Menschen oder infolge von externen Ereignissen eintreten, inkl. Rechtsrisiken.
Beteiligungsrisiken	... Wertverluste in Konzernunternehmen und Beteiligungen, sofern nicht in den o. g. Risikokategorien enthalten.
Reputationsrisiken	... Verluste aufgrund einer Schädigung der Reputation der Bank.
Geschäftsrisiken	... Verluste durch einen schlechteren Geschäftsverlauf als erwartet oder aus strategischen Fehlentscheidungen, sofern sie nicht die o. g. banktypischen Risiken betreffen.
Pensionsrisiken	... Erhöhungen von Pensionsrückstellungen.
Immobilienrisiken	... Wertverluste im Immobilienbestand des Konzerns.
Developmentrisiken	... Wertverluste, die insbesondere aus potenziellen Planabweichungen im Projektentwicklungsgeschäft der LBBW Immobilien Management GmbH resultieren.

Ökonomisches Kapital und Risikodeckungsmasse.

Eine konzernweite Zusammenfassung der Risiken über alle wesentlichen Risikoarten und Tochtergesellschaften hinweg und deren Gegenüberstellung zur ökonomischen Kapitalausstattung (Risikodeckungsmasse) wird in der Risikotragfähigkeitsrechnung (RTF) nach dem sog. Liquidationsprinzip durchgeführt. Die interne Überwachung dieser Kennzahl stellt die Angemessenheit der ökonomischen Kapitalausstattung im LBBW-Konzern sicher.

Die Risikodeckungsmasse (RDM, entspricht Risikodeckungspotenzial laut MaRisk) bezeichnet in der LBBW die nach ökonomischen Kriterien abgegrenzten Eigenmittel, die zur Deckung von unerwarteten Verlusten zur Verfügung stehen. Neben dem Konzerneigenkapital nach IFRS inkl. Neubewertungsrücklagen werden Nachrangkapitalien und realisiertes GuV-Ergebnis nach IFRS als Bestandteile einbezogen. Zusätzlich werden aufgrund aufsichtlicher Vorgaben umfangreiche konservative Abzugsposten berücksichtigt.

Als einheitliche Risikomaßzahl auf der obersten Ebene wird der ökonomische Kapitalbedarf, oder auch Ökonomisches Kapital, berechnet. Dieser ist als der Betrag an Kapital zu verstehen, der benötigt wird,

um die aus den Geschäftsaktivitäten resultierenden Risiken abzudecken. In Abgrenzung zum regulatorisch notwendigen Eigenkapital bezeichnet es also das aus Sicht der LBBW ökonomisch notwendige Kapital, das mithilfe eigener Risikomodelle ermittelt wird. Es wird für Kredit-, Marktpreis-, Immobilien-, Development-, Beteiligungs- und Operationelle Risiken als Value-at-Risk (VaR) auf dem Konfidenzniveau 99,93% und einem Jahr Haltedauer sowie für Sonstige Risiken über vereinfachte Verfahren quantifiziert.

Die Liquiditätsrisiken werden abweichend hiervon durch die gemäß der Liquiditätsrisikotoleranz festgelegten quantitativen und prozessualen Regelungen gesteuert und limitiert.

Das oberste Risikolimit für Ökonomisches Kapital (ÖKap-Limit) stellt ein konzernweit übergeordnetes Limit für sämtliche relevanten, quantifizierten Risikoarten dar. Dieses Limit spiegelt die maximale Bereitschaft zur Risikonahme des LBBW-Konzerns wider. Es wurde mit Bezug auf die konservative Leitlinie der Risikotoleranz deutlich unterhalb der gesamten Risikodeckungsmasse festgelegt und bietet damit Raum für Risiken aus unvorhersehbaren Stresssituationen. Ergänzend erfolgt eine Verifizierung des ÖKap-Limits auf Basis der Planwerte. Ausgehend vom obersten ÖKap-Limit werden ÖKap-Limite für die verschiedenen direkt quantifizierten Risikoarten und für die nicht im Rahmen eines Modellansatzes quantifizierten Sonstigen Risiken abgeleitet. Die Risikotragfähigkeit wird über ein Ampelverfahren durch das Konzernrisikocontrolling überwacht. Die jeweiligen Ampelschwellen sind mit dem Sanierungsplan gemäß dem Sanierungs- und Abwicklungsgesetzes (SAG) verbunden und mit einem Eskalationsprozess verknüpft. Die Darstellung der Risiken im Rahmen der Risikotragfähigkeit des LBBW-Konzerns erfolgt vor möglichen Maßnahmen zur Risikobegrenzung (sog. Bruttobetrachtung).

Neben der ökonomischen Sichtweise umfasst das Kapitalmanagement der LBBW die Steuerung des regulatorischen Eigenkapitals. Dabei wird zum einen die aktuelle Einhaltung der regulatorischen Mindestanforderungen und der SREP-Anforderungen mittels der regulatorischen Meldung überwacht, zum anderen die langfristige Erfüllung im Rahmen des regulatorischen und ökonomischen Kapitalplanungsprozesses sowie im Rahmen des laufendem Überwachungsprozesses sichergestellt. Ergänzend wird die Einhaltung der regulatorischen Mindestanforderungen bei adversen Entwicklungen durch eine Betrachtung von Stressszenarien sichergestellt. Weitere Details hierzu sind in den Notes abgebildet.

Stresstests.

Neben den vergangenheitsorientierten statistischen Kennzahlen und Instrumenten der Risikomessung sind Stressszenarien ein wesentlicher Baustein der Risikoabschätzung. Sie analysieren die Wirkung zukünftig möglicher konjunktureller Schwankungen und krisenhafter Marktentwicklungen daraufhin, ob die LBBW auch für Extremsituationen gerüstet ist.

Stresstests sind daher ein integraler Bestandteil des Risikomanagements der LBBW. Die Stressszenarien werden so ausgestaltet, dass die Auswirkungen von außergewöhnlichen, aber plausiblen Ereignissen unterschiedlicher Schweregrade auf die ökonomische und regulatorische Kapitalausstattung sowie auf die Liquiditätssituation berücksichtigt werden. Dabei werden unterschiedliche Methoden verwendet, von der einfachen Sensitivitätsanalyse bis hin zu komplexen risikoartenübergreifenden makroökonomischen Szenarien. Auch wird regelmäßig ein sog. inverses Stresstesting durchgeführt, um zu untersuchen, welche Szenarien zu einer existenziellen Gefährdung des LBBW-Konzerns führen könnten.

Um die Risikotragfähigkeit und die regulatorischen Kapitalquoten auch im Stressfall sicherstellen zu können, werden für die verschiedenen Risikoarten sog. MaRisk-Stressszenarien definiert. Diese Stressszenarien sind volkswirtschaftlich ausgerichtete, risikoartenübergreifende Szenarien, bei deren Definition ein besonderer Fokus auf die Risikokonzentrationen der LBBW gelegt wird. Ergänzend zur Betrachtung der ökonomischen und regulatorischen Kapitalausstattung im Status quo erfolgt auf Basis dieser Szenarien eine Überwachung der Stressresistenz des Konzerns. Sie bilden außerdem die Basis für die Sanierungsplanung gemäß SAG. Überschreitungen werden über ein Ampelverfahren durch das Konzernrisikocontrolling überwacht und eskaliert.

Risikolage LBBW-Konzern.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass die Risikotragfähigkeit des LBBW-Konzerns während des gesamten Geschäftsjahres 2015 jederzeit uneingeschränkt gegeben war. Die Risikodeckungsmasse hat sich zum Jahresende 2015 gegenüber dem Jahresende 2014 um +0,4 Mrd. EUR erhöht. Leicht gestiegene RDM-Abzugspositionen konnten durch Neuemission nachrangiger Verbindlichkeiten überkompensiert werden. Die Auslastung der Risikodeckungsmasse hat sich aufgrund der Risikowicklung gegenüber dem Jahresende 2014 deutlich verringert und liegt bei 48%. Auch die Stressresistenz war über das gesamte Geschäftsjahr hinweg gegeben.

Risikotragfähigkeit LBBW-Konzern.

Mio. EUR	31.12.2015 Absolut ¹⁾	Auslastung	31.12.2014 Absolut ¹⁾	Auslastung
Risikodeckungsmasse	16 255	48 %	15 840	55 %
Ökonomisches Kapitallimit ²⁾	12 800	61 %	12 800	68 %
Ökonomische Kapitalbindung	7 813		8 645	
davon:				
Diversifikationseffekte	- 435		- 475	
Adressenausfallrisiko	3 837		4 274	
Marktpreisrisiko	2 009		2 118	
Beteiligungsrisiko	134		175	
Operationelles Risiko	775		885	
Developmentrisiko	74		57	
Immobilienrisiko	205		258	
Sonstige Risiken ³⁾	1 214		1 353	

1) Konfidenzniveau 99,93 %/1 Jahr Haltedauer.

2) Die einzelnen Risikoarten sind über OKap-Limite limitiert.

3) Sonstige Risiken (insbesondere Reputations-, Geschäfts- und Pensionsrisiken).

Die deutliche Verminderung der Ökonomischen Kapitalbindung beim Adressenausfallrisiko ist maßgeblich durch Portfolioveränderungen sowie die Entwicklung der Marktdaten beeinflusst. Für die Abbildung des Marktpreisrisikos im Rahmen der Risikotragfähigkeit erfolgt eine Skalierung des Maximums aus VaR und Long-TermVaR. Letzterem liegt eine längere Beobachtungsperiode von fünf Jahren zugrunde. Die Reduzierung des Ökonomischen Kapitals für das Marktpreisrisiko ist dementsprechend insbesondere auf die Verschiebung der Beobachtungsperiode beim Long-TermVaR und den damit einhergehenden gesunkenen Volatilitäten zurückzuführen. Der Rückgang bei den Operationellen Risiken ist auf Modelladjustierungen im Rahmen der jährlichen Modellvalidierung zurückzuführen. Aufgrund des historisch niedrigen Zinsniveaus wurde die zugrunde liegende Szenarioanalyse bei den Pensionsrisiken angepasst.

Chancen.

Die für die Berechnung der Risikotragfähigkeit relevante Risikodeckungsmasse (RDM) ist als jeweils niedrigste RDM der folgenden zwölf Monate definiert. Chancen ergeben sich somit, wenn die tatsächliche RDM die prognostizierte Entwicklung übertrifft oder wenn sich die Prognose infolge einer positiven Entwicklung verbessert. Dies ist insbesondere der Fall bei Marktentwicklungen mit positiver Wirkung auf Ergebnis- und Kapitalgrößen (v. a. Credit Spreads) bei aufgrund der konjunkturellen Entwicklung verminderter Risikovorsorge oder bei einer besser als erwarteten Geschäftsentwicklung. Neben markt- und geschäftsinduzierten Verbesserungen kann die RDM aktiv durch Maßnahmen wie die Emission von Nachrangkapital gestärkt werden.

Die Risikotragfähigkeitssituation wird neben der Risikodeckungsmasse vom Ökonomischen Kapital geprägt. Die Entwicklung des ÖKaps ist von einer Vielzahl an Einflussfaktoren abhängig. Eine positive Marktlage bei den Credit Spreads, Zinsen und Volatilitäten kann ebenso zu einer Verringerung des ÖKaps beitragen wie eine z. B. konjunkturbedingte Verbesserung der Portfolioqualität.

Prozesse und Reporting im Risikomanagement.

Risikomanagement und Überwachung.

Das Risikomanagement der LBBW und die Überwachung der Risiken basieren auf den Leitlinien der Risikostrategie sowie den definierten Limiten bzw. Kompetenzen.

In der LBBW dürfen Geschäfte ausschließlich innerhalb klar definierter Limite bzw. Kompetenzen sowie der Leitlinien der Risikostrategie eingegangen werden. Innerhalb des definierten Rahmens werden die Risikomanagemententscheidungen von den portfolioverantwortlichen Stellen unter Einhaltung der Funktionstrennung getroffen und durch das zentrale Konzernrisikocontrolling überwacht. Das hierzu eingerichtete Risikocontrolling- und Risikomanagementsystem erstreckt sich auf alle wesentlichen Risiken und auf deren risikoartenspezifische Details.

Besondere Beachtung finden potenzielle Risikokonzentrationen. Konzentrationen entstehen zum einen durch den Gleichlauf von Risikopositionen innerhalb einer Risikoart. Zum anderen können sie auch durch gemeinsame Risikofaktoren oder durch Interaktionen verschiedener Risikofaktoren unterschiedlicher Risikoarten entstehen. In der LBBW werden Konzentrationsrisiken mittels geeigneter Verfahren identifiziert und entsprechend bewusst gesteuert. Bestandsgefährdende Risiken sind auszuschließen. Es bestehen differenzierte Überwachungsprozesse (z. B. Bericht über Risikokonzentrationen, Stresstests) und Limite (z. B. Branchen- und Länderlimitierungen), um diese strategische Vorgabe zu überwachen. Ergänzende Informationen hierzu sind in den Kapiteln zur jeweiligen Risikoart aufgeführt.

Die Struktur sowie die einzelnen Elemente des Risikomanagementsystems der LBBW sind in nachfolgender Grafik im Überblick dargestellt:

Risikomanagementstruktur.



Gremien und Reporting.

Die Mitglieder des Gesamtvorstands werden bei Entscheidungen durch Gremien und ein umfangreiches risiko- und themenspezifisches Berichtswesen unterstützt.

Das Risk Committee setzt sich zusammen aus den für Financial Markets/Internationales Geschäft, Finanzen/Controlling sowie Risikomanagement/Compliance und Revision verantwortlichen Dezernenten sowie Bereichsleitern, u. a. aus Konzernrisikocontrolling, Finanzcontrolling und Treasury. Als beratender Ausschuss arbeitet es entscheidungsvorbereitend für den Vorstand und unterstützt ihn bei der Risikoüberwachung, Risikomethodik und Risikostrategie für den Gesamtkonzern. Basis dafür sind der monatliche Gesamtrisikobericht sowie weitere anlassbezogene Themenaufbereitungen.

Das Asset Liability Committee (ALCo) hat ebenfalls eine beratende Funktion und beschließt über Vorschläge zur Entscheidung durch den Gesamtvorstand. Fokus des Asset Liability Committee ist die strategische Ressourcensteuerung für den Gesamtkonzern. Es unterstützt den Vorstand u. a. bei der Bilanzstruktursteuerung, Kapitalsteuerung, Liquiditätssteuerung und Refinanzierung sowie der Marktpreisrisikosteuerung. Das Committee setzt sich zusammen aus dem Vorstandsvorsitzenden, den für Financial Markets/Internationales Geschäft, Risikomanagement/Compliance und Revision sowie Finanzen/Controlling zuständigen Dezernenten sowie bestimmten Bereichsleitern, u. a. aus Treasury, Konzernrisikocontrolling, Finanzcontrolling und Finanzen.

Um bei der Vielzahl an Anforderungen im Bankenaufsichtsrecht und der Bilanzierung frühzeitig die steuerungsrelevanten Anforderungen zu bewerten und Maßnahmen zu ergreifen, besteht ein koordinierendes Regulatorik-/Bilanzierungskomitee. Das Komitee setzt sich zusammen aus dem Vorstandsvorsitzenden, den für Financial Markets/Internationales Geschäft, Finanzen/Controlling sowie Risikomanagement/Compliance und Revision verantwortlichen Dezernenten sowie Bereichsleitern, u. a. aus Finanzen, Konzernrisikocontrolling, Treasury und Konzernstrategie/Recht.

Anpassungsprozesse.

Neuartige Handels- und Kreditprodukte durchlaufen in der LBBW einen Neue-Produkte-Prozess, der die Abbildung in den verschiedenen Systemen der LBBW, etwa denen des Rechnungswesens oder des Konzernrisikocontrollings, aber auch die Abbildung möglicher rechtlicher Konsequenzen sicherstellt.

Schwerpunktmäßig sind Produkte des Handels betroffen. Wenn die vollständige Abbildung der Produkte nicht sofort umgesetzt werden kann, findet ein Stufenverfahren Anwendung, in dem der Handel in diesen Produkten zunächst nur stark reglementiert stattfindet.

Bei wesentlichen Veränderungen in der Aufbau- und Ablauforganisation sowie in den IT-Systemen analysiert die LBBW im Rahmen eines festgelegten Regelprozesses potenzielle Auswirkungen auf die Kontrollverfahren und die Kontrollintensität.

Prozessunabhängige Überwachung.

Der Bereich Konzernrevision überwacht prozessunabhängig die Betriebs- und Geschäftsabläufe, das Risikomanagement und -controlling sowie das Interne Kontrollsystem (IKS) mit dem Ziel, das Vermögen der LBBW zu sichern und die betriebliche Leistungsfähigkeit zu fördern. Der Bereich Konzernrevision nimmt seine Aufgaben weisungsunabhängig wahr. Schriftliche und mit den geprüften Betriebseinheiten abschließend besprochene Prüfungsberichte informieren den Vorstand über die Prüfungsergebnisse. Der Bereich Konzernrevision überwacht zudem die Erledigung der Prüfungsfeststellungen.

Die Prüfungstätigkeit der Konzernrevision richtet sich grundsätzlich nach einer vom Vorstand genehmigten jährlichen Prüfungsplanung, die auf Basis einer langfristigen, risikoorientierten Planung erstellt wird. Dabei sind unter Berücksichtigung der Risikogewichtung in einem angemessenen Zeitraum, grundsätzlich innerhalb von drei Jahren, alle Aktivitäten und Prozesse des LBBW-Konzerns zu erfassen.

Regulatorische Entwicklungen.

Aufsichtsübernahme durch die Europäische Zentralbank (EZB).

Im Rahmen des einheitlichen europäischen Aufsichtsmechanismus (Single Supervisory Mechanism, SSM) hat die EZB am 4. November 2014 die Aufsicht über die LBBW übernommen. Dabei ist die LBBW innerhalb der Bankenaufsicht der EZB der Generaldirektion I zugeordnet, welche sich um die 30 bedeutendsten Banken kümmert.

Dabei ist eine Kernaufgabe der EZB eine eigenständige Bewertung und Überprüfung der Kapital- und Liquiditätsausstattung der Banken vorzunehmen. Zentrales Instrument ist der sog. aufsichtliche Überprüfungs- und Bewertungsprozess (Supervisory Review and Evaluation Process, SREP). Neben Workshops, Datenabfragen und Auskunftersuchen zu verschiedenen Fokusthemen sind dabei auch Stresstests ein wesentliches Aufsichtsinstrument. In 2015 wurde statt eines Stresstests das EBA

Transparency Exercise durchgeführt, in 2016 wird jedoch wieder ein EBA-Stresstest stattfinden. Hierfür hat die EBA am 5. November 2015 bereits erste Informationen zu Methodik und Templates veröffentlicht.

Darüber hinaus hat die EZB am 6. Januar 2016 ihre Prioritäten für die Aufsichtstätigkeit in 2016 für alle Banken genannt. Zentrales Schwerpunktthema werden die Risiken im Zusammenhang mit Geschäftsmodell und Ertragskraft der Institute sein. Der Umfang der Berücksichtigung der vier weiteren Themenblöcke (Kreditrisiko, Angemessenheit der Eigenkapitalausstattung, Risk Governance und Datenqualität sowie Liquidität) hängt vom spezifischen Risikoprofil des jeweiligen Instituts und länderspezifischen Faktoren ab.

CRD IV/CRR.

Am 1. Januar 2014 ist die europäische Umsetzung des Basel-III-Regelwerks über das CRD IV/CRR-Legislativpaket in Kraft getreten.

CRD IV und CRR bilden den europarechtlichen Rahmen für Banken und Finanzdienstleistungsinstitute. Diese müssen strenge Anforderungen an Solvabilität, Liquidität sowie besondere Meldepflichten erfüllen. Die CRD IV enthält Vorgaben für die Zulassung und Beaufsichtigung von Banken- und Finanzdienstleistungsunternehmen, grundsätzliche Regeln zur Eigenkapitalausstattung der Institute, Sanktionen bei Verstößen sowie Regeln zu den Organen der Institute und ihrer Aufsicht. Vorgaben zu den aufsichtsrechtlich bereitzuhaltenden Eigenmitteln sowie Großkredit- und Liquiditätsvorschriften werden in der CRR geregelt.

Dieser regulatorische Rahmen hat Implikationen auf die Geschäftsstrategie, die Ausrichtung der Geschäftsfelder, die Steuerungsmetrik sowie die technische Meldefähigkeit. Die Interdependenzen zwischen dem regulatorischen Rahmen und der Geschäftsstrategie werden laufend im Rahmen einer integrierten Betrachtung analysiert und entsprechend berücksichtigt.

EMIR.

Als Reaktion auf die Finanzmarktkrise haben sich die G20-Staaten auf dem Gipfeltreffen in Pittsburgh 2009 zu einer umfassenden Neuordnung des Marktes für außerbörslich gehandelte Derivate (OTC-Derivate) entschlossen. Die angestrebten Veränderungen sollen zu einer Verbesserung der Markttransparenz führen, systemische Risiken eindämmen und den Schutz vor Marktmissbrauch verbessern.

In der EU wurden die Vorgaben der G20 mit Inkrafttreten der Verordnung »European Market Infrastructure Regulation« (EMIR) am 16. August 2012 umgesetzt.

Detaillierte Ausführungen wurden durch die zuständige europäische Marktaufsichtsbehörde (ESMA) in technischen Regulierungsstandards dargelegt und von den EU-Gremien verabschiedet. Die Anforderungen zu Risikominderungstechniken und Transaktionsregistermeldungen wurden von der LBBW fristgerecht umgesetzt.

Erste detaillierte Ausführungen zur Clearingpflicht für Zinsderivate wurden im Dezember 2015 verabschiedet und sind ab dem ersten Quartal 2016 sukzessive einzuhalten. Weitere Verordnungen zur Definition von clearingpflichtigen Kredit- und weiteren Zinsderivaten werden im Jahr 2016 erwartet. Die LBBW hat als Vorbereitung zur Clearingpflicht von OTC-Derivaten bereits im Jahr 2010 begonnen, die Anbindung an ein Clearinghaus umzusetzen. Für ihre Kunden bietet die LBBW seit 2013 einen Clearing-Service für Zinsderivate an.

Anfang 2016 wird mit detaillierten Ausführungen der ESMA für Besicherungsstandards an nicht zentral gelearnte OTC-Derivate gerechnet. Ebenso hat die ESMA die Vorgaben zur Transaktionsregister-Meldung überarbeitet, die voraussichtlich im Jahr 2016 zu implementieren sind. Darüber hinaus hat die EU-Kommission wie vorgesehen drei Jahre nach Inkrafttreten von EMIR eine Überprüfung der Verordnung in die Wege geleitet.

Die Herstellung aufsichtsrechtlicher Compliance der erwarteten Umsetzungsthemen wird in der LBBW durch Anpassung von Systemen und Prozessen in diversen Projekten sichergestellt.

Risikoarten.¹⁾

Adressenausfallrisiko.

Definition.

Mit dem übergeordneten Begriff Adressenausfallrisiko wird das Verlustpotenzial bezeichnet, das daraus resultiert, dass Geschäftspartner zukünftig eventuell nicht mehr in der Lage sind, vollumfänglich ihren vertraglich vereinbarten Zahlungsverpflichtungen nachzukommen. Adressenausfallrisiko kann sowohl über direkte Vertragsbeziehungen (z. B. Kreditgewährung, Kauf eines Wertpapiers) als auch indirekt z. B. über Absicherungsverpflichtungen (insbesondere Garantiegewährung, Verkauf von Absicherung über ein Kreditderivat) entstehen.

Die wesentlichen Ausprägungen dieses Risikos werden nachfolgend definiert und kurz erläutert.

Kreditrisiko.

Der oft auch synonym zu Adressenausfallrisiko verwendete Begriff Kreditrisiko bezeichnet hier das Adressenausfallrisiko aus dem Kreditgeschäft, d. h. aus der Gewährung von Krediten und der Absicherung der Kreditvergabe Dritter (z. B. über Garantien).

Emittentenrisiko.

Unter dem Begriff Emittentenrisiko wird Adressenausfallrisiko gefasst, das aus Wertpapieren resultiert. Einbezogen in die Betrachtung sind sowohl der direkt gehaltene Wertpapierbestand als auch über Derivate referenzierte Wertpapiere (insbesondere über Kreditderivate).

Kontrahentenrisiko.

Kontrahentenrisiko bezeichnet Adressenausfallrisiko aus Finanztransaktionen (insbesondere derivativen Geschäften), das dadurch entsteht, dass der Vertragspartner (Kontrahent) nicht mehr in der Lage ist, seine vertraglichen Verpflichtungen zu erfüllen. In dieser Situation können zum einen beim Schließen der dadurch offen gewordenen Position Kosten anfallen (sog. Wiedereindeckungsrisiko), zum anderen besteht die Gefahr, dass gegenüber dem Kontrahenten Vorleistungen erbracht wurden, ohne dass der Kontrahent die entsprechende Gegenleistung erbringt (sog. Vorleistungs-, Erfüllungs- bzw. Settlementrisiko).

Länderrisiko.

Als Länderrisiko wird Adressenausfallrisiko bezeichnet, das dadurch entsteht, dass aufgrund von kritischen politischen oder ökonomischen Entwicklungen in einem Land (oder einer ganzen Region) der Devisentransfer nicht oder nur noch in eingeschränktem Umfang möglich ist.

Sicherheitenrisiko.

Das Sicherheitenrisiko ist kein direktes Adressenausfallrisiko, sondern bezeichnet das Potenzial, dass zur Reduktion von Adressenausfallrisiko erhaltene Sicherheiten an Wert verlieren, insbesondere dann, wenn dies systematisch geschieht (z. B. durch Verwerfungen auf Immobilienmärkten).

1) Informationen zur ökonomischen Kapitalbindung der einzelnen Risikoarten sind im Kapitel Risikomanagementsysteme/Risikolage LBBW-Konzern enthalten.

Adressenausfallrisikomanagement.

Das Management des Adressenausfallrisikos wird in der LBBW als ganzheitlicher Prozess gelebt und kann in die drei Hauptbestandteile Risikomessung, Risikoüberwachung und -reporting sowie Risiko-steuerung eingeteilt werden:

Bestandteile des Adressenausfallrisikomanagements.

Risikomessung	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Risikoklassifizierungsverfahren (PD) ▪ Exposure zum Zeitpunkt des Ausfalls (EaD) ▪ Sicherheitenbewertung (LGD) ▪ Erwartete Verluste ▪ Credit Value-at-Risk (CVaR) ▪ Risikokonzentrationen ▪ Stresstests
Risikoüberwachung und -reporting	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Einzelengagementebene, Frühwarnindikatoren ▪ Intensivbetreuung problembehafteter Engagements ▪ Portfolioebene ▪ Wertberichtigungen ▪ Ad-hoc-Informationen zur Risikolage
Risikosteuerung	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Risiko- und eigenkapitaladäquate Bepreisung ▪ Einhaltung der Vorgaben der Kreditrisikostategie auf Einzelengagementebene ▪ Maßnahmen zur Einhaltung diverser Portfoliolimitierungen ▪ Einhaltung der Vorgaben der Kreditrisikostategie auf Portfolioebene ▪ Aktives Management der Kreditrisiken

Risikomessung.

Zur Risikomessung setzt die LBBW ein umfangreiches Instrumentarium von quantitativen Messverfahren ein. Diese unterliegen einer ständigen Qualitätskontrolle und werden permanent weiterentwickelt.

Risikoklassifizierungsverfahren.

Für alle relevanten Geschäftsaktivitäten hat die LBBW spezifische Rating- und Risikoklassifizierungsverfahren im Einsatz. Diese Verfahren quantifizieren die Ausfallwahrscheinlichkeit der einzelnen Engagements. Dabei wird das Adressenausfallrisiko mit und ohne Berücksichtigung des Transfer- risikos ermittelt.

Die Qualität der im Einsatz befindlichen Risikoklassifizierungsverfahren wird regelmäßig überprüft und die Verfahren werden bei Bedarf weiterentwickelt. Die Pflege dieser Verfahren wird von der LBBW in Eigenregie oder in Kooperation mit der Rating Service Unit GmbH & Co. KG (Beteiligung der Landesbanken) bzw. der Sparkassen Rating und Risikosysteme GmbH (Tochtergesellschaft des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes) durchgeführt.

Der überwiegende Teil des Portfolios wird mit internen Ratingverfahren beurteilt, die von der Bankenaufsicht die Zulassung für den Internal Rating Based Approach (IRBA) erhalten haben. Damit

werden die Ratingnoten nicht nur zur internen Steuerung, sondern auch zur Bemessung der regulatorischen Eigenkapitalanforderungen verwendet.

Exposure.

Während zu Reportingzwecken ein stichtagsbezogener Exposurebegriff verwendet wird, wird für die Credit-Value-at-Risk-Ermittlung (CVaR) und für die Linienanrechnung, z. B. bei Derivaten, ein potenzielles zukünftiges Exposure (Expected Positive Exposure für CVaR und Potential Future Exposure für Linienanrechnung) kalkuliert. Dieses wird überwiegend auf Basis von Marktwerten und entsprechenden Add-ons ermittelt. In der Add-on-Berechnung werden neben der Restlaufzeit die Produktart und Marktfaktoren (Zins, Währung etc.) berücksichtigt. Nettingvereinbarungen und Collateral Agreements werden zur Risikoreduzierung eingesetzt. Bei den Emittentenrisiken des Handelsbuchs werden für die Bestimmung der Anrechnungsbeträge auf das jeweilige Limit die Ausgleichszahlungen sowie die tatsächlichen Marktwertverluste eines potenziellen Ausfalls berücksichtigt (Jump-to-Default-Methode). Für Emittenten- bzw. Referenzschuldnerisiken aus Wertpapieren und Beständen des Anlagebuchs werden die (modifizierten) Nominalwerte verwendet.

Sicherheitenbewertung .

Ausgangspunkt für die Sicherheitenbewertung ist der Marktwert, der turnusgemäß sowie anlassbezogen überprüft und bei Änderung bewertungsrelevanter Faktoren angepasst wird. Aufbauend auf der individuellen Sicherheitenbewertung erfolgt die Schätzung der Verlusthöhe bei Ausfall. Diesbezüglich werden differenzierte Schätzungen für Verwertungsquoten (durchschnittlich erwartete Erlöse aus der Sicherheitenverwertung) sowie für Einbringungsquoten (Erlösanteile aus dem unbesicherten Anteil einer Forderung) ermittelt. Die Schätzungen basieren auf eigenen bzw. in Zusammenarbeit mit Sparkassen und anderen Landesbanken gesammelten Pooldaten.

Erwartete Verluste.

Der erwartete Verlust – als Kennzahl in Abhängigkeit von der Kundenbonität, der Einschätzung der Verlusthöhe bei Ausfall sowie des erwarteten Exposures zum Zeitpunkt des Ausfalls – liefert die Basis für die Höhe der Standardrisikokosten. Diese gehen im Rahmen der Einzelgeschäfts-Vorkalkulation in die Ermittlung der risikoadäquaten Kreditkonditionen ein. Im Rahmen der Impairmentrechnung wird für die Kalkulation der pauschalen Risikovorsorge ebenfalls auf das Konzept des erwarteten Verlustes zurückgegriffen, um den eingetretenen Verlust (incurred loss), der aufgrund von Informationsverzügen noch nicht erkannt wurde, zu schätzen.

Der Marktpreis des Kontrahentenrisikos von zum Fair Value bilanzierten OTC-Derivaten wird mit dem sog. Credit Value Adjustment (CVA) gemessen. Dieses geht als Bewertungsanpassung in die GuV der LBBW ein. Hierbei wird sowohl die Bonität des Kontrahenten als auch die Bonität der LBBW berücksichtigt.

Credit Value-at-Risk.

Der unerwartete Verlust oder Credit Value-at-Risk (CVaR) bezeichnet in der LBBW den potenziellen Barwertverlust eines Portfolios über den erwarteten Verlust hinaus. Hierbei wird der Betrag ermittelt, der mit einer durch die Parametrisierung der Risikotragfähigkeit vorgegebenen Wahrscheinlichkeit (Konfidenzniveau) im Zeithorizont von einem Jahr nicht überschritten wird. Um diesen Wert zu ermitteln, verwendet die LBBW ein auf der Modellierung von Ratingmigrationen beruhendes Kreditportfoliomodell. Entsprechend ihrem Rating, sind den einzelnen Kreditnehmern Ausfall- und Migrationswahrscheinlichkeiten zugeordnet. Diese werden unter Zuhilfenahme von internen und externen

Daten so modelliert, dass Korrelationen zwischen den Kreditnehmern angemessen berücksichtigt und Konzentrationen auf Kreditnehmer-, Branchen- und Länderebene abgebildet werden. Zur Risikorechnung verwendet das Kreditportfoliomodell einen Monte-Carlo-Simulationsansatz. Die Maßzahl CVaR wird als Ökonomisches Kapital für Adressenausfallrisiken in der Risikotragfähigkeitsanalyse und in der Steuerung der LBBW verwendet.

Das Kreditportfoliomodell der LBBW wird fortlaufend einem umfangreichen Validierungsprogramm unterzogen, in dem mögliche Modellrisiken in der Stochastik der Ratings (Migrationsmatrizen, Korrelationen), der Ausfallzeitpunkte und Recovery-Rates sowie in den Bewertungsverfahren und -faktoren identifiziert und anhand maßgeschneiderter Validierungsanalysen in ihrer Materialität bemessen werden. Die Validierungsanalysen werden innerhalb des Bereichs Konzernrisikocontrolling durch die Organisationseinheit Risikomodellvalidierung durchgeführt, welche unabhängig ist von der Modellentwicklung. Sollten die Analysen wesentliche Modellrisiken indizieren, werden diese im Konzernrisikocontrolling und im Risk Committee transparent gemacht, sodass erforderliche Modelloptimierungsmaßnahmen effizient eingeleitet werden können.

Risikokonzentrationen und Stresstests.

Die Vermeidung von Risikokonzentrationen aus Einzelengagements sowie auf Portfolioebene ist eine der Hauptaufgaben des Adressenausfallrisikomanagements. Zu diesem Zweck existieren differenzierte Limitsysteme, die das Eingehen von Engagements auf Kreditnehmer-, Branchen- und Länderebene einschränken. Konzentrationsrisiken im Adressenausfallrisiko werden klar identifiziert und durch die Berücksichtigung im CVaR in der Risikotragfähigkeit erfasst und überwacht.

Darüber hinaus werden auf Ebene des LBBW-Konzerns, speziell auch im Hinblick auf mögliche Konzentrationsrisiken, umfangreiche Stressszenarien gerechnet, die mögliche Veränderungen des LBBW-Portfolios in Bezug auf potenzielle Entwicklungen (z. B. Branchenkrisen) oder des Marktumfelds analysieren. Die Adressenausfallrisiken sind außerdem in die risikoartenübergreifenden Szenarien eingebunden.

Risikoüberwachung und -reporting.

Einzelengagementebene.

Zur Risikofrüherkennung existiert ein System aus prozessualen Regelungen und systemgenerierten Signalen, deren Zielsetzung insgesamt das frühzeitige Erkennen von Bonitätsverschlechterungen ist.

Im Rahmen der Risikoüberwachung kontrollieren die zuständigen Risikomanager laufend die Einhaltung der eingeräumten Linien sowie die Entwicklung bonitätsrelevanter Informationen. Hierzu gehören die Überwachung von Auffälligkeiten im Kontoverhalten, Bewertung von Unternehmensnachrichten sowie das Beobachten von makroökonomischen und branchenspezifischen Trends. Sofern für ein Unternehmen Marktdaten beobachtbar sind, kommt zusätzlich ein marktdatenbasiertes System zum Einsatz.

Durch das frühzeitige Erkennen von Bonitätsverschlechterungen können im Dialog mit dem Kunden rechtzeitig geeignete Gegenmaßnahmen, wie z. B. Erhöhung der Sicherheiten oder präventive Umstrukturierung, eingeleitet werden. In Abhängigkeit vom Risikogehalt werden die problembehafteten Engagements in Intensivbetreuungs-, Sanierungs- und Abwicklungsfälle differenziert und in den

zuständigen Abteilungen betreut. Die LBBW strebt dabei im Einklang von Eigen- und Kundeninteresse eine Verlustminimierung durch erfolgreiche Sanierungsaktivitäten an.

Portfolioebene.

Die Überwachung des Adressenausfallrisikos auf Portfolioebene erfolgt im von Markt- und operativen Marktfolgebereichen organisatorisch getrennten Bereich Konzernrisikocontrolling. Hier sind die Zuständigkeiten für die Angemessenheit der Ratingverfahren, die Adressenausfallrisiko-Messung, die Überwachung der Kontrahenten-, Länder- und Branchenlimite sowie die Erstellung der Risikoberichte angesiedelt. Im monatlichen Gesamtrisikobericht werden die jeweiligen Auslastungen der gesetzten Exposure- und CVaR-Limite dargestellt.

- Die Einhaltung der Länderlimite wird täglich mit einem speziellen Limitsystem kontrolliert.
- Das Portfolio der Finanzinstitute ist sowohl in der Summe als auch – ergänzend zum Länderlimit – länderabhängig limitiert.
- Branchenrisiken aus dem Unternehmensportfolio werden durch die Vorgabe branchenbezogener Limite begrenzt und überwacht. Das Limitsystem beruht auf einem eigens dafür konzipierten risikoorientierten Branchenschlüssel, der entlang der Wertschöpfungskette Branchensegmente mit hohen Verlustabhängigkeiten zusammenfasst. So werden bspw. Maschinenbauunternehmen, deren Produkte überwiegend an Kunden aus der Automobilbranche verkauft werden, ebenfalls der Automobilbranche zugeordnet.

Wertberichtigungen bei Problemengagements.

Die für Adressenausfallrisiken erforderliche Risikovorsorge wird nach konzernweit einheitlichen Maßstäben gebildet und regelmäßig bzw. ad hoc auf Angemessenheit hin überprüft. Risikovorsorge wird gebildet oder erhöht, wenn objektive Hinweise auf eine (erhöhte) Wertminderung finanzieller Vermögenswerte schließen lassen. Objektive Hinweise auf eine Wertminderung sind bereits eingetretene Ausfallereignisse wie

- Zahlungsverzug/Überziehung > 90 Tage,
- unwahrscheinliche Rückzahlung (aus Zweifel an der Bonität),
- bonitätsbedingte Restrukturierung/Umschuldung oder
- Insolvenz(antrag).

Zusätzlich kann durch Forebearance (definiert als Zugeständnisse an den Kreditnehmer aufgrund wirtschaftlicher oder rechtlicher Gründe im Zusammenhang mit dessen finanziellen Schwierigkeiten, die ansonsten nicht gewährt werden würden) ein Hinweis auf eine Wertminderung gegeben sein. Objektive Hinweise auf Wertminderung werden im Einzelfall geprüft.

Reporting.

Zur Berichterstattung an die zuständigen Entscheidungsträger ist ein Ad-hoc-Reporting-Prozess für bedeutende und außergewöhnliche Ereignisse implementiert. Als wichtigste turnusmäßige Berichte sind zu benennen:

- Der monatlich im Risk Committee vorgestellte Gesamtrisikobericht mit Angaben zur Risikolage auf Portfolioebene und über die Einhaltung der wesentlichen Limitierungen. Im Kontext von Portfolioanalysen wird ergänzend z. B. über die Risikosituation einzelner Branchen sowie über Risikokonzentrationen berichtet.

- Der pro Quartal erstellte ausführliche Kreditrisikobericht als Anlage zum Gesamtrisikobericht. Dieser enthält zusätzliche Detailinformationen bezüglich der Entwicklung der Risikovorsorge, Einhaltung der Vorgaben der Kreditrisikostategie, Ratingverteilungen, Größenklassen, Produktarten, Restlaufzeiten, Neugeschäft und Risikokonzentrationen aus Einzelengagements.
- Der halbjährliche ausführliche Branchenbericht mit detaillierten Angaben zur Branchensituation, Portfoliostruktur und den TOP-Kunden je Branche.

Risikosteuerung.

Die Steuerung von Adressenausfallrisiken erfolgt insbesondere durch die Vorgaben der Kreditrisikostategie, durch die ÖKap-Allokation auf Sub-Portfolios mithilfe des CVaR sowie die Überwachung von Konzentrationsrisiken auf Branchen-, Länder- und Einzelkontrahentenebene.

Einzelengagementebene.

Für das Risikomanagement auf Ebene der Einzelengagements sind die Marktfolgebereiche zuständig. Grundsätzlich werden die Obergrenzen individuell durch den jeweils zuständigen Kompetenzträger von Markt und Marktfolge festgelegt. Auf diese Obergrenze werden alle risikorelevanten Geschäfte eines Kunden bzw. einer Kreditnehmereinheit/Gruppe verbundener Kunden (gemäß CRR) angerechnet. Wesentlicher Bestandteil der Einzelgeschäftssteuerung ist die Einhaltung der Vorgaben der Kreditrisikostategie. Hier werden auf Basis der Geschäftsstrategie sowie unter Berücksichtigung der Konzernrisikostategie die Rahmenbedingungen festgelegt, innerhalb derer sich das Kreditgeschäft in der LBBW bewegen soll. Auf der Vermeidung von Konzentrationsrisiken liegt dabei ein besonderes Augenmerk.

Aus ökonomischer Sicht ist der risikoadjustierte wirtschaftliche Ergebnisbeitrag wesentliche Entscheidungsgrundlage für den Geschäftsabschluss, weshalb die Pflicht zur Vorkalkulation aller Einzelgeschäfte besteht. Die Vorkalkulation umfasst neben dem Einstandszinssatz und der Bankengebühr Bestandteile zur Deckung des erwarteten Verlustes (Risikospanne), zur Verzinsung des aufgrund unerwarteter Verluste vorzuhaltenden Eigenkapitals (Kapitalspanne) sowie zur Deckung der Liquiditäts- und Bearbeitungskosten. Die Ergebnisse sind Grundlage der Geschäftssteuerung auf Kundenebene.

Teil-Portfolioebene.

Maßnahmen zur Risikosteuerung unterscheiden sich in Abhängigkeit der jeweiligen Teil-Portfolioebene:

- Länderlimite werden vom Vorstand auf Basis eines Vorschlags des Länderlimit-Ausschusses festgelegt. Bei einer hohen Länderlimit-Auslastung erfolgt eine Warnmitteilung an die tangierten Markt- und Marktfolgebereiche, bei einer Überziehung wird ein Geschäftsstopp verhängt. Bei Verschlechterungen der Länderbonität werden Limite reduziert und/oder Geschäftsstopps ausgesprochen. Des Weiteren existieren für besonders im Fokus stehende Länder Abbauziele.
- Die Limitierung des Portfolios der Finanzinstitute sowie der Unternehmensbranchen löst bei Überschreiten definierter Schwellenwerte steuernde Maßnahmen, wie z. B. den Abschluss risikomindernder Sicherungsgeschäfte, Neugeschäftsstopp etc., aus.

- Auf Ebene der Geschäftsfelder bzw. Teil-Geschäftsfelder erfolgt die Risikobegrenzung durch Maßnahmen zur Einhaltung der Portfoliovorgaben der Kreditrisikostategie u. a. in Bezug auf Obergrenzen, Ratingstrukturen und die Portfolioqualität.

Gesamt-Portfolioebene.

Zur Steuerung des Konzern-Kreditportfolios wird insbesondere die Auslastung des Limits für das Ökonomische Kapital für Adressenausfallrisiken auf Basis des CVaR überwacht. Hohe Limitauslastungen werden frühzeitig durch ein Ampelsystem angezeigt und es werden entsprechend Maßnahmen eingeleitet. Ergänzend liefern die Ergebnisse der Stresstests Hinweise auf potenziell existenzgefährdende Risikokonstellationen, die ggf. Maßnahmen notwendig machen.

Risikolage des LBBW-Konzerns.

Vorbemerkung.

Die quantitativen Angaben zur Risikolage erfolgen auf Basis des Managementansatzes. Die Risikolage der LBBW wird somit mit den Zahlen dargestellt, mit denen die interne Risikosteuerung und Berichterstattung an den Vorstand und die Gremien erfolgt. Der Managementansatz weicht teilweise vom bilanziellen Ansatz ab. Ursachen hierfür sind insbesondere die Darstellung unter Risikogesichtspunkten sowie Abweichungen vom bilanziellen Konsolidierungskreis nach IFRS. In der internen Risikosteuerung ist als Tochterunternehmen die SüdLeasing Gruppe konsolidiert abgebildet.

Die Unterschiede zwischen den Größen der internen Risikosteuerung einerseits und der externen Rechnungslegung andererseits lassen sich wie folgt quantifizieren:

Überleitung Bilanzansatz auf Managementansatz.

Mio. EUR	Bilanzansatz	Überleitung			Management-Ansatz
		Konsolidierungskreis	Bewertung	Sonstige	
31.12.2015					
Barreserve	1 167	- 11	0	- 31	1 125
Handelsaktiva	61 678	262	39 618	50	101 608
Der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Vermögenswerte	913	- 5	- 122	0	786
Positive Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	2 174	0	1 707	0	3 881
Finanzanlagen AFS	19 170	1 777	- 2 485	- 99	18 363
Forderungen	139 030	- 1 868	4 262	- 1 271	140 154
Finanzanlagen LaR	6 060	15	0	- 2	6 073
Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen	153	- 73	- 7	0	73

Die in den folgenden Darstellungen maßgebliche Größe ist das Brutto- bzw. Netto-Exposure. Hierbei ist das Brutto-Exposure als Marktwert bzw. Inanspruchnahme zzgl. externer offener Kreditzusagen definiert. Im Netto-Exposure werden ergänzend risikoreduzierende Wirkungen berücksichtigt. Hierzu gehören z. B. Netting- und Collateralvereinbarungen, die Sicherungswirkung durch Kreditderivate oder die Anrechnung klassischer Kreditsicherheiten wie z. B. Grundpfandrechte, finanzielle Sicherheiten, Garantien oder Bürgschaften.

Die eingegangenen Adressenausfallrisiken standen 2015 durchweg im Einklang mit der Risikotragfähigkeit des LBBW-Konzerns.

Entwicklung des Exposures.

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Entwicklung der beiden Exposuregrößen sowie der risikoreduzierenden Wirkungen im Stichtagsvergleich.

Entwicklung des Exposures.

Mio. EUR	31.12.2015	31.12.2014
Brutto-Exposure	319 179	363 047
Netting/Collateral	77 883	90 999
Kreditderivate (Protection Buy)	13 601	15 878
Klassische Kreditsicherheiten	44 031	43 886
Netto-Exposure	183 665	212 284

Das Brutto-Exposure beträgt zum Stichtag 31. Dezember 2015 319 Mrd. EUR und ist damit 44 Mrd. EUR bzw. 12% geringer als zum Jahresende 2014. Das Netto-Exposure reduzierte sich um rund 29 Mrd. EUR bzw. 14% auf 184 Mrd. EUR. Der deutliche Rückgang ist insbesondere durch zum Jahresende ausgelauene Geschäfte unter Gewährträgerhaftung¹⁾ im Financials-Portfolio getrieben. Weiterhin prägend ist der Trend hin zum Kerngeschäft Unternehmenskunden, mit weitgehend stabiler Exposureentwicklung.

Die folgenden Darstellungen zu Portfolioqualität, Branchen, Regionen und Größenklassen geben einen Überblick über die relevanten Aspekte der Risikolage der LBBW. Dabei wird überwiegend auf das Netto-Exposure abgestellt.

Portfolioqualität.

Die Darstellung nach internen Ratingklassen zeigt die Entwicklung der Portfolioqualität im Vergleich zum 31. Dezember 2014.

Portfolioqualität.

Netto-Exposure	Mio. EUR 31.12.2015	in % 31.12.2015	Mio. EUR 31.12.2014	in % 31.12.2014
1(AAAA)	43 013	23,4%	46 911	22,1%
1(AAA) - 1(A-)	81 646	44,5%	102 164	48,1%
2 - 5	39 577	21,5%	39 664	18,7%
6 - 8	11 641	6,3%	11 130	5,2%
9 - 10	3 149	1,7%	5 513	2,6%
11 - 15	1 306	0,7%	2 311	1,1%
16 - 18 (Default) ²⁾	1 898	1,0%	2 531	1,2%
Sonstige	1 436	0,8%	2 060	1,0%
Gesamt	183 665	100,0%	212 284	100,0%

2) Als »Default« werden Engagements ausgewiesen, für die ein Ausfallereignis gemäß CRR Art.148, wie z. B. Unwahrscheinlichkeit der Rückzahlung oder 90 Tage Zahlungsverzug, eingetreten ist. Das Exposure wird vor Berücksichtigung von Risikovorsorge/Impairments dargestellt.

Die Portfolioqualität hat sich weiter verbessert. Dies zeigt sich vor allem im Rückgang kritischer Bonitäten (Ratingklassen 11 - 15) um 1,0 Mrd. EUR auf 1,3 Mrd. EUR. Des Weiteren hat sich das Netto-Exposure in den Default-Ratingklassen (16 - 18) reduziert und nimmt mit 1,0% (1,9 Mrd. EUR) zum Jahresende einen geringen Anteil des Gesamtportfolios ein. Der Rückgang im Netto-Exposure im zweitbesten Ratingcluster ist vor allem durch die zum Jahresende 2015 weggefallene Gewährträgerhaftung induziert. Trotz dieses Rückgangs hat sich der relative Anteil der Investment-Grade-Bonitäten (Ratings 1(AAAA) bis 5) am Gesamtportfolio auf gleichem Niveau gehalten (89,4% nach 88,9% im Vorjahr). In der besten Ratingklasse 1(AAAA) sind insbesondere inländische Gebietskörperschaften enthalten.

1) Subsidiäre Haftung der Gewährträger bei Sparkassen und Landesbanken endete zum 31. Dezember 2015 (Verständigung zwischen der Europäischen Kommission und der Bundesrepublik Deutschland vom 17. Juli 2001). Geschäfte, die vor dem 18. Juli 2001 eingegangen wurden, unterliegen auch darüber hinaus bis zu deren Fälligkeit der Gewährträgerhaftung.

Branchen.

Die Darstellung der Branchen nach den Dimensionen Netto-Exposure, Credit Value-at-Risk (CVaR) und Default-Bestand gibt Auskunft über den Umfang der Geschäftstätigkeit und die Risikolage in der jeweiligen Branche. Die Brancheneinteilung erfolgt auf Grundlage des LBBW-internen risikoorientierten Branchenschlüssels, der im Unternehmensportfolio mit den organisatorischen Marktfolgezuständigkeiten korrespondiert.

Branchen.

Mio. EUR	Netto-Exposure 31.12.2015	CVaR 31.12.2015	Default 31.12.2015	Netto-Exposure 31.12.2014	CVaR 31.12.2014	Default 31.12.2014
Financials	68 426	698	46	95 415	755	112
davon Geschäfte unter besonderer staatlicher Haftung ¹⁾	9 710	49	0	28 460	34	0
Unternehmen	70 865	2 483	1 757	70 267	2 589	2 271
Automobil	11 061	404	101	10 381	325	195
Chemie und Pharma	5 517	143	59	6 101	150	92
Gewerbliche Immobilienwirtschaft (CRE)	7 357	509	384	6 621	442	592
Handel und Konsum	9 181	261	182	8 830	286	223
Industrie und Bau	14 324	456	343	13 752	494	387
davon Bauwirtschaft	5 690	234	125	5 534	233	180
Telekommunikation und Medien	2 767	68	53	2 608	75	57
Transport und Logistik	3 555	125	103	3 922	150	111
Versorger und Energie	10 142	280	372	10 807	331	396
davon Versorger & Entsorger	4 331	139	45	4 931	126	26
Wohnungswirtschaft	2 936	122	74	3 397	183	119
Sonstige	4 025	116	86	3 849	153	100
Öffentliche Haushalte	39 320	517	1	41 042	699	1
Privatpersonen	5 054	139	95	5 560	230	146
Gesamt	183 665	3 837	1 898	212 284	4 274	2 531

¹⁾ Ausgewiesen werden hier Geschäfte unter Gewährträgerhaftung und Geschäfte, die im Rahmen der Risikoimmunisierung mit einer Garantie des Landes Baden Württemberg versehen sind. Des Weiteren sind hier Zentralbanken und Banken mit staatlichem Hintergrund enthalten.

Financials tragen maßgeblich zum Rückgang des Netto-Exposures im Vergleich zum Vorjahr bei. Der Rückgang im Financials-Portfolio um rund 27 Mrd. EUR auf 68 Mrd. EUR resultiert insbesondere aus dem Auslauf von Geschäften unter Gewährträgerhaftung in Höhe von 18 Mrd. EUR. Aufgrund der größtenteils sehr guten Bonitäten ist damit lediglich ein geringer CVaR-Rückgang verbunden.

Das Unternehmensportfolio ist weitestgehend stabil, sowohl das Netto-Exposure als auch der CVaR befinden sich ungefähr auf Vorjahresniveau. Infolge des Rückgangs bei Financials stellen Unternehmen mit einem Anteil von nun 39% des Netto-Exposures (Vorjahr: 33%) und 65% des CVaR (Vorjahr: 61%) die größte der vier Hauptbranchen dar. Analog zum Vorjahr sind die Einzelbranchen Automobil und gewerbliche Immobilienwirtschaft die aus Portfoliosicht bedeutendsten Unternehmensbranchen. Sie werden daher weiterhin intensiv unter dem Aspekt der Steuerung von Branchenkonzentrationen überwacht.

Das Netto-Exposure bei Öffentlichen Haushalten ist im Vergleich zum Vorjahr kaum verändert. Jedoch geht der CVaR überproportional zurück, was insbesondere auf die Veräußerung von langlaufenden Staatsanleihen der Republik Italien zurückzuführen ist.

Bei Privatpersonen haben sich das Netto-Exposure und der CVaR leicht rückläufig entwickelt. Dieses Portfolio zeichnet sich durch eine besonders hohe Granularität aus.

Regionen.

Der Anteil des inländischen Geschäfts am Netto-Exposure ist im Vergleich zum Vorjahr leicht rückläufig und beträgt zum Stichtag 71,3%. Ausschlaggebend hierfür war das hohe Volumen der zum Jahresende ausgelaufenen Geschäfte unter Gewährträgerhaftung bei inländischen Finanzinstituten. Die Fokussierung auf die stabilen und risikoarmen Kernmärkte im Privat-, Mittelstands- und Großkundengeschäft sowie die Funktion als Sparkassenzentralbank werden auch zukünftig einen dominierenden Deutschland-Anteil sicherstellen.

Die Auslandsengagements verteilen sich insbesondere auf Westeuropa und Nordamerika. Der Anteil in der Region Westeuropa (ohne Deutschland) erhöhte sich in Relation zum Gesamtportfolio. Absolut betrachtet sind die Engagements dieser Region rückläufig, maßgeblich in der Branche Financials. Das Wachstum in Nordamerika findet v. a. bei Öffentlichen Haushalten und im Immobiliensektor statt. Engagements in Osteuropa, Lateinamerika und Afrika sind von untergeordneter Bedeutung, es handelt sich überwiegend um Exportfinanzierungen.

Regionen.

Netto-Exposure in %	Anteil 31.12.2015	Anteil 31.12.2014
Deutschland	71,3%	75,8%
Westeuropa (ohne Deutschland)	18,2%	15,6%
Nordamerika	7,2%	5,3%
Asien/Pazifik	1,8%	1,7%
Osteuropa	0,8%	0,8%
Lateinamerika	0,7%	0,7%
Afrika	0,0%	0,0%
Gesamt	100,0%	100,0%

Die Entwicklung in China war in 2015 u. a. durch Börsenturbulenzen und eine weiter rückläufige Wachstumsrate geprägt. Das direkte Engagement gegenüber Kontrahenten in China beläuft sich auf 0,6 Mrd. EUR und stellt aus Risikosicht damit keine bedeutsame Länderkonzentration dar. Für einige unserer Kreditnehmer hat sich China allerdings zu einem sehr bedeutsamen Absatzmarkt entwickelt. Insbesondere bestimmte Unternehmenskunden aus den Bereichen Automobil und Maschinenbau unterliegen daher einem gewissen indirekten Länderrisiko China. Der überwiegende Teil dieser Kreditnehmer verfügt jedoch über eine überdurchschnittlich gute Bonität.

Süd- und südosteuropäische Staaten standen 2015 trotz einer Marktberuhigung weiterhin unter Beobachtung. Nachdem 2015 zu den bereits bekannten politischen Risiken auch wirtschaftliche Unwägbarkeiten auftraten, gerieten die Länderrisiken Ukraine und Russland in den Fokus. Für beide Länder sind Maßnahmen zur Risikobegrenzung beschlossen bzw. bestehende Maßnahmen bestätigt worden. Gegenüber der Ukraine bestehen keinerlei nennenswerte direkte und indirekte Risiken. Auch von Russland gehen aufgrund des wenig bedeutsamen Exposures materiell keine Gefahren für die Risikolage des LBBW-Konzerns aus.

Größenklassen.

Die nachfolgende Darstellung der Größenklassen erfolgt auf Kundenebene, oder sofern eine Konzerneinbindung vorliegt, auf Ebene der Kreditnehmereinheit.

Größenklassen.

Netto-Exposure	Anzahl 31.12.2015	Netto- Exposure in % 31.12.2015	Anzahl 31.12.2014	Netto- Exposure in % 31.12.2014
bis 10 Mio. EUR	663 172	12,1%	692 740	11,2%
bis 50 Mio. EUR	1 110	13,5%	1 078	11,6%
bis 100 Mio. EUR	210	8,2%	224	7,6%
bis 500 Mio. EUR	257	32,9%	236	25,8%
bis 1 Mrd. EUR	29	11,3%	52	17,4%
über 1 Mrd. EUR	18	22,0%	23	26,4%
Gesamt	664 796	100,0%	694 353	100,0%

Auf die Größenklassen bis 100 Mio. EUR Netto-Exposure entfallen 34% des Netto-Exposures (Vorjahr: 30%). Die hohe Kundenanzahl resultiert hier insbesondere aus dem Retailportfolio.

In den beiden Größenklassen 100 bis 500 Mio. EUR bzw. 500 Mio. bis 1 Mrd. EUR Netto-Exposure dominieren mit einem Anteil von 95% bzw. 100% die sehr guten bis guten Bonitäten (Rating 1(AAAA) bis 5).

Die Anzahl der Engagements mit > 1 Mrd. EUR Netto-Exposure reduzierte sich im Vergleich zum Vorjahr von 23 auf 18 Adressen, entsprechend sinkt deren Portfolioanteil um ca. vier Prozentpunkte auf 22,0%. Der Rückgang ist bedingt durch den Auslauf der Gewährträgerhaftung. Zum Stichtag 31. Dezember 2015 waren in dieser Größenklasse zu 61% Öffentliche Haushalte (insbesondere inländische Gebietskörperschaften) vertreten, die restlichen 39% verteilen sich auf Financials und Unternehmen mit ausschließlich sehr guter bis guter Bonität (mindestens Ratingklasse 1(A-)). Die Großengagements werden unter dem Aspekt der Steuerung von Klumpenrisiken weiterhin intensiv überwacht.

Chancen.

Die Kerngeschäftstätigkeit der LBBW ist mit dem Eingehen von Adressenausfallrisiken verbunden. Gemäß den Vorgaben der Kreditrisikostategie werden Kredite risikoadjustiert bepreist. Durch die Selektion von Geschäften mit einem vorteilhaften Risk-Return-Verhältnis ergeben sich besondere Gewinnchancen. Ferner kann sich aus einer positiven Entwicklung der wirtschaftlichen Lage in Deutschland die Chance auf eine verbesserte Portfolioqualität und damit einhergehend einen weiterhin geringen Wertberichtigungsbedarf ergeben. Geschäftspotenzial sowie höhere Margen könnten sich im Rahmen der Optimierung des Geschäftsmodells und einer geringeren Wettbewerbsintensität am deutschen Bankenmarkt erzielen lassen.

Marktpreisrisiken. Definition.

Unter Marktpreisrisiken versteht die LBBW potenzielle Verluste aufgrund von nachteiligen Veränderungen von Marktpreisen oder preisbeeinflussenden Faktoren. Marktpreisrisiken werden in die Kategorien Aktien, Zins und Währung/Rohwaren untergliedert.

Nachfolgende Ausprägungen von Marktpreisrisiken entstehen aus den Geschäftsaktivitäten der LBBW.

Aktienrisiko.

Das Aktienrisiko ist zurückzuführen auf Aktien- bzw. Indexkursbewegungen und ggf. Aktien- bzw. Indexvolatilitäten.

Zinsrisiko.

Das Zinsrisiko beruht auf Änderungen von Marktzinsen, Zinsspreads, Credit Spreads oder auch Zinsvolatilitäten.

Währungs-/Rohwarenrisiko.

Währungs-/Rohwarenrisiken werden im LBBW-Konzern unter der Risikoart FX-Risiko zusammengefasst und abgebildet. Das Währungsrisiko beruht auf der Entwicklung von Wechselkursen. Das Rohwarenrisiko basiert auf der Änderung von Edelmetallkursen und Rohwarenpreisen.

Marktpreisrisikomanagement.

Risikomessung	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Aufsichtsrechtlich zugelassenes internes Risikomodell ▪ Tägliche Value-at-Risk-Berechnung ▪ Stresstests, StressVaR-Ermittlung, Backtesting-Analyse ▪ Sensitivitäten
Risiküberwachung und -reporting	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Überwachung und Einhaltung der Limite durch Portfolioverantwortliche im Konzernrisikocontrolling ▪ Tägliches, wöchentliches und monatliches Reporting
Risikosteuerung	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Vorgaben durch die Marktpreisrisikostrategie und Portfoliosteckbriefe ▪ VaR-Limitierung bis auf Portfolioebene ▪ Verlustgrenze pro Portfolio durch Loss-Warning-Trigger ▪ Limitierung der Sensitivitäten

Risikomessung.

Risikomodell.

Im Finanzsektor wird das Marktrisiko der Handels- und Bankportfolios über Value-at-Risk-Prognosen abgebildet. Der Value-at-Risk (VaR) lässt sich im Rahmen eines stochastisch-mathematischen Modells bestimmen. Dieses leitet aus einer Verteilung der Marktfaktoren, einer darauf aufbauenden Bewertung und ggf. entsprechenden Vereinfachungen eine Portfoliowertverteilung ab. Hieraus wird der VaR als größtmöglicher Verlust unter dem vorgegebenen Konfidenzniveau bestimmt.

In der LBBW erfolgt die Messung mit einem eigenentwickelten Verfahren, das auf einer klassischen Monte-Carlo-Simulation beruht. Dabei werden marktinduzierte Wertschwankungen von komplexen Geschäften teilweise genähert. Darüber hinaus gehen die historischen Zeitreihen der letzten 250 Tage gleichgewichtet in die Schätzung der Kovarianzmatrix mit ein. Mithilfe von Backtesting-Analysen wird die Qualität der eingesetzten VaR-Schätzverfahren sichergestellt.

Das Risikomodell wird für allgemeine Zins- und Aktienrisiken zur Ermittlung der regulatorischen Eigenkapitalunterlegung für Marktrisiken des Handelsbuchs¹⁾ verwendet. In die Ermittlung des Ökonomischen Kapitals geht das Gesamtrisiko ein.

Die LBBW ermittelt für aufsichtsrechtliche Zwecke den VaR aus Marktpreisrisiken mit einem Konfidenzniveau von 99% und einer Haltedauer von zehn Tagen; zur bankinternen Steuerung werden die Parameter 95% und ein Tag Haltedauer verwendet. Für die Abbildung im Rahmen der Risikotragfähigkeit erfolgt eine Skalierung des Maximums aus StandardVaR (Kovarianzmatrix über 250 Handelstage) und Long-Term-VaR auf ein dem Ökonomischen Kapital angepasstes Niveau bei Konfidenzniveau und Haltedauer. Aufgrund regulatorischer Vorgaben wird mit dem Long-Term-VaR eine längere Beobachtungsperiode von fünf Jahren zugrunde gelegt, um auch volatilere Marktphasen zu berücksichtigen. Sowohl im Handelsbuch als auch im Anlagebuch werden die Marktpreisrisiken nach der gleichen Methodik abgebildet.

Zinsrisiken als potenziell nachteilige Entwicklungen der Marktzinssätze beziehen sich sowohl auf die Handelsportfolios als auch auf die strategische Zinsposition des Anlagebuchs.

Die Credit-Spread-Risiken haben einen bedeutenden Anteil am Marktpreisrisiko der LBBW. Die bonitäts-sensitiven Geschäfte des Handels- und Anlagebuchs werden auf rating- und branchenabhängige Zinskurven gemappt. Damit werden auch die allgemeinen Credit-Spread-Risiken aus Bonds und ABS-Papieren gemessen. Zusätzlich wird für Wertpapiere das emittentenspezifische Risiko anhand der Spreads einzelner Adressen berechnet. Für die Credit-Spread-Risiken aus Kreditderivaten werden Referenzschuldern CDS-Sektorkurven zugeordnet. Für das Credit-Spread-Risiko aus dem marktfähigen Kreditgeschäft wird im Rahmen der Ermittlung des Ökonomischen Kapitals ein Aufschlag angesetzt.

Vervollständigt werden die VaR- und Sensitivitäten-Berechnungen wöchentlich durch separate Stressszenarien für das Handels- und Anlagebuch. Mittels Stresstesting wird untersucht, wie sich der Wert eines Portfolios unter extremen Marktbedingungen verändert. Mit dem Fokus, besondere Kursverläufe und Spreadveränderungen abzubilden, greift die LBBW sowohl auf selbst definierte synthetische als auch historische Marktbewegungen zurück. Synthetische Szenarien beziehen sich meist auf ausgewählte Marktfaktorgruppen wie z. B. einzelne oder kombinierte Zins-Shifts oder Credit-Spread-Shifts.

1) Handelsbuch ohne Fonds, die nicht transparent abgebildet werden.

Historische Szenarien wurden aus den Datenanalysen von Marktschocks generiert. Alle Szenarien dienen dazu, extreme Ereignisse an den Finanzmärkten abzubilden, die im VaR als historienbasierte Kennzahl nicht in dezidierter Form enthalten sind. Die Ergebnisse werden sowohl portfoliobezogen als auch mit ihrer Auswirkung auf den Gesamtkonzern an die jeweiligen Entscheidungsträger berichtet und berücksichtigt. Diese Wertänderungen aus der Stresssimulation sind außerdem in die risikoartenübergreifenden Stressszenarien eingebunden und damit für die Risikotragfähigkeit relevant.

Für die StressVaR-Rechnungen wird statt der letzten 250 Handelstage ein Beobachtungszeitraum zugrunde gelegt, der einen signifikanten Stresszeitraum umfasst. Wöchentlich wird der StressVaR unter Berücksichtigung der relevanten Beobachtungsperiode für das in der aufsichtlichen Meldung erforderliche Handelsbuchportfolio berechnet. Eine zweite Rechnung simuliert auf der für den Konzern relevanten Periode die Risikoerhöhung unter Stress. Dieser Wert wird auch in die risikoartenübergreifenden MaRisk-Stressszenarien eingebunden und ist damit für die Risikotragfähigkeit relevant. Der relevante Beobachtungszeitraum wird vierteljährlich für das nach CRR relevante Portfolio sowie den Konzern ermittelt.

Neue Produkte und Weiterentwicklung des Risikomodells.

Das Modell wurde in 2015 an die Marktgegebenheiten angepasst. Darüber hinaus wurde die Produktabbildung weiter verfeinert.

Validierung des Risikomodells.

Das Risikomodell der LBBW unterliegt einem umfangreichen Validierungsprogramm, in dem mögliche Modellrisiken in der Stochastik der Marktfaktoren (u. a. Verteilungsmodell, Risikofaktorwahl und -mapping), in den implementierten Bewertungsverfahren sowie in den relevanten Marktdaten identifiziert und anhand maßgeschneiderter Validierungsanalysen in ihrer Materialität bemessen werden. Die Validierungsanalysen werden innerhalb des Bereichs Konzernrisikocontrolling durch die Organisationseinheit Risikomodellvalidierung durchgeführt, diese ist unabhängig von der Modellentwicklung. Validierungsanalysen erfolgen orientiert an der Materialität der Modellrisiken in regelmäßigen zeitlichen Abständen (zumindest jährlich) sowie ad hoc bei wesentlichen strukturellen Änderungen in der Modellkonzeption, auf dem Markt oder der Portfoliozusammensetzung.

Eine besondere Bedeutung innerhalb des Validierungsprogramms kommt der Backtesting-Analyse zu. Dieser statistische Rückvergleich mit den tatsächlich eingetretenen Portfoliowertänderungen fokussiert sich nicht nur auf die VaR-Prognose, sondern bezieht zusätzlich die gesamte Verteilungsprognose mit ein. Nach aufsichtlicher Vorgabe beruht er einerseits auf Portfoliowertänderungen ohne Neu- und Intraday-Geschäfte, Nettozinserträge sowie Provisionen und Gebühren (sog. Clean-P/L) und andererseits auf Portfoliowertänderungen ohne Provisionen und Gebühren (sog. Dirty-P/L), die sich direkt aus der ökonomischen P/L ableiten.

Sollten die Backtesting- oder Validierungsanalysen wesentliche Modellrisiken indizieren, so werden diese bei allen in den Marktrisikomanagementprozess integrierten Akteuren transparent gemacht, sodass erforderliche Modelloptimierungsmaßnahmen effizient eingeleitet werden können.

Zusätzlich begegnet die LBBW derartigen Modellrisiken durch weiterführende Analysen und Limitierungen sowie ggf. durch Bewertungsabschläge. Für Modellrisiken wird zusätzlich ein Betrag in der Risikotragfähigkeit berücksichtigt.

Risikoüberwachung und -reporting.

Die Auslastung der Limite und die Einhaltung der u. a. in den Portfoliosteckbriefen detaillierten Risikostrategie werden durch den jeweiligen Portfolioverantwortlichen im Konzernrisikocontrolling überwacht und dem Gesamtvorstand berichtet. Die Berichterstattung umfasst im Einzelnen:

- Tagesbericht mit der Übersicht über die Ergebnis- und Risikoentwicklung,
- Stresstestbericht, der wöchentlich die Auswirkungen der Stressszenarien enthält,
- Gesamtrisikobericht, der monatlich erstellt wird und detaillierte Informationen über Risiko- und Ertragsentwicklung, StressVaR, Ökonomisches Kapital und die Überwachung des ÖKap-Limits beinhaltet.

Risikosteuerung.

Der strategische Rahmen der quantitativen Marktpreisrisikosteuerung im LBBW-Konzern ist durch die Festlegung des ÖKap-Limits für Marktpreisrisiken im Rahmen der Risikotragfähigkeit durch den Vorstand gesetzt. Der Loss-Warning-Trigger dient als Indikator für Marktwertverluste der ökonomischen P/L und damit einhergehend einer Reduktion der Risikodeckungsmasse. Die Loss-Warning-Trigger auf Bereichs- bzw. Segmentebene werden mindestens jährlich unter Berücksichtigung der Risikotoleranz durch den Vorstand vorgegeben. Die Verteilung auf die darunter liegenden Portfolios wird durch die zuständigen Kompetenzträger im Handel vorgenommen.

Für die strategische Steuerung und die monatliche Anrechnung auf das ÖKap-Limit im strategischen Limitsystem erfolgt die Ermittlung des relevanten VaR-Betrags. Soweit eine vollständige Quantifizierung der Risiken nicht möglich ist, werden entsprechende Puffer oder Reserven angesetzt.

An das ÖKap-Limit gekoppelt sind differenzierte VaR-Portfoliolimite. Zusammen mit den Loss-Warning-Trigger legen diese gemeinsam mit den Teilstrategien den risikobezogenen Handlungsrahmen der Bereiche, Abteilungen und Gruppen des Dezernats Financial Markets/Internationales Geschäft, des Bereichs Credit Investment Portfolio sowie der Tochterunternehmen fest. Die Verantwortlichkeiten für die Steuerung der Marktpreisrisiken im LBBW-Konzern sind über die Escalation Policy festgelegt.

Die operative Steuerung (Intra Day und End of Day) in den Handelsbüchern der LBBW erfolgt mittels Sensitivitätenlimiten. Die vom Konzernrisikocontrolling überwachten End-of-Day-Portfoliolimite sind einzuhalten. Außerdem sind verschiedene Sonderlimite und Einschränkungen, z. B. aus dem Neuprodukte-Prozess, verabschiedet. Diese werden vom Konzernrisikocontrolling überwacht und ggf. an das Risk Committee bzw. den Vorstand eskaliert.

Zur detaillierten Risikosteuerung der Marktpreisrisiken werden zwischen den Handelseinheiten interne Geschäfte abgeschlossen, die in die Marktrisikoberechnung einfließen.

Die Marktpreisrisikosteuerung dokumentiert den strategischen Rahmen für diese Risikokategorie im LBBW-Konzern und ist aus der Geschäftsstrategie sowie der Konzernrisikosteuerung abgeleitet. Die Konzernrisikosteuerung enthält Vorgaben zum Eingehen von Marktpreisrisiken, formuliert in den Leitsätzen zur Risikonahme. Die Vorgaben zur aktiven Steuerung der wesentlichen Portfolios der LBBW sind, anknüpfend an die Marktpreisrisikosteuerung, in Portfoliosteckbriefen dokumentiert.

Risikolage des LBBW-Konzerns.

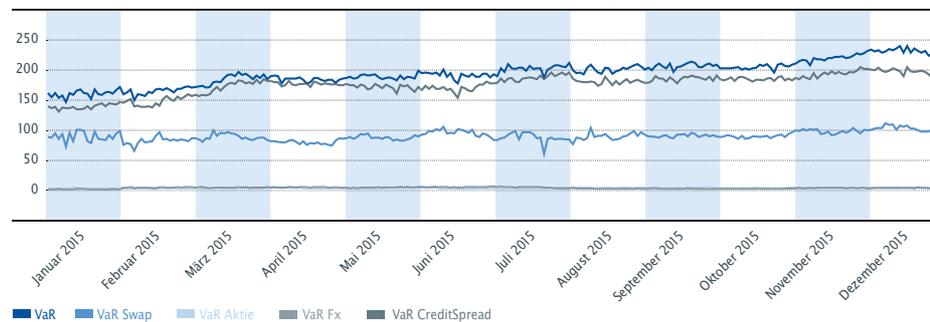
Entwicklung der Marktpreisrisiken.

Die eingegangenen Marktpreisrisiken standen 2015 durchweg im Einklang mit der Risikotragfähigkeit des LBBW-Konzerns. Auch für die einzelnen Konzerneinheiten wurde im Jahr 2015 das Risikolimit nicht überschritten. Der Loss-Warning-Trigger wurde im Jahr 2015 für kein wesentliches Portfolio überschritten.

Die Marktpreisrisiken der LBBW werden insgesamt von Zins- und den darin enthaltenen Credit-Spread-Risiken geprägt. Das Gesamtrisiko wird dabei von den Positionen im Anlagebuch dominiert, welches größtenteils dem Portfolio Treasury (Zins- und Liquiditätssteuerung sowie Deckungsstock) entspricht. Maßgeblich für das Gesamtrisiko sind die Basisrisiken im Zinsbereich zwischen einzelnen europäischen Staaten bzw. Financial-Kurven und der Swapkurve sowie das Exposure gegenüber Credit Spreads inklusive der Risiken aus festverzinslichen Wertpapieren und Kreditderivaten. Weniger bedeutsam als Zins- und Spreadrisiken sind bei der LBBW die Aktienrisiken sowie die Währungs- und Rohwarenrisiken. Letztere beinhalten auch Risiken aus Edelmetall- und Sortenbeständen, die nur in geringem Umfang vorliegen.

Die folgende Grafik stellt den Jahresverlauf der Marktpreisrisiken des LBBW-Konzerns dar.

Risikoverlauf LBBW-Konzern in Mio. EUR (99%/10 Tage).



VaR 99%/10 Tage.

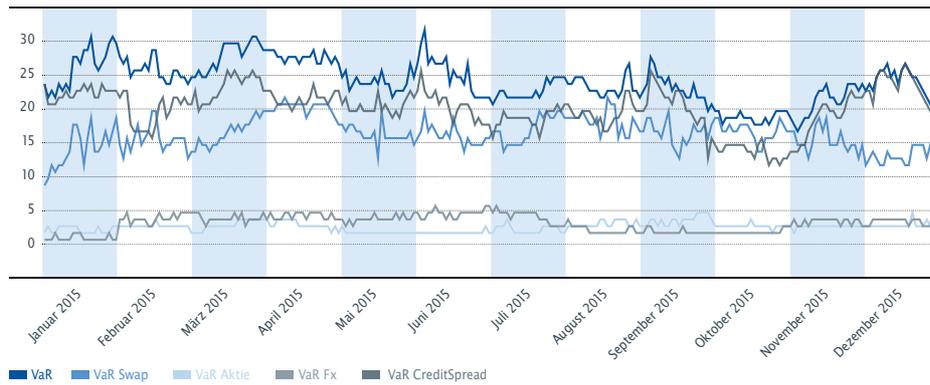
Mio. EUR	Durchschnitt	Maximum	Minimum	30.12.2015 ¹⁾	30.12.2014
LBBW-Konzern	194	239	146	228	165
Swap-Risiko	90	111	60	99	86
Credit-Spread-Risiko	175	204	130	189	141
Aktienrisiken	3	5	2	3	2
Währungsrisiken ²⁾	3	6	1	4	3

1) Im Geschäftsjahr 2015 war der 30. Dezember 2015 der letzte Reportingtag.
2) Inklusive Rohwarenrisiken.

Im Jahr 2015 hat sich der VaR des LBBW-Konzerns erhöht. Maßgeblich ist dies auf den Aufbau von Positionen in hochliquiden Wertpapieren zur Liquiditätssteuerung zurückzuführen, um aufsichtsrechtliche Vorgaben zu erfüllen.

Für das Handelsbuch zeigt sich folgende Entwicklung des VaR im Jahr 2015:

Risikoverlauf Handelsbuch in Mio. EUR (99%/10 Tage).



VaR 99%/10 Tage.

Mio. EUR	Durchschnitt	Maximum	Minimum	30.12.2015 ¹⁾	30.12.2014
LBBW (Bank) Handelsbuch	24	32	17	23	26
Swap-Risiko	17	22	9	14	13
Credit-Spread-Risiko	20	27	12	21	25
Aktienrisiken	3	5	2	3	2
Währungsrisiken	3	6	1	4	3

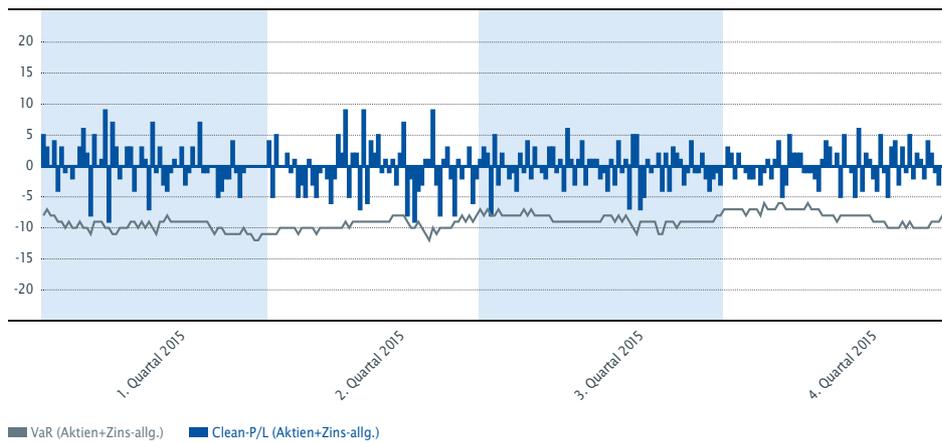
1) Im Geschäftsjahr 2015 war der 30. Dezember 2015 der letzte Reportingtag.

Das Handelsbuch der LBBW beinhaltet die Positionen des Segments Financial Markets sowie Positionen des Treasurys, welche der kurzfristigen Liquiditätssteuerung dienen. Das Risiko hat sich im Vergleich zum Vorjahr etwas verringert.

Ergebnis Backtesting.

Clean Backtesting CRR-Portfolio für den Zeitraum 2. Jan. – 30. Dez. 2015 in Mio. EUR.

VaR-Parameter: 99% Konfidenzniveau, 1 Tag Haltedauer



Bis einschließlich des letzten Berichtstags 30. Dezember 2015 weist das interne Risikomodell für die zurückliegenden 250 Handelstage im CRR-Portfolio für die Clean-P/L keine Ausnahme auf.

Wegen starker Marktbewegungen (Ausweitungen bei Bond-Spreads und Anstieg der Euro-Swap-Sätze) waren für die zurückliegenden 250 Handelstage für den LBBW-Konzern und das Anlagebuch jeweils zwei Ausnahmen zu verzeichnen.

Für das Handelsbuch war wegen einer starken FX-Bewegung eine Ausnahme zu verzeichnen.

Dirty Backtesting CRR-Portfolio für den Zeitraum 2. Jan. – 30. Dez.2015 in Mio. EUR.

VaR-Parameter: 99% Konfidenzniveau, 1 Tag Haltedauer



Auf Basis der Dirty-P/L waren für das Jahr 2015 sowohl für das nach CRR relevante Portfolio als auch für das Handelsbuch zwei Ausnahmen zu verzeichnen. Die Ursache der Ausnahmen war jeweils auf die Anpassung der quartalsweise ermittelten Credit Valuation Adjustments zurückzuführen. Ein Rückschluss auf mangelnde Prognosequalität des internen Modells kann daher nicht gezogen werden.

Für den LBBW-Konzern und das Anlagebuch sind jeweils zwei Ausnahmen zu verzeichnen, die jeweils auf starke Marktbewegungen (Bond-Spreads und Euro-Swap-Sätze) zurückzuführen sind.

Aufsichtsrechtlich muss daher kein zusätzliches Eigenkapital für Modellausnahmen angerechnet werden. Da erst ab fünf Ausnahmen eine Auswirkung auf den Gewichtungsfaktor des internen Modells gegeben ist, bleibt dieser unverändert.

Stresstest.

Im Adverse-Case-Szenario sind die Stresstestwerte in 2015 für den LBBW-Konzern, das Anlage- und Handelsbuch deutlich zurückgegangen. Grund hierfür ist, dass das bisher maßgebende Szenario mit einem Zinsshift von bis zu 380 Basispunkten insbesondere in Bezug auf das aktuelle Zinsumfeld als nicht mehr realistisch eingestuft wurde.

Im Rahmen der Durchführung der Stresstests werden auch die Auswirkungen eines Zinsschocks auf die Strategische Bankposition ermittelt. Hierzu werden die Zinskurven um +/- 200 BP verschoben. Die aufsichtsrechtlichen Vorgaben fordern hierzu, dass das Ergebnis einen Anteil von 20% des haftenden Eigenkapitals nicht überschreitet. Dieses Limit war im Jahr 2015 stets eingehalten.

Marktliquiditätsrisiken.

Marktliquiditätsrisiken bezeichnen das Risiko, aufgrund unzulänglicher Markttiefe oder bei Marktstörungen Geschäfte nicht oder nur mit Verlusten glattstellen zu können. Falls z. B. ein hohes Volumen kurzfristig veräußert oder eingedeckt werden soll, ist von einem entsprechenden Einfluss auf die Marktpreise auszugehen, der den zu erwartenden Erlös schmälert.

Das Marktliquiditätsrisiko wird für Anleihen, Kreditderivate, Aktien und Swaps ermittelt. Es erfolgt eine Aufteilung in exogenes und endogenes Risiko. Das exogene Marktliquiditätsrisiko resultiert aus der Tatsache, dass die Bewertung der Marktrisikopositionen auf Mid-Werten basiert, bei einer Glattstellung von Positionen jedoch Bid- oder Ask-Preise erzielt werden. Bei der Berechnung des exogenen Risikos wird auch die Volatilität des Bid-Ask-Spreads berücksichtigt. Das endogene Marktliquiditätsrisiko tritt in den Fällen auf, in denen die eigene Position relativ zur Marktkapazität nicht mehr vernachlässigt werden kann. Hier besteht das Risiko, mit der Liquidierung bzw. Glattstellung der Position eine zusätzliche, aus Sicht der LBBW ungünstige Veränderung des Bid-Ask-Spreads zu verursachen.

Das Marktliquiditätsrisiko wird über ein Modell ermittelt, welches Bonds, Kreditderivate, Swaps und Aktien beinhaltet. Per 30. Dezember 2015 lag das über dieses Modell ermittelte Marktliquiditätsrisiko bei 308 Mio. EUR. Im Geschäftsjahr hat sich das Marktliquiditätsrisiko um 40 Mio. EUR verringert.

Chancen.

Die Portfolios des LBBW-Konzerns sind stark von der Credit-Spread-Entwicklung abhängig. Eine weitere Verringerung der relevanten Credit Spreads wirkt sich aus heutiger Sicht positiv für das Bewertungsergebnis des LBBW-Konzerns aus. Die Höhe der Auswirkung ist abhängig von der Entwicklung der Bestände im LBBW-Konzern. Weiterhin hat die Zinsentwicklung auf verschiedene Portfolios Einfluss. Je nach Positionierung bzw. Ausrichtung der Portfolios und der Zinsentwicklung können sich daraus Risiken aber auch Chancen ergeben.

Liquiditätsrisiken. Definition.

Die LBBW unterscheidet bei der Überwachung und Steuerung der Liquiditätsrisiken zwischen dem Liquiditätsrisiko im engeren Sinne, das die Gefahr der Zahlungsunfähigkeit aufgrund akuter Zahlungsmittelknappheit bezeichnet, und dem Refinanzierungs(spread)risiko, das negative Ertragswirkungen infolge einer möglichen Verschlechterung der Refinanzierungsspreads beschreibt.

Liquiditätsrisikomanagement.

Risikomessung	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Tägliche Ermittlung der Liquiditäts-Gaps und des Refinanzierungspotenzials über Notenbanken ▪ Monatliche Erstellung einer Liquiditätsablaufbilanz zur Beurteilung der strukturellen Liquidität ▪ Regelmäßige Quantifizierung aller wesentlichen Abruftrisiken ▪ Stresstests ▪ Analyse der Investorenbasis über Investorenlisten
Risiküberwachung und -reporting	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Täglich detaillierte Berichte der Liquiditäts-Gaps pro Standort und Währung und der Liquiditätsreserven ▪ Monatliche Berichte zu allen Aspekten des Liquiditäts- und Refinanzierungsrisikos im Risk Committee und im ALCo
Risikosteuerung	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Vorgaben gemäß Liquiditätsrisikotoleranz in Form von Gap-Limiten und Survival Times ▪ Festgelegte Eskalationswege bei Nichteinhaltung der Vorgaben ▪ Steuerung der Aktiv- und Passivseite der Bilanz über ein Funds Transfer Pricing

Risikomessung.

Das Risiko der jederzeitigen Verfügbarkeit ausreichender Zahlungsmittel ist kein Ergebnisrisiko. Folglich kann es durch die Ermittlung eines potenziellen Vermögensschadens als Value-at-Risk nicht angemessen quantifiziert und beurteilt werden. Es wird deshalb in der LBBW über quantitative Vorgaben und Limite gesteuert, die gemäß der Liquiditätsrisikotoleranz der Geschäftsleitung festgelegt werden.

Die Ermittlung der Liquiditätsrisikoposition umfasst u. a.:

- Tägliche Erstellung von taggenauen Liquiditäts-Gaps in allen Währungen für die LBBW (Bank) und zweimal wöchentliche Erstellung taggenauer Liquiditäts-Gaps für den LBBW-Konzern.
- Tägliche Ermittlung des freien Refinanzierungspotenzials bei Notenbanken per Stichtag und im Zeitablauf.
- Monatliche Erstellung einer Liquiditätsablaufbilanz zur Beurteilung der strukturellen Liquidität und als Basis für die Funding-Planung.
- Erstellung von Investorenlisten, anhand derer mögliche Konzentrationen und etwaige Veränderungen hinsichtlich der Diversifikation der Investorenbasis erkannt werden können.
- Beobachtung, Analyse und regelmäßige Quantifizierung aller wesentlichen Abruftrisiken.
- Durchführung wöchentlicher und monatlicher sowie anlassbezogener Stresstests. Laufende Überprüfung und ggf. Anpassung der verwendeten Annahmen und Parameter.
- Berechnung von Kennziffern zur Intraday-Liquidität.

Die Liquiditätsrisikotoleranz wird maßgeblich über ein Survival-Period-Konzept definiert, d. h. es werden durch die Geschäftsleitung Zeitspannen vorgegeben, über welche die LBBW auch bei stark eingeschränkten Mittelaufnahme-Möglichkeiten am Markt unter unterschiedlichen Annahmekonstellationen (Entwicklungspfaden) mindestens zahlungsfähig bleiben soll.

Die bei der regelmäßigen Überprüfung der Einhaltung dieser Vorgaben insbesondere im Rahmen von Stresstests zu treffenden Annahmen werden kontinuierlich daraufhin überprüft, ob sie unter den aktuellen Marktgegebenheiten noch angemessen sind. Besteht infolge aktueller Entwicklungen Anpassungsbedarf, wird dieser über das Risk Committee an die Geschäftsleitung berichtet und führt nach entsprechender Genehmigung zu zeitnahen Adjustierungen.

Daneben besteht ein Limitsystem für den maximalen Refinanzierungsbedarf aufgrund von Fälligkeiten aus dem Geschäftsbestand über diverse Zeithorizonte.

Zur frühzeitigen Identifikation neu hinzukommender Abruftrisiken oder einer Erhöhung des Risikos aus bekannten aber bisher immateriellen Abruftrisiken dienen u. a. die folgenden Maßnahmen:

- Permanente Analyse des dokumentierten Geschäftsbetriebs (Gesamtrisikobericht, ALCo-Unterlagen, Neue-Produkte-Prozesse) auf neue oder an Bedeutung zunehmenden Abruftrisiken.
- Beobachtung der täglichen Liquiditätsflüsse über das EZB-Konto unter dem Aspekt, ob große Zahlungsflüsse auftreten, die nicht aus fälligen Geschäften oder den sonstigen bekannten Ursachen für Zahlungsbewegungen resultieren.

Alle gemäß Risikoinventur wesentlichen Tochtergesellschaften und Conduits sind in die regelmäßige Berichterstattung der Liquiditätsrisiken nach LBBW-Vorgaben eingebunden. Die Liquiditätsrisiken bei Töchtern und Beteiligungen werden gleich behandelt wie bei der LBBW (Bank).

Risiküberwachung und -reporting.

Für die regelmäßige Überwachung der Liquiditätsrisiken ist auf Leitungsebene das Risk Committee der LBBW verantwortlich. Es agiert entscheidungsvorbereitend für den Gesamtvorstand. Auf operativer Ebene erfolgt die tägliche Überwachung durch das Liquiditätsrisikocontrolling im Bereich Konzernrisikocontrolling. Im Gesamtrisikobericht wird monatlich ausführlich im Risk Committee über alle wesentlichen Aspekte des Liquiditätsrisikos wie Liquiditätsbedarf, Liquiditätsreserven und die Einhaltung der Festlegungen zur Liquiditätsrisikotoleranz einschließlich der Ergebnisse der durchgeführten Stresstests berichtet. Zur laufenden Überwachung werden täglich diverse Berichte erstellt, die unterschiedliche Teilaspekte der Liquidität und des Liquiditätsrisikos – wie bspw. eine Disaggregation der Liquiditäts-Gaps nach Währungen – detailliert darstellen und an Empfänger im Konzernrisikocontrolling und Treasury verteilt werden.

Risikosteuerung.

Das zentrale Gremium für die Steuerung der Liquidität und der Refinanzierung ist das monatlich tagende Asset Liability Committee (ALCo). Das ALCo erstellt im Auftrag des Gesamtvorstands die Liquiditäts- und Refinanzierungsstrategie, legt diese dem Gesamtvorstand zum Beschluss vor und überwacht die Umsetzung der Beschlüsse.

Die Entscheidungen des Asset Liability Committees werden vom Bereich Treasury unter der Zielsetzung einer aktiven Ertrags- und Risikooptimierung und unter Einhaltung der Vorgaben gemäß Liquiditätsrisikotoleranz umgesetzt. Die strategischen Vorgaben gemäß Liquiditätsrisikotoleranz sind dabei so gestaltet, dass die Zahlungsfähigkeit des Konzerns in Euro und Fremdwährung auch in extremen Marktsituationen sowie im Fall einer deutlichen Verschlechterung der von den Marktteilnehmern wahrgenommenen Bonität der LBBW für einen hinreichend langen Zeitraum gesichert ist, um vorübergehende Krisen zu überstehen. Damit ist auch sichergestellt, dass bei vorübergehenden adversen Entwicklungen ein ausreichendes Zeitfenster für Anpassungen der Geschäftsstrategie und die Prüfung geschäftspolitischer Alternativen zur Verfügung steht.

Das ALCo ist für die internen Verrechnungszinssätze (OZ-Sätze) sowie die Überwachung der Steuerungswirkungen der OZ-Sätze und Pricing-Modelle auf die Geschäftsbereiche und die Liquiditäts- und Refinanzierungslage des Konzerns verantwortlich. Die Risikoadäquanz der Methoden zur Ermittlung der internen Liquiditäts-Verrechnungspreise (Funds Transfer Pricing) wird durch das Konzernrisikocontrolling geprüft. Jährlich erfolgt eine Validierung der Methoden durch das Risk Committee.

Die operative Steuerung über laufend an die Marktgegebenheiten anzupassende markt- und risikogerechte interne Verrechnungspreise erfolgt durch das Treasury und ist ein elementarer Bestandteil des Managements der Aktiv- und Passivseite der Bilanz.

Die Refinanzierungsstrategie der LBBW zielt auf die Diversifikation bezüglich Produkt- und Investorengruppen ab. Im Jahr 2015 bildeten erneut Anlagen von Sparkassen und inländischen institutionellen Investoren neben dem Retail-Geschäft die Hauptquellen für mittel- und langfristiges Funding. Pfandbriefe stellen weiterhin eine wesentliche Refinanzierungsquelle dar.

Für die Sicherstellung der Intraday-Liquidität ist das Treasury zuständig. Hier erfolgen die Planung der täglichen Zahlungen und die Ermittlung des Liquiditätsbedarfs bis zum Tagesende unter konti-

nuierlicher Berücksichtigung der erst im Tagesverlauf bekannt werdenden Zu- und Abflüsse aus dem Zahlungsverkehr und der Zentralbankfunktion für die Sparkassen. Das Liquiditätsrisikocontrolling wertet die täglichen Zahlungen aus und überwacht die Intraday-Liquidität anhand berechneter Kennziffern, die an das Risk Committee berichtet werden.

Zur Sicherstellung der Liquidität in akuten Krisensituationen existiert eine Notfallplanung. Unter anderem ist die Bildung eines Krisenstabs unter Beteiligung von Mitgliedern des Vorstands vorgesehen. Die Notfallplanung wird jährlich überprüft und durch den Vorstand neu in Kraft gesetzt.

Risikolage des LBBW-Konzerns.

Im Jahr 2015 war die Liquiditätssituation des LBBW-Konzerns stets komfortabel. Das Kundeneinlagengeschäft zeigte die gewünschte ruhige Entwicklung, und auch Kapitalmarktplatzierungen – sowohl gedeckt als auch ungedeckt – stießen bei nationalen und internationalen Investoren auf reges Interesse. Die Refinanzierungsquellen des LBBW-Konzerns sind dem Volumen und dem Grad der Diversifikation nach sehr stabil. Die LBBW nutzte die Langfristender der EZB nicht.

Der Refinanzierungsbedarf und das Refinanzierungspotenzial stellten sich per Stichtag 31. Dezember 2015 wie folgt dar:

Übersicht Refinanzierungsbedarf und Liquiditätsreserven.

Mrd. EUR per 31.12.2015	3 Monate	12 Monate
Refinanzierungsbedarf aus dem Geschäftsbestand (deterministischer Cashflow)	17,0	14,0
Wesentliche Abruftrisiken (stochastischer Cashflow)	14,7	30,8
Freie Liquiditätsreserven	22,0	28,5
Refinanzierungspotenzial am Markt	37,8	45,7

Im gesamten Jahr 2015 waren alle Limite der Geschäftsleitung für den maximalen Refinanzierungsbedarf aufgrund von Fälligkeiten aus dem Geschäftsbestand stets eingehalten. Außerdem war die angestrebte Stressresistenz gegeben. Die gemäß den Vorgaben des BTR 3.2 MaRisk gestalteten Liquiditätsrisiko-Stressszenarien Ratingdowngrade, Finanzmarktkrise und Marktkrise mit Downgrade zeigten stets ein verbleibendes Refinanzierungspotenzial über den Markt zzgl. freier Liquiditätsreserven, welches den möglichen Refinanzierungsbedarf unter Stressbedingungen überstieg.

Ergebnisse der ökonomischen Stressszenarien.

Szenario	Refinanzierungsbedarf	Refinanzierungspotenzial (Notenbanken und Markt)
Mrd. EUR per 31.12.2015		
Ratingdowngrade	33,5	41,3
Finanzmarktkrise	34,1	50,8
Marktkrise mit Downgrade	34,1	47,0

Die Liquiditätsreserven waren ausreichend bemessen, um auch eventuelle kurzfristig eintretende, hohe Liquiditätsabflüsse ausgleichen zu können. Beim Hereinlaufen substanzieller Fälligkeiten um den Jahresultimo 2015 in das 3-Monats-Band kam es Anfang Oktober allerdings kurzzeitig zu einem leichten Verstoß gegen die Vorgabe, dass für diesen Zeitraum der Refinanzierungsbedarf aus dem Geschäftsbestand durch die freien Liquiditätsreserven abgedeckt sein soll.

Die Anforderungen des Standardansatzes der Liquiditätsverordnung (KWG) wurden im Berichtsjahr jederzeit deutlich übertroffen. Die Liquiditätskennzahl für das LBBW-Institut lag per 31. Dezember 2015 bei 1,43 (31. Dezember 2014: 1,34). Der vorgegebene Mindestwert von 0,6 für die seit Oktober 2015 geltende neue europäische Liquiditätskennziffer »Liquidity Coverage Ratio (LCR)« wurde eingehalten. Per Ultimo 2015 betrug der Wert der Kennziffer 0,82.

Chancen.

Wir erwarten auch für 2016 eine komfortable Liquiditätssituation des LBBW-Konzerns. Der LBBW werden an den Geld- und Kapitalmärkten mehr Gelder angeboten, als aktuell für die Refinanzierung des Konzerns benötigt werden. Die breite und gut diversifizierte Refinanzierungsbasis würde es der LBBW ermöglichen, deutlich mehr Passivmittel aufzunehmen. Auch 2016 bleibt die EZB auf dem Pfad einer expansiven Geldpolitik und stellt damit dem Geld- und Kapitalmarkt mehr als genügend Liquidität zur Verfügung. Das Interesse der Investoren an Refinanzierungsprodukten des LBBW-Konzerns ist ungebrochen hoch. Für die weitere Entwicklung des LBBW-Konzerns sind damit keine Restriktionen von der Refinanzierungsseite erkennbar.

Risikomanagementsystem für das Pfandbriefgeschäft.

Zur Überwachung der Risiken aus dem Pfandbriefgeschäft (§ 27 PfandBG) wurde ein differenziertes Limitsystem eingerichtet. In Bezug auf die barwertige Überdeckung werden regelmäßig Stresstests durchgeführt. Für den Fall, dass die festgelegten Limite erreicht werden, ist ein Verfahren für die Risikorückführung implementiert. Der Vorstand und das Risk Committee werden vierteljährlich über die Einhaltung der Vorschriften des Pfandbriefgesetzes und die Auslastungen der gesetzlichen und internen Limite unterrichtet. Im Jahr 2015 wurden die Anforderungen jederzeit erfüllt. Das Risikomanagementsystem wird mindestens jährlich einer Überprüfung unterzogen.

Operationelle Risiken. Definition.

Operationelle Risiken (OpRisk) sind die Gefahr von Verlusten, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren und Systemen, Menschen oder infolge externer Ereignisse eintreten. In jeder dieser genannten Risikokategorien können Rechtsrisiken zu Verlusten führen. Dies liegt darin begründet, dass der LBBW-Konzern in jeder Kategorie Gegenstand von Rechtsansprüchen, Klagen oder Verfahren wegen behaupteter Nichteinhaltung gesetzlicher Vorschriften und Rahmenbedingungen werden kann.

Kreditrisiken im Zusammenhang mit Operationellen Risiken werden analog den aufsichtsrechtlichen Vorgaben ebenfalls betrachtet. Die Effekte hierzu sind in den Angaben zum Adressenausfallrisiko enthalten.

Management Operationeller Risiken.

<p>Risikomessung</p>	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Säule I: Standardansatz ▪ Säule II: OpVaR
<p>Risikoüberwachung und -reporting</p>	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Dualer Gesamtansatz ▪ Zentrale Vorgaben: Strategie und Regelwerke ▪ Organisationsmodell: Rollen und Verantwortlichkeiten ▪ Risikoüberwachung: Methoden und Instrumente des OpRisk-Controllings ▪ Internes Berichtswesen (vierteljährlich an den Risikoausschuss, monatlich an das Risk Committee, Ad-hoc-Reporting) ▪ Externes Berichtswesen ▪ Risikolage
<p>Risikosteuerung</p>	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Einhaltung der Vorgaben der Risikostrategie Operationelle Risiken ▪ Dezentrale Festlegung der Handlungsstrategien ▪ Maßnahmenmanagement zur Risikoreduzierung

Risikomessung.

Im LBBW-Konzern wird zur Ermittlung des regulatorischen Kapitalbedarfs der Standardansatz verwendet. Im Rahmen der Risikotragfähigkeit (RTF) des LBBW-Konzerns wird für die interne ökonomische Steuerung ein Operational-Value-at-Risk (OpVaR)-Modell verwendet.

Das Modell basiert auf dem Loss Distribution Approach. Es erfolgt eine separate geschäftsfeldspezifische Modellierung von Häufigkeits- und Schadenshöhenverteilung. Für die OpVaR-Berechnung werden interne und externe Schadensfälle sowie Szenario-Analysen einbezogen.

Für die Ermittlung des OpVaR im Rahmen der Risikotragfähigkeit wird analog zu den anderen Risikoarten ein Konfidenzniveau von 99,93% sowie ein Zeithorizont von einem Jahr verwendet.

Das für die interne Steuerung verwendete OpVaR-Modell ist in das strategische Konzern-Limitsystem integriert. Es bestehen ökonomische Stressszenarien, welche die Risikoparameter Häufigkeit oder Schadenshöhe zukünftiger erwarteter Schadensfälle des OpVaR-Modells variieren. Hierdurch werden die wesentlichen Geschäftsfelder und Ereigniskategorien abgedeckt. Die Stresstestergebnisse des operationellen Risikos fließen auch in die übergreifenden MaRisk-Stressszenarien ein.

Im Jahr 2015 wurde ein neues OpVaR-IT-System in Produktion genommen, um Prozesse zu automatisieren und die OpVaR-Berechnung zu beschleunigen. Diese Eigenentwicklung basiert auf der Software Wolfram Mathematica in Kombination mit einer Web-Anwendung.

Risiküberwachung, Reporting und Risikosteuerung.

Der LBBW-Konzern verfügt über ein umfassendes System zum Management und Controlling operationeller Risiken. Entsprechend einem dualen Gesamtansatz ist zum einen eine unabhängige, zentrale Organisationseinheit im Bereich Konzernrisikocontrolling für die Weiterentwicklung und Umsetzung von Methoden und Instrumenten des OpRisk-Controllings zuständig. Zum anderen fällt die Durchführung der implementierten Prozesse für das Management der operationellen Risiken im LBBW-Konzern in die primäre Verantwortung der Bereiche und Tochterunternehmen.

Die zentralen Vorgaben im Umgang mit operationellen Risiken sind in der Risikostrategie und Policy für operationelle Risiken sowie darüber hinaus in Arbeitsanweisungen verankert. Hierbei sind in der Risikostrategie und Policy das Risikoprofil des LBBW-Konzerns, die Leitsätze der Risikokultur, die Aufbauorganisation sowie der Risikosteuerungs- und Risikocontrollingprozess im Hinblick auf operationelle Risiken geregelt.

Zur Identifizierung und Beurteilung der Risikosituation werden verschiedene Methoden und Instrumente eingesetzt. Neben der internen und externen Schadensfallsammlung wird jährlich eine Risikoinventur mit Self Assessments und Szenario-Analysen durchgeführt. In den Self Assessments werden die individuellen Risiken der einzelnen Bereiche des LBBW-Konzerns erhoben, um bereichsspezifische Analysen durchführen und umfangreiche steuerungsrelevante Informationen erhalten zu können. Die bedeutendsten im Rahmen der Self Assessments erkannten Risiken werden in der Szenario-Analyse mithilfe von Standardszenarien aggregiert und umfassend analysiert. Darauf aufbauend werden Reduzierungsmaßnahmen erhoben und implementiert. Die Methodik wurde in allen Geschäftsfeldern sowie wesentlichen Tochterunternehmen des LBBW-Konzerns ausgerollt. Die Ergebnisse der Szenario-Analysen fließen in das OpVaR-Modell ein. Des Weiteren werden regelmäßig Risikoindikatoren erhoben und reportet.

Ein Hauptaugenmerk im Management und Controlling operationeller Risiken liegt darauf, diese früh zu erkennen, transparent darzustellen und aktiv zu steuern. Neben den beschriebenen Methoden und Instrumenten ist der zentrale Anknüpfungspunkt das funktionale Organisationsmodell, das umfassend die Rollen und Verantwortlichkeiten der Prozessbeteiligten beschreibt. In diesem Zusammenhang haben die dezentralen Operational Risk Manager eine sehr wichtige Funktion. Sie unterstützen die Bereichsleitungen bzw. Geschäftsführungen bei der Anwendung der OpRisk-Controllinginstrumente und dem Berichtswesen, sind Ansprechpartner und Multiplikator im Themengebiet Operationelle Risiken für die Mitarbeiter und stehen in engem Austausch mit dem zentralen OpRisk-Controlling.

Das OpRisk-Maßnahmenmanagement spielt eine wichtige Rolle in der Steuerung operationeller Risiken. Die Steuerung erfolgt proaktiv durch die Bereiche und Tochterunternehmen auf Basis der Risikostrategie für operationelle Risiken. Für den Umgang mit Operationellen Risiken stehen vier Handlungsstrategien zur Auswahl: Risiko vermeiden, transferieren, reduzieren oder akzeptieren. Für die Festlegung spielt das implementierte Maßnahmenmanagement, das interne Kontrollsystem und eine offene Risikokultur eine wichtige Rolle. Eine Schlüsselrolle bei der Vermeidung operationeller Risiken kommt der Sensibilität aller Mitarbeiter für Risiken und einem offenen Umgang damit zu. Als Ziel wird eine Risikominimierung bzw. -vermeidung unter Berücksichtigung von Kosten-/Nutzenaspekten verfolgt. Können mögliche Schäden nicht komplett vermieden werden, sorgt der zentrale Bereich Konzernstrategie/Recht – soweit dies möglich und sinnvoll ist – durch den Abschluss von Versicherungen vor. Eine weitere Reduzierung des OpRisk-Potenzials erfolgt u. a. durch die stetige Verbesserung der Geschäftsprozesse. Notfallkonzepte und Geschäftsfortführungspläne, die im Rahmen des Business Continuity Managements erhoben werden, dienen der Schadenbegrenzung bei Eintritt eines Notfalls.

Das zentrale OpRisk-Controlling stellt den Entscheidungsträgern im Rahmen der regelmäßigen Risikoberichterstattung relevante Informationen zur Verfügung. Darüber hinaus wird in Abhängigkeit von Schadenshöhen auch ad hoc berichtet. Des Weiteren wird der Vorstand durch das Risk Committee bei der Wahrnehmung seiner Überwachungsfunktion unterstützt. Damit sind Operationelle Risiken in die risikoartenübergreifende Risikotragfähigkeitsüberwachung und Stressanalyse einbezogen und in die Gesamtrisikosteuerung integriert.

Die stetig wachsenden aufsichtsrechtlichen Neuanforderungen und Datenerhebungen rücken das Thema Operationelle Risiken verstärkt in den Fokus. Durch den Einsatz entsprechender Ressourcen wird der LBBW-Konzern diesen Anforderungen gerecht.

Risikolage des LBBW-Konzerns.

Die eingegangenen operationellen Risiken standen 2015 durchweg im Einklang mit der Risikotragfähigkeit des LBBW-Konzerns. Vorausschauend werden keine bestandsgefährdenden operationellen Risiken erwartet. Operationelle Risiken lassen sich trotz umfangreicher Vorsorgemaßnahmen jedoch nie vollständig vermeiden.

Nachfolgend werden Rechtsrisiken, IT-Risiken und Personalrisiken erläutert, da sie zentrale Bereiche des operationellen Risikos darstellen.

Rechtsrisiken.

Die Definition der operationellen Risiken umfasst auch die Rechtsrisiken. Rechtsrisiken sind wirtschaftliche Risiken aufgrund fehlender bzw. unvollständiger Berücksichtigung des durch Rechtsvorschriften und die Rechtsprechung vorgegebenen Rahmens der Rechtsordnung. Sie entstehen bspw. durch fehlende Kenntnis der konkreten Rechtslage, nicht hinreichende Rechtsanwendung oder nicht zeitgerechte Reaktion auf die Änderung rechtlicher Rahmenbedingungen. Dies gilt auch bei fehlendem Verschulden oder Unvermeidbarkeit bzw. als Folge von Änderungen in Gesetzgebung, Rechtsprechung und Verwaltungspraxis, insbesondere auf nationaler und europäischer Ebene.

Das Management von Rechtsrisiken erfolgt insbesondere durch die Rechtsabteilungen als Teil des Bereichs Konzernstrategie/Recht der LBBW. Diese sind in rechtlich beratender Funktion für den

Konzern tätig. Hinzu kommt die Aufgabe, Rechtsrisiken in den Geschäfts- und Zentralbereichen in Kooperation mit diesen möglichst frühzeitig zu erkennen und in geeigneter Weise zu begrenzen. Zur Minimierung rechtlicher Risiken und zur Vereinfachung der Geschäftsaktivitäten der Markt- und Handelsbereiche haben die Rechtsabteilungen eine Vielzahl an Vertragsvordrucken und Musterverträgen entwickelt bzw. nach Prüfung für die Verwendung durch die Geschäftsbereiche der LBBW freigegeben. Dabei bedient sich die LBBW auch der Kooperation mit dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband (DSGV) und der in den dortigen Gremien entwickelten und vom Sparkassenverlag bereitgestellten Vordrucke. Für derivative Geschäfte werden, soweit möglich, anerkannte standardisierte Vertragsdokumentationen verwendet. Soweit durch neue Tätigkeitsfelder oder die Entwicklung neuer Bankprodukte rechtliche Fragen aufgeworfen werden, begleiten die Rechtsabteilungen diese Prozesse und gestalten sie aktiv mit.

Die Rechtsabteilungen verfolgen – in enger Zusammenarbeit insbesondere mit dem Bundesverband Öffentlicher Banken Deutschlands (VÖB) und dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband sowie dem Verband deutscher Pfandbriefbanken (VdP) – relevante Vorhaben des Gesetzgebers, die Entwicklung der Rechtsprechung sowie in Kooperation mit den zuständigen Bereichen neue Vorgaben der Aufsichtsbehörden in den einschlägigen Tätigkeitsbereichen des Konzerns.

Soweit sich entsprechender rechtlicher Handlungs- und Anpassungsbedarf ergibt, wirken die Rechtsabteilungen an der zeitnahen Information und Umsetzung innerhalb des Konzerns in maßgeblicher Weise mit.

Aufgrund neuerer höchst- und obergerichtlicher Rechtsprechung bleibt die Bankenlandschaft weiterhin mit nicht unerheblichen Rechtsrisiken aus Kundentransaktionen in komplexen Derivaten konfrontiert. Die angesprochene richterrechtliche Entwicklung bleibt auch für die LBBW relevant. Obgleich der BGH im Jahr 2015 durch neue Urteile erste Weichen für eine weitere Vereinheitlichung der Rechtsprechung gesetzt hat, ist diese derzeit noch nicht abgeschlossen.

In richterlicher Fortbildung sind auch aktuelle verbraucherrechtliche Entwicklungen. So sind auch im Geschäftsjahr 2015 exemplarisch neue Urteile des BGH zu Kreditverträgen mit Verbrauchern, zu Preis- und Leistungsverzeichnissen oder Rechtsprechung der Gerichte in Bezug auf AGB-rechtliche Wirksamkeit von Kündigungsrechten für die LBBW auf Relevanz zu bewerten gewesen.

Es ist damit zu rechnen, dass diese Rechtsfortbildung in den verschiedenen Themenfeldern auch künftig fort dauern wird. Die hierauf vom Vorstand der LBBW initiierten kontinuierlichen rechtlichen Analyse- und Risikoprozesse tragen dem weiterhin auch durch kontinuierliche Rechtsbeobachtung Rechnung.

Nach heutigem Kenntnisstand wurde angemessene Vorsorge zur Abdeckung rechtlicher Risiken getroffen, wobei die künftige Entwicklung von Rechtsprechung und Rechtsstreitigkeiten weiterhin von wesentlicher Bedeutung für die LBBW ist. Die Rückstellungsbildung betrifft dabei auch vor dem Hintergrund der ungeklärten Rechtsprechung im Wesentlichen die Abdeckung rechtlicher Risiken aus bestimmten Derivatetransaktionen sowie verbraucherrechtlicher Risiken.

IT-Risiken.

Die wesentlichen Geschäftsprozesse der Bank sind heute maßgeblich durch IT unterstützt oder abhängig von IT-Lösungen. In diesem Zuge gewinnt auch die IT-Sicherheit zunehmend an Bedeutung.

Einhergehend mit dieser wachsenden Bedeutung betreibt die LBBW ein Information Security Management System (ISMS) basierend auf dem Internationalen Standard ISO 27001 und entwickelt dieses ISMS kontinuierlich weiter. Bedrohungen und Risiken wird mit vielfältigen Sicherheitsmaßnahmen begegnet, um diese auf ein akzeptables Potenzial zu reduzieren.

Das IT-Risikomanagement wurde auch in 2015 systematisch und strukturiert weiterentwickelt.

Für einen Teil der (Risiko-)Ereigniskategorien auf der dritten Ebene wurde angelehnt an einen IT-nahen Best-Practice-Ansatz eine neue Struktur konzipiert. Die Umsetzung dieser Struktur soll in 2016 die systematische und einheitliche Erfassung von Technologierisiken im LBBW-Konzern besser unterstützen.

Das Instrument der Risikoanalyse wurde konsequent angewendet. Risikoanalysen wurden bspw. im Hinblick auf die Bedrohungen aus dem Internet (Cyber Threats) sowie im Kontext der Harmonisierung der Betriebsprozesse zum Rechenzentrum durchgeführt.

Im Jahr 2015 wurde das IT-Risk- und Produktionsboard im Geschäftsbereich IT etabliert. Das neue Board wurde implementiert, um das IT-Management in angemessener Weise über aktuelle und potenzielle Störungen, Bedrohungen und Schwachstellen sowie die damit einhergehenden IT-Risiken für die IT-Systeme und Daten der LBBW zu informieren und zu sensibilisieren. Darüber hinaus soll über das Board eine Diskussion der IT-Risikolage aus ganzheitlicher Sicht und die Erörterung möglicher Maßnahmen auf Managementebene gefördert werden.

Mit Start des Projekts Log- und Eventmanagement im Jahr 2015 konnten wesentliche IT-Sicherheitssysteme und die zentralen Verzeichnisdienste zur Benutzerauthentifizierung und -autorisierung an ein SIEM-System technisch angebunden werden. In Verbindung damit wurde die notwendige Governancestruktur initialisiert. Damit wurde die Grundlage dafür geschaffen, dass beginnend mit dem Jahr 2016 sowohl Angriffen aus dem Cyberraum (Sicherheitsmonitoring) als auch der missbräuchlichen Nutzung von privilegierten Berechtigungen (Nutzungskontrolle) angemessen und wirksam begegnet werden kann.

Mit der Auslagerung des IT-Produktionsbetriebs sowie einem Teil der Anwendungsentwicklung an einen professionellen, auf Finanzinstitute spezialisierten Dienstleister schaffte die LBBW die Ausgangsposition für eine zukunftsfähige IT. Die LBBW setzt hierbei auf risikoreduzierende Vorteile wie die konsequente Nutzung von Standardisierung, Steigerung der Kosteneffizienz sowie Erhaltung der Innovationsfähigkeit.

Insbesondere vor dem Hintergrund der externen Leistungserbringung wurden Kontroll- und Überwachungsprozesse etabliert und weiter verfeinert. Neue und verbesserte Risikoindikatoren wurden mit dem Ziel entwickelt, IT-Risiken im Kontext der Auslagerung der IT schneller und besser zu erkennen, um entsprechende Maßnahmen einleiten zu können. Die Bewertung der genannten IT-Risiken hinsichtlich Kritikalität und Auswirkung auf die Geschäftsprozesse hat durch die Fachbereiche abschließend zu erfolgen.

Um die Handlungsfähigkeit bzw. Aufrechterhaltung des Geschäftsbetriebs bei Ausfall von IT-Systemen sicherzustellen, ist ein IT-Krisenstab implementiert, der nach definierten Prozessen im Krisenfall die Koordination aller Aktivitäten und die zentrale Kommunikation, auch mit den IT-Dienstleistern, gewährleistet. Die Vorgehensweise und die organisatorischen Maßnahmen im Falle einer Krise sind in einem IT-Krisenmanagement-Handbuch beschrieben. Seit 2014 erfolgt eine quartalsmäßige Überprüfung des IT-Krisenmanagement-Handbuches, der IT-Krisenräume und der Schlüsselpositionen.

Personalrisiken.

Der Erfolg der LBBW hängt wesentlich von engagierten Mitarbeitern ab – so ist es auch im Leitbild der LBBW verankert: »Wir Mitarbeiter machen den Erfolg der Bank. Mit Kompetenz, Wissen und Engagement.« Ziel eines umfassenden Personalrisikomanagements ist die Identifikation negativer Tendenzen (Risiküberwachung) und die Bewertung geeigneter Maßnahmen, um Risiken zu verhindern bzw. zu minimieren (Risikosteuerung).

Der Personalbereich unterscheidet dabei verschiedene Arten von Personalrisiken als Ansatzpunkte seiner Risikoüberwachung und -steuerung. Engpass-, Austritts-, Anpassungs- und Motivationsrisiken sind frühzeitig zu erkennen und die daraus resultierenden Kosten wie z. B. Personalsuch-, Kündigungs- und Fluktuationskosten, zu minimieren. Diese Risiken werden in periodischen Auswertungen und Analysen sowie den unternehmensübergreifenden Vergleichen von Personalkennzahlen, wie bspw. Fluktuationsraten, Fehlzeiten oder Daten über Personalentwicklungsmaßnahmen gemessen.

Ein Schwerpunkt liegt auf der Nachwuchsförderung. Um dem Risiko fehlender Leistungsträger zu begegnen (»Engpassrisiko«), wird das Mitarbeiterpotenzial systematisch erfasst und analysiert. Im Hinblick auf die demografischen Veränderungen steht die Altersstruktur der LBBW unter besonderer Beachtung.

Möglichen Risiken im Personalbereich begegnet die LBBW bereits heute mit einer Reihe von Maßnahmen. Sie reichen von der rechtlichen Absicherung der LBBW bis zur aufgabenadäquaten Qualifizierung der Mitarbeiter. Hierzu wird u. a. jährlich ein zielgruppenorientiertes fachliches Bildungsprogramm aufgelegt. Daneben besteht ein eigener Bereich mit Aufklärungs- und Überwachungsfunktionen zu Compliance- und Geldwäschegesetzregelungen. Mithilfe dieser Maßnahmen soll auch möglichen Verhaltensrisiken der Mitarbeiter begegnet werden.

Chancen.

Im LBBW-Konzern werden die Schnittstellen der Bereiche mit Bezug zu operationellen Risiken (z. B. Informationstechnologie, Compliance, Revision, BCM) stetig den aktuellen aufsichtsrechtlichen Vorgaben angepasst und optimiert. Gleichzeitig besteht eine enge Zusammenarbeit mit den dezentralen OpRisk-Managern, um einen abgestimmten und einheitlichen Prozess beim Umgang mit dem Thema Operationelle Risiken zu gewährleisten. Sowohl mit den Ansprechpartnern der Schnittstellen als auch mit den OpRisk-Managern findet darüber hinaus zusätzlich u. a. über verschiedene interne Fachgremien ein regelmäßiger Austausch statt. Durch die Erweiterung der Erhebung von Risikoindikatoren und durch das umfassende Berichtswesen ist eine schnellere Reaktion auf Fehlentwicklungen möglich. Die Prozesse bezüglich Rechtsrisiken, Neue Produkte oder zu Auslagerungen werden laufend überwacht und weiterentwickelt. Diese Maßnahmen tragen dazu bei, die Risikosituation stetig zu verbessern.

Weitere wesentliche Risiken. Beteiligungsrisiken.

Die LBBW beteiligt sich im Konzernverbund an anderen Unternehmen bzw. lagert Funktionen auf Tochterunternehmen aus, wenn dies unter strategischen oder Rendite-Gesichtspunkten sinnvoll ist.

Unter Beteiligungsrisiken versteht die LBBW im engeren Sinne insbesondere das Risiko eines potenziellen Wertverlustes sowohl infolge von Ausfallereignissen als auch aufgrund der Unterverzinslichkeit von Investments in Tochterunternehmen und Beteiligungen.

Um das Beteiligungsrisiko einzudämmen, werden wesentliche Tochterunternehmen und Beteiligungen nur eingegangen, sofern eine adäquate Risikosteuerung sowie eine angemessene Einbindung in die Prozesse der LBBW gewährleistet sind.

In Abhängigkeit der Einflussnahmemöglichkeiten der LBBW erfolgt die Steuerung der Tochterunternehmen und Beteiligungen über definierte Maßnahmen und Prozesse (u. a. Quartals-Jour-fixe mit ausgewählten Tochterunternehmen, Plausibilisierung der Mehrjahresplanungen, diverse Berichte an den Vorstand und Gremien der LBBW sowie Gremien der Tochterunternehmen).

Für die Beteiligungssteuerung ist die frühzeitige Kenntnis der Geschäfts- und Risikoentwicklung der Tochterunternehmen und Beteiligungen von besonderer Bedeutung. Insbesondere bei den geschäftspolitisch wesentlichen Tochterunternehmen dienen diesem Ziel regelmäßige Abstimmungsgespräche auf korrespondierenden Fachebenen der LBBW und des Tochterunternehmens. Auf Ebene dieser Tochterunternehmen erfolgt die Steuerung und Kontrolle über institutionalisierte Aufsichtsräte oder vergleichbare Gremien. Auf Ebene des Konzerns erfolgt unter Beachtung der Corporate Governance die Steuerung und Kontrolle durch die Einbindung von Stabs-, Betriebs- und Marktbereichen in den Entscheidungsprozess.

Unter Risikogesichtspunkten werden im Beteiligungsportfolio der LBBW (direkt und über Holdinggesellschaften gehaltene Tochterunternehmen und Beteiligungen der LBBW) zwei Kategorien von Gesellschaften unterschieden:

- Wesentliche Tochterunternehmen, d. h. Gesellschaften, deren Risikopotenzial aus Konzernsicht als wesentlich einzustufen ist.
- Nicht wesentliche Tochterunternehmen, d. h. Gesellschaften, deren Risikopotenzial aus Konzernsicht als unwesentlich einzustufen ist.

Wesentliche Tochterunternehmen werden grundsätzlich nach dem Transparenzprinzip behandelt. Beim Transparenzprinzip werden die in den jeweiligen Gesellschaften als wesentlich identifizierten Risikoarten nach den Prämissen und der Parametrisierung der LBBW gemessen und auf Ebene des LBBW-Konzerns in eine aggregierte Betrachtung einbezogen. Dies gilt im Einzelnen für die Risikoarten Kredit-, Marktpreis-, Immobilien- und Developmentrisiko.

Bei nicht wesentlichen Tochterunternehmen sowie wesentlichen Tochterunternehmen, bei denen ausschließlich die Risikoarten Liquiditäts- und/oder Operationelles Risiko wesentlich sind, wird das Risikopotenzial auf Grundlage der jeweiligen Beteiligungswerte durch eine integrierte Simulation mit dem Kreditportfolio des LBBW-Konzerns quantifiziert und so in seiner Gesamtheit in die Risikosteue-

zung einbezogen. Zur Berechnung wird ein ratingbasierter CVaR-Ansatz inklusive Stresstesting-Funktionalität herangezogen, der durch das Konzernrisikocontrolling bereitgestellt wird und die Grundlage für die Anrechnung in der Risikotragfähigkeit bildet.

Die Geschäfts- und Risikoentwicklung in den Portfolios der nicht wesentlichen Tochterunternehmen der LBBW spiegelt sich in der Regel in dem für die Berechnung des Beteiligungsrisikos herangezogenen Beteiligungswert wider.

Die LBBW betreibt eine selektive Beteiligungspolitik. Beim Erwerb von Gesellschaften wird in der Regel unter Einbindung der Fachbereiche der LBBW eine umfassende Risikoanalyse (rechtlich, finanziell, etc.) in Form einer Due Diligence durchgeführt. Hierbei wird u. a. darauf geachtet, dass keine unangemessenen Risikokonzentrationen im Beteiligungsportfolio entstehen.

Über Transaktionsverträge strebt die LBBW eine möglichst weitgehende vertragliche Risikoabsicherung an. Daneben wird die Gesellschaft beim Kauf unter Berücksichtigung von kapitalmarktorientierten Risikoprämien bewertet.

Für die Tochterunternehmen und Beteiligungen der LBBW werden jährlich im Rahmen vorbereitender Arbeiten zum Jahresabschluss nach den Grundsätzen des Instituts der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e. V. Unternehmenswerte ermittelt. Zum Halbjahresabschluss erfolgt eine Werthaltigkeitsprüfung der Buchwertansätze unter Berücksichtigung ggf. vorliegender Planfortschreibungen der Tochterunternehmen und Beteiligungen. Bei ausgewählten Tochterunternehmen und Beteiligungen erfolgt zudem jeweils zum 31. März und 30. September eine Plausibilisierung der Wertansätze.

Neben dem Risiko eines potenziellen Wertverlustes infolge von Ausfallereignissen besteht das Risiko der Un- oder Unterverzinslichkeit der Anlage, die aufgrund der Ertragswertorientierung bei der Beteiligungsbewertung jedoch mit dem vorgenannten allgemeinen Buch- bzw. Verkehrswertrisiko korrespondiert. Haupttreiber sind hierbei die großen strategischen Tochterunternehmen und Beteiligungen. Das Beteiligungsportfolio der LBBW hat einen stark finanzwirtschaftlichen Fokus. Daher kann auch eine Störung in diesem Marktsegment zu erheblichen Verlusten aus Beteiligungen führen.

Zudem ergeben sich Risiken aus der Inanspruchnahme der übernommenen persönlichen Haftung als Anteilseigner (z. B. Gewährträgerhaftung, Patronatserklärung) bei Tochterunternehmen und Beteiligungen, wobei diesbezüglich auch widerrufenen Patronatserklärungen bzw. Haftungserklärungen gegenüber bereits veräußerten Tochterunternehmen und Beteiligungen mit umfasst sind. Darüber hinaus besteht das Risiko der Übernahme laufender Verluste von Tochterunternehmen aufgrund von Beherrschungs- bzw. Ergebnisabführungsverträgen.

Die Steuerungs- und Überwachungssysteme gewährleisten, dass die LBBW laufend über die Situation in den Tochterunternehmen und Beteiligungen unterrichtet ist. Im Übrigen folgen die Tochterunternehmen, einer mit der LBBW im Rahmen der bestehenden Einflussmöglichkeiten abgestimmten, konservativen Risikopolitik.

Bei der Reduzierung des Beteiligungsportfolios verzeichnet die LBBW weiterhin gute Fortschritte: 2015 wurden u. a. die B+S Card Service GmbH verkauft. Im Juli 2015 erfolgte zudem die Verschmelzung der LBBW Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH & Co. OHG Objekt Am Hauptbahnhof Stuttgart und der LBBW Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH & Co. KG Objekt am Pariser Platz Stuttgart auf die

LBBW. Die Anzahl der kleineren Beteiligungen wurde entsprechend der neuen Geschäftsstrategie weiter reduziert. Im Rahmen der Neuausrichtung sollen auch in 2016 weitere Beteiligungen veräußert werden. Diesbezüglich konnte bereits im Januar 2016 die cellent AG verkauft werden.

Chancen.

Grundsätzlich besteht über die bankstrategischen Tochterunternehmen und Beteiligungen der LBBW die Chance auf eine optimale Ausschöpfung von Marktpotenzialen und damit eine Stärkung der Marktstellung der LBBW bei den Zielkunden und Kernmärkten sowie die Chance der optimalen Ausschöpfung bestehender Wertpotenziale und einer angemessenen Kapitalverzinsung (Dividenden/Ausschüttungen). So konnte in 2015 in Zusammenarbeit mit der Landesbank Hessen-Thüringen und der Deutschen Sparkassen Verlag GmbH, mit der Gründung der GIZS GmbH & Co. KG und der GISZ Verwaltungs-GmbH, die gesellschaftsrechtliche Grundlage für den Beitritt zum paydirekt-Bezahlverfahren gelegt werden. Durch den Verkauf, die Verschmelzung bzw. die Liquidation von weiteren kleineren Tochterunternehmen und Beteiligungen wird das Beteiligungsportfolio bereinigt und entsprechend der Geschäftsstrategie eine Komplexitätsreduktion erreicht.

Reputationsrisiken, Geschäftsrisiken und Pensionsrisiken.

Das Reputationsrisiko ist die Gefahr eines Verlustes oder entgangenen Gewinns aufgrund einer (drohenden) Schädigung/Verschlechterung der Reputation der LBBW bei Trägern, Kunden, Mitarbeitern, Geschäftspartnern oder der breiten Öffentlichkeit. Das Reputationsrisiko ist nicht Teil des Operationellen Risikos. Der Eintritt des Reputationsrisikos kann aber durch einen öffentlich gewordenen Schadensfall aus dem Operationellen Risiko oder anderen Risikoarten verursacht werden.

Bezüglich der Reputationsrisiken wird zwischen transaktionsbezogenem und nicht transaktionsbezogenem Management unterschieden. Im Rahmen des nicht transaktionsbezogenen Managements verantwortet der Bereich Konzernkommunikation/Marketing/Vorstandssekretariat insbesondere die kontrollierte Öffentlichkeits- und Pressearbeit.

Bei allen Geschäftsentscheidungen ist die Auswirkung des Geschäfts auf die Reputation der LBBW zu berücksichtigen. Geschäfte, welche die Reputation der LBBW nachhaltig gefährden können, werden vermieden. Die im LBBW-Konzern formulierte Nachhaltigkeitspolitik ist einzuhalten. Der LBBW-Konzern handelt im besten und langfristigen Interesse seiner Kunden und Stakeholder.

Zur Umsetzung der Nachhaltigkeitspolitik definiert die Abteilung Corporate Sustainability und Gesundheit Standards für alle Geschäftsbereiche. Die transaktionsbezogene Beurteilung von Neugeschäften auf Reputationsrisiken erfolgt dezentral durch die Marktbereiche insbesondere im Rahmen des Neue-Produkte-Prozesses (NPP) und des Kreditantragsprozesses. Der Bereich Compliance und die Abteilung Corporate Sustainability und Gesundheit unterstützen die relevanten Marktbereiche im täglichen Geschäft bei der Identifizierung und Bewertung von Reputationsrisiken. Bei OTC-Derivaten für Zins-, Währungs- und Rohstoffmanagement ist dem NPP ein Produkt-Zertifizierungs-Prozess vorgeschaltet.

Das Geschäftsrisiko ist das Risiko unerwarteter Ergebnisrückgänge und negativer Planabweichungen, die ihre Ursache nicht in anderen definierten Risikoarten haben. Es zeigt sich daher insbesondere in verringerten Provisionserträgen oder Zinskonditionsbeiträgen sowie in erhöhten Kosten.

Es kann u. a. durch Veränderungen im Kundenverhalten oder Veränderungen wirtschaftlicher Rahmenbedingungen nicht rechtlicher Natur verursacht werden. Auch verringerte Erträge aufgrund von möglichen strategischen Fehlentscheidungen können ursächlich für das Geschäftsrisiko sein. Stellt sich die LBBW nicht rechtzeitig auf veränderte Bedingungen ein, können diese die Geschäftsergebnisse beeinträchtigen.

Um für das Geschäftsrisiko Transparenz zu schaffen und das Risiko zu minimieren, wird im Rahmen des Planungsprozesses das Risiko der Nichterreichung der Ziele durch das Aufzeigen von Risikofaktoren berücksichtigt. Die Marktbereiche haben ihre Aufbau- und Ablauforganisation so auszurichten, dass mit der Geschäftstätigkeit verbundene Risiken minimiert und die Planungen erreicht werden können.

Zudem erfolgt bei strategischen Projekten (bspw. Neuausrichtung bestimmter Geschäftsfelder oder Akquisition) eine umfassende Abwägung und Offenlegung der Chancen und Risiken. Dabei werden alle relevanten Bereiche in die Entscheidungsfindung eingebunden.

Von den Marktbereichen sind im Rahmen der laufenden operativen Tätigkeit individuelle Maßnahmen zur Steuerung der mit der Geschäftstätigkeit verbundenen Risiken zu treffen. Im Bereich Finanzcontrolling findet ein zentraler Abgleich von Planung und der tatsächlichen Geschäftsentwicklung statt. Die Überwachung der Umsetzung und Einhaltung der vom Vorstand beschlossenen Geschäftsstrategie sowie der dazu konsistenten bereichsbezogenen Planungen und der Umsetzung der strategischen Entscheidungen der Gremien wird durch die verantwortlichen Bereiche in Zusammenarbeit mit dem Finanzcontrolling vorgenommen.

Das Pensionsrisiko ist die potenzielle Notwendigkeit zur Erhöhung der Pensionsrückstellungen aufgrund gestiegener erwarteter Pensionsausgaben und insbesondere bewertungstechnischer Auswirkungen. Ursächlich hierfür ist insbesondere die Zins-, Renten- und Gehaltsentwicklung. Die Pensionsrisiken werden über Szenario-Analysen auf Basis eines versicherungsmathematischen Gutachtens quantifiziert. Entsprechend dem niedrigen Zinsniveau und dem damit einhergegangenen Anstieg der Pensionsrückstellungen in den Vorjahren ist das Risiko weiterer Anstiege der Rückstellungen zurückgegangen. Bei steigenden Zinsen ergibt sich für die LBBW die Chance auf rückläufige Pensionsrückstellungen und entsprechend geringere Pensionsrisiken.

Das Pensionsrisiko wird derzeit akzeptiert und passiv überwacht. Auf die mögliche Absicherung z. B. der Zinskomponente wird aktuell verzichtet. Bei wesentlichen Änderungen erfolgt eine Entscheidung des Vorstands bezüglich der Risikostrategie (Risiko akzeptieren oder absichern) unter Berücksichtigung der GuV- und Eigenkapital-Volatilität.

Reputationsrisiken, Geschäftsrisiken und Pensionsrisiken werden im Rahmen der Risikotragfähigkeit berücksichtigt. Die Quantifizierung erfolgt durch expertenbasierte Approximationsverfahren und szenariobasierte Ermittlungen.

Immobilienrisiken.

Immobilienrisiken sind definiert als potenzielle negative Wertveränderungen des eigenen Immobilienbestands durch eine Verschlechterung der allgemeinen Immobilienmarktsituation oder eine Verschlechterung der speziellen Eigenschaften der einzelnen Immobilien (Nutzungsmöglichkeiten, Leerstände, Mindereinnahmen, Bauschäden etc.). Davon abzugrenzen sind Developmentrisiken aus dem wohnwirtschaftlichen und gewerblichen Projektentwicklungsgeschäft, die eine eigene Risikokategorie bilden, sowie Risiken aus dem Dienstleistungsgeschäft. Letztere werden im LBBW-Konzern im Rahmen des Geschäftsrisikos betrachtet.

Immobilienrisiken können sowohl in den eigengenutzten Beständen (Büroimmobilien) als auch in den fremdgenutzten Gewerbebeständen auftreten. Das Management der Immobilien erfolgt vor allem durch die LBBW Immobilien-Gruppe und BW-Immobilien GmbH.

Bei einer positiven Veränderung der Marktbedingungen ergeben sich umgekehrt Chancen auf positive Wertveränderungen und die Generierung weiterer Erträge (höhere Mieten, Mietvertragsverlängerungen, Vermietbarkeit schwieriger Flächen etc.).

Zentrale Grundsätze für die Abwägung von Chancen und Risiken bei der Beurteilung von Investitions-/Deinvestitionsentscheidungen, wesentlichen Änderungen in der Objektplanung, dem Abschluss von Mietverträgen sowie zur Verminderung des Risikos negativer Wertveränderungen der Bestandsimmobilien sind in der Konzernrisikostategie des LBBW-Konzerns bzw. der LBBW Immobilien definiert.

In der LBBW kommt zur Messung des Immobilienrisikos ein Immobilien-Value-at-Risk (IVaR)-Modell zum Einsatz. Die quartalsweise Berechnung des IVaR und dessen Einbeziehung in die RTF-Betrachtung des Konzerns wird im zentralen Konzernrisikocontrolling vorgenommen. Als Eingangsgrößen gehen in das Modell aus Marktdatenhistorien abgeleitete Volatilitäten und Korrelationen ein, die den Portfoliowerten zugeordnet werden.

Die Steuerung der im Asset, Property und Facility Management tätigen operativen Tochtergesellschaften der LBBW Immobilien-Gruppe erfolgt darüber hinaus anhand spezieller immobilienpezifischer Steuerungsgrößen wie z. B. Mietsteigerungen, Leerstand und Rückstandsquoten. Das Immobilienportfolio wird im Rahmen der vierteljährlichen Bestandsbewertung der konzerneigenen Immobilien über die Fair-Value-Betrachtung bewertet und auf Risiken hin analysiert. Störfaktoren innerhalb und im Umfeld des Unternehmensgeschehens sollen frühzeitig identifiziert und analysiert werden. Ein aktives Risikomanagement sorgt dafür, dass Chancen und Risiken innerhalb des Portfolios in einem ausgewogenen Verhältnis stehen.

Das Gewerbeportfolio ist diversifiziert nach Nutzungsarten, insbesondere in Büro und Einzelhandel, sowie nach Größenklassen. Die makrostandortspezifische Diversifikation ist begrenzt, da der Gewerbebestand überwiegend am Standort Stuttgart gelegen ist. Dieser zeichnet sich jedoch insgesamt durch einen stabilen Markt mit relativ geringen Mietschwankungen aus. Die Objekte der LBBW Immobilien befinden sich zudem überwiegend in Top-Lagen mit geringem Vermietungsrisiko und sind an Mieter guter Bonität vermietet. Bei Neuvermietungen wird die Bonität potenzieller Mieter eingehend geprüft und das Ziel verfolgt, Mietverträge mit möglichst langer Mietvertragslaufzeit abzuschließen. Je nach zugrunde liegender Objektstrategie (Bsp. Projektentwicklung) ist jedoch in Einzelfällen auch der Abschluss von Mietverträgen mit kurzen Laufzeiten sinnvoll und möglich. Durch den

Ankauf eines Immobilienportfolios in München und einer Büroimmobilie in Frankfurt am Main hat der Anteil Stuttgarts am gesamten Gewerbeimmobilienportfolio abgenommen. Insgesamt wird das makrostandortspezifische Risiko daher als überschaubar eingeschätzt.

Im Segment Asset Management werden bei der LBBW Immobilien aufgrund der überschaubaren Anzahl an Objekten, Investitions- bzw. Desinvestitionsentscheidungen in der Regel nach einer eingehenden Prüfung der Wirtschaftlichkeit einzelfallbezogen getroffen. Hierbei werden ganzheitliche immobilienwirtschaftliche Gesichtspunkte, wie z. B. Kosten-/Ertragssituation, Nutzungs-/Wachstumsstrategie des Konzerns, Entwicklungsfähigkeit des Standorts, Diversifikation des Portfolios oder Repräsentanzzwecke für den Konzern berücksichtigt.

Für die eigengenutzten Immobilien der LBBW ist die BW-Immobilien GmbH verantwortlich. Es handelt sich in diesem Bereich im Wesentlichen um Büro- und Banknutzungen. Das Zielfortfolio wird den Nutzungsanforderungen des LBBW-Konzerns laufend angepasst und sieht weiterhin eine Flächenoptimierung an allen Zentralstandorten der LBBW vor. Diese wird größtenteils durch eine Konzentration auf Objekte im Eigentum der LBBW und einen weitestgehenden Verzicht auf angemietete Flächen sowie eine Belegungsoptimierung erreicht. Daher ist kein wesentlicher Einfluss auf die eigengenutzten Bestände und das Immobilienrisiko zu erwarten.

Durch die German Centres werden Unternehmen aus dem deutschsprachigen Raum bei der Expansion im Ausland durch die Bereitstellung von Räumlichkeiten und einem umfassenden Dienstleistungsangebot unterstützt. Die eigengenutzten Immobilien der German Centres werden daher durch die strategische Ausrichtung und den Bedarf der Unternehmenskunden bestimmt. Die Gewinnerzielung durch Weiterentwicklung, Verkauf oder Asset Management der Immobilien der German Centres ist nicht der Fokus der Geschäftstätigkeit.

Developmentrisiken.

Das Developmentrisiko ist definiert als das Bündel von Risiken, welche im Rahmen der Realisierung von gewerblichen und wohnwirtschaftlichen Projektentwicklungen typischerweise auftreten. Die Risiken in diesem Geschäftsfeld liegen im Planungs- und Genehmigungsbereich, den geplanten Baukosten und Terminen sowie insbesondere im Vermietungs- bzw. Veräußerungsbereich. Soweit Projektentwicklungen in Partnerprojekten durchgeführt werden, ergeben sich hieraus zusätzliche Risiken, z. B. Bonitätsrisiko des Partners, Durchsetzung von Entscheidungen gegenüber dem Partner, Informationsfluss oder Qualität des Partners. Das Eintreten dieser Risiken kann dazu führen, dass die erwartete Rendite nicht erwirtschaftet, das investierte Kapital nicht vollständig bzw. im Extremfall nicht mehr zurückerhalten wird oder Eigenkapital nachgeschossen werden muss, sofern es sich nicht um Non-Recourse-Finanzierungen handelt.

Bei einer positiven Veränderung der Marktbedingungen ergeben sich umgekehrt Chancen auf höhere Exiterlöse getrieben von höheren Vermietungsergebnissen sowie von höheren Vervielfältigern. Gleichzeitig erschwert eine positive Marktentwicklung jedoch den preisgünstigen Erwerb geeigneter Developmentgrundstücke.

Zentrale Grundsätze für die Abwägung von Chancen und Risiken bereits vor Projektbeginn sowie in sämtlichen Projektphasen bezüglich einzelprojektbezogener Faktoren sowie Auswirkungen auf das Projektportfolio sind in der Konzernrisikostategie des LBBW-Konzerns bzw. der LBBW Immobilien definiert.

Der regionale Fokus liegt auf den Kernmärkten Süddeutschland (Baden-Württemberg und Bayern), Rheinland-Pfalz, dem Rhein-Main-Gebiet und Berlin in ausgewählten Einzelfällen. In diesen Märkten tritt die LBBW Immobilien-Gruppe als Investor und Dienstleister in den Bereichen Gewerbe- sowie Wohnimmobilien auf. Die Abarbeitung der vorhandenen Projekte außerhalb dieser Zielmärkte ist weitgehend abgeschlossen. Die Neuprojekte verlaufen planmäßig, wesentliche Risiken hieraus sind derzeit nicht zu erkennen.

Zur Messung der Developmentrisiken wird von der LBBW Immobilien-Gruppe ein mit Unterstützung einer Wirtschaftsprüfungsgesellschaft validiertes Risikomodell eingesetzt. Das Modell basiert auf einem Risikotreiberbaum, der zum Ziel hat, Risiken zu erfassen und deren Schwankungsbreiten bereits vor Beginn eines Bauprojekts aufzuzeigen. Daraus leiten sich Zu- bzw. Abschläge auf sämtliche zukünftige Kosten und Erlöse ab, die auf die Vorschaukalkulation im sog. Real Case angewendet werden. Auf Basis unterschiedlich großer Schwankungsbreiten der Risikofaktoren werden ein Normal- und ein Extremrisiko ermittelt. Die quartalsweise Berechnung des Developmentrisikos erfolgt durch den Bereich Controlling der LBBW Immobilien-Gruppe. Die Einbeziehung in die RTF-Betrachtung des LBBW-Konzerns wird im zentralen Konzernrisikocontrolling vorgenommen.

Nachtragsbericht.

Die LBBW hat mit Vertrag vom Dezember 2015 ihre Anteile an der cellent AG, Stuttgart veräußert. Mit Erfüllung aller aufschiebenden Bedingungen im Januar 2016 wurde hieraus ein Veräußerungsgewinn in mittlerer zweistelliger Millionenhöhe erzielt.

IKS im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess.

In der LBBW wird das Interne Kontroll- und Risikomanagementsystem (IKS) als umfassendes System verstanden, das sich an die Definitionen des Instituts der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e.V. zum rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystem (IDW PS 261 Tz. 19 f.) und zum Risikomanagementsystem (IDW PS 340, Tz. 4) anlehnt. Es beinhaltet Grundsätze, Verfahren und Maßnahmen, die darauf ausgerichtet sind, Entscheidungen des Managements

- zur Sicherung der Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit der Geschäftstätigkeit (hierzu gehört auch der Schutz des Vermögens, einschließlich der Verhinderung und Aufdeckung von Vermögensschädigungen),
- zur Ordnungsmäßigkeit und Verlässlichkeit der internen und externen Rechnungslegung sowie
- zur Einhaltung der für das Unternehmen maßgeblichen rechtlichen Vorschriften organisatorisch umzusetzen.

Das IKS im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess sowie die Lageberichterstattung dient der Vermittlung eines den tatsächlichen Verhältnissen entsprechenden Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der LBBW (Bank) und des LBBW-Konzerns.

Wesentliches Ziel ist sicherzustellen, dass sämtliche Geschäftsvorfälle in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Vorschriften und Standards sowie satzungsmäßigen Bestimmungen und anderen Richtlinien vollständig und richtig erfasst, verarbeitet und dokumentiert werden.

Darüber hinaus ist sicherzustellen, dass die im Konsolidierungskreis befindlichen Gesellschaften so in die Abläufe einbezogen werden, dass eine frist- und sachgerechte Erstellung des Konzernabschlusses gewährleistet ist.

Das rechnungslegungsbezogene IKS ist integraler Bestandteil des IKS der Gesamtbanksteuerung.

Kontrollumfeld.

Die LBBW zeichnet sich durch eine klare Organisations-, Unternehmens- sowie Kontroll- und Überwachungsstruktur aus. Die Gesamtverantwortung für eine ordnungsgemäße Geschäftsorganisation trägt der Vorstand der LBBW. Über eine fest definierte Führungs- und Berichtsorganisation sind alle strategischen Einheiten bei der Erstellung des Einzel- bzw. Konzernabschlusses sowie des Lageberichts eingebunden. Die am Rechnungslegungsprozess beteiligten Abteilungen aller Konzerngesellschaften entsprechen den an sie gestellten quantitativen und qualitativen Anforderungen. Die mit dem Rechnungslegungsprozess betrauten Mitarbeiter werden regelmäßig geschult.

Risikoeinschätzung und Kontrollaktivitäten.

Die Kontrollen sind darauf ausgerichtet, dass die Erstellung des Einzel- bzw. Konzernabschlusses sowie des Lageberichts im Einklang mit den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften bzw. den International Financial Reporting Standards (IFRS) erfolgt und die ordnungsgemäße und fristgerechte interne wie externe Finanzberichterstattung sichergestellt ist. Der Umfang der in die Arbeitsabläufe integrierten Kontrollen und Zuständigkeiten ist klar geregelt.

Zu nennen sind in diesem Zusammenhang das im Vordergrund stehende Vier-Augen-Prinzip, die Funktionstrennung und die Kompetenzordnung unter Berücksichtigung der bestehenden Entscheidungsordnungen, die so auch Eingang in die in den jeweiligen Konzerngesellschaften getroffenen Regelungen gefunden haben.

Die Kontrollfunktionen werden konzernweit in den jeweiligen Fachabteilungen ausgeübt. Die bei der LBBW definierten Kontrollziele bilden in ihrer Gesamtheit die identifizierten Risiken ab.

Sowohl die Erstellung des Einzelabschlusses der Bank als auch die Erstellung des Konzernabschlusses erfolgt – unter Einbindung der Fachbereiche – durch den Bereich Finanzen bei der LBBW (Bank) zentral.

Für die Einzel- und Konzernabschlusserstellung (Monats-, Quartals-, Halbjahres- und Jahresabschluss) liegen detaillierte Termin- und Ablaufpläne vor, die zentral überwacht und gesteuert werden. Die Funktionen in sämtlichen Bereichen des Rechnungslegungsprozesses sind eindeutig zugeordnet. Innerhalb der Organisation der Geschäftsprozesse werden die relevanten Tätigkeiten unter Risikogesichtspunkten auf mehrere Organisationseinheiten verteilt. Bei allen rechnungslegungsrelevanten Prozessen wird das Vier-Augen-Prinzip angewendet, die Kompetenzordnung beachtet und die Funktionstrennung berücksichtigt.

Die in den Konzernabschluss einbezogenen Gesellschaften verfügen über systemtechnisch unterstützte Prozesse bei der Abschlusserstellung nach lokalem Recht, die in der Lieferung der abgestimmten und überwiegend auch durch eine Wirtschaftsprüfungsgesellschaft geprüften Reporting Packages als Basis für die Konzernabschlusserstellung münden. Die Geschäftsführung der jeweiligen Konzerngesellschaft trägt die Verantwortung für die Richtigkeit und Vollständigkeit der an die Gruppe Group Accounting übermittelten Ergebnisdaten.

Die Erstellung des Konzernabschlusses erfolgt auf Grundlage der IFRS und unter Berücksichtigung der im Konzernhandbuch niedergelegten einheitlichen Bilanzierungs- und Bewertungsregeln.

Die Bewertung von Finanzinstrumenten in der LBBW (Bank und Konzern), die zum beizulegenden Zeitwert bzw. Fair Value bewertet werden, erfolgt entweder auf der Basis von Preisnotierungen im Falle aktiver Märkte (Börsen, Broker, Preisserviceagenturen etc.) oder auf Basis anerkannter und marktüblicher Bewertungsmethoden, deren Inputdaten öffentlich zugänglich sind (z. B. Zinskurven, Volatilitäten, Spreads). In den Fällen, bei denen nicht alle Inputparameter direkt am Markt beobachtbar sind, werden der Ermittlung der beizulegenden Zeitwerte realistische, auf Marktgegebenheiten beruhende Annahmen zugrunde gelegt. Für die handelsunabhängige Überprüfung und Validierung der für Bilanzierungszwecke benutzten Preise sorgt die separate Organisationseinheit Independent Price Verification im Konzernrisikocontrolling.

Die übergeordnete Steuerung und Koordination des bereichsübergreifenden Erstellungsprozesses für den Lagebericht der LBBW erfolgt zentral durch den Bereich Konzernkommunikation unter fachlicher Gesamtverantwortung durch den Bereich Finanzen. Der Erstellungsprozess ist in die Termin- und Ablaufpläne für den Halbjahres- und Jahresabschluss integriert. Die Lageberichtsteile werden unter Einhaltung des Vier-Augen-Prinzips dezentral in den Fachbereichen erstellt und durch die Bereichsleiter freigegeben. Der Bereich Konzernkommunikation (interne Evidenzzentrale) überprüft die inhaltliche Konsistenz des gesamten Lageberichts.

Information und Kommunikation.

Die Risikoleitsätze des LBBW-Konzerns, die Aufbau- und Ablauforganisation sowie die Prozesse des rechnungslegungsbezogenen IKS sind in Handbüchern und Richtlinien (z. B. Bilanzierungsrichtlinien HGB/IFRS, Arbeitsanweisungen, Fachkonzepte etc.) niedergelegt, die in regelmäßigen Abständen an aktuelle externe und interne Entwicklungen angepasst und im Intranet der LBBW (Bank) veröffentlicht werden. Das gilt analog für das Konzernhandbuch, in dem die Bewertungs- und Bilanzierungsvorgaben für die Erstellung des Konzernabschlusses enthalten sind. Dieses wird unter Berücksichtigung der aktuellen IFRS-Regelungen regelmäßig aktualisiert und an die Konzerngesellschaften versandt.

Die Gruppe Finance Principles & NPP identifiziert und bewertet alle rechtlichen Änderungen mit Auswirkungen auf den Rechnungslegungsprozess. Sie informiert die betroffenen Fachbereiche und Tochtergesellschaften und initiiert die Umsetzung.

Neuartige Produkte werden im Neue-Produkte-Prozess der Bank und in den Konzerngesellschaften auf ihre handelsrechtliche Behandlung detailliert geprüft. Dort erfolgt auch für jede Produktart die Regelung der Strukturen und der eingebetteten Derivate. Bei neuartigen Produkten werden zudem in einer Testphase die korrekte Abbildung, Bewertung und Bilanzierung der Geschäftsarten geprüft. Werden bei neuartigen Produkten von Konzerngesellschaften die Systeme und/oder Prozesse der Konzernzentrale benötigt, erfolgt die Einstufung der handelsrechtlichen Behandlung durch die Gruppe Finance Principles & NPP.

Die Gruppe Group Accounting erstellt auf Basis der Zulieferungen der in den Konzernabschluss einbezogenen Konzerngesellschaften das Zahlenwerk des Konzernabschlusses unter der Verwendung einer standardisierten Konsolidierungssoftware. Die Datenkonsistenz der Zulieferungen durch die Konzerngesellschaften wird hier nochmals durch implementierte Prüfregele und umfangreiche Validierungen geprüft. Die Erstellung des Konzernanhangs erfolgt ebenfalls unter Verwendung von Standardsoftware. Die Gruppe Group Accounting stellt die Vollständigkeit und Richtigkeit der relevanten Anhangangaben auf Basis der von den Konzerngesellschaften zugelierten Informationen sicher.

Im Zusammenhang mit der Rechnungslegung erstellte und an externe Interessenten bzw. Adressaten versendete Finanzberichte durchlaufen vor Versendung eine Konsistenzprüfung durch eine interne Evidenzzentrale.

Darüber hinaus hat der Vorstand Regelungen erlassen, nach denen er unverzüglich zu informieren ist, wenn in einzelnen Bereichen oder Konzerngesellschaften Zweifel an der ordnungsgemäßen Geschäftsorganisation aufkommen (»Ad-hoc-Informationspflicht«). Das trifft auch für die Rechnungslegung zu. Bei unter Risikogesichtspunkten wesentlichen Informationen sind diese vom Konzernvorstand unverzüglich an den Risikoausschuss des Aufsichtsrats weiterzuleiten.

Monitoring.

Das derzeitige IKS der LBBW zeichnet sich aus durch eine dezentrale Verantwortung der Fachbereiche für wesentliche rechnungslegungsrelevante Prozesse. Im Bereich Finanzen ist eine IKS-Evidenzstelle eingerichtet, die die zentrale Überwachung des rechnungslegungsbezogenen IKS gewährleistet.

Wirksamkeit und Angemessenheit des rechnungslegungsbezogenen IKS werden regelmäßig überwacht. Damit ist sichergestellt, dass Verbesserungsmöglichkeiten identifiziert sowie Prozesse bei Bedarf entsprechend angepasst werden. Das Monitoring findet laufend während der Erstellung des Konzernjahres-/Halbjahresabschlusses statt.

In regelmäßigen Abständen finden zwischen den am Erstellungsprozess für den Jahres- und Konzernabschluss sowie den Lagebericht beteiligten Mitarbeitern bi- und multilaterale Abstimmungsgespräche statt, im Rahmen derer aufgetretene Probleme thematisiert und analysiert werden. Es werden adäquate Maßnahmen abgeleitet, die Eingang in die fortlaufenden Prozesse finden.

Sowohl der Prüfungsausschuss des Aufsichtsrats als auch die Konzernrevision fungieren als übergeordnete Monitoring-Organen. Die Konzernrevision ist für die prozessunabhängige Überprüfung des Geschäftsbetriebs zuständig und als solche Instrument der gesamten Geschäftsleitung. Der Prüfungsausschuss des Aufsichtsrats befasst sich mit der Auswertung und Aufbereitung der Prüfungsergebnisse der Abschlussprüfung und informiert darüber den Aufsichtsrat.

Prognosebericht.

Voraussichtliche wirtschaftliche Entwicklung.

Es gibt eine Reihe von Faktoren, die eine gute Konjunktur für 2016 erwarten lassen. Dazu gehören die niedrigen Zinsen, die Preise für Rohöl und die sich abzeichnende Belebung in einigen der größeren Länder des Euroraums nach den Jahren der Schuldenkrise. Zudem läuft die Konjunktur in den USA so robust, dass sie die vom LBBW Research erwarteten weiteren Zinserhöhungen der US-Notenbank ohne größere Schwungverluste verarbeiten dürfte. Aus deutscher Sicht wäre zu nennen, dass der Euro an den Devisenmärkten weiterhin niedrig bewertet werden dürfte, was den zu beobachtenden schnelleren Anstieg der Lohnstückkosten hierzulande zumindest teilweise kompensieren dürfte. Alles in allem rechnen wir daher für Deutschland mit einem BIP-Wachstum in Höhe von 1,7%, durch die überdurchschnittliche Zahl der Arbeitstage würde sich rechnerisch sogar ein Plus von 1,8% ergeben. Im Euroraum erwarten wir 1,5% BIP-Wachstum und in den USA 2,0%.

Allerdings gibt es für dieses Szenario einer robusten Konjunktur für 2016 beachtliche Risiken. Vor allem die Wachstumsverlangsamung in China ist derzeit schwer einzuschätzen. Wir rechnen mit 6,3% BIP-Wachstum für 2016. Allerdings könnte der geplante Umbau der chinesischen Wirtschaft vom investitionsgetriebenen Exporteur hin zu einer mehr an der Binnennachfrage orientierten Volkswirtschaft holpriger als gedacht verlaufen. Zudem sind die weiteren Folgen des Ölpreyrückgangs für die Weltwirtschaft ungewiss. Zwar kommen niedrige Energiepreise den Rohstoffimporteuren entgegen. Aber auf dem inzwischen erreichten Preisniveau von nahe 30 US-Dollar je Fass droht die fiskalische Stabilität der Hauptförderländer in Mitleidenschaft gezogen zu werden. Dort, wo diese Gefahr auf geopolitische Risiken trifft, wie dies etwa in Russland oder dem Mittleren Osten der Fall ist, könnte eine adverse Entwicklung auch die Weltkonjunktur in Mitleidenschaft ziehen.

Überdies führen sinkende Ölpreise zu einem Rückgang der Inflation. Während dies in normalen Zeiten zu begrüßen ist, haben die Inflationsraten in den Industrieländern inzwischen Niveaus von nahe oder sogar unter null Prozent erreicht. Nach Auffassung der EZB führen dauerhaft niedrige Inflationsraten zu sinkenden Inflationserwartungen, woraus sich wiederum steigende Deflationsrisiken ergeben können. Auch dieses Risiko hat das Potenzial, die Finanzmärkte und die Konjunktur 2016 negativ zu beeinflussen. In unserem Hauptszenario erwarten wir dies aber nicht. Vielmehr sollte der Ölpreis im Zuge einer Angebotsverknappung bis Ende 2016 wieder auf 45 US-Dollar je Fass steigen, da viele Produzenten zu den aktuellen Preisen nicht mehr kostendeckend produzieren können und als Anbieter aus dem Markt ausscheiden dürften.

Im Hauptszenario dürften dann auch die Kapitalmarktrenditen allmählich wieder steigen. Ausgehend von der US-Notenbank, die ihre Leitzinsen gemäß Prognose der LBBW bis Ende 2016 auf 0,75% anheben wird, dürften die Renditen für 10-jährige US-Staatsanleihen auf 2,40% steigen. Im Euroraum wird die EZB die Leitzinsen vermutlich nochmals senken. Aber die längeren Laufzeiten dürften in den Sog der US-Märkte geraten. Die Rendite 10-jähriger Bundesanleihen würde nach Einschätzung der LBBW in diesem Umfeld Ende 2016 bei 0,60% liegen, was gemessen an der Vergangenheit noch eine Phase sehr niedriger Renditen wäre. Angesichts des Zinsvorteils für den US-Dollar dürfte am Devisenmarkt bis Ende 2016 der Kurs des Euro mit 1,10 US-Dollar je Euro nahe den aktuellen Notierungen verharren.

Branchen- und Wettbewerbssituation.

Für die deutsche Bankbranche erwartet die LBBW 2016 ein anhaltend anspruchsvolles Branchen- und Wettbewerbsumfeld. Während die hiesigen Banken weiterhin von einer stabilen wirtschaftlichen Lage im Heimatland profitieren dürften, lastet die Niedrigzinsphase mit zunehmender Dauer voraussichtlich immer spürbarer auf den Erlösen im Einlagengeschäft und der Eigenanlage. Zudem dürfte eine hohe Wettbewerbsintensität sowohl im Privat- als auch im Unternehmenskundengeschäft am deutschen Bankenmarkt weiterhin Druck auf die Margen ausüben. Gleichzeitig ist weiterhin mit hohen Kosten und operativem Aufwand der Banken durch höhere und zunehmend komplexere regulatorische Vorgaben zu rechnen. Neben verschärften Anforderungen an die Kapitalisierung und Kapitalzusammensetzung werden insbesondere auch die Anforderungen an die Liquidität für die Institute zukünftig steigen. Daneben sind weitere Belastungen aus Rechtsrisiken für die Branche nicht auszuschließen. Der Druck, die Effizienz insbesondere durch Kostensenkungsmaßnahmen zu steigern, dürfte vor diesem Hintergrund für die Institute auf absehbare Zeit nicht nachlassen. Darüber hinaus wird die digitale Transformation der Geschäftsmodelle für die Banken voraussichtlich ein zunehmend wichtiges Thema sein, das sowohl Herausforderungen als auch Chancen für die Institute bietet.

Auch wenn die Neuordnung der regulatorischen und aufsichtsrechtlichen Rahmenbedingungen inzwischen weit fortgeschritten ist, bergen neue Gesetze und aufsichtsrechtliche Vorhaben für die Institute weiterhin große Herausforderungen und stellen einen bedeutenden Unsicherheitsfaktor dar. Das gilt nicht nur mit Blick auf die Kostenbelastung, sondern auch auf die Planung und Steuerung. So bleibt u. a. abzuwarten, wie die EZB den neuen bankaufsichtlichen Überprüfungs- und Bewertungsprozess (SREP) und die damit verbundenen Kompetenzen bei den ihrer Aufsicht unterstellten Instituten zukünftig in der Praxis umsetzen wird. Darüber hinaus steht die abschließende Einigung über die geplante EU-Trennbankenverordnung weiterhin aus. Diese könnte Auswirkungen auf die entsprechenden deutschen Vorgaben haben, die von den Instituten ab Juli 2016 einzuhalten sind. Auch die Gespräche über die seit mehreren Jahren von einer Reihe von EU-Staaten angestrebte Finanztransaktionssteuer dauern fort. Jenseits der derzeit beschlossenen gemeinsamen Regelungen zur Einlagensicherung hält des Weiteren die Diskussion über die Einrichtung eines gemeinsamen europäischen Einlagensicherungsfonds an. Ebenso wird die Abwicklungsplanung die deutschen und europäischen Institute beschäftigen und weitere Ressourcen binden, auch wenn deren konkrete Ausgestaltung noch nicht endgültig geklärt ist. Der Wettbewerb der Banken um Bail-in-fähige Mittel wird sich weiter verschärfen. Das von der EU-Kommission verfolgte Projekt einer Europäischen Kapitalmarktunion, mit dem eine integrierte Marktinfrastruktur und insbesondere auch bessere Finanzierungsbedingungen für kleinere und mittlere Unternehmen geschaffen werden sollen, ist aufgrund der zu erwartenden Vielzahl an Einzelmaßnahmen in seinen Auswirkungen derzeit ebenfalls noch nicht vollständig überschaubar. Mit Blick auf die Finanzmarktregulierung wurden Anfang 2016 zudem eine Reihe von EU-Vorgaben in Deutschland in nationales Recht umgesetzt, die härtere Strafen bei Marktmissbrauch und einen umfassenderen Anlegerschutz beinhalten. Einzig bei der Novelle der Finanzmarkttrichtlinie (MIFID II/MIFIR) zeichnet sich für die Institute mehr Zeit bei der Umsetzung ab. Statt Anfang 2017 wird diese nun voraussichtlich nicht vor Anfang 2018 in Kraft treten.

Unternehmensprognose. Rahmenbedingungen.

Die im Folgenden ausgeführten Aussagen zur Unternehmensprognose der LBBW basieren auf der Ende 2015 erstellten Planung. Wie bereits im Vorjahr wird für den Prognosezeitraum von einem weiterhin niedrigen Zinsniveau und einer stabilen wirtschaftlichen Situation mit einem moderaten BIP-Wachstum in Deutschland ausgegangen. Für die Eurozone wird ein Wachstum unterstellt, das jedoch verhaltener ausfallen dürfte als im Inland. Aus dem auch künftig herausfordernden regulatorischen Umfeld erwartet die LBBW neben steigenden Anforderungen in Bezug auf Kapital und Liquidität eine zunehmende Komplexität durch die Umsetzung der vielfältigen Regelungen. Dies fordert zuletzt auch eine schnelle Reaktion auf sich rasch verändernde Rahmenbedingungen.

Ausblick der LBBW.

Auch in 2016 wird sich die LBBW auf ihr kundenorientiertes Geschäftsmodell konzentrieren und dabei im Kundeninteresse zukunftsweisende Projekte, wie z. B. den Umbau des Privatkundengeschäfts hin zu einer Multikanalbank und den Wechsel des Kernbankensystems, vorantreiben. Im Fokus steht dabei die weitere Verbesserung der Effizienz und die Anpassung an veränderte Markt- und Kundenanforderungen sowie der Auf- und Ausbau nachhaltiger Kundenbeziehungen. Herausforderungen ergeben sich aus dem weiterhin niedrigen Zinsniveau, der intensiven Wettbewerbssituation und der Vielzahl schnell umzusetzender regulatorischer Anforderungen. Dabei ist der Konzern mit seiner soliden Kapitalausstattung und adäquaten Risikostruktur für die bereits absehbaren Anforderungen gut aufgestellt.

Die für die LBBW bedeutsamsten finanziellen Leistungsindikatoren werden sich auf Konzernebene im Geschäftsjahr 2016 im Vergleich zum Vorjahr voraussichtlich wie folgt entwickeln:

Nach einem weiteren Rückgang von Risikoaktiva sowie einer erneuten Stärkung der Kapitalbasis konnten sowohl die harte Kernkapitalquote als auch die Gesamtkapitalquote (jeweils »fully loaded«) in 2015 beachtlich gesteigert werden. Für das Jahr 2016 wird auf Basis des geplanten Wachstums im Kundengeschäft und damit einhergehend merklich ansteigender risikogewichteter Aktiva sowohl von einer harten Kernkapitalquote als auch von einer Gesamtkapitalquote spürbar unter dem Vorjahresniveau ausgegangen. Dennoch wird die harte Kernkapitalquote weiterhin beträchtlich über den Mindestvorgaben der CRR/CRD IV liegen. Auch die im Rahmen des SREP (Supervisory Review and Evaluation Process) festgelegte institutsindividuelle Anforderung der Europäischen Zentralbank in Höhe von 9,75% sollte zum Jahresende 2016 weiterhin signifikant überschritten sein. Neben den regulatorischen Kapitalanforderungen legt die LBBW auch ein besonderes Augenmerk auf die ökonomische Kapitalsteuerung. Hinsichtlich der Auslastung der Risikodeckungsmasse wird für das Jahr 2016 aufgrund des angestrebten Marktwachstums mit einem spürbaren Anstieg der Quote gegenüber dem Vorjahr (2015: 48%) gerechnet. Die LBBW befindet sich damit weiterhin in einer komfortablen Risikotragfähigkeitssituation und sollte ihr Ziel der Sicherstellung einer soliden Kapitalisierung jederzeit erfüllen können.

Gegenüber dem Vorjahr reduzierte sich die Bilanzsumme im Jahr 2015 insbesondere durch den bewussten Abbau und das Auslaufen von Geschäften unter Gewährträgerhaftung auf rund 234 Mrd. EUR. In 2016 dürfte sich vor allem durch Wachstum in den operativen Segmenten wieder

ein moderater Anstieg der Konzernbilanzsumme ergeben. Für die risikounabhängige regulatorische Kennzahl Leverage Ratio erwartet die LBBW für Ende 2016 einen Wert leicht unter Vorjahr (2015: 4,7%), der jedoch weiterhin erheblich über der vom Baseler Ausschuss vorgesehenen Mindestmarke von 3% liegt. Zur Bewertung des kurzfristigen Liquiditätsrisikos wurde im Rahmen von Basel III die Liquidity Coverage Ratio etabliert und seit Oktober 2015 stufenweise eingeführt. Diese Kennzahl steht auch im Fokus der Steuerung der LBBW und liegt bereits zum Jahresende 2015 mit rund 82% spürbar über der seit 2016 gültigen Mindestquote von 70%. Zum Jahresende 2016 sollte sich die Quote ebenfalls auf diesem Niveau bewegen.

Ungeachtet der herausfordernden Rahmenbedingungen weist die LBBW seit fünf Jahren in Folge positive Konzernergebnisse vor Steuern aus, und übertrifft mit 531 Mio. EUR zum Jahresende 2015 das Ergebnis des Vorjahres (477 Mio. EUR) merklich. Für das Jahr 2016 wird vor dem Hintergrund erhöhter Investitionen in die Zukunftsfähigkeit der Bank, einer sich normalisierenden Risikoversorge und moderaten Wachstums im operativen Kundengeschäft sowie der u. a. sinkenden Garantievorsorge mit einem Konzernergebnis vor Steuern gerechnet, das nur leicht unter dem des Vorjahres liegt. Trotz des angenommenen wirtschaftlichen Wachstums wird die Kreditrisikoversorge in der Planung unter konservativen Erwartungen mit einem beträchtlichen Anstieg gegenüber dem niedrigen Vorjahr berücksichtigt. Das mit – 55 Mio. EUR vergleichsweise geringe Niveau in 2015 resultierte aus erhöhten Auflösungen von gebildeter Risikoversorge gegenüber dem Vorjahr, worin sich die gute Qualität des Kreditportfolios widerspiegelt.

Aufgrund des stringenten Kostenmanagements der LBBW werden die Verwaltungsaufwendungen 2016 trotz steigender Belastungen durch Aufwendungen für zukunftsorientierte Investitionen, insbesondere in der IT, sowie aus der Umsetzung von regulatorischen Anforderungen voraussichtlich nur leicht ansteigen. Die Cost Income Ratio kann trotz leicht steigender Verwaltungsaufwendungen aufgrund weiteren geplanten Wachstums in den Kernmärkten und der damit einhergehenden Steigerung der Erträge in 2016 voraussichtlich geringfügig auf unter 70% gesenkt werden. Der Return on Equity sollte auf Vorjahresniveau verbleiben.

Wesentliche Risiken für die Prognose zur Entwicklung der LBBW im Geschäftsjahr 2016 bestehen in einer unerwarteten Entwicklung der Marktparameter, wie bspw. der weiteren Absenkung des Zinsniveaus. Zudem könnte auch ein noch massiverer Wettbewerbsdruck zu niedrigeren Margen oder Volumina als geplant und damit zu geringeren Erträgen führen. Auch unvorhergesehene regulatorische und rechtliche Verschärfungen könnten die antizipierte Entwicklung beeinflussen. Ebenfalls nicht zu vernachlässigen sind, trotz der voraussichtlich stabilen Konjunktur, etwaige Auswirkungen aus der eingeleiteten Zinswende in den USA sowie die Folgen der Wirtschaftswachstumsverlangsamung in China auf exportorientierte baden-württembergische Unternehmen. Auch geopolitische Risiken wie bspw. in Russland oder im Mittleren Osten könnten die Weltkonjunktur und somit auch die Kunden der LBBW beeinflussen. Aufgrund der Mitgliedschaft in der institutsbezogenen Sicherungsreserve der Landesbanken sowie aufgrund der »europäischen Bankenabgabe« können im Fall von Entschädigungs- und Unterstützungsmaßnahmen auch von der LBBW Sonderzahlungen eingefordert werden, die zu unvorhergesehenen Belastungen der Vermögens-, Finanz-, Ertrags- und Liquiditätslage der LBBW führen können.

Demgegenüber ergeben sich für die LBBW im Geschäftsjahr 2016 Chancen auf ein Übertreffen des geplanten Ergebnisses. Sofern die angestrebten Effizienzverbesserungen im Rahmen der Anpassung interner Prozesse oder der weitere Ausbau des Kundengeschäfts und die damit einhergehend ver-

besserte Marktposition bereits früher als erwartet Erfolge zeigen, könnte das Ergebnis entsprechend positiv beeinflusst werden. Eine besser als erwartete Entwicklung der baden-württembergischen Unternehmen im Spannungsfeld der Einflüsse aus den USA oder China könnte zudem zu einer niedriger als angenommen ausfallenden Risikovorsorge sowie zu geringer als geplant ausfallenden risikogewichteten Aktiva, mit entsprechend positivem Einfluss auf die Entwicklung der LBBW, führen.

Auf Ebene der Segmente antizipiert die LBBW für das Geschäftsjahr 2016 im Vergleich zum Vorjahr folgende Entwicklungen. Während die operativen Segmente in Summe einen deutlich positiven Ergebnisbeitrag erwirtschaften sollten, wird für das Segment Credit Investment ein verbessertes, jedoch erneut negatives Ergebnis erwartet.

Für das Segment Corporates erwartet die LBBW durch die in 2016 voraussichtlich wieder anziehende Nachfrage nach Finanzierungen einen merklichen Anstieg der Bilanzaktiva. Dies dürfte unter risikobewusster Auswahl der Engagements zu einem spürbaren Anstieg der risikogewichteten Aktiva nach CRR/CRD IV führen. Das Segment profitierte im Jahr 2015 von seiner guten Kreditportfolioqualität und einer damit geringer als geplant ausfallenden Risikovorsorge sowie von positiven Effekten aus Kapitalbeteiligungsgesellschaften. Für das Geschäftsjahr 2016 wird aufgrund der außerordentlich niedrigen Risikovorsorge in 2015 mit einer Normalisierung und damit einem beträchtlichen Anstieg gegenüber dem Vorjahr gerechnet. Das prognostizierte Ergebnis vor Steuern dürfte damit aufgrund der beträchtlich höher geplanten Risikovorsorge im Jahr 2016 trotz anziehender Kundennachfrage signifikant unter dem des Vorjahres verbleiben. Die Cost Income Ratio des Segments wird in 2016 voraussichtlich leicht ansteigen.

Die Bilanzaktiva des Segments Retail/Sparkassen dürften im Vergleich zum Vorjahr nahezu unverändert bleiben. Die risikogewichteten Aktiva nach CRR/CRD IV erfahren hingegen im Vergleich zum Vorjahr aufgrund der angestrebten Zulassung interner Ratingverfahren einen signifikanten Rückgang. Das Ergebnis vor Steuern wird in 2016 voraussichtlich beträchtlich niedriger ausfallen als in 2015. Dies ist u. a. auf die voraussichtlich moderat ansteigenden Verwaltungsaufwendungen im Zusammenhang mit dem Umbau des Privatkundengeschäfts hin zur Multikanalbank, zukunftsorientierten Investitionen in die Konsolidierung von IT-Systemen sowie auf zinsbedingte Belastungen der Erträge im Einlagengeschäft zurückzuführen. Die Cost Income Ratio sollte jedoch nur leicht über dem entsprechenden Vorjahreswert liegen.

Das Segment Financial Markets erreichte in 2015 ein signifikant über Plan liegendes Ergebnis vor Steuern. Für das Geschäftsjahr 2016 rechnet die LBBW mit einem erheblich niedrigeren Ergebnis vor Steuern, aber auf dem Niveau der bisherigen Mittelfristplanung. Dabei werden sich die Erträge in 2016 dank der stringenten Ausrichtung von Organisation, Steuerungslogik und Produktportfolio am Kundeninteresse voraussichtlich nur leicht unter Vorjahr bewegen. Mit der Neuausrichtung einhergehend sind jedoch Investitionen erforderlich, die sich in 2016 in moderat steigenden Verwaltungsaufwendungen niederschlagen werden. Die LBBW rechnet entsprechend dieser Entwicklung mit einem leichten Anstieg der Cost Income Ratio. Diese Prognose trägt dem geänderten regulatorischen Umfeld Rechnung und berücksichtigt die anhaltend flache Zinsstrukturkurve. Für die Bilanzaktiva plant die LBBW in 2016 einen merklichen Anstieg. Nach Wegfall kompensatorischer Effekte in 2015 wird in 2016 für die risikogewichtete Aktiva nach CRR/CRD IV von einem erheblichen Anstieg ausgegangen.

Für das Segment Credit Investment wird für das Geschäftsjahr 2016 weiterhin mit einem negativen Ergebnis vor Steuern gerechnet, das allerdings aufgrund der deutlich rückläufigen Garantieprovision merklich besser als im Vorjahr ausfallen dürfte. Die Entwicklung wird zudem durch den geplanten weiteren Auslauf des durch die LBBW refinanzierten und unter dem Risikoschirm des Landes Baden-Württemberg stehenden verbleibenden Sealink Portfolios sowie der damit einhergehend spürbar rückläufigen Bilanzaktiva geprägt sein.

Die LBBW (Bank) erwartet im Einzelabschluss nach HGB für das Gesamtjahr 2016 ein Jahresergebnis vor Steuern, das leicht über dem des Vorjahres liegen sollte. Im Wesentlichen begründet sich diese Entwicklung analog dem Konzernergebnis vor Steuern. Zusätzlich antizipiert die Bank geringere Belastungen aus Zuführungen zu Pensionsrückstellungen, welche auf eine kürzlich durch den Bundestag verabschiedete Änderung des Handelsgesetzbuchs zurückzuführen sind.

In einem nach wie vor schwierigen Marktumfeld mit zunehmender Regulierung, anhaltend niedrigen Zinsen und intensivem Wettbewerb ist die LBBW mit ihrem kundenorientierten Geschäftsmodell gut aufgestellt. Der Konzern verfügt zudem über eine nachhaltig solide Kapitalisierung und eine gute Risikostruktur. Die kommenden Jahre stehen ganz im Zeichen von zukunftsweisenden Projekten und großen Anstrengungen wie bspw. im Rahmen der Umbauten von Privatkundengeschäft und IT-Architektur bei gleichzeitiger Steigerung von Effizienzen und Senkung von Kosten. Dies ermöglicht es der LBBW, ihrem breiten, vornehmlich regional auszubauenden, Kundenstamm auch zukünftig als verlässlicher und sicherer Partner zur Seite zu stehen.

Erläuterungen zum Jahresabschluss der LBBW (Bank).

Bericht zur Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage. Geschäftsverlauf 2015.

Die Steuerung des LBBW-Konzerns erfolgt grundsätzlich auf Basis von IFRS-Kennzahlen. Auch die LBBW (Bank) wird als wesentlicher Bestandteil des Konzerns nach diesen Kennziffern gesteuert.

Der Geschäftsverlauf der LBBW (Bank) war auch im Jahr 2015 geprägt von einem für Banken weiterhin schwierigen Marktumfeld mit anhaltend niedrigem Zinsniveau sowie stetig steigender Regulierungskomplexität. Dank einer guten Positionierung in den regionalen Kernmärkten sowie einer positiven europäischen Wirtschaftsentwicklung erzielte die LBBW (Bank) im abgelaufenen Geschäftsjahr ein sehr solides Ergebnis.

Das **Betriebsergebnis vor Risikovorsorge/Bewertung** übertraf mit 617 Mio. EUR das Vorjahresergebnis um 122 Mio. EUR deutlich. Bedeutende Treiber hierfür waren im Wesentlichen ein gewachsenes Ergebnis aus Finanzgeschäften des Handelsbestands sowie ein gestiegenes Sonstiges betriebliches Ergebnis, u. a. aufgrund eines geringeren Rückstellungsbedarfs. Gegenüber dem Vorjahr erhöhte Verwaltungsaufwendungen sowie ein rückläufiger Zinsüberschuss bremsten hingegen die positive Gesamtentwicklung. Innerhalb des **Risikovorsorge-/Bewertungsergebnisses** waren differenzierte Entwicklungen zu verzeichnen. Während sich bei der Kreditrisikovorsorge – insbesondere dank der guten wirtschaftlichen Lage in den Kernmärkten der LBBW und der guten Qualität der Kreditportfolios – eine Nettoauflösung ergab, reduzierte sich das Bewertungsergebnis für Wertpapiere und Beteiligungen inkl. Verlustübernahmen insgesamt merklich. Nach Berücksichtigung des außerordentlichen Ergebnisses, der Zinsen auf Stille Einlagen und des Steueraufwands verbleibt ein **Jahresüberschuss vor Gewinnverwendung** in Höhe von 322 Mio. EUR (Vorjahr: 313 Mio. EUR).

Gegenüber dem **Plan** wurde im Geschäftsjahr 2015 ein spürbar niedrigeres Jahresergebnis vor Steuern erzielt. Hierbei wurden die Planwerte beim Betriebsergebnis vor Risikovorsorge und Bewertung insgesamt deutlich unterschritten, was maßgeblich an erheblich gestiegenen Zuführungen zu Pensionsrückstellungen lag. Ein im Vergleich zur Planung deutlich verbessertes Risikovorsorge-/Bewertungsergebnis konnte diesen Effekt zum Teil kompensieren, in Summe jedoch nicht ausgleichen.

Gegenüber dem Vorjahr reduzierte sich das **Geschäftsvolumen** im Jahr 2015 insbesondere durch den bewussten Abbau und das Auslaufen von Geschäften unter Gewährträgerhaftung auf rund 243,9 Mrd. EUR (Vorjahr: 283,1 Mrd. EUR). Dies entspricht einem Rückgang um insgesamt 39,1 Mrd. EUR bzw. 13,8%. Im Berichtsjahr wurde ein erheblicher Teil der unter die Gewährträgerhaftung fallenden verbrieften Verbindlichkeiten fällig. Korrespondierend hierzu spiegelte sich das Auslaufen der Gewährträgerhaftung auch in höheren Fälligkeiten insbesondere bei Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren und unter Forderungen an Kreditinstitute ausgewiesene Kommunalkredite auf der Aktivseite wider. Zudem entwickelten sich die zum beizulegenden Zeitwert bilanzierten Handelsaktiva aufgrund von Fälligkeiten und der allgemeinen Zins- und Credit-Spreadentwicklungen deutlich rückläufig.

Gemäß den aktuell gültigen Eigenkapitalregeln nach CRR/CRD IV betrug die **harte Kernkapitalquote** des Instituts 19,2% (Vorjahr: 17,6%) und die **Gesamtkapitalquote** 25,6% (Vorjahr: 23,8%), jeweils unter Berücksichtigung der Übergangsregelungen.

Die **Finanzlage** der Bank war aufgrund der guten Liquiditätsausstattung im gesamten Berichtsjahr zu jeder Zeit geordnet. Die strukturelle Refinanzierung der LBBW (Bank) wird von einem stabilen Absatz verschiedenster Refinanzierungsprodukte aufgrund der breiten und etablierten Kundenbasis getragen. Firmenkunden und institutionelle Anleger, sowohl nationale als auch internationale, lieferten einen nachhaltigen Beitrag zur Diversifikation des Fundings. Insgesamt war die Bank zu jeder Zeit in der Lage, im gewünschten Umfang Refinanzierungsmittel zu beschaffen.

Das Berichtsjahr war geprägt durch zum Jahresende fällig gewordene verbrieftete Verbindlichkeiten, die bis zum 18. Juli 2005 unter dem Schutz der Gewährträgerhaftung begeben wurden. Dies zog im Vergleich zum vorangegangenen Berichtsjahr teilweise größere Bilanzveränderungen nach sich. Ein Großteil dieser Mittel musste aufgrund des deutlich geringeren Refinanzierungsbedarfs durch den analogen Abbau von Forderungen und Finanzanlagen mit Gewährträgerhaftung nicht ersetzt werden. Auch nach Auslauf der gewährträgerbehafteten Verbindlichkeiten geht die LBBW davon aus, sich zu weiterhin komfortablen Sätzen am Markt refinanzieren zu können. Im vergangenen Jahr konnten neben Privatplatzierungen auch erfolgreiche Benchmarkemissionen in Form von Pfandbriefen und unbesicherten Inhaberschuldverschreibungen am Markt platziert werden. Neben Anlegern im Inland trafen diese Emissionen auch auf Interesse von internationalen Investoren.

Die **Liquiditätskennzahl** nach LiqV lag per 31. Dezember 2015 bei 1,43 (Vorjahr: 1,34) und damit signifikant über der geforderten Mindestgröße von 1,0.

Ertragslage.

Erfolgszahlen (inklusive Hybridbedienung):

	01.01.2015	01.01.2014	Veränderung	
	- 31.12.2015	- 31.12.2014	Mio. EUR	in %
	Mio. EUR	Mio. EUR		
Zinsüberschuss	1 705	1 754	- 50	- 2,8
davon laufende Hybridbedienung	- 16	- 26	10	- 38,8
Provisionsüberschuss	281	224	57	25,4
Provisionsergebnis ohne Garantieprovision	402	415	- 13	- 3,2
Garantieprovision Land Baden-Württemberg	- 121	- 191	70	- 36,6
Nettoergebnis des Handelsbestands	268	72	197	> 100
Verwaltungsaufwendungen ¹⁾	- 1 755	- 1 604	- 151	9,4
Sonstiges betriebliches Ergebnis	119	50	69	> 100
Betriebsergebnis vor Risikovorsorge-/Bewertungsergebnis	617	496	122	24,6
Risikovorsorge-/Bewertungsergebnis	- 132	- 72	- 60	82,6
Betriebsergebnis (Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit)	485	423	62	14,6
Außerordentliches Ergebnis	- 45	- 25	- 20	79,1
Teilgewinnabführung	- 55	- 66	11	- 16,3
davon laufende Hybridbedienung	- 55	- 66	11	- 16,7
Jahresergebnis vor Steuern	385	333	53	15,9
Steuern vom Einkommen und Ertrag	- 63	- 20	- 43	> 100
Jahresergebnis nach Steuern	322	313	10	3,1
Bilanzgewinn	322	313	10	3,1

Aus rechnerischen Gründen können in dieser und den nachfolgenden Tabellen Rundungsdifferenzen auftreten.

1) Dieser Posten umfasst neben den Personal- und Sachaufwendungen Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen.

Der **Zinsüberschuss** in der LBBW (Bank) fiel im abgelaufenen Geschäftsjahr geringfügig um - 50 Mio. EUR auf 1 705 Mio. EUR. Der Rückgang resultierte im Wesentlichen aus dem allgemein niedrigen Zinsniveau, was u. a. den Ergebnisbeitrag im Einlagengeschäft sowie die Eigenmittelanlage der LBBW belastete. Des Weiteren trugen die verminderten Volumina durch Fälligkeiten bei gleichzeitig selektiver Kreditvergabe in einem wettbewerbsintensiven Umfeld zu einem Rückgang der Zinserträge bzw. -aufwendungen bei. Darüber hinaus belastete ein Anstieg der Zinsaufwendungen bei Handels- und Sicherungsderivaten. Entgegen dem Gesamttrend entwickelten sich die Beteiligungserträge um 118 Mio. EUR auf 270 Mio. EUR äußerst positiv.

Der **Provisionsüberschuss** verbesserte sich gegenüber dem Vorjahr deutlich um 57 Mio. EUR auf 281 Mio. EUR (Vorjahr: 224 Mio. EUR). Dabei zeigten die einzelnen Provisionsarten ein differenziertes Bild. Getragen wurde der Ergebnisanstieg gegenüber dem Vorjahr im Wesentlichen durch nochmals signifikant verminderte Aufwendungen für die an das Land Baden-Württemberg zu entrichtende Garantieprovision in Höhe von - 121 Mio. EUR (Vorjahr: - 191 Mio. EUR). Ursächlich hierfür war der vollständige Verkauf des von den Trägern der LBBW garantierten Verbriefungsportfolios in 2014. Die LBBW finanziert weiterhin die nicht konsolidierungspflichtige Zweckgesellschaft Sealink. Für bestimmte Kredite an diese Zweckgesellschaft existiert nach wie vor eine Garantie des Landes Baden-Württemberg, wofür auch in Zukunft noch Provisionszahlungen anfallen werden. Einem spürbaren Anstieg der Provisionen aus dem Wertpapier- und Kommissionsgeschäft um 18 Mio. EUR sowie im Wertpapierkonsortialgeschäft um 12 Mio. EUR standen auf der anderen Seite niedrigere Provisions-einnahmen aus Vermittlungsgeschäften gegenüber. Zusätzlich war das Provisionsergebnis aus Krediten und Bürgschaften mit reinem Dienstleistungscharakter aufgrund höherer Abgrenzungen rückläufig und betrug 120 Mio. EUR (Vorjahr: 149 Mio. EUR). Dem stehen Erträge gegenüber, die zeitanteilig im Zinsergebnis vereinnahmt werden.

Das **Nettoergebnis des Handelsbestands** erhöhte sich beträchtlich um 197 Mio. EUR auf 268 Mio. EUR (Vorjahr: 72 Mio. EUR). Die Ergebnisverbesserung wurde im Wesentlichen durch Bewertungserträge beeinflusst, denen aufgrund der HGB-Ausweismethodik entsprechende Aufwände insbesondere im Zinsergebnis gegenüberstanden. Daneben wurde die Ergebnisverbesserung u. a. durch die in 2015 wieder volatileren Märkte und ein daraus begünstigtes Neugeschäft in Absicherungsprodukten gegen Fremdwährungs- und Zinsrisiken getragen. Zudem trugen geringere Bewertungsabschläge für Handelsbestände in Höhe von 43 Mio. EUR (im Wesentlichen Credit Valuation Adjustments) zur positiven Entwicklung bei (Vorjahr: – 19 Mio. EUR). Unter Berücksichtigung der Entwicklung der Handelsbestände sowie von relevanten Marktparametern waren in 2015 keine gesetzlich zu bildenden Risikoabschläge erforderlich (Vorjahr: Auflösung i. H. v. 24 Mio. EUR). Aufgrund des gestiegenen Ergebnisses aus Finanzinstrumenten des Handelsbestands erhöhte sich die Dotierung des Sonderpostens für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340e Abs. 4 HGB i. V. m. § 340g im Berichtszeitraum auf – 30 Mio. EUR (Vorjahr: – 8 Mio. EUR).

Die **Verwaltungsaufwendungen** erhöhten sich gegenüber dem Vorjahreswert in Höhe von – 1 604 Mio. EUR um – 151 Mio. EUR auf insgesamt – 1 755 Mio. EUR. Hierbei stiegen die Personalaufwendungen um – 154 Mio. EUR auf – 974 Mio. EUR an. Maßgeblich hierfür waren Zuführungen zu Pensions- und Beihilferückstellungen in Höhe von – 212 Mio. EUR (Vorjahr: – 95 Mio. EUR), im Wesentlichen aufgrund des weiter zurückgegangenen Diskontierungszinssatzes. Die anderen Verwaltungsaufwendungen reduzierten sich hingegen in Summe leicht um 13 Mio. EUR auf – 702 Mio. EUR (Vorjahr: – 715 Mio. EUR). Ein großer Anteil der Aufwendungen stand nach wie vor im Zusammenhang mit dem im Jahr 2014 gestarteten Umbau der IT-Architektur, um den wachsenden Anforderungen an die Banksteuerung Rechnung zu tragen. Die LBBW investiert u. a. in ein neues Kernbanksystem, das planmäßig 2017 eingeführt wird und die Grundlage für eine stärkere Digitalisierung, Standardisierung und Optimierung der Geschäftsprozesse darstellt. Daneben belastete die Umsetzung von neuen regulatorischen Anforderungen erheblich. Entlastend wirkten geringere Aufwendungen für Rechts- und Beratungskosten sowie für Prüfungskosten. Letztere sorgten im Jahr 2014 noch vor dem Übergang der Aufsichtsverantwortung auf die EZB mit der Durchführung eines Balance Sheet Assessment für erhöhte Belastungen. Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte stiegen im Berichtsjahr um – 10 Mio. EUR auf – 79 Mio. EUR (Vorjahr: – 69 Mio. EUR).

Das **Sonstige betriebliche Ergebnis** verbesserte sich durch eine Vielzahl an Einzeleffekten um 69 Mio. EUR auf 119 Mio. EUR (Vorjahr: 50 Mio. EUR). Getragen wurde diese Entwicklung u. a. durch höhere Erträge aus Beteiligungsveräußerungen in Höhe von 44 Mio. EUR (Vorjahr: 7 Mio. EUR) sowie durch ein höheres Veräußerungsergebnis aus der Portfolio-Optimierung bei fremdgenutzten Grundstücken und Gebäuden des Anlagevermögens. Der Saldo aus Zuführungen und Auflösungen von Rückstellungen innerhalb des Sonstigen betrieblichen Ergebnisses war im abgelaufenen Geschäftsjahr mit 20 Mio. EUR (Vorjahr: 23 Mio. EUR) positiv. Nettoauflösungen in Höhe von 16 Mio. EUR (Vorjahr: 23 Mio. EUR) betrafen insbesondere Rückstellungen für Rechts- und Prozessrisiken.

Das **Risikovorsorge-/Bewertungsergebnis** verschlechterte sich gegenüber dem Vorjahr in Summe um – 60 Mio. EUR auf – 132 Mio. EUR (Vorjahr: – 72 Mio. EUR). Bezüglich der einzelnen Ergebnispositionen war eine differenzierte Entwicklung zu verzeichnen:

- Das **Bewertungsergebnis aus Wertpapieren, Schuldscheindarlehen und Derivaten der Liquiditätsreserve** reduzierte sich um – 67 Mio. EUR auf – 71 Mio. EUR (Vorjahr: – 4 Mio. EUR). Aus-

schlaggebend für das negative Gesamtjahresergebnis waren vordringlich Bewertungseffekte aus der Währungs- und Spreadentwicklung.

- Das **Bewertungsergebnis der Wertpapiere des Anlagevermögens** reduzierte sich ebenfalls um – 62 Mio. EUR auf – 6 Mio. EUR (Vorjahr: 55 Mio. EUR). Das negative Gesamtergebnis resultierte aus gezielten Verkäufen zur Optimierung der Risiko- und Liquiditätspositionen im Treasury-Umfeld. Im Vorjahr lieferten Veräußerungsgewinne aus dem Abbau von Nicht-Kernbankgeschäft (ehem. Garantieportfolio und Teilen des nicht garantierten Kreditersatzgeschäfts) noch positive Ergebnisbeiträge.
- Das **Bewertungsergebnis aus Beteiligungen und verbundenen Unternehmen** verringerte sich ggü. dem Vorjahr um – 25 Mio. EUR auf – 9 Mio. EUR (Vorjahr: 16 Mio. EUR).
- Das **Ergebnis aus Verlustübernahmen** verschlechterte sich um – 26 Mio. EUR auf – 50 Mio. EUR (Vorjahr: – 24 Mio. EUR). Ursächlich hierfür waren u. a. Bewertungseffekte im Immobilienbestand einer ausländischen Tochtergesellschaft und einer damit verbundenen Verlustübernahme in Höhe von – 48 Mio. EUR (Vorjahr: – 23 Mio. EUR).
- Das **Risikovorsorgeergebnis im Kreditgeschäft** verbesserte sich gegenüber dem Vorjahr um 119 Mio. EUR auf 4 Mio. EUR (Vorjahr: – 115 Mio. EUR) und lag damit insgesamt beträchtlich über dem Vorjahr sowie unter dem langjährigen Durchschnitt. Im Einklang mit der konjunkturellen Entwicklung spiegelte sich in dieser Zahl die hohe Kreditportfolioqualität der LBBW in den jeweiligen Kernmärkten wider.

Das **außerordentliche Ergebnis** reduzierte sich um – 20 Mio. EUR auf – 45 Mio. EUR (Vorjahr: – 25 Mio. EUR). Aus der Umstellung der Dotierung der Pensionsrückstellungen gemäß Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz (BilMoG) resultierte für das Jahr 2015 (wie auch in den Vorjahren) ein außerordentlicher Aufwand in Höhe von – 27 Mio. EUR. Maßgeblich für die Veränderung im Vergleich zum Vorjahr war insbesondere ein negativer Effekt aus der Neubildung von Restrukturierungsrückstellungen in Höhe von 40 Mio. EUR im Berichtsjahr. Vor dem Hintergrund der zunehmenden Digitalisierung richtet die zur LBBW gehörende Baden-Württembergische Bank (BW-Bank) ihr Privatkundengeschäft hin zu einer Multikanalbank neu aus. Für die daraus abgeleiteten Maßnahmen, u. a. den Umbau des Standortnetzes einschließlich korrespondierender Personalmaßnahmen, war eine entsprechende Rückstellung zu bilden. Ein positiver Gegeneffekt in Höhe von 22 Mio. EUR resultierte aus der Anwachsung zweier Grundstücksverwaltungsgesellschaften mit dem Ziel konzerninterne Prozesse zu optimieren, indem die eigengenutzten Immobilien der LBBW künftig direkt im Anlagevermögen gehalten werden.

Für das Geschäftsjahr 2015 ergab sich in Summe ein **Jahresüberschuss vor Steuern** in Höhe von 385 Mio. EUR (Vorjahr: 333 Mio. EUR), wodurch der stabile Ergebnistrend der vergangenen Jahre abermals bestätigt wird.

Die **Steuern vom Einkommen und Ertrag** beliefen sich im Geschäftsjahr 2015 auf – 63 Mio. EUR (Vorjahr: – 20 Mio. EUR). Die laufenden Ertragsteuern stiegen im Geschäftsjahr 2015 um – 27 Mio. EUR auf – 73 Mio. EUR an, wofür insbesondere die positive Ergebnisentwicklung der Bank im Inland maßgeblich war. Frühere Jahre betreffende Ertragsteuern verringerten sich insbesondere aufgrund geringerer Sondereffekte auf 10 Mio. EUR (Vorjahr: 27 Mio. EUR).

Das **Jahresergebnis nach Steuern** stieg leicht um 10 Mio. EUR auf 322 Mio. EUR (Vorjahr: 313 Mio. EUR).

Vermögens- und Finanzlage.

Aktiva	31.12.2015 Mio. EUR	31.12.2014 Mio. EUR	Veränderung	
			Mio. EUR	in %
Barreserve	1 156	1 927	- 771	- 40,0
Schuldtitle öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei Zentralbanken zugelassen sind	0	0	0	
Forderungen an Kreditinstitute	30 080	38 948	- 8 868	- 22,8
Forderungen an Kunden	104 951	111 673	- 6 722	- 6,0
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	25 103	31 891	- 6 788	- 21,3
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	117	250	- 133	- 53,1
Handelsbestand	43 439	58 314	- 14 874	- 25,5
Beteiligungen	594	649	- 55	- 8,5
Anteile an verbundenen Unternehmen	1 942	2 332	- 389	- 16,7
Treuhandvermögen	609	818	- 209	- 25,6
Immaterielle Anlagewerte	148	98	50	50,7
Sachanlagen	1 019	379	640	> 100
Sonstige Vermögensgegenstände	1 159	1 778	- 619	- 34,8
Rechnungsabgrenzungsposten	2 583	1 368	1 216	88,9
Summe der Aktiva	212 901	250 425	- 37 524	- 15,0

Passiva	31.12.2015 Mio. EUR	31.12.2014 Mio. EUR	Veränderung	
			Mio. EUR	in %
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	43 594	53 043	- 9 449	- 17,8
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	63 211	74 549	- 11 338	- 15,2
Verbriefte Verbindlichkeiten	31 004	49 559	- 18 555	- 37,4
Handelsbestand	48 876	46 718	2 158	4,6
Treuhandverbindlichkeiten	609	818	- 209	- 25,6
Sonstige Verbindlichkeiten	555	1 552	- 997	- 64,2
Rechnungsabgrenzungsposten	3 365	1 449	1 916	> 100
Rückstellungen	2 302	2 183	119	5,5
Nachrangige Verbindlichkeiten	3 848	4 766	- 918	- 19,3
Genussrechtskapital	285	435	- 150	- 34,4
Fonds für allgemeine Bankrisiken	551	521	30	5,7
Eigenkapital	14 700	14 830	- 130	- 0,9
Summe der Passiva	212 901	250 425	- 37 524	- 15,0
Eventualverbindlichkeiten	7 400	8 284	- 885	- 10,7
Andere Verpflichtungen	23 646	24 365	- 719	- 3,0
Geschäftsvolumen¹⁾	243 946	283 073	- 39 127	- 13,8

¹⁾ Das Geschäftsvolumen umfasst neben der Bilanzsumme die außerbilanziell geführten Eventualverbindlichkeiten sowie andere Verpflichtungen. Differenzen in Höhe von +/- einer Einheit sind rundungsbedingt.

Geschäftsvolumen rückläufig.

Gegenüber dem Vorjahr reduzierte sich die **Bilanzsumme** der LBBW (Bank) im Jahr 2015 insbesondere durch den bewussten Abbau und das Auslaufen von Geschäften unter Gewährträgerhaftung um - 37,5 Mrd. EUR bzw. - 15,0% auf 212,9 Mrd. EUR.

Parallel dazu entwickelte sich das **Geschäftsvolumen** ebenfalls rückläufig und sank um - 39,1 Mrd. EUR auf 243,9 Mrd. EUR. Neben der verringerten Bilanzsumme trug auch die Entwicklung der außerbilanziellen Posten zu einem Abschmelzen bei.

Geprägt war diese Entwicklung insbesondere durch zum Jahresende fällige verbrieft Verbindlichkeiten, die unter dem Schutz der Gewährträgerhaftung begeben worden waren. Im Jahr 2001 haben sich die EU-Kommission und die Bundesrepublik Deutschland auf eine Neuregelung der Themenkomplexe Anstaltslast und Gewährträgerhaftung verständigt. Hintergrund war ein Beschluss der EU-

Kommission, wonach gesetzliche Garantien für spezielle Kreditinstitute mit öffentlich rechtlichem Hintergrund nicht mit den EU-Beihilferichtlinien in Einklang stehen. Hierzu wurde u. a. eine Übergangsfrist vereinbart, in der Anstaltslast und Gewährträgerhaftung für zwischen dem 18. Juli 2001 und dem 18. Juli 2005 begründete Verbindlichkeiten weiter bestehen und am 31. Dezember 2015 enden.

Die LBBW (Bank) hatte in dem o.g. Zeitraum nicht nur Emissionen aufgelegt, sondern auch selbst mit bestem Rating versehene Schuldverschreibungen erworben, die mit Auslauf der Gewährträgerhaftung im Jahr 2015 fällig wurden und ein korrespondierendes Abschmelzen der Aktivseite bewirkten. In diesem Zusammenhang reduzierten sich insbesondere auch die unter den Forderungen an Kreditinstitute ausgewiesenen Kommunalkredite.

Den Refinanzierungsbedarf für das Jahr 2015 konnte die Bank durch gezielte Begebungen von Neuemissionen am Markt decken. Die durchgeführten Benchmarkemissionen auf der Basis von Pfandbriefen und unbesicherten Inhaberschuldverschreibungen waren nicht nur am deutschen Markt gefragt, sondern fanden auch eine hohe Nachfrage bei internationalen Investoren.

Aktivgeschäft.

Zum Ende des Berichtsjahres belief sich die **Barreserve** auf 1,2 Mrd. EUR. Die Reduzierung um – 0,8 Mrd. EUR war fast ausschließlich auf einen verringerten Guthabenbestand bei Zentralnotenbanken zurückzuführen.

Zum 31. Dezember 2015 reduzierten sich die **Forderungen an Kreditinstitute** um – 8,9 Mrd. EUR auf 30,1 Mrd. EUR. Die um – 5,2 Mrd. EUR rückläufige Entwicklung der Kommunalkredite war u. a. von auslaufenden Geschäften unter Gewährträgerhaftung geprägt. Der Rückgang im Wertpapierpensionsgeschäft um – 1,7 Mrd. EUR, vor allem aus TriParty-Repogeschäften mit großen international tätigen Kreditinstituten und Central Counterparties, war maßgeblich auf die im Geschäftsjahr erstmalig durchgeführte Nettodarstellung von Wertpapierpensionsgeschäften zurückzuführen.

Der Bestand von **Forderungen an Kunden** verringerte sich zum Jahresende 2015 um – 6,7 Mrd. EUR auf 105,0 Mrd. EUR. Dabei gingen im Wesentlichen die Bestände bei Wertpapierpensionsgeschäften um – 2,8 Mrd. EUR zurück. Darin war ein Effekt in Höhe von – 2,3 Mrd. EUR für die zum Jahresende 2015 erstmalig durchgeführte Nettodarstellung der über Central Counterparties abgewickelten Wertpapierpensionsgeschäfte berücksichtigt. Des Weiteren reduzierte sich der Bestand an Kommunalkrediten um – 2,5 Mrd. aufgrund von Fälligkeiten, die das Neugeschäft überstiegen.

Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere nahmen um insgesamt – 6,8 Mrd. EUR auf 25,1 Mrd. EUR ab. Das Volumen an eigenen Schuldverschreibungen verringerte sich um – 4,1 Mrd. EUR. Dem Rückgang bei Anleihen und Schuldverschreibungen von nicht-öffentlichen Emittenten in Höhe von – 8,6 Mrd. EUR stand ein Anstieg bei Anleihen und Schuldverschreibungen von öffentlichen Emittenten, hauptsächlich in Form von Staats- und Länderanleihen, in Höhe von 5,8 Mrd. EUR gegenüber.

Im Jahresverlauf ging die **Handelsaktiva** spürbar um – 14,9 Mrd. EUR auf 43,4 Mrd. EUR zurück. Hierbei fand erneut die im Vorjahr erstmals zum Einsatz gekommene Nettodarstellung bilateraler OTC-Derivate und entsprechender Sicherheitsleistungen Anwendung. Im Geschäftsjahr 2015 wurde die bestehende Methodik um währungsbezogene Geschäfte erweitert. Der Gesamteffekt betrug

– 19,6 Mrd. EUR und bewegte sich damit auf Vorjahresniveau. Wesentliche Treiber für den Rückgang bei den Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren um – 6,7 Mrd. EUR waren Fälligkeiten von mit Gewährträgerhaftung besicherten Anleihen. Zudem reduzierten sich die positiven Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten um – 6,1 Mrd. EUR. Ursächlich hierfür war neben Fälligkeiten ein Anstieg der langfristigen Zinsen zum Jahresende, der sich auf die Bewertung der Derivate (insbesondere Zinsswaps, Swaptions und Devisenswaps) auswirkte. Gleichzeitig gingen die unter den Handelsgeschäften ausgewiesenen Forderungen an Kunden, mehrheitlich Geldmarkthandelsgeschäfte, auch unter Berücksichtigung von Effekten aus der Nettodarstellung bilateraler Sicherheitsleistungen aus OTC-Derivaten, um – 2,0 Mrd. EUR zurück.

Der Posten **Anteile an verbundenen Unternehmen** verringerte sich im Berichtsjahr von 2,3 Mrd. EUR auf 1,9 Mrd. EUR. Hauptgrund hierfür war die Anwachsung von Grundstücksverwaltungsgesellschaften auf die LBBW (Bank).

Gegenläufig erhöhte sich das **Sachanlagevermögen** um 0,6 Mrd. EUR, u. a. aufgrund des Übergangs von Grundstücken und Gebäuden von zwei Objektgesellschaften.

Refinanzierung.

Die **Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten** verminderten sich im Vergleich zum Jahresende 2014 um – 9,4 Mrd. EUR auf 43,6 Mrd. EUR. Ursächlich für das um – 4,3 Mrd. EUR gesunkene Volumen an Sonstigen Verbindlichkeiten waren hauptsächlich fällig gewordenen Schuldscheindarlehen. Infolge verringerter Geschäftsvolumina, vor allem im Zusammenhang mit Central Counterparties, ging der Bestand bei Wertpapierpensionsgeschäften um – 4,1 Mrd. EUR zurück. Die zum Jahresende 2015 erstmalig durchgeführte Nettodarstellung der über Central Counterparties abgewickelten Wertpapierpensionsgeschäfte trugen mit – 1,6 Mrd. EUR zu dieser Entwicklung bei.

Zum 31. Dezember 2015 beliefen sich die **Verbindlichkeiten gegenüber Kunden** auf 63,2 Mrd. EUR und lagen mit – 11,3 Mrd. EUR deutlich unter dem Vorjahreswert. Primär verantwortlich war hierfür eine Verminderung der Wertpapierpensionsgeschäfte um – 6,2 Mrd. EUR, wobei auf die im Geschäftsjahr erstmalig durchgeführte Nettodarstellung der über Central Counterparties abgewickelten Wertpapierpensionsgeschäfte ein Betrag in Höhe von rund – 2,3 Mrd. EUR entfiel. Zusätzlich war das Volumen an Sonstigen Verbindlichkeiten, insbesondere bei Schuldscheindarlehen, aufgrund von Fälligkeiten um – 3,2 Mrd. EUR rückläufig. Daneben nahm der Bestand bei öffentlichen Namenspfandbriefen um weitere – 1,5 Mrd. EUR ab.

Der spürbare Rückgang der **Verbrieften Verbindlichkeiten** um – 18,6 Mrd. EUR auf 31,0 Mrd. EUR war im Wesentlichen auf Fälligkeiten im Zuge des Auslaufens der Gewährträgerhaftung Ende 2015 zurückzuführen. Hohe Volumen an Sonstigen Schuldverschreibungen waren fällig und wurden an die Investoren zurückgezahlt, was zu einer Reduzierung von – 21,1 Mrd. EUR führte. Dem Abschmelzen des Bestands an öffentlichen Pfandbriefen um – 1,7 Mrd. EUR stand ein Anstieg bei Hypothekenspfandbriefen aufgrund einer deutlich gewachsenen Kreditvergabe im Immobiliengeschäft um 1,5 Mrd. EUR gegenüber. Ein weiterer gegenläufiger Effekt bei den Verbrieften Verbindlichkeiten in Höhe von 2,7 Mrd. EUR resultierte im Wesentlichen aus der Neubegebung von Commercial Papers.

Im Gegensatz zur Aktivseite stiegen die passivischen **Handelsgeschäfte** trotz der im Geschäftsjahr 2015 erstmaligen Berücksichtigung von währungsbezogenen Geschäften bei der Nettodarstellung bilateraler OTC-Derivate und entsprechender Sicherheitsleistungen leicht um 2,2 Mrd. EUR auf

48,9 Mrd. EUR an. Die sonstigen finanziellen Verbindlichkeiten nahmen insbesondere aufgrund der gestiegenen Nachfrage nach Geldmarkthandelsgeschäften um 7,2 Mrd. EUR zu. Dem gegenüber entwickelten sich die negativen Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten um – 5,3 Mrd. EUR rückläufig. Ursächlich hierfür war neben Fälligkeiten ein Anstieg der langfristigen Zinsen zum Jahresende, der sich auf die Bewertung der Derivate (insbesondere Zinsswaps, Swaptions und Devisenswaps) auswirkte.

Im Berichtsjahr emittierte die LBBW **Nachrangige Verbindlichkeiten** in Höhe von 0,5 Mrd. EUR, denen Fälligkeiten in einer Größenordnung von – 1,5 Mrd. EUR gegenüberstanden, sodass sich zum Jahresende 2015 ein Bestand von 3,8 Mrd. EUR ergab.

Eigenkapital.

Das gezeichnete Kapital reduzierte sich durch Rückzahlung Stiller Einlagen um – 0,1 Mrd. EUR auf 4,7 Mrd. EUR. Inklusive der Kapital- und Gewinnrücklage sowie des Bilanzgewinns weist die LBBW (Bank) zum Jahresende 2015 ein bilanzielles Eigenkapital in Höhe von 14,7 Mrd. EUR aus (Vorjahr: 14,8 Mrd. EUR).

Finanzlage.

Die Refinanzierungsstrategie der LBBW (Bank) wird im Asset Liability Committee (ALCo) festgelegt. Die Bank achtet dabei auf eine ausgeglichene Struktur in Bezug auf die verwendeten Produkt- und Investorengruppen. Die Finanzlage der LBBW (Bank) war im gesamten Berichtsjahr aufgrund der guten Liquiditätsausstattung geordnet. Die Bank war zu jeder Zeit in der Lage, im gewünschten Umfang Refinanzierungsmittel zu beschaffen. Die Liquiditätskennzahl nach LiqV lag per 31. Dezember 2015 bei 1,43 (Vorjahr: 1,34).

Konzern- abschluss.

INHALT

Gewinn- und Verlustrechnung	133	19. Rückstellungen	162
Gesamtergebnisrechnung	134	20. Nachrangkapital	165
Bilanz	136	21. Eigenkapital	165
Eigenkapitalveränderungsrechnung	138	Segmentberichterstattung	167
Kapitalflussrechnung	140	Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung	174
Anhang (Notes)	143	22. Zinsergebnis	174
Grundlagen der Aufstellung	143	23. Risikovorsorge im Kreditgeschäft	175
Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden	143	24. Provisionsergebnis	175
1. Grundsätze	143	25. Ergebnis aus erfolgswirksam zum Fair Value bewerteten Finanzinstrumenten	175
2. Änderungen und Schätzungen	143	26. Ergebnis aus Finanzanlagen	177
3. Konsolidierungskreis	147	27. Ergebnis aus at Equity bewerteten Unternehmen	177
4. Konsolidierungsgrundsätze	150	28. Sonstiges betriebliches Ergebnis	177
5. Währungsumrechnung	150	29. Verwaltungsaufwendungen	178
6. Finanzinstrumente	151	30. Restrukturisierungsergebnis	179
7. Aufrechnung	155	31. Ertragsteuern	180
8. Barreserve	155	Angaben zur Bilanz	182
9. Risikovorsorge	155	32. Barreserve	182
10. Anteile an at Equity bewerteten Unternehmen	156	33. Forderungen an Kreditinstitute	182
11. Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen	156	34. Forderungen an Kunden	182
12. Immaterielle Vermögenswerte	157	35. Risikovorsorge	183
13. Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien	158	36. Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte ..	183
14. Sachanlagen	159	37. Finanzanlagen	185
15. Leasinggeschäft	160	38. Anteile an at Equity bewerteten Unternehmen	187
16. Ertragsteuern	161	39. Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen	187
17. Sonstige Aktiva und Sonstige Passiva	161		
18. Vorräte	161		

40. Immaterielle Vermögenswerte.....	188	61. Gliederung von Finanzinstrumenten	
41. Als Finanzinvestition gehaltene		nach Restlaufzeiten.....	221
Immobilien.....	190	62. Fälligkeitsanalyse.....	221
42. Sachanlagen.....	190	63. Umkategorisierungen.....	222
43. Ertragsteueransprüche.....	191	64. Angaben zum Derivatevolumen.....	223
44. Sonstige Aktiva.....	191	65. Übertragung finanzieller Vermögenswerte..	225
45. Verbindlichkeiten gegenüber		66. Sicherheiten.....	226
Kreditinstituten.....	192	67. Saldierung von finanziellen	
46. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden.....	192	Vermögenswerten und Verpflichtungen..	226
47. Verbriefte Verbindlichkeiten.....	193	68. Angaben zur Emissionstätigkeit.....	228
48. Erfolgswirksam zum Fair Value		Sonstige Angaben.....	229
bewertete finanzielle Verpflichtungen.....	193	69. Angaben zu Anteilen an anderen	
49. Rückstellungen.....	194	Unternehmen.....	229
50. Ertragsteuerverpflichtungen.....	198	70. Leasingverhältnisse.....	233
51. Sonstige Passiva.....	198	71. Beziehungen zu nahestehenden	
52. Nachrangkapital.....	198	Unternehmen und Personen.....	235
53. Eigenkapital.....	200	72. Außerbilanzielle Geschäfte und	
Angaben zu Finanzinstrumenten.....	201	Verpflichtungen.....	236
54. Fair-Value-Ermittlung.....	201	73. PIIS Exposure.....	238
55. Fair Value von Finanzinstrumenten.....	204	74. Adressenausfallrisiko.....	239
56. Fair-Value-Hierarchie.....	206	75. Kapitalmanagement.....	241
57. Der Fair-Value-Option zugeordnete		76. Ereignisse nach dem Bilanzstichtag.....	244
Finanzinstrumente.....	219	Zusatzangaben nach § 315a HGB.....	245
58. Nettogewinne/-verluste aus		77. Anteilsbesitz und Angaben zu	
Finanzinstrumenten.....	219	Tochterunternehmen, assoziierten	
59. Wertminderungsaufwendungen für		Unternehmen und Joint Ventures.....	245
finanzielle Vermögenswerte.....	219	78. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.....	253
60. Buchwertüberleitung auf Kategorien.....	220	79. Organe und deren Mandate.....	254

Die Aufstellung des Konzernabschlusses für das Geschäftsjahr 2015 erfolgt gemäß § 315a Abs. 1 HGB und der Verordnung (EG) Nr. 1606/2002 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. Juli 2002 (IAS-Verordnung) in Übereinstimmung mit den Vorschriften der International Financial Reporting Standards (IFRS), wie sie in der Europäischen Union anzuwenden sind.

Gewinn- und Verlustrechnung

für den Zeitraum vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2015.

Mio. EUR	Notes	01.01. – 31.12.2015	01.01. – 31.12.2014 ¹⁾
Zinserträge	22	16 059	17 423
Zinsaufwendungen	22	- 14 405	- 15 545
Zinsergebnis	22	1 654	1 878
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	23	- 55	- 104
Provisionserträge	24	621	634
Provisionsaufwendungen	24	- 123	- 116
Provisionsergebnis	24	498	518
Ergebnis aus erfolgswirksam zum Fair Value bewerteten Finanzinstrumenten	25	226	- 120
Ergebnis aus Finanzanlagen	26	75	146
Ergebnis aus at Equity bewerteten Unternehmen	27	19	117
Sonstiges betriebliches Ergebnis	28	134	101
Verwaltungsaufwendungen	29	- 1 782	- 1 770
Garantieprovision Land Baden-Württemberg		- 121	- 191
Aufwendungen für Bankenabgabe und Einlagensicherung		- 73	- 82
Wertminderung Goodwill	40	0	- 16
Restrukturierungsergebnis	30	- 44	1
Konzernergebnis vor Steuern		531	477
Ertragsteuern	31	- 109	- 39
Konzernergebnis		422	438
davon Ergebnisanteil nicht beherrschender Anteile nach Steuern		- 3	0
davon Ergebnisanteil Anteilseigner nach Steuern		425	438

1) Anpassung Vorjahreswerte (siehe Note 2).

Gesamtergebnisrechnung

für den Zeitraum vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2015.

Mio. EUR	Notes	01.01.- 31.12.2015	01.01.- 31.12.2014 ¹⁾
Konzernergebnis		422	438
Erfolgsneutrales Konzernergebnis			
Sachverhalte, die nicht nachträglich in die Gewinn- und Verlustrechnung umgegliedert werden			
Gewinnrücklage			
Versicherungsmathematische Gewinne/Verluste vor Steuern	53	- 3	- 552
Ertragsteuern	31	1	167
Sachverhalte, die unter bestimmten Bedingungen nachträglich in die Gewinn- und Verlustrechnung umgegliedert werden			
Neubewertungsrücklage			
Gewinne/Verluste aus AFS-Finanzinstrumenten vor Steuern	21, 53	366	260
Umgliederung in die Gewinn- und Verlustrechnung	21, 53	- 28	- 89
Ertragsteuern	31	- 47	- 27
Bewertungsänderungen aus at Equity bewerteten Unternehmen			
Veränderungen vor Steuern	21, 53	5	- 58
Umgliederung in die Gewinn- und Verlustrechnung	21, 53	- 15	0
Ertragsteuern	31	1	- 1
Gewinne und Verluste aus der Bewertung Cashflow Hedges			
Fair-Value-Änderungen vor Steuern	21, 53	0	- 2
Umgliederung in die Gewinn- und Verlustrechnung	21, 53	0	4
Währungsumrechnungsdifferenzen			
Veränderungen vor Steuern	21, 53	16	18
Umgliederung in die Gewinn- und Verlustrechnung	21, 53	0	10
Summe erfolgsneutrales Konzernergebnis		296	- 270
davon aus Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen		62	12
Konzerngesamtergebnis		718	168
davon Gesamtergebnisanteil nicht beherrschender Anteile nach Steuern		- 3	0
davon Gesamtergebnisanteil Anteilseigner nach Steuern		721	168

1) Anpassung Vorjahreswerte (siehe Note 2).

Bilanz

zum 31. Dezember 2015.

Aktiva.

Mio. EUR	Notes	31.12.2015	31.12.2014 ¹⁾	01.01.2014 ¹⁾
Barreserve	8, 32	1 167	1 936	2 156
Forderungen an Kreditinstitute	9, 33, 35	30 245	38 424	47 625
Forderungen an Kunden	9, 15, 34, 35, 70	108 785	113 195	111 453
Risikovorsorge	9, 35	- 1 128	- 1 594	- 2 201
Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte	6, 36	64 765	79 871	70 094
Finanzanlagen	6, 37	25 230	29 050	40 660
Anteile an at Equity bewerteten Unternehmen	3, 10, 38	239	302	297
Aktives Portfolio Hedge Adjustment	6	569	750	355
Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen	11, 39	153	93	727
Immaterielle Vermögenswerte	12, 40	541	489	494
Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien	13, 41	649	705	481
Sachanlagen	14, 15, 42, 70	670	644	646
Laufende Ertragsteueransprüche	16, 43	114	219	179
Latente Ertragsteueransprüche	16, 43	1 027	1 145	1 062
Sonstige Aktiva	17, 18, 44	989	1 038	610
Summe der Aktiva		234 015	266 268	274 638

1) Anpassung Vorjahreswerte (siehe Note 2).

Passiva.

Mio. EUR	Notes	31.12.2015	31.12.2014 ¹⁾	01.01.2014 ¹⁾
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	6, 45	44 248	52 314	58 045
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	6, 46	62 540	69 874	82 053
Verbriefte Verbindlichkeiten	6, 47	29 424	44 231	50 693
Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen	6, 48	74 063	75 244	57 649
Passives Portfolio Hedge Adjustment	6	569	751	685
Rückstellungen	19, 49	3 401	3 455	3 133
Verbindlichkeiten aus Veräußerungsgruppen	11, 39	0	0	915
Laufende Ertragsteuerverpflichtungen	16, 50	62	69	58
Latente Ertragsteuerverpflichtungen	16, 50	27	74	169
Sonstige Passiva	17, 51	709	787	742
Nachrangkapital	20, 52	5 329	6 229	7 103
Eigenkapital	21, 53	13 643	13 241	13 392
Stammkapital		3 484	3 484	3 484
Kapitalrücklage		8 240	8 240	8 240
Gewinnrücklage		1 062	949	1 207
Sonstiges Ergebnis		413	111	104
Bilanzgewinn/-verlust		425	438	339
Eigenkapital der Anteilseigner		13 624	13 222	13 374
Eigenkapital der nicht beherrschenden Anteile		19	19	18
Summe der Passiva		234 015	266 268	274 638

1) Anpassung Vorjahreswerte (siehe Note 2).

Eigenkapitalveränderungsrechnung

für den Zeitraum vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2015.

Mio. EUR	Stammkapital	Kapitalrücklage	Gewinnrücklage
Eigenkapital zum 31. Dezember 2013	3 484	8 240	1 214
Anpassung Vorjahreswerte	0	0	- 7
angepasstes Eigenkapital zum 1. Januar 2014	3 484	8 240	1 207
Einstellung in die Gewinnrücklage	0	0	339
Ausschüttungen an Anteilseigner	0	0	- 72
Veränderungen im Konsolidierungskreis	0	0	- 175
Versicherungsmathematische Gewinne/Verluste	0	0	- 385
Bewertungsänderungen in AFS-Finanzinstrumenten	0	0	0
Bewertungsänderungen aus at Equity bewerteten Unternehmen	0	0	0
Gewinne/Verluste aus der Bewertung von Cashflow Hedges	0	0	0
Währungsumrechnungsdifferenzen	0	0	0
Erfolgsneutrales Ergebnis	0	0	- 385
Konzernergebnis	0	0	0
Anpassung Konzernergebnis	0	0	0
angepasstes Konzerngesamtergebnis	0	0	- 385
Anpassung Vorjahreswerte	0	0	36
Sonstige Kapitalveränderungen	0	0	- 1
angepasstes Eigenkapital zum 31. Dezember 2014	3 484	8 240	949
Eigenkapital zum 1. Januar 2015	3 484	8 240	949
Einstellung in die Gewinnrücklage	0	0	438
Ausschüttungen an Anteilseigner	0	0	- 314
Veränderungen im Konsolidierungskreis	0	0	0
Versicherungsmathematische Gewinne/Verluste	0	0	- 2
Bewertungsänderungen in AFS-Finanzinstrumenten	0	0	0
Bewertungsänderungen aus at Equity bewerteten Unternehmen	0	0	0
Währungsumrechnungsdifferenzen	0	0	0
Erfolgsneutrales Ergebnis	0	0	- 2
Konzernergebnis	0	0	0
Konzerngesamtergebnis	0	0	- 2
Sonstige Kapitalveränderungen	0	0	- 9
Eigenkapital zum 31. Dezember 2015	3 484	8 240	1 062

1) Anpassung Vorjahreswerte (siehe Note 2).

Die Zusammensetzung des Eigenkapitals wird in Note 21 und 53 erläutert.

Neubewertungs- rücklage	Bewertungs- ergebnis at Equity bewertete Unternehmen	Bewertungs- ergebnis aus Cashflow Hedges	Rücklage aus der Währungs- umrechnung	Bilanzgewinn/ -verlust	Eigenkapital der Anteilseigner	Eigenkapital der nicht beherrschenden Anteile	Insgesamt ¹⁾
13	106	- 2	- 13	339	13 381	18	13 399
0	0	0	0	0	- 7	0	- 7
13	106	- 2	- 13	339	13 374	18	13 392
0	0	0	0	- 339	0	0	0
0	0	0	0	0	- 72	0	- 72
- 108	0	0	0	0	- 283	0	- 283
0	0	0	0	0	- 385	0	- 385
144	0	0	0	0	144	0	144
0	- 59	0	0	0	- 59	0	- 59
0	0	2	0	0	2	0	2
0	0	0	28	0	28	0	28
144	- 59	2	28	0	- 270	0	- 270
0	0	0	0	434	434	0	434
0	0	0	0	4	4	0	4
144	- 59	2	28	438	168	0	168
0	0	0	0	0	36	0	36
0	0	0	0	0	- 1	1	0
49	47	0	15	438	13 222	19	13 241
49	47	0	15	438	13 222	19	13 241
0	0	0	0	- 438	0	0	0
0	0	0	0	0	- 314	0	- 314
4	0	0	0	0	4	0	4
0	0	0	0	0	- 2	0	- 2
291	0	0	0	0	291	0	291
0	- 9	0	0	0	- 9	0	- 9
0	0	0	16	0	16	0	16
291	- 9	0	16	0	296	0	296
0	0	0	0	425	425	- 3	422
291	- 9	0	16	425	721	- 3	718
0	0	0	0	0	- 9	3	- 6
344	38	0	31	425	13 624	19	13 643

Kapitalflussrechnung

für den Zeitraum vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2015.

Mio. EUR	Notes	01.01. – 31.12.2015	01.01. – 31.12.2014 ¹⁾
Konzernergebnis		422	438
Im Konzernergebnis enthaltene zahlungsunwirksame Posten und Überleitung auf den Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit			
Abschreibungen, Wertberichtigungen und Zuschreibungen auf Forderungen, Sach- und Finanzanlagen		139	185
Zuführung/Auflösung der Rückstellungen		199	148
Andere zahlungsunwirksame Aufwendungen/Erträge		- 159	625
Gewinn aus der Veräußerung von Finanz- und Sachanlagen		- 116	- 76
Sonstige Anpassungen		- 1 554	- 1 834
		- 1 069	- 514
Veränderungen des Vermögens und der Verbindlichkeiten aus laufender Geschäftstätigkeit			
Forderungen an Kreditinstitute		8 091	9 104
Forderungen an Kunden		4 095	- 2 203
Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte		14 142	6 345
Finanzanlagen		5 209	11 296
Andere Aktiva aus laufender Geschäftstätigkeit		- 268	- 930
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		- 7 980	- 5 957
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden		- 7 187	- 12 024
Verbriefte Verbindlichkeiten		- 14 675	- 6 303
Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Verbindlichkeiten		- 1 517	982
Andere Passiva aus laufender Geschäftstätigkeit		- 328	- 546
Erhaltene Dividenden		69	88
Erhaltene Zinsen		16 516	17 902
Gezahlte Zinsen		- 15 026	- 16 317
Ertragsteuerzahlungen		25	- 78
Cashflow aus der operativen Geschäftstätigkeit		95	845
Einzahlungen aus der Veräußerung von			
Beteiligungen		327	176
Sachanlagen		13	5
Auszahlungen aus dem Erwerb von			
Beteiligungen		- 27	- 188
Sachanlagen		- 28	- 20
Immateriellen Vermögenswerten		- 91	- 52
Einzahlungen aus dem Verkauf von konsolidierten Unternehmen ²⁾		0	61
Cashflow aus der Investitionstätigkeit		194	- 18
Dividendenzahlungen		- 314	- 72
Sonstige Auszahlungen	52	- 51	- 1 000
Mittelveränderungen aus Sonstigem Kapital		- 725	- 10
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit		- 1 089	- 1 082

1) Anpassung Vorjahreswerte (siehe Note 2).

2) Das Entgelt besteht komplett aus Zahlungsmitteln und Zahlungsmitteläquivalenten.

Mio. EUR	Notes	01.01. – 31.12.2015	01.01. – 31.12.2014
Zahlungsmittelbestand am Anfang der Periode	32	1 936	2 156
Cashflow aus der operativen Geschäftstätigkeit		95	845
Cashflow aus der Investitionstätigkeit		194	- 18
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit		- 1 089	- 1 082
Konsolidierungskreisbedingte Änderungen des Zahlungsmittelbestands		0	2
Wechselkursbedingte Änderungen des Zahlungsmittelbestands		32	33
Zahlungsmittelbestand am Ende der Periode	32	1 167	1 936

Die Kapitalflussrechnung zeigt die Veränderung des Zahlungsmittelbestands durch die Zahlungsströme aus operativer Geschäftstätigkeit, Investitionstätigkeit und Finanzierungstätigkeit während des Geschäftsjahres.

Der Zahlungsmittelbestand entspricht der Barreserve des LBBW-Konzerns und umfasst den Kassenbestand, Guthaben bei Zentralnotenbanken sowie refinanzierungsfähige Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel.

Der Cashflow aus der operativen Geschäftstätigkeit wird nach der indirekten Methode aus dem Konzernergebnis ermittelt. Ihm werden die Zahlungsströme zugeordnet, die in erster Linie im Zusammenhang mit den erlöswirksamen Tätigkeiten des LBBW-Konzerns stehen oder aus Aktivitäten resultieren, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zugeordnet werden können.

Im Cashflow aus Investitionstätigkeit werden Ein- und Auszahlungen im Zusammenhang mit der Veräußerung oder dem Erwerb von langfristigen Vermögenswerten dargestellt.

Dem Cashflow aus Finanzierungstätigkeit werden sämtliche Ein- und Auszahlungen aus Transaktionen im Zusammenhang mit dem Eigenkapital sowie mit dem Nachrangkapital, dem Genussrechtskapital und den typisch Stillen Einlagen zugerechnet.

Anhang (Notes)

für das Geschäftsjahr 2015.

Grundlagen der Aufstellung.

Die Landesbank Baden-Württemberg (LBBW (Bank)) als Mutterunternehmen der Unternehmensgruppe (LBBW) ist eine rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts mit Sitz in Stuttgart, Karlsruhe, Mannheim und Mainz.

Die Aufstellung des Konzernabschlusses für das Geschäftsjahr 2015 erfolgt gemäß § 315a Abs. 1 HGB und der Verordnung (EG) Nr. 1606/2002 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. Juli 2002 (IAS-Verordnung) in Übereinstimmung mit den Vorschriften der International Financial Reporting Standards (IFRS), wie sie in der Europäischen Union anzuwenden sind. Maßgeblich sind diejenigen Standards und Interpretationen, die zum Zeitpunkt der Abschlusserstellung veröffentlicht, von der Europäischen Union übernommen und für den Konzern relevant und verpflichtend waren.

Der Konzernabschluss der LBBW wurde am 15. März 2016 durch den Vorstand zur Veröffentlichung genehmigt.

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden.

1. Grundsätze.

Der Konzernabschluss basiert auf dem Grundsatz der Unternehmensfortführung.

Die Rechnungslegung im LBBW-Konzern erfolgt gemäß IFRS 10.19 und IAS 28.35 nach konzerneinheitlichen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden. Diese wurden stetig auf die dargestellten Berichtsperioden angewandt, sofern nichts anderes angegeben ist. Die Jahresabschlüsse der konsolidierten bzw. at Equity bewerteten Gesellschaften werden grundsätzlich auf den Stichtag des Konzernabschlusses der LBBW aufgestellt. Nur in einem Fall liegt ein abweichender Abschlussstichtag vor. Auch in diesem Fall erfolgt die Berücksichtigung im vorliegenden Konzernabschluss mit den Werten zum 31. Dezember 2015.

Die funktionale Währung der LBBW sowie die Berichtswährung ist der Euro (EUR). Die Beträge im vorliegenden Konzernabschluss sind in der Regel auf Mio. EUR kaufmännisch gerundet. Hierdurch können sich bei der Bildung von Summen geringfügige Abweichungen ergeben, die keine Einschränkungen der Berichtsqualität darstellen. Das Berichtsjahr ist das Kalenderjahr.

Der Konzernabschluss wird auf Basis historischer bzw. fortgeführter Anschaffungs- und Herstellungskosten sowie des beizulegenden Zeitwerts (Fair Value) erstellt. Der Fair Value wird für die als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien, die Finanzanlagen der Kategorie Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte (Available for Sale – AFS) und die finanziellen Vermögenswerte und Verbindlichkeiten, welche erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert angesetzt sind, verwendet.

Die Abgrenzung der Erträge und Aufwendungen erfolgt zeitanteilig. Zinserträge und Zinsaufwendungen werden unter Anwendung einer der Effektivzinsmethode entsprechenden Vorgehensweise dargestellt.

Fremdkapitalkosten für qualifizierte Vermögenswerte (Vorräte, Anlagevermögen) werden aktiviert. Ein qualifizierter Vermögenswert ist ein nicht finanzieller Vermögenswert, für den ein beträchtlicher Zeitraum erforderlich ist, um ihn in seinen beabsichtigten Gebrauchs- oder Verkaufszustand zu versetzen.

Im Konzern bestehen langfristige Fertigungsaufträge. Aufgrund der Unwesentlichkeit dieser Geschäfte für den Konzernabschluss werden jedoch keine weiteren Angaben dargestellt.

2. Änderungen und Schätzungen.

Erstmals angewendete IFRS.

Im Geschäftsjahr 2015 sind die folgenden IFRS erstmalig anzuwenden:

Annual Improvements to IFRS 2011 – 2013 Cycle.

Dieser Standard enthält kleinere Überarbeitungen des IFRS 1 »Erstmalige Anwendung der International Financial Reporting Standards«, des IFRS 3 »Unternehmenszusammenschlüsse«, des IFRS 13 »Bewertung zum beizulegenden

den Zeitwert« und des IAS 40 »Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien«. Aus der erstmaligen Anwendung ergaben sich keine wesentlichen Auswirkungen auf den Konzernabschluss.

Zukünftig anzuwendende IFRS.

Die folgenden IFRS waren bis zum Datum der Freigabe zur Veröffentlichung dieses Abschlusses noch nicht in Kraft getreten. Sofern nicht anders vermerkt, ist bei diesen IFRS eine Anerkennung in europäisches Recht bereits erfolgt und keine freiwillige vorzeitige Anwendung durch die LBBW beabsichtigt:

Annual Improvements to IFRS 2010 – 2012 Cycle, Annual Improvements to IFRS 2012 – 2014 Cycle.

Diese im Rahmen der jährlichen Verbesserungsprojekte verabschiedeten Sammelstandards sind Instrumente des IASB zur Durchführung von zwar notwendigen, aber nicht dringenden Änderungen am bestehenden Regelwerk der IFRS. Die Änderungen können rein redaktioneller Natur sein, sie können aber auch Auswirkungen auf den Ansatz, den Ausweis oder die Bewertung von Vermögenswerten und Schulden sowie den Umfang der Erläuterungspflichten haben.

Die Änderungen aus beiden Sammelstandards sind erstmalig im Geschäftsjahr 2016 zu berücksichtigen. Aus der erstmaligen Anwendung werden keine wesentlichen Auswirkungen auf den Konzernabschluss erwartet.

Defined Benefit Plans: Employee Contributions – Amendments to IAS 19.

Dieser Standard stellt klar, wie Beiträge, die die Mitarbeiter (oder dritte Parteien) selbst für die Leistungsbausteine entrichten, durch das zusagende Unternehmen zu bilanzieren sind.

Die Änderungen sind erstmalig im Geschäftsjahr 2016 anzuwenden. Aus der erstmaligen Anwendung ergeben sich keine wesentlichen Auswirkungen auf den Konzernabschluss.

IFRS 14 Regulatory Deferral Accounts.

Dieser Standard erlaubt preisregulierten Unternehmen beim Übergang auf IFRS die Beibehaltung von nationalen Bilanzierungsregeln zu regulatorischen Abgrenzungsposten.

Die Europäische Kommission hat entschieden, diesen Standard nicht in europäisches Recht zu übernehmen.

Agriculture: Bearer Plants – Amendments to IAS 16 and IAS 41.

Dieser Standard ermöglicht unter bestimmten Voraussetzungen die Bilanzierung von fruchttragenden Pflanzen wie z. B. Weinstöcken als Sachanlagen.

Die Änderungen sind erstmalig im Geschäftsjahr 2016 anzuwenden. Auswirkungen aus der erstmaligen Anwendung auf den Konzernabschluss werden nicht erwartet.

Clarification of Acceptable Methods of Depreciation and Amortisation – Amendments to IAS 16 and IAS 38.

Dieser Standard stellt klar, dass erlösorientierte Abschreibungsmethoden den Verbrauch von Sachanlagen oder immateriellen Vermögenswerten in der Regel nicht angemessen abbilden. Lediglich bei immateriellen Vermögenswerten lassen die überarbeiteten Vorgaben unter bestimmten Voraussetzungen eine solche Abschreibungsmethode zu.

Die Änderungen sind erstmalig im Geschäftsjahr 2016 anzuwenden. Auswirkungen aus der erstmaligen Anwendung auf den Konzernabschluss werden nicht erwartet.

Accounting for Acquisitions of Interests in Joint Operations – Amendments to IFRS 11.

Dieser Standard stellt klar, dass erworbene Anteile an einer gemeinschaftlichen Tätigkeit, die einen Geschäftsbetrieb im Sinne des IFRS 3 darstellt, grundsätzlich auch den Vorgaben des IFRS 3 unterliegen.

Die Änderungen sind erstmalig im Geschäftsjahr 2016 anzuwenden. Auswirkungen aus der erstmaligen Anwendung auf den Konzernabschluss werden nicht erwartet.

Equity Method in Separate Financial Statements – Amendments to IAS 27.

Dieser Standard gestattet die Equity-Methode als weitere Bilanzierungsmöglichkeit für Anteile an Tochterunternehmen, Joint Ventures und assoziierten Unternehmen im Einzelabschluss, sofern das berichterstattende Unternehmen diesen ebenfalls in Übereinstimmung mit den IFRS aufstellt.

Die Änderungen sind erstmalig im Geschäftsjahr 2016 anzuwenden und wirken sich auf den Konzernabschluss nicht aus.

Investment Entities: Applying the Consolidation Exception – Amendments to IFRS 10, IFRS 12 and IAS 28.

Dieser Standard enthält Klarstellungen zur Anwendung der Ausnahme von der Konsolidierungspflicht von Tochterunternehmen nach IFRS 10 sowie zu den korrespondierenden Angabepflichten nach IFRS 12. Betroffen sind Mutterunternehmen, die die Voraussetzungen einer Investmentgesellschaft im Sinne dieses Standards erfüllen.

Die Änderungen sind voraussichtlich erstmalig im Geschäftsjahr 2017 anzuwenden. Aus der erstmaligen Anwendung werden keine Auswirkungen auf den Konzernabschluss der LBBW erwartet. Eine Anerkennung in europäisches Recht war bis zum Datum der Freigabe zur Veröffentlichung dieses Abschlusses noch nicht erfolgt.

Disclosure Initiative – Amendments to IAS 1.

Dieser Standard umfasst diverse Klarstellungen zur Beurteilung der Wesentlichkeit von Angabepflichten sowie zu Ausweis- und Gliederungsfragen.

Die Änderungen sind erstmalig im Geschäftsjahr 2016 anzuwenden. Aus der erstmaligen Anwendung ergeben sich keine wesentlichen Auswirkungen auf den Konzernabschluss.

Disclosure Initiative – Amendments to IAS 7.

Dieser Standard ergänzt die bestehenden Angabepflichten zur Kapitalflussrechnung um die Veränderung der Verschuldung aus der Finanzierungstätigkeit eines Unternehmens transparenter darzustellen.

Die Änderungen sind voraussichtlich erstmalig im Geschäftsjahr 2017 anzuwenden. Die Auswirkungen aus der erstmaligen Anwendung dieses Standards werden noch geprüft. Eine Anerkennung in europäisches Recht war bis zum Datum der Freigabe zur Veröffentlichung dieses Abschlusses noch nicht erfolgt.

Recognition of Deferred Tax Assets for Unrealised Losses – Amendments to IAS 12.

Dieser Standard stellt klar, dass aktive latente Steuern auch auf abzugsfähige temporäre Differenzen anzusetzen sind, die sich aus unrealisierten Verlusten aus Schuldsinstrumenten ergeben, die der Kategorie »zur Veräußerung verfügbar« angehören.

Die Änderungen sind voraussichtlich erstmalig im Geschäftsjahr 2017 anzuwenden. Die Auswirkungen aus der erstmaligen Anwendung dieses Standards werden noch geprüft. Eine Anerkennung in europäisches Recht war bis zum Datum der Freigabe zur Veröffentlichung dieses Abschlusses noch nicht erfolgt.

IFRS 15 Revenue from Contracts with Customers, Effective Date of IFRS 15.

Dieser Standard beinhaltet die neuen Regelungen zur Umsatzrealisierung und ersetzt IAS 18 »Umsatzerlöse« und IAS 11 »Fertigungsaufträge« sowie einige zugehörige Interpretationen. Er erfasst Verträge mit Kunden über den Verkauf von Gütern oder die Erbringung von Dienstleistungen. Ausnahmen bestehen u. a. für Finanzinstrumente und Leasingverträge.

Die Änderungen sind voraussichtlich erstmalig im Geschäftsjahr 2018 anzuwenden. Aus der erstmaligen Anwendung werden keine wesentlichen Auswirkungen auf den Konzernabschluss erwartet. Eine Anerkennung in europäisches Recht war bis zum Datum der Freigabe zur Veröffentlichung dieses Abschlusses noch nicht erfolgt.

IFRS 9 Financial Instruments (2014).

Dieser Standard beinhaltet die künftig anzuwendenden Bilanzierungsvorgaben für Finanzinstrumente und ersetzt sowohl die früheren Fassungen des IFRS 9 als auch IAS 39 in weiten Teilen. Für die Kategorisierung und Bewertung von finanziellen Vermögenswerten werden in Zukunft das zugrunde liegende Geschäftsmodell und die Produkteigenschaften im Hinblick auf Zahlungsströme ausschlaggebend sein. Die Risikovorsorge wird sich nicht mehr nur auf bereits eingetretene Verluste beschränken, sondern auch die noch erwarteten Verluste umfassen und das Hedge Accounting wird sich enger am Risikomanagement orientieren. Die Neuregelungen zum Macro Hedge Accounting sind noch in der Abstimmung und daher nicht Teil dieses Standards.

Die Änderungen sind voraussichtlich erstmalig für das Geschäftsjahr 2018 anzuwenden. Eine Anerkennung in europäisches Recht war bis zum Datum der Freigabe zur Veröffentlichung dieses Abschlusses noch nicht erfolgt.

Die Umsetzung der Vorgaben des IFRS 9 erfolgt in der LBBW im Rahmen eines eigenständigen, im aktuellen Geschäftsjahr begonnenen Projekts. Begonnen wurde in 2015 planmäßig mit der Identifikation des institutsindividuellen Handlungsbedarfs. Ab 2016 rücken vermehrt komplexitätsgetriebene Anpassungen der Prozess- und

IT-Landschaft in den Fokus. Im Hinblick auf die neuen Vorgaben für die Wertberichtigung von finanziellen Vermögenswerten ist mit dem Übergang vom »incurred loss-model« zum »expected loss-model« insgesamt eine Erhöhung der Risikovorsorge verbunden. Bezüglich des Hedge Accountings ist vorgesehen, die Regeln aus IAS 39 weiterhin anzuwenden.

Sale or Contribution of Assets between an Investor and its Associate or Joint Venture – Amendments to IFRS 10 and IAS 28, Effective Date of Amendments to IFRS 10 and IAS 28.

Dieser Standard stellt klar, dass bei Transaktionen mit einem assoziierten Unternehmen oder Joint Venture die Höhe der Erfolgserfassung davon abhängig ist, ob die veräußerten oder eingebrachten Vermögenswerte einen Geschäftsbetrieb darstellen.

Nach Veröffentlichung dieses Änderungsstandards stellte sich allerdings heraus, dass dieser nicht vollständig konsistent ist mit dem bestehenden Regelwerk der IFRS. Aus diesem Grund hat das IASB den Erstanwendungstermin auf unbestimmte Zeit verschoben, um sich im Rahmen eines Forschungsprojekts zur Equity-Methode noch einmal mit derartigen Transaktionen zu beschäftigen. Auch der Übernahmeprozess für diesen Standard in europäisches Recht wurde bis auf Weiteres ausgesetzt.

Eine Aussage zum Erstanwendungszeitpunkt oder zu den Auswirkungen aus der erstmaligen Anwendung des künftigen Standards kann daher gegenwärtig nicht getroffen werden. Auf Basis des bisherigen Standards hätten sich jedoch keine wesentlichen Auswirkungen auf den Konzernabschluss ergeben.

IFRS 16 Leases.

Dieser Standard enthält die neuen Vorgaben für die Bilanzierung von Leasingverhältnissen und ersetzt den bisherigen IAS 17 sowie die zugehörigen Interpretationen IFRIC 4, SIC-15 und SIC-27. Während die Regelungen für den Leasinggeber weiterhin stark an IAS 17 angelehnt sind, folgen die Vorgaben für den Leasingnehmer künftig einem vollkommen neuen Ansatz, der die Aktivierung eines Nutzungsrechts sowie die barwertige Erfassung der künftigen Leasingzahlungen als Leasingverbindlichkeit vorsieht.

Diese Änderungen sind voraussichtlich erstmalig im Geschäftsjahr 2019 anzuwenden. Die Auswirkungen aus der erstmaligen Anwendung dieses Standards werden noch geprüft. Eine Anerkennung in europäisches Recht war bis zum Datum der Freigabe zur Veröffentlichung dieses Abschlusses noch nicht erfolgt.

Ausweisänderungen.

Zum 31. Dezember 2015 hat die LBBW zur Erhöhung der Klarheit und Übersichtlichkeit das Schema der Gewinn- und Verlustrechnung des Konzerns angepasst. Zum einen wurden die Aufwendungen aus der Bankenabgabe und die Aufwendungen für den Einlagensicherungsfonds aus den Verwaltungsaufwendungen herausgelöst und in einem separaten Posten der Gewinn- und Verlustrechnung dargestellt. Zum anderen wurden das Ergebnis aus als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien und das Sonstige betriebliche Ergebnis zusammengefasst. Die Informationen und deren Detaillierungsgrad in den Notes bleiben bestehen, die Informationstiefe ist somit unverändert.

Anpassungen.

Für die Ermittlung der im Konzernabschluss angesetzten Vermögenswerte, Schulden, Erträge und Aufwendungen wurden in Übereinstimmung mit den betreffenden Rechnungslegungsstandards Schätzungen vorgenommen und Annahmen getroffen. Diese beruhen auf historischen Erfahrungen und anderen Faktoren wie Planungen und – nach heutigem Ermessen – wahrscheinlichen Erwartungen und Prognosen zukünftiger Ereignisse. Solche wesentlichen Einschätzungen können sich von Zeit zu Zeit ändern und sich erheblich auf die Vermögens- und Finanzlage auswirken bzw. die Ertragslage beeinflussen.

Darüber hinaus wurden bei der Abschlusserstellung Ermessensentscheidungen bezüglich der Festlegung des Konsolidierungskreises, der Klassifizierung der Finanzinstrumente, der als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien, der Leasingverhältnisse und der Zuordnung zu den Levels nach IFRS 13 getroffen.

Im Wesentlichen beziehen sich Schätzungen und Annahmen auf die Ermittlung des Fair Values von Finanzinstrumenten und als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien, die Werthaltigkeit von Vermögenswerten und die Ermittlung der Risikovorsorge im Kreditgeschäft sowie die Bilanzierung und Bewertung von Nachrangkapital, Rückstellungen und latenten Steuern. Des Weiteren werden Schätzungen und Annahmen hinsichtlich bestimmter Cashflows vorgenommen. Sofern Schätzungen in größerem Umfang und/oder komplexe Beurteilungen erforderlich waren, werden die getroffenen Annahmen bei der Erläuterung der entsprechenden Posten ausgeführt.

Die Schätzungen und Annahmen basieren auf dem jeweils aktuell verfügbaren Kenntnisstand hinsichtlich der erwarteten künftigen Geschäftsentwicklung und der Entwicklung des globalen und branchenbezogenen Umfelds. Kommt es zu Abweichungen zwischen der tatsächlichen Entwicklung und den Schätzwerten, werden die zugrunde gelegten Annahmen und – falls erforderlich – die Buchwerte der betreffenden Vermögenswerte und Schulden entsprechend prospektiv angepasst.

Im Geschäftsjahr wurden entsprechend IAS 8.39 folgende Schätzungsänderungen prospektiv vorgenommen:

- Es erfolgten Schätzänderungen bei den zur Berechnung der bilateralen Credit Valuation Adjustments (CVA) verwendeten positiven und negativen Exposureprofilen. Die Exposureprofile für Zins- und FX-Derivate, die nicht unter ein Collateral Agreement fallen, werden seit dem Berichtsjahr als Anpassung an den marktüblichen Standard, mittels einer Monte-Carlo-Simulation bestimmt. Aus dieser Änderung resultiert ein Ertrag in Höhe von ca. 26 Mio. EUR.

Die Auswirkungen der in der Berichtsperiode umgesetzten Schätzänderungen auf zukünftige Berichtsperioden sind insbesondere abhängig von der Entwicklung von Marktparametern und -erwartungen in der Zukunft. Somit ist eine quantitative Bestimmung der Auswirkungen auf zukünftige Berichtsperioden nur modellhaft und eingeschränkt möglich.

Im Geschäftsjahr wurden gemäß IAS 8.42 folgende Sachverhalte retrospektiv korrigiert:

- In den vergangenen Jahren erfolgte die Bewertung von OTC-Zinsderivaten mit Sparkassen mit einer Zinskurve, die nur für Derivate mit Collateralvereinbarungen Verwendung findet, obwohl derartige Vereinbarungen für diesen Kontrahenten nicht vorlagen. Der Effekt der rückwirkenden Anpassung reduzierte das Eigenkapital zum 1. Januar 2014 um - 7 Mio. EUR, die Handelsaktiva um - 12 Mio. EUR und die Handelspassiva um - 2 Mio. EUR. Die latenten Ertragsteueransprüche stiegen um 3 Mio. EUR. Der Effekt der rückwirkenden Anpassung reduzierte das Eigenkapital zum 31. Dezember 2014 um - 7 Mio. EUR, die Handelspassiva um - 2 Mio. EUR und die Handelsaktiva um - 12 Mio. EUR. Die latenten Ertragsteueransprüche erhöhten sich um 3 Mio. EUR.
- Im Zuge der erstmaligen Einbeziehung einer Personengesellschaft zum 1. Juli 2014 in den Konzernabschluss wurde bzgl. der Ermittlung der latenten Steuern die bisherige Behandlung beibehalten, d. h. die auf den Beteiligungsansatz gebildeten passiven latenten Steuern bei der Muttergesellschaft wurden nicht aufgelöst und durch die latenten Ertragsteuern auf die Vermögenswerte und Schulden der konsolidierten Gesellschaft ersetzt. Der Effekt der rückwirkenden Korrektur erhöhte das Eigenkapital zum 31. Dezember 2014 um 40 Mio. EUR und erhöhte, bedingt durch die Saldierung der latenten Steuern auf Einzelgesellschaftsebene, die latenten Ertragsteueransprüche um 48 Mio. EUR sowie die latenten Ertragsteuerverpflichtungen um 8 Mio. EUR. Der latente Ertragsteueraufwand verringerte sich um 4 Mio. EUR.

Mio. EUR	31.12.2014	01.01.2014
Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte	- 12	- 12
Handelsaktiva	- 12	- 12
Latente Ertragsteueransprüche	50	3
Summe der Aktiva	38	- 9

Mio. EUR	31.12.2014	01.01.2014
Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Verbindlichkeiten	- 2	- 2
Handelspassiva	- 2	- 2
Latente Ertragsteuerverpflichtungen	8	0
Eigenkapital	32	- 7
Summe der Passiva	38	- 9

Mio. EUR	31.12.2014
Konzernergebnis vor Steuern	0
Ertragsteuern	4
Konzernergebnis	4

Aufgrund technischer Verbesserungen konnten einige Notesangaben im Geschäftsjahr erstmals bzw. genauer ermittelt werden, dies betrifft insbesondere die Angaben in Note 69 und Note 72. Zur besseren Übersichtlichkeit und Klarheit wurden die relevanten Vorjahreswerte entsprechend angepasst. Dies wirkt sich lediglich auf Angaben in den Notes und weder auf Größen der Bilanz noch auf die Gewinn- und Verlustrechnung aus.

3. Konsolidierungskreis.

In den Konzernabschluss wurden insgesamt - neben der LBBW (Bank) als Mutterunternehmen - 121 Tochterunternehmen, davon 13 strukturierte Einheiten (Vorjahr: 130 Tochterunternehmen, davon 14 strukturierte Einheiten) einbezogen.

Tochterunternehmen sind Unternehmen, über welche das Mutterunternehmen beherrschenden Einfluss ausübt. Beherrschung liegt vor, wenn das Unternehmen (I) direkt oder indirekt Verfügungsgewalt über die relevanten Aktivitäten eines Unternehmens besitzt, (II) variable Rückflüsse aus einem Unternehmen vereinnahmt oder Anrechte auf variable Rückflüsse besitzt und (III) seine Verfügungsgewalt über das Unternehmen nutzen kann, um

die Höhe seiner variablen Rückflüsse zu beeinflussen. Bei der Beurteilung, ob die LBBW einen beherrschenden Einfluss ausübt, sind insbesondere Zweck und Gestaltung sowie die relevanten Aktivitäten des Unternehmens zu berücksichtigen.

Sind Stimmrechte für die Steuerung der relevanten Aktivitäten maßgeblich, wird von Beherrschung durch die LBBW ausgegangen, wenn sie direkt oder indirekt mehr als die Hälfte der Stimmrechte an dem Unternehmen besitzt, es sei denn, es gibt Anzeichen, dass mindestens ein anderer Investor (bspw. aufgrund von gesetzlichen Regelungen oder Vereinbarungen) über die praktische Fähigkeit verfügt, die relevanten Aktivitäten einseitig zu bestimmen.

In Fällen, in denen die LBBW nicht die Mehrheit der Stimmrechte besitzt, sie aber über die praktische Fähigkeit zur einseitigen Lenkung der relevanten Aktivitäten verfügt, wird ebenfalls von Verfügungsmacht ausgegangen. Relevant ist dies insbesondere in Bezug auf strukturierte Unternehmen (u. a. von der LBBW initiierte Vertriebsplattformen oder von der LBBW aufgesetzte Fonds), bei denen nicht Stimmrechte oder vergleichbare Rechte der dominierende Faktor bei der Festlegung der Beherrschung sind. Bei der Beurteilung, ob eine Beherrschungsmöglichkeit vorliegt, werden daher auch folgende weitere Faktoren berücksichtigt:

- Die Stimmrechte beziehen sich lediglich auf Verwaltungsaufgaben; die relevanten Aktivitäten werden hingegen durch Vertragsvereinbarungen geregelt.
- Der LBBW kommt durch Wahrnehmung verschiedener Funktionen und die ihr entsprechend zustehenden Rechte in Abwägung zu den Rechten anderer Parteien Verfügungsgewalt zu.
- Die LBBW trägt zudem eine Risikobelastung bzw. Anrechte auf variable Rückflüsse, u. a. aus gestellten Liquiditätslinien sowie aus Zins- und Entgeltzahlungen.

Bei durch die LBBW beherrschten Vertriebsplattformen beziehen sich die Stimmrechte lediglich auf Verwaltungsaufgaben; die relevanten Aktivitäten werden hingegen durch Vertragsvereinbarungen geregelt. Der LBBW kommt durch die Wahrnehmung verschiedener Funktionen und die ihr entsprechend zustehenden Rechte in Abwägung zu den Rechten anderer Parteien Verfügungsgewalt zu. Sie trägt zudem eine Risikobelastung bzw. Anrechte auf variable Rückflüsse aus gestellten Liquiditätslinien sowie der Vereinnahmung von Entgelten. In einer Gesamtbetrachtung wurde die Schlussfolgerung gezogen, dass die LBBW diese Vertriebsvehikel beherrscht.

Bei einigen Projektgesellschaften, an denen die LBBW nicht die Mehrheit der Stimmrechte hält, kommt der LBBW aufgrund der Finanzierungsstruktur in Abwägung zu den Rechten anderer Parteien Verfügungsgewalt zu. Sie trägt zudem eine Risikobelastung bzw. Anrechte auf variable Rückflüsse aus der Finanzierung dieser Gesellschaften. In einer Gesamtbetrachtung wurde die Schlussfolgerung gezogen, dass die LBBW diese Gesellschaften beherrscht.

Darüber hinaus können weitere Faktoren, wie z. B. das Vorliegen einer Prinzipal-Agenten-Beziehung, zur Beherrschung führen. Handelt eine andere Partei mit Entscheidungsrechten als Agent für die LBBW, beherrscht diese das Unternehmen nicht, da sie lediglich Entscheidungsrechte ausübt, die durch die LBBW als Prinzipal delegiert wurden und somit der LBBW zuzurechnen sind. Ist die LBBW lediglich als Agent für eine andere Partei tätig, führt dies nicht zu einer Beherrschung des Unternehmens durch die LBBW.

Tochterunternehmen werden ab dem Zeitpunkt konsolidiert, an dem der Konzern einen beherrschenden Einfluss erlangt und das Tochterunternehmen quantitative oder qualitative Wesentlichkeitskriterien erfüllt. Die Konsolidierung endet mit dem Zeitpunkt, zu dem keine Möglichkeit zur beherrschenden Einflussnahme mehr vorliegt oder das Tochterunternehmen quantitative oder qualitative Wesentlichkeitskriterien nicht mehr erfüllt.

Die Angemessenheit zuvor getroffener Konsolidierungsentscheidungen wird regelmäßig bzw. anlassbezogen überprüft. Änderungen der Eigentums- und Kapitalstruktur sowie Änderungen von vertraglichen Vereinbarungen in Bezug auf Einflussrechte führen zu einer Neubeurteilung der Beherrschungsmöglichkeit. Weitere Anlässe für eine Neubeurteilung sind Ereignisse, die zu einer Änderung der Beherrschungsfaktoren führen.

Folgende Gesellschaften wurden im Geschäftsjahr 2015 neu gegründet und werden im Rahmen der Vollkonsolidierung in den Abschluss einbezogen (alle im Teilkonzern LBBW Immobilien Management GmbH):

- LBBW Immobilien Westend Carree II GmbH & Co. KG
- LBBW Immobilien Westend Carree II Komplementär GmbH

Das folgende Tochterunternehmen wurde im Berichtszeitraum entkonsolidiert:

- LBBW Dublin Management GmbH

Folgende Tochterunternehmen sind im Geschäftsjahr durch Anwachsung auf die LBBW übergegangen und werden nicht mehr im Rahmen der Vollkonsolidierung in den Abschluss einbezogen:

- LBBW Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH & Co. OHG Objekt Am Hauptbahnhof Stuttgart
- LBBW Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH & Co. KG Objekt am Pariser Platz Stuttgart

Folgende strukturierte Einheit wurde zum 30. September 2015 entkonsolidiert:

- Spencerview Asset Management Ltd.

Folgende Tochterunternehmen im Teilkonzern LBBW Immobilien Management GmbH wurden auf vollkonsolidierte Tochterunternehmen im Teilkonzern LBBW Immobilien Management GmbH verschmolzen und im Berichtszeitraum entkonsolidiert:

- Château de Beggen Participations S. A.
- Parc Helfent Participations S. A.
- Alpha Real Estate (Luxembourg) S.à.r.l.
- BETA REAL ESTATE (Luxembourg) S.à.r.l.
- Schlossgartenbau Objektverwaltungs-GmbH
- Industriebau Objektverwaltungs-GmbH

Es werden acht Gemeinschaftsunternehmen (Vorjahr: acht Gemeinschaftsunternehmen) und sechs assoziierte Unternehmen (Vorjahr: sechs assoziierte Unternehmen) nach der Equity-Methode in den Konzernabschluss einbezogen.

Gemeinschaftsunternehmen (Joint Ventures) sind gemeinsame Vereinbarungen, bei denen die LBBW und andere Parteien, die gemeinschaftlich die Beherrschung über die Vereinbarung ausüben, Rechte am Nettovermögen der Vereinbarung besitzen.

Eine gemeinsame Vereinbarung ist eine Vereinbarung, bei der zwei oder mehr Vertragsparteien (I) über eine vertragliche Vereinbarung miteinander verbunden sind und (II) gemeinschaftliche Beherrschung über das Beteiligungsunternehmen ausüben. Eine gemeinsame Vereinbarung kann ein Gemeinschaftsunternehmen oder eine gemeinschaftliche Tätigkeit sein. Im LBBW-Konzern existieren ausschließlich Gemeinschaftsunternehmen.

Gemeinschaftsunternehmen werden ab dem Zeitpunkt nach der Equity-Methode in den Konzernabschluss einbezogen, an dem der Konzern zusammen mit mindestens einer anderen Partei gemeinschaftliche Beherrschung erlangt und das Gemeinschaftsunternehmen quantitative oder qualitative Wesentlichkeitskriterien erfüllt. Die Einbeziehung nach der Equity-Methode endet mit dem Zeitpunkt, zu dem keine Möglichkeit zur gemeinschaftlichen Beherrschung mehr vorliegt oder das Gemeinschaftsunternehmen quantitative oder qualitative Wesentlichkeitskriterien nicht mehr erfüllt.

Das folgende Gemeinschaftsunternehmen wurde 2015 erstmalig nach der Equity-Methode in den Konzernabschluss einbezogen:

- GIZS GmbH & Co. KG

Die LBBW hat ihre Anteile am folgenden Gemeinschaftsunternehmen zum 30. April 2015 verkauft und die Bewertung nach der Equity-Methode beendet:

- LHI Leasing GmbH

Ein assoziiertes Unternehmen ist ein Unternehmen, bei dem der LBBW-Konzern über einen maßgeblichen Einfluss verfügt, aber keinen beherrschenden Einfluss auf die finanz- und geschäftspolitischen Entscheidungen besitzt. Als assoziierte Unternehmen gelten Konzernunternehmen mit einem Stimmrechtsanteil der LBBW zwischen 20% und 50% (widerlegbare Assoziierungsvermutung) oder bei eindeutigem Assoziierungsnachweis und einem Stimmrechtsanteil der LBBW von weniger als 20%. Die Assoziierungsvermutung bei einem von der LBBW gehaltenen Stimmrechtsanteil von mindestens 20% kann durch Beschränkungen des Einflusses widerlegt werden.

Als Assoziierungsnachweis oder zur Widerlegung der Assoziierungsvermutung werden z. B. bestehende ausüb- bare bzw. wandelbare potenzielle Stimmrechte, die Vertretung in Geschäftsführungs- und Aufsichtsorganen, die Teilnahme an den Entscheidungsprozessen, einschließlich der Teilnahme an Entscheidungen über Dividenden oder sonstige Ausschüttungen sowie wesentliche Geschäftsvorfälle mit dem (potenziellen) assoziierten Unternehmen berücksichtigt.

Assoziierte Unternehmen werden ab dem Zeitpunkt nach der Equity-Methode in den Konzernabschluss einbezogen, an dem der Konzern einen maßgeblichen Einfluss erlangt und das assoziierte Unternehmen quantitative oder qualitative Wesentlichkeitskriterien erfüllt. Die Einbeziehung nach der Equity-Methode endet mit dem Zeit-

punkt, zu dem keine Möglichkeit zur maßgeblichen Einflussnahme mehr vorliegt oder das assoziierte Unternehmen quantitative oder qualitative Wesentlichkeitskriterien nicht mehr erfüllt.

Für das folgende assoziierte Unternehmen, das durch Abspaltung einer Beteiligung aus einer at Equity einbezogenen Gesellschaft hervorgegangen ist, wurde 2015 erstmalig eine Bewertung nach der Equity-Methode vorgenommen:

- BWK Holding GmbH Unternehmensbeteiligungsgesellschaft

Für das folgende assoziierte Unternehmen im Teilkonzern LBBW Immobilien Management GmbH wurde die Bewertung nach der Equity-Methode beendet:

- EGH Projektgesellschaft Heidelberg GmbH

Auf die Einbeziehung von 123 Tochterunternehmen (Vorjahr: 143 Tochterunternehmen), deren Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des LBBW-Konzerns einzeln und insgesamt von nur untergeordneter Bedeutung ist, wurde verzichtet. Hierbei handelt es sich im Wesentlichen um Objekt- und Vorratsgesellschaften sowie um Start-up-Finanzierungen aus dem Beteiligungsbereich. Die Anteile an diesen Unternehmen werden entweder zum Fair Value oder zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet.

4. Konsolidierungsgrundsätze.

Die Konsolidierung der Tochtergesellschaften und Zweckgesellschaften erfolgt nach der Erwerbsmethode gemäß IFRS 10.B86 i. V. m. IFRS 3. Danach werden alle aus der Sicht des Erwerbers anzusetzenden Vermögenswerte und Verpflichtungen des Tochterunternehmens im Erwerbszeitpunkt bzw. zum Zeitpunkt der Erlangung des beherrschenden Einflusses mit ihren Fair Values angesetzt. Die neubewerteten Vermögenswerte und Schulden werden unter Berücksichtigung latenter Steuern in die Konzernbilanz übernommen und in den Folgeperioden entsprechend den anzuwendenden Standards behandelt.

Ein sich bei Ersterwerb aus der Verrechnung der Anschaffungskosten für den Unternehmenszusammenschluss mit dem Fair Value der Vermögenswerte und Verpflichtungen ergebender aktivischer Unterschiedsbetrag wird als Goodwill (beteiligungsproportionaler Goodwill) unter den immateriellen Vermögenswerten ausgewiesen. Der nicht den Anteilseignern zustehende Anteil am Eigenkapital bzw. am Ergebnis der vollkonsolidierten Gesellschaften des LBBW-Konzerns wird im Posten Nicht beherrschende Anteile gesondert im Eigenkapital bzw. im Posten Ergebnisanteil nicht beherrschender Anteile nach Steuern in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesen.

Konzerninterne Forderungen und Verbindlichkeiten sowie die aus dem konzerninternen Finanz- und Leistungsverkehr stammenden Aufwendungen, Erträge und Zwischenergebnisse werden im Rahmen der Schulden- und Erfolgskonsolidierung bzw. der Zwischenergebniseliminierung bereinigt.

Joint Ventures und assoziierte Unternehmen werden nach der Equity-Methode in den Konzernabschluss einbezogen, sofern sie für die Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des LBBW-Konzerns nicht von untergeordneter Bedeutung sind. Das anteilige Ergebnis der at Equity bewerteten Unternehmen wird zeitgleich im Konzernabschluss erfasst. Die Bewertung der Anteile an den at Equity bewerteten Unternehmen erfolgt mit dem anteiligen Eigenkapital zuzüglich Goodwill und fortgeführter stiller Reserven.

5. Währungsumrechnung.

Die Währungsumrechnung im Konzern erfolgt nach den Vorschriften des IAS 21. Für jede Konzerngesellschaft der LBBW wird die funktionale Währung festgelegt. Die im Abschluss des jeweiligen Konzernunternehmens enthaltenen Posten werden unter Verwendung dieser funktionalen Währung bewertet und in die Berichtswährung (Euro) umgerechnet.

Ein Fremdwährungsgeschäft ist beim erstmaligen Ansatz zum Kassamittelkurs zwischen der funktionalen Währung und der Fremdwährung zum Zeitpunkt des Geschäftsvorfalles anzusetzen. Nicht auf Euro lautende monetäre Vermögenswerte und Schulden sowie schwebende Fremdwährungskassageschäfte werden grundsätzlich zum Stichtagskurs in Euro umgerechnet. Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete nicht monetäre Posten werden mit dem historischen Kurs am Tag des Geschäftsvorfalles umgerechnet. Zum Fair Value bewertete nicht monetäre Posten werden mit dem Kurs am Tag der Fair-Value-Bewertung (Stichtagskurs) umgerechnet.

Umrechnungsdifferenzen werden grundsätzlich erfolgswirksam in der Periode ihres Entstehens angesetzt. Ausnahmen bilden nicht monetäre Posten, deren Fair-Value-Änderungen im Sonstigen Ergebnis erfasst werden. Hieraus resultierende Umrechnungsdifferenzen werden in der Neubewertungsrücklage erfasst.

Im Konzernabschluss sind die Bilanzposten der konsolidierten Unternehmen, soweit sie nicht in Euro bilanzieren, mit dem Bilanzstichtagskurs umgerechnet. Für die Umrechnung der Aufwendungen und Erträge dieser Unternehmen werden Jahresdurchschnittskurse verwendet. Die Umrechnung des Eigenkapitals erfolgt zu historischen Kursen. Alle daraus resultierenden Umrechnungsdifferenzen werden im Sonstigen Ergebnis (Rücklage aus Währungsumrechnung) angesetzt.

Die zum Abschlussstichtag verwendeten Umrechnungskurse für die bedeutendsten Währungen im LBBW-Konzern lauten wie folgt:

Betrag in Währung für 1 Euro	31.12.2015	31.12.2014
USD	1,0914	1,2166
GBP	0,7358	0,7819
SGD	1,5446	1,6074
JPY	131,5500	145,2400
CZK	27,0160	27,7370
MXN	18,9315	17,9235
RUB	79,8531	67,7521
CHF	1,0808	1,2024

6. Finanzinstrumente.

Der erstmalige Ansatz von finanziellen Vermögenswerten und finanziellen Verbindlichkeiten erfolgt, wenn das Unternehmen Vertragspartei durch den Eintritt in die vertraglichen Regelungen des Finanzinstruments wird. Der Ansatz erfolgt bei Kassageschäften von nicht derivativen Finanzinstrumenten zum Erfüllungstag und bei derivativen Finanzinstrumenten zum Handelstag.

Die Ausbuchung eines finanziellen Vermögenswerts erfolgt, wenn die vertraglich vereinbarten Rechte auf Cash-flows aus den finanziellen Vermögenswerten auslaufen oder diese auf Dritte übertragen wurden und keine substantziellen Chancen und Risiken aus den finanziellen Vermögenswerten verbleiben.

Im Fall von Transaktionen, bei denen alle wesentlichen Chancen und Risiken, die mit dem Eigentum an dem finanziellen Vermögenswert verbunden sind, weder zurückbehalten noch übertragen werden, wird der übertragene Vermögenswert ausgebucht, wenn die Verfügungsmacht, d. h. die Fähigkeit, den Vermögenswert zu verkaufen, über diesen Vermögenswert aufgegeben wird. Die im Rahmen der Übertragung zurückbehaltenen Ansprüche und Verpflichtungen werden getrennt als Vermögenswerte und Verbindlichkeiten erfasst. Bleibt die Verfügungsmacht über den besagten Vermögenswert erhalten, wird der Vermögenswert dem Umfang des anhaltenden Engagements entsprechend weiterhin ausgewiesen. Dieser Umfang bestimmt sich nach dem Ausmaß der Wertschwankungen des übertragenen Vermögenswerts, denen der Konzern weiterhin ausgesetzt bleibt.

Finanzielle Verpflichtungen werden bei Erlöschen der Verpflichtung (in der Regel durch Tilgung) ausgebucht.

Neben den folgenden Ausführungen zu den allgemeinen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden von Finanzinstrumenten befinden sich weitere Erläuterungen, insbesondere zu IFRS 13, in den Notes 54 ff.

Finanzielle Vermögenswerte bzw. Verbindlichkeiten, die erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden. Innerhalb dieser IAS 39-Kategorie werden Finanzinstrumente unterschieden, die entweder als zu Handelszwecken gehalten (Held for Trading – HFT) zu klassifizieren sind oder im Zugangszeitpunkt unwiderruflich als erfolgswirksam zum Fair Value bewertet eingestuft werden (Designated at Fair Value/Fair-Value-Option – FVO). Finanzielle Vermögenswerte und Verpflichtungen dieser Kategorie werden erfolgswirksam zum Fair Value bewertet.

Als zu Handelszwecken gehalten werden derivative Finanzinstrumente, Geldmarktgeschäfte, Wertpapiere und Schuldscheindarlehen klassifiziert, die zum Zwecke der kurzfristigen Gewinnerzielung aus Marktpreisänderungen oder der Realisierung einer Handelsspanne erworben wurden. Dieser Unterkategorie sind diejenigen derivativen Finanzinstrumente (unterteilt in Handelsderivate und ökonomische Hedgingderivate) zugeordnet, welche zu Handelszwecken eingesetzt werden oder in wirtschaftlichen Sicherungsbeziehungen stehen und nicht den IAS 39-Anforderungen aus dem Hedge Accounting genügen. Finanzinstrumente der Kategorie Held for Trading werden unter den Bilanzposten Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte bzw. Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen ausgewiesen. Der Ausweis der nicht realisierten Bewertungsergebnisse sowie der realisierten Gewinne und Verluste erfolgt im Ergebnis aus erfolgswirksam zum Fair Value bewerteten Finanzinstrumenten.

In der Unterkategorie Fair-Value-Option werden solche Finanzinstrumente ausgewiesen, die nicht mit Handelsabsicht erworben bzw. gehalten, aber erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden. Der Fair-Value-Option zugeordnet sind Finanzinstrumente mit trennungspflichtigen, eingebetteten Derivaten, bei denen auf eine Abspaltung verzichtet wird. Außerdem wird die Fair-Value-Option verwendet, um Inkongruenzen bei der Bewertung oder bei der Erfassung von Finanzinstrumenten zu beseitigen oder erheblich zu verringern. Bei den zusammengesetzten Finanzinstrumenten handelt es sich überwiegend um eigene Inhaberschuldverschreibungen und begebene Schuldscheindarlehen, die mit Derivaten der Assetklassen Zins, Kredit, Aktien und/oder Devisen strukturiert sind. Bei zur Beseitigung von Bewertungskonkruenzen der Fair-Value-Option zugeordneten Finanzinstrumenten handelt es sich um Wertpapiere und damit in Zusammenhang stehende Verbindlichkeiten, die ansonsten anderen Bewertungskonventionen als die damit in Zusammenhang stehenden Derivate unterliegen hätten. Finanzinstrumente, die beim erstmaligen Ansatz der Unterkategorie Fair-Value-Option zugeordnet wur-

den, werden in den Bilanzposten Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte bzw. Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Verbindlichkeiten ausgewiesen. Der Ausweis der Effekte aus Fair-Value-Änderungen der designierten Finanzinstrumente erfolgt im Ergebnis aus erfolgswirksam zum Fair Value bewerteten Finanzinstrumenten.

Die laufenden Erträge der als zu Handelszwecken gehaltenen und der als erfolgswirksam zum Fair Value eingestuften Finanzinstrumente sind im Zinsergebnis ausgewiesen.

Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte (Available for Sale).

Die Kategorie Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte beinhaltet alle nicht derivativen Finanzinstrumente, die nicht bereits anderen Kategorien zugeordnet wurden. Finanzinstrumente der Kategorie Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte werden im Posten Finanzanlagen erfasst. Die Bewertung erfolgt zum Fair Value. Das Bewertungsergebnis wird im Sonstigen Ergebnis in der Unterposition Neubewertungsrücklage für Finanzinstrumente Available for Sale (AfS) ausgewiesen. Beim Eintritt einer Wertminderung (Impairment) bzw. bei der Realisierung von Bewertungsergebnissen erfolgt eine Erfassung in der Gewinn- und Verlustrechnung. Wertaufholungen bei Schuldtiteln werden in der Gewinn- und Verlustrechnung (bis zu den fortgeführten Anschaffungskosten), Wertaufholungen bei Eigenkapitalinstrumenten hingegen im Sonstigen Ergebnis erfasst.

Für Fremdkapitalinstrumente wird zu jedem Bilanzstichtag bzw. beim Eintritt besonderer Ereignisse überprüft, ob objektive Hinweise darauf schließen lassen, dass eine Wertminderung auf einzelne finanzielle Vermögenswerte vorliegt. Objektive Hinweise auf eine Wertminderung sind insbesondere erhebliche finanzielle Schwierigkeiten des Schuldners, Vertragsbruch, erhöhte Wahrscheinlichkeit der Eröffnung eines Insolvenzverfahrens oder Eintritt eines sonstigen Sanierungsfalls des Schuldners. Für Wertpapiere, die keine Verbriefungen darstellen, erfolgt die Identifikation über Ratingklassen (Default-Rating).

Für Eigenkapitalinstrumente liegt ein Impairment vor, wenn der Fair Value aufgrund einer signifikanten oder nachhaltigen Wertminderung unter die Anschaffungskosten fällt. Bei zur Veräußerung verfügbaren Vermögenswerten wird eine signifikante Wertminderung angenommen, wenn der Fair Value zum Bewertungsstichtag um mindestens 20% unter den Anschaffungskosten liegt. Eine nachhaltige Wertminderung ist gegeben, wenn der Fair Value in einem Zeitraum von zwölf Monaten dauerhaft die Anschaffungskosten um mehr als 5% unterschreitet.

Erträge oder Aufwendungen aus der Währungsumrechnung sind bei Fremdkapitalinstrumenten (z. B. Anleihen, Schuldverschreibungen) im Devisenergebnis und bei Eigenkapitalinstrumenten (z. B. Aktien, Beteiligungen, Anteile an Unternehmen) in der Neubewertungsrücklage im Sonstigen Ergebnis ausgewiesen. Beim Abgang eines Finanzinstruments sowie bei einem Impairment wird der in der Neubewertungsrücklage aufgelaufene Wertänderungsbetrag in das Ergebnis aus Finanzanlagen umgebucht.

Stille Einlagen mit Verlustpartizipation werden ebenfalls als Finanzanlagen Available for Sale (AfS) kategorisiert und entsprechend zum Fair Value bewertet.

Derivate.

Im LBBW-Konzern werden derivative Finanzinstrumente zur Sicherung von bilanzwirksamen und/oder bilanzunwirksamen Positionen im Rahmen der Aktiv-/Passivsteuerung, zur Absicherung von Wertschwankungen von z. B. festverzinslichen Wertpapieren gegen eine Änderung des Marktzinses sowie zur Sicherung von Credit Spreads bei Unternehmensanleihen eingesetzt. Derivative Finanzinstrumente dienen zusätzlich zur Deckung von Zins- oder sonstigen Marktpreisschwankungen für Handelsgeschäfte. Darüber hinaus werden derivative Finanzinstrumente als Handelsgeschäfte getätigt.

Zum Abschlussstichtag hat der LBBW-Konzern folgende Arten von Derivaten im bilanziellen Bestand:

- Forwards und Futures sind vertragliche Vereinbarungen über den Kauf oder Verkauf eines bestimmten Finanzinstruments zu einem bestimmten Preis und Zeitpunkt in der Zukunft. Forwards stellen nicht standardisierte Verträge dar, die auf dem OTC-Markt gehandelt werden. Futures sind Verträge über standardisierte Mengen und werden an Börsen gehandelt.
- Swaps sind vertragliche Vereinbarungen zwischen zwei Parteien, um Veränderungen von Zinsen und/oder Währungen auszutauschen und Zahlungen auf Basis von Nominalwerten bei bestimmten Ereignissen zu leisten.
- Kreditderivate sind vertragliche Vereinbarungen zwischen zwei Parteien, bei denen Ausgleichszahlungen vom Sicherungsgeber in Abhängigkeit von bonitätsinduzierten Ereignissen erfolgen. Der Sicherungsnehmer zahlt eine Prämie.
- Optionen sind vertragliche Vereinbarungen, die dem Käufer das Recht auf Kauf bzw. Verkauf von einem Finanzinstrument in einer bestimmten Menge zu einem bestimmten Preis und einem bestimmten Zeitpunkt oder Zeitraum gewähren.

Sicherungsgeschäfte im Sinne des IAS 39 (Hedge Accounting) werden unter den Erfolgswirksam zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten (positive Marktwerte auf der Aktivseite) bzw. Verpflichtungen (negative Marktwerte auf der Passivseite) ausgewiesen.

Eingebettete Derivate.

Strukturierte Produkte sind Finanzinstrumente, die sich aus einem Basisvertrag und einem oder mehreren derivativen Finanzinstrumenten zusammensetzen, wobei die eingebetteten Derivate einen Vertragsbestandteil darstellen und nicht separat gehandelt werden. Gemäß IAS 39 sind eingebettete Derivate für Bilanzierungszwecke unter folgenden (kumulativ zu erfüllenden) Bedingungen vom Basisvertrag zu trennen und als eigenständige Derivate zu bilanzieren:

- Das strukturierte Finanzinstrument wird nicht bereits erfolgswirksam zum Fair Value bewertet.
- Die wirtschaftlichen Merkmale und Risiken des eingebetteten Derivats sind nicht eng mit denen des Basisvertrags verbunden.
- Die Vertragsnormen des eingebetteten Derivats würden die Voraussetzungen eines Derivats erfüllen.

Wird das strukturierte Produkt für Bilanzierungszwecke getrennt, sind der Basisvertrag entsprechend seiner Kategorie und das eingebettete Derivat gesondert in der Kategorie Held for Trading auszuweisen. Die Bewertung des Basisvertrags ist gemäß der Kategorie, der dieser Basisvertrag zugeordnet würde, vorzunehmen. Die Bewertung des herausgetrennten eingebetteten Derivats erfolgt zum Fair Value, wobei die Wertänderung erfolgswirksam erfasst wird. Sind die Kriterien für eine Trennung der eingebetteten Derivate nicht erfüllt, sind der Basisvertrag und das eingebettete Derivat als ein Vermögenswert bzw. eine Verpflichtung zu bilanzieren und zu bewerten.

Hedge Accounting.

Zum Zeitpunkt der Designation einer Hedge-Beziehung wird der Sicherungszusammenhang dokumentiert. Die Dokumentation umfasst die eindeutige Benennung und Zuordnung von Grund- und Sicherungsgeschäft, die Definition des abgesicherten Risikos, die Beschreibung der Sicherungsstrategie und der Risikomanagementzielsetzung und die Bestimmung der Methode zur Effektivitätsmessung. Gemäß den Regelungen des IAS 39 muss zu Beginn sowie während der gesamten Laufzeit erwartet werden, dass die Sicherungsbeziehung hoch effektiv ist. Zusätzlich hat regelmäßig eine retrospektive Überprüfung der Effektivität zu erfolgen. Eine Hedge-Beziehung gilt dann als effektiv, wenn die Wertänderungen aus Sicherungsgeschäft und dem abgesicherten Teil des Grundgeschäfts in einem Verhältnis stehen, das zwischen 80% und 125% liegt. Eine ineffektive Sicherungsbeziehung muss aufgelöst werden. Eine aufgelöste Sicherungsbeziehung kann für die restliche Laufzeit wieder neu designiert werden, wenn die Effektivitätsvermutung für die restliche Laufzeit gegeben ist (prospektiver Test).

Sind die Voraussetzungen für das Hedge Accounting nach IAS 39.71 ff. erfüllt, wird bei der bilanziellen Behandlung unterschieden, ob es sich bei der Sicherungsbeziehung um die Absicherung des Fair Values oder um die Absicherung des Cashflows handelt. Fair Value Hedges dienen der Absicherung von Marktpreisrisiken und den damit verbundenen Marktwertänderungen. Sie existieren in Form von Mikro Fair Value Hedges und Portfolio Fair Value Hedges.

Beim Mikro Fair Value Hedge ist der Buchwert des abgesicherten Grundgeschäfts erfolgswirksam um die Marktwertänderung des abgesicherten Risikos anzupassen. Das gilt sowohl für die zu fortgeführten Anschaffungskosten bewerteten Finanzinstrumente als auch für die zum Fair Value bewerteten Grundgeschäfte, deren Wertänderungen im Sonstigen Ergebnis erfasst werden. Die Änderungen des Fair Values des Grundgeschäfts, die nicht dem abgesicherten Risiko zuzurechnen sind, werden entsprechend den Regeln der zugehörigen Bewertungskategorie behandelt.

Die LBBW wendet den Portfolio Fair Value Hedge auf Zinsrisiken im Sinne des IAS 39 an. Die Vorschriften des Fair Value Hedges von Zinsänderungsrisiken auf Portfoliobasis ermöglichen es, das bankinterne Risikomanagement von Zinsänderungsrisiken nachzubilden. Die Portfolios enthalten sowohl Forderungen als auch Verbindlichkeiten, die in einem dynamischen Hedge-Accounting-Zyklus in regelmäßigen Abständen prospektiven und retrospektiven Effektivitätsmessungen unterzogen werden. Die Einstellung der Cashflows in die zugehörigen Laufzeitbänder erfolgt für jedes Finanzinstrument entsprechend der erwarteten Fälligkeit.

Beim Portfolio Fair Value Hedge wird ein eigener Bilanzposten (Aktivisches bzw. Passivisches Portfolio Hedge Adjustment) gebildet, um die Bewertungseffekte der Grundgeschäfte, bezogen auf das abgesicherte Risiko, zu erfassen.

Die aus der Bewertung des Sicherungsgeschäfts resultierenden Bewertungsgewinne und -verluste kompensieren in der Regel den Bewertungseffekt aus den abgesicherten Grundgeschäften, die dem abgesicherten Risiko zuzurechnen sind. Sie werden im Ergebnis aus erfolgswirksam zum Fair Value bewerteten Finanzinstrumenten erfasst.

Der im Konzern in geringem Volumen eingesetzte Cashflow Hedge sichert das Risiko zukünftiger Zahlungsströme ab. Das Sicherungsgeschäft ist mit dem Fair Value in der Bilanz angesetzt. Der Anteil der Fair-Value-Änderung, der als effektiv gilt, wird im Sonstigen Ergebnis in der Neubewertungsrücklage ausgewiesen. Der ineffektive Teil wird erfolgswirksam im Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen erfasst.

Eine Hedge-Beziehung endet, wenn das Grund- oder Sicherungsgeschäft ausläuft, veräußert, vorzeitig beendet oder anderen Zwecken zugeführt wurde, bzw. die Anforderungen an das Hedge Accounting nicht mehr erfüllt sind. Wird ein Finanzinstrument zur Absicherung von Fair-Value-Änderungen eines Grundgeschäfts vorzeitig beendet oder anderen Zwecken zugeführt, wird die im Buchwert des Grundgeschäfts enthaltene zinsbezogene Fair-Value-Anpassung über dessen Restlaufzeit amortisiert und mit den Zinserträgen oder -aufwendungen ver-

rechnet. Bei Veräußerung oder vorzeitiger Rückführung der abgesicherten Vermögenswerte oder Verbindlichkeiten werden die Fair-Value-Anpassungen des Grundgeschäfts bei der Ermittlung des realisierten Gewinns oder Verlusts aus der Veräußerung bzw. Rückführung berücksichtigt.

Wertpapierpensions- und Leihengeschäfte.

Der LBBW-Konzern tätigt sowohl Wertpapierpensions- als auch Leihengeschäfte.

Derzeit werden im Konzern der LBBW nur echte Pensionsgeschäfte getätigt. Echte Pensionsgeschäfte sind Verträge, durch die Wertpapiere gegen Zahlung eines Betrags übertragen werden und in denen gleichzeitig vereinbart wird, dass die Wertpapiere zu einem späteren Zeitpunkt gegen Entrichtung eines im Voraus vereinbarten Betrags an den Pensionsgeber zurückübertragen werden müssen.

Der LBBW-Konzern bilanziert als Pensionsgeber weiterhin die in Pension gegebenen Vermögenswerte nach den für die jeweilige IAS 39-Kategorie geltenden Vorschriften und passiviert gleichzeitig in Höhe der erhaltenen Liquidität eine Verbindlichkeit gegenüber dem Pensionsnehmer. Als Pensionsnehmer aktiviert der LBBW-Konzern lediglich eine entsprechende Forderung an den Pensionsgeber.

Zinszahlungen im Rahmen eines Pensionsgeschäfts werden als Zinserträge bzw. -aufwendungen erfasst. Die Vereinnahmung von Zinsen oder Dividenden aus den Wertpapieren hängt von der Vertragsausgestaltung ab und kann entweder den Pensionsnehmer oder den Pensionsgeber begünstigen. Die Zinsen und Dividenden werden entsprechend im Zinsergebnis ausgewiesen.

Unter dem Begriff der Leihe werden Sachdarlehensgeschäfte verstanden, bei denen Wertpapiere oder andere Sachgüter (Rohstoffe) mit der Verpflichtung übereignet werden, dass der Entleiher nach Ablauf der vereinbarten Zeit Papiere bzw. Sachwerte gleicher Art, Güte und Menge zurücküberträgt und für die Dauer der Leihe ein Entgelt entrichtet.

Der LBBW-Konzern bilanziert als Verleiher weiterhin die Wertpapiere und Sachgüter nach den für die jeweilige IAS 39-Kategorie geltenden Vorschriften. Als Entleiher weist der LBBW-Konzern die entliehenen Wertpapiere/Sachgüter nicht aus. Sofern die entliehenen Wertpapiere/Sachgüter an Dritte veräußert werden, wird ein Veräußerungserlös aktiviert und gleichzeitig eine Rückgabeverpflichtung unter den Handelspassiva bilanziert.

Das vom Entleiher entrichtete Entgelt wird entsprechend der IAS 39-Kategorie des Wertpapiers/Sachguts im Zinsergebnis ausgewiesen. Die Vereinnahmung von Zinsen oder Dividenden hängt von der Vertragsausgestaltung ab und kann entweder den Entleiher oder den Verleiher begünstigen. Die Zinsen und Dividenden werden entsprechend im Zinsergebnis ausgewiesen.

Finanzgarantien.

Verpflichtungen aus von Konzernunternehmen ausgereichten Garantien betreffen Verträge, die zur Leistung von Zahlungen verpflichten, die den Garantiennehmer für einen Verlust entschädigen, der entsteht, weil ein bestimmter Schuldner seinen Zahlungsverpflichtungen gemäß den Bedingungen eines Schuldinstruments nicht fristgemäß nachkommt. Diese Verträge erfüllen die Voraussetzungen für eine Finanzgarantie im Sinne des IAS 39.9 und sind daher nicht als Derivat zu bewerten.

Die Bilanzierung von Finanzgarantien beim **Sicherungsnehmer** ist vom Anwendungsbereich des IAS 39 ausgeschlossen (IAS 39.IN6). Für den Sicherungsnehmer einer Finanzgarantie liegt eine Eventualforderung nach IAS 37 vor, die nicht aktiviert werden darf (IAS 37.31). Die gezahlte Prämie (einmalig oder ratierlich) für die Finanzgarantie ist beim Sicherungsnehmer als Provisionsaufwand analog IAS 18.20 periodengerecht zu erfassen. Bei Eintritt des Garantieereignisses wird eine Forderung gegenüber dem Sicherungsgeber erfasst.

Der Erstanatz beim **Sicherungsgeber** erfolgt zum Fair Value als Verbindlichkeit gegenüber Kreditinstituten/Kunden, sobald der Sicherungsgeber Vertragspartei wird (unabhängig von der Fälligkeit von Prämienzahlungen). Der Fair Value setzt sich aus dem Barwert der erwarteten Leistungen und dem gegenläufigen Barwert der zukünftigen Prämienzahlungen zusammen. Zu marktgerechten Konditionen abgeschlossene Finanzgarantien weisen einen Fair Value von Null auf. Für die Folgebewertung wird der höhere der beiden Beträge aus einer Bewertung nach IAS 37 und dem ursprünglich erfassten Betrag zugrunde gelegt, ggf. abzüglich der gemäß IAS 18 erfassten kumulierten Amortisationen.

Bewertung zu fortgeführten Anschaffungskosten.

Die fortgeführten Anschaffungskosten eines finanziellen Vermögenswerts oder einer finanziellen Verbindlichkeit ergeben sich aus den Anschaffungskosten im Zugangszeitpunkt unter Berücksichtigung von Tilgungen, zuzüglich oder abzüglich der kumulierten Amortisation einer etwaigen Differenz zwischen dem ursprünglichen Betrag und dem bei Endfälligkeit rückzahlbaren Betrag sowie abzüglich etwaiger Wertminderungen.

Kredite und Forderungen (Loans and Receivables).

Als Kredite und Forderungen (Loans and Receivables – LaR) werden alle nicht derivativen Finanzinstrumente kategorisiert, die mit festen oder bestimmaren Zahlungen ausgestattet und nicht an einem aktiven Markt notiert

sind, es sei denn, sie werden bei Zugang in die Kategorie At Fair Value through profit and loss (aFV) designiert. Kredite und Forderungen werden zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet. Zu jedem Abschlussstichtag sowie bei objektiven Hinweisen auf potenzielle Wertminderungen werden Kredite und Forderungen auf Werthaltigkeit geprüft. Entsprechend sind ggf. Wertberichtigungen erfolgswirksam zu berücksichtigen (siehe Note 6). Im Falle einer Wertaufholung erfolgt diese über die Gewinn- und Verlustrechnung. Die Obergrenze für Zuschreibungen bilden die fortgeführten Anschaffungskosten, die sich zum Bewertungszeitpunkt ohne Wertberichtigung ergeben hätten.

Als Kredite und Forderungen werden Forderungen an Kreditinstitute, Forderungen an Kunden sowie Finanzanlagen, die nicht der Kategorie Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte zugeordnet sind, klassifiziert. Unter den Forderungen an Kreditinstitute bzw. Kunden werden im Wesentlichen ausgereichte Kredite, Schulscheindarlehen, Tages- und Termingelder sowie Pensionsnehmergeschäfte bilanziert.

Verbindlichkeiten (Other Liabilities).

Unter diese finanziellen Verbindlichkeiten fallen sämtliche finanzielle Verbindlichkeiten im Anwendungsbereich des IAS 39, die zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet werden.

Gemäß IAS 39 werden die in der LBBW gehaltenen eigenen Schuldverschreibungen von den ausgegebenen Schuldverschreibungen abgesetzt. Dabei werden die im Konzern gehaltenen eigenen Schuldverschreibungen mit ihrem jeweiligen Rückkaufswert gegen die fortgeführten Anschaffungskosten der ausgegebenen Schuldverschreibungen aufgerechnet. Die Differenz zwischen Rückkaufpreis und fortgeführten Anschaffungskosten konzerneigener Schuldverschreibungen wird erfolgswirksam im Zinsergebnis erfasst.

Bis zur Endfälligkeit zu haltende Finanzinvestitionen (Held to Maturity).

Gegenwärtig nutzt der LBBW-Konzern die Kategorie Bis zur Endfälligkeit zu haltende Finanzinvestitionen (Held to Maturity - HtM) nicht.

7. Aufrechnung.

Finanzielle Verbindlichkeiten werden mit finanziellen Vermögenswerten bilanziell aufgerechnet, wenn ein durchsetzbarer Rechtsanspruch besteht, die erfassten Beträge miteinander zu verrechnen, und beabsichtigt wird, entweder den Ausgleich auf Nettobasis herbeizuführen oder gleichzeitig mit der Verwertung des betreffenden Vermögenswerts die dazugehörige Verbindlichkeit abzulösen. In allen anderen Fällen erfolgt ein Bruttoausweis.

Wenn Vermögenswerte und Verpflichtungen, wie zurückgekaufte eigene Emissionen, in der Bilanz saldiert dargestellt werden, sind die dazugehörigen Erträge und Aufwendungen in der Gewinn- und Verlustrechnung ebenfalls aufzurechnen, es sei denn, eine Aufrechnung ist explizit durch einen anwendbaren Rechnungslegungsstandard untersagt.

8. Barreserve.

Die Barreserve umfasst neben dem Kassenbestand und täglich fälligen Guthaben bei Zentralnotenbanken zusätzlich Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel mit einer Laufzeit von maximal drei Monaten. Alle Bestände sind zum Nennwert ausgewiesen.

9. Risikovorsorge.

Der Posten Risikovorsorge enthält Wertberichtigungen auf Finanzinstrumente, die unter Forderungen ausgewiesen werden. Hierunter fallen sämtliche Kredite, die nicht der Fair-Value-Bewertung unterworfen sind. Offene Kreditzusagen und Eventualverbindlichkeiten sind hier nicht berücksichtigt.

Bei den Wertberichtigungen wird nach Einzelwertberichtigungen, pauschalierten Einzelwertberichtigungen sowie Portfoliowertberichtigungen unterschieden. Die Bildung einer Wertberichtigung erfolgt grundsätzlich bei Vorliegen von objektiven Hinweisen auf eine Wertminderung. Ist dies der Fall, so werden für signifikante Forderungen Einzelwertberichtigungen und für nicht signifikante Forderungen pauschalierte Einzelwertberichtigungen gebildet. Dazu wird täglich überprüft, ob objektive Hinweise darauf schließen lassen, dass eine Wertminderung eines einzelnen finanziellen Vermögenswerts oder einer Gruppe von finanziellen Vermögenswerten vorliegt. Objektive Hinweise auf eine Wertminderung sind insbesondere erhebliche finanzielle Schwierigkeiten des Schuldners (z. B. möglich bei getroffener Forbearance-Maßnahme), Vertragsbruch (Ausfall oder Verzug von Zins- oder Tilgungszahlungen), erhöhte Wahrscheinlichkeit der Eröffnung eines Insolvenzverfahrens oder Eintritt eines sonstigen Sanierungsfalls des Kreditnehmers. Liegen keine entsprechenden Hinweise vor, so werden dennoch Portfoliowertberichtigungen gebildet, da davon auszugehen ist, dass gewisse Risiken bereits eingetreten sind, aber diese noch nicht erkannt wurden. Sofern objektive Hinweise auf Wertminderungen bei signifikanten Forderungen vorliegen, aber keine Einzelwertberichtigung zu bilden ist, da der Barwert der geschätzten Zahlungsströme mindestens dem Buchwert der Forderung entspricht, werden diese Forderungen ebenfalls in die Portfoliowertberichtigungen einbezogen.

Die Höhe der Wertminderung wird als Differenz zwischen dem Buchwert der Forderung und dem Barwert der geschätzten Zahlungsströme ermittelt. Zur Ermittlung der zukünftigen erwarteten Zahlungsströme werden alle

erwarteten Zahlungen aus der Forderung (Zins und Tilgung) sowie etwaige Zahlungen aus der Verwertung von Sicherheiten nach ihrer Höhe und ihrem Zuflusszeitpunkt geschätzt.

Der Zinsertrag aus wertberechtigten Forderungen beinhaltet nicht die vertraglich vereinbarten Zinserträge und die Abgrenzung etwaiger Disagien, sondern ergibt sich nach IFRS aus der Barwertänderung der erwarteten zukünftigen Zahlungsströme (sogenanntes Unwinding) zum nächsten Bilanzstichtag. Der Zufluss erwarteter Zahlungseingänge vermindert sowohl den Forderungsbuchwert als auch die geschätzten Zahlungsströme; unerwartete Zahlungseingänge reduzieren hingegen erfolgswirksam die Risikovorsorge.

Pauschalierte Einzelwertberichtigungen und Portfoliowertberichtigungen werden als Produkt aus Buchwert (Kapitalsaldo, Rückstände und anteilige Zinsen), der Wahrscheinlichkeit, dass das Engagement innerhalb eines Jahres ausfällt (PD), der individuellen Verlustquote unter Berücksichtigung von Sicherheiten (LGD), sowie bei den aktivisch abgesetzten Portfoliowertberichtigungen einem Faktor, der die Verzugsdauer im Informationsfluss bewertet (LIP), berechnet.

Die Uneinbringlichkeit nicht wertberechtigter Forderungen oder Forderungsteile führt zu einer direkten Abschreibung (IAS 39.63). Eingänge auf abgeschriebene Forderungen werden erfolgswirksam erfasst.

Forderungen werden ausgebucht, wenn diese uneinbringlich sind, ohne dass ein Surrogat an die Stelle der ausgefallenen Forderung tritt. Dies ist z. B. der Fall bei:

- Insolvenzfällen, wenn die Sicherheiten verwertet wurden oder mit keiner Insolvenzquote zu rechnen ist,
- gekündigten Engagements, wenn die Restforderungen uneinbringlich sind,
- vollständigem oder teilweise Forderungsverzicht und
- Forderungsverkauf mit Verlust.

Der Gesamtbetrag der Risikovorsorge wird, sofern er sich auf bilanzielle Forderungen bezieht, als eigener Posten offen von den Forderungen an Kreditinstitute und Kunden abgesetzt. Die Risikovorsorge für außerbilanzielle Geschäfte wird hingegen im Posten Rückstellung im Kreditgeschäft gezeigt. Die Rückstellung im Kreditgeschäft wird angesetzt, wenn gegenwärtige Verpflichtungen bestehen und deren Erfüllung erwartungsgemäß mit einem Abfluss von Ressourcen verbunden ist. Die Bewertung dieser Verpflichtungen erfolgt in Höhe des Betrags, den die LBBW bei vernünftiger Betrachtung nach den Verhältnissen am Abschlussstichtag zur Erfüllung der Verpflichtung oder zu deren Übertragung an einen Dritten zahlen müsste.

10. Anteile an at Equity bewerteten Unternehmen.

Die at Equity bewerteten Anteile an assoziierten Unternehmen bzw. an Joint Ventures werden im Zeitpunkt der Erlangung eines maßgeblichen Einflusses bzw. bei Gründung zu Anschaffungskosten in der Konzernbilanz angesetzt. Dies umfasst auch den Goodwill aus dem Kauf eines assoziierten Unternehmens bzw. eines Joint Ventures. In den Folgejahren wird der bilanzierte at-Equity-Wert um die anteiligen Eigenkapitalveränderungen des Beteiligungsunternehmens fortgeschrieben. Das anteilige Jahresergebnis des Beteiligungsunternehmens fließt als Ergebnis aus at Equity bewerteten Unternehmen in die Gewinn- und Verlustrechnung ein. Veränderungen der Neubewertungsrücklage des Beteiligungsunternehmens werden anteilig direkt im Sonstigen Ergebnis erfasst.

Eine Anpassung des Equity-Werts ist ggf. aufgrund der Beteiligungsbewertung erforderlich. Der Werthaltigkeitstest erfolgt auf der Grundlage des IAS 39 und IAS 36.

Anteile an assoziierten Unternehmen, die aufgrund ihrer untergeordneten Bedeutung nicht in den Konzernabschluss einbezogen werden, sind unter den Finanzanlagen bilanziert.

11. Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen.

Der Buchwert langfristiger Vermögenswerte oder Gruppen von Vermögenswerten und Schulden (Veräußerungsgruppen), deren Veräußerung geplant ist, wird überwiegend durch das Veräußerungsgeschäft und nicht durch eine fortgesetzte Nutzung realisiert.

Bei der kumulativen Erfüllung der nachfolgend genannten Bedingungen sind die betroffenen Vermögenswerte bzw. Veräußerungsgruppen als zur Veräußerung gehalten zu klassifizieren und getrennt von den anderen Vermögenswerten bzw. Schulden in der Bilanz auszuweisen. Die Klassifizierung als zur Veräußerung gehalten setzt voraus, dass die Vermögenswerte oder Veräußerungsgruppen im gegenwärtigen Zustand zu gängigen Bedingungen veräußerbar sind und die Veräußerung höchstwahrscheinlich ist. Eine höchstwahrscheinliche Veräußerung liegt vor, wenn der Plan für den Verkauf beschlossen wurde, die Suche nach einem Käufer und die Durchführung des Plans aktiv begonnen haben, der Vermögenswert oder die Veräußerungsgruppe zu einem Preis aktiv angeboten wird, der in einem angemessenen Verhältnis zum derzeitigen beizulegenden Zeitwert steht, und die Veräußerung erwartungsgemäß innerhalb eines Jahres ab dem Zeitpunkt der Klassifizierung erfolgt.

Als zur Veräußerung gehalten klassifizierte Vermögenswerte werden mit dem niedrigeren Wert aus Buchwert und beizulegendem Zeitwert abzüglich Veräußerungskosten bewertet. Ab dem Zeitpunkt der Klassifizierung als zur Veräußerung gehalten wird die planmäßige Abschreibung der Vermögenswerte eingestellt. Die Bewertung der Zur

Veräußerung gehaltenen Vermögenswerte und Schulden sowie Veräußerungsgruppen erfolgt grundsätzlich gemäß den Vorschriften des IFRS 5. Vermögenswerte, die unter die Ausnahmenvorschriften des IFRS 5.5 fallen, werden gemäß den Vorschriften des jeweils einschlägigen Standards bewertet. Dementsprechend unterliegt die Fair-Value-Bewertung der relevanten Vermögenswerte dieses Bilanzpostens den gleichen Methoden, Parametern und Vorgehensweisen wie alle anderen zum Fair Value bewerteten Vermögenswerte des LBBW-Konzerns. Der Ausweis der als zur Veräußerung gehalten klassifizierten Vermögenswerte bzw. Veräußerungsgruppen erfolgt gesondert in den Bilanzposten Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen und Verbindlichkeiten aus Veräußerungsgruppen.

Das Ergebnis aus der Bewertung sowie das Ergebnis aus der Veräußerung dieser Vermögenswerte oder Veräußerungsgruppen, die nicht zu einem aufgegebenen Geschäftsbereich gehören, sind in der Gewinn- und Verlustrechnung bzw. in der Neubewertungsrücklage im Eigenkapital enthalten und werden nicht separiert. Sofern es sich um aufgegebene Geschäftsbereiche handelt, ist das gesamte Ergebnis daraus separat im Posten Ergebnis aus aufgegebenen Geschäftsbereichen zu zeigen.

12. Immaterielle Vermögenswerte.

Unter den immateriellen Vermögenswerten werden im Wesentlichen der Geschäfts- oder Firmenwert (Goodwill), aktivierte Kundenbeziehungen sowie erworbene und selbst erstellte Software ausgewiesen.

Der Goodwill ergibt sich dabei als Überschuss des Kaufpreises über das zum Fair Value bewertete (anteilige) Reinvermögen des erworbenen Unternehmens unter Berücksichtigung latenter Steuern und wird den jeweils betroffenen zahlungsmittelgenerierenden Einheiten zugeordnet. Das Segment Corporates ist im LBBW-Konzern die einzige zahlungsmittelgenerierende Einheit in der ein Goodwill aktiviert ist.

Im Rahmen der Konzernabschlussstellung wird mindestens einmal jährlich, sofern Anzeichen (Triggering Events, z. B. Änderungen des relevanten Marktumfelds, gesetzlicher Rahmenbedingungen, des technischen Umfelds, des Kapitalisierungszinssatzes sowie längerfristige negative Planergebnisse oder erhebliche Planunterschreitungen) für eine mögliche Wertminderung bestehen auch unterjährig, ein Werthaltigkeitstest (Impairment-Test) durchgeführt.

Dabei wird der erzielbare Betrag der zahlungsmittelgenerierenden Einheit, welche einen Goodwill ausweist, mit deren Buchwert verglichen. Der Buchwert wird über das der zahlungsmittelgenerierenden Einheit zugeordnete Eigenkapital bestimmt. Der erzielbare Betrag entspricht dem jeweils höheren Wert aus dem Fair Value abzüglich Verkaufskosten und dem Nutzungswert. Der Konzern ermittelt den erzielbaren Betrag auf der Grundlage des Nutzungswerts. Wenn der Nutzungswert den Buchwert der zahlungsmittelgenerierenden Einheit übersteigt, ist der Vermögenswert nicht wertgemindert und es ist nicht erforderlich, den Fair Value abzüglich Verkaufskosten zu schätzen. Der Fair Value einer zahlungsmittelgenerierenden Einheit wird neben den Ergebnisprognosen wesentlich von dem Kapitalisierungszinssatz determiniert, der den Ergebnisprognosen zugrunde gelegt wird, sowie in deutlich geringerem Maße von dem langfristigen Wachstumsabschlag. Liegt der erzielbare Betrag der zahlungsmittelgenerierenden Einheit unter ihrem Buchwert, ist ein Wertminderungsaufwand zu erfassen und in der Gewinn- und Verlustrechnung unter dem Posten Wertminderung Goodwill auszuweisen.

Der Konzern berechnet zur Ermittlung des erzielbaren Betrags zunächst den Nutzungswert als Barwert der künftigen Cashflows, der voraussichtlich aus dem Segment Corporates abgeleitet werden kann. Zur Ermittlung des Nutzungswerts wird ein konzerneigenes Bewertungsmodell verwendet. Berücksichtigt werden dabei die Besonderheiten des Bankgeschäfts sowie aufsichtsrechtliche Anforderungen. Mithilfe des Modells wird der Barwert der geschätzten zukünftigen Ergebnisse berechnet, der nach Erfüllung der entsprechenden Kapitalanforderungen an die Anteilseigner ausgeschüttet werden kann.

Wesentliche Parameter für das Bewertungsmodell sind Ergebnisprognosen, die auf den Geschäftsplanungen basieren, welche vom Management für einen Fünfjahreszeitraum beschlossen wurden. Die für die Prognosen relevanten Ergebniskomponenten werden im Rahmen eines Top-Down-Verfahrens mit anschließender Bottom-Up-Validierung unter Berücksichtigung volkswirtschaftlicher Rahmendaten und geschäftsfeldspezifischer Markt- und Wettbewerbsanalysen ermittelt.

Die Ergebnisprognosen bilden die Grundlage zur Ableitung eines nachhaltigen Ergebnisniveaus. Infolge der strategischen Neuausrichtung der Bank ist am Ende des Fünfjahreszeitraums noch nicht das Niveau nachhaltig erzielbarer Cashflows erreicht. Dieser Tatsache wird durch eine Anpassung der Cashflows am Ende des Planungszeitraums Rechnung getragen. Das Ergebnisniveau wird auf den Berechnungstichtag anhand des Kapitalisierungszinssatzes abgezinst.

Die angewandten Kapitalisierungszinssätze werden auf Basis des Capital Asset Pricing Models ermittelt, das einen risikolosen Basiszins, eine Marktrisikoprämie und einen Faktor für das systematische Risiko (Beta-Faktor) beinhaltet. Folgende externe Informationsquellen kommen zur Anwendung: Die Werte für den risikolosen Basiszins werden anhand der Svensson-Methode aus historischen Marktdaten ermittelt. Die Marktrisikoprämie wird anhand empirischer Daten festgelegt. Die Beta-Faktoren zur Abbildung der LBBW-spezifischen Risiken

werden für jede zahlungsmittelgenerierende Einheit aus Beta-Faktoren von branchenspezifischen Vergleichsgruppen hergeleitet.

Bei der Validierung des ermittelten erzielbaren Betrags werden die wesentlichen Werttreiber der zahlungsmittelgenerierenden Einheit mindestens jährlich überprüft. Als Belastbarkeitstest der ermittelten erzielbaren Beträge werden die wesentlichen Parameter der Ergebnisprognosen einer Sensitivitätsprüfung unterzogen.

Entgeltlich erworbene immaterielle Vermögenswerte werden mit ihren fortgeführten Anschaffungskosten, d. h. abzüglich kumulierter Abschreibungen und Wertminderungen angesetzt. Eigenentwickelte Software wird zu Herstellungskosten aktiviert, sofern die Ansatzkriterien gemäß IAS 38 erfüllt sind. Die aktivierten Kosten enthalten im Wesentlichen Personalaufwendungen und Aufwendungen für externe Leistungen, die bei der Entwicklung angefallen sind. Die selbst erstellte oder erworbene Software wird, wie im Vorjahr, über drei bis zehn Jahre planmäßig linear abgeschrieben.

Planmäßige und außerplanmäßige Abschreibungen für immaterielle Vermögenswerte, ausgenommen Goodwill, werden unter den Verwaltungsaufwendungen in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesen. Erträge aus Wertaufholungen bei immateriellen Vermögenswerten, ausgenommen Goodwill aufgrund des Wertaufholungsverbots, werden unter den Sonstigen betrieblichen Erträgen erfasst.

Ein immaterieller Vermögenswert wird bei Abgang ausgebucht. Abgangsgewinne und -verluste sind die Differenz zwischen dem Nettoveräußerungserlös, sofern vorhanden, und dem Buchwert des Vermögenswerts. Zum Zeitpunkt der Ausbuchung ist der Gewinn oder Verlust aus dem Abgang des Vermögenswerts erfolgswirksam zu erfassen. Für den Goodwill erfolgt dies in einem separaten Posten in der Gewinn- und Verlustrechnung, für andere immaterielle Vermögenswerte erfolgt die Erfassung im Sonstigen betrieblichen Ergebnis.

13. Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien.

An Dritte vermietete bzw. zu Rendite Zwecken erworbene Immobilien werden gemäß IAS 40 gesondert in der Bilanz als Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien ausgewiesen, sofern sie mit der Absicht gehalten werden, Mieterträge und/oder Wertsteigerungen zu erzielen. Liegen gemischt genutzte Immobilien vor und können die nicht selbst genutzten Teile gesondert verkauft bzw. vermietet werden, so werden diese Teile getrennt bilanziert. Gemischt genutzte Objekte, deren Drittnutzung mehr als 80% der Gesamtnutzung ausmacht, werden aus den Sachanlagen ausgebucht und in ihrer Gesamtheit als Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien ausgewiesen.

Die Zugangsbewertung von als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien erfolgt zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten unter der Einbeziehung von Anschaffungsnebenkosten. Diese können auch die direkten Fremdkapitalkosten beinhalten, sofern es sich bei den jeweiligen Objekten um sogenannte qualifizierte Vermögenswerte handelt. Die Folgebewertung erfolgt am Abschlussstichtag zum Fair Value. Dieser bestimmt sich in erster Linie aus Modellbewertungen. Zur Validierung des Fair Values aus den Modellbewertungen werden regelmäßig Gutachten für wesentliche Investment Properties eingeholt.

In der Bewertung der als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien ergeben sich die Schätz-Unsicherheiten aus den getroffenen Annahmen zur Berechnung der zukünftigen Zahlungsströme. Veränderungen in Parametern wie Inflationsrate, Zins, erwartete Kostenentwicklung und Vermietung, Marktbedingungen und Leerstand beeinflussen die zukünftigen Zahlungsströme und damit in der Folge die Höhe des Fair Values.

Grundlage der Wertermittlung der als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien bilden die pro Objekt auf Basis der Discounted-Cashflow-Methode berechneten Zahlungsmittelüberschüsse. Die so ermittelten Ergebnisbeiträge werden durch Vergleichswerte von Maklerverbänden, Erfahrungswerte aus eigenen Verkäufen sowie Wertgutachten externer Sachverständiger plausibilisiert und verifiziert. Damit die entsprechenden Gutachten zum Zeitpunkt der Erstellung des Abschlusses vorliegen, wird für das aktuelle Jahr jeweils im letzten Quartal durch das verantwortliche Management festgelegt, für welche Objekte externe Gutachten in Auftrag gegeben werden. Gemäß internen Vorgaben ist hierbei sicherzustellen, dass für die wesentlichen Objekte wenigstens alle drei Jahre ein Wertgutachten durch einen unabhängigen Sachverständigen erstellt wird.

Der Fair Value wird nach der Discounted-Cashflow-Methode auf der Grundlage folgender Annahmen berechnet. Als Bewertungsobjekt (Cash Generating Unit) dient das Objekt (Gebäude) als selbstständige, strategische Geschäftseinheit. Für die Ermittlung der erwarteten Zahlungsmittelüberschüsse pro Bewertungsobjekt wird die Bewirtschaftungsperspektive unterstellt. In einem Planungszeitraum von zehn Jahren werden die Zahlungsmittelüberschüsse als Saldo aus Einzahlungen und Auszahlungen im Zusammenhang mit der Objektbewirtschaftung ermittelt. Für das Ende des Planungszeitraums wird ein Restwert des Bewertungsobjekts prognostiziert, indem die Zahlungsmittelüberschüsse des zehnten Jahres als ewige Rente kapitalisiert werden.

Bei Gewerbeimmobilien wird zur Prognose der künftigen Einnahmen im Planungszeitraum die vertraglich vereinbarte Sollmiete bzw. nach Vertragsauslauf die objektspezifische Marktmiete zugrunde gelegt. Die Ermittlung erfolgt auf der Basis eines Bewertungstools, welches als Grundlage das Discounted-Cashflow-Verfahren verwendet.

Die Ermittlung zukünftiger Ausgaben erfolgt differenziert: Ausgaben für die Verwaltung basieren auf marktüblichen Sätzen. Mietausfallkosten werden in Abhängigkeit der Mieterbonität und Vertriebskosten pauschal auf Basis der Sollmieten ermittelt. Leerstands-, Neuvermietungskosten, Instandhaltungsaufwendungen und Instandhaltungsrückstände werden objektkonkret ermittelt, ggf. ergänzt um eigene Erfahrungswerte. Sind Erbbauzinsen zu berücksichtigen, werden diese individuell auf Basis bestehender Verträge errechnet.

Die Zahlungsmittelüberschüsse jeder Periode werden unter Anwendung eines marktgerechten, objektspezifischen Diskontierungszinssatzes auf den Bewertungsstichtag abgezinst. Der Diskontierungszinssatz ergibt sich aus dem Kapitalisierungszinssatz zuzüglich eines prozentualen Risikoaufschlags. Der Kapitalisierungszinssatz berücksichtigt u. a. die Objektqualität, den Objekttyp sowie die Makro- und Mikrolage.

Ein Anstieg der zugrunde gelegten Marktmieten würde ceteris paribus zu einem Anstieg der Fair Values führen, während ein Rückgang der zugrunde gelegten Marktmieten zu einem Rückgang der Fair Values führen würde. Ein Anstieg der zugrunde gelegten zukünftigen Ausgaben würde ceteris paribus zu einem Rückgang der Fair Values führen, während ein Rückgang der zugrunde gelegten zukünftigen Ausgaben zu einem Anstieg der Fair Values führen würde. Höhere Diskontierungszinssätze würden ceteris paribus zu niedrigeren Fair Values führen, während niedrigere Diskontierungssätze zu entsprechend höheren Fair Values führen würden.

Eine Änderung der Annahmen betreffend die erwartete Marktmiete führt im Allgemeinen zu einer gleichgerichteten Änderung des Abzinsungssatzes und zu einer gegenläufigen Änderung der Leerstandsrate und somit der Leerstandskosten.

14. Sachanlagen.

Unter den Sachanlagen werden betrieblich genutzte Grundstücke und Gebäude, technische Anlagen und Maschinen, Betriebs- und Geschäftsausstattung, geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau sowie Leasinggegenstände ausgewiesen.

Sachanlagen werden zu Anschaffungs- und Herstellungskosten angesetzt und in der Folge zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet. Nachträgliche Ausgaben für Sachanlagen werden aktiviert, sofern von einer Erhöhung des zukünftigen Nutzenpotenzials ausgegangen werden kann. Alle anderen nachträglichen Ausgaben werden als Aufwand erfasst. Die Sachanlagen werden – entsprechend ihrer voraussichtlichen wirtschaftlichen Nutzungsdauer – hauptsächlich linear, zu Teilen auch degressiv abgeschrieben. Die Bestimmung der Nutzungsdauer erfolgt unter Beachtung der voraussichtlichen physischen Abnutzung, der technischen Alterung sowie rechtlicher und vertraglicher Beschränkungen.

	Voraussichtliche Nutzungsdauer in Jahren	
	31.12.2015	31.12.2014
Gebäude	25 – 50	25 – 50
Technische Anlagen und Maschinen	5 – 10	5 – 10
Betriebs- und Geschäftsausstattung	1 – 20	1 – 20
Erworbene EDV-Anlagen	3 – 7	3 – 7

Die Festlegung von Nutzungsdauer und Abschreibungsmethode wird mindestens zum Ende eines jeden Geschäftsjahres überprüft. Nach Vornahme der planmäßigen Abschreibung, einschließlich der Überprüfung der angewandten Abschreibungsmethode, der zugrunde gelegten Nutzungsdauer und des Restwerts (Veräußerungswert eines vergleichbaren Vermögenswerts) des jeweiligen Vermögenswerts, wird mindestens zu jedem Bilanzstichtag geprüft, ob Indikatoren für eine Wertminderung (Impairment) vorliegen. Damit wird den Wertminderungen aufgrund von technischer oder wirtschaftlicher Überalterung oder Abnutzung sowie aufgrund eines Verfalls der Marktpreise Rechnung getragen. Soweit Indikatoren für eine Wertminderung vorliegen, wird der erzielbare Betrag (der höhere Betrag aus dem beizulegenden Zeitwert abzüglich der Verkaufskosten oder dem Nutzungswert) ermittelt und mit dem Buchwert verglichen. Wertminderungen werden erfolgswirksam als außerplanmäßige Abschreibung berücksichtigt.

Eine Wertaufholung ist dann vorzunehmen, wenn sich die Ermittlung des erzielbaren Betrags seit der letzten Erfassung einer Wertminderung erhöht hat. Die Zuschreibung erfolgt nur bis zu dem Betrag, der sich bei planmäßiger Abschreibung bis zu diesem Zeitpunkt ergeben hätte und ist im Sonstigen betrieblichen Ergebnis zu erfassen. Bei einem durch eine Wertaufholung erhöhten Buchwert bzw. einem durch Impairment verminderten Buchwert wird eine Anpassung der Abschreibungsbeträge über die Restnutzungsdauer des Vermögenswerts vorgenommen.

Der Gewinn oder Verlust aus dem Abgang einer Sachanlage ist bestimmt als Differenz zwischen dem Nettoveräußerungserlös, sofern vorhanden, und dem Buchwert.

Planmäßige und außerplanmäßige Abschreibungen werden in den Verwaltungsaufwendungen ausgewiesen. Gewinne und Verluste aus dem Abgang von Sachanlagen sind im Sonstigen betrieblichen Ergebnis erfasst.

15. Leasinggeschäft.

Grundlage für die Bilanzierung von Leasingverhältnissen gemäß IAS 17 ist deren Klassifizierung als Finance Lease oder Operate Lease. Die Klassifizierung hat zu Beginn eines Leasingverhältnisses zu erfolgen und richtet sich nach der wirtschaftlichen Gesamtbeurteilung der Chancen und Risiken des Leasingnehmers bzw. Leasinggebers. Die zugrunde gelegten Kriterien werden regelmäßig überprüft. Liegt eine Veränderung der Gesamtbeurteilung vor, wird eine erneute Klassifizierung notwendig.

Ein Finance Lease liegt vor, wenn im Wesentlichen alle mit dem Eigentum an dem Leasinggegenstand verbundenen Chancen und Risiken vom Leasinggeber auf den Leasingnehmer übertragen werden. Entsprechend der wirtschaftlichen Betrachtungsweise ist unabhängig vom zivilrechtlichen Eigentum allein das wirtschaftliche Eigentum maßgeblich. In allen anderen Konstellationen handelt es sich um ein Operate Lease.

Die Klassifizierung eines Leasingverhältnisses haben der Leasinggeber und der Leasingnehmer getrennt und unabhängig voneinander vorzunehmen. Dies kann zu einer nicht spiegelbildlichen Abbildung des Leasingverhältnisses beim Leasinggeber und Leasingnehmer führen.

Die Finance-Lease-Verträge des LBBW-Konzerns umfassen Vollamortisations-, Teilamortisations- und Mietkaufverträge. Je nach Ausgestaltung des Vertrags handelt es sich um kündbare Verträge oder Verträge mit Andienungsrecht. Die Leasingentgelte bzw. Leasingraten sind in der Regel im Voraus zu entrichten.

LBBW-Konzern als Leasinggeber.

Soweit im LBBW-Konzern Operate-Lease-Geschäfte betrieben werden, verbleibt das wirtschaftliche Eigentum an dem Gegenstand des Leasingvertrags bei der Konzerngesellschaft. Die Leasinggegenstände – im Wesentlichen Gebäude und Grundstücke – werden in der Konzernbilanz als Vermögenswerte aktiviert und unter den Sachanlagen oder als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien ausgewiesen. Die Bilanzierung der Leasingobjekte erfolgt gemäß IAS 16 zu (fortgeführten) Anschaffungs- oder Herstellungskosten bzw. gemäß IAS 40 zum Fair Value. Sowohl die Leasinglöse als auch erhaltene Sonder- und Vorauszahlungen werden über die Vertragslaufzeit vereinnahmt. Der Ausweis der Abschreibungen sowie die Abbildung der vereinnahmten Erträge erfolgt vollständig im Sonstigen betrieblichen Ergebnis.

Im Rahmen von Finance Lease wird zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses der Leasinggegenstand (Vermögenswert) ausgebucht und eine Forderung in Höhe des Nettoinvestitionswerts gegenüber dem Leasingnehmer unter den Posten Forderungen an Kunden bzw. Forderungen an Kreditinstitute ausgewiesen. Vereinnahmte Leasingraten werden in einen ertragswirksamen Zinsanteil und einen Tilgungsanteil aufgespalten. Während die Zinserträge auf Basis einer periodengerechten Abgrenzung verteilt vereinnahmt und im Zinsüberschuss ausgewiesen werden, mindert der Tilgungsanteil die bilanzierte Forderung.

Die direkten Kosten, die dem Leasinggeber beim Vertragsabschluss entstehen, werden dem Leasingvertrag zugerechnet. Hierzu wird der dem Leasingverhältnis zugrunde liegende interne Zinssatz so festgelegt, dass die anfänglichen direkten Kosten automatisch in den Leasingforderungen enthalten sind.

LBBW-Konzern als Leasingnehmer.

Bei einer Klassifizierung als Operate Lease werden die Leasingzahlungen über die Laufzeit des Leasingverhältnisses als Verwaltungsaufwand erfasst. Die Verteilung der Leasingzahlungen entspricht dabei dem zeitlichen Nutzenverlauf aus Sicht des LBBW-Konzerns. Weicht der zeitliche Nutzenverlauf der tatsächlichen Zahlungen von dem zu erfassenden Aufwand ab, wird der Differenzbetrag je nach Sachlage aktivisch bzw. passivisch abgesetzt oder abgegrenzt.

Soweit ein Leasingverhältnis als Finance Lease klassifiziert wird, ist der LBBW-Konzern wirtschaftlicher Eigentümer des Leasingobjekts und weist dieses als Vermögenswert in der Konzernbilanz aus. Zum Zugangszeitpunkt wird das Leasingobjekt mit dem beizulegenden Zeitwert oder, sofern dieser Wert niedriger ist, mit dem Barwert der Mindestleasingzahlungen angesetzt und eine Verbindlichkeit in entsprechender Höhe passiviert. Im Rahmen der Folgebewertung wird der aktivierte Vermögenswert gemäß IAS 16 abgeschrieben bzw. gemäß IAS 40 zum Fair Value bewertet. Ist bei Sachanlagen nicht sichergestellt, dass am Laufzeitende das Objekt von der LBBW oder einem konsolidierten Tochterunternehmen (Leasingnehmer) erworben wird, so ist die (kürzere) Laufzeit des Leasingverhältnisses (und nicht die wirtschaftliche Nutzungsdauer des Leasingobjekts) als Abschreibungszeitraum angesetzt. Bei einer Beteiligung des Leasingnehmers am Restwert der Leasinggegenstände – im Wesentlichen Gebäude und Betriebs- und Geschäftsausstattung – wird auf diesen Betrag abgeschrieben. Die zu leistenden Finance-Lease-Raten sind in einen Zins- und Tilgungsanteil nach der Effektivzinsmethode aufzuteilen. Der Tilgungsanteil wird erfolgsneutral gegen die Verbindlichkeit gebucht, der Zinsanteil wird erfolgswirksam als Zinsaufwand erfasst.

Da IAS 17 keine speziellen Vorschriften zur Berücksichtigung von Wertminderungen beinhaltet, sind auch bei Leasingverhältnissen die allgemeinen Regelungen des IAS 36 zur Wertminderung anzuwenden.

16. Ertragsteuern.

Der Ansatz und die Bewertung von Ertragsteuern erfolgen gemäß IAS 12.

Die LBBW ist in mehreren Steuerjurisdiktionen tätig. Die im Abschluss dargestellten Steuerposten werden unter Berücksichtigung der jeweiligen Steuergesetze sowie der einschlägigen Verwaltungsauffassungen ermittelt und unterliegen wegen ihrer Komplexität möglicherweise einer abweichenden Interpretation durch Steuerpflichtige einerseits und lokale Finanzbehörden andererseits. Da unterschiedliche Auslegungen von Steuergesetzen als Ergebnis von Betriebsprüfungen zu nachträglichen Steuerzahlungen für vergangene Jahre führen können, werden diese basierend auf der Einschätzung der Unternehmensleitung in die Betrachtung einbezogen.

Laufende Ertragsteuerverpflichtungen bzw. -ansprüche werden mit den aktuellen Steuersätzen berechnet und mit dem erwarteten Zahlungs- bzw. Erstattungsbetrag angesetzt. Eine Saldierung von laufenden Ertragsteuerforderungen und -Verpflichtungen erfolgt unter den Voraussetzungen des IAS 12.71.

Latente Ertragsteueransprüche und -verpflichtungen werden auf temporäre Differenzen gebildet. Die Ermittlung der zu versteuernden und abzugsfähigen temporären Differenzen erfolgt durch den Vergleich der IFRS-Buchwerte und der lokalen Steuerwerte der Vermögenswerte und Schulden (bereinigt um permanente Differenzen). Der Steuerwert ergibt sich nach den steuerlichen Vorschriften des jeweiligen Landes, in dem die Besteuerung des Sachverhalts erfolgen wird. Latente Ertragsteueransprüche und -verpflichtungen werden auf Grundlage des Steuersatzes berechnet, der für den Zeitpunkt ihrer Auflösung zu erwarten ist. Die Wirkung von Steuersatzänderungen auf latente Steuern wird in der Periode, in welcher die Änderung vom Gesetzgeber beschlossen wurde, im Steuerergebnis gebucht.

Für temporäre Differenzen, die bei ihrer Auflösung zu Steuerbelastungen führen, werden passive latente Steuern angesetzt. Sind bei Auflösung von temporären Differenzen Steuerentlastungen zu erwarten und ist deren Nutzung wahrscheinlich, erfolgt der Ansatz aktiver latenter Steuern. Latente Steuern auf erfolgsneutral entstandene temporäre Differenzen werden entsprechend den zugrunde liegenden Sachverhalten in der Gesamtergebnisrechnung in den Unterpositionen Neubewertungs- bzw. Gewinnrücklage erfasst.

Für steuerliche Verlustvorträge werden aktive latente Steuern angesetzt, wenn deren zukünftige Nutzbarkeit nach Maßgabe von Planungsrechnungen wahrscheinlich ist. Die Steuerplanung wird aus der aktuellen und vom Vorstand genehmigten Unternehmensplanung abgeleitet, die regelmäßig einen Planungszeitraum von fünf Jahren umfasst. In der Steuerplanung werden historische Erkenntnisse zur Profitabilität und zu den steuerlichen Einkommen berücksichtigt. Bei der Bilanzierung latenter Ertragsteueransprüche aufgrund entstehender Zinsvorträge werden die gleichen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden wie für die latenten Ertragsteueransprüche aus steuerlichen Verlustvorträgen angewandt. Die Werthaltigkeit aktiver latenter Steuern aus temporären Differenzen und Verlustvorträgen wird zu jedem Bilanzstichtag überprüft.

Eine Saldierung aktiver und passiver latenter Steuern wird gemäß IAS 12.74 vorgenommen.

17. Sonstige Aktiva und Sonstige Passiva.

Unter den Sonstigen Aktiva werden Vermögenswerte ausgewiesen, die jeweils separat betrachtet nicht von wesentlicher Bedeutung in Bezug auf die Höhe der Bilanzaktiva sind und die keinem anderen Bilanzposten zugeordnet werden können. Hierunter fallen auch Vorräte, die in der nachfolgenden Note beschrieben werden.

Unter den Sonstigen Passiva sind abgegrenzte Schulden (Accruals) sowie Verpflichtungen ausgewiesen, welche jeweils separat betrachtet nicht von wesentlicher Bedeutung in Bezug auf die Höhe der Bilanzpassiva sind und keinem anderen Bilanzposten zugeordnet werden können.

Forderungen und Verbindlichkeiten werden innerhalb dieser Posten zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet.

18. Vorräte.

Unter den Vorräten findet im Wesentlichen die Abbildung der Aktivitäten, die im Zusammenhang mit dem Immobiliengeschäft der LBBW Immobilien Management GmbH stehen, statt. Hierunter fallen hauptsächlich im Rahmen der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit zum Verkauf bestimmte Grundstücke und grundstückgleiche Rechte mit fertigen und/oder unfertigen Bauten.

Vorräte sind gemäß IAS 2.9 mit dem niedrigeren Wert aus Anschaffungs-/Herstellungskosten und Nettoveräußerungswert bewertet. Die Ermittlung der Anschaffungs- und Herstellungskosten erfolgt entsprechend IAS 2.10 ff., die des Nettoveräußerungswerts gemäß IAS 2.28 ff. Dabei werden Anschaffungs- und Herstellungskosten auf Basis des gewichteten Durchschnitts ermittelt. Die Anschaffungs- und Herstellungskosten von Vorräten, die nicht austauschbar sind, und solcher Erzeugnisse, Waren oder Leistungen, die für spezielle Projekte hergestellt und ausgesondert werden, werden durch Einzelzuordnung ihrer individuellen Anschaffungs- oder Herstellungskosten bestimmt. Die Anschaffungskosten umfassen die direkt zurechenbaren Erwerbs- und Bereitstellungskosten, die Herstellungskosten beinhalten alle direkt zurechenbaren Kosten sowie Fertigungs- und Materialgemeinkosten. Als Nettoveräußerungswert werden die jeweils am Markt erwarteten, individuell erzielbaren Verkaufserlöse abzüglich geschätzter Kosten für die Fertigstellung und weiterer bis zum Verkauf anfallender Kosten angesetzt. Die Abbil-

dung der Ergebnisse dieser Geschäftstätigkeit erfolgt unter dem Posten Sonstiges betriebliches Ergebnis, der auch die Wertveränderungen beinhaltet.

Die Aktivierung von Fremdkapitalzinsen auf Basis des IAS 23 ist an die Bedingung gebunden, dass es sich bei dem Objekt um einen qualifizierten Vermögenswert handelt. Bei den angefallenen Fremdkapitalzinsen handelt es sich vor allem um bei der gewerblichen Projektentwicklung angefallene Fremdkapitalkosten, die dem Grundstückserwerb oder der Bauerstellung im Herstellungszeitraum zugerechnet werden können. Es wurden individuelle Zinssätze, die zwischen 1,18% p. a. und 2,07% p. a. (Vorjahr: 1,73% p. a. und 2,54% p. a.) liegen, angewandt.

19. Rückstellungen.

Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen.

Allgemeines.

Bei den Rückstellungen für Pensionen und ähnlichen Verpflichtungen handelt es sich überwiegend um Rückstellungen für Verpflichtungen zur Leistung betrieblicher Ruhegelder, die bei Eintritt biometrischer Risiken (Alter, Invalidität, Tod) aufgrund unmittelbarer Versorgungszusagen zu erbringen sind. Art und Höhe der an die versorgungsberechtigten Mitarbeiter zu leistenden Ruhegelder richten sich nach den Bestimmungen der im Wesentlichen in Abhängigkeit vom Beginn des Beschäftigungsverhältnisses jeweils zur Anwendung kommenden Versorgungsregelung (u. a. Gesamtzusagen und Dienstvereinbarungen). Aufgrund anderer Zusagen bestehen mittelbar weitere Anwartschaften bzw. Ansprüche gegenüber der Zusatzversorgungskasse (ZVK) der LBBW und der Unterstützungskasse LBBW e. V.; beide Einrichtungen sind für den Neuzugang geschlossen. Bei allen vorgenannten Versorgungszusagen handelt es sich um Defined Benefit Plans im Sinne von IAS 19 (leistungsorientierte Pläne).

Daneben wurden für Mitarbeiter aus Vorgängerinstituten Versorgungsansprüche aufgrund mittelbarer Versorgungszusagen, die als Defined Contribution Plans im Sinne von IAS 19 (beitragsorientierte Pläne) erfasst werden, übernommen und fortgeführt. Zur Finanzierung leistet die jeweilige Konzerngesellschaft unter Beteiligung der Mitarbeiter festgelegte Beiträge an externe Versorgungsträger.

Arbeitgeberfinanzierte Versorgungszusagen im Inland.

Zur Fusion der LBBW im Jahr 1999 wurden alle bisher bestehenden Versorgungsordnungen für den Neuzugang geschlossen und für Neueintritte im Wege einer Dienstvereinbarung ein einheitliches Versorgungswerk eingeführt, der sogenannte LBBW-Kapitalkontenplan, der als leistungsorientierter Plan im Sinne von IAS 19 eingestuft und erfasst wird. Die Ruhegelder werden dabei vorrangig in Form einer Einmalleistung oder als Raten ausgezahlt; daneben besteht eine Verrentungsoption. Die Kapitaleleistungen setzen sich aus jährlichen Bausteinen zusammen, die sich durch Multiplikation eines gehaltsabhängigen Beitrags mit einem altersabhängigen Faktor, der eine Verzinsung und biometrische Risiken berücksichtigt, ergeben. Die Verpflichtung zur Gewährung von Beiträgen ist zeitlich begrenzt und mit einem Dynamisierungsvorbehalt versehen.

Nach Integration der Landesbank Sachsen wurde deren Versorgungsordnung 2006 zum 31. Dezember 2008 per Dienstvereinbarung ebenfalls für den Neuzugang geschlossen und die aktiven Mitarbeiter auf den LBBW-Kapitalkontenplan mit unbeschränkter Beitragszeit übergeleitet. Die bis zum Überleitungszeitpunkt erdienten Anwartschaften wurden dem Basiskonto des LBBW-Kapitalkontenplans als Initialbaustein gutgeschrieben.

Zum 1. Januar 2002 wurden die ZVK-Pflichtversicherten per Dienstvereinbarung in den LBBW-Kapitalkontenplan überführt. Zur Besitzstandswahrung entspricht der Beitrag zum Basiskonto für diesen Mitarbeiterkreis mindestens dem Beitrag, der von der Bank als Umlagebeitrag bei Anwendung des Tarifvertrags über die zusätzliche Altersvorsorge der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes im jeweiligen Kalenderjahr zu tragen wäre (Mindestbeitrag).

Arbeitgeberfinanzierte Zusagen im Inland aus Vorgängerinstituten, übernommenen Instituten und integrierten Instituten.

Aus den verschiedenen Vorgängerinstituten, übernommenen und integrierten Instituten existieren verschiedene für Neueintritte geschlossene Versorgungsordnungen. Diese reichen von dienstzeit- und entgeltabhängigen, teilweise einzelvertraglichen Gesamtversorgungszusagen (Ruhegeldordnung), Limitierungszusagen und Zusagen mit gespaltener Rentenformel bis hin zu Rentenbausteinplänen. Unter Gesamtversorgungszusagen sind dabei Zusagen zu verstehen, bei denen unter Anrechnung weiterer Versorgungsbezüge (z. B. der gesetzlichen Rente) ein definiertes Versorgungsniveau in Bezug auf die Aktivenbezüge gewährt wird, wogegen bei einer Limitierungszusage das Ruhegeld zusammen mit anrechnungsfähigen Versorgungsbezügen ein definiertes Versorgungsniveau nicht überschreiten darf und ggf. zu begrenzen ist.

Für einige aktive und ehemalige Mitarbeiter besteht ein Anspruch auf Beihilfeleistungen (medizinische Versorgung). Für den Anteil der Mitarbeiter, für den nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses weiterhin Beihilfeansprüche bestehen, wurden diese als leistungsorientierte Pläne erfasst und dafür ebenfalls entsprechende Rückstellungen nach IAS 19 gebildet.

Arbeitnehmerfinanzierte Zusagen im Inland.

Zum Aufbau weiterer Anwartschaften und zur Umsetzung des Rechtsanspruchs auf Entgeltumwandlung bietet die LBBW in Anlehnung an das arbeitgeberfinanzierte Basiskonto das sogenannte Aufbaukonto des LBBW-Kapitalkontenplans als unmittelbare Versorgungszusage an. Seit Januar 2012 existiert konzernweit ein einheitliches Modell, bei dem der individuelle Bruttoumwandlungsbetrag des Mitarbeiters durch Multiplikation mit einem

marktinsabhängigen Altersfaktor in einen Versorgungsbaustein umgerechnet wird. Die Altersfaktoren werden jährlich neu festgelegt.

Daneben bestehen arbeitnehmerfinanzierte Anwartschaften aus früheren Entgeltumwandlungszusagen, die im Wesentlichen ähnlich ausgestaltet sind. Teilweise wurden zur Finanzierung der Versorgungsleistungen Rückdeckungsversicherungsverträge abgeschlossen. Für die ebenfalls angebotene Entgeltumwandlungsmöglichkeit über eine Direktversicherung besteht kein Rückstellungsbedarf, da dieser als beitragsorientierter Plan im Sinne von IAS 19 erfasst wird. Direktversicherungsverträge werden mit einem Anbieter aus dem Umfeld der Sparkassen abgeschlossen, bei dem eine nachhaltige Leistungsfähigkeit sichergestellt ist.

Zusagen im Ausland.

In der Niederlassung in London, UK (Landesbank Baden-Württemberg London Branch) wurde den Mitarbeitern eine endgehalts- und dienstjahresabhängige Direktzusage (Pensionsplan) erteilt, die für den Neuzugang geschlossen und für neu eintretende Mitarbeiter durch einen beitragsorientierten Plan im Sinne von IAS 19 ersetzt wurde. Die Pensionsverpflichtungen des Pensionsplans sind mit einem durch einen Pension Trust verwaltetes Planvermögen unterlegt. Der Pensionsplan sowie der Pension Trust unterliegen den Regularien in UK, wonach die Bank und die für den Trust zuständigen Treuhänder (Trustees) eine Funding-Strategie entwickeln und Zuwendungen an den Trust planen müssen. Die Risiken aus dem Pensionsplan trägt die Bank. Dabei handelt es sich u. a. um Kapitalanlagerisiken und demographische Risiken (insbesondere Langlebigkeitsrisiko). In der Vergangenheit wurden zur Risikoabsicherung bei Rentenbeginn der Versorgungsberechtigten teilweise Rentenversicherungsverträge abgeschlossen. Für manche Begünstigte bestehen auch Risikolebensversicherungen zur Absicherung des Todesfallrisikos während der aktiven Dienstzeit. Die verbleibenden Risiken trägt der Pensionsplan.

Die Strategie der Vermögensanlage wird alle drei Jahre durch die Bank und die Trustees überprüft und ggf. angepasst. Im Falle einer Unterdeckung wird ein Zuwendungsplan zur Erreichung des gewünschten Deckungsgrads vereinbart. Ein Teil des Planvermögens, wie etwa die Rentenversicherungsverträge, deckt die erwarteten Zahlungsverpflichtungen kongruent ab (Asset Liability Matching).

Aufgrund von Wesentlichkeitsgesichtspunkten werden die Angaben in Note 49 für die ausländischen Pläne nicht differenziert dargestellt.

Bewertung und Bilanzansatz.

Für die leistungsorientierten Pläne wird nach den Bestimmungen von IAS 19 der Verpflichtungsumfang jährlich durch unabhängige versicherungsmathematische Gutachter berechnet. Dabei wird zu jedem Abschlussstichtag der Barwert der erdienten Pensionsansprüche (Defined Benefit Obligation) nach dem Verfahren laufender Einmalprämien (Projected Unit Credit Method/Anwartschaftsbarwertverfahren) ermittelt. Bei der Berechnung werden neben den am Bilanzstichtag bekannten Renten und Anwartschaften auch die künftig zu erwartenden Steigerungsraten der ruhegeldfähigen Gehälter und Renten (Bezüge- und Rententrend), die zu erwartenden Versorgungsfälle (Alter, Invalidität, Tod) sowie Austritte ohne Versorgungsfall (Fluktuation) berücksichtigt. Ergänzend zum Bezügetrend wird in der Bewertung der Pensionsverpflichtungen unterstellt, dass die Bezügeentwicklung der aktiven Mitarbeiter bis zum 50. Lebensjahr durch Karriereentwicklung leicht oberhalb des allgemeinen Trends liegt. Der Barwert der Pensionsverpflichtung wird auf Basis eines Rechnungszinssatzes ermittelt, der auf dem RATE-Link-Verfahren von Towers Watson basiert. Die Datengrundlage für die Zinsermittlung sind die von Bloomberg für die Eurozone erfassten Unternehmensanleihen mit einem AA-Rating bei wenigstens der Hälfte der Ratingagenturen. Durch finanzmathematische Methoden wird aus dieser Datengrundlage eine Zinsstrukturkurve abgeleitet und hieraus ein mit den Verpflichtungen laufzeitkongruenter Rechnungszinssatz abgeleitet. Die Wahrscheinlichkeiten für Tod, Invalidität und die Ehwahrscheinlichkeiten werden den Richttafeln von Prof. Klaus Heubeck entnommen. Als Rentenbeginnalter wird generell der frühestmögliche Rentenbeginn in der gesetzlichen Rentenversicherung (überwiegend Alter 64) herangezogen. Die beschriebenen Prämissen werden jährlich geprüft und ggf. angepasst.

Abweichungen vom erwarteten Verlauf der Pensionsverpflichtungen sowie Änderungen der Berechnungsparameter (Fluktuationsrate, Gehaltsanstieg, Rentensteigerung oder Rechnungszinssatz) führen zu sogenannten versicherungsmathematischen Gewinnen oder Verlusten. Diese werden im Jahr ihrer Entstehung in voller Höhe direkt in den Gewinnrücklagen bzw. im Sonstigen Ergebnis erfasst und verändern entsprechend das Eigenkapital.

Der als Schuld bzw. Vermögenswert zu erfassende Betrag ergibt sich aus dem Saldo des Barwerts der leistungsorientierten Verpflichtung abzüglich (falls vorhanden) des beizulegenden Zeitwerts des Planvermögens zum Bilanzstichtag. Der nachzuverrechnende Dienstzeitaufwand entsteht durch Änderungen im leistungsorientierten Plan, die sich auf den erdienten Anteil von Versorgungsanwartschaften auswirken. Der Zinsaufwand umfasst den Anteil des Anstiegs des Barwerts der leistungsorientierten Verpflichtung bzw. bei vorhandenem Planvermögen der Pensionsrückstellung, der durch das Näherrücken des Zeitpunkts der Leistungserfüllung entsteht. Der Personalaufwand entspricht dem Barwert des jährlichen Zuwachses der erdienten Versorgungsanwartschaft zuzüglich eines eventuellen nachzuverrechnenden Dienstzeitaufwands.

Es erfolgt eine Saldierung der Erträge aus dem Planvermögen mit dem Zinsaufwand. Im Ergebnis wird somit nur der Nettozinsaufwand ausgewiesen. Für die Berechnung des Nettozinsergebnisses wird der Diskontierungszinssatz zugrunde gelegt. Der Ausweis des Dienstzeitaufwands sowie des Nettozinsergebnisses erfolgt in den Verwaltungsaufwendungen.

Risiken und Steuerung.

Bei den leistungsorientierten Plänen ist die jeweilige Konzerngesellschaft verpflichtet, Versorgungsleistungen an frühere Arbeitnehmer und deren Hinterbliebene zu gewähren. Die damit verbundenen Risiken werden von der jeweiligen Konzerngesellschaft getragen, wobei einzelne Konzerngesellschaften von der Konzernmutter für einige Verpflichtungen freigestellt wurden.

Als wesentliche Risiken sind Bilanz-, Liquiditäts- und Kapitalanlagerisiken zu nennen. Bilanzrisiken bestehen nach IAS 19 vor allem in Bezug auf die Auswirkung der Pensionsverpflichtungen auf das Eigenkapital, da die Differenz aus erwarteten und tatsächlichen Pensionsverpflichtungen im Sonstigen Ergebnis erfasst wird und das Eigenkapital verändert. Bilanzrisiken entstehen dem Grunde und der Höhe nach durch die oben beschriebenen versicherungsmathematischen Gewinne oder Verluste. Sie können sowohl be- als auch entlastend wirken. Haupteinflussfaktor bei den auf die Bilanz bezogenen Risiken sind der Rechnungszinssatz, die Rendite auf Planvermögen sowie die sonstigen ökonomischen und demographischen Bewertungsparameter.

Der Rechnungszinssatz spielt bei der Bestimmung des Verpflichtungsumfanges eine wesentliche Rolle, nicht zuletzt wegen seiner Volatilität. Die allgemeine Absenkung des Zinsniveaus in den letzten Jahren führte zu einem deutlich geringeren Rechnungszinssatz und damit einer starken Erhöhung der Pensionsverpflichtungen. Außerdem wirken sich von den Bewertungsannahmen abweichende Bestands- sowie Marktentwicklungen auf die Verpflichtungshöhe und damit auf die entsprechenden Bilanzposten aus. Fallen die tatsächlichen Bezüge- und Rentenerhöhungen höher oder niedriger aus als angenommen, ergeben sich entsprechende Verluste oder Gewinne. Bei den Gesamtversorgungs- und Limitierungssystemen haben die Entwicklungen der Anwartschaften und Ansprüche bei externen Versorgungsträgern, wie dem BVV oder der gesetzlichen Rentenversicherung, Einfluss auf die Höhe der von der Konzerngesellschaft zu leistenden Versorgung, was sich insbesondere bei nachhaltigen Trendänderungen relativ stark auf die Pensionsverpflichtungen auswirken kann. Neben den genannten ökonomischen Risiken bestehen auch sogenannte biometrische Risiken. Da ein großer Teil der Pensionsverpflichtungen auf lebenslang zu zahlende Leistungen entfällt, ist dabei besonders das Langlebigkeitsrisiko zu nennen. Weichen die tatsächlich beobachteten Todesfälle von den auf Basis der Richttafeln erwarteten ab, ergeben sich ebenfalls Gewinne oder Verluste.

Für die wesentlichen Parameter wurden Sensitivitätsanalysen durchgeführt. Neben dem Rechnungszins als wirkungsstärkste Einflussgröße wurden dabei die Wirkungen des Bezüge-, des Renten- und Karrieretrends sowie der Fluktuationswahrscheinlichkeit untersucht. Auf die Verpflichtungen aus den für den Neuzugang offenen Kapitalkonten (Basis- und Aufbaukonto) wirken sich die Sterblichkeit, der Bezüge- und Rententrend sowie die Fluktuation vergleichsweise nur unwesentlich aus, weil in der Regel keine lebenslangen Leistungen gewährt werden und die Versorgungsanwartschaft für aktive Mitarbeiter nicht dynamisch mit den Bezügen anwächst. Dadurch wird sich das Bilanzrisiko der Konzernunternehmen im Zeitablauf stetig vermindern.

Die Erfüllung der Pensionsverpflichtungen ist mit der Zahlung von Ruhegeldern und damit einem Liquiditätsabfluss verbunden. Abgesehen vom Rechnungszinssatz, der keinen Einfluss auf die Höhe der Versorgungsleistungen hat, wirken sich die beschriebenen Faktoren der Bilanzrisiken auch auf den Liquiditätsbedarf aus. Da für die unmittelbaren Pensionsverpflichtungen kein Planvermögen separiert wurde, sind die Versorgungsleistungen aus dem Vermögen der Konzernunternehmen zu erbringen. Für die mittelbaren Verpflichtungen der Unterstützungskasse und der Zusatzversorgungskasse der LBBW besteht jeweils Planvermögen, aus dem die Ruhegelder erbracht werden können. Im Falle einer Unterdeckung stehen die Trägerunternehmen für Nachschüsse ein. Für das Planvermögen besteht ein Kapitalanlagerisiko, dem durch ein sorgsames Asset Management begegnet wird.

Der gesetzliche Insolvenzschutz der Pensionsverpflichtungen der LBBW erfolgt für Zusagen, die nach dem Wegfall der Gewährträgerhaftung in 2005 erteilt wurden, über den Pensionsversicherungsverein. Alle älteren Pensionszusagen sind über die Gewährträgerhaftung und Anstaltslast insolvenzgesichert.

Sonstige Rückstellungen.

Für ungewisse Verpflichtungen gegenüber Dritten und drohende Verluste aus belastenden Verträgen werden Rückstellungen gebildet. Rückstellungen sind mit dem besten Schätzwert angesetzt. Dieser entspricht dem Betrag, der die gegenwärtige Verpflichtung zum Bilanzstichtag wiedergibt (Betrag, der von der LBBW oder einem konsolidierten Tochterunternehmen bei vernünftiger Betrachtung des Sachverhalts oder bei Übertragung auf einen Dritten zu entrichten wäre) und der die größte Eintrittswahrscheinlichkeit besitzt. Dabei hat das Management Erfahrungswerte aus ähnlichen Transaktionen einbezogen und eventuell auf Gutachten von unabhängigen Sachverständigen zurückgegriffen.

Die Sonstigen Rückstellungen im Personalbereich enthalten u. a. Jubiläumsrückstellungen, Rückstellungen für Vorruhestand sowie Altersteilzeit.

Nach den Regelungen der Ehrungsordnung wird für eine Betriebszugehörigkeit von 10, 25, 40, 50 Jahren eine Jubiläumswahlleistung gewährt, deren Höhe sich nach betrieblichen oder tarifvertraglichen Regelungen richtet. Hierfür werden entsprechend Jubiläumsrückstellungen ermittelt und gebildet.

Für abgeschlossene Altersteilzeitvereinbarungen werden ebenfalls Rückstellungen gebildet. Die vonseiten des Gesetzgebers vorgeschriebene Wertsicherung für Wertguthaben bei Altersteilzeit erfolgt im Wege einer doppel-seitigen Treuhandvereinbarung. Das in den Depots vorgehaltene und zweckgebundene Vermögen ist in einem Geldmarktfonds investiert und wird mit den entsprechenden Rückstellungen saldiert.

Ebenfalls werden Rückstellungen für abgeschlossene Vorruhestandsvereinbarungen gebildet.

Die LBBW bietet Ihren Mitarbeitern in der Bank und einigen Tochtergesellschaften ein Langzeitkonto, das sogenannte LBBW FlexiWertkonto, an. Hierbei haben die Mitarbeiter die Möglichkeit, Entgeltbestandteile in das Flexi-Wertkonto einzubringen und in Form von Zeit (Entnahmezeit) wieder zu entnehmen. Zur gesetzlich vorgeschriebenen Absicherung dieser Wertguthaben wurde eine doppel-seitige Treuhandvereinbarung eingerichtet. Für die aus diesen Konten entstehenden Verpflichtungen werden Rückstellungen gebildet und mit dem Wertguthaben saldiert.

Für alle sonstigen Rückstellungen bestehen grundsätzlich dieselben Risiken wie für die Altersversorgungsverpflichtungen, allerdings aufgrund der kürzeren Verpflichtungsdauer in weitaus geringerem Umfang.

Rückstellungen für das außerbilanzielle Kreditgeschäft sowie Übrige Rückstellungen, welche Rückstellungen für Restrukturierung und Rechtsstreitigkeiten enthalten, werden angesetzt, sofern der LBBW-Konzern eine rechtliche oder faktische Verpflichtung aus einem Ereignis der Vergangenheit hat, der Abfluss von Ressourcen mit wirtschaftlichem Nutzen zur Erfüllung dieser Verpflichtung wahrscheinlich und eine verlässliche Schätzung der Höhe der Verpflichtung möglich ist. Nähere Erläuterungen zu den Rechtsrisiken befinden sich im Risikobericht.

Langfristige Rückstellungen werden abgezinst, sofern der Effekt aus der Abzinsung wesentlich ist.

20. Nachrangkapital.

Unter dem Posten Nachrangkapital weist der LBBW-Konzern nachrangige Verbindlichkeiten (z. B. Schuldscheindarlehen oder Emissionen), Genussrechte sowie typisch Stille Einlagen aus. Das Nachrangkapital besitzt handels- bzw. aufsichtsrechtlich sowohl Eigen- als auch Fremdkapitalcharakter. Aufgrund der vertraglich vereinbarten Kapitalrückzahlung werden die nachrangigen Verbindlichkeiten und Genussrechte entsprechend den Vorschriften des IAS 32 als Fremdkapital klassifiziert. Die Stillen Einlagen sind aufgrund des Bestehens eines vertraglichen Kündigungsrechts bzw. der Kapitalrückzahlung an den Investor ebenfalls dem Fremdkapital zuzurechnen. Dies gilt auch für die Stillen Einlagen, die gemäß den Regelungen der CRR aufsichtsrechtlich als Eigenmittel angerechnet werden können.

Der Ansatz des Nachrangkapitals erfolgt zu fortgeführten Anschaffungskosten.

Die fortgeführten Anschaffungskosten werden um Effekte aus dem Hedge Accounting angepasst. Erläuterungen zum Hedge Accounting können den Allgemeinen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden zu den Finanzinstrumenten entnommen werden (siehe Note 6).

21. Eigenkapital.

Das Stammkapital ist das von den Trägern der Landesbank Baden-Württemberg nach § 5 des Gesetzes über die Landesbank Baden-Württemberg i. V. m. § 3 der Satzung der Landesbank Baden-Württemberg eingezahlte Kapital. Am Stammkapital der LBBW sind beteiligt:

- der Sparkassenverband Baden-Württemberg (SVBW) mit 40,534 %
- das Land Baden-Württemberg (Land) mit 24,988 %
- die Landeshauptstadt Stuttgart (Stadt) mit 18,932 %
- die Landesbeteiligungen Baden-Württemberg GmbH (Landesbeteiligungen BW) mit 15,546 %.

Mit Wirkung zum 28. Dezember 2015 hat die Landeskreditbank Baden-Württemberg – Förderbank (L-Bank) ihren unmittelbar am Stammkapital der LBBW gehaltenen Anteil auf die Landesbeteiligungen Baden-Württemberg GmbH übertragen und ist somit aus dem Trägerkreis ausgeschieden.

Die Kapitalrücklage enthält den Betrag, der bei Ausgabe von Anteilen über den (rechnerischen) Nennwert hinaus erzielt wird (Ausgabe-Agio).

Die Gewinnrücklagen beinhalten neben den Einstellungen aus dem Konzernergebnis die Konzernanteile an den Bilanzergebnissen der konsolidierten Tochterunternehmen, soweit sie seit ihrer Zugehörigkeit zum Konzern erwirtschaftet worden sind. Darüber hinaus sind in den anderen Gewinnrücklagen die Effekte aus der IFRS-Erstanwendung – mit Ausnahme der im Sonstigen Ergebnis erfassten – und die versicherungsmathematischen Gewinne bzw. Verluste inklusive dazugehöriger latenter Steuern im Zusammenhang mit der Bilanzierung von Pensionsrückstellungen ausgewiesen.

Fair-Value-Bewertungseffekte der AfS-Wertpapiere und Beteiligungen sowie erfolgsneutrale Bewertungsänderungen aus at Equity bewerteten Unternehmen sind im Sonstigen Ergebnis unter der Neubewertungsrücklage, ggf. nach Berücksichtigung latenter Steuern, ausgewiesen. Eine erfolgswirksame Erfassung der Gewinne oder Verluste erfolgt erst, wenn der Vermögenswert veräußert oder aufgrund einer Wertminderung (Impairment) abgeschrieben wird. Die Neubewertungsrücklage enthält zusätzlich den Gegenposten aus der Bildung aktiver oder passiver latenter Steuern auf erfolgsneutral entstandene Bewertungsdifferenzen. Daneben wird im Sonstigen Ergebnis ebenfalls das Bewertungsergebnis aus Cashflow Hedges bzw. der darin enthaltene erfolgsneutrale Anteil am Gewinn oder Verlust inklusive des Gegenpostens aus der Bildung von aktiven und passiven latenten Steuern auf Cashflow Hedges ausgewiesen. Ebenfalls in diesem Bilanzposten ausgewiesen ist die Währungsumrechnungsrücklage. Hier ist der Saldo der Umrechnungsdifferenzen, die im Rahmen der Kapitalkonsolidierung entstanden sind, eingestellt. Die Beträge ergeben sich aus der Umrechnung des Jahresabschlusses einer wirtschaftlich selbstständigen Teileinheit in die Konzernberichtswährung.

Die nicht beherrschenden Anteile sind als separater Unterposten im Eigenkapital angegeben, da neben den Anteilseignern des Mutterunternehmens noch weitere Gesellschafter am Eigenkapital einzelner Tochtergesellschaften beteiligt sind.

Segmentberichterstattung.

Die Segmentberichterstattung des LBBW-Konzerns wird auch im Geschäftsjahr 2015 gemäß den Vorschriften des IFRS 8 erstellt. Dem »Management Approach« folgend basiert die Segmentberichterstattung damit auf der internen Managementberichterstattung an den Gesamtvorstand, der in seiner Funktion als Hauptentscheidungssträger regelmäßig auf dieser Grundlage Entscheidungen über die Allokation von Ressourcen und die Leistungsbeurteilung der Segmente trifft.

Abgrenzung der Segmente.

Die im Folgenden dargestellten Segmente werden in Übereinstimmung mit dem internen Managementbericht als – an den internen Organisationsstrukturen orientierten – Produkt- und Kundengruppen definiert. Tochterunternehmen und Beteiligungen sind dabei den einzelnen Segmenten entsprechend ihrer Geschäftsausrichtung zugeordnet.

Die Segmentberichterstattung des LBBW-Konzerns ist in die folgenden Segmente aufgeteilt:

- Das Segment **Corporates** umfasst die Geschäftsaktivitäten mit mittelständischen Unternehmenskunden mit Schwerpunkt in den Kernmärkten Baden-Württemberg, Sachsen und Rheinland-Pfalz, Großkunden sowie das Geschäft mit der öffentlichen Hand. Die angebotenen Lösungen reichen auf der Finanzierungsseite von klassischen über strukturierte bis hin zu Off-balance-Finanzierungen. Des Weiteren werden Dienstleistungen rund um das internationale Geschäft, Cash-Management, Zins-, Währungs- und Rohstoffmanagement, Asset- und Pensionsmanagement angeboten. Darüber hinaus werden hier auch Produkte des primären Kapitalmarktgeschäfts für unsere Corporates Kunden und die gewerblichen Immobilienfinanzierungen einbezogen. Im Segment sind als wesentliche Tochterunternehmen die LBBW Immobilien Management GmbH, die Süd-Kapitalbeteiligungs-Gesellschaft mbH, die SüdLeasing GmbH, die MKB Mittelrheinische Bank GmbH und die SüdFactoring GmbH enthalten.
- Im Segment **Financial Markets** werden Produkte zur Zins-, Währungs-, Kreditrisiko- und Liquiditätssteuerung für die Kundengruppen Institutionelle, Banken und Sparkassen angeboten sowie Handelsaktivitäten im Zusammenhang mit dem Kundengeschäft. Daneben werden Finanzierungslösungen am Primärmarkt im Eigen- und Fremdkapitalbereich sowie Asset-Management- und Depotbank-Leistungen angeboten. Es sind neben sämtlichen Salesaktivitäten mit Kreditinstituten, Sovereigns, Versicherungen und Pensionskassen auch die Handelsaktivitäten im Zusammenhang mit dem Kundengeschäft enthalten. Ergebnisse aus Finanzmarktgeschäften mit Unternehmenskunden sind im Segment Corporates abgebildet. Als wesentliches Tochterunternehmen ist die LBBW Asset Management Investmentgesellschaft mbH dem Segment Financial Markets zugeordnet.
- Das Segment **Retail/Sparkassen** enthält alle Aktivitäten im Privatkundengeschäft mit Privat-, Private Banking- und Wealth-Management-Kunden. Das Produktspektrum reicht dabei vom klassischen Girokonto über Immobilienfinanzierungen und Vermögensberatung bis hin zu speziellen Dienstleistungen – insbesondere für Wealth-Management-Kunden – wie z. B. Financial Planning, Vermögensverwaltung, Depot- und Stiftungsmanagement. Ergänzend sind in diesem Segment Geschäftsaktivitäten im Rahmen der Sparkassenzentralbankfunktion enthalten.
- Im Segment **Credit Investment** ist im Wesentlichen das Kreditersatzgeschäft des Konzerns gebündelt. Nach dem Verkauf des Garantieportfolios im Jahr 2014 handelt es sich hierbei insbesondere nur noch um die Finanzierung der Zweckgesellschaft Sealink Funding sowie die Garantie des Landes Baden-Württemberg.
- Das Segment **Corporate Items** umfasst alle Geschäftsaktivitäten, die nicht in den vorhergehend genannten Segmenten enthalten sind. Dazu zählen neben den Treasury-Aktivitäten (insbesondere die zentrale Anlage der Eigenmittel, die Aktiv-Passiv-Steuerung, IFRS-Spezifika im Zusammenhang mit der Refinanzierung sowie das Management der strategischen Anlagen und des Deckungsstocks) vor allem die nicht konsolidierten Beteiligungen, sowie das Management des Gebäudeportfolios der Bank und Kosten im Zusammenhang mit regulatorischen Anforderungen und strategischen Gesamtbankprojekten.
- In der Spalte Überleitung/Konsolidierung werden zum einen reine Konsolidierungssachverhalte erfasst, zum anderen werden die internen Steuerungsgrößen auf die Daten der externen Rechnungslegung übergeleitet.

Bewertungsmethoden.

Grundlage der Segmentinformationen sind die internen betriebswirtschaftlichen Steuerungsdaten des Finanzcontrollings, die sowohl Methoden der externen Rechnungslegung als auch ökonomische Bewertungsmethoden vereinen. Die hieraus resultierenden Bewertungs- und Ausweisunterschiede zu den IFRS-Konzerngrößen werden im Rahmen der Überleitungsrechnung dargestellt.

Die Erträge und Aufwendungen des LBBW-Konzerns werden grundsätzlich verursachungsgerecht den einzelnen Segmenten zugeordnet. Signifikante Erträge aufgrund von Transaktionen zwischen den Segmenten liegen somit nicht vor.

Die Ermittlung des Zinsergebnisses erfolgt nach der Marktzinismethode. Dabei werden die Zinserträge und -aufwendungen saldiert als Zinsergebnis ausgewiesen. Hierin ist auch der Capital Benefit, d. h. der Anlagenutzen aus dem Eigenkapital, enthalten.

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft entspricht den GuV-Werten und wird verursachungsgerecht den Segmenten zugeordnet.

Das Ergebnis aus erfolgswirksam zum Fair Value bewerteten Finanzinstrumenten umfasst das Handelsergebnis, das Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen, sowie das Ergebnis aus Finanzinstrumenten der Fair-Value-Option.

Das Ergebnis aus Finanzanlagen wird mit dem Ergebnis aus at Equity bilanzierten Unternehmen und dem Ergebnis aus Ergebnisabführungsverträgen (EAV) in einer Position zusammengefasst und verursachungsgerecht auf die Segmente verteilt.

Das Ergebnis aus als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien wird als Teil des Sonstigen betrieblichen Ergebnisses ausgewiesen.

Die Verwaltungsaufwendungen eines Segments beinhalten neben den direkten Personal- und Sachkosten auch die auf Basis der internen Leistungsverrechnung zugeordneten Aufwendungen. Die Overheadkosten werden anteilig verteilt.

Die Aufwendungen für Bankenabgabe und Einlagensicherung werden erstmals in einer separaten Ergebnisposition ausgewiesen und dabei verursachungsgerecht auf die Segmente allokiert. Das Vorjahr wurde zur Wahrung der Vergleichbarkeit angepasst.

Als Segmentvermögen werden die bilanziellen Aktiva ausgewiesen. Die Zurechnung auf die Segmente erfolgt analog der internen Managementberichterstattung.

Die Berechnung des durchschnittlich gebundenen Eigenkapitals in den Segmenten erfolgt auf Basis der ermittelten risikogewichteten Aktiva sowie einer kalkulatorischen Kernkapitalunterlegung.

Die Eigenkapitalrentabilität (RoE) eines Segmentes ermittelt sich aus dem Konzernergebnis vor Steuern bezogen auf das Maximum des geplanten durchschnittlich gebundenen Eigenkapitals bzw. des durchschnittlich gebundenen Eigenkapitals der laufenden Berichtsperiode. Für den Konzern errechnet sich der RoE aus dem Konzernergebnis vor Steuern bezogen auf das durchschnittliche bilanzielle Eigenkapital. Dabei wird dieses um die direkt im Eigenkapital erfassten Ergebniseffekte bereinigt. Die Cost Income Ratio (CIR) ermittelt sich aus dem Verhältnis von Verwaltungsaufwendungen zu Nettoergebnis (nach Risikovorsorge) exklusive Risikovorsorge im Kreditgeschäft und Finanzanlage-, at-Equity- und EAV-Ergebnis.

Im Geschäftsjahr 2015 führten geringfügige methodische Weiterentwicklungen und differenziertere Verrechnungsverfahren zu einer verfeinerten Ertrags-, Kosten- und Volumenallokation auf die Segmente. Die Vorjahreszahlen wurden zur Wahrung der Vergleichbarkeit an die geänderte Methodik angepasst.

Darüber hinaus wurden in der Segmentberichterstattung die rückwirkenden Anpassungen der Gewinn- und Verlustrechnung sowie der Bilanz gemäß IAS 8.42 berücksichtigt.

Segmentergebnisse nach Geschäftsfeldern.

Mio. EUR	Corporates	Financial Markets	Retail/ Sparkassen	Credit Investment	Corporate Items/ Überleitung/ Konsolidierung	LBBW-Konzern
01.01. – 31.12.2015						
Zinsergebnis	1 166	408	321	- 34	- 207	1 654
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	- 50	0	- 2	2	- 5	- 55
Provisionsergebnis	244	78	210	- 2	- 33	498
Ergebnis aus erfolgswirksam zum Fair Value bewerteten Finanzinstrumenten	14	147	1	14	50	226
Finanzanlage- ¹⁾ at-Equity- und EAV-Ergebnis ¹⁾	74	0	0	0	20	94
Sonstiges betriebliches Ergebnis	136	4	17	0	- 22	134
Nettoergebnis (nach Risikovorsorge)	1 584	636	548	- 20	- 197	2 551
Verwaltungsaufwendungen	- 762	- 382	- 504	- 24	- 110	- 1 782
Garantieprovision Land Baden-Württemberg	0	0	0	- 121	0	- 121
Aufwendungen für Bankenabgabe und Einlagensicherung	- 28	- 23	- 7	- 7	- 8	- 73
Restrukturierungsergebnis	- 3	0	- 35	0	- 6	- 44
Konzernergebnis vor Steuern	791	232	2	- 173	- 321	531
Ertragsteuern						- 109
Konzernergebnis						422
Segmentvermögen (in Mrd. EUR) ²⁾	75,4	78,6	31,7	13,7	34,6	234,0
Risikogewichtete Aktiva (in Mrd. EUR) ³⁾	44,0	11,8	8,3	0,7	9,7	74,5
Gebundenes Eigenkapital (in Mrd. EUR) ³⁾	4,2	1,3	0,8	0,1	6,5	12,8
RoE (in %) ³⁾	17,8	13,5	0,3			4,1
CIR (in %)	48,8	60,0	91,6			70,9

1) Die Ergebnisse aus den den Segmenten zugeordneten at Equity bilanzierten Unternehmen und die Veräußerungsergebnisse aus solchen Unternehmen belaufen sich im Segment Corporates auf 73 Mio. EUR und Corporate Items auf - 2 Mio. EUR.

2) Die Anteile an at Equity bilanzierten Unternehmen aus den den Segmenten zugeordneten Unternehmen betragen für die beiden Segmente Corporates 233 Mio. EUR und Corporate Items 6 Mio. EUR.

3) Angaben gemäß CRR/CRD IV nach vollständiger Umsetzung.

01.01. – 31.12.2014						
Mio. EUR	Corporates	Financial Markets	Retail/ Sparkassen	Credit Investment	Corporate Items/ Überleitung/ Konsolidie- rung	LBBW- Konzern ¹⁾
Zinsergebnis	1 198	312	340	- 81	110	1 878
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	- 105	1	- 6	3	3	- 104
Provisionsergebnis	259	73	213	- 4	- 23	518
Ergebnis aus erfolgswirksam zum Fair Value bewerteten Finanzinstrumenten	- 5	115	- 1	66	- 295	- 120
Finanzanlage- at-Equity- und EAV-Ergebnis ²⁾	195	0	0	59	10	263
Sonstiges betriebliches Ergebnis	122	17	12	0	- 49	101
Nettoergebnis (nach Risikovorsorge)	1 664	518	557	43	- 245	2 536
Verwaltungsaufwendungen	- 740	- 388	- 488	- 36	- 118	- 1 770
Garantieprovision Land Baden-Württemberg	0	0	0	- 191	0	- 191
Aufwendungen für Bankenabgabe und Einlagensicherung	- 15	- 23	1	- 5	- 41	- 82
Wertminderung Goodwill	0	- 16	0	0	0	- 16
Restrukturierungsergebnis	- 3	0	0	0	3	1
Konzernergebnis vor Steuern	906	90	70	- 190	- 401	477
Ertragsteuern						- 39
Konzernergebnis						438
Segmentvermögen (in Mrd. EUR) ³⁾	75,2	101,6	32,5	14,9	42,1	266,3
Risikogewichtete Aktiva (in Mrd. EUR) ⁴⁾	47,4	15,3	9,4	1,3	8,8	82,2
Gebundenes Eigenkapital (in Mrd. EUR) ³⁾	4,4	1,5	0,9	0,2	6,0	13,0
RoE (in %) ⁴⁾	20,8	6,1	7,9			3,7
CIR (in %)	47,0	75,1	86,6			74,5

1) Anpassung Vorjahreswerte (siehe Note 2).

2) Die Ergebnisse aus den den Segmenten zugeordneten at Equity bilanzierten Unternehmen und die Veräußerungsergebnisse aus solchen Unternehmen belaufen sich im Segment Corporates auf 117 Mio. EUR und Corporate Items auf 0 Mio. EUR.

3) Die Anteile an at Equity bilanzierten Unternehmen aus den den Segmenten zugeordneten Unternehmen betragen für die beiden Segmente Corporates 302 Mio. EUR und Corporate Items 0 Mio. EUR.

4) Angaben gemäß CRR/CRD IV nach vollständiger Umsetzung.

Detailangaben Corporate Items, Überleitung und Konsolidierung.

Mio. EUR	Corporate Items		Überleitung/Konsolidierung		Corporate Items/ Überleitung/Konsolidierung	
	01.01.– 31.12.2015	01.01.– 31.12.2014	01.01.– 31.12.2015	01.01.– 31.12.2014	01.01.– 31.12.2015	01.01.– 31.12.2014 ¹⁾
Zinsergebnis	3	154	- 210	- 45	- 207	110
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	- 5	3	0	0	- 5	3
Provisionsergebnis	0	1	- 33	- 24	- 33	- 23
Ergebnis aus erfolgswirksam zum Fair Value bewerteten Finanzinstrumenten	- 30	9	80	- 305	50	- 295
Finanzanlage-, at-Equity- und EAV-Ergebnis ²⁾	9	11	11	- 1	20	10
Sonstiges betriebliches Ergebnis	- 22	- 49	0	0	- 22	- 49
Nettoergebnis (nach Risikovorsorge)	- 45	130	- 152	- 375	- 197	- 245
Verwaltungsaufwendungen	- 110	- 118	0	0	- 110	- 118
Aufwendungen für Bankenabgabe und Einlagensicherung	- 8	- 41	0	0	- 8	- 41
Restrukturierungsergebnis	- 6	3	0	0	- 6	3
Konzernergebnis vor Steuern	- 169	- 26	- 153	- 375	- 321	- 401
Segmentvermögen (in Mrd. EUR) ³⁾	35,3	42,0	- 0,7	0,0	34,6	42,1
Risikogewichtete Aktiva (in Mrd. EUR) ⁴⁾	11,1	10,7	- 1,4	- 2,0	9,7	8,8
Gebundenes Eigenkapital (in Mrd. EUR) ⁴⁾	6,6	6,2	- 0,2	- 0,2	6,5	6,0

1) Anpassung Vorjahreswerte (siehe Note 2).

2) Die Ergebnisse aus den den Segmenten zugeordneten at Equity bilanzierten Unternehmen und die Veräußerungsergebnisse aus solchen Unternehmen belaufen sich im Segment Corporates auf 73 Mio. EUR (Vorjahr: 117 Mio. EUR) und Corporate Items auf - 2 Mio. EUR (Vorjahr: 0 Mio. EUR).

3) Die Anteile an at Equity bilanzierten Unternehmen aus den den Segmenten zugeordneten Unternehmen betragen für die beiden Segmente Corporates 233 Mio. EUR (Vorjahr: 302 Mio. EUR) und Corporates Items 6 Mio. EUR (Vorjahr: 0 Mio. EUR).

4) Angaben gemäß CRR/CRD IV nach vollständiger Umsetzung.

Das Konzernergebnis vor Steuern des LBBW-Konzerns belief sich im Geschäftsjahr 2015 auf 531 Mio. EUR und hat sich gegenüber dem Vorjahr merklich um 54 Mio. EUR verbessert. Dabei zeigten sich in den Segmenten unterschiedliche Entwicklungen. Das Konzernergebnis vor Steuern der drei operativen Segmente Corporates, Financial Markets und Retail/Sparkassen lag insgesamt mit 1 025 Mio. EUR leicht unter dem Vorjahr (1 067 Mio. EUR) und war auch durch die Bildung von Restrukturierungsrückstellungen belastet. Nach dem vollständigen Abbau des Garantieportfolios im Jahr 2014 verbesserte sich das Segment Credit Investment zwar gegenüber dem Vorjahr, wies jedoch weiterhin ein negatives Konzernergebnis in Höhe von - 173 Mio. EUR (Vorjahr: - 190 Mio. EUR) aus. Gegenläufig entwickelte sich das Segment Corporate Items von - 26 Mio. EUR auf - 169 Mio. EUR im Geschäftsjahr 2015. Ursächlich hierfür waren vor allem die Ergebnisbelastungen im Rahmen des allgemein niedrigen Zinsniveaus für Treasury-Aktivitäten.

Vor allem auf Grund eines gut verlaufenen Neugeschäfts im kundenorientierten Kapitalmarktgeschäft konnte sich das Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten Finanzinstrumenten positiv entwickeln und damit das deutlich rückläufige Zinsergebnis im abgelaufenen Berichtsjahr überkompensieren. Unter Berücksichtigung des auf Vorjahresniveau liegenden Verwaltungsaufwands konnte eine leicht verbesserte Cost Income Ratio (CIR) im LBBW-Konzern 70,9% (Vorjahr: 74,5%) erzielt werden. Die Bilanzsumme des LBBW-Konzerns reduzierte sich gegenüber dem Vorjahr um 32,3 Mrd. EUR auf 234,0 Mrd. EUR insbesondere durch den bewussten Abbau und das Auslaufen von Geschäften mit Gewährträgerhaftung sowohl auf der Aktivseite als auch bei den eigenen Verbindlichkeiten sowie durch Zins- und Spreadentwicklungen bei Fair Value bilanzierten Handelsaktiva. Entsprechend reduzierten sich auch die risikogewichteten Aktiva (CRR/CRD IV) des LBBW-Konzerns im Geschäftsjahr 2015 auf 74,5 Mrd. EUR (Vorjahr: 82,2 Mrd. EUR).

Die Entwicklung des Segments Corporates war durch hohe Erträge aus Beteiligungsveräußerungen/-bewertungen im Finanzanlage- und at-Equity-Ergebnis im Vorjahr geprägt und wies daher im Jahr 2015 ein verringertes Konzernergebnis vor Steuern von 791 Mio. EUR (Vorjahr: 906 Mio. EUR) aus. Zudem waren Belastungen durch das anhaltend niedrige Zinsniveau und intensiven Wettbewerb bei Großkunden zu verzeichnen. Dank der guten Positionierung in den Kernmärkten und die hohe Kreditportfolioqualität reduzierte sich die Risikovorsorge im Kreditgeschäft beträchtlich auf - 50 Mio. EUR (Vorjahr: - 105 Mio. EUR). Weiterhin profitierte das Segment von positiven Bewertungseffekten (i. W. Credit Valuation Adjustment) sowie Veräußerungen von Immobilieninvestments durch die LBBW Immobilien Management GmbH. Die Verwaltungsaufwendungen stiegen leicht von - 740 Mio. EUR auf - 762 Mio. EUR u. a. bedingt durch Aufwendungen aus den in 2014 begonnenen Gesamtbankprojekten und dem Umbau der IT-Architektur sowie durch Investitionen in Wachstumsmärkte. Trotz der höheren Kostenentwicklung änderte sich die CIR nur unwesentlich auf 48,8% (Vorjahr: 47,0%). Das Segmentver-

mögen konnte trotz starkem Wettbewerb mit 75,4 Mrd. EUR auf Vorjahresniveau (75,2 Mrd. EUR) gehalten werden. Aufgrund verbesserter Portfolioqualität reduzierten sich die risikogewichteten Aktiva (CRR/CRD IV) auf 44,0 Mrd. EUR (Vorjahr: 47,4 Mrd. EUR).

Das Segment Financial Markets hat sich gegenüber dem Vorjahr im Konzernergebnis vor Steuern erheblich um 141 Mio. EUR auf 232 Mio. EUR verbessert. Im Wesentlichen wurden die Erlössteigerungen getragen durch die in 2015 wieder volatileren Märkte und ein daraus begünstigtes Neugeschäft in Absicherungsprodukten gegen Fremdwährungs- und Zinsrisiken. Zusätzlich wirkten geringere Bewertungsabschläge für Finanzinstrumente (i. W. Credit Valuation Adjustments) auf die positive Entwicklung des Segments. Infolge der starken Erlösentwicklung und einem Verwaltungsaufwand auf Vorjahresniveau in Höhe von – 382 Mio. EUR ergab sich im Jahr 2015 eine deutlich verbesserte CIR von 60,0% (Vorjahr: 75,1%). Das Segmentvermögen lag mit 78,6 Mrd. EUR signifikant unter dem Vorjahr (101,6 Mrd. EUR), verursacht durch den bewussten Abbau sowie den zinsbedingten Rückgang bei aktivierten Marktwerten. Entsprechend dieser Entwicklung verringerten sich die risikogewichteten Aktiva (CRR/CRD IV) im Geschäftsjahr 2015 deutlich auf 11,8 Mrd. EUR (Vorjahr: 15,3 Mrd. EUR).

Das Konzernergebnis vor Steuern im Segment Retail/Sparkassen lag im Jahr 2015 mit 2 Mio. EUR unter dem Vorjahr (70 Mio. EUR). Trotz Ausbau des Volumens mussten aufgrund des anhaltend niedrigen Zinsniveaus Ergebnismrückgänge im Einlagengeschäft verzeichnet werden. Zusätzlich wirkten die Aufwendungen für Bankabgabe und Einlagensicherung belastend auf das Ergebnis. Wie auch im Vorjahr führten erhöhte Aufwendungen für Gesamtbankprojekte und der Umbau der IT-Architektur zu einer Steigerung der Verwaltungsaufwendungen. So entfielen im Jahr 2015 allein 24 Mio. EUR der Aufwendungen auf das neue Kernbanksystem. Der Entwicklung folgend ergab sich somit eine CIR von 91,6% (Vorjahr: 86,6%). Zur weiteren Stärkung des kundenorientierten Geschäftsmodells wurde die Neuausrichtung des Privatkundengeschäfts hin zu einer Multikanalbank vorangetrieben. Infolgedessen war eine entsprechende Restrukturierungsrückstellung in Höhe von – 35 Mio. EUR zu bilden, die ebenfalls das Konzernergebnis wesentlich belastete. Das Segmentvermögen verringerte sich geringfügig um – 0,8 Mrd. EUR auf 31,7 Mrd. EUR. Die risikogewichteten Aktiva (CRR/CRD IV) für das Segment beliefen sich im Jahr 2015 auf 8,3 Mrd. EUR (Vorjahr: 9,4 Mrd. EUR).

Das Segment Credit Investment war im Vorjahr durch den vollständigen Verkauf des Garantieportfolios und weiten Teilen des nicht garantierten Kreditportfolios geprägt. Die Garantieprovision für den Risikoschirm verminderte sich dadurch im Geschäftsjahr 2015 beträchtlich um 70 Mio. EUR auf – 121 Mio. EUR. Im Wesentlichen beinhaltet das Segment noch die Finanzierung der Zweckgesellschaft Sealink Funding, die weiterhin unter der Garantie des Landes Baden-Württemberg steht. Die Verwaltungsaufwendungen sind weiter rückläufig und reduzierten sich auf – 24 Mio. EUR (Vorjahr: – 36 Mio. EUR). Somit ergab sich ein leicht verbessertes Konzernergebnis vor Steuern in Höhe von – 173 Mio. EUR (Vorjahr: – 190 Mio. EUR). Das Segmentvermögen verringerte sich moderat auf 13,7 Mrd. EUR (Vorjahr: 14,9 Mrd. EUR). Dementsprechend reduzierten sich im Geschäftsjahr 2015 die risikogewichteten Aktiva (CRR/CRD IV) um – 0,7 Mrd. EUR auf 0,7 Mrd. EUR.

Das Konzernergebnis vor Steuern des Segments Corporate Items war im Jahr 2015 stark durch das niedrige Marktzinsniveau geprägt und verschlechterte sich auf – 169 Mio. EUR (Vorjahr: – 26 Mio. EUR). Ursächlich hierfür waren im Wesentlichen geringere Erträge aus der Eigenmittelanlage sowie höhere Aufwendungen zur Erfüllung regulatorischer Liquiditätsanforderungen. Zusätzlich wurde das Ergebnis im Zusammenhang mit der Optimierung von Risiko- und Liquiditätspositionen innerhalb der Treasury-Aktivitäten belastet. Das Segmentvermögen verringerte sich im Wesentlichen durch den Auslauf von Geschäften mit Gewährträgerhaftung vor allem im öffentlichen Deckungsstock um – 6,8 Mrd. EUR auf 35,3 Mrd. EUR. Aufgrund des geringen Risikos der fällig gewordenen Geschäfte mit Gewährträgerhaftung beliefen sich die risikogewichteten Aktiva (CRR/CRD IV) im Geschäftsjahr 2015 auf 11,1 Mrd. EUR (Vorjahr: 10,7 Mrd. EUR).

Überleitung der Segmentergebnisse auf die Gewinn- und Verlustrechnung des Konzerns.

Im Geschäftsjahr 2015 verringerte sich die Summe aus der »Überleitung/Konsolidierung« auf das Konzernergebnis vor Steuern auf – 153 Mio. EUR (Vorjahr: – 375 Mio. EUR) und ist im Wesentlichen auf folgende Sachverhalte zurückzuführen:

- In der internen Managementberichterstattung wird das Zinsergebnis auf Basis der Marktzinsmethode ermittelt. Differenzen zur Gewinn- und Verlustrechnung ergeben sich somit aus periodenfremden Zinsergebnissen und aus nicht in der internen Managementberichterstattung enthaltenen IFRS-spezifischen Bewertungen (z. B. Aufrechnungsergebnis aus Rückkauf eigener Emissionen und Effekte aus der Purchase-Price-Allokation im Zusammenhang mit der Übernahme der Sachsen LB).
- Für Teile der Handelsbuchbestände unterscheiden sich in der internen Managementberichterstattung die Bewertungsmethoden von denen der IFRS-Rechnungslegung.
- Effekte aus IFRS-spezifischen Sachverhalten, die im Zusammenhang mit dem Hedge Accounting und der Fair-Value-Option stehen. Hierbei handelt es sich insbesondere um derivative Finanzinstrumente, die in ökonomischen Sicherungsbeziehungen stehen, jedoch nicht in die IFRS-Bilanzierung von Sicherungsgeschäften einbezogen werden können.

Angaben auf Unternehmensebene.**Informationen über Produkte und Dienstleistungen.**

Bezüglich der von IFRS 8.32 geforderten Verteilung der Erträge auf Produkte und Dienstleistungen wird auf die Erläuterungen »Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung« in den Notes verwiesen.

Segmentierung nach geografischen Regionen.

Die Zuordnung der Ergebnisse zu geografischen Regionen orientiert sich am Sitz der Niederlassung bzw. des Konzernunternehmens und stellt sich für den LBBW-Konzern wie folgt dar:

01.01.– 31.12.2015						
Mio. EUR	Deutschland	Europa (ohne Deutschland)	Amerika	Asien	Überleitung/ Konsolidie- rung	LBBW- Konzern
Nettoergebnis (nach Risikovorsorge)	2 418	4	108	26	- 4	2 551
Konzernergebnis vor Steuern	494	- 39	72	7	- 2	531

01.01.– 31.12.2014						
Mio. EUR	Deutschland	Europa (ohne Deutschland)	Amerika	Asien	Überleitung/ Konsolidie- rung	LBBW- Konzern
Nettoergebnis (nach Risikovorsorge)	2 398	32	131	17	- 41	2 536
Konzernergebnis vor Steuern	439	- 21	98	0	- 41	477

Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung.

22. Zinsergebnis.

Die Posten Zinserträge und Zinsaufwendungen enthalten auch Zins- und Dividenderträge sowie die dazugehörigen Refinanzierungsaufwendungen von Held-for-Trading- sowie Fair-Value-Option-Finanzinstrumenten. Darüber hinaus sind aufgrund der nach IAS 32 zu erfolgenden Klassifizierung von Stillen Einlagen als Fremdkapital die Zahlungen an typisch stille Gesellschafter im Zinsaufwand enthalten.

Mio. EUR	01.01.– 31.12.2015	01.01.– 31.12.2014
Handelsderivate	10 062	10 063
Kredit- und Geldmarktgeschäfte	3 115	3 734
Sicherungsderivate	1 499	1 435
Festverzinsliche Wertpapiere und Schuldverschreibungen	455	1 059
Vorfälligkeitsentschädigungen	76	83
Sonstige	404	510
Zinserträge	15 611	16 884
Leasinggeschäft	378	450
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	32	43
Beteiligungen und verbundene Unternehmen	30	38
Gewinnabführungsverträge	7	8
Laufende Erträge	448	539
Zins- und Laufende Erträge	16 059	17 423
Handelsderivate	- 9 918	- 9 740
Sicherungsderivate	- 1 619	- 1 624
Einlagen	- 1 480	- 2 475
Verbriefte Verbindlichkeiten	- 696	- 920
Leasinggeschäft	- 84	- 105
Nachrangkapital	- 257	- 279
Verlustübernahme	- 2	- 2
Sonstige	- 350	- 400
Zinsaufwendungen	- 14 405	- 15 545
Insgesamt	1 654	1 878

Der Rückgang resultierte im Wesentlichen aus dem allgemein niedrigen Zinsniveau, was u. a. den Ergebnisbeitrag im Einlagengeschäft mit Kunden sowie die Eigenmittelanlage der LBBW belastete. Des Weiteren trugen die verminderten Volumina durch Fälligkeiten bei gleichzeitig selektiver Kreditvergabe in einem wettbewerbsintensiven Umfeld zu einem Rückgang der Zinserträge bzw. -aufwendungen bei.

Darüber hinaus belasteten rechnungslegungsspezifische Effekte, bspw. im Zusammenhang mit der Abbildung von Sicherungsderivaten, sowie ein Anstieg der Zinsaufwendungen bei Handelsderivaten.

Für wertberichtigte finanzielle Vermögenswerte der Kategorie LaR wurde im Berichtsjahr aus der Barwertveränderung der Forderungen (Unwinding gemäß IAS 39.AG93) ein Zinsertrag i. H. v. 26 Mio. EUR (Vorjahr: 44 Mio. EUR) erfasst.

Aus der Aufrechnung eigener Schuldverschreibungen gemäß IAS 39.39 ff. ergab sich im Geschäftsjahr ein Zinsergebnis i. H. v. 9 Mio. EUR (Vorjahr: - 6 Mio. EUR).

Aus Kapitalüberlassung entstanden zudem gegenläufige Effekte, welche im abgelaufenen Geschäftsjahr - 21 Mio. EUR im Zinsertrag bzw. 28 Mio. EUR im Zinsaufwand betrug. Darüber hinaus fielen in der gleichen Periode im Zusammenhang mit derivativen Finanzinstrumenten negative bzw. positive Effekte in Höhe von - 171 Mio. EUR im Zinsertrag bzw. 156 Mio. EUR im Zinsaufwand an, welche bei Gesamtzinserträgen bzw. -aufwendungen aus derivativen Finanzinstrumenten i. H. v. 11 561 Mio. EUR bzw. - 11 537 Mio. EUR unwesentlich waren. Die vorab beschriebenen Effekte waren im Vorjahr von untergeordneter Bedeutung.

Das Zinsergebnis der nicht erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerte und finanziellen Verbindlichkeiten setzte sich wie folgt zusammen:

Mio. EUR	01.01.– 31.12.2015	01.01.– 31.12.2014
Zinserträge	3 454	4 520
Zinsaufwendungen	- 2 215	- 3 445
Insgesamt	1 239	1 075

23. Risikovorsorge im Kreditgeschäft.

Mio. EUR	01.01.– 31.12.2015	01.01.– 31.12.2014
Auflösung Risikovorsorge	321	477
Ergebnis aus Rückstellungen im Kreditgeschäft	7	- 4
Eingänge auf abgeschriebene Forderungen	18	16
Direkte Forderungsabschreibung	- 107	- 97
Zuführung Risikovorsorge	- 289	- 489
Sonstiger Aufwand für das Kreditgeschäft	- 5	- 7
Insgesamt	- 55	- 104

Der Rückgang der Risikovorsorge begründete sich im Wesentlichen durch reduzierte Nettozuführungen zu Einzelwertberichtigungen.

24. Provisionsergebnis.

Mio. EUR	01.01.– 31.12.2015	01.01.– 31.12.2014
Wertpapier- und Depotgeschäft	212	189
Zahlungsverkehrsgeschäft	104	104
Vermittlungsgeschäft	92	110
Kredite und Bürgschaften ¹⁾	132	159
Leasinggeschäft	1	0
Sonstiges	80	72
Provisionserträge	621	634
Wertpapier- und Depotgeschäft	- 71	- 68
Zahlungsverkehrsgeschäft	- 22	- 24
Kredite und Bürgschaften ¹⁾	- 12	- 10
Vermittlungsgeschäft	- 8	- 7
Leasinggeschäft	- 3	- 3
Sonstiges	- 7	- 4
Provisionsaufwendungen	- 123	- 116
Insgesamt	498	518

¹⁾ Beinhaltet Kredit- und Treuhand-, Aval- und Akkreditivgeschäft.

Der Anstieg des Ergebnisses im Wertpapier- und Depotgeschäft und Wertpapierkonsortialgeschäft wurde teilweise durch reduzierte Provisionseinnahmen im Vermittlungsgeschäft kompensiert. Zusätzlich war das Provisionsergebnis aus Krediten und Bürgschaften mit reinem Dienstleistungscharakter aufgrund höherer Abgrenzungen rückläufig. Dem stehen Erträge gegenüber, die zeitanteilig im Zinsergebnis vereinnahmt werden.

Im Sonstigen Provisionsergebnis waren vor allem Erträge und Aufwendungen aus der Vermögensverwaltung enthalten.

Das Provisionsergebnis der nicht erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerte und finanziellen Verbindlichkeiten betrug 75 Mio. EUR (Vorjahr: 73 Mio. EUR).

25. Ergebnis aus erfolgswirksam zum Fair Value bewerteten Finanzinstrumenten.

Das Ergebnis aus erfolgswirksam zum Fair Value bewerteten Finanzinstrumenten setzt sich wie folgt zusammen:

Mio. EUR	01.01.– 31.12.2015	01.01.– 31.12.2014
Handelsergebnis	177	45
Ergebnis aus Finanzinstrumenten der Fair-Value-Option	55	- 155
Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen	- 6	- 10
Insgesamt	226	- 120

Handelsergebnis.

Im Handelsergebnis werden alle Veräußerungs- und Bewertungsergebnisse aus Finanzinstrumenten der Kategorie Held for Trading ausgewiesen. Darüber hinaus werden hier das Ergebnis aus der Währungsumrechnung der Fremdwährungsposten und die Bewertungsergebnisse aus wirtschaftlichen Sicherungsderivaten gezeigt. Die Zins- und Dividendenerträge dieser Finanzinstrumente sowie die dazugehörigen Refinanzierungsaufwendungen werden im Zinsergebnis ausgewiesen.

Mio. EUR	01.01.– 31.12.2015	01.01.– 31.12.2014
Kreditgeschäft	- 730	664
Aktiengeschäfte	16	83
Devisengeschäfte	28	- 6
Wirtschaftliche Sicherungsderivate	- 104	- 1
Zinsgeschäfte	972	- 726
Ergebnis aus Devisen-/Commodityprodukten	- 5	31
Insgesamt	177	45

Die Verbesserung des Handelsergebnisses war u. a. bedingt durch eine erhöhte Volatilität der Märkte und dem dadurch begünstigten Neugeschäft im Bereich der Absicherungsprodukte insbesondere bei Fremdwährungs- und Zinsrisiken. Daneben kommt es durch den Abschluss von kapitalgarantierten Produkten am Ende des Vorjahre zu Ergebnisverschiebungen zwischen Kredit- und Zinsgeschäften.

Das Ergebnis aus Devisen-/Commodityprodukten enthält Gewinne und Verluste aus Devisen-Kassa- und Termin-geschäften, Devisen-Optionen und Devisen-Futures. Das Ergebnis aus Devisengeschäften stellt die Effekte aus der Umrechnung von Fremdwährungsvermögenswerten oder Fremdwährungsverbindlichkeiten dar. Der Betrag der im Ergebnis erfassten Währungsumrechnungsdifferenzen der nicht erfolgswirksam zum Fair Value bewerteten Finanzinstrumente belief sich auf 2 772 Mio. EUR (Vorjahr: 2 582 Mio. EUR). Demgegenüber standen erfasste Währungsumrechnungsdifferenzen i. H. v. - 2 743 Mio. EUR (Vorjahr: - 2 588 Mio. EUR) für erfolgswirksam zum Fair Value bewertete Finanzinstrumente.

Ergebnis aus Finanzinstrumenten der Fair-Value-Option.

Im Ergebnis aus Finanzinstrumenten der Fair-Value-Option werden alle realisierten und unrealisierten Ergebnisse aus Vermögenswerten und Verpflichtungen der Fair-Value-Option vereinnahmt. Dividenden und Zinserträge sowie Zinsaufwendungen aus Beständen der Fair-Value-Option werden im Zinsergebnis gezeigt. Die mit Käufen und Verkäufen verbundenen Provisionszahlungen sind im Provisionsergebnis ausgewiesen.

Mio. EUR	01.01.– 31.12.2015	01.01.– 31.12.2014
Realisiertes Ergebnis	- 355	- 23
Unrealisiertes Ergebnis	410	- 132
Insgesamt	55	- 155

Im Zusammenhang mit der Berücksichtigung der eigenen Bonität der LBBW war für die hier zugeordneten finanziellen Verbindlichkeiten im unrealisierten Ergebnis ein Bewertungseffekt i. H. v. 1 Mio. EUR (Vorjahr: - 15 Mio. EUR) enthalten.

Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen.

Das Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen beinhaltet die Bewertungsergebnisse aus effektiven Sicherungsbeziehungen im Rahmen des Hedge Accountings. Das Ergebnis aus nicht den Effektivitätsanforderungen des IAS 39 genügenden Sicherungsgeschäften wird im Handelsergebnis ausgewiesen.

Mio. EUR	01.01.– 31.12.2015	01.01.– 31.12.2014
Portfolio Fair Value Hedge	- 4	- 7
davon Grundgeschäft	- 144	273
davon Sicherungsinstrument	140	- 280
Mikro Fair Value Hedge	- 2	1
davon Grundgeschäft	- 113	318
davon Sicherungsinstrument	111	- 317
Cashflow Hedge	0	- 4
davon Grundgeschäft	0	- 4
Insgesamt	- 6	- 10

26. Ergebnis aus Finanzanlagen.

Im Ergebnis aus Finanzanlagen werden Veräußerungs- und Bewertungsergebnisse (inklusive Wertminderungen) aus Wertpapieren der Kategorien Forderungen und Kredite (LaR) und zur Veräußerung verfügbar (AFS) sowie von Beteiligungen und Anteilen an nicht konsolidierten Unternehmen ausgewiesen. Darüber hinaus ist das Veräußerungsergebnis aus at Equity bewerteten Unternehmen enthalten. Ebenso sind Zuschreibungen auf Fremdkapitalinstrumente nach erfolgter bonitätsbedingter Abschreibung bis zur Höhe der fortgeführten Anschaffungskosten ausgewiesen.

Mio. EUR	01.01.– 31.12.2015	01.01.– 31.12.2014
Veräußerungsergebnis	39	102
davon Wertpapiere	- 15	5
davon Beteiligungen	54	97
Wertminderungen	- 13	- 13
Zuschreibungen	0	1
Ergebnis aus Finanzanlagen (AFS)	26	90
Veräußerungsergebnis	- 2	62
davon Wertpapiere	- 2	62
Zuschreibungen	0	1
Ergebnis aus Erstattungsansprüchen (Garantie)	0	- 7
Ergebnis aus Finanzanlagen (LaR)	- 3	56
Ergebnis aus der Veräußerung von at Equity bewerteten Unternehmen	52	0
Insgesamt	75	146

Das rückläufige Ergebnis aus Finanzanlagen war maßgeblich auf die ausgebliebenen größeren Bewertungs- und Realisierungseffekte im Berichtsjahr zurückzuführen, während im Vorjahr aufgrund des durchgeführten vollständigen Abbaus des Garantieportfolios sowie einer deutlichen Reduzierung des nicht garantierten Teils des Kreditersatzgeschäfts positive Effekte enthalten waren.

Durch den vollständigen Verkauf des Garantieportfolios im Vorjahr fallen zukünftig keine Ergebnisse aus Erstattungsansprüchen (Garantie) mehr an.

Positiv beeinflusst wurde der Ergebnisposten dagegen durch den Verkauf der LHI Leasing GmbH sowie eines Anteils an einem assoziierten Unternehmen.

27. Ergebnis aus at Equity bewerteten Unternehmen.

Das Ergebnis aus at Equity bewerteten Unternehmen umfasst die ergebniswirksam erfassten Erfolgsbeiträge aus Gemeinschaftsunternehmen und assoziierten Unternehmen, die nach der Equity-Methode bewertet werden. Neben den anteiligen Periodenergebnissen werden auch Ergebnisbeiträge, die aus der Fortschreibung der im Rahmen der Kaufpreisallokation aufgedeckten stillen Reserven und Lasten resultieren, in diesem Posten erfasst. Erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderungen bei at Equity bewerteten Unternehmen werden erfolgsneutral im Konzerneigenkapital erfasst.

Mio. EUR	01.01.– 31.12.2015	01.01.– 31.12.2014
Laufende Erträge	37	108
Wertminderungen	- 24	- 26
Zuschreibungen	6	31
Ergebnis aus Anteilen an assoziierten Unternehmen	19	113
Laufende Aufwendungen	- 2	0
Laufende Erträge	3	5
Wertminderungen	0	- 1
Ergebnis aus Anteilen an Joint Ventures	0	4
Insgesamt	19	117

Der Rückgang des Ergebnispostens resultierte insbesondere aus geringeren Ergebnisbeiträgen einer Kapitalbeteiligungsgesellschaft. Im Vorjahr wirkte hier noch ein umfangreicher Ergebnisbeitrag auf den auf die LBBW entfallenden Gewinnanteil aus einem Beteiligungsverkauf.

28. Sonstiges betriebliches Ergebnis.

Die wesentlichen Komponenten des Sonstigen betrieblichen Ergebnisses sind Erträge bzw. Aufwendungen aus als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien, Leasinggeschäften sowie Rückstellungen.

Mio. EUR	01.01.– 31.12.2015	01.01.– 31.12.2014
Veräußerung von Vorräten	128	255
Auflösung von übrigen Rückstellungen	64	137
Umsatzerlöse aus Immobiliendienstleistungen	20	21
Aufwandsersatzung Dritter	31	34
Bewirtschaftung anderer Immobilienbestände	2	4
Operate-Lease-Verhältnisse	24	25
Sachanlagevermögen und immaterielle Vermögenswerte	15	3
Mieterträge aus als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien	56	47
Erträge aus dem Abgang von als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien	20	0
Erträge aus der Währungsumrechnung von als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien	5	4
Übrige betriebliche Erträge	87	105
Sonstige betriebliche Erträge	451	635
Veräußerung von Vorräten	- 114	- 226
Zuführung zu übrigen Rückstellungen	- 33	- 96
Wertminderung von Vorräten	0	- 1
Bewirtschaftung anderer Immobilienbestände	- 1	- 2
Operate-Lease-Verhältnisse	- 6	- 5
Betriebliche Aufwendungen für vermietete Immobilien	- 13	- 10
Aufwendungen aus der Fair-Value-Bewertung von als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien	- 39	- 37
Übrige betriebliche Aufwendungen	- 112	- 157
Sonstige betriebliche Aufwendungen	- 317	- 534
Insgesamt	134	101

Insgesamt war die Entwicklung des Ergebnispostens durch eine Vielzahl an Einzeleffekten geprägt. Das Ergebnis aus als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien erhöhte sich trotz leicht gestiegener negativer Wertanpassungen aus der Immobilienbewertung. Durch erfolgreich abgeschlossene Projektentwicklungen konnten zudem Ergebnisbeiträge im Sonstigen betrieblichen Ergebnis realisiert werden, wenngleich diese geringer ausfielen als im Vorjahr. Aus einer im Vorjahr vollzogenen Veräußerung einer Tochtergesellschaft ergab sich im Jahresvergleich eine Ergebnisentlastung. Entlastet wurde das Sonstige betriebliche Ergebnis ebenso durch erforderliche Nettoauflösungen von Rückstellungen im Zusammenhang mit Rechts- und Prozessrisiken.

Die Erträge und Aufwendungen aus der Veräußerung von Vorräten resultierten im Wesentlichen aus dem Verkauf von Grundstücken und Gebäuden sowie aus unfertigen Erschließungsmaßnahmen.

29. Verwaltungsaufwendungen.

Die Verwaltungsaufwendungen des LBBW-Konzerns setzen sich aus dem Personalaufwand, den Anderen Verwaltungsaufwendungen sowie den Abschreibungen auf Sachanlagen und Immaterielle Vermögenswerte zusammen.

Mio. EUR	01.01.– 31.12.2015	01.01.– 31.12.2014
Löhne und Gehälter	- 725	- 712
Aufwendungen für Altersvorsorge und Unterstützung	- 131	- 131
Soziale Abgaben	- 116	- 113
Sonstige Personalaufwendungen	- 57	- 56
Personalaufwand	- 1 029	- 1 012
EDV-Kosten	- 299	- 279
Aufwendungen für Rechts- und Beratungsdienstleistungen	- 101	- 117
Aufwendungen aus Operate-Lease-Verhältnissen	- 29	- 31
Raumkosten	- 51	- 43
Verbands- und sonstige Beiträge	- 33	- 30
Kosten für Werbung, Öffentlichkeitsarbeit und Repräsentation	- 23	- 25
Honorare des Abschlussprüfers	- 13	- 14
Sonstige Verwaltungsaufwendungen	- 107	- 127
Andere Verwaltungsaufwendungen	- 656	- 666
Abschreibungen immaterielle Vermögenswerte ¹⁾	- 39	- 42
Abschreibungen Sachanlagen ¹⁾	- 59	- 51
Abschreibungen	- 98	- 93
Insgesamt	- 1 782	- 1 770

¹⁾ Hier enthalten sind sowohl die planmäßigen als auch die außerplanmäßigen Abschreibungen. Der Teilbetrag der außerplanmäßigen Abschreibungen kann den Notes 41 und 43 entnommen werden.

Der geringfügige Anstieg der Personalaufwendungen wurde insbesondere durch Tarifierpassungen bei Löhnen und Gehältern verursacht.

Die Anderen Verwaltungsaufwendungen wurden nach wie vor durch Aufwendungen für die Bewältigung regulatorischer Anforderungen und Projektaufwendungen im Zusammenhang mit dem Umbau der IT-Architektur beeinflusst (EDV-Kosten). Hier wirkten geringere Aufwendungen für Rechts- und Beratungskosten sowie für Prüfungskosten gegenläufig.

In den Sonstigen Verwaltungsaufwendungen waren u. a. Porto-, Transport- und Kommunikationskosten i. H. v. – 17 Mio. EUR (Vorjahr: – 17 Mio. EUR) sowie Aufwendungen für Büro- und KFZ-Kosten i. H. v. – 15 Mio. EUR (Vorjahr: – 16 Mio. EUR) enthalten.

Nähere Erläuterungen zu den Leasingangaben finden sich in Note 70.

Die Aufwendungen für Altersvorsorge und Unterstützung enthielten:

Mio. EUR	01.01.– 31.12.2015	01.01.– 31.12.2014
Aufwendungen für leistungsorientierte Pensionsverpflichtungen	- 124	- 123
Nettozinsergebnis aus Versorgungsplänen	- 61	- 79
Laufender Dienstzeitaufwand	- 63	- 44
Anderer Aufwendungen für Altersvorsorge und Unterstützung	- 5	- 5
Aufwendungen für beitragsorientierte Pensionsverpflichtungen	- 2	- 3
Insgesamt	- 131	- 131

Zusätzlich zu den Aufwendungen für Altersvorsorge hat der LBBW-Konzern im Geschäftsjahr – 61 Mio. EUR (Vorjahr: – 71 Mio. EUR) für Mitarbeiter in die deutsche Rentenversicherung eingezahlt und unter den sozialen Abgaben ausgewiesen.

Das im Geschäftsjahr als Aufwand erfasste Honorar des Abschlussprüfers i. H. V. – 13 Mio. EUR (Vorjahr: – 14 Mio. EUR) setzte sich wie folgt zusammen:

Mio. EUR	01.01.– 31.12.2015	01.01.– 31.12.2014
Abschlussprüfungsleistungen	- 9	- 9
Anderer Bestätigungsleistungen	- 1	- 1
Sonstige Leistungen	- 3	- 4
Insgesamt	- 13	- 14

30. Restrukturierungsergebnis.

In diesem Posten werden Aufwendungen für Restrukturierungsmaßnahmen erfasst. Eine Rückstellung wird nur angesetzt, wenn die allgemeinen Ansatzkriterien für Rückstellungen gemäß IAS 37 erfüllt sind.

Mio. EUR	01.01.– 31.12.2015	01.01.– 31.12.2014
Auflösung von Restrukturierungsrückstellungen	0	4
Zuführung zu Restrukturierungsrückstellungen	- 44	- 3
Insgesamt	- 44	1

Für Sach- und Personalmaßnahmen insbesondere im Zuge der Neuausrichtung des Privatkundengeschäfts war eine entsprechende Rückstellung zu bilden.

31. Ertragsteuern.

Der Ertrag bzw. die Aufwendungen aus Ertragsteuern setzen sich wie folgt zusammen:

Mio. EUR	01.01.– 31.12.2015	01.01.– 31.12.2014
Tatsächliche Ertragsteuern des Berichtszeitraums	- 86	- 75
Tatsächliche Ertragsteuern aus früheren Jahren	12	31
Tatsächliche Ertragsteuern	- 74	- 44
davon Minderung tatsächlicher Ertragsteueraufwendungen wegen bisher nicht berücksichtigter temporärer Unterschiede früherer Perioden	11	0
Latente Ertragsteuern	- 35	5
davon latenter Ertragsteueraufwand/-ertrag wegen Veränderung temporärer Unterschiedsbeträge	35	137
davon latenter Steueraufwand/-ertrag aus Steuersatzänderungen	1	0
davon latenter Steueraufwand/-ertrag wegen Änderung der Wertberichtigungen	- 2	- 22
davon Minderung latenter Ertragsteueraufwendungen wegen bisher nicht berücksichtigter temporärer Unterschiede früherer Perioden	7	20
davon Minderung latenter Ertragsteueraufwendungen wegen bisher nicht berücksichtigter Verlustvorträge und Steuergutschriften	29	1
Insgesamt	- 109	- 39

Folgende Überleitungsrechnung stellt den Zusammenhang zwischen ausgewiesenen und rechnerischen Ertragsteuern dar:

Mio. EUR	01.01.– 31.12.2015	01.01.– 31.12.2014
Konzernergebnis vor Steuern	531	477
Anzuwendender Steuersatz	30,42%	30,42%
Rechnerische Ertragsteuer	- 162	- 145
Steuereffekte		
aus nicht abziehbaren Betriebsausgaben	- 52	- 107
aus vorgenommenen Wertkorrekturen	17	- 18
aus im Geschäftsjahr erfassten Steuern aus Vorjahren	- 1	8
aus permanenten Steuereffekten	- 12	188
aus Steuersatzänderungen	- 8	2
aus abweichenden Steuersätzen bei erfolgswirksamen Steuerabgrenzungen	- 14	- 4
aus sonstigen Unterschieden	8	- 4
aus steuerfreien Erträgen	115	41
Insgesamt	- 109	- 39

Der für die Überleitung anzuwendende Steuersatz ergibt sich aus dem in Deutschland zum Stichtag geltenden Körperschaftsteuersatz von 15,0% (Vorjahr: 15,0%) zuzüglich dem Solidaritätszuschlag i. H. v. 5,5% (Vorjahr: 5,5%) und dem vom jeweiligen Hebesatz abhängigen Gewerbesteuersatz (Durchschnitt: 14,59%, Vorjahr: 14,59%). Daraus ergibt sich ein gesamter inländischer Ertragsteuersatz für den Konzern von 30,42% (Vorjahr: 30,42%).

Die Auswirkungen von nicht abziehbaren Betriebsausgaben beinhalten insbesondere Steuereffekte aus Beteiligungsveräußerungen, aus der Bankenabgabe sowie aus »Interbranch Expenses«.

Die Position Steuereffekte aus vorgenommenen Wertkorrekturen enthält im Wesentlichen die Auswirkungen aus der Veränderung der nicht angesetzten aktiven latenten Steuern und Wertberichtigungen aktiver latenter Steuern mit 24 Mio. EUR (Vorjahr: - 20 Mio. EUR) sowie der Berichtigungen steuerlicher Verlustvorträge mit - 7 Mio. EUR (Vorjahr: 3 Mio. EUR).

Die steuerfreien Erträge beinhalten u. a. Effekte aus der Veräußerung von Konzerngesellschaften sowie aus steuerlichen Regelungen zu den Zinsaufwendungen/-erträgen der Niederlassung New York und steuerfreie Dividendeneinkünfte.

Die permanenten (bilanziellen) Steuereffekte des Geschäftsjahres ergeben sich insbesondere durch Erträge aus at Equity bilanzierten Beteiligungen an Kapitalgesellschaften.

Der Bestand an steuerlichen Verlust- und Zinsvorträgen sowie die Teilbeträge, für die eine aktive latente Steuer angesetzt, nicht angesetzt oder eine Wertberichtigung vorgenommen wurde, sind in nachstehender Tabelle dargestellt. Für die nicht angesetzten Verlust- und Zinsvorträge wird angegeben, ob sie in den Folgejahren nach dem jeweils anzuwendenden Steuerrecht noch genutzt werden können. Verlust- und Zinsvorträge in Deutschland steuerpflichtiger Unternehmen sind zeitlich unbegrenzt nutzbar.

Mio. EUR	31.12.2015	31.12.2014
Bestand an Verlust- und Zinsvorträgen (Summe)	6 642	7 252
davon Verlust- und Zinsvorträge, für die eine aktive latente Steuer gebildet wurde	2 673	3 222
davon Verlust- und Zinsvorträge, auf die eine Wertberichtigung vorgenommen wurde	122	166
davon Verlust- und Zinsvorträge, für die keine aktive latente Steuer angesetzt wurde	3 847	3 864
davon verfallen 2016 und später	96	94
davon unverfallbar	3 751	3 770
Nicht angesetzte temporäre Differenzen zum Bilanzstichtag	86	89

Für Konzernunternehmen, die im laufenden oder in den vorherigen Geschäftsjahren einen steuerlichen Verlust erwirtschaftet haben, wurden aktive latente Steuern in Höhe von 1 Mio. EUR (Vorjahr: 1 Mio. EUR) angesetzt, für welche die Realisierung von künftigen zu versteuernden Ergebnissen abhängt, die höher als die Ergebniseffekte aus der Umkehrung bestehender zu versteuernder temporärer Differenzen sind. Der Ansatz beruht auf einer steuerlichen Planungsrechnung für das jeweilige Unternehmen bzw. für den Organkreis.

Aktive latente Steuern bilden die potenziellen Ertragsteuerentlastungen aus zeitlich begrenzten Unterschieden zwischen den Wertansätzen der Vermögenswerte und Verbindlichkeiten in der Konzernbilanz nach IFRS und den nationalen Steuerbilanzwerten ab. Latente Ertragsteuerpflichtungen stellen die potenziellen Ertragsteuerbelastungen aus temporären Differenzen zwischen den Wertansätzen von Vermögenswerten und Verbindlichkeiten in der Bilanz nach IFRS und den nationalen Steuerbilanzwerten dar.

Aktive und passive latente Steuern wurden im Zusammenhang mit folgenden Sachverhalten erfasst:

Mio. EUR	Aktive latente Steuern		Passive latente Steuern	
	2015	2014	2015	2014
Aktivposten				
Forderungen (inklusive Risikovorsorge im Kreditgeschäft)	550	504	- 29	- 119
Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte	3 916	4 929	- 2 135	- 1 744
Finanzanlagen	142	1 362	- 50	- 61
Immaterielle Vermögenswerte	4	4	- 9	- 2
Sachanlagen/Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien	23	28	- 88	- 106
Sonstige Aktiva	1	2	- 33	- 201
Passivposten				
Verbindlichkeiten	39	48	- 860	- 2 460
Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen	0	1	- 1 369	- 2 326
Rückstellungen	513	506	- 2	- 2
Sonstige Passiva	77	215	- 107	- 15
Verlust- und Zinsvorträge	420	510	0	0
Outside Basis Differences	0	0	- 3	- 2
Saldierung	- 4 658	- 6 964	4 658	6 964
Insgesamt	1 027	1 145	- 27	- 74
Veränderung des Saldos an latenten Steuern				
davon erfolgswirksame Veränderungen	- 35	5		
davon aus Neubewertungsrücklage (Finanzanlagen - Gewinne/Verluste aus AFS-Finanzinstrumenten)	- 36	- 27		
davon aus Gewinne und Verluste aus der Bewertung Cashflow Hedges (Fair-Value-Änderungen)	0	- 1		
davon aus Gewinnrücklage (Rückstellungen - Versicherungsmathematische Gewinne/Verluste)	2	168		
davon sonstige erfolgsneutrale Veränderungen	- 2	- 11		

Im Geschäftsjahr wurden in der Neubewertungsrücklage (Finanzanlagen Gewinne/Verluste aus AFS-Finanzinstrumenten) Steuereffekte in Höhe von insgesamt - 48 Mio. EUR erfasst, die latente Steuern mit - 36 Mio. EUR und tatsächliche Steuern mit - 12 Mio. EUR enthalten.

Für zu versteuernde temporäre Differenzen aus Anteilen an Tochter- und Gemeinschaftsunternehmen in Höhe von 14 Mio. EUR (Vorjahr: 5 Mio. EUR) wurden keine passiven latenten Steuern gebildet, da mit einer Umkehrung der temporären Differenzen in absehbarer Zeit nicht zu rechnen ist.

Angaben zur Bilanz.

32. Barreserve.

Mio. EUR	31.12.2015	31.12.2014
Guthaben bei Zentralnotenbanken	1 026	1 803
Kassenbestand	141	133
Insgesamt	1 167	1 936

In den Guthaben bei Zentralnotenbanken waren Guthaben bei der Deutschen Bundesbank i. H. v. 663 Mio. EUR (Vorjahr: 1 525 Mio. EUR) enthalten.

33. Forderungen an Kreditinstitute.

Geschäftsartengliederung.

Mio. EUR	31.12.2015	31.12.2014
Kommunalkredite	22 782	28 058
Kontokorrentforderungen	939	982
Wertpapierpensionsgeschäfte	2 662	4 277
Andere Kredite	2 793	3 072
Schuldscheindarlehen	110	764
Tages- und Termingelder	128	195
Hypothekendarlehen	114	109
Sonstige Forderungen	716	967
Insgesamt	30 245	38 424
davon an Central Counterparties	729	780

Regionengliederung.

Mio. EUR	31.12.2015	31.12.2014
Inländische Kreditinstitute	25 879	31 333
Ausländische Kreditinstitute	4 366	7 091
Insgesamt	30 245	38 424

Die rückläufige Entwicklung der Kommunalkredite war u. a. von auslaufenden Geschäften unter Gewährträgerhaftung geprägt.

Der Rückgang im Wertpapierpensionsgeschäft, vor allem aus TriParty-Repogeschäften mit großen international tätigen Kreditinstituten und Central Counterparties, war überwiegend auf die Nettodarstellung von Wertpapierpensionsgeschäften zurückzuführen.

34. Forderungen an Kunden.

Geschäftsartengliederung.

Mio. EUR	31.12.2015	31.12.2014
Andere Kredite	28 296	29 336
Hypothekendarlehen	31 092	30 030
Kommunalkredite	17 282	20 332
Forderungen aus Finance Lease	4 616	4 991
Weiterleitungsdarlehen	3 213	3 396
Wertpapierpensionsgeschäfte	11 318	11 513
Kontokorrentforderungen	2 701	3 688
Tages- und Termingelder	4 038	3 804
Schuldscheindarlehen	2 777	2 428
Sonstige Forderungen	3 452	3 677
Insgesamt	108 785	113 195
davon an Central Counterparties	2 728	2 778

Regionengliederung.

Mio. EUR	31.12.2015	31.12.2014
Inländische Kunden	72 794	79 066
Ausländische Kunden	35 991	34 129
Insgesamt	108 785	113 195

Die Entwicklung wurde im Wesentlichen durch hohe Fälligkeiten beeinflusst, infolgedessen reduzierten sich die Kommunalkredite.

Im Posten Andere Kredite waren im Wesentlichen Konsortialkredite i. H. v. 8 847 Mio. EUR (Vorjahr: 10 132 Mio. EUR) sowie nicht hypothekarisch besicherte Unternehmensfinanzierungen enthalten.

Erläuterungen zu Leasinggeschäften finden sich in Note 70.

35. Risikovorsorge.

Die aktivisch abgesetzte Risikovorsorge hat sich im Geschäftsjahr wie folgt entwickelt:

Mio. EUR	Einzelwertberichtigung/ pauschalierte Einzelwertberichtigung			Portfoliowertberichtigung		
	Forderungen an Kredit- institute	Forderungen an Kunden	davon aus Finance Lease	Forderungen an Kredit- institute	Forderungen an Kunden	davon aus Finance Lease
Stand 1. Januar 2015	2	1 453	119	7	132	16
Verbrauch	0	- 407	- 31	0	0	0
Zuführung	0	226	24	4	59	4
Auflösung	- 2	- 231	- 19	- 5	- 83	- 8
Zeitablaufbedingte Barwertänderung (Unwinding)	0	- 26	- 1	0	0	0
Wechselkursbedingte und sonstige Veränderung	2	- 3	- 3	0	0	0
Stand 31. Dezember 2015	2	1 013	91	6	108	13

Mio. EUR	Einzelwertberichtigung/ pauschalierte Einzelwertberichtigung			Portfoliowertberichtigung		
	Forderungen an Kredit- institute	Forderungen an Kunden	davon aus Finance Lease	Forderungen an Kredit- institute	Forderungen an Kunden	davon aus Finance Lease
Stand 31. Dezember 2013	2	2 017	148	7	175	27
Korrektur Vorjahreswerte	0	0	1	0	0	0
Stand 1. Januar 2014	2	2 017	149	7	175	27
Verbrauch	0	- 576	- 47	0	0	0
Zuführung	1	407	33	5	74	4
Auflösung	- 1	- 350	- 17	- 5	- 115	- 13
Veränderung aus Konsolidierungskreis	0	- 4	0	0	0	0
Zeitablaufbedingte Barwertänderung (Unwinding)	0	- 44	- 1	0	0	0
Wechselkursbedingte und sonstige Veränderung	0	3	1	0	- 2	- 2
Stand 31. Dezember 2014	2	1 453	119	7	132	16

Für Rückstellungen im Kreditgeschäft siehe Ausführungen in Note 49. Erläuterungen zu Leasinggeschäften finden sich in Note 70.

36. Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte.

Mio. EUR	31.12.2015	31.12.2014
Handelsaktiva	61 678	76 031
Der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Vermögenswerte	913	1 001
Positive Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	2 174	2 839
Insgesamt	64 765	79 871

Handelsaktiva und der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Vermögenswerte.

Mio. EUR	Handelsaktiva		Der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Vermögenswerte	
	31.12.2015	31.12.2014	31.12.2015	31.12.2014
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	14 460	19 999	278	288
Geldmarktpapiere	648	1 675	0	0
Anleihen und Schuldverschreibungen	13 812	18 324	278	288
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	750	808	185	223
Aktien	310	199	0	10
Investmentanteile	440	609	182	200
Sonstige Wertpapiere	0	0	3	13
Sonstige	22 351	24 317	450	490
Schuldscheindarlehen	3 945	4 883	426	442
Sonstige Geldmarktgeschäfte	16 892	18 323	0	21
Sonstige Forderungen/Kredite			24	27
Übrige	1 515	1 111	0	0
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	24 117	30 907		
Insgesamt	61 678	76 031	913	1 001

Der Rückgang der Handelsaktiva resultierte zum einen aus Fälligkeiten im Bereich der Anleihen und Schuldverschreibungen. Diese Reduzierung des Bestands konnte nur teilweise durch Neugeschäfte kompensiert werden. Ferner trug die rückläufige Entwicklung der Bewertung der Derivate aufgrund des leichten Anstiegs der langfristigen Zinsen zur Reduzierung bei.

Der Posten enthielt insgesamt gestellte Sicherheiten mit dem Recht des Sicherungsnehmers zum Weiterverkauf bzw. zur Verpfändung i. H. v. 4 636 Mio. EUR (Vorjahr: 3 141 Mio. EUR).

Die der Handelsaktiva und der Fair-Value-Option zugeordneten Wertpapiere gliederten sich nach Börsenfähigkeit und Börsennotierung wie folgt auf:

Mio. EUR	Handelsaktiva		Der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Vermögenswerte	
	31.12.2015	31.12.2014	31.12.2015	31.12.2014
Börsenfähige und börsennotierte Wertpapiere	12 492	17 675	116	82
Börsenfähige und nicht börsennotierte Wertpapiere	2 718	3 132	345	425
Nicht börsenfähige Wertpapiere	0	0	2	4
Insgesamt	15 210	20 807	463	511

Die der Handelsaktiva und der Fair-Value-Option zugeordneten Geldmarktpapiere sowie Anleihen und Schuldverschreibungen gliederten sich auf öffentliche und andere Emittenten wie folgt auf:

Mio. EUR	Handelsaktiva		Der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Vermögenswerte	
	31.12.2015	31.12.2014	31.12.2015	31.12.2014
Öffentliche Emittenten	3 843	5 676	27	28
Andere Emittenten	10 616	14 323	251	260
Insgesamt	14 460	19 999	278	288

Positive Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten.

In diesem Posten werden die positiven Marktwerte von Derivaten ausgewiesen, die zur Absicherung von Grundgeschäften gegen das Zinsänderungsrisiko eingesetzt werden. Als Sicherungsinstrumente wurden Zins- und Zinswährungsswaps designiert.

Mio. EUR	31.12.2015	31.12.2014
Positive Marktwerte aus Portfolio Fair Value Hedge	1 610	2 121
Positive Marktwerte aus Mikro Fair Value Hedge	564	719
Insgesamt	2 174	2 839

Der Rückgang der Positiven Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten resultierte u. a. aus der Reduzierung des designierten Grundgeschäftsvolumens sowie aus dem leichten Anstieg des Zinsniveaus im langfristigen Bereich.

Die Positiven Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten unterteilten sich nach den Grundgeschäften wie folgt:

Mio. EUR	31.12.2015	31.12.2014
Aktivposten		
Derivative Sicherungsinstrumente auf Finanzanlagen	0	1
Kategorie AfS	0	1
Passivposten		
Derivative Sicherungsinstrumente auf Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	26	41
Derivative Sicherungsinstrumente auf Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	153	169
Derivative Sicherungsinstrumente auf Verbriefte Verbindlichkeiten	50	156
Derivative Sicherungsinstrumente auf Nachrangige Verbindlichkeiten	334	352
Derivative Sicherungsinstrumente auf Portfolio Fair Value Hedge	1 610	2 121
Insgesamt	2 174	2 839

37. Finanzanlagen.

Mio. EUR	31.12.2015	31.12.2014
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	24 181	27 924
Geldmarktpapiere	192	479
Anleihen und Schuldverschreibungen	23 988	27 445
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	26	1
Aktien	0	1
Sonstige Wertpapiere	26	0
Beteiligungen	859	908
Anteile an verbundenen Unternehmen	164	217
Insgesamt	25 230	29 050

Der Rückgang der Finanzanlagen im abgelaufenen Geschäftsjahr resultierte insbesondere aus Fälligkeiten von Papieren infolge des Auslaufs der Gewährträgerhaftung, welche das Neugeschäft bei Anleihen von Staaten und Ländern überstiegen.

In den Finanzanlagen waren gestellte Sicherheiten mit dem Recht des Sicherungsnehmers zum Weiterverkauf bzw. zur Verpfändung i. H. v. insgesamt 2 537 Mio. EUR (Vorjahr: 4 757 Mio. EUR) enthalten.

Der Bestand an Wertpapieren in den Finanzanlagen gliederte sich nach Börsenfähigkeit und Börsennotierung wie folgt auf:

Mio. EUR	31.12.2015	31.12.2014
Börsenfähige und börsennotierte Wertpapiere	18 346	19 781
Börsenfähige und nicht börsennotierte Wertpapiere	5 828	8 125
Nicht börsenfähige Wertpapiere	32	19
Insgesamt	24 207	27 925

Der Bestand an Geldmarktpapieren sowie Anleihen und Schuldverschreibungen der Finanzanlagen teilte sich wie folgt auf öffentliche und andere Emittenten auf:

Mio. EUR	31.12.2015	31.12.2014
Öffentliche Emittenten	18 891	14 022
Andere Emittenten	5 290	13 902
Insgesamt	24 181	27 924

Nachfolgend ist die Entwicklung der langfristigen Finanzanlagen in den Geschäftsjahren 2015 und 2014 dargestellt:

Mio. EUR	Beteiligungen	Anteile an verbundenen Unternehmen	Gesamt
Historische Anschaffungs- und Herstellungskosten			
Stand 1. Januar 2015	774	312	1 086
Zugänge	7	12	18
Abgänge	- 72	- 77	- 149
Veränderungen aus der Währungsumrechnung	6	0	6
Umbuchungen	2	- 2	0
Veränderung aus Konsolidierungskreis	0	21	21
Umbuchung in Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen	- 12	- 37	- 49
Stand 31. Dezember 2015	706	228	934
Abschreibungen			
Stand 1. Januar 2015	- 210	- 130	- 340
Abschreibungen des Geschäftsjahres	- 4	- 6	- 10
Abgänge	21	3	24
Veränderungen aus der Währungsumrechnung	- 1	0	- 1
Umbuchungen	- 2	2	0
Umbuchung in Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen	2	8	9
Stand 31. Dezember 2015	- 195	- 122	- 318
Änderungen Fair Value			
Stand 1. Januar 2015	344	35	379
Änderungen Fair Value	72	64	136
Veränderungen aus der Währungsumrechnung	1	1	2
Umbuchung in die Gewinn- und Verlustrechnung	- 6	6	- 1
Veränderung aus Konsolidierungskreis	0	4	4
Umbuchung in Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen	- 62	- 50	- 113
Stand 31. Dezember 2015	348	59	407
Buchwert zum 31. Dezember 2015	859	164	1 023

Mio. EUR	Beteiligungen	Anteile an verbundenen Unternehmen	Gesamt
Historische Anschaffungs- und Herstellungskosten			
Stand 1. Januar 2014	726	537	1 263
Zugänge	186	2	188
Abgänge	- 164	- 18	- 182
Veränderungen aus der Währungsumrechnung	11	0	11
Umbuchungen	- 3	0	- 3
Veränderung aus Konsolidierungskreis	18	- 209	- 191
Stand 31. Dezember 2014	774	312	1 086
Abschreibungen			
Stand 1. Januar 2014	- 286	- 158	- 444
Abschreibungen des Geschäftsjahres	- 11	- 2	- 13
Abgänge	101	1	102
Veränderungen aus der Währungsumrechnung	- 10	0	- 10
Umbuchungen	2	0	2
Veränderung aus Konsolidierungskreis	- 6	29	23
Stand 31. Dezember 2014	- 210	- 130	- 340
Änderungen Fair Value			
Stand 1. Januar 2014	448	144	592
Änderungen Fair Value	- 24	2	- 22
Veränderungen aus der Währungsumrechnung	2	- 2	0
Umbuchung in die Gewinn- und Verlustrechnung	- 85	1	- 84
Veränderung aus Konsolidierungskreis	3	- 110	- 107
Stand 31. Dezember 2014	344	35	379
Buchwert zum 31. Dezember 2014	908	217	1 125

38. Anteile an at Equity bewerteten Unternehmen.

Mio. EUR	31.12.2015	31.12.2014
Assoziierte Unternehmen	227	296
Joint Ventures	12	6
Insgesamt	239	302

39. Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen.

Infolge der Neuausrichtung des LBBW-Konzerns und der in diesem Zusammenhang angestrebten weiteren Bereinigung des Portfolios führte die LBBW im Berichtszeitraum Verhandlungen über den Verkauf von langfristigen Vermögenswerten sowie Veräußerungsgruppen bzw. hat diese abgeschlossen.

Gegenüber dem Vorjahr ergaben sich in Bezug auf die als zur Veräußerung klassifizierten langfristigen Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen folgende Änderungen:

- Im Geschäftsjahr 2014 wurden Verhandlungen über den Verkauf einer at Equity bewerteten Gesellschaft und eines Anteils an einer at Equity bewerteten Gesellschaft aufgenommen. Der Abgang der Vermögenswerte erfolgte im 2. Quartal des Jahres 2015. Hiervon betroffen war das Berichtssegment Corporates.
- Darüber hinaus wurden im Geschäftsjahr 2014 Verhandlungen über den Verkauf einzelner Immobilienobjekte aufgenommen. Der Abgang dieser Objekte erfolgte sukzessive im Geschäftsjahr 2015. Hiervon betroffen war das Berichtssegment Corporate Items.
- Im Berichtsjahr nahm die LBBW Verhandlungen über den Verkauf von zwei nicht konsolidierten Beteiligungen auf. Eine Beteiligung, die dem Berichtssegment Corporate Items zugeordnet wurde, konnte bereits im Januar 2016 veräußert werden. Der Verkauf einer weiteren dem Berichtssegment Retail/Sparkassen zugeordneten Beteiligung soll im Laufe des Jahres 2016 erfolgen.
- Bezüglich eines Immobilienobjektes nahm die LBBW zum Ende des Geschäftsjahres 2015 Verhandlungen auf. Der Verkauf soll im Laufe des Jahres 2016 erfolgen. Hiervon betroffen war das Berichtssegment Corporates.

Aus der Umklassifizierung der langfristigen Vermögenswerte gemäß IFRS 5 resultierte im Berichtszeitraum kein Wertminderungsbedarf.

Die Hauptgruppen der als Zur Veräußerung gehaltenen Vermögenswerte und Schulden stellten sich wie folgt dar:

Mio. EUR	31.12.2015	31.12.2014
Aktiva		
Finanzanlagen	104	0
Anteile an at Equity bilanzierten Unternehmen	0	76
Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien	49	16
Sachanlagen	0	1
Insgesamt	153	93

40. Immaterielle Vermögenswerte.

Die Bestandsentwicklung der Immateriellen Vermögenswerte kann den folgenden Aufstellungen für 2015 und 2014 entnommen werden:

Mio. EUR	Erworbene Software	Goodwill	Geleistete Anzahlungen und Anschaffungskosten für Entwicklung und Vorbereitung	Sonstige immaterielle Vermögenswerte	Selbst erstellte immaterielle Vermögenswerte	Gesamt
Anschaffungs-/Herstellungskosten						
Stand 1. Januar 2015	683	933	28	31	9	1 684
Veränderung aus Währungsumrechnung	1	0	0	0	0	1
Zugänge	34	0	36	18	3	91
Umbuchungen	10	0	- 14	0	4	0
Abgänge	- 2	0	0	- 1	- 1	- 4
Stand 31. Dezember 2015	725	933	51	49	15	1 773
Ab- und Zuschreibungen						
Stand 1. Januar 2015	- 610	- 553	0	- 27	- 5	- 1 195
Planmäßige Abschreibungen	- 32	0	0	- 1	- 2	- 36
Außerplanmäßige Abschreibungen	0	0	0	- 4	0	- 4
Umbuchungen	1	0	0	0	- 1	0
Abgänge	2	0	0	1	1	4
Stand 31. Dezember 2015	- 640	- 553	0	- 31	- 8	- 1 231
Buchwerte						
Stand 1. Januar 2015	73	380	28	4	4	489
Stand 31. Dezember 2015	85	380	51	18	8	541

Mio. EUR	Erworbene Software	Goodwill	Geleistete Anzahlungen und Anschaffungskosten für Entwicklung und Vorbereitung	Sonstige immaterielle Vermögenswerte	Selbst erstellte immaterielle Vermögenswerte	Gesamt
Anschaffungs-/Herstellungskosten						
Stand 1. Januar 2014	633	933	33	31	6	1 636
Veränderung aus Konsolidierungskreis	17	0	0	0	0	17
Zugänge	33	0	17	0	2	52
Umbuchungen	22	0	- 22	0	1	1
Abgänge	- 22	0	0	0	0	- 22
Stand 31. Dezember 2014	683	933	28	31	9	1 684
Ab- und Zuschreibungen						
Stand 1. Januar 2014	- 575	- 537	0	- 26	- 4	- 1 142
Veränderung aus Konsolidierungskreis	- 17	0	0	0	0	- 17
Planmäßige Abschreibungen	- 40	0	0	- 1	- 1	- 42
Außerplanmäßige Abschreibungen	0	- 16	0	0	0	- 16
Abgänge	22	0	0	0	0	22
Stand 31. Dezember 2014	- 610	- 553	0	- 27	- 5	- 1 195
Buchwerte						
Stand 1. Januar 2014	58	396	33	5	2	494
Stand 31. Dezember 2014	73	380	28	4	4	489

Die Abschreibungen auf Immaterielle Vermögenswerte, sowohl planmäßige als auch außerplanmäßige, sind – mit Ausnahme des Goodwills (separater Posten der Gewinn- und Verlustrechnung) – in dem Posten Abschreibungen auf Immaterielle Vermögenswerte in den Verwaltungsaufwendungen ausgewiesen.

Die im Rahmen eines Unternehmenserwerbs aktivierten Kundenbeziehungen wurden zum Jahresende 2015 außerplanmäßig vollständig i. H. v. – 4 Mio. EUR abgeschrieben.

Immaterielle Vermögenswerte i. H. v. 62 Mio. EUR (Vorjahr: 84 Mio. EUR) besaßen zum Stichtag eine Restnutzungsdauer von mehr als zwölf Monaten.

Goodwill.

Bezüglich der Vorgehensweise beim Wertminderungstest nach IAS 36 wird auf die Ausführungen in den allgemeinen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden verwiesen. Der Buchwert des Goodwills sowie die Bruttobeträge und die kumulierten Wertminderungen entwickelten sich im Geschäftsjahr in den Segmenten wie folgt:

Mio. EUR	Corporates		Financial Markets		Insgesamt	
	2015	2014	2015	2014	2015	2014
Bestand zum 1. Januar	380	380	0	16	380	396
Wertminderungen	0	0	0	- 16	0	- 16
Bestand zum 31. Dezember	380	380	0	0	380	380
Bruttobetrag des Goodwill	917	917	16	16	933	933
Kumulierte Wertminderungen	- 537	- 537	- 16	- 16	- 553	- 553

In anderen Segmenten als den oben dargestellten gibt es keinen Goodwill.

Für das Segment Corporates liegt den Werthaltigkeitsprüfungen ein Kapitalisierungszinssatz von 9,67% bzw. 7,92% in der ewigen Rente zugrunde. Bei den dargestellten Kapitalisierungszinssätzen handelt es sich jeweils um Nachsteuersätze.

Bei der Validierung des für die zahlungsmittelgenerierende Einheit ermittelten Nutzungswerts werden bestimmte externe Faktoren sowie wesentliche Werttreiber regelmäßig überprüft. Sensitivitätsüberlegungen in Bezug auf den der zahlungsmittelgenerierenden Einheit zugeordneten Goodwill wurden durchgeführt. Die wesentlichen Annahmen, bestehend aus dem Diskontierungszinssatz sowie den Ergebnisprognosen, wurden einer Sensitivitätsüberprüfung unterzogen.

Der erzielbare Betrag liegt über dem Buchwert, sodass realistische Änderungen der wesentlichen Annahmen für die Ermittlung des erzielbaren Betrags des Goodwill-tragenden Segments Corporates keine Wertminderungen zur Folge haben.

Die Cashflow-Prognose der zahlungsmittelgenerierenden Einheit basiert auf der Ende 2015 erstellten Planung der LBBW. Zentrale Annahmen der Planung sind ein historisch niedriges Zinsniveau und eine stabile wirtschaftliche Situation mit einem moderaten BIP-Wachstum in Deutschland. Auch für die Eurozone wird von Wachstum ausgegangen, jedoch verhaltener als im Inland. Die volkswirtschaftlichen Marktparameter werden vom Research der LBBW erstellt. Die Jahre ab 2016 werden zudem geprägt sein durch die Umsetzung steigender regulatorischer Anforderungen und die Reaktion der Bankenbranche auf die dadurch veränderten Rahmenbedingungen.

41. Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien.

Die Buchwerte der zum Fair Value bewerteten Immobilien, die als Finanzinvestition gehalten werden, entwickelten sich im Berichtsjahr wie folgt:

Mio. EUR	2015	2014
Buchwert 1. Januar	705	481
Zugänge	158	4
Abgänge	- 90	- 4
Veränderung aus Konsolidierungskreis	0	148
Umbuchungen in Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte oder Veräußerungsgruppen	- 49	- 16
Veränderung aus Währungsumrechnung	24	53
Fair-Value-Änderungen aus Beständen	- 34	- 37
Umbuchungen aus/in Vorräte und Sachanlagen	- 65	80
Sonstige Umbuchungen	2	- 4
Buchwert 31. Dezember	649	705

Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien i. H. v. 649 Mio. EUR (Vorjahr: 701 Mio. EUR) besaßen zum Stichtag eine Restnutzungsdauer von mehr als zwölf Monaten.

42. Sachanlagen.

Die Entwicklung des Sachanlagevermögens im Berichts- und Vorjahr stellte sich wie folgt dar:

Mio. EUR	Grundstücke und Gebäude	Technische Anlagen und Maschinen	Betriebs- und Geschäftsausstattung	Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	Leasinggegenstände Finance Lease	Leasinggegenstände Operate Lease	Gesamt
Anschaffungs-/Herstellungskosten							
Stand 1. Januar 2015	1 082	94	357	5	11	219	1 768
Veränderung aus Währungsumrechnung	- 2	0	0	0	0	0	- 1
Zugänge	10	0	10	5	0	3	28
Umbuchungen	17	44	- 40	- 2	0	46	65
Abgänge	- 5	- 1	- 23	- 1	0	- 1	- 31
Stand 31. Dezember 2015	1 102	138	305	6	10	267	1 829
Ab- und Zuschreibungen							
Stand 1. Januar 2015	- 643	- 76	- 254	0	- 7	- 144	- 1 123
Planmäßige Abschreibungen	- 33	- 3	- 17	0	- 1	- 4	- 58
Außerplanmäßige Abschreibungen	- 5	0	0	0	0	- 1	- 6
Umbuchungen	17	- 42	38	0	0	- 14	- 1
Abgänge	5	1	22	0	0	0	29
Stand 31. Dezember 2015	- 659	- 120	- 210	0	- 7	- 162	- 1 158
Buchwerte							
Stand 1. Januar 2015	438	19	104	5	4	75	645
Stand 31. Dezember 2015	443	18	95	6	3	105	670

Mio. EUR	Grundstücke und Gebäude	Technische Anlagen und Maschinen	Betriebs- und Geschäfts- ausstattung	Geleistete An- zahlungen und Anlagen im Bau	Leasing- gegenstände Finance Lease	Leasing- gegenstände Operate Lease	Gesamt
Anschaffungs-/Herstellungskosten							
Stand 1. Januar 2014	703	97	313	3	11	213	1 340
Veränderung aus Konsolidierungskreis	399	0	53	2	0	74	528
Veränderung aus Währungsumrechnung	0	0	1	0	0	0	1
Zugänge	4	1	11	3	0	0	19
Umbuchungen	- 17	0	1	- 2	0	- 63	- 81
Abgänge	- 3	- 4	- 21	- 1	0	- 3	- 32
Umbuchungen in Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen	- 5	0	0	0	0	- 2	- 7
Stand 31. Dezember 2014	1 082	94	357	5	11	219	1 768
Ab- und Zuschreibungen							
Stand 1. Januar 2014	- 318	- 76	- 204	0	- 7	- 88	- 694
Veränderung aus Konsolidierungskreis	- 302	0	- 50	0	0	- 57	- 409
Planmäßige Abschreibungen	- 26	- 4	- 17	0	0	- 4	- 51
Außerplanmäßige Abschreibungen	- 3	0	0	0	0	- 2	- 5
Umbuchungen	1	0	0	0	0	3	4
Abgänge	2	4	18	0	0	2	26
Umbuchungen in Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen	3	0	0	0	0	2	5
Stand 31. Dezember 2014	- 643	- 76	- 254	0	- 7	- 144	- 1 124
Buchwerte							
Stand 1. Januar 2014	384	21	109	3	4	125	646
Stand 31. Dezember 2014	438	18	104	5	4	75	644

Im Zusammenhang mit der Anwachsung von zwei Grundstücksverwaltungsgesellschaften ergaben sich Umgliederungen innerhalb der Grundstücke und Gebäude.

Die Abschreibungen, sowohl planmäßige als auch außerplanmäßige, werden unter dem Posten Abschreibungen auf Sachanlagen in den Verwaltungsaufwendungen ausgewiesen.

Sachanlagen i. H. v. 603 Mio. EUR (Vorjahr: 512 Mio. EUR) besaßen zum Stichtag eine Restnutzungsdauer von mehr als zwölf Monaten.

43. Ertragsteueransprüche.

Mio. EUR	31.12.2015	31.12.2014
Laufende Ertragsteueransprüche	114	219
davon Inland	95	205
davon Ausland	19	14
Latente Ertragsteueransprüche	1 027	1 145
Insgesamt	1 141	1 364

Die laufenden Ertragsteueransprüche sind i. H. v. 114 Mio. EUR (Vorjahr: 219 Mio. EUR) innerhalb eines Jahres fällig. Die latenten Ertragsteueransprüche i. H. v. 1 027 Mio. EUR (Vorjahr: 1 145 Mio. EUR) haben eine Laufzeit von mehr als zwölf Monaten.

Für detaillierte Erläuterungen zu den Ertragsteueransprüchen wird auf die Angaben unter Note 31 verwiesen.

44. Sonstige Aktiva.

Mio. EUR	31.12.2015	31.12.2014
Vorräte	400	380
Forderungen an Finanzbehörden	16	30
Forderungen aus phasengleich vereinnahmten Beteiligungserträgen	6	9
Übrige Sonstige Aktiva	568	619
Insgesamt	989	1 038

In den Sonstigen Aktiva waren Vermögenswerte i. H. v. 23 Mio. EUR (Vorjahr: 26 Mio. EUR) enthalten, die eine Restnutzungsdauer von mehr als zwölf Monaten besitzen.

Es wurden Fremdkapitalzinsen i. H. v. 2 Mio. EUR (Vorjahr: 1 Mio. EUR) aktiviert (nähere Erläuterung siehe Note 18).

Die Vorräte unterteilen sich wie folgt:

Mio. EUR	31.12.2015	31.12.2014
Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit unfertigen Bauten	192	150
Unfertige Leistungen und Erschließungsmaßnahmen	73	88
Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit fertigen Bauten	11	17
Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte ohne Bauten	17	29
Sonstiges Vorratsvermögen	107	96
Insgesamt	400	380

Der Buchwert der Vorräte, die zum Fair Value abzüglich Verkaufsaufwendungen angesetzt sind, betrug 16 Mio. EUR (Vorjahr: 12 Mio. EUR).

Wertminderungen, sowohl planmäßige als auch außerplanmäßige, werden unter dem Posten Sonstiges betriebliches Ergebnis ausgewiesen.

Unter dem Sonstigen Vorratsvermögen werden u. a. Edelmetallbestände ausgewiesen.

45. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten.

Geschäftsartengliederung.

Mio. EUR	31.12.2015	31.12.2014
Wertpapierpensionsgeschäfte	8 676	11 834
Weiterleitungsdarlehen	23 234	23 079
Schuldscheindarlehen	4 656	8 133
Tages- und Termingelder	2 308	2 856
Begebene öffentliche Namenspfandbriefe	909	1 738
Kontokorrentverbindlichkeiten	1 993	1 920
Begebene Hypotheken-Namenspfandbriefe	324	468
Sonstige Verbindlichkeiten	2 148	2 286
Insgesamt	44 248	52 314
davon gegenüber Central Counterparties	3 717	5 798

Regionengliederung.

Mio. EUR	31.12.2015	31.12.2014
Inländische Kreditinstitute	39 581	46 954
Ausländische Kreditinstitute	4 667	5 360
Insgesamt	44 248	52 314

Neben einem reduzierten Geschäftsvolumen bei Wertpapierpensionsgeschäften trugen auch höhere Fälligkeiten bei Schuldscheindarlehen zum Rückgang der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten bei.

46. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden.

Geschäftsartengliederung.

Mio. EUR	31.12.2015	31.12.2014
Kontokorrentverbindlichkeiten	34 753	31 925
Tages- und Termingelder	8 291	8 815
Schuldscheindarlehen	2 351	6 828
Wertpapierpensionsgeschäfte	2 745	7 337
Begebene öffentliche Namenspfandbriefe	3 990	5 532
Spareinlagen	7 142	7 337
Begebene Hypotheken-Namenspfandbriefe	944	1 077
Sonstige Verbindlichkeiten	2 323	1 023
Insgesamt	62 540	69 874
davon gegenüber Central Counterparties	2 447	5 929

Regionengliederung.

Mio. EUR	31.12.2015	31.12.2014
Inländische Kunden	55 504	58 158
Ausländische Kunden	7 036	11 716
Insgesamt	62 540	69 874

Der Rückgang der Verbindlichkeiten gegenüber Kunden war u. a. auf ein geringeres Geschäftsvolumen bei Wertpapierpensionsgeschäften sowie hohe Fälligkeiten im Bereich der Schuldscheindarlehen zurückzuführen.

47. Verbriefte Verbindlichkeiten.

Unter den Verbrieften Verbindlichkeiten werden in erster Linie begebene Schuldverschreibungen und andere Verbindlichkeiten, die in Form einer übertragbaren Urkunde verbrieft wurden, ausgewiesen.

Mio. EUR	31.12.2015	31.12.2014
Begebene Schuldverschreibungen	25 133	42 876
Hypothekendarlehen	6 834	4 535
Öffentliche Pfandbriefe	5 898	7 456
Sonstige Schuldverschreibungen	12 401	30 886
Andere Verbriefte Verbindlichkeiten	4 291	1 355
Insgesamt	29 424	44 231

Der Rückgang der Verbrieften Verbindlichkeiten resultierte im Wesentlichen aus planmäßigen Fälligkeiten durch das Auslaufen der Gewährträgerhaftung, insbesondere im Bereich der Sonstigen Schuldverschreibungen sowie der Öffentlichen Pfandbriefe. Eine leicht kompensierende Wirkung resultierte aus den Hypothekendarlehen aufgrund von Neuemissionen.

Für die Angaben zur Emissionstätigkeit verweisen wir auf unsere Ausführungen in der Note 68.

48. Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen.

Mio. EUR	31.12.2015	31.12.2014
Handelsspassiva	67 278	66 204
Der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Verbindlichkeiten	3 257	4 963
Negative Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	3 528	4 077
Insgesamt	74 063	75 244

Handelsspassiva und der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Verbindlichkeiten.

Mio. EUR	Handelsspassiva		Der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Verbindlichkeiten	
	31.12.2015	31.12.2014	31.12.2015	31.12.2014
Negative Marktwerte aus Handelsderivaten und wirtschaftlichen Hedgingderivaten	23 445	29 874		
Geldmarktgeschäfte	36 190	26 575	88	78
Verbriefte Verbindlichkeiten	7 069	9 397	1 587	2 475
Lieferverbindlichkeiten aus Wertpapierleerverkäufen	550	324		
Schuldscheindarlehen	24	33	643	1 184
Nachrangige Verbindlichkeiten			323	673
Sonstige	0	0	617	553
Insgesamt	67 278	66 204	3 257	4 963

Der Rückgang der verbrieften Verbindlichkeiten im Handelsbestand resultierte insbesondere aus Fälligkeiten bei Certificates of Deposits und Commercial Papers. Die Fälligkeiten eigener Papiere führte innerhalb der Fair-Value-Option zu einer Reduzierung des Bestands. Der Anstieg im Bereich der Geldmarktgeschäfte war im Wesentlichen getrieben durch eine hohe Nachfrage nach Money-Market-Produkten.

Negative Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten.

In diesem Posten werden die negativen Marktwerte von Derivaten ausgewiesen, die zur Absicherung von Grundgeschäften gegen das Zinsänderungsrisiko eingesetzt werden. Als Sicherungsinstrumente wurden Zins- und Zinswährungsswaps designiert.

Mio. EUR	31.12.2015	31.12.2014
Negative Marktwerte aus Portfolio Fair Value Hedge	2 296	2 502
Negative Marktwerte aus Mikro Fair Value Hedge	1 231	1 575
Insgesamt	3 528	4 077

Die Negativen Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten verteilen sich auf die Grundgeschäfte wie folgt:

Mio. EUR	31.12.2015	31.12.2014
Aktivposten		
Derivative Sicherungsinstrumente auf Forderungen an Kreditinstitute	27	6
Derivative Sicherungsinstrumente auf Forderungen an Kunden	303	358
Derivative Sicherungsinstrumente auf Finanzanlagen	881	1 178
Kategorie AfS	881	1 178
Passivposten		
Derivative Sicherungsinstrumente auf Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	0	9
Derivative Sicherungsinstrumente auf Verbriefte Verbindlichkeiten	21	24
Derivative Sicherungsinstrumente auf Portfolio Fair Value Hedge	2 296	2 502
Insgesamt	3 528	4 077

49. Rückstellungen.

Mio. EUR	31.12.2015	31.12.2014
Rückstellungen für Pensionsverpflichtungen	2 908	2 875
Rückstellungen für Prozess- und Regressrisiken	146	231
Rückstellungen im Kreditgeschäft	71	79
Sonstige Rückstellungen im Personalbereich	104	97
Übrige Rückstellungen	171	173
Insgesamt	3 401	3 455

Es bestanden zum Stichtag Rückstellungen i. H. v. 108 Mio. EUR (Vorjahr: 195 Mio. EUR) mit einer Restlaufzeit von kleiner zwölf Monaten.

Pensionsrückstellungen.

Die folgende Tabelle stellt die Zusammensetzung der Nettozuführungen zu Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen dar:

Mio. EUR	01.01.- 31.12.2015	01.01.- 31.12.2014
Nettozinsergebnis aus Versorgungsplänen	- 61	- 79
Laufender Dienstzeitaufwand inklusive Auflösung von Pensionsrückstellungen	- 63	- 45
Nettozuführungen zu Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	- 124	- 124

Die Entwicklung des Barwerts der Pensionsverpflichtungen aus leistungsorientierten Plänen setzte sich wie folgt zusammen:

Mio. EUR	2015	2014
Stand 1. Januar	3 117	2 529
In der GuV erfasste Veränderungen	129	132
Zinsaufwand/-ertrag	66	87
Laufender Dienstzeitaufwand inklusive Auflösung Pensionsrückstellungen	63	45
Im Sonstigen Ergebnis erfasste Veränderungen	3	558
Versicherungsmathematische Verluste (+)/Gewinne (-) aus Änderungen der demographischen Annahmen	6	- 11
Versicherungsmathematische Verluste (+)/Gewinne (-) aus Änderungen der finanziellen Annahmen	- 18	543
Erfahrungsbedingte versicherungsmathematische Verluste (+)/Gewinne (-)	12	24
Wechselkursänderungen	2	2
Andere Veränderungen	- 104	- 102
Beiträge des Arbeitgebers	1	0
Gezahlte Leistungen	- 105	- 102
Stand 31. Dezember	3 144	3 117

Der Barwert der Pensionsverpflichtungen aus leistungsorientierten Plänen gliederte sich nach Art der Begünstigten wie folgt:

Mio. EUR	01.01.– 31.12.2015	01.01.– 31.12.2014
Barwert der Pensionsverpflichtungen für aktive Arbeitnehmer	1 135	1 081
Barwert der Pensionsverpflichtungen für Anwärter	457	483
Barwert der Pensionsverpflichtungen für Rentner	1 552	1 553
Insgesamt	3 144	3 117

Die Untergliederung dieses Barwerts nach Art der Leistung ergab sich wie folgt:

Mio. EUR	01.01.– 31.12.2015	01.01.– 31.12.2014
Barwert der angesammelten, aber verfallbaren Pensionsverpflichtungen	295	197
Barwert der unverfallbaren Pensionsverpflichtungen	2 849	2 920
Insgesamt	3 144	3 117

Der Barwert der Pensionsverpflichtungen aus leistungsorientierten Plänen ergab sich aus den folgenden Zusagen bzw. Leistungen:

Mio. EUR	01.01.– 31.12.2015	01.01.– 31.12.2014
Barwert der Pensionsverpflichtungen begründet durch bedingte Leistungen	3	3
Barwert der Pensionsverpflichtungen begründet durch künftige Gehaltssteigerungen	288	194
Barwert der Pensionsverpflichtungen begründet durch sonstige Leistungen	2 853	2 920
Insgesamt	3 144	3 117

Dabei wurden folgende versicherungsmathematische Annahmen den Berechnungen der Verpflichtungshöhe aus leistungsorientierten Plänen zugrunde gelegt:

in %	31.12.2015	31.12.2014
Fluktuation	4,50	4,50
Abzinsungssatz	2,18	2,15
Erwartete Lohn- und Gehaltssteigerung	1,85	1,85
Erwartete Rentensteigerung	1,70	1,70
Karrieredynamik	0,50	0,50

Die Sterblichkeit, Verheiratungswahrscheinlichkeit und Invalidität ergibt sich nach den Richttafeln 2005G von Heubeck. Der Eintritt in den Altersruhestand wird entsprechend dem rechnermäßigen Pensionierungsalter angesetzt.

Die nachfolgende Übersicht zeigt die Sensitivität der Pensionsverpflichtung zum Abschlussstichtag hinsichtlich der jeweils isolierten Veränderung wesentlicher Annahmen. Eine Änderung der einzelnen Parameter um 0,5 Prozentpunkte hätte bei ansonsten konstant gehaltenen Annahmen folgende Auswirkungen auf die Versorgungsverpflichtung zum Ende des laufenden Geschäftsjahres:

31.12.2015	Zunahme um 0,5%- Punkte	Abnahme um 0,5%- Punkte
Mio. EUR		
Leistungszusagen Pensionen		
Änderung des Rechnungszinssatzes	- 228	258
Änderung der erwarteten Einkommensentwicklung	88	- 81
Änderung der erwarteten Rentenentwicklung	64	- 58
Änderung der Karrieredynamik	6	- 6
Änderung der Fluktuation	- 1	1

31.12.2014	Zunahme um 0,5%- Punkte	Abnahme um 0,5%- Punkte
Mio. EUR		
Leistungszusagen Pensionen		
Änderung des Rechnungszinssatzes	- 231	262
Änderung der erwarteten Einkommensentwicklung	94	- 86
Änderung der erwarteten Rentenentwicklung	63	- 57
Änderung der Karrieredynamik	7	- 6
Änderung der Fluktuation	- 1	1

Eine Verlängerung der Lebenserwartung um ein Jahr würde zu einem Anstieg der Leistungszusagen um 103 Mio. EUR führen.

Bei der Ermittlung der Sensitivitäten wurde jeder Parameter c. p. gestresst. Eine Korrelation der Bewertungsannahmen untereinander wurde somit nicht berücksichtigt.

Der beizulegende Zeitwert des Planvermögens wies zum Jahresende folgende Zusammensetzung auf:

Mio. EUR	31.12.2015	31.12.2014
Festgelder und sonstige liquide Mittel	27	7
Level I bewertet	20	3
Level II bewertet	7	4
Wertpapiere	206	232
Wertpapiere – Eigenkapitalinstrumente	55	58
Eigenkapitalinstrumente von Kreditinstituten	37	39
Level I bewertet	37	39
Eigenkapitalinstrumente von sonstigen finanziellen Kapitalgesellschaften	18	19
Level II bewertet	18	19
Wertpapiere – Schuldinstrumente	150	174
Schuldinstrumente von Kreditinstituten	142	167
Level I bewertet	142	167
Schuldinstrumente von sonstigen finanziellen Kapitalgesellschaften	9	7
Level II bewertet	9	7
Immobilien	3	3
Planvermögen	236	242

Von den vorab aufgeführten Vermögenswerten wurden keine direkt im LBBW-Konzern genutzt.

Der beizulegende Zeitwert des Planvermögens entwickelte sich im Geschäftsjahr wie folgt:

Mio. EUR	2015	2014
Stand 1. Januar	242	241
In der GuV erfasste Veränderungen	6	8
Zinserträge/-aufwendungen	6	8
Im Sonstigen Ergebnis erfasste Veränderungen	0	6
Ertrag/Aufwand aus dem Planvermögen (abzüglich des im Nettozinsergebnis erfassten Ertrags)	- 2	5
Wechselkursänderungen	2	1
Andere Veränderungen	- 11	- 13
Beiträge des Arbeitgebers	1	1
Gezahlte Leistungen	- 12	- 14
Stand 31. Dezember	236	242

Der für das kommende Geschäftsjahr geschätzte, einzuzahlende Beitrag des Arbeitgebers zum Planvermögen beläuft sich im Konzern auf 1 Mio. EUR (Vorjahr: 1 Mio. EUR).

Der Barwert der leistungsorientierten Verpflichtung und der beizulegende Zeitwert des Planvermögens lassen sich wie folgt zu den in der Bilanz angesetzten Vermögenswerten und Schulden überleiten:

Mio. EUR	31.12.2015	31.12.2014
Barwert der leistungsorientierten Verpflichtung	3 144	3 117
Barwert der leistungsorientierten Verpflichtung aus ungedeckten Plänen	2 746	2 711
Barwert der leistungsorientierten Verpflichtung aus ganz oder teilweise gedeckten Plänen	399	406
Beizulegender Zeitwert des Planvermögens	- 236	- 242
Nicht durch Planvermögen gedeckte Verpflichtung	2 908	2 875
Rückstellungen für Pensionsverpflichtungen	2 908	2 875

Die gewichtete durchschnittliche Laufzeit der definierten Leistungsverpflichtung beträgt 16,04 Jahre (Vorjahr: 16,33 Jahre).

Die folgende Tabelle zeigt die Fälligkeitsanalyse der Leistungszahlungen im aktuellen Geschäftsjahr:

Mio. EUR	31.12.2015
Fälligkeitsanalyse	
bis 1 Jahr	106
mehr als 1 Jahr bis zu 5 Jahren	473
mehr als 5 Jahre bis zu 10 Jahren	661
mehr als 10 Jahre bis zu 15 Jahren	760
mehr als 15 Jahre	3 669

Sonstige Rückstellungen.

Die Entwicklung der Sonstigen Rückstellungen im Berichtsjahr kann der folgenden Aufstellung entnommen werden:

Mio. EUR	Sonstige Rückstellungen im Personalbereich	Rückstellungen im Kreditgeschäft	Rückstellungen für Prozess- und Regressrisiken	Übrige Rückstellungen	Gesamt
Stand 1. Januar 2015	97	79	231	173	580
Verbrauch	- 43	0	- 71	- 50	- 164
Auflösung	- 2	- 43	- 55	- 6	- 106
Zuführung	50	36	39	58	183
Umbuchungen	0	0	0	- 4	- 4
Abzinsung von langfristigen Rückstellungen	0		- 4	- 1	- 5
Aufzinsung von langfristigen Rückstellungen	0		5	1	6
Zeitablaufbedingte Barwertänderung (Unwinding)		- 1			- 1
Nicht erfolgswirksame Veränderungen	3	0	0	0	3
Veränderung aus Währungsumrechnung	0	0	2	1	3
Stand 31. Dezember 2015	104	71	146	171	492

Die Sonstigen Rückstellungen im Personalbereich beinhalteten im Wesentlichen Rückstellungen für Vorruhestand und Altersteilzeit.

Für die Verpflichtung von Erfüllungsrückständen aus Altersteilzeitverträgen ist zum Abschlussstichtag Planvermögen i. H. v. 1 Mio. EUR gebildet worden. Die Rückstellung für Erfüllungsrückstände aus Altersteilzeitverträgen i. H. v. 1 Mio. EUR wurde mit dem Planvermögen gemäß IAS 19.128 verrechnet.

Insgesamt wurden Rückstellungen mit einer Laufzeit von über zwölf Monaten i. H. v. 385 Mio. EUR abgezinst.

Im Rahmen der normalen Geschäftstätigkeit bestanden verschiedene Rechtsstreitigkeiten und Gerichtsverfahren gegen das Unternehmen. Für Risiken, die daraus entstehen, wurden Rückstellungen gebildet, sofern nach Einschätzung des Managements und der Rechtsberater der Bank Zahlungen seitens der LBBW wahrscheinlich sowie die Höhe der Beträge abschätzbar sind. Bei anderen rechtlichen Risiken war der Vorstand nach Rücksprache mit seinen Rechtsberatern der Auffassung, dass eine Zahlung der Bank nicht wahrscheinlich ist (ggf. erfolgt ein Ausweis als Eventualverbindlichkeit) bzw. dass die abschließende Beilegung dieser Streitigkeiten keinen wesentlichen Einfluss auf den dargestellten Konzernabschluss hat.

50. Ertragsteuerverpflichtungen.

Die Ertragsteuerverpflichtungen enthielten zum Bilanzstichtag fällige, aber noch nicht entrichtete Steuerzahlungen für Ertragsteuern aus der laufenden Periode und aus früheren Perioden.

Mio. EUR	31.12.2015	31.12.2014
Laufende Ertragsteuerverpflichtungen	62	69
davon Rückstellung für Ertragsteuern	56	63
davon Verbindlichkeiten gegenüber Steuerbehörden aus Ertragsteuern	6	6
Latente Ertragsteuerverpflichtungen	27	74
Insgesamt	89	143

Die laufenden Ertragsteuerverpflichtungen i. H. v. 62 Mio. EUR (Vorjahr: 69 Mio. EUR) sind innerhalb eines Jahres fällig. Die latenten Ertragsteuerverpflichtungen i. H. v. 27 Mio. EUR (Vorjahr: 74 Mio. EUR) haben eine Laufzeit von mehr als zwölf Monaten.

Für detaillierte Erläuterungen zu den Ertragsteuerverpflichtungen wird auf die Angaben unter Note 31 verwiesen.

51. Sonstige Passiva.

Mio. EUR	31.12.2015	31.12.2014
Verbindlichkeiten aus		
Sonstigen Steuern	53	194
Beschäftigungsverhältnissen	34	44
Lieferungen und Leistungen	125	82
Fremdanteilen	0	3
Finance Lease	4	5
Erhaltene Anzahlungen	94	63
Übrige Sonstige Passiva	399	396
Insgesamt	709	787

Die Sonstigen Passiva mit einer Fälligkeit von größer zwölf Monaten betragen 40 Mio. EUR (Vorjahr: 35 Mio. EUR).

Erläuterungen zu Leasingangaben finden sich in Note 70.

52. Nachrangkapital.

Das ausgewiesene Nachrangkapital darf im Fall der Insolvenz oder der Liquidation erst nach Befriedigung aller nicht nachrangigen Gläubiger zurückgezahlt werden. Das Nachrangkapital gliederte sich wie folgt auf:

Mio. EUR	31.12.2015	31.12.2014
Vermögenseinlagen typisch Stiller Gesellschafter	1 298	1 458
Nachrangige Verbindlichkeiten	3 917	4 510
Genussrechtskapital	114	261
Insgesamt	5 329	6 229

Die Reduzierung des Nachrangkapitals war vorwiegend auf Rückzahlungen fälliger Verbindlichkeiten zurückzuführen. Bezogen auf das Nominalkapital verminderten sich die nachrangigen Verbindlichkeiten um

1 141 Mio. EUR und die Genussrechte und Stillen Einlagen jeweils um 140 Mio. EUR. Dem stand die Neuemission einer nachrangigen Schuldverschreibung in Höhe von 500 Mio. EUR gegenüber.

Der starke Rückgang war u. a. dem Ende der Übergangsphase zum Auslaufen der Gewährträgerhaftung geschuldet. Nachrangige Verbindlichkeiten, die zwischen dem 19. Juli 2001 und 18. Juli 2005 mit einem vereinbarten Laufzeitende bis zum 31. Dezember 2015 emittiert worden sind, unterlagen der Übergangsregelung. Von den zurückgezahlten nachrangigen Verbindlichkeiten unterlagen knapp 900 Mio. EUR (Nominalbetrag) der Übergangsregelung.

Darüber hinaus werden Bewertungen und Agien bzw. Disagien im Nachrangkapital ausgewiesen.

Nachrangkapital i. H. v. 566 Mio. EUR (Vorjahr: 1 517 Mio. EUR) war zum Stichtag innerhalb der nächsten zwölf Monate fällig.

Nachrangige Verbindlichkeiten.

Zum Bilanzstichtag bestanden folgende nachrangige Verbindlichkeiten (inklusive der nachrangigen Verbindlichkeiten der Fair-Value-Option) aufgeteilt nach Produktarten.

Mio. EUR	31.12.2015			31.12.2014		
	Kapital	Aufzinsung im Berichtsjahr	Gesamt	Kapital	Aufzinsung im Berichtsjahr	Gesamt
Nachrangige EUR-Inhaberschuldverschreibungen	1 943	32	1 975	2 230	32	2 262
Nachrangige EUR-Namenspapiere	1 234	15	1 249	1 375	15	1 390
Nachrangige Fremdwährungs-Inhaberschuldverschreibungen	608	16	625	1 097	17	1 114
Insgesamt	3 786	62	3 848	4 702	64	4 766

In der obigen Tabelle waren nachrangige Namenspapiere und Emissionen der Kategorie Fair-Value-Option mit einem Nominalkapital i. H. v. 144 Mio. EUR (Vorjahr: 477 Mio. EUR) enthalten.

Der Zinsaufwand für nachrangige Verbindlichkeiten (inklusive der nachrangigen Verbindlichkeiten der Fair-Value-Option) betrug – 184 Mio. EUR (Vorjahr: – 177 Mio. EUR).

Genussrechtskapital.

Das Genussrechtskapital erfüllt die Bedingungen des Art. 63 CRR für Ergänzungskapital. Gemäß Art. 64 CRR erfolgte eine taggenaue Amortisierung der Ergänzungskapitalinstrumente während der letzten fünf Jahre ihrer Laufzeit.

Die Bedingungen wesentlicher Genussrechte (inklusive der innerhalb der Fair-Value-Option ausgewiesenen Genussrechte) stellten sich zum Stichtag wie folgt dar:

31.12.2015 Mio. EUR	Emissionsjahr	Nominal- betrag	Zinssatz in % p. a.	Laufzeitende
Inhabergenussrechte				
	2010 ¹⁾	17	4,22	31.12.2016
Namensgenussrechte				
Unternehmen		242	4,77 bis 7,18	bis 2022
Kreditinstitute		10	4,82	31.12.2020
Gesamtsumme		269		

¹⁾ Emission wurde mit Wirkung zum 31.12.2016 gekündigt.

In der obigen Tabelle waren Namensgenussscheine der Kategorie Fair-Value-Option mit einem Nominalkapital i. H. v. 137 Mio. EUR (Vorjahr: 137 Mio. EUR) enthalten.

Das Zinsergebnis für das Genussrechtskapital (inklusive der innerhalb der Fair-Value-Option ausgewiesenen Genussrechte) für das Geschäftsjahr betrug insgesamt – 19 Mio. EUR (Vorjahr: – 32 Mio. EUR).

Vermögenseinlagen typisch stiller Gesellschafter.

Die Vermögenseinlagen der stillen Gesellschafter erfüllen die Bedingungen des Art. 52 CRR für zusätzliches Kernkapital nicht. Aufgrund der Übergangsbestimmungen des Art. 484 CRR können sie jedoch weiterhin innerhalb der Grenzen des Art. 486 CRR angerechnet werden. Die Vermögenseinlagen der stillen Gesellschafter der LBBW konnten im Jahr 2015 noch in voller Höhe angerechnet werden.

Zum Geschäftsjahresende bestanden folgende Stille Einlagen:

Laufzeit ¹⁾	Ausschüttung in % des Nominal- betrags	Nominalbetrag	
		31.12.2015 Mio. EUR	31.12.2014 Mio. EUR
16.04.1999 – 31.12.2014		0,0	89,0
31.12.1993 – 31.12.2014 (gekündigt)		0,0	50,8
15.02.1994 – 31.12.2015 (gekündigt)	1,73	6,0	6,0
23.11.1999 – 31.12.2015	7,76	40,0	40,0
31.12.1993 – 31.12.2016 (gekündigt)	1,36	64,7	64,7
08.12.1999 – 31.12.2016	7,8 – 8,0	64,5	64,5
31.12.1993 – 31.12.2017 ²⁾ (gekündigt)	4,69	19,5	19,5
15.11.1999 – 31.12.2019	7,87	10,0	10,0
25.04.1999 – 31.12.2019	5,05	30,0	30,0
05.01.2000 – 31.12.2020	8,25	30,0	30,0
19.05.1999 – 31.12.2024	7,11	20,0	20,0
13.07.2001 – 31.12.2026 ³⁾	2,43	15,0	15,0
01.10.1999 – 31.12.2029	8,03 – 8,20	49,0	49,0
10.03.2000 – 31.12.2030	8,05 – 8,25	10,0	10,0
02.07.2001 – 31.12.2031	8,46	20,0	20,0
Stille Einlagen mit festem Laufzeitende		378,7	518,5

Zinsbindungsende	Ausschüttung in % des Nominal- betrags	Nominalbetrag	
		31.12.2015 Mio. EUR	31.12.2014 Mio. EUR
26.06.2017	2,83	200,0	200,0
28.10.2021	3,92	3,2	3,2
30.10.2021	3,92	86,3	86,3
31.12.2021	3,93	8,9	8,9
31.12.2022	3,74	4,7	4,7
31.12.2023	3,81	222,7	222,7
kein Zinsbindungsende ⁴⁾	4,56	300,0	300,0
Stille Einlagen ohne festes Laufzeitende		825,8	825,8
Gesamt		1 204,5	1 344,3

1) Rückzahlung erfolgt nach Feststellung des jeweiligen HGB-Jahresabschlusses zu einem vertraglich festgelegten Termin. Sofern der Beginn der Laufzeit genannt wird, bezieht sich die Angabe auf die erste eingegangene Verbindlichkeit in einer Gruppe von Verträgen mit ähnlichen Konditionen.

2) Der zukünftige Zinssatz beträgt 1,23 %.

3) Jährliche Zinsanpassung.

4) Zinssatz ist fixiert. Lediglich bestimmte Änderungen in der Steuergesetzgebung haben Auswirkung auf den Zinssatz.

Der Zinsaufwand für Stille Einlagen für das Geschäftsjahr betrug insgesamt – 53 Mio. EUR (Vorjahr: – 70 Mio. EUR).

53. Eigenkapital.

Mio. EUR	31.12.2015	31.12.2014
Stammkapital	3 484	3 484
Kapitalrücklage	8 240	8 240
Gewinnrücklage	1 062	949
Sonstiges Ergebnis	413	111
Bilanzgewinn/-verlust	425	438
Eigenkapital der Anteilseigner	13 624	13 222
Eigenkapital der nicht beherrschenden Anteile	19	19
Insgesamt	13 643	13 241

Im Posten Eigenkapital waren kumulierte versicherungsmathematische Gewinne und Verluste nach Steuern i. H. v. – 682 Mio. EUR (Vorjahr: – 681 Mio. EUR) sowie erfolgsneutral erfasste Steuern i. H. v. insgesamt 300 Mio. EUR (Vorjahr: 345 Mio. EUR) enthalten.

Die detaillierte Entwicklung der einzelnen Bestandteile des Postens Eigenkapital kann der Eigenkapitalveränderungsrechnung entnommen werden.

Angaben zu Finanzinstrumenten.

In den nachfolgenden Notes wird im Wesentlichen den Anforderungen gemäß IFRS 13 und IFRS 7 nachgekommen. Weitere IFRS 7 Angaben finden sich im Chancen- und Risikobericht.

54. Fair-Value-Ermittlung.

Der Fair Value wird gemäß IFRS 13 als der Preis definiert, der in einem geordneten Geschäftsvorfall zwischen Marktteilnehmern am Bemessungsstichtag für den Verkauf eines Vermögenswerts eingenommen bzw. für die Übertragung einer Schuld gezahlt würde.

Bei der Bestimmung des Fair Values hat ein Unternehmen darüber hinaus den für den Vermögenswert oder die Verbindlichkeit vorrangigen, d. h. den Hauptmarkt oder, falls ein solcher nicht vorliegt, den vorteilhaftesten Markt festzulegen. Unter einem Hauptmarkt versteht die LBBW den Markt mit dem größten Handelsvolumen und der höchsten Marktaktivität für das Bewertungsobjekt. Dabei muss es sich nicht zwingend um denjenigen Markt handeln, auf dem die LBBW die höchste Handelsaktivität entfaltet. Unter dem vorteilhaftesten Markt versteht die LBBW hingegen denjenigen Markt, auf dem – unter Berücksichtigung von Transaktions- und Transportkosten – beim Verkauf eines Vermögenswerts der maximale Erlös erzielt werden kann bzw. bei Übertragung einer Verbindlichkeit der geringste Betrag zu zahlen ist.

Im LBBW-Konzern werden bei der Fair-Value-Ermittlung – wenn vorhanden – notierte Preise des Hauptmarkts herangezogen, sofern diese im Rahmen von regelmäßigen und aktuellen Transaktionen verwendete Preise darstellen. Dies wird anhand der folgenden Kriterien überprüft: zeitnahe Verfügbarkeit, Anzahl, Ausführbarkeit und Geld-Brief-Spannen.

Sofern keine in aktiven Märkten notierten Preise verfügbar sind, werden Bewertungsverfahren, Preise für ähnliche Vermögenswerte oder Verbindlichkeiten auf aktiven Märkten, Preise für identische oder ähnliche Vermögenswerte oder Verbindlichkeiten auf nicht aktiven Märkten verwendet. Für Bewertungsverfahren verwendete Eingangsparameter beruhen, soweit vorhanden, auf an Märkten beobachtbaren Parametern. Die Anwendung dieser Modelle und die Verwendung dieser Parameter erfordert Annahmen und Einschätzungen seitens des Managements, deren Umfang von der Preistransparenz in Bezug auf das Finanzinstrument und dessen Markt sowie von der Komplexität des Instruments abhängt. Insbesondere dann, wenn keine an Märkten beobachtbaren Parameter verfügbar sind, ist hier ein signifikantes Maß an subjektiver Einschätzung notwendig.

Ziel der Anwendung der Bewertungsmethoden ist es, den Preis festzulegen, zu dem zum Stichtag eine Transaktion für einen finanziellen Vermögenswert oder eine finanzielle Verbindlichkeit unter sachverständigen Dritten zustande kommen könnte. Bewertungsmethoden müssen daher alle Faktoren einbeziehen, die Marktteilnehmer bei der Preisbildung berücksichtigen würden.

Die Fair Values der zum Fair Value bewerteten Bestände unterliegen den internen Kontrollen und Verfahren des LBBW-Konzerns, in denen die Standards für die unabhängige Prüfung oder Validierung von Fair Values festgelegt sind. Diese Kontrollen und Verfahren werden von der Organisationseinheit »Independent Price Verification (IPV)« innerhalb des Bereichs Risikocontrolling überwacht. Die Modelle, die einfließenden Daten und die daraus resultierenden Fair Values werden regelmäßig von der Abteilung »Risikomethodik« überprüft.

Die folgende Tabelle enthält eine Übersicht der für Finanzinstrumente verwendeten Bewertungsmodelle:

Finanzinstrumente	Bewertungsmodelle	Wesentliche Parameter
Zinsswaps und Zinsoptionen	Barwertmethode, Black-Scholes, Replikations- und Copula-basierte Modelle, Markov-Functional-Modell sowie Libor-Marktmodelle	Zinskurven, Swaption-Volatilitäten, Cap-Volatilitäten, Korrelationen, Mean-Reversion
Zins-Termingeschäfte	Barwertmethode	Zinskurven
Commodity-Termingeschäfte, Devisentermingeschäfte	Barwertmethode	Commodity-Kurse/Devisenkurse, Zinskurven
Aktien-/Index-Optionen	Black-Scholes, Local-Volatility-Modell	Aktienkurse, Aktienvolatilitäten, Dividenden, Zinsen (Swap, Repo)
Devisen-Optionen	Garman-Kohlhagen (modifizierte Black-Scholes)	FX-Kurse, Zinskurven, FX-Volatilitäten
Commodity-Optionen	Garman-Kohlhagen (modifizierte Black-Scholes)	Commodity-Kurse, Zinskurven, Volatilitäten
Kreditderivate	Intensitätsmodell, Copula-Modell, Kredit-Korrelationsmodell	Credit Spreads, Zinskurven und für die Copula-Modelle noch Indexbranchen-Preise, Korrelationen
Geldmarktgeschäfte	Barwertmethode	Credit Spreads, Zinskurven
Wertpapierpensionsgeschäfte	Barwertmethode	Zinskurven
Schuldscheindarlehen, Kredite	Barwertmethode	Credit Spreads, Zinskurven
Wertpapiere, Wertpapiertermingeschäfte	Barwertmethode	Wertpapierkurse, Credit Spreads, Zinskurven
Eigene Inhaberschuldverschreibungen und begebene Schuldscheindarlehen	Barwertmethode	Zinskurven, Own Credit Spread
Verbriefungen	Barwertmethode	Liquiditätsspreads, Zinskurven, vorzeitige Tilgungen, Verzugs- und Ausfallraten, Verlustschwere

Die Bewertung bzw. die Verwendung wesentlicher Parameter bei Zur Veräußerung gehaltenen langfristigen Vermögenswerten und Veräußerungsgruppen sowie Verbindlichkeiten aus Veräußerungsgruppen erfolgt analog den ursprünglichen Bilanzposten.

Die genannten Finanzinstrumente sind den Hauptklassen wie folgt zugeordnet:

Klasse	Finanzinstrumente
Zum Fair Value bewertete Vermögenswerte	
Handelsaktiva	Devisen-Optionen, Zinsswaps und Zinsoptionen, Kreditderivate, Aktien-/Index-Optionen, Commodity-Optionen, Termingeschäfte, Wertpapiere, Wertpapiertermingeschäfte, Geldmarktgeschäfte, Schuldscheindarlehen
Der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Vermögenswerte	Wertpapiere, Wertpapiertermingeschäfte, Geldmarktgeschäfte, Schuldscheindarlehen, Kredite
Positive Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	Zinsswaps und Zinswährungsswaps
Finanzanlagen AfS	Verbriefungen, Wertpapiere, Wertpapiertermingeschäfte, Geldmarktgeschäfte
Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete Vermögenswerte	
Forderungen an Kreditinstitute	Kredite, Schuldscheindarlehen, Wertpapierpensionsgeschäfte, Termingelder, Geldmarktgeschäfte
Forderungen an Kunden	Kredite, Schuldscheindarlehen, Wertpapierpensionsgeschäfte, Termingelder, Geldmarktgeschäfte
Forderungen an Kunden – davon Finance Lease	Finanzierungsleasingvereinbarungen
Finanzanlagen LaR	Wertpapiere
Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen	Entsprechend den jeweiligen Bilanzposten
Zum Fair Value bewertete Verbindlichkeiten	
Handelspassiva	Devisen-Optionen, Zinsswaps und Zinsoptionen, Kreditderivate, Aktien-/Index-Optionen, Commodity-Optionen, Geldmarktgeschäfte, Termingeschäfte
Der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Verbindlichkeiten	Eigene Inhaberschuldverschreibungen und begebene Schuldscheindarlehen
Negative Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	Zinsswaps und Zinswährungsswaps
Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete Verbindlichkeiten	
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	Darlehen, Schuldscheindarlehen, Termingelder, Geldmarktgeschäfte, Wertpapierpensionsgeschäfte
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten – davon Finance Lease	Finanzierungsleasingvereinbarungen
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	Darlehen, Schuldscheindarlehen, Termingelder, Geldmarktgeschäfte, Wertpapierpensionsgeschäfte
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden – davon Finance Lease	Finanzierungsleasingvereinbarungen
Verbriefte Verbindlichkeiten	Eigene Inhaberschuldverschreibungen und begebene Schuldscheindarlehen
Sonstige Passiva – davon Finance Lease	Finanzierungsleasingvereinbarungen
Nachrangkapital	Anleihen, Genussscheine
Verbindlichkeiten aus Veräußerungsgruppen	Entsprechend den jeweiligen Bilanzposten
Unwiderrufliche Kreditzusagen	Linienvereinbarungen

Soweit möglich, werden die Wertpapiere des Handelsbestands über Börsenkurse oder liquide Kurse des relevanten OTC-Markts bewertet. Liegt kein aktueller Kurs von aktiven Märkten vor, erfolgt die Bewertung verzinslicher Wertpapiere anhand von Kursen aus inaktiven Märkten, die um Bewertungsanpassungen korrigiert werden, oder mittels der Discounted-Cashflow-Methode anhand rating- und sektorabhängiger Zinskurven und Credit Spreads, die aus Marktdaten abgeleitet werden.

Börsengehandelte Derivate werden über Börsenkurse bewertet.

Der Fair Value von OTC-Derivaten wird über Bewertungsmodelle ermittelt. Dabei wird zwischen einfachen, auf liquiden Märkten gehandelten Derivaten (z. B. Zinsswaps, Zinswährungsswaps und Devisen-Optionen) und komplexen Derivaten, die auf illiquiden Märkten gehandelt werden, unterschieden.

Einfache, auf aktiven Märkten gehandelte Derivate werden über anerkannte Bewertungsmethoden bewertet, die höchstens in unwesentlichem Umfang auf unbeobachtbare Parameter zurückgreifen.

Derivate, deren beizulegender Zeitwert durch komplexe Bewertungsmethoden unter Verwendung von unbeobachtbaren Parametern mit wesentlichem Einfluss bestimmt wird, werden in Level III der Bemessungshierarchie eingestuft. Um die Preisunsicherheit aus den unbeobachtbaren Parametern soweit wie möglich zu reduzieren, werden diese so kalibriert, dass Bewertungen aus beobachteten Transaktionen oder Angeboten für vergleichbare Instrumente, Konsensus-Preise von Preis-Service-Agenturen oder Bewertungen anderer Marktteilnehmer aus Abgleichprozessen mit den LBBW-eigenen Bewertungen bestmöglich übereinstimmen.

Für einen Teil der komplexen Zinsderivate beruhen die für die Bewertung anhand von Options-Preismodellen benötigten Zins-Zins-Korrelationen auf Expertenschätzungen, die zum Teil auf historischen Beobachtungen, zum Teil auf aus Marktpreisen abgeleiteten Korrelationen basieren. Der Parameter »Korrelation« wird hier als unbeobachtbar eingestuft und es wird eine Day-One-Reserve für diese komplexen Zinsderivate gebildet.

Darüber hinaus wird ein Teil der komplexen Kreditderivate mithilfe von Korrelationen bezüglich Ausfallwahrscheinlichkeiten bewertet, die monatlich aus Konsensus-Preisen für Standard-Geschäfte einer Preis-Service-Agentur ermittelt werden. Diese Korrelationen werden als unbeobachtbar eingestuft und für die so bewerteten Kreditderivate wird eine Day-One-Reserve eingestellt.

Bei der Fair-Value-Bewertung von Derivaten macht die LBBW in folgenden Fällen von der Portfolio Exception gemäß IFRS 13.48 Gebrauch:

- Für einige Fair Value Adjustments (z. B. Glattstellungskosten) wird der Anpassungsbetrag auf Basis der Nettorisikopositionen berechnet.
- Bei der Bewertung von Gegenpartei-risiken bei OTC-Derivaten, für die Nettingvereinbarungen mit der Gegenpartei getroffen wurden, werden die Credit Value Adjustments auf Nettopositionen berechnet.

Für Verbriefungen, für die Marktpreise von Marktdatenanbietern vorliegen, erfolgt die Fair-Value-Bewertung auf Basis dieser Preise und die Einstufung in das Level II (siehe Fair-Value-Hierarchie). Für Verbriefungen, für die keine hinreichend aktuellen Marktpreise vorliegen (Level III), werden die Fair Values anhand von Bewertungsmodellen ermittelt. Hierbei handelt es sich um marktgängige Modelle, die auf der Discounted-Cashflow-Methode beruhen.

Sofern der über Bewertungsmethoden ermittelte Fair Value eines Finanzinstruments Faktoren wie Geld-Brief-Spannen bzw. Glattstellungskosten, Liquidität, Modell-, Kredit- und/oder Kontrahentenausfallrisiken nicht in angemessener Weise berücksichtigt, ermittelt die Bank Bewertungsanpassungen (Valuation Adjustments). Die angewendeten Verfahren berücksichtigen dabei teilweise nicht am Markt beobachtbare Parameter. Im LBBW-Konzern wurden aktuell insbesondere für folgende Sachverhalte Bewertungsanpassungen vorgenommen:

- Berücksichtigung von Kreditrisiken bei Forderungen und Kontrahentenausfallrisiken bei OTC-Derivaten (CVA)
- Anpassung von auf Mid-Kursen basierenden Bewertungen auf die Verwendung von Bid-/Ask-Preisen, z. B. in Form von Close-Out Valuation Adjustments für OTC-Zins- und Kreditderivate
- Schwächen der verwendeten Modelle und/oder Parameter, z. B. als sogenannte Model Valuation Adjustments für bestimmte Aktien-, Zins- und Kreditderivate
- Day-One Profit or Loss bei bestimmten komplexen Derivaten
- Anpassungen bei Verwendung von Marktpreisen aus nicht aktiven Märkten (Level II/Level III) bei verzinslichen Wertpapieren

Bei der Fair-Value-Ermittlung von börsennotierten Beteiligungen, die der Kategorie Available for Sale zugeordnet sind, werden – soweit vorhanden – auf aktiven Märkten notierte Preise herangezogen. Für nicht börsennotierte Beteiligungen oder wenn keine in aktiven Märkten notierten Preise verfügbar sind, wird der Fair Value über Bewertungsverfahren ermittelt. Im LBBW-Konzern erfolgt die Fair-Value-Ermittlung in diesen Fällen im Wesentlichen mit dem Ertragswert-, dem Discounted-Cashflow- oder dem Net-Asset-Value-Verfahren. Die Auswahl des Bewertungsverfahrens erfolgt anhand eines festgelegten Entscheidungsbaumes. Der Fair Value von Immobilien-Leasing-Objektgesellschaften wird grundsätzlich auf Basis des DCF-Verfahrens ermittelt. Eine Bewertung nach dem Ertragswertverfahren wird grundsätzlich für alle anderen wesentlichen Beteiligungen vorgenommen. Ist die Anwendung des Ertragswertverfahrens mit hohen Unsicherheiten verbunden oder aufgrund fehlender Datengrundlage nicht verlässlich möglich, erfolgt die Bewertung mittels des Net-Asset-Value-Verfahrens, sofern bei den Beteiligungen ein stabiler Zustand der Geschäftstätigkeit vorliegt.

Die Ermittlung des Fair Values von zu fortgeführten Anschaffungskosten bewerteten Forderungen und Verbindlichkeiten erfolgt durch Abzinsung der zukünftigen Cashflows unter Berücksichtigung ratingabhängiger Spreads (Ausnahme: Repo-Geschäfte). Sofern ratingabhängige Spreads aus extern bezogenen Rating-Informationen verwendet werden, erfolgt die Einstufung in Level II. Intern ermittelte Rating-Informationen bedingen eine Einstufung in Level III. Für Forderungen mit einem Ausfallrating erfolgt die Bestimmung der beizulegenden Zeitwerte auf Basis der erwarteten zukünftigen Cashflows. Für kurzfristige Forderungen und Verbindlichkeiten (z. B. Kontokorrentforderungen/-verbindlichkeiten) wird der Buchwert als Fair Value angegeben.

55. Fair Value von Finanzinstrumenten.

In der folgenden Tabelle sind die Buchwerte den Fair Values der Finanzinstrumente gegenübergestellt:

Aktiva.

Mio. EUR	31.12.2015		31.12.2014	
	Buchwert	Fair Value	Buchwert	Fair Value
Barreserve	1 167	1 167	1 936	1 936
Zum Fair Value bewertete Vermögenswerte				
Handelsaktiva	61 678	61 678	76 031	76 031
Derivate	24 117	24 117	30 907	30 907
Währungsbezogene Derivate	4 032	4 032	4 068	4 068
Zinsbezogene Derivate	19 561	19 561	26 261	26 261
Kreditderivate	180	180	192	192
Aktien-/indexbezogene Derivate	285	285	301	301
Warenbezogene und sonstige Derivate	60	60	86	86
Eigenkapitalinstrumente	750	750	808	808
Wertpapiere	14 460	14 460	19 999	19 999
Forderungen	22 351	22 351	24 317	24 317
Der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Vermögenswerte	913	913	1 001	1 001
Eigenkapitalinstrumente	185	185	223	223
Wertpapiere	278	278	288	288
Kredite und Forderungen	450	450	490	490
Positive Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	2 174	2 174	2 839	2 839
Zinsderivate	2 163	2 163	2 746	2 746
Zinswährungsswaps	11	11	93	93
Finanzanlagen AfS	19 170	19 170	22 979	22 979
Eigenkapitalinstrumente	1 041	1 041	1 121	1 121
Wertpapiere	18 129	18 129	21 858	21 858
Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete Vermögenswerte				
Forderungen an Kreditinstitute nach Risikovorlage	30 237	31 362	38 415	39 826
Kommundarlehnen	22 781	23 893	28 056	29 428
Wertpapierpensionsgeschäfte	2 662	2 662	4 277	4 277
Sonstige Forderungen	4 794	4 806	6 082	6 121
Forderungen an Kunden nach Risikovorlage	107 665	112 715	111 610	118 377
Kommundarlehnen	17 273	19 674	20 302	23 194
Hypothekendarlehnen	30 907	33 515	29 754	33 103
Wertpapierpensionsgeschäfte	11 318	11 349	11 513	11 526
Sonstige Forderungen	48 167	48 177	50 041	50 554
davon Finance Lease	4 512	4 722	4 856	5 227
Finanzanlagen LaR	6 060	6 109	6 071	6 090
Eigenkapitalinstrumente	7	7	5	5
Verbriefungen	323	324	66	66
Staatsanleihen	5 501	5 547	5 551	5 562
Sonstige Wertpapiere	228	231	449	457
Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen	104	104	0	0

Passiva.

Mio. EUR	31.12.2015		31.12.2014	
	Buchwert	Fair Value	Buchwert	Fair Value
Zum Fair Value bewertete Verbindlichkeiten				
Handelspassiva	67 278	67 278	66 204	66 204
Derivate	23 445	23 445	29 874	29 874
Währungsbezogene Derivate	4 757	4 757	4 584	4 584
Zinsbezogene Derivate	17 413	17 413	24 099	24 099
Kreditderivate	476	476	495	495
Aktien-/indexbezogene Derivate	727	727	630	630
Warenbezogene und sonstige Derivate	73	73	67	67
Lieferverbindlichkeiten aus Wertpapierleerverkäufen	550	550	324	324
Einlagen	36 214	36 214	26 608	26 608
Verbriefte Verbindlichkeiten	7 069	7 069	9 397	9 397
Der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Verbindlichkeiten	3 257	3 257	4 963	4 963
Einlagen	1 549	1 549	2 025	2 025
Verbriefte Verbindlichkeiten	1 708	1 708	2 937	2 937
Negative Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	3 528	3 528	4 077	4 077
Zinsderivate	3 441	3 441	4 005	4 005
Zinswährungsswaps	87	87	72	72
Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete Verbindlichkeiten				
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	44 248	45 056	52 314	54 361
Wertpapierpensionsgeschäfte	8 676	8 675	11 834	11 830
Schuldscheindarlehen	4 656	4 868	8 133	8 491
Sonstige Verbindlichkeiten	30 916	31 512	32 347	34 040
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	62 540	63 898	69 874	71 786
Kontokorrentverbindlichkeiten	34 753	34 769	31 925	32 037
Schuldscheindarlehen	2 351	2 517	6 828	7 320
Namenspfandbriefe	4 934	5 808	6 609	7 728
Wertpapierpensionsgeschäfte	2 745	2 752	7 337	7 343
Sonstige Verbindlichkeiten	17 757	18 052	17 175	17 358
Verbriefte Verbindlichkeiten	29 424	30 182	44 231	45 352
Sonstige Passiva – davon Finance Lease	4	4	5	5
Nachrangkapital	5 329	5 380	6 229	6 453
Nachrangige Verbindlichkeiten	3 917	4 128	4 510	4 723
Genussrechtskapital	114	140	261	319
Vermögenseinlagen stiller Gesellschafter	1 298	1 112	1 458	1 411

Bezüglich der Detailaufgliederung sowie der Bewertung der Zur Veräußerung gehaltenen Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen verweisen wir auf Note 39.

56. Fair-Value-Hierarchie.

Die bei der Bewertung von Finanzinstrumenten zur Anwendung kommenden Fair Values sind unter Berücksichtigung der zur Bewertung verwendeten Bewertungsmethoden bzw. der Parameter in eine dreistufige Fair-Value-Hierarchie zu klassifizieren. Werden bei der Fair-Value-Ermittlung Parameter aus verschiedenen Leveln verwendet, wird der sich ergebende Fair Value dem nächsten Level zugeordnet, dessen Parameter einen wesentlichen Einfluss auf die Fair-Value-Bewertung hat.

Die dreistufige Fair-Value-Hierarchie mit der in IFRS 13 vorgesehenen Terminologie Level I, Level II und Level III wird im LBBW-Konzern wie folgt konkretisiert:

- Alle Finanzinstrumente mit auf aktiven Märkten unangepassten notierten Preisen sind der ersten Stufe (Level I) zugeordnet.
- Modellbewertete OTC-Derivate, handelbare Kredite, strukturierte, zur Fair-Value-Bewertung designierte Schuldtitel des Konzerns, Investmentfonds-Anteile sowie bestimmte Corporate-/Financial- und Government-Bonds mit automatisierten Zulieferungen aus Marktinformationssystemen (beobachtbare Parameter) sowie liquide Asset-Backed Securities sind der zweiten Stufe (Level II) zugeordnet.
- Die dritte Stufe (Level III) umfasst Finanzinstrumente, bei denen ein oder mehrere Parameter nicht auf beobachtbaren Marktdaten beruhen und diese einen mehr als unwesentlichen Effekt auf den Fair Value eines Instruments haben. Hierzu gehören komplexe OTC-Derivate, bestimmte Private Equity Investments, der überwiegende Teil der Kredite sowie bestimmte hochgradig strukturierte Anleihen einschließlich illiquider Asset-Backed Securities und strukturierter Verbriefungen.

Die folgende Tabelle zeigt die Aufteilung der Bilanzklassen auf die Bewertungsmethoden:

Aktiva.

Mio. EUR	Notierte Preise auf aktiven Märkten (Level I)		Bewertungsmethode – auf Basis extern beobachtbarer Parameter (Level II)		Bewertungsmethode – auf Basis nicht extern beobachtbarer Parameter (Level III)	
	31.12.2015	31.12.2014	31.12.2015	31.12.2014	31.12.2015	31.12.2014
Barreserve	140	126	1 027	1 801	0	9
Zum Fair Value bewertete Vermögenswerte						
Handelsaktiva	6 413	7 888	54 573	67 543	691	600
Derivate	295	299	23 395	30 021	426	587
Währungsbezogene Derivate	0	0	3 917	3 933	115	134
Zinsbezogene Derivate	0	0	19 255	25 812	306	449
Kreditderivate	0	0	179	192	0	0
Aktien-/indexbezogene Derivate	259	258	21	40	5	3
Warenbezogene und sonstige Derivate	37	41	23	45	0	0
Eigenkapitalinstrumente	309	199	441	609	0	0
Wertpapiere	5 808	7 389	8 651	12 610	0	0
Forderungen	0	0	22 086	24 304	265	13
Der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Vermögenswerte	0	0	901	951	12	50
Eigenkapitalinstrumente	0	0	173	198	12	25
Wertpapiere	0	0	278	263	0	25
Forderungen	0	0	450	490	0	0
Positive Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	0	0	2 174	2 839	0	0
Zinsderivate	0	0	2 163	2 746	0	0
Zinswährungsswaps	0	0	11	93	0	0
Finanzanlagen AfS	16 104	12 401	2 602	10 015	464	563
Eigenkapitalinstrumente	585	579	0	0	456	542
Wertpapiere	15 519	11 822	2 602	10 015	8	21
Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien	0	0	0	0	649	705
Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete Vermögenswerte						
Forderungen an Kreditinstitute nach Risikovorsorge	0	0	4 789	15 546	26 572	24 280
Kommundarlehen	0	0	788	9 306	23 105	20 122
Wertpapierpensionsgeschäfte	0	0	2 662	4 277	0	0
Sonstige Forderungen	0	0	1 339	1 964	3 467	4 157
Forderungen an Kunden nach Risikovorsorge	0	0	21 855	26 800	90 860	91 577
Kommundarlehen	0	0	5 714	7 983	13 960	15 211
Hypothekendarlehen	0	0	1 594	438	31 920	32 665
Wertpapierpensionsgeschäfte	0	0	11 349	11 526	0	0
Sonstige Forderungen	0	0	3 198	6 853	44 979	43 701
davon Finance Lease	0	0	0	0	4 722	5 227
Finanzanlagen LaR	15	163	5 797	5 844	297	83
Eigenkapitalinstrumente	0	0	0	0	7	5
Verbriefungen	0	0	34	38	290	28
Staatsanleihen	0	0	5 547	5 512	0	50
Sonstige Wertpapiere	15	163	216	294	0	0
Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen	0	0	0	0	153	16

Passiva.

Mio. EUR	Notierte Preise auf aktiven Märkten (Level I)		Bewertungsmethode – auf Basis extern beobachtbarer Parameter (Level II)		Bewertungsmethode – auf Basis nicht extern beobachtbarer Parameter (Level III)	
	31.12.2015	31.12.2014	31.12.2015	31.12.2014	31.12.2015	31.12.2014
Zum Fair Value bewertete Verbindlichkeiten						
Handelspassiva	1 255	829	65 702	64 920	321	455
Derivate	707	516	22 417	28 903	321	455
Währungsbezogene Derivate	0	0	4 745	4 568	11	16
Zinsbezogene Derivate	0	0	17 109	23 667	304	432
Kreditderivate	0	0	475	490	1	4
Aktien-/indexbezogene Derivate	639	457	83	170	5	3
Warenbezogene und sonstige Derivate	68	59	5	8	0	0
Lieferverbindlichkeiten aus Wertpapierleerverkäufen	547	313	2	11	0	0
Einlagen	0	0	36 214	26 608	0	0
Verbriefte Verbindlichkeiten	0	0	7 069	9 397	0	0
Der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Verbindlichkeiten	0	0	2 565	3 995	692	968
Einlagen	0	0	1 511	1 866	38	160
Verbriefte Verbindlichkeiten	0	0	1 054	2 129	654	808
Negative Marktwerte aus derivativen Sicherungs- instrumenten	0	0	3 528	4 077	0	0
Zinsderivate	0	0	3 441	4 005	0	0
Zinswährungsswaps	0	0	87	72	0	0
Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete Verbindlichkeiten						
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	0	0	44 063	53 550	993	811
Wertpapierpensions- geschäfte	0	0	8 675	11 830	0	0
Schuldscheindarlehen	0	0	4 868	8 473	0	18
Sonstige Verbindlichkeiten	0	0	30 519	33 247	993	793
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	0	0	63 225	71 084	674	702
Kontokorrentverbind- lichkeiten	0	0	34 769	32 037	0	0
Schuldscheindarlehen	0	0	2 517	7 295	0	25
Namenspfandbriefe	0	0	5 808	7 728	0	0
Wertpapierpensions- geschäfte	0	0	2 752	7 343	0	0
Sonstige Verbindlichkeiten	0	0	17 378	16 681	674	677
Verbriefte Verbindlichkeiten	0	0	28 774	43 075	1 408	2 277
Sonstige Passiva – davon Finance Lease	0	0	0	0	4	5
Nachrangkapital	0	0	5 329	6 403	51	50
Nachrangige Verbindlichkeiten	0	0	4 078	4 673	50	50
Genussrechtskapital	0	0	139	319	1	0
Vermögenseinlagen stillter Gesellschafter	0	0	1 112	1 411	0	0

Level Umbuchungen.

Sollten sich in der Folge die zur Fair-Value-Bewertung herangezogenen, wesentlichen Parameter ändern, wird die Einstufung in die Fair-Value-Hierarchie ebenfalls angepasst. Die notwendigen Umbuchungen zwischen den Leveln I-III werden zum Ende der Berichtsperiode anhand von durch das Risikocontrolling definierten Qualitätskriterien für die in der Bewertung verwendeten Marktdaten vorgenommen. Dabei spielen insbesondere die zeitnahe Verfügbarkeit, Anzahl, Ausführbarkeit und Geld-Brief-Spannen der verwendeten Marktdaten eine Rolle.

Für modellbewertete Finanzinstrumente identifiziert das Risikocontrolling die Modellparameter, die für die Fair-Value-Bewertung benötigt werden. Die Modelle unterliegen einem regelmäßigen Validierungsprozess, die Beobachtbarkeit der benötigten Modellparameter wird im Preisüberprüfungsprozess des Risikocontrollings überwacht. Dadurch können diejenigen Finanzinstrumente identifiziert werden, für die eine Umbuchung zwischen den Leveln II und III der Bewertungshierarchie notwendig ist.

Seit dem letzten Abschlussstichtag ergaben sich folgende Verschiebungen zwischen den Stufen I und II der Fair-Value-Hierarchie:

Aktiva.

Mio. EUR	Umbuchungen aus Level I in Level II 31.12.2015	Umbuchungen aus Level I in Level II 31.12.2014	Umbuchungen aus Level II in Level I 31.12.2015	Umbuchungen aus Level II in Level I 31.12.2014
Zum Fair Value bewertete Vermögenswerte				
Handelsaktiva	47	1 296	522	153
Wertpapiere	47	1 296	522	153
Finanzanlagen AfS	72	5 769	69	386
Wertpapiere	72	5 769	69	386

Passiva.

Mio. EUR	Umbuchungen aus Level I in Level II 31.12.2015	Umbuchungen aus Level I in Level II 31.12.2014	Umbuchungen aus Level II in Level I 31.12.2015	Umbuchungen aus Level II in Level I 31.12.2014
Zum Fair Value bewertete Verbindlichkeiten				
Handelspassiva	2	0	0	0
Lieferverbindlichkeiten aus Wertpapierleerverkäufen	2	0	0	0

Im Berichtsjahr hat die LBBW Umgliederungen von Level I in Level II vorgenommen, für die keine notierten Marktpreise aus aktiven Märkten vorlagen. Gegenläufig erfolgten Umgliederungen, wenn wieder notierte Marktpreise aus aktiven Märkten verfügbar waren.

Im Vorjahr wurden für die Bestimmung der Fair-Value-Hierarchie von Schuldverschreibungen die Zuordnungsregeln teilweise angepasst, um Klarstellungen seitens des IFRIC bezüglich der Auslegung des IFRS 13 sowie aktuelle Marktansätze widerzuspiegeln. Dies führte zu einer Migration des Fair-Value-Volumens von Level I auf Level II sowie einer geringfügigen Migration von Level II auf Level I.

Entwicklung Level III.

Die Bestände und Ergebnisse der zum Fair Value bewerteten Finanzinstrumente und der als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien, die mithilfe von Bewertungsmodellen ermittelt wurden und wesentliche nicht beobachtbare Parameter enthalten (Level III), entwickelten sich pro Klasse wie folgt:

Aktiva.

31.12.2015

Mio. EUR	Handelsaktiva				Forderungen
	Derivate			Aktien-/index- bezogene Derivate	
	Währungs- bezogene Derivate	Zinsbezogene Derivate	Kredit- derivate		
Buchwert zum 1. Januar 2015	134	449	0	3	13
Alle im Konzernergebnis erfassten Gewinne und Verluste	38	- 115	0	2	5
davon Zinsergebnis	8	- 7	0	0	- 1
davon Handelsergebnis	29	- 109	0	2	6
davon Ergebnis aus Finanzinstrumenten der Fair-Value-Option	0	0	0	0	0
davon Ergebnis aus Finanzanlagen	0	0	0	0	0
davon andere Ergebnisposten	0	0	0	0	0
Alle im Sonstigen Ergebnis erfassten Erträge und Aufwendungen ¹⁾	0	0	0	0	0
Zugänge durch Käufe	0	0	0	0	255
Abgänge durch Verkäufe	0	- 18	0	0	0
Tilgungen/Glattstellungen	- 56	- 10	0	0	- 8
Veränderungen des Konsolidierungskreises	0	0	0	0	0
Veränderungen aus der Währungsumrechnung	0	0	0	0	0
Umbuchungen	0	0	0	0	0
Umbuchungen aus Level III	0	0	0	0	0
Umbuchungen gemäß IFRS 5	0	0	0	0	0
Buchwert zum 31. Dezember 2015	115	306	0	5	265
Davon im Konzernergebnis erfasste unrealisierte Gewinne und Verluste für Finanzinstrumente, die am Stichtag im Bestand sind	30	- 115	0	2	5
davon Zinsergebnis	8	- 7	0	0	- 1
davon Handelsergebnis	22	- 109	0	2	6
davon Ergebnis aus Finanzinstrumenten der Fair-Value-Option	0	0	0	0	0
davon Ergebnis aus Finanzanlagen	0	0	0	0	0
davon andere Ergebnisposten	0	0	0	0	0

1) Die Beträge sind im Posten Neubewertungsrücklage erfasst.

Der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Vermögenswerte		Finanzanlagen - AFS		Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien	Zur Veräußerung bestimmte langfristige Vermögenswerte/Veräußerungsgruppen	Insgesamt
Eigenkapitalinstrumente	Wertpapiere	Eigenkapitalinstrumente	Wertpapiere			
25	25	542	21	705	16	1 933
- 4	1	- 13	0	- 3	- 1	- 92
0	0	0	0	0	0	1
0	0	1	0	0	0	- 71
- 4	1	0	0	0	0	- 3
0	0	- 14	0	0	0	- 14
0	0	0	0	- 3	- 1	- 4
0	0	87	0	0	0	87
0	0	30	6	157	0	449
- 6	- 1	- 26	- 10	- 84	- 64	- 209
- 2	- 4	- 29	0	0	0	- 109
0	0	16	0	0	0	16
0	0	0	- 9	- 11	0	- 20
0	0	0	0	- 65	0	- 65
0	- 21	0	0	0	0	- 21
0	0	- 153	0	- 49	202	0
12	0	456	8	649	153	1 969
- 5	0	- 9	0	- 3	- 1	- 96
0	0	0	0	0	0	1
0	0	1	0	0	0	- 78
- 5	0	0	0	0	0	- 4
0	0	- 10	0	0	0	- 10
0	0	0	0	- 3	- 1	- 4

31.12.2014

Mio. EUR	Handelsaktiva				Forderungen
	Derivate				
	Währungs- bezogene Derivate	Zinsbezogene Derivate	Kredit- derivate	Aktien-/index- bezogene Derivate	
Buchwert zum 1. Januar 2014	107	446	3	22	12
Alle im Konzernergebnis erfassten Gewinne und Verluste	27	34	0	1	1
davon Handelsergebnis	27	34	0	1	1
davon Ergebnis aus Finanzinstrumenten der Fair-Value-Option	0	0	0	0	0
davon Ergebnis aus Finanzanlagen	0	0	0	0	0
davon andere Ergebnisposten	0	0	0	0	0
Alle im Sonstigen Ergebnis erfassten Erträge und Aufwendungen ¹⁾	0	0	0	0	0
Zugänge durch Käufe	0	0	0	0	5
Abgänge durch Verkäufe	0	- 1	0	0	0
Tilgungen/Glattstellungen	0	- 20	- 3	- 20	- 5
Veränderungen des Konsolidierungskreises	0	0	0	0	0
Veränderungen aus der Währungsumrechnung	0	0	0	0	0
Umbuchungen	0	0	0	0	0
Umbuchungen in Level III	0	0	0	0	0
Umbuchungen aus Level III	0	- 10	0	0	0
Umbuchungen gemäß IFRS 5	0	0	0	0	0
Buchwert zum 31. Dezember 2014	134	449	0	3	13
Davon im Konzernergebnis erfasste unrealisierte Gewinne und Verluste für Finanzinstrumente, die am Stichtag im Bestand sind	27	34	0	1	1
davon Handelsergebnis	27	34	0	1	1
davon Ergebnis aus Finanzinstrumenten der Fair-Value-Option	0	0	0	0	0
davon Ergebnis aus Finanzanlagen	0	0	0	0	0
davon andere Ergebnisposten	0	0	0	0	0

1) Die Beträge sind im Posten Neubewertungsrücklage erfasst.

Der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Vermögenswerte		Finanzanlagen - AfS		Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien	Zur Veräußerung bestimmte langfristige Vermögenswerte/Veräußerungsgruppen	Insgesamt
Eigenkapitalinstrumente	Wertpapiere	Eigenkapitalinstrumente	Wertpapiere			
41	43	938	31	481	0	2 124
2	12	- 86	- 4	16	0	2
0	1	0	0	0	0	64
2	11	0	0	9	0	22
0	0	- 86	- 4	- 15	0	- 105
0	0	0	0	22	0	22
0	0	3	0	0	0	3
0	0	116	0	4	0	125
- 2	- 33	- 60	- 24	- 5	0	- 125
- 3	0	0	- 1	0	0	- 52
0	0	- 279	0	148	0	- 130
0	0	5	0	0	0	5
0	0	0	0	76	0	76
0	3	11	19	0	0	33
- 13	0	- 106	0	0	0	- 128
0	0	0	0	- 16	16	0
25	25	542	21	705	16	1 933
1	12	- 19	0	6	0	63
0	1	0	0	0	0	64
1	11	0	0	0	0	12
0	0	- 19	0	- 16	0	- 35
0	0	0	0	22	0	22

Passiva.

31.12.2015	Handelsspassiva				Der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Verbindlichkeiten		Insgesamt
	Derivate				Einlagen	Verbrieft Verbindlichkeiten	
	Währungs- bezogene Derivate	Zins- bezogene Derivate	Kredit- derivate	Aktien-/ indexbezogene Derivate			
Mio. EUR							
Buchwert zum 1. Januar 2015	16	432	4	3	160	808	1 423
Alle im Konzernergebnis erfassten Gewinne und Verluste	- 3	- 98	- 2	2	- 2	33	- 71
davon Zinsergebnis	0	4	0	0	0	2	6
davon Handelsergebnis	- 3	- 102	- 3	2	0	19	- 87
davon Ergebnis aus Finanzinstrumenten der Fair-Value-Option	0	0	0	0	- 2	13	11
Abgänge durch Verkäufe	0	- 20	0	0	0	0	- 20
Tilgungen/Glattstellungen	- 2	- 5	- 1	0	- 62	- 187	- 258
Umbuchungen aus Level III	0	- 5	0	0	- 57	0	- 62
Buchwert zum 31. Dezember 2015	11	304	1	5	38	654	1 013
Davon im Konzernergebnis erfasste unrealisierte Gewinne und Verluste für Finanzinstrumente, die am Stichtag im Bestand sind	- 3	- 98	- 2	2	- 2	33	- 71
davon Zinsergebnis	0	4	0	0	0	2	6
davon Handelsergebnis	- 3	- 102	- 3	2	0	19	- 87
davon Ergebnis aus Finanzinstrumenten der Fair-Value-Option	0	0	0	0	- 2	13	11

31.12.2014	Handelspassiva				Der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Verbindlichkeiten		Insgesamt
	Derivate				Einlagen	Verbriefte Verbindlichkeiten	
	Währungs-bezogene Derivate	Zins-bezogene Derivate	Kredit-derivate	Aktien-/indexbezogene Derivate			
Mio. EUR							
Buchwert zum 31. Dezember 2013	19	483	22	22	158	822	1 526
Anpassung Vorjahreswerte	0	0	0	0	0	12	12
Buchwert zum 1. Januar 2014	19	483	22	22	158	833	1 538
Alle im Konzernergebnis erfassten Gewinne und Verluste	- 3	54	- 10	0	8	20	68
davon Zinsergebnis	0	2	0	0	0	0	2
davon Handelsergebnis	- 3	52	- 10	0	0	0	39
davon Ergebnis aus Finanzinstrumenten der Fair-Value-Option	0	0	0	0	8	20	27
Abgänge durch Verkäufe	0	0	1	0	0	0	1
Tilgungen/Glattstellungen	0	- 9	- 6	- 19	- 6	- 45	- 85
Umbuchungen	0	0	0	0	1	0	1
Umbuchungen aus Level III	0	- 96	- 3	0	0	0	- 99
Buchwert zum 31. Dezember 2014	16	432	4	3	160	808	1 423
Davon im Konzernergebnis erfasste unrealisierte Gewinne und Verluste für Finanzinstrumente, die am Stichtag im Bestand sind	- 3	54	- 10	0	8	20	68
davon Zinsergebnis	0	2	0	0	0	0	2
davon Handelsergebnis	- 3	52	- 10	0	0	0	39
davon Ergebnis aus Finanzinstrumenten der Fair-Value-Option	0	0	0	0	8	20	27

Die unrealisierten Ergebnisse der Level-III-Finanzinstrumente basieren sowohl auf beobachtbaren als auch auf nicht beobachtbaren Parametern. Viele dieser Finanzinstrumente sind ökonomisch durch Finanzinstrumente abgesichert, die anderen Hierarchie-Leveln zugeordnet sind.

Sensitivitätsanalyse Level III.

Basierend auf dem Modellwert von Finanzinstrumenten auf nicht beobachtbaren Marktparametern, werden für die Ermittlung der möglichen Schätzungsunsicherheit alternative Parameter verwendet. Bei den meisten der dem Level III zugeordneten Wertpapiere und Derivate fließt nur ein unbeobachtbarer Parameter in die Fair-Value-Ermittlung ein, sodass es zu keinen Wechselwirkungen zwischen den Level-III-Parametern kommen kann. Die Gesamtsensitivität der Produkte, bei denen mehrere unbeobachtbare Parameter in die Fair-Value-Berechnung einfließen, ist unwesentlich, sodass auf die Berechnung einer Wechselwirkung dieser Parameter untereinander verzichtet wurde.

Für die Beteiligungen, die dem Level III zugeordnet sind, erfolgte die Berechnung der Sensitivitäten im Wesentlichen durch Up-/Down-Shifts der individuellen Beta-Faktoren. Sofern keine Beta-Faktoren bei der Bewertung verwendet wurden, erfolgte die Berechnung der Sensitivitäten auf Basis der durchschnittlichen, prozentualen Fair-Value-Veränderung. Diese basiert auf dem Up-/Down-Shift der Beteiligungen, deren Bewertung ein Beta-Faktor zugrunde liegt.

Die vorliegenden Angaben sollen die möglichen Auswirkungen zeigen, die aus der relativen Unsicherheit in den Fair Values von Finanzinstrumenten resultieren, deren Bewertungen auf nicht beobachtbaren Eingangsparametern basieren:

Aktiva.

Mio. EUR	Positive Fair-Value-Änderung		Negative Fair-Value-Änderung	
	Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten Finanzinstrumenten und Neubewertungsrücklage		Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten Finanzinstrumenten und Neubewertungsrücklage	
	31.12.2015	31.12.2014	31.12.2015	31.12.2014
Zum Fair Value bewertete Vermögenswerte				
Handelsaktiva	9,5	14,9	- 3,3	- 4,4
Derivate	3,8	14,8	- 3,1	- 4,3
Zinsbezogene Derivate	3,1	13,8	- 2,2	- 3,3
Kreditderivate	0,0	0,0	0,0	- 0,1
Aktien-/indexbezogene Derivate	0,2	0,1	- 0,3	- 0,2
Devisenbezogene Derivate	0,5	0,9	- 0,6	- 0,7
Forderungen	5,7	0,1	- 0,2	- 0,1
Der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Vermögenswerte	0,0	0,3	0,0	- 0,3
Eigenkapitalinstrumente	0,0	0,1	0,0	- 0,1
Wertpapiere	0,0	0,2	0,0	- 0,2
Finanzanlagen AfS	16,8	13,1	- 15,1	- 12,1
Eigenkapitalinstrumente	16,8	13,1	- 15,1	- 12,1
Insgesamt	26,3	28,3	- 18,4	- 16,8

Passiva.

Mio. EUR	Positive Fair-Value-Änderung		Negative Fair-Value-Änderung	
	Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten Finanzinstrumenten und Neubewertungsrücklage		Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten Finanzinstrumenten und Neubewertungsrücklage	
	31.12.2015	31.12.2014	31.12.2015	31.12.2014
Zum Fair Value bewertete Verbindlichkeiten				
Handelspassiva	2,3	5,6	- 2,9	- 13,5
Derivate	2,3	5,6	- 2,9	- 13,5
Zinsbezogene Derivate	1,6	4,9	- 2,4	- 12,8
Kreditderivate	0,1	0,2	- 0,1	- 0,2
Aktien-/indexbezogene Derivate	0,3	0,2	- 0,2	- 0,1
Devisenbezogene Derivate	0,3	0,3	- 0,3	- 0,4
Der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Verbindlichkeiten	0,1	0,9	- 0,1	- 0,9
Verbriefte Verbindlichkeiten	0,1	0,8	- 0,1	- 0,9
Sonstige finanzielle Verbindlichkeiten	0,0	0,1	0,0	0,0
Insgesamt	2,4	6,5	- 3,0	- 14,4

Signifikante nicht beobachtbare Parameter Level III.

In den folgenden Tabellen werden die signifikanten nicht beobachtbaren Parameter der zum Fair Value bewerteten und dem Level III zugeordneten Finanzinstrumente und der als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien gezeigt. Für weitere qualitative Ausführungen zu den als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien wird auf Note 13 verwiesen.

Die unten aufgeführte Spanne zeigt den höchsten und niedrigsten Wert im unbeobachtbaren Parameter, der den Bewertungen in der Level-III-Kategorie zugrunde gelegt wird. Es bestehen signifikant unterschiedliche Ausprägungen in den betroffenen Finanzinstrumenten, daher können die Spannen bestimmter Parameter groß sein.

Die in der Tabelle aufgeführten Parametershifts zeigen die in der Sensitivitätsanalyse vorgenommenen Änderungen des unbeobachtbaren Parameters nach oben und unten und geben somit Auskunft über die Bandbreite der von der LBBW gewählten Parameteralternativen zur Berechnung des Fair Values.

Aktiva.

31.12.2015	Bewertungs- verfahren	Signifikante nicht beobacht- bare Parameter	Spanne	Parametershift
Mio. EUR				
Zum Fair Value bewertete Vermögenswerte				
Handelsaktiva				
Derivate				
Zinsderivate	Optionspreismodell	Zinskorrelation	- 46% - 99%	rel. - 20%/+ 10%
Kreditderivate	Korrelationspreismodell	Kreditkorrelation	50% - 81%	abs. - 30%/+ 10%
Aktien-/ indexbezogene Derivate	Optionspreismodell	Aktien-Devisen-Korrelation	5%	abs. - 25%/+ 15%
Devisenbezogene Derivate	Optionspreismodell	Devisenkorrelation	67%	abs. - 30%/+ 30%
Forderungen	Barwertmethode	Credit Spread (bp)	75 - 220	rel. - 30%/+ 30% abs. - 25bp
Finanzanlagen AfS				
	Net-Asset-Value-Methode	n/a	n/a	n/a
	Discounted-Cashflow-Methode	Kapitalisierungszinssatz	1,26% - 6,48%	individuell je Instrument
Eigenkapitalinstrumente	Ertragswertverfahren	Beta-Faktor	0,29 - 1,23	rel. + 5%/- 5%
		Mietdynamisierung	1,5%	
		Diskontierungszinssatz	4,0% - 8,3%	
		Leerstand (»Mietausfallwagnis«)	2,0% - 5,0%	
		Kosten Grundinstandhaltung	0 - 19 EUR/m ²	
Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien	Discounted-Cashflow-Methode	Verwaltungskosten (in % der Sollmiete)	1,0% - 6,5%	n/a

31.12.2014	Bewertungs- verfahren	Signifikante nicht beobacht- bare Parameter	Spanne	Parametershift
Mio. EUR				
Zum Fair Value bewertete Vermögenswerte				
Handelsaktiva				
Derivate				
Zinsderivate	Optionspreismodell	Zinskorrelation	- 12% - 99%	rel. - 20%/+ 10%
Kreditderivate	Korrelationspreismodell	Kreditkorrelation	72% - 90%	abs. - 30%/+ 10%
Aktien-/ indexbezogene Derivate	Optionspreismodell	Aktien-Devisen-Korrelation	5%	abs. - 25%/+ 15%
Devisenbezogene Derivate	Optionspreismodell	Devisenkorrelation	32%	abs. - 30%/+ 30%
Forderungen	Barwertmethode	Credit Spread (bp)	95 - 170	rel. - 30%/+ 30%
Der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Vermögenswerte				
Eigenkapitalinstrumente	Barwertmethode	Credit Spread (bp)	1 000	rel. - 30%/+ 30%
	Kursverfahren	Kurs	5%	
Wertpapiere	Barwertmethode	Credit Spread (bp)	1 000	individuell je Wertpapier
Finanzanlagen AfS				
	Net-Asset-Value-Methode	n/a	n/a	n/a
	Discounted-Cashflow-Methode	Kapitalisierungszinssatz	1,53% - 4,62%	individuell je Instrument
Eigenkapitalinstrumente	Ertragswertverfahren	Beta-Faktor	0,29 - 1,23	rel. + 5%/- 5%
		Mietdynamisierung		
		Diskontierungszinssatz	1,5% - 1,6%	
		Leerstand/Forderungsausfall nach der Vertragslaufzeit (in % der Sollmiete)	6,0% - 8,8%	
		voll vermietet bzw. 4,0% - 5,0%		
		Kosten Grundinstandhaltung	0 - 16 EUR/m ²	
Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien	Discounted-Cashflow-Methode	Verwaltungskosten (in % der Sollmiete)	1,0% - 5,0%	n/a

Passiva.

31.12.2015				
Mio. EUR	Bewertungs- verfahren	Signifikante nicht beobacht- bare Parameter	Spanne	Parametershift
Zum Fair Value bewertete Verbindlichkeiten				
Handelspassiva				
Derivate				
Zinsbezogene Derivate	Optionspreismodell	Zinskorrelation	- 46 % - 99 %	rel. - 20%/+ 10 %
Kreditderivate	Korrelationspreis- modell	Kreditkorrelation	50 % - 81 %	abs. - 30%/+ 10 %
Aktien-/indexbezogene Derivate	Optionspreismodell	Aktien-Devisen- Korrelation	5 %	abs. - 25%/+ 15 %
Devisenbezogene Derivate	Optionspreismodell	Devisenkorrelation	67 %	abs. - 30%/+ 30 %
Der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Verbindlichkeiten				
Einlagen	Optionspreismodell	Zinskorrelation	21 % - 99 %	rel. - 20%/+ 10 %
	Optionspreismodell	Zinskorrelation	21 % - 99 %	rel. - 20%/+ 10 %
Verbriefte Verbindlichkeiten	Optionspreismodell	Devisenkorrelation	67 %	abs. - 30%/+ 30 %
Sonstige finanzielle Verbindlichkeiten	Optionspreismodell	Zinskorrelation	21 % - 99 %	rel. - 20%/+ 10 %
31.12.2014				
Mio. EUR	Bewertungs- verfahren	Signifikante nicht beobacht- bare Parameter	Spanne	Parametershift
Zum Fair Value bewertete Verbindlichkeiten				
Handelspassiva				
Derivate				
Zinsbezogene Derivate	Optionspreismodell	Zinskorrelation	- 12 % - 99 %	rel. - 20%/+ 10 %
Kreditderivate	Korrelationspreis- modell	Kreditkorrelation	72 % - 90 %	abs. - 30%/+ 10 %
Aktien-/indexbezogene Derivate	Optionspreismodell	Aktien-Devisen- Korrelation	5 %	abs. - 25%/+ 15 %
Devisenbezogene Derivate	Optionspreismodell	Devisenkorrelation	32 %	abs. - 30%/+ 30 %
Der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Verbindlichkeiten				
Einlagen	Optionspreismodell	Zinskorrelation	23 % - 99 %	rel. - 20%/+ 10 %
	Optionspreismodell	Zinskorrelation	23 % - 99 %	rel. - 20%/+ 10 %
Verbriefte Verbindlichkeiten	Optionspreismodell	Devisenkorrelation	32 %	abs. - 30%/+ 30 %
Sonstige finanzielle Verbindlichkeiten	Optionspreismodell	Zinskorrelation	23 % - 99 %	rel. - 20%/+ 10 %

Die Bewertung bzw. die Verwendung wesentlicher Parameter bei Zur Veräußerung gehaltenen langfristigen Vermögenswerten und Veräußerungsgruppen sowie Verbindlichkeiten aus Veräußerungsgruppen erfolgt analog den ursprünglichen Bilanzposten.

Day One Profit or Loss.

Werden zur Bewertung von Finanzinstrumenten nicht beobachtbare Parameter herangezogen, kann es zu Differenzen zwischen Transaktionspreis und Fair Value kommen. Diese Abweichung wird als »Day One Profit or Loss« bezeichnet, welche erfolgswirksam über die Laufzeit des Finanzinstruments verteilt wird.

Credit Spreads sowie Korrelationen zwischen Zinssätzen und zwischen Ausfallrisiken verschiedener Adressen sind nicht durchgängig am Markt beobachtbar bzw. aus am Markt beobachtbaren Preisen ableitbar. Die Marktteilnehmer können unterschiedlicher Ansicht über die Ausprägung dieser in Modellen verwendeten unbeobachtbaren Parameter sein, daher kann der Transaktionspreis vom nach Ansicht der LBBW fairen Marktwert abweichen.

Die LBBW hält sogenannte Day One Reserves für Handelsbestände der Klassen Zins- und Kreditderivate sowie Forderungen vor.

Die nachfolgende Tabelle stellt die Entwicklung des Day One Profits für das Geschäftsjahr 2015 im Vergleich zum Jahresende 2014 dar, die aufgrund der Anwendung wesentlicher nicht beobachtbarer Parameter für zum beizulegenden Zeitwert ausgewiesene Finanzinstrumente abgegrenzt wurden:

Mio. EUR	2015	2014
Stand 1. Januar	1	2
Neue Transaktionen (Zuführungen)	10	0
In der Gewinn- und Verlustrechnung in der Berichtsperiode erfasste Beträge (Auflösungen)	- 1	- 1
Stand 31. Dezember	10	1

57. Der Fair-Value-Option zugeordnete Finanzinstrumente.

Das maximale Ausfallrisiko für Kredite und Forderungen, die in der Kategorie Fair-Value-Option designiert sind, beträgt zum Bilanzstichtag 450 Mio. EUR (Vorjahr: 469 Mio. EUR). Bei diesen finanziellen Vermögenswerten sind im Berichtsjahr 1 Mio. EUR (Vorjahr: 7 Mio. EUR) auf bonitätsinduzierte Fair-Value-Änderungen zurückzuführen. Der Betrag, um den sich die Fair Values aufgrund von Änderungen der Credit Spreads seit Designation geändert haben, beläuft sich auf - 7 Mio. EUR (Vorjahr: - 8 Mio. EUR).

Bei den finanziellen Verbindlichkeiten der Kategorie Fair-Value-Option entfällt 1 Mio. EUR (Vorjahr: - 15 Mio. EUR) auf bonitätsinduzierte Fair-Value-Änderungen im Zusammenhang mit der Bewertung der eigenen Bonität. Der Betrag, um den sich die Fair Values aufgrund von Änderungen der Credit Spreads der LBBW seit Designation geändert haben, beläuft sich auf 60 Mio. EUR (Vorjahr: 60 Mio. EUR).

Für die Ermittlung der bonitätsinduzierten Fair-Value-Änderungen werden zwei Werte – einer auf Basis des ursprünglichen Spreads und einer auf Basis des aktuellen Spreads – berechnet. Die bonitätsinduzierte Fair-Value-Änderung ergibt sich implizit aus diesen beiden Bewertungen. Der derzeitige Fair Value übersteigt den vertraglich vereinbarten Rückzahlungsbetrag der begebenen Verbindlichkeiten zum Fälligkeitstermin um 629 Mio. EUR (Vorjahr: 977 Mio. EUR).

58. Nettogewinne/-verluste aus Finanzinstrumenten.

Die nach IAS 39 Kategorien gegliederten Nettogewinne bzw. -verluste setzen sich zusammen aus Abgangsgewinnen bzw. -verlusten, Änderungen des Fair Values, Wertminderungen, Zuschreibungen sowie nachträglichen Eingängen aus abgeschriebenem Finanzinstrumenten. Enthalten sind außerdem Wertänderungen aus wirtschaftlichen Sicherungsderivaten und das Ergebnis aus Wertänderungen der Grundgeschäfte aus Mikro Fair Value Hedges.

Mio. EUR	01.01.– 31.12.2015	01.01.– 31.12.2014
Finanzielle Vermögenswerte, die zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet werden	- 171	503
Zu Handelszwecken gehaltene finanzielle Verbindlichkeiten/Vermögenswerte	177	45
Der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Verbindlichkeiten/Vermögenswerte	55	- 155
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	- 102	575
Finanzielle Verbindlichkeiten, die zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet werden	- 15	- 454

59. Wertminderungsaufwendungen für finanzielle Vermögenswerte.

Mio. EUR	01.01.– 31.12.2015	01.01.– 31.12.2014
Zum Fair Value bewertete Vermögenswerte		
Finanzanlagen AfS	- 13	- 13
Eigenkapitalinstrumente	- 13	- 13
Wertpapiere	- 1	0
Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete Vermögenswerte		
Forderungen an Kreditinstitute	- 4	- 6
Kommunaldarlehen	0	- 1
Sonstige Forderungen	- 4	- 5
Forderungen an Kunden	- 392	- 580
Kommunaldarlehen	- 8	- 5
Hypothekendarlehen	- 82	- 151
Sonstige Forderungen	- 302	- 424
davon Finance Lease	- 29	- 37
Insgesamt	- 410	- 599

60. Buchwertüberleitung auf Kategorien.

Die folgende Tabelle zeigt die Aufgliederung der Finanzinstrumente nach Kategorien:

31.12.2015 Mio. EUR	Loans and Receivables	Available for Sale	Held for Trading	Fair Value Option	Other Liabilities	Gesamt
Forderungen an Kreditinstitute nach Kreditrisikovorsorge	30 237					30 237
Forderungen an Kunden nach Kreditrisikovorsorge	107 665					107 665
Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte ¹⁾			61 678	913		62 591
Finanzanlagen	6 060	19 170				25 230
Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen ¹⁾	0	104	0	0		104
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten					44 248	44 248
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden					62 540	62 540
Verbriefte Verbindlichkeiten					29 424	29 424
Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen ²⁾			67 278	3 257		70 536
Nachrangkapital					5 329	5 329

1) Ohne Positive Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten.

2) Ohne Negative Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten.

31.12.2014 Mio. EUR	Loans and Receivables	Available for Sale	Held for Trading	Fair Value Option	Other Liabilities	Gesamt
Forderungen an Kreditinstitute nach Kreditrisikovorsorge	38 415					38 415
Forderungen an Kunden nach Kreditrisikovorsorge	111 610					111 610
Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte ¹⁾			76 031	1 001		77 032
Finanzanlagen	6 071	22 979				29 050
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten					52 314	52 314
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden					69 874	69 874
Verbriefte Verbindlichkeiten					44 231	44 231
Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen ²⁾			66 204	4 963		71 167
Nachrangkapital					6 229	6 229

1) Ohne Positive Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten.

2) Ohne Negative Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten.

61. Gliederung von Finanzinstrumenten nach Restlaufzeiten.

Als Restlaufzeit wird der Zeitraum zwischen Bilanzstichtag und vertraglich vereinbarter Fälligkeit der Forderung oder Verbindlichkeit bzw. deren Teilzahlungsbeträgen angesehen. Eigenkapitaltitel wurden in das Laufzeitband »bis 3 Monate und unbestimmt« eingestellt. Handelsaktiva bzw. -passiva wurden grundsätzlich nach der vertraglichen Fälligkeit berücksichtigt. Zusätzlich werden die Restlaufzeiten der derivativen Finanzinstrumente gesondert unter Note 64 ausgewiesen.

31.12.2015	bis 3 Monate und unbestimmt	> 3 Monate bis zu 1 Jahr	> 1 Jahr bis zu 5 Jahren	> 5 Jahre	Gesamt
Mio. EUR					
Forderungen an Kreditinstitute	5 910	4 008	11 331	8 995	30 245
Forderungen an Kunden	19 125	12 744	43 330	33 586	108 785
Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte	23 528	8 506	15 773	16 957	64 765
Finanzanlagen	1 468	957	15 861	6 943	25 230
Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen	80	24	0	0	104
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	10 338	5 449	16 817	11 643	44 248
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	50 792	3 251	3 610	4 887	62 540
Verbriefte Verbindlichkeiten	3 394	5 903	14 166	5 960	29 424
Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen	38 982	8 841	10 032	16 209	74 063
Nachrangkapital	139	478	1 113	3 600	5 329

31.12.2014	bis 3 Monate und unbestimmt	> 3 Monate bis zu 1 Jahr	> 1 Jahr bis zu 5 Jahren	> 5 Jahre	Gesamt
Mio. EUR					
Forderungen an Kreditinstitute	7 779	9 763	12 339	8 543	38 424
Forderungen an Kunden	20 511	15 595	35 679	41 410	113 195
Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte	23 941	13 744	18 656	23 530	79 871
Finanzanlagen	2 228	10 693	11 797	4 332	29 050
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	13 461	9 169	17 674	12 010	52 314
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	54 314	5 877	4 599	5 084	69 874
Verbriefte Verbindlichkeiten	4 822	21 293	13 655	4 461	44 231
Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen	35 524	6 828	11 134	21 757	75 244
Nachrangkapital	225	1 342	829	3 833	6 229

62. Fälligkeitsanalyse.

Die folgende Tabelle gliedert die undiskontierten finanziellen Verbindlichkeiten aus derivativen und nicht derivativen Geschäften nach vertraglichen Restlaufzeiten. Da der Ausweis undiskontiert und inklusive Zinszahlungen erfolgt, unterscheiden sich die Werte zum Teil von den in der Bilanz ausgewiesenen Buchwerten.

Zum Stichtag stellten sich die finanziellen Verbindlichkeiten nach vertraglich vereinbarten Fälligkeitsstrukturen gemäß IFRS 7.39 wie folgt dar:

31.12.2015	bis zu 1 Monat	> 1 bis zu 3 Monate	> 3 bis zu 12 Monate	> 1 Jahr bis zu 5 Jahren	> 5 Jahre
Mio. EUR					
Finanzielle Verbindlichkeiten	- 40 299	- 17 276	- 24 245	- 32 103	- 22 510
Verbindlichkeiten aus Derivaten	- 130	- 130	- 738	- 2 075	- 1 498
Insgesamt	- 40 429	- 17 406	- 24 983	- 34 178	- 24 008
Unwiderrufliche Kreditzusagen und Avale ¹⁾	- 23 855				
Spar- und Sichteinlagen, Verbindlichkeiten aus Interbankenkonten	- 41 885				

¹⁾ Basis: Für die LiqV relevante Kreditzusagen und Avale ohne konzerninterne Zusagen, da das mit diesen Zusagen verbundene Refinanzierungsrisiko bereits über die Konsolidierung der Mittelzu- und -abflüsse erfasst ist, sowie ohne nicht valutierte Darlehen, soweit diese bereits bei den Mittelzu- und -abflüssen erfasst sind.

31.12.2014 Mio. EUR	bis zu 1 Monat	> 1 bis zu 3 Monate	> 3 bis zu 12 Monate	> 1 Jahr bis zu 5 Jahren	> 5 Jahre
Finanzielle Verbindlichkeiten	- 48 414	- 15 651	- 47 534	- 34 274	- 20 737
Verbindlichkeiten aus Derivaten	- 53	- 74	- 302	- 856	- 1 254
Insgesamt	- 48 467	- 15 725	- 47 836	- 35 130	- 21 991
Unwiderrufliche Kreditzusagen und Avale ¹⁾	- 24 470				
Spar- und Sichteinlagen, Verbindlichkeiten aus Interbankenkonten	- 38 629				

1) Basis: Für die LiqV relevante Kreditzusagen und Avale ohne konzerninterne Zusagen, da das mit diesen Zusagen verbundene Refinanzierungsrisiko bereits über die Konsolidierung der Mittelzu- und -abflüsse erfasst ist, sowie ohne nicht valutierte Darlehen, soweit diese bereits bei den Mittelzu- und -abflüssen erfasst sind.

Erläuterungen zur Art und Weise, wie die LBBW das Liquiditätsrisiko steuert, finden sich im Liquiditätsrisikoabschnitt des Risikoberichts.

63. Umkategorisierungen.

Im Zuge der Finanzmarktkrise 2008, bei der es zu erheblichen Ergebnisbelastungen aufgrund von Fair-Value-Schwankungen (im Wesentlichen bei Verbriefungsprodukten) kam, wurden vom IASB Änderungen zu IAS 39 und zu IFRS 7 (»Reclassification of Financial Assets«) verabschiedet und von der EU übernommen. Auf dieser Basis konnten bestimmte nicht derivative Finanzinstrumente rückwirkend zum 1. Juli 2008 in die Kategorie Loans and Receivables umkategorisiert werden, was in der Folge zu einer Bewertung zu fortgeführten Anschaffungskosten, anstatt zum - in der Regel - niedrigeren aktuellen Marktwert führt.

Im LBBW-Konzern wurden im Einklang mit diesen Änderungen bestimmte Handelsaktiva und als Available-for-Sale-kategorisierte Wertpapiere mit einem Buchwert von insgesamt 28 Mrd. EUR zum 1. Juli 2008 in die Kategorie Loans and Receivables umkategorisiert. Mit der Umkategorisierung wurde auch der Bilanzausweis geändert (Umgliederung).

Die nachstehende Tabelle zeigt die Buchwerte und die beizulegenden Zeitwerte der umgegliederten Wertpapiere:

Mio. EUR	31.12.2015 Buchwert	31.12.2015 Fair Value	31.12.2014 Buchwert	31.12.2014 Fair Value	1.7.2008 Nominalwert	1.7.2008 Buchwert
Held for Trading umkategorisiert in Loans and Receivables	18	19	25	26	935	913
davon Verbriefungstransaktionen	0	0	0	0	134	128
davon übrige Wertpapiere	18	19	25	26	801	785
Available for Sale umkategorisiert in Loans and Receivables	37	38	164	167	29 023	27 373
davon Verbriefungstransaktionen	0	0	1	1	14 643	13 302
davon übrige Wertpapiere	37	38	163	166	14 380	14 071
Insgesamt	55	57	189	193	29 958	28 286

Das Nominalvolumen der umkategorisierten Wertpapiere aus der Kategorie Held for Trading betrug zum 31. Dezember 2015 19 Mio. EUR (Vorjahr: 26 Mio. EUR), welches wie auch im Vorjahr komplett auf übrige Wertpapiere entfiel.

Auf Available-for-Sale-umkategorisierte Wertpapiere entfiel zum 31. Dezember 2015 ein Nominalvolumen von 38 Mio. EUR (Vorjahr: 161 Mio. EUR), welches komplett auf übrige Wertpapiere entfiel (Vorjahr: 160 Mio. EUR auf übrige Wertpapiere und 1 Mio. EUR auf Verbriefungstransaktionen).

Die rekategorisierten Bestände haben im Geschäftsjahr mit 2 Mio. EUR (Vorjahr: - 292 Mio. EUR) zum Ergebnis beigetragen.

Hätten keine Umkategorisierungen stattgefunden, wäre das Ergebnis zum 31. Dezember 2015 mit 1 Mio. EUR (Vorjahr: 31 Mio. EUR) positiv beeinflusst worden. Bei den erfolgsneutralen Fair-Value-Änderungen der umkategorisierten Available-for-Sale-Wertpapiere wäre eine Belastung des Sonstigen Ergebnisses i. H. v. - 1 Mio. EUR (Vorjahr: Entlastung i. H. v. 423 Mio. EUR) entstanden.

Im Gesamtjahr wurden aus umkategorisierten Beständen originäre Zinszahlungen i. H. v. 2 Mio. EUR (Vorjahr: 22 Mio. EUR) vereinnahmt.

Zum Zeitpunkt der Umkategorisierung beträgt die Bandbreite der Effektivzinssätze der umgegliederten Handelsaktiva 2,74% bis 9,32%, mit erwarteten erzielbaren Cashflows i. H. v. 935 Mio. EUR. Die Effektivzinssätze der umgegliederten zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerte lagen zwischen 0,54% und 19,69%, mit erwarteten erzielbaren Cashflows i. H. v. 28 778 Mio. EUR.

64. Angaben zum Derivatevolumen.

31.12.2015 Mio. EUR	Nominalwerte – Restlaufzeiten				Gesamt	Fair Value	
	bis 3 Monate	> 3 Monate bis 1 Jahr	> 1 Jahr bis 5 Jahre	> 5 Jahre		Positiv	Negativ
Devisentermingeschäfte	106 628	41 592	18 205	1 044	167 469	2 647	2 620
Devisenoptionen	807	1 709	2 217	0	4 732	98	82
Käufe	436	831	1 053	0	2 319	98	0
Verkäufe	371	878	1 164	0	2 413	0	82
Zins-/Währungsswaps	2 153	5 773	17 641	10 715	36 282	1 299	2 141
Währungsbezogene Derivate	109 588	49 073	38 063	11 759	208 483	4 043	4 843
Forward Rate Agreements	10 264	15 300	4 000	0	29 564	0	0
Zinsswaps	89 140	132 218	294 663	311 183	827 204	18 964	16 638
Zinsoptionen	2 751	6 070	32 767	31 331	72 919	2 369	3 818
Käufe	1 183	2 598	13 745	12 272	29 798	2 227	155
Verkäufe	1 567	3 472	19 022	19 059	43 121	143	3 663
Caps/Floors/Collars	1 046	2 154	15 166	13 554	31 920	358	254
Börsengehandelte Zinsprodukte	16 191	41 368	5 120	0	62 679	0	0
Sonstige Zinskontrakte	1 190	1 007	281	0	2 478	32	145
Zinsbezogene Derivate	120 582	198 117	351 997	356 068	1 026 764	21 723	20 854
Kreditderivate – Sicherungsgeber	330	1 812	7 897	1 182	11 221	126	81
Kreditderivate – Sicherungsnehmer	730	1 821	7 568	1 903	12 021	54	395
Kreditderivate	1 060	3 633	15 465	3 084	23 242	180	476
Börsengehandelte Produkte	2 387	4 669	5 579	332	12 968	259	639
Aktien-Termingeschäfte	2	0	0	0	2	0	0
Aktienoptionen	111	358	216	464	1 149	12	31
Käufe	68	194	125	156	543	12	0
Verkäufe	44	163	91	309	607	0	31
Sonstige Aktienderivate	94	235	939	0	1 269	14	57
Aktien-/indexbezogene Derivate	2 594	5 262	6 734	797	15 388	285	727
Commodities	665	715	56	0	1 437	60	73
Warenbezogene und sonstige Derivate	665	715	56	0	1 437	60	73
Insgesamt	234 489	256 801	412 316	371 708	1 275 314	26 291	26 973

31.12.2014 Mio. EUR	Nominalwerte – Restlaufzeiten					Fair Value	
	bis 3 Monate	> 3 Monate bis 1 Jahr	> 1 Jahr bis 5 Jahre	> 5 Jahre	Gesamt	Positiv	Negativ
Devisentermingeschäfte	89 177	39 644	13 443	1 027	143 291	2 856	3 074
Devisenoptionen	1 915	3 027	919	4	5 865	62	49
Käufe	1 012	1 506	422	1	2 941	62	0
Verkäufe	903	1 521	497	3	2 924	0	49
Zins-/Währungsswaps	1 515	7 432	18 590	9 388	36 925	1 243	1 533
Währungsbezogene Derivate	92 607	50 103	32 952	10 419	186 081	4 161	4 656
Forward Rate Agreements	3 124	7 012	354	0	10 490	0	1
Zinsswaps	98 521	121 310	273 603	259 418	752 852	25 421	22 494
Zinsoptionen	2 078	7 698	27 371	34 453	71 600	3 073	5 092
Käufe	1 188	3 375	11 823	13 728	30 114	2 967	142
Verkäufe	890	4 323	15 548	20 725	41 486	106	4 950
Caps/Floors/Collars	1 362	3 637	12 858	16 579	34 436	477	280
Börsengehandelte Zinsprodukte	20 677	12 763	5 248	0	38 688	0	0
Sonstige Zinskontrakte	1 940	625	119	33	2 717	36	237
Zinsbezogene Derivate	127 702	153 045	319 553	310 483	910 783	29 007	28 104
Kreditderivate – Sicherungsgeber	1 192	2 764	8 505	998	13 459	187	7
Kreditderivate – Sicherungsnehmer	1 162	2 991	8 255	1 434	13 842	5	488
Kreditderivate	2 354	5 755	16 760	2 432	27 301	192	495
Börsengehandelte Produkte	800	5 653	4 936	176	11 565	258	457
Aktien-Termingeschäfte	1	0	0	0	1	0	0
Aktienoptionen	67	231	280	646	1 224	10	67
Käufe	19	67	171	182	439	10	0
Verkäufe	48	164	109	464	785	0	67
Sonstige Aktienderivate	40	332	160	579	1 111	33	106
Aktien-/indexbezogene Derivate	908	6 216	5 376	1 401	13 901	301	630
Commodities	996	1 342	37	0	2 375	86	67
Warenbezogene und Sonstige Derivate	996	1 342	37	0	2 375	86	67
Insgesamt	224 567	216 461	374 678	324 735	1 140 441	33 746	33 952

Die Marktwerte von börsengehandelten Futures sowie von Zinsswaps, deren Clearing über einen zentralen Kontrahenten erfolgt, werden gemäß der Bilanzierung behandelt. Demnach wird eine Verrechnung der geflossenen Variation Margin mit den Marktwerten, welche bereits erfolgswirksam gebucht wurden, durchgeführt.

Die nachstehende Tabelle enthält die positiven und negativen Marktwerte sowie die Nominalwerte der derivativen Geschäfte, aufgliedert nach den jeweiligen Kontrahenten:

Mio. EUR	Nominalwerte		Fair Value			
	31.12.2015	31.12.2014	31.12.2015 Positiv	31.12.2014 Positiv	31.12.2015 Negativ	31.12.2014 Negativ
OECD-Banken	560 363	557 007	17 925	24 485	21 969	28 444
Nicht-OECD-Banken	12 110	6 780	69	26	244	440
Öffentliche OECD-Stellen	40 469	43 419	4 247	4 905	1 211	1 427
Sonstige Kontrahenten	662 373	533 236	4 050	4 330	3 548	3 640
Insgesamt	1 275 314	1 140 441	26 291	33 746	26 973	33 952

Derivate mit OECD-Banken sind grundsätzlich durch entsprechende Bausicherheiten abgesichert. Die Nominalwerte dienen als Referenzgröße für die Ermittlung gegenseitig vereinbarter Ausgleichszahlungen und stellen das Bruttovolumen aller Käufe und Verkäufe dar.

Eine Aufstellung über den Einsatzzweck der zum Stichtag im Bestand befindlichen Derivate gibt folgendes Bild:

Mio. EUR	Fair Value			
	31.12.2015 Positiv	31.12.2014 Positiv	31.12.2015 Negativ	31.12.2014 Negativ
Für Handelszwecke eingesetzte derivative Finanzinstrumente und ökonomische Hedgingderivate	24 117	30 907	23 445	29 874
Für Fair Value Hedge eingesetzte derivative Finanzinstrumente	2 174	2 839	3 528	4 077
Insgesamt	26 291	33 746	26 973	33 952

65. Übertragung finanzieller Vermögenswerte.**Übertragene, aber nicht vollständig ausgebuchte finanzielle Vermögenswerte.**

Bei den übertragenen Vermögenswerten handelt es sich im Wesentlichen um eigene Vermögenswerte, die der LBBW-Konzern im Rahmen des Förderkreditgeschäfts und von Wertpapierpensions- oder Leihgeschäften übertragen bzw. verliehen hat. Die im Rahmen des Förderkreditgeschäfts übertragenen Forderungen können nicht zwischenzeitlich durch den LBBW-Konzern weiterveräußert werden. Bei Wertpapierpensions- oder Leihgeschäften erlischt das Nutzungsrecht an den Wertpapieren mit der Übertragung. Die Gegenparteien der dazugehörigen Verbindlichkeiten greifen nicht exklusiv auf diese Vermögenswerte zurück.

Die übertragenen Vermögenswerte wurden weiterhin vollständig in der Bilanz angesetzt. Daraus kann ggf. ein Kontrahenten-, Ausfall- und/oder Marktpreisrisiko entstehen.

Sachverhalte, bei denen trotz der Übertragung weiterhin ein anhaltendes Engagement besteht, existierten zum Abschlussstichtag nicht.

31.12.2015	Übertragene Vermögenswerte werden weiterhin voll angesetzt	
	Buchwert der übertragenen Vermögenswerte	Buchwert der dazugehörigen Verbindlichkeiten
Mio. EUR		
Zum Fair Value bewertete Vermögenswerte		
Handelsaktiva	6 854	5 242
Wertpapiere	6 248	4 636
Forderungen	606	606
Der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Vermögenswerte	35	35
Forderungen	35	35
Finanzanlagen AfS	2 858	2 389
Wertpapiere	2 858	2 389
Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete Vermögenswerte		
Forderungen an Kreditinstitute	17 541	17 539
Kommunaldarlehen	17 522	17 520
Sonstige Forderungen	19	19
Forderungen an Kunden	7 056	7 054
Kommunaldarlehen	770	770
Hypothekendarlehen	1 974	1 973
Sonstige Forderungen	4 312	4 311
<hr/>		
31.12.2014	Übertragene Vermögenswerte werden weiterhin voll angesetzt	
	Buchwert der übertragenen Vermögenswerte	Buchwert der dazugehörigen Verbindlichkeiten
Mio. EUR		
Zum Fair Value bewertete Vermögenswerte		
Handelsaktiva	5 080	3 141
Wertpapiere	5 080	3 141
Finanzanlagen AfS	10 475	4 585
Wertpapiere	10 475	4 585
Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete Vermögenswerte		
Forderungen an Kreditinstitute	17 162	17 171
Kommunaldarlehen	17 139	17 148
Sonstige Forderungen	23	23
Forderungen an Kunden	5 904	5 907
Kommunaldarlehen	345	345
Hypothekendarlehen	1 952	1 953
Sonstige Forderungen	3 607	3 609

66. Sicherheiten.**Sicherungsgeber.**

Der LBBW-Konzern stellt Sicherheiten insbesondere im Rahmen des Förderkreditgeschäfts und von Wertpapierpensionsgeschäften. Die Besicherung erfolgt in der Regel zu handelsüblichen, in Standardverträgen festgelegten Bedingungen. Bei Wertpapierpensionsgeschäften hat der Sicherungsnehmer das Recht, die Sicherheit zwischenzeitlich zu veräußern oder weiterzuverpfänden. Insgesamt wurden Vermögenswerte i. H. v. 45 978 Mio. EUR (Vorjahr: 51 852 Mio. EUR) als Sicherheiten für Verbindlichkeiten oder Eventualverbindlichkeiten übertragen.

Sicherungsnehmer.

Aufgrund von Wertpapierpensionsgeschäften erhält der LBBW-Konzern Wertpapiere als Sicherheit mit dem Recht, diese zu veräußern oder weiterzuverpfänden, sofern er bei Beendigung des Geschäfts gleichwertige Wertpapiere zurückgibt. Der Fair Value der als Sicherheiten erhaltenen finanziellen und nicht finanziellen Vermögenswerte, welche der LBBW-Konzern auch bei nicht gegebenem Ausfall des Inhabers der Sicherheiten veräußern oder erneut besichern darf, belief sich auf 17 318 Mio. EUR (Vorjahr: 29 790 Mio. EUR). Von den erhaltenen Sicherheiten war der LBBW-Konzern bei Sicherheiten mit einem Fair Value von insgesamt 17 318 Mio. EUR (Vorjahr: 29 790 Mio. EUR) zur Rückgabe verpflichtet. Der Fair Value der zum Berichtsstichtag veräußerten oder weitergereichten Sicherheiten mit Rückgabeverpflichtung an den Eigentümer betrug 1 973 Mio. EUR (Vorjahr: 6 688 Mio. EUR).

67. Saldierung von finanziellen Vermögenswerten und Verpflichtungen.

Der Konzern ist verpflichtet, finanzielle Vermögenswerte und finanzielle Verpflichtungen, welche die bilanziellen Saldierungskriterien erfüllen, zum Nettowert in der Bilanz auszuweisen. Die nachfolgenden Tabellen enthalten Angaben zu den Effekten der Saldierung auf die Konzernbilanz sowie zu möglichen Effekten aus Saldierungs-Rahmenvereinbarungen.

Die dargestellten Geschäfte werden in der Regel auf Basis von Rahmenvereinbarungen geschlossen, die bedingte oder unbedingte Rechte zur Saldierung von Forderungen, Verbindlichkeiten sowie von erhaltenen bzw. gestellten Sicherheiten vorsehen. Ein bedingtes Recht zur Saldierung ist bspw. gegeben, wenn der Rechtsanspruch nur im Fall der Insolvenz oder bei Vertragsverletzungen besteht. In Übereinstimmung mit IAS 32.42 wurde keine Saldierung bei Geschäften vorgenommen, bei denen entweder zum gegenwärtigen Zeitpunkt kein Rechtsanspruch auf Verrechnung von Forderungen und Verbindlichkeiten besteht und/oder kein Ausgleich auf Nettobasis bzw. keine Simultanabwicklung vorgesehen ist.

Die aufgeführten Sicherheiten sind überwiegend auf Grundlage von Rückkaufvereinbarungen und Pfandrechten gestellt worden, wobei die Aufrechnung der Sicherheiten nur in den vertraglich vorgesehenen Fällen (z. B. bei Insolvenz) möglich ist. Bei Rückkaufvereinbarungen ist der Empfänger am Ende der Laufzeit zur Rückgabe des übertragenen Finanzinstruments verpflichtet. Zuvor hat er allerdings regelmäßig das Recht, die Sicherheit an Dritte zu verkaufen oder weiterzuverpfänden.

Der in der Bilanz ausgewiesene Nettobetrag der einzelnen Finanzinstrumente wird nach den im Abschnitt »Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden« dargestellten Maßgaben ermittelt. Die Sicherheiten in Form von Finanzinstrumenten und die Barsicherheiten werden mit dem beizulegenden Zeitwert angegeben.

Aktiva.

in Mio. EUR	Bruttobetrag von finanziellen Vermögenswerten	Saldierungsbetrag	Bilanzierter Nettobetrag von finanziellen Vermögenswerten	Beträge, die keiner bilanziellen Saldierung unterliegen				Nettobetrag
				Erhaltene Sicherheiten			Effekt von Saldierungs-Rahmenvereinbarungen	
				Finanzinstrumente	Barsicherheiten			
31.12.2015								
Kontokorrentforderungen	55	- 54	1	0	0	0	0	1
Forderungen aus Wertpapierpensionsgeschäften/-leihegeschäften	19 256	- 3 952	15 303	- 2 209	- 12 989	- 5		101
Derivate	37 232	- 13 116	24 117	- 15 982	- 133	- 3 017		4 984
Insgesamt	56 543	- 17 122	39 421	- 18 192	- 13 122	- 3 022		5 086

in Mio. EUR	Bruttobetrag von finanziellen Vermögenswerten	Saldierungsbetrag	Bilanzierter Nettobetrag von finanziellen Vermögenswerten	Beträge, die keiner bilanziellen Saldierung unterliegen			Nettobetrag
				Erhaltene Sicherheiten			
				Effekt von Saldierungs-Rahmenvereinbarungen	Finanzinstrumente	Barsicherheiten	
31.12.2014							
Kontokorrentforderungen	100	- 99	1	0	0	0	1
Forderungen aus Wertpapierpensionsgeschäften/-leihegeschäften	20 149	- 3 048	17 101	- 3 833	- 13 222	- 1	45
Derivate	45 483	- 14 359	31 124	- 21 654	- 120	- 3 201	6 149
Insgesamt	65 732	- 17 506	48 226	- 25 487	- 13 342	- 3 202	6 195

Zum 31. Dezember 2015 wurde der oben dargestellte Nettobetrag bilanzierter Kontokorrentforderungen i. H. v. 1 Mio. EUR (Vorjahr: 0 Mio. EUR) im Bilanzposten Forderungen an Kreditinstitute und i. H. v. 0 Mio. EUR (Vorjahr: 1 Mio. EUR) im Bilanzposten Forderungen an Kunden gezeigt.

Die Wertpapierpensions- und Wertpapierleihegeschäfte wurden mit ihrem jeweiligen Nettobetrag in folgendem Bilanzposten ausgewiesen: 2 772 Mio. EUR Forderungen an Kreditinstitute (Vorjahr: 4 548 Mio. EUR), 11 319 Mio. EUR (Vorjahr: 11 548 Mio. EUR) Forderungen an Kunden sowie 1 212 Mio. EUR (Vorjahr: 1 005 Mio. EUR) Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte.

Die Nettoforderungen aus Derivategeschäften wurden wie auch im Vorjahr in vollständiger Höhe im Bilanzposten Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte ausgewiesen.

Passiva.

in Mio. EUR	Bruttobetrag von finanziellen Verbindlichkeiten	Saldierungsbetrag	Bilanzierter Nettobetrag von finanziellen Verbindlichkeiten	Beträge, die keiner bilanziellen Saldierung unterliegen			Nettobetrag
				Gestellte Sicherheiten			
				Effekt von Saldierungs-Rahmenvereinbarungen	Finanzinstrumente	Barsicherheiten	
31.12.2015							
Kontokorrentverbindlichkeiten	287	- 54	232	0	0	0	232
Verbindlichkeiten aus Wertpapierpensionsgeschäften/-leihegeschäften	15 357	- 3 952	11 405	- 2 209	- 9 195	0	0
Derivate	37 273	- 13 116	24 157	- 15 982	- 45	- 6 780	1 349
Insgesamt	52 916	- 17 122	35 794	- 18 192	- 9 241	- 6 780	1 582

in Mio. EUR	Bruttobetrag von finanziellen Verbindlichkeiten	Saldierungsbetrag	Bilanzierter Nettobetrag von finanziellen Verbindlichkeiten	Beträge, die keiner bilanziellen Saldierung unterliegen			Nettobetrag
				Gestellte Sicherheiten			
				Effekt von Saldierungs-Rahmenvereinbarungen	Finanzinstrumente	Barsicherheiten	
31.12.2014							
Kontokorrentverbindlichkeiten	369	- 99	270	0	0	0	270
Verbindlichkeiten aus Wertpapierpensionsgeschäften/-leihegeschäften	22 419	- 3 048	19 371	- 3 833	- 15 527	0	11
Derivate	44 913	- 14 359	30 554	- 21 654	- 48	- 7 148	1 704
Insgesamt	67 701	- 17 506	50 195	- 25 487	- 15 575	- 7 148	1 985

Zum 31. Dezember 2015 wurde der Nettobetrag bilanzierter Kontokorrentverbindlichkeiten i. H. v. 12 Mio. EUR (Vorjahr: 21 Mio. EUR) in den Verbindlichkeiten an Kreditinstitute und i. H. v. 220 Mio. EUR (Vorjahr: 249 Mio. EUR) in den Verbindlichkeiten an Kunden gezeigt.

Die Wertpapierpensions- und Wertpapierleihegeschäfte wurden mit ihrem jeweiligen Nettobetrag in folgendem Bilanzposten ausgewiesen: 8 677 Mio. EUR (Vorjahr: 12 034 Mio. EUR) Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und 2 728 Mio. EUR (Vorjahr: 7 337 Mio. EUR) Verbindlichkeiten gegenüber Kunden.

Die Nettoverbindlichkeiten aus Derivategeschäften wurden wie auch im Vorjahr in voller Höhe in den Erfolgswirksam zum Fair Value bewerteten finanziellen Verpflichtungen ausgewiesen.

68. Angaben zur Emissionstätigkeit.

01.01.- 31.12.2015 Mio. EUR	Anzahl	Volumen	Rückkäufe	Tilgungen
Pfandbriefe	34	4 812	279	4 868
Geldmarktgeschäfte	122	5 375	901	2 711
Sonstige Inhaberschuldverschreibungen	8 079	414 299	1 374	24 234
Sonstige Schuldverschreibungen	0	0	418	0
Insgesamt	8 235	424 486	2 972	31 813

01.01.- 31.12.2014 Mio. EUR	Anzahl	Volumen	Rückkäufe	Tilgungen
Pfandbriefe	72	1 762	1 079	5 242
Geldmarktgeschäfte	421	58 220	0	54 343
Sonstige Inhaberschuldverschreibungen	6 088	554 853	4 653	286 948
Sonstige Schuldverschreibungen	0	0	1 250	112
Insgesamt	6 581	614 835	6 981	346 645

Sonstige Angaben.

69. Angaben zu Anteilen an anderen Unternehmen.

Maßgebliche Beschränkungen des Konzerns, Zugang zu Vermögenswerten der Gruppe zu erlangen oder diese zu nutzen.

Innerhalb des Konzerns bestehen Vermögenswerte, die vertraglichen, gesetzlichen oder aufsichtsrechtlichen Verfügungsbeschränkungen unterliegen, die den LBBW-Konzern in seiner Möglichkeit einschränken, zu diesen Vermögenswerten Zugang zu erhalten und sie für die Erfüllung von Verbindlichkeiten der Gruppe zu verwenden. Die Beschränkungen resultieren aus der Deckungsmasse des Pfandbriefgeschäfts, Vermögenswerten zur Besicherung von Verpflichtungen aus Repogeschäften und aus der Stellung von Sicherheiten für Verbindlichkeiten aus OTC-Derivategeschäften sowie für von konsolidierten strukturierten Einheiten begebene Verbindlichkeiten. Auch regulatorische Anforderungen, Anforderungen von Zentralbanken und lokale gesellschaftsrechtliche Vorschriften können die Nutzbarkeit von Vermögenswerten einschränken.

Es bestehen keine maßgeblichen Beschränkungen aus Schutzrechten nicht beherrschender Anteile, die die Fähigkeit des Konzerns einschränken, Vermögenswerte zu transferieren oder Verbindlichkeiten zu erfüllen.

Die Buchwerte der Vermögenswerte mit maßgeblichen Beschränkungen betragen:

Mio. EUR	31.12.2015	31.12.2014
Vermögenswerte mit Verfügungsbeschränkung		
Forderungen an Kreditinstitute	20 186	25 994
Forderungen an Kunden	38 243	38 268
Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte	15 961	14 085
Finanzanlagen AfS	3 298	14 203
Sonstige	879	944
Insgesamt	78 567	93 494

Die Vermögenswerte mit maßgeblichen Beschränkungen setzen sich im Wesentlichen aus der Deckungsmasse des Pfandbriefgeschäfts in Höhe von 33 Mrd. EUR (Vorjahr: 42 Mrd. EUR), übertragenen, aber nicht vollständig ausgebuchten finanziellen Vermögenswerten im Rahmen von Wertpapierpensions- oder Leihgeschäften und Förderkreditgeschäften (siehe Note 65) in Höhe von 34 Mrd. EUR (Vorjahr: 39 Mrd. EUR) sowie Sicherheiten für Verbindlichkeiten aus OTC-Derivategeschäften in Höhe von 8 Mrd. EUR (Vorjahr: 8 Mrd. EUR) zusammen.

Anteile an konsolidierten strukturierten Einheiten.

In den Konzernabschluss wurden insgesamt 13 strukturierte Einheiten einbezogen, deren relevante Aktivitäten nicht durch Stimmrechte oder vergleichbare Rechte gesteuert werden. Die LBBW steht in Geschäftsbeziehungen mit diesen Unternehmen und erwirbt im Rahmen von Anlageentscheidungen auch Commercial Papers von den konsolidierten strukturierten Einheiten.

Gegenüber den konsolidierten strukturierten Einheiten bestehen zum 31. Dezember 2015 Liquiditätslinien in Höhe von 2 148 Mio. EUR (im Vorjahr: 3 805 Mio. EUR).

Anteile an gemeinsamen Vereinbarungen und assoziierten Unternehmen.

Ein Gemeinschaftsunternehmen und zwei assoziierte Unternehmen sind für den LBBW-Konzern aufgrund des Beteiligungsbuchwerts bzw. der Bilanzsumme und des anteiligen Ergebnisses von wesentlicher Bedeutung und werden unter Verwendung der Equity-Methode bewertet.

In der folgenden Tabelle sind zusammengefasste Finanzinformationen für jedes Gemeinschaftsunternehmen, das für den LBBW-Konzern wesentlich ist, dargestellt:

Mio. EUR	GIZS GmbH & Co. KG, Stuttgart ^{1), 2)}	
	31.12.2015	31.12.2014
Gewinn-/Verlust aus fortzuführenden Geschäftsbereichen	- 7	0
Gesamtergebnis	- 7	0
Kurzfristige Vermögenswerte	27	0
Zahlungsmittel und -äquivalente	25	0
Andere kurzfristige Vermögenswerte	2	0
Langfristige Vermögenswerte	6	0
Kurzfristige Schulden	15	0
Kurzfristige finanzielle Schulden	15	0
Reinvermögen des Gemeinschaftsunternehmens	18	0
Anteil am Kapital (in %)	33	0
Anteil am Reinvermögen	6	0
Beteiligungsbuchwert	6	0

1) Hauptgeschäftssitz.

2) Strategische Beteiligung.

Die GIZS GmbH & Co. KG, an der die LBBW mit einem Kapital- und Stimmrechtsanteil in Höhe von 33% beteiligt ist, hält und verwaltet zukünftig Beteiligungen an einem Gemeinschaftsunternehmen von Instituten der deutschen Kreditwirtschaft, das den Aufbau, Betrieb und die Weiterentwicklung eines Verfahrens für mobile Zahlungen und Zahlungen im Internet zum Gegenstand hat.

In der folgenden Tabelle sind zusammengefasste Finanzinformationen für jedes assoziierte Unternehmen, das für den LBBW-Konzern wesentlich ist, dargestellt:

Mio. EUR	BWK GmbH Unternehmensbeteiligungs- gesellschaft, Stuttgart ^{1), 2), 3)}		Vorarlberger Landes- und Hypothesenbank AG, Bregenz ^{1), 2)}	
	31.12.2015	31.12.2014	31.12.2015	31.12.2014
Erlöse	79	234	333	351
Gewinn-/Verlust aus fortzuführenden Geschäftsbereichen	59	219	87	84
Erfolgsneutrales Ergebnis	6	- 148	- 7	2
Gesamtergebnis	64	71	80	86
Kurzfristige Vermögenswerte	163	365	3 281	3 369
Langfristige Vermögenswerte	262	221	10 536	10 737
Kurzfristige Schulden	27	11	5 592	5 748
Langfristige Schulden	9	28	7 296	7 470
Eventualverbindlichkeiten	1	2	386	384
Reinvermögen des assoziierten Unternehmens	388	547	930	888
Anteil am Kapital (in %)	40	40	24	24
Anteil am Reinvermögen	155	219	223	213
Sonstige Anpassungen	- 52	- 58	- 106	- 82
Beteiligungsbuchwert	104	161	116	131

1) Hauptgeschäftssitz.

2) Strategische Beteiligung

3) Anpassung Vorjahreswerte aufgrund der Abspaltung einer Beteiligung des assoziierten Unternehmens in 2015.

Die Finanzinformationen in zusammengefasster Form stellen an konzerneinheitliche Bilanzierungsvorgaben angepasste Beträge des IFRS-Abschlusses der assoziierten Einheit dar.

In dem Posten Sonstige Anpassungen sind im Wesentlichen Wertminderungen der Beteiligungsansätze enthalten.

Die BWK GmbH Unternehmensbeteiligungsgesellschaft (UBG), an der die LBBW mit einem Kapital- und Stimmrechtsanteil in Höhe von 40% beteiligt ist, bietet als langfristig orientierter Investor Eigenkapitallösungen für den Mittelstand an.

Die Vorarlberger Landes- und Hypothesenbank AG, an der die LBBW mit einem Stimmrechtsanteil in Höhe von 24% beteiligt ist, bietet Bankdienstleistungen für Privat- und Unternehmenskunden an.

Im Berichtsjahr erhielt die LBBW Dividenden in Höhe von 92 Mio. EUR (Vorjahr: 6 Mio. EUR) aus ihrer Beteiligung an der BWK GmbH Unternehmensbeteiligungsgesellschaft und in Höhe von 1 Mio. EUR (Vorjahr: 1 Mio. EUR) aus ihrer Beteiligung an der Vorarlberger Landes- und Hypothesenbank AG.

In der folgenden Tabelle sind die Anteile am Erfolg sowie die Buchwerte der Anteile für jedes Gemeinschaftsunternehmen und assoziierte Unternehmen, die einzeln für sich genommen unwesentlich sind und nach der Equity-Methode bilanziert werden, dargestellt:

Mio. EUR	Assoziierte Unternehmen		Gemeinschaftsunternehmen	
	31.12.2015	31.12.2014	31.12.2015	31.12.2014
Anteil am Gewinn oder Verlust aus fortgeführten Geschäftsbereichen	2	0	3	1
Anteil am erfolgsneutralen Ergebnis	2	0	0	0
Anteil am Gesamtergebnis	4	0	3	1
Summe der Buchwerte der Konzernanteile	7	0	6	6

Im Zusammenhang mit den Anteilen an assoziierten Unternehmen und Gemeinschaftsunternehmen bestehen Eventualverbindlichkeiten in Höhe von 6 Mio. EUR (Vorjahr: 3 Mio. EUR). Des Weiteren bestehen unwiderrufliche Kreditzusagen in Höhe von 3 Mio. EUR (Vorjahr: 22 Mio. EUR) sowie sonstige nicht angesetzte Verpflichtungen in Höhe von 9 Mio. EUR (Vorjahr: 1 Mio. EUR) gegenüber Gemeinschaftsunternehmen.

Die Verlustanteile an assoziierten Unternehmen und Gemeinschaftsunternehmen, die die LBBW im Rahmen der Anwendung der Equity-Methode nicht mehr ausweist, betragen in 2015 - 1 Mio. EUR (Vorjahr: 0 Mio. EUR) und kumulativ - 15 Mio. EUR (Vorjahr: - 14 Mio. EUR).

Anteile an nicht konsolidierten strukturierten Einheiten.

Strukturierte Einheiten sind Einheiten, die in einer Weise konzipiert wurden, dass bei der Bestimmung, welche Partei beherrschenden Einfluss auf die Einheiten ausübt, Stimmrechte und vergleichbare Rechte nicht den dominierenden Faktor darstellen. Dies ist bspw. der Fall, wenn sich die Stimmrechte lediglich auf Verwaltungsaufgaben beziehen und die relevanten Aktivitäten, die die Rückflüsse der Einheiten erheblich beeinflussen, durch Vertragsvereinbarungen oder faktische Machtpositionen gelenkt werden.

Eine strukturierte Einheit zeichnet sich oftmals durch einige oder sämtliche der folgenden Merkmale aus:

- Beschränkte Tätigkeiten
- Enger und genau definierter Zweck
- Unzureichendes Eigenkapital, um ohne nachgeordnete finanzielle Unterstützung ihre relevanten Aktivitäten ausführen zu können
- Finanzierung durch die Bündelung von Kredit- und anderen Risiken (Tranchen) in Form vielfacher vertraglicher Instrumente, die an die Anleger gebunden sind

Strukturierte Einheiten werden entsprechend den in Note 3 dargestellten Grundsätzen konsolidiert, wenn der LBBW-Konzern aufgrund seiner Beziehungen zu der strukturierten Einheit einen beherrschenden Einfluss ausüben kann. Die Angaben zu nicht konsolidierten strukturierten Einheiten beziehen sich auf strukturierte Einheiten, die nicht konsolidiert werden, da der LBBW-Konzern keinen beherrschenden Einfluss auf diese ausüben kann. Über diese ist zu berichten, wenn der LBBW-Konzern aus seinen vertraglichen und nichtvertraglichen Beziehungen (»Anteilen«) variablen Rückflüssen aus den Tätigkeiten der strukturierten Einheiten ausgesetzt ist. Anteile an nicht konsolidierten strukturierten Einheiten umfassen u. a. Darlehen und Kredite, Eigenkapitalinstrumente, verschiedene Formen von Derivaten, Garantien und Liquiditätsfazilitäten.

Der LBBW-Konzern steht mit den folgenden Arten von nicht konsolidierten strukturierten Einheiten in Geschäftsbeziehungen:

- Fonds: Der LBBW-Konzern bietet Kunden Investitionsmöglichkeiten in selbst gegründete und gesponserte Fonds und tätigt Investitionen in von Dritten gegründete und gesponserte Fonds. Fonds ermöglichen Investoren gemäß einer festgelegten Anlagestrategie gezielt in Vermögenswerte zu investieren. Die Finanzierung erfolgt grundsätzlich durch die Ausgabe von Fonds-Anteilen und ist in der Regel durch die von der strukturierten Einheit gehaltenen Vermögenswerte besichert. Der LBBW-Konzern kann hierbei als Manager der strukturierten Einheit, Investor, Treuhänder für andere Investoren oder in einer anderen Funktion auftreten.
- Verbriefungsvehikel: Verbriefungsvehikel bieten Investoren Investitionsmöglichkeiten in diversifizierte Portfolios unterschiedlicher Vermögenswerte wie z. B. Leasing-, Handelsforderungen etc. Die Finanzierung der Verbriefungsvehikel erfolgt durch die Ausgabe von tranchierten Schuldverschreibungen, deren Auszahlungen abhängig von der Entwicklung der Vermögenswerte des Verbriefungsvehikels sowie von der Stellung der jeweiligen Tranche innerhalb der Zahlungsfolge sind. Der LBBW-Konzern nimmt an der Finanzierung oder Strukturierung solcher Vehikel teil.
- Finanzierungsgesellschaften: Finanzierungsgesellschaften (inklusive Leasingobjektgesellschaften) werden für die Finanzierung diverser Vermögenswerte oder Transaktionen gegründet. Sie verfolgen einen beschränkten Unternehmenszweck, wodurch die relevanten Aktivitäten vorherbestimmt sind oder nicht durch Stimmrechte oder vergleichbare Rechte gesteuert werden. Die LBBW stellt als Fremdkapitalgeber Finanzierungsmittel für diese strukturierten Einheiten zur Verfügung, die durch die von der Gesellschaft gehaltenen Vermögenswerte besichert sind.

- Sonstige: Sonstige strukturierte Einheiten sind Einheiten, die keiner der anderen genannten Arten von strukturierten Einheiten zuordenbar sind.

Der Umfang einer strukturierten Einheit ist abhängig von deren Art:

- Fonds: Höhe des verwalteten Vermögens
- Verbriefungen: Nennwert der ausgegebenen Wertpapiere
- Finanzierungsgesellschaften: Bilanzsumme
- Sonstige strukturierte Einheiten: Bilanzsumme

Der Umfang von nicht konsolidierten strukturierten Einheiten ohne öffentlich verfügbare Daten wird mit dem Nennwert des Engagements der LBBW angegeben.

Der Umfang der nicht konsolidierten strukturierten Einheiten stellt sich wie folgt dar:

Mio. EUR	Verbriefungs- vehikel		Fonds		Finanzierungs- gesellschaften		Sonstige		Insgesamt	
	31.12. 2015	31.12. 2014	31.12. 2015	31.12. 2014	31.12. 2015	31.12. 2014	31.12. 2015	31.12. 2014	31.12. 2015	31.12. 2014
Umfang der strukturierten Einheiten	15 386	14 267	299 217	276 388	18 622	18 508	6 171	22	339 396	309 185

Die folgende Tabelle zeigt nach Art der strukturierten Einheiten die Buchwerte der in der Konzernbilanz ausgewiesenen Vermögenswerte und Verbindlichkeiten sowie die Nominalwerte der außerbilanziellen Verpflichtungen, die Anteile an nicht konsolidierten strukturierten Einheiten betreffen, und die Posten in der Konzernbilanz, unter denen diese Vermögenswerte und Verbindlichkeiten angesetzt werden:

Mio. EUR	Verbriefungs- vehikel		Fonds		Finanzierungs- gesellschaften		Sonstige		Insgesamt	
	31.12. 2015	31.12. 2014	31.12. 2015	31.12. 2014	31.12. 2015	31.12. 2014	31.12. 2015	31.12. 2014	31.12. 2015	31.12. 2014
Aktiva										
Forderungen	7 361	8 186	2 196	4 887	2 224	2 740	0	0	11 782	15 813
Forderungen an Kreditinstitute	26	247	0	0	0	0	0	0	26	247
Forderungen an Kunden	7 335	7 939	2 196	4 887	2 224	2 740	0	0	11 756	15 566
Risikovorsorge	0	0	0	0	0	10	0	0	0	10
Risikovorsorge für Forderungen an Kunden	0	0	0	0	0	10	0	0	0	10
Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte	396	602	699	688	- 42	429	963	21	2 017	1 739
Handelsaktiva	384	566	526	499	14	407	850	0	1 774	1 472
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	1	0	0	0	1	0	0	0	2	0
Fair-Value-Option	12	36	172	189	- 57	21	114	21	241	267
Finanzanlagen	323	66	0	0	50	59	0	0	373	125
Summe Aktiva	8 080	8 853	2 895	5 575	2 233	3 237	963	21	14 171	17 686
Passiva										
Verbindlichkeiten	1 434	1 250	1 969	1 139	194	268	0	0	3 597	2 657
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	1 434	1 250	1 969	1 139	194	268	0	0	3 597	2 657
Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Verbindlichkeiten	1	1	2 896	1 657	1	0	0	0	2 897	1 658
Handelspassiva	1	1	2 846	1 608	1	0	0	0	2 848	1 609
Fair-Value-Option	0	0	50	49	0	0	0	0	50	49
Nachrangkapital	0	0	5	0	0	0	0	0	5	0
Summe Passiva	1 435	1 251	4 870	2 796	195	268	0	0	6 499	4 315
Außerbilanzielle Verpflichtungen	6	0	27	7	180	84	0	0	213	91

Die maximal möglichen Verluste aus Anteilen an nicht konsolidierten strukturierten Einheiten sind abhängig von der Art der Anteile. Das maximale Verlustrisiko von den in der Tabelle dargestellten Aktiva entspricht den Bilanzwerten (ggf. nach Risikovorsorge). Von den in den Handelsaktiva bzw. Handelspassiva enthaltenen Derivaten mit einem Buchwert von 65 Mio. EUR (Vorjahr: 94 Mio. EUR) bzw. 86 Mio. EUR (Vorjahr: 145 Mio. EUR) und von den außerbilanziellen Verpflichtungen, u. a. Kreditzusagen, Garantien und Liquiditätsfazilitäten, stellen die Nominalwerte die maximal möglichen Verluste dar. Der Nennwert für Derivate mit positivem Wiederbeschaffungswert beträgt 11 145 Mio. EUR (Vorjahr: 8 352 Mio. EUR) und für Derivate mit negativem Wiederbeschaffungswert 8 538 Mio. EUR (Vorjahr: 3 627 Mio. EUR). Das maximale Verlustrisiko entspricht nicht dem erwarteten Verlust und berücksichtigt nicht bestehende Sicherheiten sowie Sicherungsbeziehungen, die das wirtschaftliche Risiko beschränken. Im Rahmen einer Kreditrestrukturierung bestehen darüber hinaus außerbilanzielle Verpflichtungen gegenüber einer strukturierten Einheit (siehe Note 72).

Aus seinen Anteilen an nicht konsolidierten strukturierten Einheiten erzielt der LBBW-Konzern Zinserträge und Provisionserträge aus der Finanzierung dieser Einheiten. Weitere Einnahmen resultieren aus Management-Vergütungen und ggf. Erfolgsbeteiligungen im Rahmen des Fonds-Managements durch die LBBW. Des Weiteren werden Erträge aus der Bewertung bzw. dem Verkauf von durch nicht konsolidierte strukturierte Einheiten begebenen Wertpapieren realisiert.

Gesponserte nicht konsolidierte strukturierte Einheiten, an denen der LBBW-Konzern zum Berichtsstichtag keine Anteile hält.

Die LBBW war als Sponsor beim Aufsetzen bzw. Vermarkten von diversen strukturierten Einheiten beteiligt, an denen sie zum Berichtsstichtag keine Anteile hält. Eine strukturierte Einheit gilt als gesponsert, wenn sie begründeterweise mit der LBBW in Verbindung gebracht wird und durch die LBBW unterstützt wurde. Unterstützungen können in diesem Zusammenhang folgende Leistungen umfassen:

- Die Verwendung des Namens »LBBW« für die strukturierte Einheit;
- Vermögenswerte des LBBW-Konzerns wurden auf die strukturierte Einheit übertragen oder an diese verkauft;
- Die strukturierte Einheit wurde durch den LBBW-Konzern gegründet und/oder es wurde Gründungskapital durch die LBBW bereitgestellt.

Aus Geschäftsvorfällen mit gesponserten, nicht konsolidierten Fonds und Verbriefungen, an denen der LBBW-Konzern zum Berichtsstichtag keine Anteile hält, erzielte die LBBW Bruttoerträge aus Provisionen in Höhe von 5 Mio. EUR (Vorjahr: 20 Mio. EUR). Im Rahmen von Initialverkäufen und Replenishment-Vereinbarungen wurden in 2015 insgesamt Vermögenswerte in Höhe von 724 Mio. EUR (Vorjahr: 1 82 Mio. EUR) von Dritten auf gesponserte, nicht konsolidierte strukturierte Einheiten übertragen.

70. Leasingverhältnisse.

Finance Lease – LBBW als Leasinggeber.

Für die in den Forderungen an Kunden enthaltenen Finance-Lease-Geschäfte ergibt sich die folgende Überleitung des Bruttoinvestitionswerts auf den Barwert der Mindestleasingzahlungen:

Mio. EUR	31.12.2015	31.12.2014
Bruttoinvestitionswert	5 060	5 575
Bis zu 1 Jahr	1 730	1 621
Länger als 1 Jahr und bis zu 5 Jahren	2 953	3 207
Über 5 Jahre	377	747
./. unrealisierter Finanzertrag	- 444	- 585
= Nettoinvestitionswert	4 616	4 991
./. Barwert der nicht garantierten Restwerte	- 173	- 171
= Barwert der Forderungen aus Mindestleasingzahlungen	4 442	4 820
Bis zu 1 Jahr	1 524	1 427
Länger als 1 Jahr und bis zu 5 Jahren	2 638	2 835
Über 5 Jahre	281	558

Der Bruttoinvestitionswert ist aus Sicht des Leasinggebers die Summe aus Mindestleasingzahlungen eines Finance-Lease-Verhältnisses und jeglichen dem Leasinggeber zustehenden, nicht garantierten Restwerten. Die Mindestleasingzahlungen sind dabei diejenigen Zahlungen, welche der Leasingnehmer während der Laufzeit des Leasingverhältnisses zu zahlen hat oder zu denen er herangezogen werden kann, außer bedingte Mietzahlungen, Aufwand für Dienstleistungen und Steuern, die der Leasinggeber zu zahlen hat und die ihm erstattet werden, sowie jegliche garantierte Restwerte. Anfängliche direkte Vertragsanlaufkosten werden in die Forderungen aus Finance-Lease-Verträgen miteinbezogen. Der Nettoinvestitionswert entspricht dem Barwert des Bruttoinvestitionswerts; die Abzinsung erfolgt dabei auf Basis des dem Leasingverhältnis zugrunde liegenden Zinssatzes aus Sicht des Leasinggebers.

Die kumulierten Wertberichtigungen für uneinbringlich ausstehende Mindestleasingzahlungen betragen zum Abschlussstichtag – 91 Mio. EUR (Vorjahr: – 116 Mio. EUR).

Finance Lease – LBBW als Leasingnehmer.

Die unter den Sachanlagen ausgewiesenen Leasingobjekte aus Finance Lease setzen sich aus folgenden Objektarten zusammen:

Mio. EUR	31.12.2015	31.12.2014
Gebäude	1	2
Grundstücke	1	1
Finance-Lease-Gegenstände insgesamt	3	3

Der Buchwert der Vermögenswerte aus Finance Lease in den Sachanlagen i. H. v. 3 Mio. EUR (Vorjahr: 3 Mio. EUR) bezieht sich im Wesentlichen auf ein Gebäude mit Grundstück. Es besteht ein Leasingvertrag über ein Verwaltungsgebäude in Mainz zwischen der LBBW als Leasingnehmer und einer Grundstücksverwaltungsgesellschaft als Leasinggeber. Die Mietzeit beträgt 20 Jahre mit einem Konversionszeitpunkt zum 31. August 2020. Es besteht eine Kaufoption zum Ende der Mietzeit mit der Möglichkeit des Erwerbs zu dem im Vertrag festgelegten Verkehrswert des Leasingobjekts.

Für die u. a. in den Sonstigen Passiva enthaltenen Verbindlichkeiten aus Finance Lease ergibt sich die folgende Überleitung des Bruttoinvestitionswerts auf den Barwert der Mindestleasingzahlungen:

Mio. EUR	31.12.2015	31.12.2014
Künftige Mindestleasingzahlungen	5	6
Bis zu 1 Jahr	1	1
Länger als 1 Jahr und bis zu 5 Jahren	4	5
./. Abzinsungsbetrag	- 1	- 1
= Barwert der künftigen Mindestleasingzahlungen	4	5
Bis zu 1 Jahr	1	1
Länger als 1 Jahr und bis zu 5 Jahren	3	4

Operate Lease – LBBW als Leasinggeber.

Die Buchwerte der im Rahmen von Operate Lease angesetzten Vermögenswerte unter den Sachanlagen, bei denen es sich im Wesentlichen um Vereinbarungen über die Vermietung eigener Grundstücke und Gebäude handelt, teilen sich wie folgt auf:

Mio. EUR	31.12.2015	31.12.2014
Gebäude	72	49
Grundstücke	33	26
Operate Lease insgesamt	105	75

Die Buchwerte der im Rahmen von Operate-Lease-Vereinbarungen vermieteten als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien betragen 649 Mio. EUR (Vorjahr: 705 Mio. EUR).

Aus den genannten Leasingverhältnissen werden folgende Zahlungen erwartet:

Mio. EUR	31.12.2015	31.12.2014
Bis zu 1 Jahr	64	103
Länger als 1 Jahr und bis zu 5 Jahren	157	226
Über 5 Jahre	393	348
Künftige Mindestleasingzahlungen aus unkündbaren Leasingverträgen	614	677

Operate Lease – LBBW als Leasingnehmer.

Aus den Leasingverhältnissen, bei welchen die LBBW Leasingnehmer ist, bestehen Zahlungsverpflichtungen i. H. v.:

Mio. EUR	31.12.2015	31.12.2014
Bis zu 1 Jahr	72	75
Länger als 1 Jahr und bis zu 5 Jahren	144	179
Über 5 Jahre	114	120
Künftige Mindestleasingzahlungen aus unkündbaren Leasingverträgen	329	374

Im Geschäftsjahr 2015 wurden Mindestleasingzahlungen i. H. v. – 28 Mio. EUR (Vorjahr: – 31 Mio. EUR) als Aufwendungen erfasst. Dieser Posten setzt sich hauptsächlich zusammen aus Aufwendungen für Mieten für Geschäftsräume und Software.

71. Beziehungen zu nahestehenden Unternehmen und Personen.

Im Rahmen der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit unterhält der LBBW-Konzern Geschäftsbeziehungen zu nahestehenden Unternehmen und Personen.

Hierzu gehören die Anteilseigner der LBBW (siehe Note 21), beherrschte, aber aus Gründen der Wesentlichkeit nicht konsolidierte Tochterunternehmen, strukturierte Einheiten, at Equity bewertete assoziierte Unternehmen, Gemeinschaftsunternehmen, Personen in Schlüsselpositionen und deren Angehörige sowie von diesem Personenkreis beherrschte Unternehmen. Zu den Personen in Schlüsselpositionen zählen die Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats einschließlich Angehöriger der LBBW (Bank) als Mutterunternehmen.

Vergütungen und Geschäftsvorfälle mit Personen des Key Managements können der Note 79 entnommen werden.

Die Geschäfte mit nahestehenden Unternehmen und Personen wurden im Rahmen der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit zu marktüblichen Konditionen abgeschlossen. Dabei handelte es sich u. a. um Kredite, Tages- und Termingelder, Derivate und Wertpapiergeschäfte.

Der Umfang der Transaktionen mit nahestehenden Unternehmen und Personen kann der folgenden Aufstellung entnommen werden:

31.12.2015		Mitglieder des Vorstands und AR	Nicht konsolidierte Tochter- unternehmen	Assoziierte Unternehmen	Joint Ventures	Sonstige nahe stehende Personen/ Unternehmen
Mio. EUR	Anteilseigner					
Forderungen an Kreditinstitute	188	0	0	109	0	0
Forderungen an Kunden	1 440	1	86	143	57	15
Risikovorsorge	0	0	- 17	0	0	0
Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte	2 357	0	48	77	0	0
Finanzanlagen	0	0	243	47	39	5 501
Aktiva Insgesamt	3 986	1	360	375	96	5 517
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	7 550	0	0	0	0	0
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	40	4	98	95	36	6 030
Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen	1 156	0	3	76	1	0
Nachrangkapital	92	0	0	7	0	0
Passiva Insgesamt	8 838	4	102	178	37	6 030
Eventualverbindlichkeiten	100	0	6	13	21	0

31.12.2014		Mitglieder des Vorstands und AR	Nicht konsolidierte Tochter- unternehmen	Assoziierte Unternehmen	Joint Ventures	Sonstige nahe stehende Personen/ Unternehmen
Mio. EUR	Anteilseigner					
Forderungen an Kreditinstitute	188	0	0	129	0	0
Forderungen an Kunden	4 121	2	227	179	89	55
Risikovorsorge	0	0	- 45	0	- 4	0
Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte	3 054	0	5	127	5	0
Finanzanlagen	31	0	216	52	23	5 501
Sonstige Aktiva	0	0	1	0	0	0
Aktiva Insgesamt	7 394	2	404	487	113	5 556
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	6 908	0	5	3	0	0
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	146	3	197	450	7	6 081
Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen	1 511	0	2	95	1	0
Nachrangkapital	92	0	0	7	0	0
Passiva Insgesamt	8 657	3	204	555	8	6 081
Eventualverbindlichkeiten	343	0	11	16	28	0

Aus Geschäften mit nahestehenden Personen und Unternehmen ergaben sich wesentliche Erträge und Aufwendungen im Zinsergebnis i. H. v. 119 Mio. EUR (Vorjahr: 91 Mio. EUR) und in der Risikovorsorge i. H. v. - 28 Mio. EUR (Vorjahr: - 33 Mio. EUR).

Für Geschäftsvorfälle mit Unternehmen, die durch die Anteilseigner der LBBW beherrscht werden bzw. unter maßgeblichem Einfluss stehen, hat die LBBW die Ausnahmeregelung gemäß IAS 24.25 in Anspruch genommen. Zum 31. Dezember 2015 beläuft sich die Summe der Aktivpositionen für die einzeln unwesentlichen Geschäfte auf 517 Mio. EUR und die Summe dieser Passivgeschäfte auf 823 Mio. EUR. Der Umfang der außerbilanziellen Geschäfte und Verpflichtungen der einzeln unwesentlichen Geschäfte beträgt 69 Mio. EUR.

Auf der Aktivseite werden fünf bedeutende Geschäftsvorfälle mit Unternehmen, die durch die Anteilseigner der LBBW beeinflusst werden, mit einem Volumen von 294 Mio. EUR ausgewiesen. Es handelt sich dabei insbesondere um bankübliche Geschäfte wie z. B. Kommunaldarlehen. Darüber hinaus bestehen fünf wesentliche Passivgeschäfte mit einem Volumen von 311 Mio. EUR, bei denen es sich im Wesentlichen um bankübliche Geldhandelsgeschäfte handelt. Daneben besteht eine wesentliche unwiderrufliche Kreditzusage über 53 Mio. EUR.

72. Außerbilanzielle Geschäfte und Verpflichtungen.

Eventualverbindlichkeiten und andere Verpflichtungen.

Eventualverbindlichkeiten und andere Verpflichtungen beinhalten eine vertraglich eingegangene, aber in der Realisierung noch nicht wahrscheinliche Verpflichtung (Eintrittswahrscheinlichkeit kleiner 50%). Die Verpflichtung kann sowohl aus gestellten Bürgschaften als auch aus Kunden eingeräumten, jedoch noch nicht in Anspruch genommenen, und terminlich begrenzten Kreditlinien erwachsen. Der angesetzte Betrag entspricht den möglichen Verpflichtungen bei vollständiger Ausnutzung eingeräumter Kreditlinien bzw. Inanspruchnahme der Avale. Die Wahrscheinlichkeit eines Vermögensabflusses wird regelmäßig überprüft. Sofern sich Anhaltspunkte für eine wahrscheinliche Inanspruchnahme ergeben, wird eine Rückstellung im Kreditgeschäft bilanziert und betraglich vom Bestand der außerbilanziellen Verpflichtung abgesetzt.

Mio. EUR	31.12.2015	31.12.2014
Eventualverbindlichkeiten	5 489	5 640
Bürgschaften und Gewährleistungsverträge	5 410	5 574
At Equity bewertete Unternehmen	6	2
davon gemeinschaftlich eingegangene Verpflichtungen	6	2
Andere Eventualverbindlichkeiten	73	64
Andere Verpflichtungen	22 375	21 591
Unwiderrufliche Kreditzusagen	21 796	20 961
Einzahlungsverpflichtungen und Mithaftungen	415	387
Verpflichtungen aus begonnenen Investitionsvorhaben	100	189
Sonstige Verpflichtungen	64	55
Insgesamt	27 864	27 231

Die Einzahlungsverpflichtungen und Mithaftungen beinhalten Nachschusspflichten gegenüber zentralen Kontrahenten i. H. v. 302 Mio. EUR (Vorjahr: 185 Mio. EUR).

Bei einer erforderlichen Kreditrestrukturierung wurde im Konsortialverbund eine Zweckgesellschaft ICON Brickell LLC (»ICON«) gegründet. Die LBBW ist indirekt über die Yankee Properties LLC (»Yankee«) an ICON beteiligt. Der Geschäftszweck der ICON, die finanzierten Wohnungen zu verkaufen, ist inzwischen erfüllt. Die LBBW und die anderen Gesellschafter der ICON haben eine »Guaranty« (Recht des Bundesstaates Florida) für die Verpflichtungen der ICON abgegeben. Diese bezieht sich auf Zahlungspflichten sowie auf alle sonstigen Verhaltenspflichten der Yankee gegenüber ICON. Hieraus können weiterhin, d. h. bis spätestens zur Rückgabe der Guaranty, (Gewährleistungs-)Ansprüche in unbegrenzter Höhe an die LBBW herangetragen werden.

Die bisher national geregelte Bankenabgabe wurde auf EU-Ebene im Rahmen der Bankenabwicklungsrichtlinie (Richtlinie 2014/59/EU (BRRD)) mit Wirkung vom 01.01.2015 neu geregelt. Die beitragspflichtigen Institute sind verpflichtet, Jahresbeiträge zum Restrukturierungsfonds zu leisten. Diese sind so zu bemessen, dass die Gesamtsumme der Jahresbeiträge aller beitragspflichtigen Institute im Zeitraum 2015 bis 2024 1% der gedeckten Einlagen aller beitragspflichtigen Institute erreicht (§ 12b Abs. 2 i. V. m. § 12a Abs. 1 RStruktFG). Auf Antrag (§12 Abs. 5 RStruktFG) wurde der LBBW gestattet, 30% des festgesetzten Jahresbeitrags in Form von in vollem Umfang abgesicherten Zahlungsansprüchen zu erbringen. Die Absicherung der Zahlungsansprüche erfolgte durch eine Barsicherheit in Höhe von 20,5 Mio. EUR. Die LBBW hat auf erstes Anfordern die Zahlungsverpflichtung ganz oder in Teilen zu erfüllen. Die zuständige Behörde soll nur im Falle von Abwicklungsmaßnahmen den Betrag abrufen. Die LBBW weist in Höhe der Zahlungsverpflichtung eine Eventualverbindlichkeit aus.

Zuzüglich zu den anderen Verpflichtungen fallen jährlich 284 Mio. EUR (Vorjahr: 245 Mio. EUR) für Verpflichtungen aus Miet- und Pachtverträgen an.

Sicherungsreserve und Einlagensicherungsfonds.

Die LBBW ist Sicherungsmitglied der Sicherungsreserve der Landesbanken, der Girozentralen und der angeschlossenen Institute. Die zum 30. Juni 2015 letztmals ausgewiesenen anderen Verpflichtungen enthalten eine Nachschusspflicht i. H. v. 109 Mio. EUR (31. Dezember 2014: 109 Mio. EUR) auf Basis der letzten Umlageberechnung des DSGV aus dem Jahr 2014.

Das am 3. Juli 2015 in Kraft getretene Einlagensicherungsgesetz (EinSiG) regelt die zukünftige finanzielle Ausstattung der gesetzlichen und institutsbezogenen Sicherungssysteme, darunter auch das institutsbezogene Sicherungssystem der Sparkassen-Finanzgruppe. Die Einlagensicherungssysteme sorgen dafür, dass ihre verfügbaren Finanzmittel bis zum Ablauf des 3. Juli 2024 mindestens eine Zielausstattung von 0,8% der gedeckten Einlagen nach § 8 Abs. 1 EinSiG der ihnen angehörenden CRR-Kreditinstitute betragen (§ 17 Abs. 2 Satz 1 EinSiG).

Die Erreichung der Zielausstattung erfolgt grundsätzlich durch eine lineare Beitragsverteilung bis zum Jahr 2024. Beiträge an das Sicherungssystem werden entsprechend dem Zielvolumen des Beitragsjahres (unter Berücksichtigung der Veränderungen u. a. bei den gedeckten Einlagen) jährlich neu berechnet (Jahresbeitrag).

Die LBBW hat sich gegenüber dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband e.V. als Träger des institutsbezogenen Sicherungssystems unwiderruflich verpflichtet, neben dem Jahresbeitrag weitere Zahlungen z. B. im Entschädigungsfall gemäß § 10 EinSiG auf erstes Anfordern zu leisten.

Zudem hat sich die LBBW nach § 5 Abs. 10 der Statuten des Einlagensicherungsfonds dazu verpflichtet, den Bundesverband deutscher Banken e.V., Berlin, von Verlusten freizustellen, die diesem durch eine Hilfeleistung zugunsten von im Mehrheitsbesitz der Landesbank Baden-Württemberg stehenden Kreditinstituten entstehen. Sofern ein Stützungsfall eintritt, können die Nachschüsse sofort eingefordert werden. Im Berichtszeitraum ist ein solcher Fall nicht eingetreten.

Gewährträgerhaftung.

Die LBBW haftet für die bis zum 18. Juli 2005 (Wegfall der Gewährträgerhaftung) entstandenen Verbindlichkeiten der DekaBank Deutsche Girozentrale, Berlin und Frankfurt am Main, sowie der LBS Landesbausparkasse Baden-Württemberg, Stuttgart und Karlsruhe, in bestimmten Fällen abhängig von Entstehungszeitpunkt und Laufzeit der Verbindlichkeit als Gewährträger fort; für nach diesem Zeitpunkt entstandene Verbindlichkeiten haftet die LBBW in keinem Fall als Gewährträger.

Entsprechendes gilt im Außenverhältnis für die im Zeitraum ihrer Beteiligung entstandenen Verbindlichkeiten folgender Kreditinstitute: ehemalige Landesbank Schleswig-Holstein Girozentrale, Kiel, und ehemalige LRP Landesbank Rheinland-Pfalz, Mainz.

Eventualforderungen.

Mio. EUR	31.12.2015	31.12.2014
Rechtsstreitigkeiten	10	4
Insgesamt	10	4

Treuhandgeschäfte.

Die nicht bilanzierten Treuhandgeschäfte betreffen folgende Arten von Vermögenswerten sowie Verbindlichkeiten und gliedern sich wie folgt:

Mio. EUR	31.12.2015	31.12.2014
Forderungen an Kreditinstitute	450	498
Forderungen an Kunden	238	280
Finanzanlagen	3	4
Sachanlagen	0	3
Sonstige Aktiva	35	33
Treuhandvermögen¹⁾	727	818
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	723	812
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	3	6
Treuhandverbindlichkeiten¹⁾	727	818

¹⁾ Inklusive Forderungen und Verbindlichkeiten in fremdem Namen auf fremde Rechnung (Verwaltungskredite).

73. PIIS Exposure.

In Ergänzung zu der im Risiko- und Chancenbericht dargestellten Regionengliederung erfolgen nachstehend die Angaben zum Exposure in den PIIS-Staaten (Portugal, Italien, Irland und Spanien) auf Basis der IFRS-Bilanzwerte pro Sitzland und je Schuldner- bzw. Bilanzkategorie sowie über die gebildeten Einzelwertberichtigungen.

Anders als im Vorjahr werden in der Zeile Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete Vermögenswerte ausschließlich Geschäfte dargestellt, die der Handelsaktiva oder der Fair-Value-Option Aktiva zugeordnet wurden und keine Derivate sind. Derivate werden in einer separaten Zeile gezeigt. Dieses veränderte Vorgehen ist auch in den Vorjahreswerten berücksichtigt.

Das Exposure des LBBW-Konzerns gegenüber Finanzinstituten, Unternehmen und öffentlichen Haushalten aus den vier Ländern reduzierte sich im Vergleich zum Vorjahr auf 4,8 Mrd. EUR (Vorjahr: 5,7 Mrd. EUR). Insbesondere der Rückgang der Finanzanlagen von öffentlichen Haushalten in Italien (- 604 Mio. EUR) trug zu dieser Entwicklung bei.

Gegenüber Finanzinstituten.

Mio. EUR	Irland		Italien		Portugal		Spanien	
	31.12.2015	31.12.2014	31.12.2015	31.12.2014	31.12.2015	31.12.2014	31.12.2015	31.12.2014
Forderungen	0,2	0,7	3,4	10,0	4,8	0,5	2,2	5,2
Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete Vermögenswerte (ohne Derivate)	8,7	81,5	41,2	17,7	1,0	2,3	106,9	434,9
Derivate (netto)	- 51,8	- 50,0	12,5	38,0	- 1,0	- 1,4	- 76,2	- 100,0
Finanzanlagen AfS	0,0	0,0	38,2	39,2	0,0	0,0	70,8	72,8
Neubewertungsrücklage	0,0	0,0	1,5	2,5	0,0	0,0	3,8	5,3
Summe	- 42,9	32,2	95,3	104,9	4,8	1,4	103,7	412,9
Ergänzende CDS-Informationen zu obiger Position Derivate								
CDS Aktiv-Positionen	0,0	0,0	0,2	0,3	0,0	0,0	0,5	1,5
CDS Passiv-Positionen	0,0	0,0	- 0,2	- 0,3	0,0	0,0	0,0	- 0,7
CDS Aktiv-Nominale	0,0	0,0	61,0	140,0	0,0	0,0	23,5	232,0
CDS Passiv-Nominale	0,0	0,0	- 58,0	- 135,0	0,0	0,0	- 20,0	- 230,0

Gegenüber Unternehmen.

Mio. EUR	Irland		Italien		Portugal		Spanien	
	31.12.2015	31.12.2014	31.12.2015	31.12.2014	31.12.2015	31.12.2014	31.12.2015	31.12.2014
Forderungen	330,4	365,6	162,5	175,0	18,2	20,1	591,7	652,1
Risikovorsorge (Einzelwertberichtigungen)	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	- 44,7	- 34,0
Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete Vermögenswerte (ohne Derivate)	361,7	90,0	0,7	0,6	0,0	0,0	0,3	0,9
Derivate (netto)	0,0	6,7	9,6	10,7	0,0	0,0	59,4	69,3
Finanzanlagen AfS	9,3	9,5	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Neubewertungsrücklage	2,2	2,8	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Finanzanlagen LaR	19,7	19,6	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Summe	721,1	491,4	172,8	186,3	18,2	20,1	606,7	688,3
Ergänzende CDS-Informationen zu obiger Position Derivate								
CDS Aktiv-Positionen	0,0	0,0	0,2	0,8	0,0	0,0	- 0,6	1,0
CDS Passiv-Positionen	0,0	0,0	- 0,1	- 0,5	0,0	0,0	0,0	- 0,5
CDS Aktiv-Nominale	0,0	0,0	57,6	116,1	0,0	0,0	57,0	121,5
CDS Passiv-Nominale	0,0	0,0	- 12,6	- 76,6	0,0	0,0	- 21,0	- 95,0

Gegenüber öffentlichen Haushalten.

Mio. EUR	Irland		Italien		Portugal		Spanien	
	31.12.2015	31.12.2014	31.12.2015	31.12.2014	31.12.2015	31.12.2014	31.12.2015	31.12.2014
Forderungen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	4,1
Derivate (netto)	0,0	- 0,1	- 0,2	- 0,5	- 0,3	- 0,4	0,0	0,0
Finanzanlagen AfS	0,0	0,0	2 056,4	2 660,4	282,0	283,5	752,3	776,9
Neubewertungsrücklage	0,0	0,0	- 91,5	- 289,7	- 1,5	- 9,0	- 41,0	- 57,0
Summe	0,0	- 0,1	2 056,2	2 659,9	281,7	283,1	752,3	781,0
Ergänzende CDS-Informationen zu obiger Position Derivate								
CDS Aktiv-Positionen	0,1	0,1	1,0	- 1,9	- 0,7	- 1,9	0,0	0,8
CDS Passiv-Positionen	- 0,1	- 0,1	- 1,2	1,5	0,4	1,5	0,0	- 0,8
CDS Aktiv-Nominale	55,0	49,3	298,2	351,6	73,1	68,6	130,0	137,8
CDS Passiv-Nominale	- 55,0	- 57,5	- 299,0	- 340,8	- 72,4	- 69,0	- 125,2	- 134,9

Die obigen Zahlenangaben enthalten keine ABS, deren Emittenten den Sitz in einem dieser vier Länder haben.

74. Adressenausfallrisiko.

Mit den folgenden Tabellen wird den Ausweispflichten gemäß IFRS 7.36 und 7.37 nachgekommen.

Maximales Adressenausfallrisiko sowie Wirkung risikoreduzierender Maßnahmen.

31.12.2015					
Mio. EUR	Brutto-Exposure	Netting/ Collateral	Kredit- derivate (Protection Buy)	Kredit- sicherheiten	Netto- Exposure
Barreserve	1 125	0	0	0	1 125
Zum Fair Value bewertete Vermögenswerte					
Handelsaktiva	101 608	53 702	13 601	670	33 635
Der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Vermögenswerte	786	172	0	23	591
Positive Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	3 881	3 713	0	11	156
Finanzanlagen AfS	18 363	0	0	0	18 363
zinstragende Vermögenswerte	15 683	0	0	0	15 683
nicht zinstragende Vermögenswerte	2 680	0	0	0	2 680
Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete Vermögenswerte					
Forderungen an Kreditinstitute	31 732	5 139	0	1 437	25 156
Forderungen an Kunden	108 421	15 156	0	38 067	55 199
davon Finanzierungsleasing	4 260	0	0	307	3 953
Finanzanlagen LaR	6 073	0	0	0	6 073
zinstragende Vermögenswerte	6 052	0	0	0	6 052
nicht zinstragende Vermögenswerte	21	0	0	0	21
Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen	73	0	0	0	73
Insgesamt	272 062	77 883	13 601	40 208	140 371
Kreditzusagen und sonstige Vereinbarungen	47 117	0	0	3 823	43 294
Gesamt Exposure	319 179	77 883	13 601	44 031	183 665

31.12.2014					
Mio. EUR	Brutto-Exposure	Netting/Collateral	Kredit-derivate (Protection Buy)	Kredit-sicherheiten	Netto-Exposure
Barreserve	920	0	0	0	920
Zum Fair Value bewertete Vermögenswerte					
Handelsaktiva	125 035	64 759	15 863	1 387	43 027
Der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Vermögenswerte	788	0	0	25	763
Positive Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	4 649	4 398	0	28	223
Finanzanlagen AfS	22 151	0	15	0	22 136
zinstragende Vermögenswerte	19 452	0	15	0	19 437
nicht zinstragende Vermögenswerte	2 700	0	0	0	2 700
Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete Vermögenswerte					
Forderungen an Kreditinstitute	44 520	11 186	0	1 762	31 572
Forderungen an Kunden	108 014	10 657	0	37 421	59 936
davon Finanzierungsleasing	4 595	0	0	459	4 137
Finanzanlagen LaR	6 011	0	0	0	6 011
zinstragende Vermögenswerte	5 992	0	0	0	5 992
nicht zinstragende Vermögenswerte	19	0	0	0	19
Insgesamt	312 088	91 000	15 878	40 623	164 588
Kreditzusagen und sonstige Vereinbarungen	50 959	0	0	3 263	47 696
Gesamt Exposure	363 047	91 000	15 878	43 886	212 284

Vom Gesamtportfolio i. H. v. 319 Mrd. EUR zum Stichtag 31. Dezember 2015 sind 99,3% der Vermögenswerte (Vorjahr: 99,1 %) weder wertgemindert noch überfällig.

Weitere Aussagen zur Werthaltigkeit des Portfolios können dem Risiko- und Chancenbericht entnommen werden.

Portfolioqualität – überfällige, nicht wertgeminderte Vermögenswerte.

Als überfällige, nicht wertgeminderte Vermögenswerte ist das Brutto-Exposure der Geschäfte mit mehr als fünf Tagen Zahlungsverzug definiert, für welche kein Wertberichtigungsbedarf festgestellt wurde.

Zum Stichtag 31. Dezember 2015 entfiel hierauf ein Brutto-Exposure i. H. v. 158 Mio. EUR (Vorjahr: 569 Mio. EUR). Mehr als die Hälfte dieser Fälle ist weniger als drei Monate überfällig.

In der nachfolgenden Tabelle ist die Laufzeitengliederung dieses Teilportfolios dargestellt:

31.12.2015								
Mio. EUR	<=1 Monat	> 1 bis 3 Monate	> 3 bis 6 Monate	> 6 bis 9 Monate	> 9 bis 12 Monate	> 12 Monate	Gesamt	
Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete Vermögenswerte								
Forderungen an Kreditinstitute	0	2	0	0	0	3	5	
Forderungen an Kunden	21	60	9	19	3	42	153	
davon Finanzierungsleasing	3	1	0	0	0	0	3	
Insgesamt	21	61	9	19	3	44	157	
Kreditzusagen und sonstige Vereinbarungen	0	0	0	0	0	1	1	
Gesamt Exposure	21	62	10	19	3	45	158	

31.12.2014								
Mio. EUR	<=1 Monat	> 1 bis 3 Monate	> 3 bis 6 Monate	> 6 bis 9 Monate	> 9 bis 12 Monate	> 12 Monate	Gesamt	
Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete Vermögenswerte								
Forderungen an Kreditinstitute	4	0	3	3	6	0	15	
Forderungen an Kunden	329	55	39	2	16	88	528	
davon Finanzierungsleasing	7	1	0	0	0	0	8	
Insgesamt	333	55	41	5	21	88	544	
Kreditzusagen und sonstige Vereinbarungen	0	4	22	0	0	0	26	
Gesamt Exposure	333	59	63	5	21	88	569	

Portfolioqualität – wertgeminderte Vermögensgegenstände.

Nachfolgend wird das Brutto-Exposure gegenüber Kunden, für die eine Wertberichtigung gebildet wurde, ausgewiesen:

Mio. EUR	31.12.2015	31.12.2014
Zum Fair Value bewertete Vermögenswerte		
Finanzanlagen AfS	1	1
zinstragende Vermögenswerte	1	1
Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete Vermögenswerte		
Forderungen an Kreditinstitute	4	16
Forderungen an Kunden	1 914	2 548
davon Finance Lease	92	112
Insgesamt	1 919	2 565
Kreditzusagen und sonstige Vereinbarungen	182	208
Gesamt Exposure	2 101	2 773

Die wertgeminderten Vermögenswerte haben sich im Vergleich zum 31. Dezember 2014 um 672 Mio. EUR reduziert. Die Veränderung fand größtenteils bei Forderungen an Kunden statt.

In der nachfolgenden Tabelle wird das wertgeminderte Portfolio je Ausfallgrund zum Stichtag dargestellt:

	31.12.2015		31.12.2014	
	Gesamt in Mio. EUR	Gesamt in %	Gesamt in Mio. EUR	Gesamt in %
1) Kündigung/Fälligkeit/Insolvenz	303	14,5	448	16,2
2) Zahlungsverzug/Überziehung > 90 Tage ¹⁾	179	8,5	308	11,1
3) Unwahrscheinliche Rückzahlung ²⁾	1 619	77,0	2 017	72,7
Gesamt	2 101	100,0	2 773	100,0

¹⁾ Ohne Kriterien der Nr. 1).

²⁾ Ohne Erfüllung der Kriterien der Nr. 1) oder 2) (Auffangtatbestand).

Forbearance.

Zum 31. Dezember 2015 bestehen im LBBW-Konzern Vermögenswerte mit einem Nettobuchwert i. H. v. 1,5 Mrd. EUR, bei welchen Forbearance-Maßnahmen eingeräumt wurden. Dabei wurden im Wesentlichen Modifikationen hinsichtlich der Bedingungen und Konditionen gewährt. Bei einem Teilbestand der Vermögenswerte mit Forbearance-Maßnahmen in Höhe von 0,6 Mrd. EUR handelt es sich um wertgeminderte Vermögenswerte.

Für Vermögenswerte mit Forbearance-Maßnahmen hat die LBBW Finanzgarantien i. H. v. 0,2 Mrd. EUR erhalten.

75. Kapitalmanagement.

Ziel der Kapitalsteuerung der LBBW ist es, eine solide Kapitalisierung im LBBW-Konzern sicherzustellen. Um eine Angemessenheit des Kapitals unter verschiedenen Aspekten zu gewährleisten, werden die Kapitalquoten und -strukturen sowohl aus einem regulatorischen als auch einem ökonomischen Blickwinkel betrachtet. Das Kapitalmanagement der LBBW ist eingebettet in den Gesamtbanksteuerungsprozess, die Strategien, die Regelwerke, die Überwachungsprozesse sowie die Organisationsstrukturen des LBBW-Konzerns.

Die integrierte Risiko- und Kapitalsteuerung erfolgt durch den Gesamtvorstand. Das Asset Liability Committee (ALCo) unterstützt den Vorstand u. a. bei der Bilanzstruktursteuerung, der Kapitalsteuerung, der Liquiditätssteuerung und der Refinanzierung sowie bei der Marktpreisrisikosteuerung. Das ALCo agiert hierbei entscheidungsvorbereitend, die Beschlussfassung erfolgt anschließend durch den Gesamtvorstand.

Beim Risikomanagement und einem Kapitalmanagement unter ökonomischen Gesichtspunkten unterstützt das Risk Committee (RiskCom) entscheidungsvorbereitend den Vorstand bei der Risikoüberwachung, der Risikomethodik und der Risikostrategie für den Gesamtkonzern sowie bei der Einhaltung der aufsichtsrechtlichen Anforderungen.

Um bei der Vielzahl an Anforderungen im Bankenaufsichtsrecht und der Bilanzierung frühzeitig die steuerungsrelevanten Anforderungen zu bewerten und Maßnahmen zu ergreifen, besteht ein koordinierendes Regulatorik-/Bilanzierungskomitee.

Die Kapitalallokation und die längerfristige strategische Kapitalsteuerung erfolgen im Rahmen des jährlichen integrierten Planungsprozesses (mit einem fünfjährigen Planungshorizont), mit dem unterjährigen Forecast und werden vom Gesamtvorstand beschlossen sowie laufend überwacht. Über den Wirtschaftsplan entscheidet der Aufsichtsrat abschließend.

Ökonomisches Kapital.

Neben dem regulatorisch notwendigen Eigenkapital wird bei der LBBW in einem weiteren Steuerungskreis das ökonomisch notwendige Kapital, das mithilfe eigener Risikomodelle ermittelt wird, überwacht.

Details hierzu befinden sich im Risiko- und Chancenbericht.

Regulatorisches Kapital.

Die Kapitalquoten der LBBW-Gruppe werden nach den Vorgaben von Art. 92 CRR i. V. m. Art. 11 CRR ermittelt. Danach betragen die jederzeit einzuhaltenden Quoten:

- Harte Kernkapitalquote (Basis: hartes Kernkapital) von 4,5%,
- Kernkapitalquote (Basis: hartes sowie zusätzliches Kernkapital) von 6,0%,
- Gesamtkapitalquote (Basis: hartes und zusätzliches Kernkapital sowie Ergänzungskapital) von 8%.

Durch die EZB wurde der aufsichtsrechtliche Überprüfungs- und Bewertungsprozesses (SREP) durchgeführt. Auf Grundlage dieses Prozesses wurde von der EZB mit Schreiben vom 20. November 2015 festgelegt, dass die LBBW über die Mindestanforderungen nach Art. 11 CRR hinaus jederzeit eine harte Kernkapitalquote in Höhe von 9,75% auf konsolidierter Basis einzuhalten hat. In dieser Quote sind die o. g. harte Kernkapitalquote sowie der ab 01. Januar 2016 vorzuhaltende Kapitalerhaltungspuffer enthalten.

Die Quoten ergeben sich aus den jeweiligen Kapitalbestandteilen, ausgedrückt als Prozentsatz, des Gesamtforderungsbetrags. Der Gesamtforderungsbetrag ergibt sich aus den risikogewichteten Forderungsbeträgen für das Kredit- und Verwässerungsrisiko, die Handelsbuchstätigkeit, die Marktpreisrisiken, die Risiken einer Anpassung der Kreditbewertung bei OTC-Derivaten, dem operationellen Risiko sowie dem Gegenparteiausfallrisiko aus Handelsbuchstätigkeit. Diese aufsichtsrechtlich geforderten Quoten wurden im Geschäftsjahr 2015 jederzeit eingehalten.

Die Eigenmittel ergeben sich aus der Summe von Kernkapital und Ergänzungskapital.

Das Kernkapital besteht aus dem harten sowie dem zusätzlichen Kernkapital. Dabei umfasst das harte Kernkapital das eingezahlte Kapital, die damit verbundenen Agien (Kapitalrücklagen), die Gewinnrücklagen, das kumulierte Sonstige Ergebnis sowie die sonstigen Rücklagen.

Das zusätzliche Kernkapital umfasst die Vermögenseinlagen stiller Gesellschafter sowie Preference Shares. Diese können aufgrund der Übergangsbestimmungen bis Ende 2021 innerhalb der gemäß Art. 486 CRR i. V. m. § 31 SolvV geltenden Bandbreiten weiterhin in dieser Kapitalrubrik angerechnet werden. Nicht mehr in diese Bandbreiten fallende Beträge können, sofern die Bedingungen für die Anrechnung als Ergänzungskapital erfüllt sind, in dieser Kapitalrubrik angerechnet werden.

Das Ergänzungskapital besteht aus verbrieften langfristigen nachrangigen Verbindlichkeiten und Genussscheinen sowie langfristigen nachrangigen Darlehen und Genussrechten, welche die Bedingungen des Art. 63 CRR erfüllen, sowie den damit verbundenen Agien. Die Instrumente des Ergänzungskapitals unterliegen in den letzten fünf Jahren ihrer Laufzeit einer taggenauen Abschmelzung.

Vom harten Kernkapital sind die Verluste des laufenden Geschäftsjahres, die immateriellen Vermögenswerte, der Goodwill, von der künftigen Rentabilität abhängige latente Steueransprüche sowie der Wertberichtigungsfehlbetrag für Forderungen, die gemäß dem IRB-Ansatz berechnet wurden, abzuziehen. Des Weiteren müssen bei der Ermittlung der Eigenmittel eine negative Neubewertungsrücklage, die durch Veränderungen der eigenen Bonität bedingten Gewinne oder Verluste aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten eigenen Verbindlichkeiten, Gewinne und Verluste aus zum Zeitwert bilanzierten derivativen Verbindlichkeiten, die aus dem eigenen Kreditrisiko des Instituts resultieren, sowie Wertanpassungen aufgrund der Anforderungen für eine vorsichtige Bewertung abgezogen werden.

Hierbei dürfen für diese Abzugs- bzw. Ausschlusspositionen vom harten Kernkapital die Übergangsbestimmungen gemäß Art. 467 ff. i. V. m. Art. 481 CRR angewandt werden. Somit müssen für latente Steuern aus nicht temporären Differenzen in 2015 Abzugspositionen in Höhe von 10% vom harten Kernkapital berücksichtigt werden, die restlichen 90% sind als risikogewichtete Aktiva mit einem Risikogewicht von 0% anzusetzen. Als Abzugspositionen in Höhe von 40% vom harten Kernkapital müssen berücksichtigt werden: der laufende Verlust, eine negative Neubewertungsrücklage für Beteiligungen, die immateriellen Vermögensgegenstände sowie der Goodwill, der Wertberichtigungsfehlbetrag, eine negative Neubewertungsrücklage aus sonstigen Wertpapieren (außer Zentralregierungen) sowie die Gewinne und Verluste aus zum Zeitwert bilanzierten derivativen Verbindlichkeiten, die aus dem eigenen Kreditrisiko des Instituts resultieren. Die restlichen 60% der o. g. Abzugspositionen für den laufenden Verlust, die immateriellen Vermögensgegenstände und den Goodwill werden vom zusätzlichen Kernkapital abgezogen. Der restliche Wertberichtigungsfehlbetrag in Höhe von 60% wird hälftig vom zusätzlichen Kernkapital und dem Ergänzungskapital abgezogen.

Im Rahmen der Marktpflege können in Wertpapieren verbriefte Ergänzungskapitalbestandteile innerhalb der geltenden Grenzen zurückgekauft werden. Eigene zurückgekauft direkt sowie indirekt gehaltene Ergänzungskapitalinstrumente sind vom Ergänzungskapital abzuziehen. Die beantragte Obergrenze wurde im Jahr 2015 jederzeit eingehalten.

Die LBBW hat zum 1. Januar 2008 von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) die Zulassung zur Anwendung des auf internen Ratings basierenden Ansatzes für die Ermittlung der Eigenmittelunterlegung von Adressrisiken aus wesentlichen Forderungsklassen erhalten. Die Eigenmittelanforderungen für Forderungen, für die noch keine Zulassung eines Ratingverfahrens vorliegt, werden nach dem Kreditrisiko-Standardansatz (KSA) berechnet.

Die Eigenmittel gemäß CRR berechnen sich auf Basis des IFRS-Abschlusses der aufsichtsrechtlich einzubeziehenden Unternehmen.

Die Zusammensetzung der Eigenmittel des LBBW-Konzerns ist nachfolgender Tabelle zu entnehmen:

Mio. EUR	31.12.2015	31.12.2014
Eigenmittel	16 287	16 315
Kernkapital (Tier I)	12 931	12 972
davon hartes Kernkapital (CET I)	12 181	12 015
davon zusätzliches Kernkapital (AT I)	749	957
Ergänzungskapital (Tier II)	3 356	3 343
Gesamtrisikobetrag (ehemals: Anrechnungspflichtige Positionen)	74 460	82 182
Risikogewichtete Forderungsbeträge für das Kredit-, Gegenparteausfall- und Verwässerungsrisiko sowie Vorleistungen	60 483	65 500
Risikopositionsbetrag für Abwicklungs- und Lieferrisiken	0	1
Gesamtforderungsbetrag für Positions-, Fremdwährungs- und Warenpositionsrisiken	7 198	9 061
Gesamtbetrag der Risikopositionen für Operationelle Risiken	4 787	5 065
Gesamtrisikobetrag aufgrund Anpassung der Kreditbewertung	1 993	2 554
Gesamtkapitalquote in %	21,9	19,9
Kernkapitalquote in %	17,4	15,8
Harte Kernkapitalquote in %	16,4	14,6

Mio. EUR	31.12.2015	31.12.2014
Kernkapital (Tier I)	12 931	12 972
Eingezahlte Kapitalinstrumente	3 484	3 484
Agio	8 240	8 240
Zusätzliches Kernkapital	749	957
Einbehaltene Gewinne, kumuliertes Ergebnis sowie Sonstige Rücklagen	1 528	882
Abzugspositionen vom harten Kernkapital gemäß CRR	- 1 071	- 591

Erläuterung der Veränderungen 2014 zu 2015.

Das harte Kernkapital (CET 1) der LBBW-Gruppe erhöhte sich durch die erfolgte Gewinnthesaurierung trotz gesteigener Abzugspositionen aufgrund der anzuwendenden Übergangsbestimmungen. Das zusätzliche Kernkapital (AT 1) verringerte sich wegen Fälligkeiten von Stillen Einlagen sowie wegen Schwankung der Abzugsbeträge und deren veränderter Anrechnung aufgrund der Übergangsbestimmungen gemäß CRR. Das Ergänzungskapital (T 2) wurde im Juni 2015 durch die Neuemission einer Nachranganleihe im Rahmen des MTN-Programms in Höhe von 500 Mio. EUR gestärkt. Gegenläufig dazu wirkten sich die taggenaue Amortisierung von Ergänzungskapitalbestandteilen sowie die Schwankung der Abzugsbeträge und deren veränderte Anrechnung aufgrund der Übergangsbestimmungen gemäß CRR aus.

Die gemäß Gewinnverwendungsbeschluss einbehaltenen Gewinne stellen hartes Kernkapital dar und wirken sich somit auf alle Kapitalquoten erhöhend aus. Die Verminderung des zusätzlichen Kernkapitals beeinflusst die Kern- sowie die Gesamtkapitalquote, die Emission von Ergänzungskapital hat lediglich auf die Gesamtkapitalquote einen positiven Effekt.

Die Verringerung des Gesamtrisikobetrags ergibt sich im Wesentlichen aus dem Rückgang der risikogewichteten Forderungsbeträge für das Kreditrisiko aufgrund von Tilgungen und Fälligkeiten. Der Gesamtbetrag der Risikopositionen für Operationelle Risiken verminderte sich wegen der jährlichen Neuberechnung. Die Abnahme des Gesamtforderungsbetrags für Positions-, Fremdwährungs- und Warenpositionsrisiken resultiert hauptsächlich aus zwei Effekten. Zum einen ergibt sich eine Verminderung des Zinsänderungsrisikos durch die Entwicklung des Wertpapierportfolios, zum anderen ergibt sich ein Rückgang der im internen Modell ermittelten Werte für das allgemeine Zins- und Aktienrisiko aufgrund der allgemeinen Geschäftsentwicklung.

76. Ereignisse nach dem Bilanzstichtag.

Die LBBW hat mit Vertrag vom 2. Dezember 2015 ihre Anteile an der cellent AG Stuttgart, veräußert. Mit Erfüllung aller aufschiebenden Bedingungen im Januar 2016 wurde hieraus ein Veräußerungsgewinn in mittlerer zweistelliger Millionenhöhe erzielt.

Zusatzangaben nach § 315a HGB.

77. Anteilsbesitz und Angaben zu Tochterunternehmen, assoziierten Unternehmen und Joint Ventures.

Der Anteil der assoziierten Unternehmen und der Joint Ventures an der Gesamtsumme aller Vermögenswerte und Schulden sowie Erlösen und Periodenergebnissen wird in Note 68 dargestellt.

Die LBBW Immobilien-Holding GmbH, Stuttgart, die LBBW Leasing GmbH, Mannheim, die LBBW Spezialprodukte-Holding GmbH, Stuttgart, und die LBBW Service GmbH, Stuttgart, haben von der Befreiung des § 264 Abs. 3 HGB Gebrauch gemacht.

Die folgende Übersicht zeigt die vollständige Auflistung des Anteilsbesitzes des LBBW-Konzerns gemäß § 313 Abs. 2 HGB zum Konzernabschluss sowie § 285 Nr. 11 HGB zum Jahresabschluss der Landesbank Baden-Württemberg einschließlich der Angaben gemäß § 285 Nr. 11a HGB zum Abschlussstichtag. In der Auflistung des Anteilsbesitzes sind die Gesellschaften, für die eine Patronatserklärung abgegeben wurde, gekennzeichnet.

Lfd. Nr.	Name	Ort	Kapitalanteil in %	abw. Stimmrechte in %	WKZ	Eigenkapital in Tsd. EUR	Ergebnis in Tsd. EUR
I. In den Konzernabschluss einbezogene Unternehmen							
1. Tochterunternehmen							
a. Voll konsolidierte Tochterunternehmen (Verfügungsgewalt über Stimmrechte)							
1	ALVG Anlagenvermietung GmbH ^{1) 4a) 14)}	Stuttgart	100,00		EUR	19 000,00	0,00
2	Austria Beteiligungsgesellschaft mbH ¹⁴⁾	Stuttgart	66,67		EUR	35 641,34	182,68
3	Bahnhofplatz Objekt-GmbH & Co. KG ^{1) 14)}	Stuttgart	100,00		EUR	13 441,51	3 654,36
4	Bahnhofplatz Objektverwaltungs-GmbH ^{1) 14)}	Stuttgart	100,00		EUR	13,46	- 0,41
5	Bahnhofplatz-Gesellschaft Stuttgart AG ^{1) 4a) 14)}	Stuttgart	93,22		EUR	4 452,44	0,00
6	Bauwerk-Stuttgart GmbH ^{1) 14)}	Stuttgart	75,00		EUR	- 567,65	- 5,61
7	BW Capital Markets Inc. ^{3) 14)}	Wilmington, USA	100,00		USD	3 095,31	- 409,75
8	BW-Immobilien GmbH ^{1) 4a) 14)}	Stuttgart	100,00		EUR	1 920,04	0,00
9	Centro Alemán de Industria y Comercio de México S. de R.L. de C.V. ^{2) 14)}	México, D. F., Mexiko	100,00		MXN	- 11 575,37	- 2 137,03
10	CFH Beteiligungsgesellschaft mbH ^{1) 14)}	Leipzig	100,00		EUR	67 891,59	5 880,62
11	Dritte Industriefabrik Objekt-GmbH ^{1) 4a) 16)}	Stuttgart	100,00		EUR	701,91	507,44
12	Dritte LBBW US Real Estate GmbH ¹⁴⁾	Leipzig	100,00		EUR	17 626,92	11 336,52
13	EAST Portfolio s.r.o. ^{3a) 14)}	Praha 5, Tschechien	100,00		CZK	17 286,27	2 102,68
14	Employrion Komplementär GmbH ^{1) 14) 18)}	Weil	100,00		EUR	29,31	1,12
15	Entwicklungsgesellschaft Grunewaldstraße 61 – 62 mbH & Co. KG ^{1) 14)}	Stuttgart	94,84	94,90	EUR	- 3 397,41	131,54
16	Entwicklungsgesellschaft Uhlandstraße 187 GmbH & Co. KG ^{1) 14)}	Stuttgart	94,90		EUR	- 2 197,09	659,78
17	Erste IMBW Capital & Consulting Komplementär GmbH ^{1) 14) 18)}	Weil	100,00		EUR	26,37	- 0,79
18	Erste Industriefabrik Objekt-GmbH ^{1) 4a) 16)}	Stuttgart	100,00		EUR	450,16	88,75
19	EuroCityCenterWest GmbH & Co. KG ^{1) 14)}	Stuttgart	100,00		EUR	- 19 781,31	90,65
20	EuroCityCenterWest Verwaltungs-GmbH ^{1) 14)}	Stuttgart	94,80		EUR	35,83	0,31
21	FLANTIR PROPERTIES LIMITED ^{1) 14)}	Nicosia, Zypern	100,00		RUB	- 51 272,61	- 36 936,43
22	FOM/LEG Verwaltungs GmbH ^{1) 14)}	Heidelberg	50,00		EUR	- 17,27	- 5,27
23	Fünfte Industriefabrik Objekt-GmbH ^{1) 4a) 16)}	Stuttgart	100,00		EUR	575,02	- 59,21
24	Ganghofer Straße München GmbH & Co. KG ^{1) 14)}	Stuttgart	100,00		EUR	- 72,14	- 73,14
25	Ganghofer Straße München Komplementär GmbH ^{1) 14)}	Stuttgart	100,00		EUR	23,47	- 1,53
26	German Centre for Industry and Trade GmbH, Beteiligungsgesellschaft ^{4) 14)}	Stuttgart	100,00		EUR	3 942,99	0,00
27	German Centre for Industry and Trade Pte. Ltd. Singapore ^{1) 14)}	Singapore, Singapur	100,00		SGD	13 800,73	2 682,76
28	Grundstücksgesellschaft Einkaufszentrum Haerder-Center Lübeck mbH & Co. KG ^{1) 3b) 14)}	Stuttgart	94,00		EUR	- 24 482,91	- 108,83
29	Grunewaldstraße 61 – 62 GmbH ^{1) 14)}	Stuttgart	100,00		EUR	28,20	0,84
30	IMBW Capital & Consulting GmbH ^{1) 4a) 14)}	Stuttgart	100,00		EUR	250,00	0,00
31	Immobilienvermittlung BW GmbH ¹⁴⁾	Stuttgart	100,00		EUR	2 502,38	2,38
32	Industriefabrik-Aktiengesellschaft ^{1) 4a) 14)}	Stuttgart	93,63		EUR	23 281,64	0,00
33	IRP Immobilien-Gesellschaft Rheinland-Pfalz mbH ^{1) 4a) 14)}	Mainz	51,41		EUR	90,69	74,27
34	Kiesel Finance Management GmbH ^{1) 14)}	Baienfurt	90,00		EUR	33,72	2,10
35	Kommunalbau Rheinland-Pfalz GmbH ^{1) 4a) 14)}	Mainz	51,40		EUR	534,84	- 248,59
36	Landesbank Baden-Württemberg Capital Markets Plc ^{3) 14)}	London, Großbritannien	100,00		EUR	5 601,00	100,00
37	LBBW Asset Management Investmentgesellschaft mbH ^{3) 14)}	Stuttgart	100,00		EUR	32 446,31	12 719,73
38	LBBW Immobilien Asset Management GmbH ^{1) 4a) 14)}	Stuttgart	100,00		EUR	1 305,03	0,00
39	LBBW Immobilien Capital Fischertor GmbH & Co. KG ^{1) 14)}	München	93,98	94,00	EUR	- 5 306,88	- 6,73
40	LBBW Immobilien Capital GmbH ^{1) 14)}	Stuttgart	100,00		EUR	- 2 194,26	665,37
41	LBBW Immobilien Development GmbH ^{1) 4a) 14)}	Stuttgart	94,90		EUR	15 783,69	0,00
42	LBBW Immobilien GmbH & Co. Beteiligung KG ^{1) 14)}	Stuttgart	100,00		EUR	30 274,49	954,73
43	LBBW Immobilien Kommunalentwicklung GmbH ^{1) 4a) 14)}	Stuttgart	81,62		EUR	2 016,51	0,00
44	LBBW Immobilien Luxembourg S.A. ^{1) 14)}	Luxembourg, Luxemburg	100,00		EUR	- 76 021,25	- 78,71
45	LBBW Immobilien Management Gewerbe GmbH ^{1) 4a) 14)}	Stuttgart	94,90		EUR	3 303,97	0,00
46	LBBW Immobilien Management GmbH ^{1) 4a) 14)}	Stuttgart	100,00		EUR	425 694,37	0,00
47	LBBW Immobilien M_Eins Berlin GmbH ^{1) 14)}	Stuttgart	100,00		EUR	- 13,47	- 38,47
48	LBBW Immobilien Romania S.R.L. ^{1) 14)}	Bukarest, Rumänien	100,00		RON	- 34 625,31	- 8 495,70
49	LBBW Immobilien Süd GmbH & Co. KG ^{1) 14)}	Stuttgart	100,00		EUR	- 42 523,94	275,04
50	LBBW Immobilien Versicherungsvermittlung GmbH ^{1) 4a) 14)}	Stuttgart	100,00		EUR	25,00	0,00

Lfd. Nr.	Name	Ort	Kapital- anteil in %	abw. Stimm- rechte in %	WKZ	Eigen- kapital in Tsd. EUR	Ergebnis in Tsd. EUR
51	LBBW Immobilien Westend Carree II GmbH & Co. KG ¹⁾	Stuttgart	100,00			k. A.	k. A.
52	LBBW Immobilien Westend Carree II Komplementär GmbH ¹⁾	Stuttgart	100,00			k. A.	k. A.
53	LBBW Immobilien-Holding GmbH ^{4) 14)}	Stuttgart	100,00		EUR	439 050,54	0,00
54	LBBW Leasing GmbH ^{4) 14)}	Stuttgart	100,00		EUR	266 088,54	0,00
55	LBBW México ^{2) 14)}	México, Mexiko	100,00		MXN	3 968,16	1 165,78
56	LBBW Service GmbH ^{4) 14)}	Stuttgart	100,00		EUR	224,67	0,00
57	LBBW Spezialprodukte-Holding GmbH ^{4) 14)}	Stuttgart	100,00		EUR	101 871,73	0,00
58	LBBW US Real Estate Investment LLC ⁵⁾	Wilmington, USA	100,00		USD	70 895,19	46 521,69
59	LBBW Venture Capital Gesellschaft mit beschränkter Haftung ¹⁴⁾	Stuttgart	100,00		EUR	18 553,96	- 6 748,84
60	LEG Baden-Württemberg Verwaltungs-GmbH ^{1) 14)}	Stuttgart	100,00		EUR	25,33	- 1,01
61	LEG Projektgesellschaft 2 GmbH & Co. KG ^(1) 14)	Stuttgart	100,00		EUR	5 460,99	60,23
62	LEG Verwaltungsgesellschaft 2 mbH ^{1) 14)}	Stuttgart	100,00		EUR	27,88	- 0,39
63	LOOP GmbH ^{1) 14)}	Stuttgart	100,00		EUR	- 36,63	- 2,88
64	LRP Capital GmbH ^{1) 14)}	Stuttgart	100,00		EUR	13 404,38	- 639,41
65	Mannheim O 4 Projektgesellschaft mbH & Co. KG ^{1) 3b) 14)}	Stuttgart	100,00		EUR	- 737,32	- 473,17
66	MANUKA Grundstücks-Verwaltungsgesellschaft mbH ^{1) 14)}	Stuttgart	100,00		EUR	56,66	- 0,91
67	MKB Mittelrheinische Bank Gesellschaft mit beschränkter Haftung ¹⁴⁾	Koblenz	100,00		EUR	50 779,62	10 009,87
68	MKB Versicherungsdienst GmbH ^{1) 4a) 14)}	Koblenz	100,00		EUR	27,05	0,00
69	MMV Leasing Gesellschaft mit beschränkter Haftung ^{1) 4a) 14)}	Koblenz	100,00		EUR	21 000,00	0,00
70	MMV-Mobilien Verwaltungs- und Vermietungsgesellschaft mbH ^{1) 4a) 14)}	Koblenz	100,00		EUR	26,00	0,00
71	Nagatino Property S.à.r.l. ^{1) 14)}	Luxembourg, Luxemburg	100,00		EUR	- 27 656,46	- 25,79
72	Nymphenburger Straße München GmbH & Co. KG ^{1) 14)}	Stuttgart	100,00		EUR	- 26,97	- 27,97
73	Nymphenburger Straße München Komplementär GmbH ^{1) 14)}	Stuttgart	100,00		EUR	23,47	- 1,53
74	Projekt 20 Verwaltungs GmbH ^{1) 14)}	München	100,00		EUR	35,68	1,27
75	Rebstockpark 7.1 Entwicklungsgesellschaft mbH & Co. KG ^{1) 14)}	Stuttgart	100,00		EUR	- 1 158,05	- 1 073,32
76	Rheinpromenade Mainz GmbH & Co. KG ^{1) 14)}	Stuttgart	100,00		EUR	- 28,78	- 26,05
77	Schlossgartenbau Objekt-GmbH ^{1) 4a) 16)}	Stuttgart	100,00		EUR	18 548,97	2 302,10
78	Schlossgartenbau-Aktiengesellschaft ^{1) 4a) 14)}	Stuttgart	92,68		EUR	6 592,42	0,00
79	Schockenried GmbH & Co. KG ^{1) 14)}	Stuttgart	100,00		EUR	- 4 935,17	109,00
80	Schockenriedverwaltungs GmbH ^{1) 14)}	Stuttgart	100,00		EUR	26,76	0,53
81	SG Management GmbH ^{1) 14)}	Stuttgart	100,00		EUR	9 622,87	485,09
82	SGB - Hotel GmbH & Co. KG ^{1) 14)}	Stuttgart	100,00		EUR	- 1 513,19	- 83,81
83	SLN Maschinen-Leasing Verwaltungs-GmbH ^{1) 14)}	Stuttgart	100,00		EUR	1 321,85	141,22
84	SLP Mobilien-Leasing Verwaltungs GmbH ^{1) 14)}	Mannheim	100,00		EUR	5 599,22	228,24
85	Süd Beteiligungen GmbH ^{1) 14)}	Stuttgart	100,00		EUR	244 845,71	14 342,57
86	Süd KB Unternehmensbeteiligungsgesellschaft mbH ^{1) 14)}	Stuttgart	100,00		EUR	49 362,82	2 092,85
87	Südfactoring GmbH ^{3) 4) 14)}	Stuttgart	100,00		EUR	70 000,00	0,00
88	Süd-Kapitalbeteiligungs-Gesellschaft mbH ^{1) 4a) 14)}	Stuttgart	100,00		EUR	88 981,87	0,00
89	SüdLeasing Agrar GmbH ^{1) 14)}	Mannheim	100,00		EUR	612,69	33,73
90	SüdLeasing GmbH ^{2) 4a) 14)}	Stuttgart	100,00		EUR	32 085,00	0,00
91	Turtle Beteiligungs-Ehningen II GmbH ^{1) 14) 18)}	Frankfurt am Main	100,00		EUR	27,16	0,25
92	Turtle Beteiligungs-Hannover-City GmbH ^{1) 14) 18)}	Frankfurt am Main	100,00		EUR	2,06	- 3,98
93	Turtle Beteiligungs-Portfolio GmbH ^{1) 14) 18)}	Frankfurt am Main	100,00		EUR	7,54	- 4,96
94	Turtle Ehningen II GmbH & Co. KG ^{1) 14) 18)}	Frankfurt am Main	100,00		EUR	- 58,33	- 6,80
95	Turtle Portfolio GmbH & Co. KG ^{1) 14) 18)}	Frankfurt am Main	100,00		EUR	- 45 854,78	2 707,90
96	Turtle 1. Verwaltungs-GmbH ^{1) 14) 18)}	Frankfurt am Main	100,00		EUR	37,96	- 2,54
97	Uhlandstraße 187 GmbH ^{1) 14)}	Stuttgart	100,00		EUR	27,98	1,12
98	Vermietungs- und Verwaltungsgesellschaft Sendlinger Straße GmbH & Co. KG ^{1) 3b) 14)}	Stuttgart	100,00		EUR	- 55,39	0,00
99	Vermietungs- und Verwaltungsgesellschaft Sendlinger Straße mbH ^{1) 14)}	Stuttgart	100,00		EUR	18,81	- 0,88
100	Vierte Industriehof Objekt-GmbH ^{1) 4a) 16)}	Stuttgart	100,00		EUR	1 176,78	330,26
101	VVS II GmbH & Co. KG ^{1) 3b) 14)}	Stuttgart	100,00		EUR	- 315,80	- 25,37
102	VVS II Verwaltungs-GmbH ^{1) 14)}	Stuttgart	100,00		EUR	16,36	- 0,65
103	VVS III GmbH & Co. KG ^{1) 3b) 14)}	Stuttgart	100,00		EUR	- 30,47	- 34,21
104	VVS III Verwaltungs-GmbH ^{1) 14)}	Stuttgart	100,00		EUR	13,01	- 0,62
105	Zorilla Mobilien-Leasing GmbH ^{1) 14)}	Mannheim	100,00		EUR	46,31	- 13,29
106	Zweite IMBW Capital & Consulting Komplementär GmbH ^{1) 14)}	Stuttgart	100,00		EUR	22,69	- 1,63
107	Zweite Industriehof Objekt-GmbH ^{1) 4a) 16)}	Stuttgart	100,00		EUR	19 825,72	262,10
108	Zweite LBBW US Real Estate GmbH ¹⁴⁾	Leipzig	100,00		EUR	47 955,74	9 280,45

Lfd. Nr.	Name	Ort	Kapital- anteil in %	abw. Stimm- rechte in %	WKZ	Eigen- kapital in Tsd. EUR	Ergebnis in Tsd. EUR
b. Voll konsolidierte Tochterunternehmen (Verfügungsgewalt über vertragliche Vereinbarungen)							
109	aiP Gärtnerplatz GmbH & Co. KG ^{1) 8)}	Oberhaching	45,00	66,67	EUR	- 3 095,65	13 028,80
110	aiP Isarauen GmbH & Co. KG ^{1) 3b) 14)}	Oberhaching	45,00	50,00	EUR	54,78	- 33,20
111	BW Bank Capital Funding LLC I ^{1) 3) 14)}	Wilmington, USA	100,00		USD	63 291,36	- 4 357,27
112	BW Bank Capital Funding Trust I ^{1) 18)}	Wilmington, USA	0,00	100,00		k. A.	k. A.
113	Employrion Immobilien GmbH & Co. KG ^{1) 14)}	Weil	35,00	50,00	EUR	54,85	0,00
114	Erste IMBW Capital & Consulting Objektgesellschaft mbH & Co. KG ^{1) 14)}	Weil	40,00	50,00	EUR	- 29,67	- 80,38
115	FOM / LEG Generalübernehmer GmbH & Co. KG ^{1) 14)}	Heidelberg	50,00		EUR	- 8 879,03	- 75,56
116	Grundstücksgesellschaft Einkaufszentrum Kröpeliner-Tor-Center Rostock mbH & Co. KG ^{1) 14)}	Berlin	39,94	50,00	EUR	- 8 921,51	- 155,15
117	Humboldt Multi Invest B SICAV-FIS Sachsen LB Depot A ¹³⁾	Luxembourg, Luxembourg	100,00		EUR	5 897,89	- 248,71
118	Kyma Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Löhr's Carré KG ^{14) 18)}	Haar			EUR	- 0,97	4 965,03
119	Turtle Vermögensverwaltungs-GmbH & Co. KG ^{1) 14)}	Frankfurt am Main	49,00	50,00	EUR	- 41 563,16	- 41 463,62
120	Weinberg Capital Ltd. ^{8) 18)}	Dublin 2, Irland			EUR	32,29	- 92,00
121	Weinberg Funding Ltd. ^{14) 18)}	St. Helier, Jersey, Großbritannien			EUR	3,71	- 0,28

Lfd. Nr.	Name	Ort	Kapital- anteil in %	abw. Stimm- rechte in %	WKZ	Eigen- kapital in Tsd. EUR	Ergebnis in Tsd. EUR
2. Gemeinschaftsunternehmen, die at Equity bewertet werden							
122	Alida Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH & Co. Vermietungs-KG ^{1) 14)}	Pullach	99,04	50,00	EUR	5 254,76	2 245,76
123	ARGE ParkQuartier Berg ^{1) 14)}	Stuttgart	50,00		EUR	- 884,04	- 79,40
124	Bad Kreuznacher Entwicklungsgesellschaft mbH (BKEG) ^{1) 14)}	Bad Kreuznach	50,00		EUR	544,20	592,43
125	GIZS GmbH & Co. KG	Stuttgart	33,33			k. A.	k. A.
126	OVG MK6 GmbH ^{1) 3b) 14)}	Berlin	50,00		EUR	- 92,61	- 96,48
127	Parcul Banatului SRL ^{1) 14)}	Bukarest, Rumänien	50,00		EUR	- 23 207,82	- 202,40
128	SGB – Hotel - Verwaltung GmbH ^{1) 14)}	Stuttgart	50,00		EUR	22,77	4,33
129	TCD LEG / FOM GbR ^{1) 14)}	Stuttgart	50,00		EUR	190,41	0,31

Lfd. Nr.	Name	Ort	Kapital- anteil in %	abw. Stimm- rechte in %	WKZ	Eigen- kapital in Tsd. EUR	Ergebnis in Tsd. EUR
3. Assoziierte Unternehmen, die at Equity bewertet werden							
130	Altstadt-Palais Immobilien GmbH & Co. KG ^{1) 14)}	Weil	40,00	50,00	EUR	36,72	70,01
131	Bauland Kruft Süd GmbH ^{1) 14)}	Mainz	51,00		EUR	- 342,56	179,70
132	BWK GmbH Unternehmensbeteiligungsgesellschaft ^{1) 14)}	Stuttgart	40,00		EUR	485 265,51	214 769,92
133	BWK Holding GmbH Unternehmensbeteiligungsgesellschaft ^{1) 16)}	Stuttgart	40,00		EUR	7 800,00	k. A.
134	EGH Entwicklungsgesellschaft Heidelberg GmbH & Co. KG ^{1) 14)}	Heidelberg	33,33		EUR	1 596,28	402,89
135	Vorarlberger Landes- und Hypothekenbank AG ^{1) 14)}	Bregenz, Österreich	23,97		EUR	815 501,05	32 991,51

Lfd. Nr.	Name	Ort	Kapital- anteil in %	abw. Stimm- rechte in %	WKZ	Eigen- kapital in Tsd. EUR	Ergebnis in Tsd. EUR
II. Nicht in den Konzernabschluss einbezogene Unternehmen wegen untergeordneter Bedeutung							
1. Tochterunternehmen							
a. Nicht einbezogene Tochterunternehmen (Verfügungsgewalt über Stimmrechte)							
136	aiP Gärtnerplatz Verwaltungs GmbH ^{1) 8)}	Oberhaching	100,00		EUR	20,50	- 1,31
137	aiP Isarauen Verwaltungs GmbH ^{1) 14) 18)}	Oberhaching	100,00		EUR	23,69	- 1,20
138	Baden-Württembergische Equity Gesellschaft mit beschränkter Haftung ¹⁴⁾	Stuttgart	100,00		EUR	867,89	- 1 557,96
139	BW Leasing GmbH & Co. KG i.L. ^{1) 14)}	Mannheim	100,00		EUR	98,61	3,80
140	CARGO SL Mobilien-Leasing GmbH & Co. KG ^{1) 14) 18)}	Mannheim	0,00	75,00	EUR	475,56	10,14
141	cellent AG ^{1) 11)}	Wien, Österreich	100,00		EUR	4 232,92	274,53
142	cellent AG ¹⁴⁾	Stuttgart	100,00		EUR	11 692,86	- 1 542,47
143	Cellent Finance Solutions GmbH ¹⁴⁾	Stuttgart	100,00		EUR	3 958,86	1 129,39
144	cellent Mittelstandsberatung GmbH ^{1) 14)}	Böblingen	100,00		EUR	2 219,02	170,35
145	DBW Advanced Fiber Technologies GmbH ^{1) 14)}	Bovenden	100,00		EUR	32 464,78	1 768,06
146	DBW Automotive Components Shanghai Co., Ltd. ^{1) 14)}	Shanghai, China	80,00		CNY	1 915,16	767,03
147	DBW Fiber Corporation ^{1) 14)}	Summerville, USA	100,00		USD	1 797,44	267,77
148	DBW Holding GmbH ^{1) 14)}	Bovenden	100,00	94,64	EUR	22 036,19	- 19,34
149	DBW Hungary KFT ^{1) 14)}	Tapolca, Ungarn	100,00		EUR	3 084,42	1 681,96
150	DBW Ibérica Industria Automoción, S.A. ^{1) 14)}	Vall d'Uxo Castellón, Spanien	100,00		EUR	1 004,45	319,89
151	DBW Japan Ltd. ^{1) 14)}	Tokyo, Japan	100,00		JPY	- 197,46	- 22,41
152	DBW Metallverarbeitung GmbH ^{1) 4a) 14)}	Ueckermünde	100,00		EUR	1 233,88	0,00
153	DBW Polska Sp.z. o.o. ^{1) 14)}	Cigacice, Polen	100,00		PLN	3 747,32	1 893,66
154	DBW-Fiber-Neuhaus GmbH ^{1) 4a) 14)}	Neuhaus am Rennweg	100,00		EUR	3 000,00	0,00
155	Euro Leasing AG ^{1) 14)}	Luxembourg, Luxemburg	100,00		EUR	139,65	- 7,86
156	Finclusive Alfmeier Leasing Services GmbH & Co. KG i.L. ^{1) 14)}	Mannheim	100,00		EUR	66,08	- 2,62
157	Franca Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH ^{1) 4a) 14)}	Mannheim	100,00		EUR	525,81	0,00
158	Franca Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH & Co. Immobilien KG ¹⁴⁾	Mannheim	100,00		EUR	580,47	- 1 504,19
159	FRONTWORX Informationstechnologie AG ^{1) 14)}	Wien, Österreich	100,00		EUR	945,78	348,34
160	German Centre for Industry and Trade Beijing Co., Ltd. ¹⁴⁾	Beijing, China	100,00		CNY	3 627,21	553,95
161	Gmeinder Lokomotivenfabrik GmbH i. L. ^{1) 6)}	Mosbach	90,00		EUR	306,00	- 641,00
162	Grundstücks-, Vermögens- und Verwaltungs-GbR 41, Leinfeldten/Echterdingen ^{1) 14)}	Stuttgart	60,48		EUR	23 065,17	- 702,61
163	Haerder-Center Lübeck Verwaltungsgesellschaft mbH ^{1) 14)}	Stuttgart	100,00		EUR	31,22	1,50
164	Heurika Mobilien-Leasing GmbH ^{1) 3b) 14)}	Mannheim	100,00		EUR	- 199,74	- 41,50
165	HÜCO Circuit Technology GmbH i. L. ^{1) 6)}	Espelkamp	90,00		EUR	113,41	12,92
166	Hüco electronic GmbH i. L. ^{1) 14)}	Espelkamp	90,00		EUR	2 602,02	- 436,03
167	Ina Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH i. L. ^{1) 14)}	Mannheim	100,00		EUR	6,54	0,00
168	Iris Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH i. L. ^{1) 14)}	Mannheim	100,00		EUR	6,59	0,00
169	Karin Mobilien-Leasing GmbH i. L. ^{1) 14)}	Mannheim	100,00		EUR	884,31	0,00
170	KB Projekt GmbH ^{1) 14)}	Mainz	100,00		EUR	- 2,55	46,81
171	Kröpeliner-Tor-Center Rostock Verwaltungsgesellschaft mbH ^{1) 14) 18)}	Berlin	100,00		EUR	21,63	1,51
172	KURIMA Grundstücksgesellschaft mbH & Co. KG ^{1) 14) 18)}	Stuttgart	1,00	84,00	EUR	- 6,99	- 4,18
173	LA electronic Holding GmbH ^{1) 14)}	Espelkamp	100,00		EUR	- 15 356,93	- 1 273,35
174	Laurus Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH ^{1) 14)}	Mannheim	100,00		EUR	1 589,52	- 15,44
175	LBBW Dublin Management GmbH ^{3c) 4) 14)}	Stuttgart	100,00		EUR	20 845,91	0,00
176	LBBW Equity Partners GmbH & Co. KG i. L. ⁸⁾	Stuttgart	100,00		EUR	1 687,23	- 48,11
177	LBBW Equity Partners Verwaltungs GmbH i. L. ⁸⁾	Stuttgart	100,00		EUR	20,38	3,67
178	LBBW Gastro Event GmbH ^{4) 14)}	Stuttgart	100,00		EUR	130,00	0,00
179	LBBW GVZ Entwicklungsgesellschaft Leipzig mbH ¹⁴⁾	Leipzig	100,00		EUR	2 877,06	81,92
180	LBBW Pensionsmanagement GmbH ^{4) 14)}	Stuttgart	100,00		EUR	25,00	0,00
181	LBBW REPRESENTAÇÃO LTDA. ^{2) 14)}	Itaim-Bibi/Sao Paulo, Brasilien	100,00		BRL	127,74	14,50
182	LBBW (Schweiz) AG ¹⁴⁾	Zürich, Schweiz	100,00		CHF	7 735,15	- 4 881,22
183	LBBW Verwaltungsgesellschaft Leipzig mbH ^{1) 14)}	Leipzig	100,00		EUR	27,09	- 5,75
184	LBBW Verwaltungsgesellschaft Leipzig mbH & Co. Parking KG ¹⁴⁾	Leipzig	100,00		EUR	- 864,09	- 1 121,44
185	LBBW Verwaltungsgesellschaft Leipzig mbH & Co. REKIM KG ¹⁴⁾	Leipzig	100,00		EUR	8 281,58	- 221,73
186	LEG Osiris 4 GmbH ^{1) 14)}	Stuttgart	100,00		EUR	32,80	- 0,93
187	LEG Osiris 5 GmbH ^{1) 14)}	Stuttgart	100,00		EUR	17,49	- 0,98
188	LEG Verwaltungsgesellschaft 4 mbH ^{1) 14)}	Stuttgart	100,00		EUR	28,87	0,37
189	LGZ-Anlagen-Gesellschaft mit beschränkter Haftung ^{4) 14)}	Mannheim	100,00		EUR	110,00	0,00

Lfd. Nr.	Name	Ort	Kapital- anteil in %	abw. Stimm- rechte in %	WKZ	Eigen- kapital in Tsd. EUR	Ergebnis in Tsd. EUR
190	LIVIDA MOLARIS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Landesfunkhaus Erfurt KG ¹⁴⁾	Erfurt	99,77	24,00	EUR	- 11 927,04	68,91
191	LIVIDA MOLARIS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Polizei Nordhausen KG ⁸⁾	Erfurt	100,00	15,00	EUR	- 6 084,56	422,69
192	LLC German Centre for Industry and Trade ¹⁴⁾	Moscow, Russland	100,00		RUB	1 652,32	541,88
193	LUTEA MOLARIS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Flöha KG ¹⁴⁾	Berlin	100,00	15,00	EUR	- 4 383,36	677,48
194	Mannheim O4 Verwaltungsgesellschaft mbH ¹⁾¹⁴⁾	Stuttgart	100,00		EUR	28,00	0,42
195	MDL Mitteldeutsche Leasing GmbH i. L. ¹⁾⁸⁾	Leipzig	100,00		EUR	- 21 344,04	- 268,81
196	MLP Leasing GmbH & Co. KG i. L. ¹⁾¹⁴⁾	Mannheim	100,00		EUR	- 14,84	0,00
197	MLP Verwaltungs GmbH ¹⁾¹⁴⁾	Mannheim	100,00		EUR	59,59	- 6,72
198	MLS GmbH & Co. KG ¹⁾¹⁴⁾	Mannheim	100,00		EUR	- 0,18	- 9,63
199	MMV-Mittelrheinische Leasing Gesellschaft mit beschränkter Haftung ^{1)4a)14)}	Koblenz	100,00		EUR	26,00	0,00
200	Pollux Vierte Beteiligungsgesellschaft mbH ¹⁴⁾	Stuttgart	100,00		EUR	4 513,73	- 304,31
201	Radon Verwaltungs-GmbH ¹⁴⁾	Stuttgart	100,00		EUR	20 400,12	715,42
202	Rebstockpark 7.1 Komplementär GmbH ¹⁾¹⁴⁾	Stuttgart	100,00		EUR	24,08	- 0,92
203	Rheinpromenade Mainz Komplementär GmbH ¹⁾¹⁴⁾	Stuttgart	100,00		EUR	24,46	0,03
204	Rhin-Neckar S. A. ¹⁴⁾	Grevenmacher, Luxemburg	100,00		EUR	117,24	- 53,98
205	Sachsen V.C. GmbH & Co. KG ¹⁾¹⁴⁾	Leipzig	75,19		EUR	1 319,51	714,58
206	Sachsen V.C. Verwaltungsgesellschaft mbH ¹⁾¹⁴⁾	Leipzig	100,00		EUR	12,06	- 1,90
207	SachsenFonds International Equity Holding I GmbH ¹⁾¹⁴⁾	Aschheim-Dornach	100,00		EUR	2 655,49	- 398,59
208	SachsenFonds International Equity I GmbH & Co. KG ¹⁾¹⁴⁾	Leipzig	96,15		EUR	5 767,13	1 262,52
209	SBF Sächsische Beteiligungsfonds GmbH ¹⁾¹⁴⁾	Leipzig	100,00		EUR	603,32	551,62
210	SDD Holding GmbH ¹⁾⁸⁾	Stuttgart	100,00		EUR	- 3 231,22	- 19,15
211	SDT – Stanz und Dämmtechnik GmbH ^{1)4a)14)}	Berga	100,00		EUR	138,40	0,00
212	SKH Beteiligungs Holding GmbH ¹⁴⁾	Stuttgart	100,00		EUR	2 812,01	480,17
213	SL Bayern Verwaltungs GmbH ¹⁾¹⁴⁾	Mannheim	100,00		EUR	1 027,27	0,93
214	SL Bremen Verwaltungs GmbH ¹⁾¹⁴⁾	Mannheim	100,00		EUR	1 076,94	326,23
215	SL BW Verwaltungs GmbH ¹⁾¹⁴⁾	Mannheim	100,00		EUR	609,17	1,44
216	SL Düsseldorf Verwaltungs GmbH ¹⁾¹⁴⁾	Mannheim	100,00		EUR	584,78	10,13
217	SL FINANCIAL MEXICO, S. A. DE C.V., SOFOM, E. N. R. ¹⁾¹⁴⁾	Col. Lomas de Santa Fe, Mexiko	100,00		MXN	284,45	- 89,53
218	SL Financial Services Corporation ¹⁾¹⁴⁾	Norwalk, USA	100,00		USD	2 942,78	1 638,00
219	SL Mobilien-Leasing GmbH & Co. Hafis KG ¹⁾¹⁴⁾¹⁸⁾	Mannheim	0,00	51,00	EUR	2 017,75	- 3,71
220	SL Nordlease GmbH & Co. KG ¹⁾¹⁴⁾¹⁸⁾	Mannheim	0,00	60,00	EUR	- 2 090,60	104,59
221	SL Operating Services GmbH i. L. ¹⁾¹⁴⁾	Mannheim	100,00		EUR	80,41	0,00
222	SL RheinMainSaar Verwaltungs GmbH ¹⁾¹⁴⁾	Mannheim	100,00		EUR	512,19	- 0,16
223	SL Schleswig-Holstein Verwaltungs GmbH ¹⁾¹⁴⁾	Mannheim	100,00		EUR	122,61	- 0,09
224	SL Ventus GmbH & Co. KG ¹⁾¹⁴⁾	Mannheim	100,00		EUR	443,57	17,66
225	SLKS GmbH & Co. KG ²⁾¹⁴⁾	Stuttgart	100,00		EUR	3 783,77	203,51
226	Städtische Pfandleihanstalt Stuttgart Aktiengesellschaft ¹⁴⁾	Stuttgart	100,00		EUR	3 949,41	370,62
227	Steelcase Leasing GmbH & Co. KG ¹⁾¹⁴⁾	Mannheim	100,00		EUR	150,36	- 84,97
228	Stuttgarter Aufbau Bau- und Verwaltungs-Gesellschaft mbH ⁴⁾¹⁴⁾	Mannheim	100,00		EUR	153,39	0,00
229	Süd Mobilien-Leasing GmbH ^{1)4a)14)}	Stuttgart	100,00		EUR	28,28	0,00
230	Süddeutsche Allgemeine Finanz- und Wirtschaftsgesellschaft mit beschränkter Haftung ^{1)4a)14)}	Mannheim	100,00		EUR	511,29	0,00
231	SüdImmobilien GmbH ⁴⁾¹⁴⁾	Mannheim	100,00		EUR	2 574,87	0,00
232	SüdLeasing Finance-Holding GmbH ¹⁾¹⁴⁾	Stuttgart	100,00		EUR	184,11	4,04
233	SüdLeasing Kft. i. L. ¹⁾¹⁴⁾	Szekszard, Ungarn	100,00		HUF	343,75	- 29,27
234	SüdLeasing s.r.o. (Prag) ¹⁾¹⁴⁾	Praha 1, Tschechien	100,00		CZK	996,78	232,64
235	SüdLeasing Suisse AG ¹⁾¹⁴⁾	Unterengstringen, Schweiz	100,00		CHF	8 636,31	78,84
236	SÜDRENTING ESPANA, S. A. ¹⁾¹⁴⁾	Barcelona, Spanien	100,00		EUR	11 682,90	- 508,46
237	SuedLeasing Romania IFN S. A. i. L. ¹⁾¹⁴⁾	Bucuresti, Rumänien	100,00		RON	776,96	- 30,15
238	Technologiegründerfonds Sachsen Verwaltung GmbH ¹⁾¹⁴⁾	Leipzig	100,00		EUR	27,33	2,20
239	Viola Grundstücksverwaltungs-GmbH & Co. Verpachtungs KG ¹⁴⁾	Pullach	99,41	50,00	EUR	4 373,06	282,27
240	Wachstumsfonds Mittelstand Sachsen Verwaltung GmbH ¹⁾¹⁴⁾	Leipzig	100,00		EUR	33,46	0,88
241	WM Mobilien-Leasing GmbH & Co. KG ¹⁾¹⁴⁾¹⁸⁾	Mannheim	0,00	75,00	EUR	696,79	496,00
242	Yankee Properties II LLC ¹⁸⁾	Wilmington, USA	0,00	100,00		k. A.	k. A.
243	Yankee Properties LLC ¹⁴⁾	New York, USA	100,00		EUR	676,51	- 845,85
244	Zenon Mobilien-Leasing GmbH ¹⁾¹⁴⁾	Mannheim	100,00		EUR	468,60	27,34
245	Zweite Karl-Scharnagl-Ring Immobilien Verwaltung GmbH ¹⁾¹⁴⁾	München	100,00		EUR	36,34	1,62

Lfd. Nr.	Name	Ort	Kapital- anteil in %	abw. Stimm- rechte in %	WKZ	Eigen- kapital in Tsd. EUR	Ergebnis in Tsd. EUR
b. Nicht einbezogene Tochterunternehmen (Verfügungsgewalt über vertragliche Vereinbarungen)²⁰⁾							
246	Georges Quay Funding I Limited ^{8) 18)}	Dublin 1, Irland			EUR	9,63	0,01
247	HG ABS Fund plc ^{10) 18)}	Dublin 1, Irland	100,00	0,00	EUR	0,00	49 608,78
248	LBBW Covered Bonds Euro Select ¹⁵⁾	Stuttgart	100,00	0,00	EUR	3 010,96	516,72
249	LBBW Devisen 1 ¹⁵⁾	Stuttgart	82,50	0,00	EUR	42 158,19	763,77
250	LBBW Unternehmensanleihe Euro Offensiv	Stuttgart	98,97	0,00		k. A.	k. A.
251	M-Korb Funding No.1 Ltd. ^{8) 18)}	Dublin 2, Irland			EUR	- 7 911,22	859,39
252	Palmsche Park GbR Esslingen ^{1) 14)}	Stuttgart	94,50	50,00	EUR	- 53,45	- 53,45
253	Platino S. A. ^{14) 18)}	Luxembourg, Luxemburg			EUR	- 17,24	- 1,90
254	Spencerview Asset Management Ltd. ^{8) 18)}	Dublin 2, Irland			EUR	1,95	0,63
255	Weinberg Capital LLC ¹⁸⁾	Wilmington, USA				k. A.	k. A.

Lfd. Nr.	Name	Ort	Kapital- anteil in %	abw. Stimm- rechte in %	WKZ	Eigen- kapital in Tsd. EUR	Ergebnis in Tsd. EUR
2. Gemeinschaftsunternehmen, die nicht at Equity bewertet werden							
256	Aaron Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH i. L. ^{1) 13a)}	Oberursel	50,00		EUR	- 2 254,37	1,77
257	addfinity testa GmbH ^{1) 14) 18)}	Hartha	12,62		EUR	4 891,10	1 528,17
258	Bietigheimer Wohnungsprivatisierungsgesellschaft mbH ¹⁴⁾	Bietigheim-Bissingen	50,00		EUR	15 386,99	3 363,21
259	Dresden Fonds GmbH ^{1) 14)}	Dresden	50,05		EUR	2 029,04	12,15
260	Egerland Lease GmbH & Co. KG ^{1) 14) 18)}	Mannheim	0,00	50,00	EUR	2 219,58	79,73
261	EPSa Holding GmbH ^{1) 14)}	Karlsfeld	45,00		EUR	71,96	- 1,42
262	German Centre for Industry and Trade India Holding-GmbH ^{1) 14)}	München	50,00		EUR	859,50	- 444,93
263	GIZS Verwaltungs-GmbH	Stuttgart	33,33			k. A.	k. A.
264	LBBW Immobilien Verwaltung GmbH ^{1) 14)}	Stuttgart	50,00		EUR	49,13	3,56
265	SHS Gesellschaft für Beteiligungen mbH & Co. Mittelstand KG ^{1) 14)}	Tübingen	75,02		EUR	4 011,13	- 0,20

Lfd. Nr.	Name	Ort	Kapital- anteil in %	abw. Stimm- rechte in %	WKZ	Eigen- kapital in Tsd. EUR	Ergebnis in Tsd. EUR
3. Assoziiertes Unternehmen, die nicht at Equity bewertet werden							
266	aiP Hirschgarten 1 Verwaltungs GmbH ¹⁾¹⁴⁾	Oberhaching	45,00		EUR	30,64	1,77
267	Cäcilienpark am Neckar GbR ¹⁾¹⁴⁾	Heilbronn	33,33		EUR	615,64	15,73
268	Cortex Biophysik GmbH ¹⁾¹⁷⁾	Leipzig	47,70		EUR	- 295,70	235,28
269	Doughty Hanson & Co. Funds III Partnership No.15 ¹⁾¹⁴⁾	London, Großbritannien	21,74		USD	11 101,50	- 13,71
270	DUO PLAST Holding GmbH ¹⁾¹⁴⁾	Lauterbach	47,43		EUR	12 859,83	357,74
271	FEAG GmbH ¹⁾¹⁴⁾	Forchheim	20,00		EUR	3 707,11	- 3 060,53
272	Grundstücks-, Vermögens- und Verwaltungs- GbR 33, Leinfelden- Echterdingen/Stuttgart-Möhringen ¹⁾¹⁴⁾	Stuttgart	25,71		EUR	49 318,88	- 1 776,96
273	Grundstücks-, Vermögens- und Verwaltungs- GbR 34, Wolfstor 2, Esslingen ¹⁾¹⁴⁾	Stuttgart	29,50		EUR	9 681,71	429,18
274	Grundstücks-, Vermögens- und Verwaltungs- GbR 36, Stuttgart/Lein- felden-Echterdingen ¹⁾¹⁴⁾	Stuttgart	27,44		EUR	31 465,05	- 548,96
275	Grundstücks-, Vermögens- und Verwaltungs- GbR 38, Stuttgart- Filderstadt ¹⁾¹⁴⁾	Stuttgart	23,36		EUR	26 849,62	- 228,86
276	Grundstücks-, Vermögens- und Verwaltungs- GbR 39, Stuttgart- Fellbach ¹⁾¹⁴⁾	Stuttgart	41,54		EUR	26 135,28	- 661,95
277	Grundstücks-, Vermögens- und Verwaltungs-GbR 40, Ludwigsburg »Am Schloßpark« ¹⁾¹⁴⁾	Stuttgart	44,22		EUR	25 386,45	64,04
278	HAP Holding GmbH ¹⁾¹⁴⁾	Dresden	50,00		EUR	2 817,64	- 241,13
279	INULA Grundstücks-Verwaltungsgesellschaft mbH & Co. KG ¹⁴⁾	Grünwald	80,00	18,25	EUR	- 27 525,47	3 574,89
280	Kiesel Finance GmbH & Co. KG ¹⁾¹⁴⁾¹⁸⁾	Baienfurt	0,00	75,00	EUR	1 368,39	496,51
281	Kreditgarantiegemeinschaft in Baden-Württemberg Verwaltungs- GmbH ⁴⁾	Stuttgart	20,00		EUR	1 022,58	0,00
282	M Cap Finance Deutsche Mezzanine Fonds Zweite GmbH & Co. KG ¹⁾¹⁴⁾	Leipzig	49,75		EUR	21 416,00	2 249,56
283	Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Sachsen mbH ¹⁴⁾	Dresden	25,27		EUR	39 315,37	1 825,80
284	MOLWANKUM Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Landkreis Hildburghausen KG ¹⁴⁾	Düsseldorf	94,00	49,00	EUR	- 1 275,10	433,04
285	Piller Entgrattechnik GmbH ¹⁾¹⁴⁾	Ditzingen	35,00		EUR	7 272,80	2 044,61
286	RESprotect GmbH ¹⁾¹⁴⁾	Dresden	32,80		EUR	- 1 466,43	- 51,68
287	Ritterwand Metall-Systembau Beteiligungs GmbH ¹⁾¹⁴⁾	Nufringen	49,97		EUR	8 667,52	1 044,77
288	SachsenFonds Immobilien GmbH ¹⁾¹⁴⁾	Aschheim-Dornach	49,00		EUR	54,00	- 1,03
289	Siedlungswerk GmbH Wohnungs- und Städtebau ¹⁴⁾	Stuttgart	25,00		EUR	214 687,51	11 006,04
290	SL Mobilien-Leasing GmbH & Co. ENERCON KG ¹⁾¹⁴⁾¹⁸⁾	Mannheim	0,00	80,00	EUR	35 878,29	2 733,76
291	SLB Leasing-Fonds GmbH & Co. Portos KG i.L. ¹⁾¹⁴⁾	Pöcking	35,12		EUR	314,60	- 15,40
292	SLN Maschinen Leasing GmbH & Co. OHG ¹⁾¹⁴⁾¹⁸⁾	Stuttgart	0,00	75,00	EUR	- 715,71	- 157,99
293	SLP Mobilien-Leasing GmbH & Co. OHG ¹⁾¹⁴⁾¹⁸⁾	Mannheim	0,00	75,00	EUR	354,10	8,17
294	Stollmann Entwicklungs- und Vertriebs GmbH ¹⁾¹⁴⁾	Hamburg-Bahrenfeld	34,00		EUR	1 140,35	111,89
295	TC Objekt Bonn Beteiligungs-GmbH ¹⁾¹⁴⁾	Soest	25,00		EUR	22,37	k. A.
296	TC Objekt Darmstadt Beteiligungs-GmbH ¹⁾¹⁴⁾	Soest	25,00		EUR	22,69	- 2,31
297	TC Objekt Münster Nord Beteiligungs-GmbH ¹⁾¹⁴⁾	Soest	25,00		EUR	22,13	- 2,87
298	TC Objekt Münster Süd Beteiligungs-GmbH ¹⁾¹⁴⁾	Soest	25,00		EUR	22,40	- 2,60
299	Technologiegründerfonds Sachsen Holding GmbH & Co. KG ¹⁾¹⁴⁾¹⁸⁾¹⁹⁾	Leipzig	0,00	100,00	EUR	0,00	0,00
300	Technologiegründerfonds Sachsen Initiatoren GmbH & Co. KG ¹⁾¹⁴⁾	Leipzig	25,00		EUR	1,82	- 0,23
301	Technologiegründerfonds Sachsen Management GmbH & Co. KG ¹⁾¹⁴⁾	Leipzig	25,00		EUR	4,00	931,61
302	Technologiegründerfonds Sachsen Seed GmbH & Co. KG ¹⁾¹⁴⁾¹⁸⁾	Leipzig	3,34		EUR	4 608,25	324,49
303	Technologiegründerfonds Sachsen Start up GmbH & Co. KG ¹⁾¹⁴⁾¹⁸⁾	Leipzig	10,83		EUR	13 595,32	- 490,18
304	Wachstumsfonds Mittelstand Sachsen GmbH & Co. KG ¹⁾¹⁴⁾	Leipzig	27,55		EUR	29 853,33	5 975,80
305	Wachstumsfonds Mittelstand Sachsen Initiatoren GmbH & Co. KG ¹⁾¹⁴⁾	Leipzig	25,00		EUR	0,62	- 0,33
306	Wachstumsfonds Mittelstand Sachsen Management GmbH & Co. KG ¹⁾¹⁴⁾	Leipzig	25,00		EUR	4,00	1 379,03
307	Wachstumsfonds Mittelstand Sachsen Plus GmbH & Co. KG ¹⁾¹⁴⁾¹⁸⁾	Leipzig	12,72	13,72	EUR	4 425,99	- 1 092,85
308	1. yourTime Solutions AbwicklungsGmbH ¹⁾⁸⁾	Potsdam	20,11		EUR	0,00	- 1 317,00

Lfd. Nr.	Name	Ort	Kapital- anteil in %	abw. Stimm- rechte in %	WKZ	Eigen- kapital in Tsd. EUR	Ergebnis in Tsd. EUR
III. Beteiligungen mit einem Anteil am Kapital von 20% und mehr							
309	Bürgschaftsbank Sachsen GmbH ¹⁴⁾	Dresden	27,96	16,29	EUR	35 850,31	1 578,41
310	Candover 2001 GmbH & Co. KG i. L. ^{1) 12)}	Frankfurt am Main	25,64		EUR	680,97	2 062,14
311	GbR VÖB-ImmobilienAnalyse	Bonn	25,00	20,00		k. A.	k. A.
312	GLB GmbH & Co. OHG ¹⁴⁾	Frankfurt am Main	30,05		EUR	3 793,16	- 1 063,49
313	GLB-Verwaltungs-GmbH ¹⁴⁾	Frankfurt am Main	30,00		EUR	47,49	2,64
314	Humboldt Multi Invest B S.C.A., SICAV-FIS ^{2) 13)}	Luxembourg, Luxemburg	99,94	99,99	EUR	6 928,35	- 165,43
315	Paramount Group Real Estate Fund II, L.P. ^{1) 14)}	Wilmington, USA	29,13	28,29	USD	72 478,49	2 440,28

Lfd. Nr.	Name	Ort	Kapital- anteil in %	abw. Stimm- rechte in %	WKZ	Eigen- kapital in Tsd. EUR	Ergebnis in Tsd. EUR
IV. Beteiligungen an großen Kapitalgesellschaften mit einem Stimmrechtsanteil von mindestens 5%							
316	Deutscher Sparkassen Verlag Gesellschaft mit beschränkter Haftung ¹⁴⁾	Stuttgart	8,11		EUR	141 234,05	23 383,21
317	HSBC Trinkaus & Burkhardt AG ¹⁴⁾	Düsseldorf	18,66		EUR	1 751 764,45	147 569,23

- 1) Mittelbar gehalten.
- 2) Einschließlich mittelbar gehaltener Anteile.
- 3) Es besteht eine Patronatserklärung.
- 3a) Es besteht eine Patronatserklärung, solange die LBBW 100% der Anteile hält.
- 3b) Seitens einer Konzerntochter besteht eine Patronatserklärung.
- 3c) Es bestehen Patronatserklärungen. Die Patronatserklärungen wurden im Jahres- und Konzernabschluss 2015 der LBBW mit Wirkung für die Zukunft widerrufen.
- 4) Mit der Gesellschaft besteht ein Ergebnisabführungs- und/oder Beherrschungsvertrag.
- 4a) Es besteht ein Ergebnisabführungs- und/oder Beherrschungsvertrag mit einer anderen Gesellschaft.
- 5) Es liegen Daten nur zum 31.12.2014 nach IFRS vor.
- 6) Es liegen Daten nur zum 31.12.2011 vor.
- 7) Es liegen Daten nur zum 31.12.2012 vor.
- 8) Es liegen Daten nur zum 31.12.2013 vor.
- 9) Es liegen Daten nur zum 01.01.2014 vor.
- 10) Es liegen Daten nur zum 31.03.2014 vor.
- 11) Es liegen Daten nur zum 30.04.2014 vor.
- 12) Es liegen Daten nur zum 13.06.2014 vor.
- 13) Es liegen Daten nur zum 31.07.2014 vor.
- 13a) Es liegen Daten nur zum 02.09.2014 vor.
- 14) Es liegen Daten nur zum 31.12.2014 vor.
- 15) Es liegen Daten nur zum 28.02.2015 vor.
- 16) Es liegen Daten nur zum 30.04.2015 vor.
- 17) Es liegen Daten nur zum 31.03.2015 vor.
- 18) Kein Anteilsbesitz im Sinne von § 285 Nr. 11 HGB.
- 19) Ist gleichzeitig eine strukturierte Einheit nach IFRS 12.
- 20) Aufgrund des Bankgeheimnisses wird auf die Angabe von drei Gesellschaften verzichtet.

78. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Die Mitarbeiterzahl setzt sich im Durchschnitt wie folgt zusammen:

	2015			2014		
	Männlich	Weiblich	Gesamt	Männlich	Weiblich	Gesamt
Vollzeit	5 055	3 296	8 352	5 065	3 465	8 530
Teilzeit	214	2 544	2 757	203	2 451	2 654
Auszubildende ¹⁾	261	196	457	263	193	456
Insgesamt	5 529	6 036	11 565	5 531	6 109	11 640

1) Inklusive DH-Studierende.

79. Organe und deren Mandate.

Mitglieder der Geschäftsführungs- und Aufsichtsorgane.

Vorstand.

Vorsitzender.

HANS-JÖRG VETTER

Stv. Vorsitzender.

MICHAEL HORN

Mitglieder.

KARL MANFRED LOCHNER

INGO MANDT

DR. MARTIN SETZER
bis 31. Dezember 2015

**ALEXANDER FREIHERR VON USLAR-
GLEICHEN**

VOLKER WIRTH

Aufsichtsrat.

Vorsitzender.

CHRISTIAN BRAND
ab 9. Juni 2015
ehem. Vorsitzender des Vorstands der
L-Bank

HANS WAGENER
bis 31. Mai 2015
Wirtschaftsprüfer, Steuerberater

Stv. Vorsitzender.

DR. NILS SCHMID MDL
Stv. Ministerpräsident,
Minister für Finanzen und Wirtschaft
des Landes Baden-Württemberg

Mitglieder.

HANS BAUER
bis 9. Juni 2015
Beschäftigtenvertreter der Landesbank
Baden-Württemberg

CARSTEN CLAUS
Vorsitzender des Vorstands
der Kreissparkasse Böblingen

HARALD COBLENZ
bis 9. Juni 2015
Beschäftigtenvertreter der Landesbank
Baden-Württemberg

WOLFGANG DIETZ
Oberbürgermeister der Stadt
Weil am Rhein

UTA-MICAELA DÜRIG
ab 9. Juni 2015
Geschäftsführerin der Robert Bosch
Stiftung

WALTER FRÖSCHLE
Beschäftigtenvertreter der Landesbank
Baden-Württemberg

HELMUT HIMMELSBACH
Mitglied des Aufsichtsrats der Württem-
bergischen Gemeinde-Versicherung a. G.

CHRISTIAN HIRSCH
ab 9. Juni 2015
Beschäftigtenvertreter der Landesbank
Baden-Württemberg

JENS JUNGBAUER
bis 9. Juni 2015
Beschäftigtenvertreter der Landesbank
Baden-Württemberg

BETTINA KIES-HARTMANN
Beschäftigtenvertreterin der Landesbank
Baden-Württemberg

FRITZ KUHN
Oberbürgermeister der Landeshauptstadt
Stuttgart

SABINE LEHMANN
ab 9. Juni 2015
Beschäftigtenvertreterin der Landesbank
Baden-Württemberg

KLAUS-PETER MURAWSKI
Staatssekretär im Staatsministerium
Baden-Württemberg und Chef der
Staatskanzlei

GÜNTHER NOLLERT
bis 9. Juni 2015
Beschäftigtenvertreter der Landesbank
Baden-Württemberg

DR. FRITZ OESTERLE
Rechtsanwalt

MARTIN PETERS
Geschäftsführender Gesellschafter der
Unternehmensgruppe Eberspächer

NORBERT H. QUACK
bis 9. Juni 2015
Rechtsanwalt, Notar, Kanzlei Quack
Gutterer & Partner

CHRISTIAN ROGG
ab 9. Juni 2015
Beschäftigtenvertreter der Landesbank
Baden-Württemberg

CLAUS SCHMIEDEL MDL
Vorsitzender der SPD-Fraktion im Landtag
von Baden-Württemberg

B. JUTTA SCHNEIDER
ab 9. Juni 2015
Mitglied der Geschäftsleitung der Global
Consulting Delivery SAP Deutschland SE &
Co. KG

PETER SCHNEIDER
Präsident des Sparkassenverbandes
Baden-Württemberg

DR.-ING. HANS-JOCHEM STEIM
bis 9. Juni 2015
Vorsitzender des Verwaltungsrats der
Hugo Kern und Liebers GmbH & Co. KG

DR. JUTTA STUIBLE-TREDER
Geschäftsführende Gesellschafterin der
EversheimStuible Treuberater GmbH

DR. BRIGITTE THAMM
ab 9. Juni 2015
Beschäftigtenvertreterin der Landesbank
Baden-Württemberg

NORBERT ZIPF
Beschäftigtenvertreter der Landesbank
Baden-Württemberg

Die Hauptversammlung der LBBW hat am 11. Mai 2015 die Mitglieder des Aufsichtsrats für dessen zweite Amtszeit bestellt. Bis zu dessen Konstituierung am 9. Juni 2015 führten die bisherigen Mitglieder des Aufsichtsrats die Geschäfte gemäß § 12 Abs. 5 Satz 6 der Satzung der LBBW fort.

Die Bezüge und leistungsorientierten Pensionszusagen der Gremien setzten sich wie folgt zusammen:

Mio. EUR	Vorstand		Aufsichtsrat	
	2015	2014	2015	2014
Bezüge				
Gehälter, Vergütungen und kurzfristig fällige Leistungen	7,4	6,1	1,0	1,0
Leistungen nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses (Verpflichtungsumfang aus leistungsorientierten Pensionszusagen)	22,6	14,2	0,0	0,0
Bezüge früherer Mitglieder und deren Hinterbliebener				
Gehälter, Vergütungen und kurzfristig fällige Leistungen	11,2	11,4	0,0	0,0
Leistungen nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses (Verpflichtungsumfang aus leistungsorientierten Pensionszusagen)	153,8	159,6	0,0	0,0

Kredite an Mitglieder des Vorstands und Mitglieder des Aufsichtsrats beliefen sich zum 31. Dezember 2015 auf 1 Mio. EUR (Vorjahr: 2 Mio. EUR), die im Wesentlichen auf den Aufsichtsrat entfallen. Vorschüsse an Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats wurden im Geschäftsjahr sowie im Vorjahr nicht gewährt.

Weiterhin besteht eine Avalverpflichtung an ein Vorstandsmitglied in Höhe von 13 Tsd. EUR.

Die Kredite wurden mit einem Zinssatz zwischen 2,00% und 10,18% ausgereicht und haben eine vertragliche Restlaufzeit von wenigen Monaten bis hin zu 30 Jahren. Alle mit dem aufgeführten Personenkreis getätigten Bankgeschäfte wurden zu marktüblichen Konditionen und Sicherheiten abgeschlossen.

Mandate.

Im Folgenden werden die von gesetzlichen Vertretern der LBBW und AidA¹⁾ Vorständen wahrgenommenen Mandate in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsgremien und vergleichbaren Kontrollgremien von großen Kapitalgesellschaften und Kreditinstituten sowie die von Mitarbeitern der LBBW wahrgenommenen Mandate in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsgremien von großen Kapitalgesellschaften und Kreditinstituten aufgeführt.

Gesellschaft	Mandatsart	Mandatsträger
AKA Ausfuhrkredit GmbH, Frankfurt am Main	Aufsichtsrat stv. Aufsichtsratsmitglied	Joachim Landgraf (bis 26.03.2015) Guido Paris (ab 26.03.2015) Elvira Bergmann (bis 26.03.2015) Michael Maurer (ab 26.03.2015)
B+S Card Service GmbH, Frankfurt am Main	stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats Aufsichtsrat	Michael Horn (bis 18.09.2015) Helmut Dohmen (ab 17.12.2015)
Boerse Stuttgart GmbH, Stuttgart	Aufsichtsrat	Ingo Mandt
Bürgschaftsbank Baden-Württemberg GmbH, Stuttgart	Aufsichtsrat	Jürgen Kugler
Bürgschaftsbank Sachsen GmbH, Dresden	Verwaltungsrat stv. Verwaltungsratsmitglied	Oliver Fern Peter Kröger
cellent AG, Stuttgart	Vorsitzender des Aufsichtsrats stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	Dr. Martin Setzer (bis 05.01.2016) Eike Wahl (bis 05.01.2016) Frank Hammann (bis 05.01.2016)
Deutscher Sparkassenverlag GmbH, Stuttgart	Aufsichtsrat	Dr. Martin Setzer (bis 31.12.2015)
Düker GmbH & Co. KGaA, Karlstadt	Vorsitzender des Aufsichtsrats	Dr. Georg Hengstberger
Euwax AG, Stuttgart	Aufsichtsrat	Ingo Mandt
Grieshaber Logistik GmbH, Weingarten	Aufsichtsrat	Michael Horn
HERRENKNECHT Aktiengesellschaft, Schwanau	Vorsitzender des Aufsichtsrats	Hans-Jörg Vetter
HSBC Trinkaus & Burkhardt AG, Düsseldorf	Aufsichtsrat	Hans-Jörg Vetter
LBBW Asset Management Investmentgesellschaft mbH, Stuttgart	Vorsitzender des Aufsichtsrats stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats Aufsichtsrat Aufsichtsrat	Hans-Jörg Vetter (bis 04.03.2015) Ingo Mandt (ab 04.03.2015) Ingo Mandt (bis 04.03.2015) Hans-Jörg Vetter (ab 04.03.2015) Helmut Dohmen Norwin Graf Leutrum von Ertingen
LBBW (Schweiz) AG, Zürich	Vorsitzender des Verwaltungsrats	Dr. Peter M. Haid (bis 14.07.2015) Michael Horn (ab 17.08.2015)
LHI Leasing GmbH, Pullach	Vorsitzender des Aufsichtsrats Aufsichtsrat Aufsichtsrat	Hans-Jörg Vetter (bis 30.04.2015) Ingo Mandt (bis 30.04.2015) Karl Manfred Lochner (bis 30.04.2015)
MKB Mittelrheinische Bank GmbH, Koblenz	Vorsitzender des Aufsichtsrats stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats Aufsichtsrat	Karl Manfred Lochner Volker Wirth Peter Hähner
MMV Leasing GmbH, Koblenz	Vorsitzender des Beirats stv. Vorsitzender des Beirats Beirat	Karl Manfred Lochner Volker Wirth Peter Hähner
Progress-Werke Oberkirch AG, Oberkirch	Aufsichtsrat	Dr. Georg Hengstberger
Siedlungswerk GmbH Wohnungs- und Städtebau, Stuttgart	stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats Aufsichtsrat Aufsichtsrat	Michael Horn Thorsten Schönenberger Thomas Christian Schulz
Stadtwerke Mainz Aktiengesellschaft, Mainz	Aufsichtsrat	Hannsgeorg Schöning
SüdFactoring GmbH, Stuttgart	Vorsitzender des Aufsichtsrats stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats Aufsichtsrat	Karl Manfred Lochner Volker Wirth Norwin Graf Leutrum von Ertingen
SüdLeasing GmbH, Stuttgart	Vorsitzender des Aufsichtsrats stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats Aufsichtsrat	Karl Manfred Lochner Volker Wirth Norwin Graf Leutrum von Ertingen
Vorarlberger Landes- und Hypothekenbank AG, Bregenz	Aufsichtsrat	Michael Horn
VPV Lebensversicherungs-Aktiengesellschaft, Stuttgart	Aufsichtsrat	Claudia Diem

1) Anstalt in der Anstalt.

Weitere Informationen.

Versicherung der gesetzlichen Vertreter.

Wir versichern nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Konzernabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt und im zusammengefassten Lagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage des Konzerns so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung des Konzerns beschrieben sind.

Stuttgart, Karlsruhe, Mannheim und Mainz, den 8. März 2016

Der Vorstand



HANS-JÖRG VETTER
Vorsitzender



MICHAEL HORN
Stv. Vorsitzender



KARL MANFRED LOCHNER



INGO MANDT



ALEXANDER FREIHERR VON USLAR-GLEICHEN



VOLKER WIRTH

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers.

»Wir haben den von der Landesbank Baden-Württemberg, Stuttgart, Karlsruhe, Mannheim und Mainz, aufgestellten Konzernabschluss – bestehend aus Gewinn- und Verlustrechnung, Gesamtergebnisrechnung, Bilanz, Eigenkapitalveränderungsrechnung, Kapitalflussrechnung und Anhang (Notes) – sowie ihren Bericht über die Lage der Gesellschaft und des Konzerns (»zusammengefasster Lagebericht«) für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2015 geprüft. Die Aufstellung von Konzernabschluss und zusammengefasstem Lagebericht nach den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften liegt in der Verantwortung des Vorstands der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Konzernabschluss und den zusammengefassten Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Konzernabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Konzernabschluss unter Beachtung der anzuwendenden Rechnungslegungsvorschriften und durch den zusammengefassten Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Konzerns sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben im Konzernabschluss und zusammengefassten Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der Jahresabschlüsse der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen, der Abgrenzung des Konsolidierungskreises, der angewandten Bilanzierungs- und Konsolidierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Konzernabschlusses und des zusammengefassten Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Konzernabschluss den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung dieser Vorschriften ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns. Der zusammengefasste Lagebericht steht in Einklang mit dem Konzernabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.«

Stuttgart, den 15. März 2016

KPMG AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft



KOCHOLL
Wirtschaftsprüfer



EISELE
Wirtschaftsprüfer

Hinweis in Bezug auf zukunftsgerichtete Aussagen.

Der vorliegende Geschäftsbericht enthält zukunftsgerichtete Aussagen. Diese zukunftsgerichteten Aussagen sind erkennbar durch Formulierungen wie »erwarten«, »wollen«, »antizipieren«, »beabsichtigen«, »planen«, »glauben«, »anstreben«, »einschätzen«, »werden«, »vorhersagen« oder ähnliche Begriffe. Diese Aussagen basieren auf den gegenwärtigen Einschätzungen und Prognosen des Vorstands sowie den ihm derzeit verfügbaren Informationen. Die zukunftsgerichteten Aussagen sind nicht als Garantien der darin genannten zukünftigen Entwicklungen und Ergebnisse zu verstehen, sondern unterliegen einer Reihe von Risiken und Ungewissheiten. Sollten einer dieser Unsicherheitsfaktoren oder andere Unwägbarkeiten eintreten oder sich die den Aussagen zugrunde liegenden Annahmen als unrichtig erweisen, könnten die tatsächlichen Ergebnisse wesentlich von den in diesen Aussagen genannten oder implizit zum Ausdruck gebrachten Ergebnissen abweichen.

Der LBBW-Konzern übernimmt keine Verpflichtung, vorausschauende Aussagen laufend zu aktualisieren, da diese ausschließlich von den Umständen am Tag ihrer Veröffentlichung ausgehen.

Beirat der LBBW/BW-Bank.

Vorsitzender.

CHRISTIAN BRAND

Vorsitzender des Aufsichtsrats der Landesbank Baden-Württemberg, Stuttgart

Mitglieder.

WILLEM G. VAN AGTMAEL

Honorarkonsul des Königreichs der Niederlande, Geschäftsführender Gesellschafter der catalpa GmbH, Stuttgart

THOMAS ARTMANN

Karlsruhe

DR. STEFAN ASENKERSCHBAUMER

Stv. Vorsitzender der Geschäftsführung der Robert Bosch GmbH, Gerlingen

HELMUT AURENZ

Honorarkonsul der Republik Estland, Senator h. c., Isny im Allgäu

BARBARA BAUER

Oberkirchenrätin, Evangelische Landeskirche in Baden, Karlsruhe

HUBERTUS VON BAUMBACH

Mitglied der Unternehmensleitung der Boehringer Ingelheim GmbH, Ingelheim am Rhein

ALBERT BERNER

Vorsitzender des Aufsichtsrats der Berner SE, Künzelsau

DIETMAR BICHLER

Vorsitzender des Vorstands der Bertrand AG, Ehningen

DR. DR. SASKIA BISKUP

Geschäftsführerin der CeGaT GmbH, Tübingen

DR. CHRISTOF BOSCH

Königsdorf

DR. WOLFGANG BRUDER

Senator E. h., Vorstandsvorsitzender i. R., Offenburg

CATHARINA CLAY

Landesbezirksleiterin der IG BCE Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie, Landesbezirk Baden-Württemberg, Stuttgart

DR. ANTJE VON DEWITZ

Geschäftsführerin der VAUDE Sport GmbH & Co. KG, Tettang

PEER-MICHAEL DICK

Rechtsanwalt, Hauptgeschäftsführer SÜDWESTMETALL Verband der Metall- und Elektroindustrie Baden-Württemberg e. V., Stuttgart

WOLF-GERD DIEFFENBACHER

Geschäftsführender Gesellschafter der DIEFFENBACHER GMBH Maschinen- und Anlagenbau, Eppingen

RALF W. DIETER

Vorsitzender des Vorstands der Dürr AG, Bietigheim-Bissingen

PROF. DR. ANDREAS DULGER

Honorarkonsul der Republik Paraguay, Vorsitzender der Geschäftsführung der ProMinent Dosiertechnik GmbH, Heidelberg

DR. HANS-ULRICH ENGEL

Mitglied des Vorstands der BASF SE, Ludwigshafen

KLAUS ENSINGER

Geschäftsführer der Ensinger GmbH, Nufringen

DR. ALEXANDER ERDLAND

Vorsitzender des Vorstands der Wüstenrot & Württembergische AG, Stuttgart

DR. MARKUS FAULHABER

Vorsitzender des Vorstands der Allianz Lebensversicherungs-AG, Stuttgart

PROF. E. H. KLAUS FISCHER

Senator E. h. mult., Inhaber und Vorsitzender der fischer holding GmbH & Co. KG, Waldachtal

DR. WOLFGANG FISCHER

Stv. Vorsitzender des Vorstands der Stuttgarter Versicherungsgruppe, Stuttgart

DR. WOLFRAM FREUDENBERG

Stuttgart

HANS-GEORG FREY

Vorsitzender des Vorstands der Jungheinrich AG, Hamburg

PROF. DR. CLEMENS FUEST

Präsident des Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH, Mannheim

THOMAS HANDTMANN

Geschäftsführer der Albert Handtmann Holding GmbH & Co. KG, Biberach

HANS-JOACHIM HAUG

Vorsitzender des Vorstands der Württembergische Gemeinde-Versicherung a. G., Stuttgart

DR. JOHANNES HAUPT

Vorsitzender der Geschäftsführung/CEO der E.G.O. Blanc und Fischer & Co. GmbH, Oberderdingen

DR. CHRISTOPHER HERMANN

Vorsitzender des Vorstands der AOK Baden-Württemberg, Stuttgart

TILMANN HESSELBARTH

Vorsitzender des Vorstands der LBS Landesbausparkasse Baden-Württemberg, Stuttgart

MICHAEL HIMMELSBACH

Erzbischöflicher Oberrechtsdirektor, Erzbischöfliches Ordinariat, Erzdiözese Freiburg, Freiburg i. Br.

S. D. KRAFT ERBPRINZ

ZU HOHENLOHE-OEHRINGEN

Fürst zu Hohenlohe-Oehringen'sche Verwaltung, Öhringen

S. H. KARL FRIEDRICH FÜRST

VON HOHENZOLLERN

Unternehmensgruppe Fürst von Hohenzollern, Sigmaringen

FRANK B. JEHLE

President der FBJ Board Consulting GmbH, Marbach am Neckar

HARTMUT JENNER

Vorsitzender der Geschäftsführung der Alfred Kärcher GmbH & Co. KG Reinigungssysteme, Winnenden

PROF. DR. HEINZ K. JUNKER

Vorsitzender des Aufsichtsrats der MAHLE GmbH, Stuttgart

DANIEL F. JUST

Vorsitzender des Vorstands der Bayerischen Versorgungskammer, München

DIRK KALIEBE

Mitglied des Vorstands der Heidelberger Druckmaschinen AG, Heidelberg

JOACHIM KALTMAIER

Mitglied der Konzernführung der Würth-Gruppe, Künzelsau

DR. BERTRAM KANDZIORA

Vorsitzender des Vorstands der STIHL AG, Waiblingen

DR. MARTIN KASTRUP

Oberkirchenrat, Dezernent für Finanzen und Informationstechnologie der Evangelischen Landeskirche in Württemberg, Stuttgart

DR. ERWIN KERN

Vorsitzender des Vorstands der Kies und Beton AG Baden-Baden, Iffezheim

DR. HANS-EBERHARD KOCH

Vorsitzender der Geschäftsführung der Witzenmann GmbH, Pforzheim

PROF. DR. RENATE KÖCHER

Geschäftsführerin des Institut für Demoskopie Allensbach Gesellschaft zum Studium der öffentlichen Meinung mbH, Allensbach am Bodensee

STEFAN KÖLBL

Vorsitzender des Vorstands der DEKRA e. V. und DEKRA SE, Stuttgart

THOMAS KÖLBL

Mitglied des Vorstands der Südzucker AG, Mannheim

ANDREAS KOHM

Gesellschafter der K-Mail Order GmbH & Co. KG, Pforzheim

ALEXANDER KOTZ

Stadtrat, Vorsitzender der CDU-Fraktion im Gemeinderat der Landeshauptstadt Stuttgart, Stuttgart

DIETMAR KRAUSS

Leitender Direktor i. K., Bischöfliches Ordinariat der Diözese Rottenburg-Stuttgart, Rottenburg

DR. DIETER KRESS

Geschäftsführender Gesellschafter der MAPAL Fabrik für Präzisionswerkzeuge Dr. Kress KG, Aalen

HARALD KROENER

Vorsitzender des Vorstands der Wieland-Werke AG, Ulm

DR. PETER KULITZ

Präsident der Industrie- und Handelskammer Ulm, Geschäftsführender Gesellschafter der ESTA Apparatebau GmbH & Co. KG, Ulm

ANDREAS LAPP

Honorarkonsul der Republik Indien, Vorsitzender des Vorstands der Lapp Holding AG, Stuttgart

VITTORIO LAZARIDIS

Stadtrat, Stuttgart

DIETER LEBZELTER

Geschäftsführer der IMS Gear GmbH, Donaueschingen

DR. NICOLA LEIBINGER-KAMMÜLLER

Vorsitzende der Geschäftsführung, Geschäftsführende Gesellschafterin der TRUMPF GmbH + Co. KG, Ditzingen

DR. HUBERT LIENHARD

Vorsitzender der Geschäftsführung der Voith GmbH, Heidenheim

REINHARD LOHMANN

Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats der Rethmann SE & Co. KG, Selm

DR. UTE MAIER

Vorsitzende des Vorstands der Kassenzahnärztlichen Vereinigung Baden-Württemberg, Tübingen

DR. HARALD MARQUARDT

Geschäftsführer der Marquardt GmbH, Rietheim-Weilheim

DR. FRANK MASTIAUX

Vorsitzender des Vorstands der EnBW Energie Baden-Württemberg AG, Karlsruhe

MICHAEL MÖLLEKEN

Mitglied des Vorstands der Festo AG & Co. KG, Esslingen

JOACHIM MÜLLER

bis 31. März 2015
Heppenheim

DR. MICHAEL MÜNZING

Geschäftsführender Gesellschafter der MÜNZING CHEMIE GMBH, Heilbronn

KLAUS MUTSCHLER

Mutschler Holding AG, Zürich

HEINZ OHNMACHT

Vorsitzender des Vorstands Badischer Gemeinde-Versicherungs-Verband, BGV Versicherung AG, Badische Allgemeine Versicherung AG, Karlsruhe

CHRISTOPH OZASEK

Stadtrat, Stuttgart

DR. WOLFGANG PALM

bis 31. Dezember 2015
Geschäftsführender Gesellschafter der Papierfabrik Palm GmbH & Co. KG, Aalen

MARTIN PETERS

Geschäftsführender Gesellschafter der Unternehmensgruppe Eberspächer, Esslingen

HANS H. PFEIFER

Stadtrat, Stv. Vorsitzender der SPD-Fraktion im Gemeinderat der Landeshauptstadt Stuttgart, Stuttgart

HANS DIETER PÖTSCH

Vorsitzender des Aufsichtsrats der VOLKSWAGEN Aktiengesellschaft, Wolfsburg

MARTIN PUTSCH

Geschäftsführender Gesellschafter der RECARO Holding GmbH, Stuttgart

DR. RICHARD REBMANN

Vorsitzender der Geschäftsführung der Südwestdeutsche Medien Holding GmbH, Stuttgart

FRANK REIMOLD

Direktor, Kommunalen Versorgungsverband Baden-Württemberg, Karlsruhe

WOLF-HENNING SCHEIDER

ab 1. Juli 2015
Vorsitzender der Geschäftsführung der MAHLE GmbH, Stuttgart

PROF. H. C. KARL SCHLECHT

Senator h. c., Vorsitzender des Vorstands der Karl Schlecht-Gemeinnützige Stiftung (K.S.G.), Aichtal

EDUARD SCHLEICHER

Persönlich haftender Gesellschafter der SCHWENK Zement KG, Ulm

DR. STEFAN SCHMALE

Geschäftsführer der Paulaner Brauerei GmbH & Co. KG, München

MARTIN SCHOMAKER

Vorsitzender des Vorstands
der R. Stahl AG, Waldenburg

DR. ROBERT SCHULER-VOITH

Geschäftsführender Gesellschafter der
Mercura Capital GmbH, München

DIETER SCHWARZ

Generalbevollmächtigter
der Unternehmensgruppe Schwarz,
Neckarsulm

HEINZ SEIFFERT

Landrat des Alb-Donau-Kreises, Ulm

HUBERT SEITER

Bietigheim-Bissingen

DR. ALEXANDER SELENT

bis 31. Dezember 2015
Limburgerhof

DR. STEFAN SOMMER

Vorsitzender des Vorstands der
ZF Friedrichshafen AG, Friedrichshafen

THOMAS SPITZENPFEL

Mitglied des Vorstands der Carl Zeiss AG,
Oberkochen

DR. HANS-JOCHEM STEIM

Vorsitzender des Verwaltungsrats der
Hugo Kern und Liebers GmbH & Co. KG,
Schramberg

DAGMAR STEINERT

ab 1. Januar 2016
Mitglied des Vorstands der
FUCHS PETROLUB SE, Mannheim

HANS PETER STIHL

Honorargeneralkonsul der Republik
Singapur, Persönlich haftender
Gesellschafter der STIHL Holding
AG & Co. KG, Waiblingen

PROF. H. C. DR. H. C. ERWIN TEUFEL

Ministerpräsident a. D., Spaichingen

MARIO TRUNZER

Geschäftsführer der Liebherr-Werk
Ehingen GmbH, Ehingen

BODO UEBBER

Mitglied des Vorstands der Daimler AG,
Stuttgart

DR. H. WERNER UTZ

Ehingen

UDO J. VETTER

Gesellschafter der Vetter Pharma
Fertigung GmbH & Co. KG, Ravensburg

OLIVER VOERSTER

Geschäftsführender Gesellschafter der
Koch, Neff & Volckmar GmbH, Stuttgart

**S.D. JOHANNES FÜRST ZU WALDBURG-
WOLFEGG UND WALDSEE**

Wolfegg

**S.D. ERICH FÜRST
VON WALDBURG-ZEIL**

Leutkirch

RUDOLF F. WOHLFARTH

Vorsitzender der Geschäftsleitung der
Emil Frey Gruppe Deutschland, Stuttgart

DR. STEFAN WOLF

Vorsitzender des Vorstands der
ErlingKlinger AG, Dettingen/Erms

ULRICH-BERND WOLFF VON DER SAHL

Vorsitzender des Vorstands der
SV Sparkassenversicherung Holding AG,
Stuttgart

**S. K. H. FRIEDRICH HERZOG
VON WÜRTTEMBERG**

Friedrichshafen

ARTHUR J. ZIMMERMANN

Mitglied des Aufsichtsrats der Ernst Klett
Aktiengesellschaft, Stuttgart

PROF. DR. DR. H. C. WALTHER ZÜGEL

Stuttgart

Kundenbeirat der LBBW Rheinland-Pfalz Bank.

Vorsitzender.

KARL MANFRED LOCHNER

Mitglied des Vorstands der Landesbank
Baden-Württemberg, Stuttgart

Mitglieder.

AXEL E. BARTEN

Geschäftsführender Gesellschafter der
Achenbach Buschhütten GmbH & Co. KG,
Kreuztal

BERNHARD BECK

Sprecher des Vorstands der
Veritas AG, Gelnhausen

DR. GERHARD F. BRAUN

Präsident der Landesvereinigung Unter-
nehmerverbände Rheinland-Pfalz, Mainz

KEVIN BROCK

CFO der JF Hillebrand Group, Mainz

DR. ALBERT CHRISTMANN

Persönlich haftender Gesellschafter der
Dr. August Oetker KG, Bielefeld

DIETMAR CLAUSEN

Geschäftsführer der Zschimmer & Schwarz
GmbH & Co. KG, Lahnstein

DR. KARL-HEINZ ENGEL

bis 13. Oktober 2015
Rioll

KAI-UWE HEUER

Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der
DEG Alles für das Dach eG, Koblenz

DR. WERNER HITSCHLER

ab 1. Juli 2015
Mitglied des Vorstands der
Pfalzwerke AG, Ludwigshafen

ALBRECHT HORNBACH

Vorsitzender des Vorstands
der HORNBACH HOLDING AG,
Neustadt an der Weinstraße

DETLEF W. HÜBNER

Senator E. h.,
Vorsitzender des Verwaltungsrats
der Deufol SE, Hofheim am Taunus

GÜNTER JERTZ

Hauptgeschäftsführer der Industrie- und
Handelskammer für Rheinhessen, Mainz

FRED JUNG

Vorstand der juwi AG, Wörrstadt

DR. JOHANN CHRISTIAN MEIER

Mitglied der Geschäftsführung der
Schütz GmbH & Co. KGaA, Selters

WOLFGANG MOYSES

Vorsitzender des Vorstands
der SIMONA AG, Kirn

ALFRED MÜLLER

Geschäftsführer der Bitburger
Brauergemeinschaft, Bitburg

DR. RALF MURJAHN

Vorsitzender der Geschäftsleitung der
DAW SE, Ober-Ramstadt

GEORG NOLTE

Gesellschafter der Nolte-Group,
Germersheim

KLAUS RÜBENTHALER

Mitglied des Vorstands der
SCHOTT AG, Mainz

PROF. DR. HELMUT J. SCHMIDT

Präsident der Technischen Universität
Kaiserslautern, Kaiserslautern

PROF. DR. W. EDELFRIED SCHNEIDER

Wirtschaftsprüfer/Steuerberater
Geschäftsführender Gesellschafter der
Dr. Dienst & Partner GmbH & Co. KG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Steuerberatungsgesellschaft, Koblenz

DR. ERNST F. SCHRÖDER

bis 31. Dezember 2015
Persönlich haftender Gesellschafter der
Dr. August Oetker KG, Bielefeld

CARSTEN SCHRUCK

Geschäftsführendes Vorstandsmitglied
der Westfleisch SCE mbH, Münster

DR. MICHAEL SCHUPPLI

Geschäftsführer der Helvetic Investment
GmbH, Wiesbaden

INGO STEINEL

Geschäftsführender Gesellschafter
der STEINEL Vertrieb GmbH,
Herzebrock-Clarholz

PETER STEINER

Wirtschaftsprüfer/Steuerberater,
Wiesbaden

MARKUS STÜTTGEN

Mitglied des Vorstands der Raiffeisen
Waren-Zentrale Rhein-Main eG, Köln

MORITZ J. WEIG

Geschäftsführer der
Moritz J. Weig GmbH & Co. KG, Mayen

ANTON WERHAHN

Sprecher des Vorstands der
Wilh. Werhahn KG, Neuss

Kundenbeirat der LBBW Sachsen Bank.

Vorsitzender.

KARL MANFRED LOCHNER
Mitglied des Vorstands der Landesbank
Baden-Württemberg, Stuttgart

Mitglieder.

DR. E. H. FRANK H. ASBECK
Vorsitzender des Vorstands der
SolarWorld AG, Bonn

LOTHAR BAUER
bis 6. Mai 2015
Taucha

DR. JAN CORD BECKER
ab 6. Mai 2015
Geschäftsführer der
Hermes Schleifkörper GmbH, Dresden

PROF. DR. DR. H. C. ULRICH BLUM
Inhaber des Lehrstuhls für
Wirtschaftspolitik und -forschung der
Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg,
Halle

PROF. DR. FRANK BRINKEN
Mitglied des Verwaltungsrats der
Starrag Group Holding AG,
Rorschacherberg/Schweiz

CARSTEN DIETMANN
Geschäftsführer der DDV Mediengruppe
GmbH & Co. KG, Dresden

PROF. DR. LUCAS F. FLÖTHER
ab 26. März 2015
Fachanwalt für Insolvenzrecht
Flöther & Wissing Rechtsanwälte, Halle

RÜDIGER GESERICK
Vorsitzender der Geschäftsführung der
SKW Stickstoffwerke Piesteritz GmbH,
Lutherstadt Wittenberg

STEFFEN IRMSCHER
Steuerberater, Geschäftsführer der
Steuerkanzlei Irmischer & Freyboth,
Dresden

MICHAEL KEITZ
Geschäftsführer der
QSIL GmbH Quarzschmelze Ilmenau,
Langwiesen

MARTIN KRENGEL
Vorsitzender der Geschäftsführung der
WEPA Industrieholding SE, Arnberg

AXEL KRUPP
bis 31. März 2015
Hamburg

HENRY KULNICK
Geschäftsführer der
Lorenz Nuss GmbH, Kreba-Neudorf

DR. FRANK LÖSCHMANN
Geschäftsführer (CEO) der
SisTeam GmbH, Dresden

PROF. DR. E. H. HANS J. NAUMANN
Geschäftsführender Gesellschafter der
NILES-SIMMONS Industrieanlagen GmbH,
Chemnitz

FRANK ORSCHLER
Geschäftsführer der
Königsee Implantate GmbH, Allendorf

DR. LUTZ PETERMANN
Geschäftsführer der
FAM Magdeburger Förderanlagen und
Baumaschinen GmbH, Magdeburg

HOLGER RAITHEL
Geschäftsführender Gesellschafter der
Kahla/Thüringen Porzellan GmbH, Kahla

JÜRGEN RIESTER
Managing Director der
AUMA Drives GmbH, Coswig

MARTIN RÖDER
Geschäftsführender Gesellschafter der
Gelenkwellenwerk Stadtilm GmbH,
Stadtilm

BERNHARD ROTHENBERGER
Geschäftsführender Gesellschafter der
Auerbachs Keller Rothenberger Betriebs
GmbH, Leipzig

GÖRGE SCHEID
Rechtsanwalt/Fachanwalt für
Insolvenzrecht, Leipzig

ROBIN SCHILD
President und CEO der
VON ARDENNE GmbH, Dresden

CHRISTOPH SCHMELTER
Geschäftsführer der
DMI GmbH & Co. KG, Münster

DR. ANDREAS SPERL
Geschäftsführer der
Elbe Flugzeugwerke GmbH, Dresden

WOLFGANG TOPF
Präsident der Industrie- und Handels-
kammer zu Leipzig, Leipzig

JÜRGEN TSCHIRNER
Geschäftsführer der
LSL GmbH, Ein Unternehmen der Haufe
Gruppe, Leipzig

THOMAS WEIDINGER
Rechtsanwalt der Kanzlei
Weidinger/Richtscheid Rechtsanwälte,
Leipzig

DR. FLORIAN WENDT
Geschäftsführender Gesellschafter der
Wendt & Kühn KG, Grünhainichen

Glossar.

Backtesting.

Evaluationsprozess zur Untersuchung der Qualität von Risikomodellen. Dabei wird geprüft, ob die tatsächlich in einem Zeitraum eingetretenen Verluste in dem Rahmen lagen, der durch das Modell prognostiziert wurde.

Bail-in-Quote.

Anteil der Passiva, der einer Bank im Sanierungs- oder Abwicklungsfall zur Verfügung steht, um Verluste zu absorbieren. Hintergrund ist das Bestreben der Gesetzgeber, zunächst Anteilseigner und Gläubiger des Instituts zur Haftung heranzuziehen und keine Steuermittel aufzuwenden.

Basel III.

Umfangreiches Bankenregulierungspaket des Baseler Ausschusses für Bankenaufsicht. Die Maßgaben mit den Schwerpunkten Eigenkapital und Liquidität wurden 2010 auf den Weg gebracht und basieren auf den Erfahrungen aus der Finanzmarktkrise. Die europäische Umsetzung von Basel III erfolgte durch CRR/CRD IV und ergänzende Rechtsakte.

CRR/CRD IV.

Mit dem 2014 in Kraft getretenen EU-Regulierungspaket zur Umsetzung von Basel III wurden europaweit einheitliche Regeln für Banken geschaffen (Single Rulebook). Die Verordnung Capital Requirements Regulation (CRR) ist unmittelbar rechtswirksam und regelt u. a. Mindesteigenmittel- und Liquiditätsanforderungen für Banken. Die EU-Richtlinie Capital Requirements Directive (CRD IV) wurde in nationales Recht überführt – vor allem im Rahmen des Kreditwesengesetzes (KWG). Sie enthält Regelungen, die sowohl die Banken als auch die zuständigen Aufsichtsbehörden betreffen. Bis zur vollständigen Umsetzung der CRR/CRD IV in 2019 gelten Übergangsvorschriften.

EMIR.

Die Vorgaben gemäß der European Market Infrastructure Regulation (EMIR) sollen systemische Risiken im europäischen Derivatemarkt eindämmen. Aus EMIR ergeben sich Pflichten für bestimmte Parteien von Derivatetransaktionen. Nicht zuletzt soll der außerbörsliche Derivatehandel (over the counter, OTC) transparenter und sicherer gemacht werden. Die G20 beschlossen insbesondere, dass

künftig standardisierte OTC-Derivate über zentrale Gegenparteien abgewickelt und OTC-Derivate an Transaktionsregister gemeldet werden müssen.

EBA-Stresstest.

In 2015 wurde statt eines Stresstests lediglich eine EBA Transparency Exercise durchgeführt, die keine Stress- bzw. Simulationsschwankungen enthielt. In 2016 wird jedoch wieder ein von der EBA definierter Stresstest stattfinden. Hierfür hat die EBA am 5. November 2015 Entwürfe der Methodik und Templates veröffentlicht.

Fair Value.

Bewertungskonzept in der IFRS-Rechnungslegung (deutsch: beizulegender Zeitwert). Gibt an, zu welchem Wert ein Finanzinstrument zwischen sachverständigen, vertragswilligen und unabhängigen Parteien, die nicht unter Handlungszwang stehen, gehandelt werden kann.

Gesamtbanksteuerung.

Gesamtbanksteuerung (GBS) bezeichnet innerhalb der LBBW das konzertierte Zusammenwirken der Bereiche Finanzen, Risikocontrolling und Finanzcontrolling.

Gesamtkapitalquote.

Kapitalquote, bei der die Eigenmittel eines Instituts ins Verhältnis zu den risikogewichteten Aktiva gesetzt werden. Damit fließen im Vergleich zur harten Kernkapitalquote das zusätzliche Kernkapital und das Ergänzungskapital als weitere Kapitalbestandteile in die Berechnung ein.

Harte Kernkapitalquote.

Kapitalquote, bei der das harte Kernkapital einer Bank (es besteht maßgeblich aus dem eingezahlten Stammkapital sowie den offenen Rücklagen, vermindert um regulatorische Anpassungen und Abzugspositionen) ins Verhältnis zu den risikogewichteten Aktiva gesetzt wird.

Hybridkapital.

Kapital, das sowohl Eigenkapitaleigenschaften als auch Merkmale von Fremdkapital aufweist. Dazu zählen z. B. Genussscheine und Stille Einlagen.

Internes Kontrollsystem.

Das Interne Kontrollsystem (IKS) stellt die Wirksamkeit der Geschäftstätigkeit, die Einhaltung der maßgeblichen rechtlichen Vorschriften sowie den Schutz des Institutsvermögens sicher.

Leverage Ratio.

Nicht risikoadjustierte Verschuldungsquote einer Bank. Mit ihr bildet der Baseler Ausschuss ein Gegengewicht zu den risikobasierten Kapitalquoten. Bei der Leverage Ratio wird das Kernkapital zu den nicht risikogewichteten bilanziellen und außerbilanziellen Werten ins Verhältnis gesetzt.

MaRisk.

Die Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) enthalten Regeln zur Ausgestaltung des Risikomanagements in deutschen Kreditinstituten. Dazu zählen Maßgaben zur Aufbauorganisation ebenso wie Vorgaben für Prozesse.

MaSan.

Auf Basis der Mindestanforderungen an die Ausgestaltung von Sanierungsplänen (MaSan) sollen Banken Vorbereitungen für die Bewältigung von Krisensituationen treffen. Ein Sanierungsplan soll Handlungsoptionen für einen möglichen Krisenfall enthalten, um die Widerstandsfähigkeit des Kreditinstituts zu erhöhen.

MiFID II.

Überarbeitung der europäischen Finanzmarktrichtlinie Markets in Financial Instruments Directive (MiFID). Die MiFID wird ergänzt durch die Markets in Financial Instruments Regulation (MiFIR). MiFID und MiFIR beinhalten umfassende Regelungen zu kundenbezogenen Wertpapierdienstleistungen und zur stärkeren Regulierung des Handels insbesondere mit komplexen Finanzinstrumenten.

Risk Taker.

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die eine Tätigkeit mit wesentlichem Einfluss auf das Risikoprofil eines Instituts ausüben. Jedes Institut muss jährlich auf Basis des rechtlich vorgegebenen Rahmens die Gruppe der Risk Taker bestimmen.

Risikogewichtete Aktiva.

Bei der Ermittlung der risikogewichteten Aktiva werden die Risiken (Kredit-, Marktpreis-, Abwicklungs- und operatio-

nelle Risiken) sowie der Gesamtrisikobetrag aufgrund der Anpassung der Kreditbewertung (CVA) auf Basis aufsichtsrechtlicher Anforderungen gewichtet.

Single Supervisory Mechanism (SSM).

Im Rahmen des einheitlichen europäischen Aufsichtsmechanismus (Single Supervisory Mechanism, SSM) hat die EZB am 4. November 2014 die Aufsicht über die LBBW übernommen. Dabei ist die LBBW innerhalb der Bankenaufsicht der EZB der Generaldirektion I zugeordnet, welche sich um die 30 bedeutendsten Banken kümmert. Dabei ist eine Kernaufgabe der EZB, eine eigenständige Bewertung und Überprüfung der Kapital- und Liquiditätsausstattung der Banken vorzunehmen. Diese Maßnahmen basieren auf dem sog. aufsichtlichen Überprüfungs- und Bewertungsprozess (Supervisory Review and Evaluation Process, SREP).

Supervisory Review and Evaluation Process (SREP).

Prüfungs- und Überwachungsprozess der zuständigen Aufsichtsbehörde, dessen Ergebnis in einer Beurteilungsnote mündet. Der jährliche Prozess umfasst die Beurteilung der Geschäftsstrategie, der Methoden und Prozesse sowie der Kapital- und Liquiditätsausstattung. Aus der Beurteilung kann die zuständige Aufsichtsbehörde institutsindividuelle Kapital- und Liquiditätsanforderungen sowie operationelle Anforderungen ableiten.

Trennbankenregulierung.

Durch die Trennung von bestimmten Handels- und Fondsaktivitäten vom Einlagengeschäft soll die Verwendung von Spareinlagen von Kunden zur Finanzierung und Verlustabdeckung dieser Handels- und Fondsgeschäfte verhindert werden. Während das bereits verabschiedete deutsche Trennbankengesetz ab Juli 2016 bzw. die US-amerikanische Regelung (sog. Volcker Rule) bereits seit Juli 2015 einzuhalten ist, dauert der Gesetzgebungsprozess auf EU-Ebene weiterhin an.

Value-at-Risk.

Der Value-at-Risk (VaR) gibt an, welcher Verlust in einem bestimmten Zeitraum mit hoher Wahrscheinlichkeit (Konfidenzniveau) nicht überschritten wird.

LBBW

www.LBBW.de
kontakt@LBBW.de

IMPRESSUM

Herausgeber:
Landesbank Baden-Württemberg

Am Hauptbahnhof 2
70173 Stuttgart

www.LBBW.de
kontakt@LBBW.de

Konzeption & Realisation:
Landesbank Baden-Württemberg

Erstellt mit FIRE.sys

Druck:
W. Kohlhammer Druckerei GmbH + Co.
KG, Stuttgart

ZERTIFIZIERUNGEN

Dieser Geschäftsbericht wurde auf umweltfreundlichem Papier gedruckt.



Der Geschäftsbericht erscheint auch in englischer Sprache.

Der LBBW-Konzern im Überblick.

Landesbank Baden-Württemberg (LBBW).

Die LBBW (Bank) bietet – zusammen mit ihren regionalen Kundenbanken BW-Bank, Rheinland-Pfalz Bank und Sachsen Bank – das komplette Produkt- und Dienstleistungsangebot einer modernen Universal- und Geschäftsbank.

In ihrer strategischen Ausrichtung konzentriert sich die LBBW auf ihr kundenorientiertes Kerngeschäft mit Wachstumsperspektiven, insbesondere in den Regionen Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen sowie weiteren attraktiven Wirtschaftsräumen. Im Mittelpunkt der Geschäftstätigkeit stehen dabei die dortigen Unternehmens- und Privatkunden sowie die Sparkassen. Flankiert wird dies durch leistungsfähige Immobilienfinanzierungs- und Kapitalmarktprodukte, auch für institutionelle Kunden. Kundenbegleitendes Auslandsgeschäft ergänzt das Geschäftsmodell.

Als Dach des LBBW-Konzerns nimmt die LBBW (Bank) innerhalb des Konzerns die Steuerungsfunktion wahr. Darüber hinaus sind hier das Geschäft mit überregional bzw. international agierenden Großkunden, die Immobilienfinanzierung, das Kapitalmarktgeschäft sowie die Sparkassenzentralbankfunktion für die Sparkassen in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen angesiedelt.

Baden-Württembergische Bank (BW-Bank).

Im Kundenportfolio der BW-Bank finden sich Unternehmens- und Privatkunden in Baden-Württemberg sowie in Bayern. Der Fokus der BW-Bank liegt dabei auf Unternehmen des Mittelstands und den gehobenen Privatkunden. Hochvermögende Kunden werden im Wealth Management betreut.

Innerhalb der Landeshauptstadt Stuttgart kommt der BW-Bank die Funktion einer Stadtparkasse zu.

LBBW Rheinland-Pfalz Bank.

Der besondere Fokus der Rheinland-Pfalz Bank liegt auf dem Mittelstandsgeschäft in Rheinland-Pfalz, Nordrhein-Westfalen und Hessen. Daneben betreut sie gehobene Privatkunden in ihrem Kernmarkt Rheinland-Pfalz sowie den angrenzenden Regionen.

LBBW Sachsen Bank.

In der Sachsen Bank bündelt der LBBW-Konzern sein mittelständisches Unternehmenskunden- und das gehobene Privatkundengeschäft in Sachsen und den angrenzenden Wirtschaftsräumen.

Weitere Konzernunternehmen.

Auf bestimmte Geschäftsfelder wie Leasing, Factoring, Asset Management, Immobilien oder Beteiligungsfinanzierung spezialisierte Tochterunternehmen diversifizieren und ergänzen das Leistungsportfolio der LBBW (Bank) innerhalb des Konzerns.

Landesbank Baden-Württemberg

Hauptsitze

Stuttgart

70144 Stuttgart
Am Hauptbahnhof 2
70173 Stuttgart
Telefon 0711 127-0
Telefax 0711 127-43544
www.LBBW.de
kontakt@LBBW.de

Karlsruhe

76245 Karlsruhe
Ludwig-Erhard-Allee 4
76131 Karlsruhe
Telefon 0721 142-0
Telefax 0721 142-23012
www.LBBW.de
kontakt@LBBW.de

Mannheim

Postfach 10 03 52
68003 Mannheim
Augustaanlage 33
68165 Mannheim
Telefon 0621 428-0
Telefax 0621 428-72591
www.LBBW.de
kontakt@LBBW.de

Mainz

55098 Mainz
Große Bleiche 54 - 56
55116 Mainz
Telefon 06131 64-37800
Telefax 06131 64-35701
www.LBBW.de
kontakt@LBBW.de